

DEUTSCHE AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN  
ZU BERLIN

INSTITUT FÜR GESCHICHTE  
ABTEILUNG WIRTSCHAFTSGESCHICHTE

JAHRBUCH  
FÜR WIRTSCHAFTSGESCHICHTE

JAHRBUCH  
FÜR WIRTSCHAFTS-  
GESCHICHTE

1960 · TEIL I



---

AKADEMIE - VERLAG · BERLIN · 1960

Copyright 1960 by Akademie-Verlag GmbH, Berlin

Alle Rechte vorbehalten

Erschienen im Akademie-Verlag GmbH, Berlin W 1, Leipziger Straße 3/4

Lizenz-Nr. 202 · 100/112/60

Satz, Druck und Bindung: IV/2/14 · VEB Werkdruck Gräfenhainichen · 1313

Bestellnummer: 2103/1

Printed in Germany

ES 14

## VORBEMERKUNG

Die Forschung auf dem Gebiet der Wirtschaftsgeschichte hatte bisher keine Möglichkeit, ihre Ergebnisse in einem gemeinsamen Organ zu veröffentlichen. Um diesem Mangel abzuhelpfen, hat die Leitung des Instituts für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften beschlossen, ein „Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte“ zu schaffen.

Dieses Jahrbuch stellt sich die Aufgabe, wertvolle Forschungsergebnisse und Studien zu veröffentlichen, den wissenschaftlichen Meinungsstreit zu entfalten und für eine Koordinierung und Anleitung auf dem Gebiet der Wirtschaftsgeschichte Sorge zu tragen.

Die Institutsleitung ist überzeugt, daß das Jahrbuch für die Entwicklung der marxistischen wirtschaftsgeschichtlichen Forschung von großem Nutzen sein kann.

Berlin, Januar 1960

KARL OBERMANN

# INHALT

## I. MONOGRAPHIEN, STUDIEN UND REFERATE

WALTRAUD ROBBE

Probleme der Geschichte des Kampfes um die Einbeziehung der Werktätigen in die Leitung von Staat und Wirtschaft. Die Jahre 1945 bis 1949 . . . . . 11

JÜRGEN KUCZYNSKI

Zur Geschichte der bürgerlichen Krisentheorie . . . . . 29

HANS RADANDT

Hugo Junkers — ein Monopolkapitalist und Korrespondierendes Mitglied der Preußischen Akademie der Wissenschaften . . . . . 53

DIETRICH LÖSCHE

Achtmänner, Ewiger Bund Gottes und Ewiger Rat. Zur Geschichte der revolutionären Bewegung in Mühlhausen in Thüringen 1523 bis 1525 . . . . . 135

## II. DISKUSSIONEN

WOLFGANG JONAS

Zur Diskussion über die Rolle der Naturwissenschaften und technischen Wissenschaften für die Produktion . . . . . 165

KARL LÄRMER

Triebkräfte der Produktivkräfte . . . . . 170

## III. GESCHICHTE DER FABRIKEN UND WERKE

DIETER BAUDIS

Gesicht und Hintergrund der „Tradition“ . . . . . 189

EBERHARD WÄCHTLER/WILLY BARTL

Über Formen der Zusammenarbeit des Arbeitskreises Bergbau mit Veteranen der Bergarbeiterbewegung . . . . . 203

## IV. BERICHTE DER ARBEITSGRUPPEN

ELISABETH GIERSIEPEN

- Bericht über die Entwicklung des Arbeitskreises „19. Jahrhundert“ in den Jahren 1956 bis 1959 . . . . . 211

## V. QUELLEN UND MATERIALIEN

RUDOLF FORBERGER

- Zur Aufnahme der maschinellen Fertigung durch sächsische Manufakturen . . . . . 225

## VI. REZENSIONEN

WOLFGANG JONAS

- Das Leben der Mansfeld-Arbeiter 1924 bis 1945 (Eberhard Wächtler) . . . . . 301

HANS RADANDT

- Kriegsverbrecher-Konzern Mansfeld (Hans Czihak) . . . . . 311

WERNER IMIG

- Streik bei Mansfeld 1930 (Günter John) . . . . . 321

KARL LÄRMER

- Geschichte der Arbeitsordnungen im Mansfelder Kupferschieferbergbau vom feudalen 18. Jahrhundert bis zum Jahre 1945 (Helmut Seidl) . . . . . 331

RUDOLF FORBERGER

- Die Manufaktur in Sachsen vom Ende des 16. bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts (Jürgen Kuczynski) . . . . . 337

HORST KRÜGER

- Zur Geschichte der Manufakturen und der Manufakturarbeiter in Preußen (Jürgen Kuczynski) . . . . . 337

GILBERT BURCK

- Der Singer-Konzern „FORTUNE“ Januar/Februar 1959 (Renate Günther) . . . . . 343

## VII. BIBLIOGRAPHIE

HANS RADANDT

- Bibliographie selbständiger Schriften zur Geschichte der Fabriken und Werke, die nach 1945 im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik erschienen sind . . . . . 353
- Autorenverzeichnis . . . . . 364

I.

MONOGRAPHIEN

STUDIEN UND REFERATE

# PROBLEME DER GESCHICHTE DES KAMPFES UM DIE EINBEZIEHUNG DER WERKTÄTIGEN IN DIE LEITUNG VON STAAT UND WIRTSCHAFT

Die Jahre von 1945—1949

VON WALTRAUD ROBBE

Auf dem 4. Plenum des Zentralkomitees der SED führte Walter Ulbricht aus: „Sozialismus ist nicht einfach Aufbau neuer Betriebe oder Wohnhäuser, sondern Entwicklung der sozialistischen Produktionsverhältnisse und Meisterung der fortgeschrittensten Wissenschaft und Technik, Umgestaltung der Landwirtschaft durch die Einführung der sozialistischen Produktionsweise auf dem Wege der Entwicklung landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften und sozialistische Erziehung der Menschen, das heißt Durchführung der sozialistischen Umwälzung auf den Gebieten der Ideologie und Kultur.“<sup>1)</sup>

Aus diesem Grunde stehen die wirtschaftlichen Aufgaben des Planes für die nächsten sieben Jahre in engstem Zusammenhang mit der „*Selbsterziehung und Erziehung der Menschen zu bewußten Sozialisten und mit der Änderung des Arbeitsstils, der Gestaltung richtiger Beziehungen zwischen der Partei, der Staatsmacht und den Volksmassen.*“<sup>2)</sup>

Deshalb führen wir gegenwärtig einen energischen Kampf um die Einbeziehung der Werktätigen in die Leitung von Staat und Wirtschaft, denn wir wissen, daß die allseitige Schöpferkraft der Werktätigen der wichtigste Schlüssel für die Lösung der Aufgaben im Siebenjahrplan ist, dessen Erfüllung uns ein Lebensniveau bringen wird, wie es die Menschen in Deutschland und Europa noch nie gekannt haben.

In dem Abschnitt der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus, in dem die Grundlagen des Sozialismus bereits gelegt worden sind – wie in unserer Republik – kommt es stärker denn je darauf an:

1. durch die allseitige und schnelle Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts entsprechend dem Höchststand der Technik in der Welt eine Steigerung der Arbeitsproduktivität zu erreichen, die es ermög-

<sup>1)</sup> Ulbricht, Walter, Der Weg zur Sicherung des Friedens und zur Erhöhung der materiellen und kulturellen Lebensbedingungen des Volkes. Berlin 1959, S. 51.

<sup>2)</sup> Ebenda, S. 52.

- licht, höhere materielle und kulturelle Lebensbedingungen zu schaffen als in Westdeutschland und den anderen kapitalistischen Ländern Europas und
2. die volksdemokratische Ordnung so zu entwickeln, daß „sie die maximale Entfaltung der schöpferischen Kräfte des Volkes ermöglicht und nach Westdeutschland als Beispiel wahrhafter Demokratie wirkt.“<sup>3)</sup>

Aus diesem Grunde wurden in den letzten zwei Jahren zahlreiche Maßnahmen beschlossen, die eine ständige Teilnahme der Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen an der Leitung von Staat und Wirtschaft herbeiführen und der Verwirklichung der Losung dienen sollen:

„Plane mit – arbeite mit – regiere mit“.

Das bedeutet aber keineswegs, daß wir gleichsam erstmalig oder campagne-mäßig um die höchstmögliche Steigerung der Arbeitsproduktivität und um die maximale Entfaltung der Schöpferkraft der Werktätigen ringen. Im Gegenteil! Wir müssen uns klar darüber sein, daß *wir seit dem Bestehen unserer Republik um die ständige Steigerung der Arbeitsproduktivität und um die Nutzung der Schöpferkraft der Werktätigen durch ihre Einbeziehung in die Leitung von Staat und Wirtschaft gekämpft haben*, ohne damit die neue Qualität dieses Kampfes unterschätzen zu wollen, in die er nach der Errichtung der Grundlagen des Sozialismus getreten ist. Und noch etwas muß man hinzufügen: Nicht erst seit 1949 stellte sich die Partei der Arbeiterklasse dieses Ziel, sondern sie begann überhaupt den demokratischen Wiederaufbau mit einer solchen Zielsetzung, so wie es Walter Ulbricht einmal ausgedrückt hat: „Wir begannen den Neuaufbau der staatlichen Verwaltung mit der Mobilisierung der Werktätigen zur aktiven und bewußten Mitwirkung am politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Aufbau des staatlichen Lebens.“<sup>4)</sup>

Dieser Aufsatz soll gewissermaßen der Anfang zu einer umfassenden und grundlegenden Untersuchung des Verfassers sein, die allgemeine Problematik der Geschichte des Kampfes der Sozialistischen Einheitspartei um die Einbeziehung der Werktätigen in die Leitung von Staat und Wirtschaft sowie auch die spezielle Problematik in der Periode von 1945–1949 aufzudecken, soweit das nach dem jetzigen Stand der Forschungsarbeit möglich ist. Damit soll gleichzeitig ein Beitrag zur Zerschlagung der reaktionären westdeutschen Zeitgeschichtsschreibung geleistet werden, zur Entlarvung ihrer inhaltlosen Lüge, die Entwicklung in unserem Teile Deutschlands sei das Ergebnis des „Diktats der Sowjetunion“. Wir werden dabei erkennen, daß das Geheimnis unserer Erfolge in hohem Maße in der Herstellung wahrer demokratischer Verhältnisse liegt – Verhältnisse, die dem Volk nicht nur „mitzureden erlauben“, sondern *die aktive schöpferische Mitgestaltung der Volksmassen erfordern!*

3) *Ulbricht, Walter*, Die Staatslehre des Marxismus-Leninismus und ihre Anwendung in Deutschland. In: Staats- und Rechtswissenschaftliche Konferenz in Babelsberg am 2./3. April 1958, Protokoll. Berlin 1958, S. 29.

4) *Ebenda*, S. 11.

Beschäftigen wir uns zunächst mit der Möglichkeit der Freisetzung und Notwendigkeit der Nutzung der Schöpferkraft der Werktätigen im Sozialismus. Allgemein muß man feststellen, daß die schöpferischen Kräfte des Volkes mit der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft wachsen; die Grundlage dieses Prozesses ist die Steigerung der Arbeitsproduktivität. Dadurch werden nicht nur in gleicher Zeit mehr Produkte hergestellt, sondern insgesamt wird in der Gesellschaft mehr Zeit für die Betätigung auf anderen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens frei. Engels schreibt: „Alle Entwicklung der menschlichen Gesellschaft über die Stufe tierischer Wildheit hinaus fängt an von dem Tage, wo die Arbeit der Familie mehr Produkte schuf, als zu ihrem Unterhalt notwendig waren, von dem Tage, wo ein Teil der Arbeit auf die Erzeugung nicht mehr von bloßen Lebensmitteln verwendet werden konnte. *Ein Überschuß des Arbeitsprodukts über die Unterhaltungskosten der Arbeit, und die Bildung eines gesellschaftlichen Produktions- und Reservefonds aus diesem Überschuß, war und ist die Grundlage aller gesellschaftlichen, politischen und intellektuellen Fortentwicklung.*“<sup>5)</sup> (Hervorgehoben vom Verfasser – W. R.) Diese „Fonds“ werden erst im Sozialismus Gemeingut der gesamten Gesellschaft. Gleichzeitig schafft aber die Steigerung der Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit die Voraussetzungen für die Entwicklung der Schöpferkraft der Massen sowohl in der Produktion als auch in anderen Sphären des gesellschaftlichen Lebens. Die in einer Ausbeuterordnung höchstmögliche Entfaltung der Schöpferkraft der Werktätigen wird im Kapitalismus – soweit die Aufrechterhaltung des Kapitalverhältnisses es zuläßt – erreicht. Ausdruck dieser Tatsache ist beispielsweise der höhere Grad der Bildung der Bevölkerung im Rahmen des für die Bedienung der großen Maschinerie notwendigen. Daraus erwächst außerdem die Möglichkeit der politischen Organisation des Proletariats und des Hineintragens des wissenschaftlichen Sozialismus in die Arbeiterklasse als unabdingbare Voraussetzung des Sturzes des Kapitalismus durch das revolutionäre Proletariat. Letzteres, d. h. die zunehmende Bewußtheit des Proletariats, ist auch die wichtigste Voraussetzung für die allseitige Entfaltung der schöpferischen Fähigkeiten der Volksmassen im Sozialismus, in dem die Massen erst ihre wirkliche Schöpferkraft auf *allen* Gebieten des gesellschaftlichen Lebens unter Beweis stellen können, weil sie *ihren* Staat, *ihre* Wirtschaft, *ihre* Kultur erbauen, und – wie Engels einmal gesagt hat – den Sprung aus dem Reich der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit tun. „Erst von da an werden die Menschen ihre Geschichte mit vollem Bewußtsein selbst machen, erst von da an werden die von ihnen in Bewegung gesetzten gesellschaftlichen Ursachen vorwiegend und in stets steigendem Maße auch die von ihnen gewollte Wirkung haben. Es ist der Sprung der Menschheit aus dem Reich der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit.“<sup>6)</sup>

<sup>5)</sup> Engels, Friedrich, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft. Berlin 1954, S. 237.

<sup>6)</sup> Ebenda, S. 351.

Bewußtheit der Massen, besonders der Arbeiterklasse, ist unerläßliche Voraussetzung für den Sturz des Kapitalismus und für den Aufbau des Sozialismus. In demselben Maße, in dem das Bewußtsein der Massen wächst, entfaltet sich auch im Sozialismus ihre Schöpferkraft. Anders ausgedrückt heißt das: Je mehr die Werktätigen erkennen, daß ihre Mitarbeit an der Leitung von Staat und Wirtschaft unter Führung der Partei der Arbeiterklasse im Sozialismus notwendig ist, um so mehr machen sie ihre schöpferischen Fähigkeiten nicht nur bei der unmittelbaren Produktion, sondern in allen Sphären der Gesellschaft für die Entwicklung der Gesellschaft nutzbar.

Zwei Sphären wollen wir dabei herausgreifen:

1. die Produktionssphäre und ihre Leitung,
2. die Sphäre des Überbaus, speziell den Staat.

Diese zwei sind die wichtigsten Sphären, die eine, weil sie die materiellen Grundlagen für das Leben der Gesellschaft, die andere, weil sie das wichtigste Instrument der Arbeiterklasse beim Aufbau des Sozialismus umfaßt, die Staatsmacht, die ihrem Wesen nach als Diktatur des Proletariats zu den allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten aller Länder beim Aufbau des Sozialismus gehört.

Bei der Behandlung beider Sphären kommt es darauf an herauszuarbeiten, daß die Einbeziehung der Werktätigen in die Leitung von Staat und Wirtschaft im Sozialismus nicht nur möglich, sondern notwendig ist, weil

1. der Charakter der sozialistischen Produktionsverhältnisse die schöpferische Mitarbeit der Werktätigen bei der Leitung der Produktion und
2. der Charakter der volksdemokratischen Staatsmacht die Einbeziehung der Werktätigen in die Leitung des Staates beinhalten.

Die sozialistischen Produktionsverhältnisse sind vor allem durch die Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen auf der Grundlage des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln gekennzeichnet und durch die Verteilung der Ergebnisse der Arbeit der Werktätigen in ihrem Interesse nach dem Grundsatz: jedem nach seiner Leistung. Es herrschen Verhältnisse der kameradschaftlichen Zusammenarbeit und der gegenseitigen sozialistischen Hilfe. Das heißt alle Formen der Knebelung ihrer Träger – wie sie für die Ausbeuterordnung zur Festigung des Ausbeutungsverhältnisses typisch und notwendig waren – entfallen. An die Stelle der kapitalistischen Organisation der Produktion – beruhend auf der Ausbeutung – tritt eine solche, in der – wie Engels sagt – „einerseits kein einzelner seinen Anteil an der produktiven Arbeit, dieser Naturbedingung der menschlichen Existenz, auf andere abwälzen kann; in der andererseits die produktive Arbeit statt Mittel der Knechtung, Mittel der Befreiung der Menschen wird, indem sie jedem einzelnen die Gelegenheit bietet, seine sämtlichen Fähigkeiten, körperliche wie geistige, nach allen Richtungen hin auszubilden und zu betätigen und in der sie so aus einer Last eine Lust wird.“<sup>7)</sup>

<sup>7)</sup> Ebenda, S. 366.

Das heißt aber auch, daß alle Hemmnisse für die gerade durch die produktive Arbeit angeregte schöpferische Tätigkeit der unmittelbaren Produzenten verschwunden sind. Die Produzenten können in dem Maße, wie sie durch Veränderungen des Produktionsprozesses die Arbeitsproduktivität steigern, mehr und mehr freierwerdende Kräfte in den Dienst der Gesellschaft stellen.

Nun bedarf jede höhere Organisation des Arbeitsprozesses einer Leitung, erst recht die sozialistische. Lenin stellt fest, „daß jede maschinelle Großindustrie – d. h. gerade die materielle, die Produktionsquelle und das Fundament des Sozialismus – eine unbedingte Einheit des Willens erfordert, der die gemeinsame Arbeit von hunderten, tausenden und zehntausenden Menschen leitet.“<sup>(8)</sup> Hat die Leitung im kapitalistischen Großbetrieb zwieschlächtigen Charakter wegen – wie es Marx begründet – „der Zwieschlächtigkeit des zu leitenden Produktionsprozesses selbst, welcher einerseits gesellschaftlicher Arbeitsprozeß zur Herstellung eines Produkts, andererseits Verwertungsprozeß des Kapitals“<sup>(9)</sup> ist, wodurch die Leitung einerseits die Funktion der Direktion des gesellschaftlichen Arbeitsprozesses und andererseits die Funktion der Sicherung der Ausbeutung übernehmen muß, fällt letztere natürlich im sozialistischen Betrieb durch die Beseitigung der Ausbeutung weg. Trotzdem ist jedoch zur Herstellung der „Einheit des Willens“ der Massen „die Unterordnung des Willens von Tausenden unter den Willen eines einzigen“<sup>(10)</sup>, d. h. des Betriebsleiters, notwendig. Über die Formen dieser Unterordnung sagt Lenin: „Diese Unterordnung kann bei idealer Bewußtheit und Diszipliniertheit der an der gemeinsamen Arbeit Beteiligten mehr an die milde Leitung eines Dirigenten erinnern. Sie kann scharfe diktatorische Formen annehmen, wenn keine ideale Bewußtheit und Diszipliniertheit vorhanden ist.“<sup>(11)</sup>

In dem Maße also, wie es gelingt, die durch die Beseitigung der Ausbeutung freigesetzte Schöpferkraft in die richtigen gesellschaftlich notwendigen Bahnen zu lenken, entwickelt sich die Leitung des sozialistischen Produktionsprozesses in die für den Sozialismus notwendige Form des Dirigenten der bewußt agierenden Einzelwillen der Werktätigen. Daher hat die Leitung die Aufgabe, die Massen „zu geschichtlichem Schöpfertum zu wecken und emporzuheben.“<sup>(12)</sup> Gelingt dies im Zusammenhang mit der wachsenden Bewußtheit und Diszipliniertheit der Massen, durch Überwindung des bürgerlichen und kleinbürgerlichen Bewußtseins in der Arbeiterklasse, bzw. solcher Reste aus der kapitalistischen Vergangenheit, so bildet sich bei den Massen selbst eine neue Einstellung zur Arbeit heraus. Diese Einstellung zeigt sich sowohl in der Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung zur Steigerung der Produktion als auch in der direkten Teilnahme an der Leitung des Betriebes, beispielsweise in Produktionsberatungen, Plandiskussionen, Versammlungen und in der Kommissionsarbeit. Eine solche

<sup>8)</sup> *Lenin, W. I.*, Ausgewählte Werke in 2 Bde. Bd. II., Berlin 1953, S. 385.

<sup>9)</sup> *Marx, Karl*, Das Kapital. Bd. I, Berlin 1951, S. 346.

<sup>10)</sup> *Lenin, W. I.*, a. a. O., S. 385.

<sup>11)</sup> Ebenda. <sup>12)</sup> Ebenda, S. 384.

Einstellung zur Arbeit und zur Leitung des Betriebes ist ebenso ein Merkmal der sozialistischen Produktionsverhältnisse, wie die kameradschaftliche Zusammenarbeit und gegenseitige sozialistische Hilfe. Deshalb ist Sozialismus, wie es Walter Ulbricht ausdrückt, „nicht einfach Aufbau neuer Werke. . ., sondern Entwicklung der sozialistischen Produktionsverhältnisse. . .“<sup>13)</sup> Deshalb sind auch die „Brigaden der sozialistischen Arbeit“ von solcher Bedeutung für die Weiterentwicklung der sozialistischen Produktionsverhältnisse.

Als Schlußfolgerung ergibt sich: Die sozialistischen Produktionsverhältnisse sind nicht schlechthin Voraussetzung für die Entfaltung der Schöpferkraft der Werktätigen. Die Nutzbarmachung der Schöpferkraft der Werktätigen unter Leitung der Partei der Arbeiterklasse vervollkommnet erst den Charakter der sozialistischen Produktionsverhältnisse. Das heißt ebenso, daß die Partei der Arbeiterklasse die Aufgabe hat, mit der Herausbildung des Volkseigentums an den wichtigsten Produktionsmitteln für die Einbeziehung der Werktätigen in die Leitung der Wirtschaft Sorge zu tragen. Damit kämpft sie gleichzeitig für die Vervollkommnung der sozialistischen Produktionsverhältnisse wie des Sozialismus überhaupt. Durch die Freisetzung der Schöpferkraft der Massen im Sozialismus wird nicht nur die Möglichkeit zur Mitgestaltung des Volkes in Betrieb und Wirtschaft allgemein geschaffen, sondern auch speziell im Staate selbst. Der Staat der Arbeiter und Bauern ist seinerseits ein wirklich sozialistischer Staat, wenn er nicht nur für die Mehrheit der Bevölkerung da ist, sondern die Volksmassen diesen ihren Staat selbst leiten. Erst die bewußte und aktive Teilnahme der Massen an der Leitung des Staates macht den volkdemokratischen Staat stark und unüberwindlich. Lenin drückt das so aus: „Die Bourgeoisie hält nur dann einen Staat für stark, wenn er mit der ganzen Macht des Regierungsapparates die Massen dorthin zu dirigieren vermag, wohin es die bürgerlichen Machthaber wollen. Unser Begriff von Stärke ist ein anderer. Nach unseren Begriffen ist es die Bewußtheit der Massen, die den Staat stark macht. Er ist dann stark, wenn die Massen alles wissen, über alles urteilen können und alles bewußt tun.“<sup>14)</sup> Alles wissen, über alles urteilen können, alles bewußt tun, verlangt aber: Einbeziehung der Werktätigen in die Leitung von Staat und Wirtschaft!

Sowohl die sozialistischen Produktionsverhältnisse als auch der sozialistische Staat können erst dann ihre volle Wirksamkeit entfalten, wenn nicht nur die Partei der Arbeiterklasse die Leitung von Staat und Wirtschaft übernommen hat, sondern unter ihrer Führung auch die Mehrheit der Werktätigen bewußt mitarbeitet. Andererseits müssen sich natürlich in diesem Prozeß die Formen der Leitung selbst vervollkommen, um ihrerseits die Gewähr für die größtmögliche Nutzbarmachung der Schöpferkraft der Werktätigen zu bieten. Nicht zuletzt liegt darin auch eine der Begründungen für die Notwendigkeit einer Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus.

<sup>13)</sup> *Ulbricht, Walter*, Der Weg zur Sicherung . . ., a. a. O., S. 51.

<sup>14)</sup> *Lenin, W. I.*, Ausgewählte Werke . . ., a. a. O., S. 263.

Wie sich die Formen und Methoden des Kampfes um die Einbeziehung der Werktätigen in die Leitung von Staat und Wirtschaft im einzelnen gestalten, wie die Werktätigen konkret „mitregieren, mitleiten, mitplanen“, wie sich wiederum die Formen der Leitung von Staat und Wirtschaft ausprägen, hängt von den Ergebnissen des Aufbaus des Sozialismus in einem Land, von den nationalen Besonderheiten, vor allem vom Bewußtseinsstand der Massen – besonders der Arbeiterklasse und ihrer Partei – ab. Eine Geschichte des Kampfes um die Einbeziehung der Werktätigen in die Leitung von Staat und Wirtschaft ist aufs engste mit der Geschichte des Kampfes um den Aufbau und die Vollendung des Sozialismus im jeweiligen Land verbunden. Der Kampf wird aber nur dann erfolgreich sein, wenn die allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten beim Aufbau des Sozialismus berücksichtigt werden. Wenden wir uns nun der speziellen Problematik zu – der Geschichte des Kampfes um die Einbeziehung der Werktätigen in die Leitung von Staat und Wirtschaft in der Deutschen Demokratischen Republik.

Die erste Periode der Geschichte unserer volksdemokratischen Ordnung umfaßt die Jahre von 1945 bis 1949. Sie begann mit dem Sieg der Sowjetunion über den Hitlerfaschismus und der Übernahme der obersten Regierungsgewalt durch die sowjetische Besatzungsmacht entsprechend den Festlegungen des Potsdamer Abkommens und endete mit der Gründung der DDR, des historisch gesetzmäßig entstandenen, historisch einzig rechtmäßigen deutschen Staates auf deutschem Boden, und der Übergabe der wichtigsten Verwaltungsfunktionen der SMAD an die Regierung der DDR. Das war gleichzeitig die erste Etappe der vom deutschen Volk nach 1945 durchgeführten revolutionären Umwälzung. „Im breiten Bündnis mit den Bauern und den antifaschistischen bürgerlichen Kreisen, und durch die sowjetischen Streitkräfte vor Interventionen der westlichen Imperialisten geschützt, organisierte die Arbeiterklasse die antifaschistisch-demokratische Umwälzung und beseitigte die Grundlagen des Imperialismus.“<sup>15)</sup>

Die Grundaufgabe bestand darin, daß „die Arbeiterklasse die politische Macht in ihre Hände nahm und alle antifaschistisch-demokratischen Kräfte einigte“<sup>16)</sup> und die Herrschaft der Monopole und Junker ein für allemal beseitigte. Das aber erforderte „die Initiative der fortgeschrittensten Kräfte der Arbeiterklasse und ihre Zusammenarbeit mit demokratischen Kreisen aus anderen Schichten des Volkes, die Heranführung der Massen an die Aufgaben des gesellschaftlichen Aufbaus, die hartnäckige Arbeit zu lernen, Staat und Wirtschaft zu leiten, ihre Erziehung zu der Befähigung, die Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung kennenzulernen und zu meistern.“<sup>17)</sup> Die Anwesenheit einer so-

15) Beschluß des V. Parteitages der SED über den Kampf um den Frieden, für den Sieg des Sozialismus, für die nationale Wiedergeburt Deutschlands als friedliebender, demokratischer Staat. Berlin 1958, S. 13.

16) *Ulbricht, Walter*, Die Staatslehre des Marxismus-Leninismus . . . , a. a. O., S. 11.

17) Ebenda.

zialistischen Besatzungsmacht auf deutschem Boden, die den faschistischen Staat zerschlagen hatte, den Faschismus niederhielt und die oberste staatliche Gewalt innehatte, war eine wichtige Stütze für die antifaschistischen Kräfte bei ihrer Grundaufgabe, vor allem dadurch, daß ihnen innerhalb der Besatzungsbedingungen alle Möglichkeiten ihrer Entfaltung gegeben wurden. Vor welche Probleme wurde in dieser Periode die Partei der Arbeiterklasse bei ihrem Kampf um die Einbeziehung der Werktätigen in die Leitung von Staat und Wirtschaft gestellt?

1. Es gab keine zentralisierte deutsche Staatsmacht, die sowohl ihre politische als auch wirtschaftlich-organisatorische und kulturell-erzieherische Aufgabe ausüben konnte. Die oberste Regierungsgewalt in der Gemeinde, dem Kreis, Land und der gesamten Zone lag in der Hand der Besatzungsmacht. Der juristische Ausdruck dieser Machtausübung waren die Befehle der einzelnen sowjetischen Militärkommandanturen und der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland, zentral und auf Länderebene, die Bestimmungen für das gesamte gesellschaftliche Leben der Deutschen umfaßten. Die Mitgestaltung der Werktätigen konnte im wesentlichen erst einsetzen, wenn es um die Durchführung der Befehle der Besatzungsmacht ging, um so den Beweis zu erbringen, daß die Deutschen gewillt waren, friedliche Aufbauarbeit und Wiedergutmachung zu leisten.

Zugleich war aber die Tatsache, daß die sowjetische Besatzungsmacht eine sozialistische Macht war, die wichtigste Garantie dafür, daß das deutsche Volk nicht unterdrückt, daß ihm vielmehr von seiten der Besatzungsmacht alle Hilfe für die Entfaltung der Schöpferkraft der Werktätigen gewährt wurde. Überall, in den zivilen Verwaltungen, bei persönlichen Aussprachen, durch die Zulassung der antifaschistisch-demokratischen Parteien und demokratischen Massenorganisationen bereits am 11. Juni 1945, unterstützte die SMAD die antifaschistischen Kräfte und achtete vor allem darauf, daß sich die schöpferischen Kräfte des Volkes durch die Einbeziehung aller Schichten des Volkes in die demokratische Aufbauarbeit entfalten konnten. Das war eine Hilfe, die nur ein sozialistisches Land als Besatzungsmacht gewähren kann, eine Hilfe, die auf die Durchsetzung des gesellschaftlichen Fortschritts gerichtet war, weit wichtiger als manch eine wirtschaftliche Unterstützung, die sicher im Moment besondere Sympathien beim deutschen Volk erweckte bzw. erweckt hätte.

Das bedeutete jedoch nicht, daß die Sowjetunion die sozialistische Revolution nach Deutschland importierte. Sie konnte – und darauf richtete sie ihr gesamtes Wirken aus – die Reaktion niederhalten, für Ruhe und Ordnung sorgen, die Beschlüsse des Potsdamer Abkommens verwirklichen, ihr Besatzungsgebiet vor der Intervention ausländischer und deutscher reaktionärer Kräfte schützen und dabei den deutschen antifaschistischen Kräften, vor allem der Arbeiterklassé, alle Möglichkeiten ihrer Entfaltung, Hilfe und Unterstützung gewähren. Die deutschen antifaschistischen Kräfte waren es, die *einzig und allein* in der Lage waren, die objektiv vor dem deutschen Volk

stehenden Aufgaben einer antifaschistisch-demokratischen Umwälzung zu erfüllen.

2. Als die sowjetische Besatzungsmacht die oberste Regierungsgewalt über die sowjetische Besatzungszone übernahm, fand sie ein Land vor, das sich nach 12 Jahren Faschismus und den Folgen des faschistischen Krieges in einer tiefen Krise befand.

„Wohin wir blicken, Ruinen, Schutt und Asche. Unsere Städte sind zerstört, weite ehemals fruchtbare Gebiete verwüstet und verlassen. Die Wirtschaft ist desorganisiert und völlig gelähmt. Millionen und aber Millionen Menschenopfer hat der Krieg verschlungen, den das Hitlerregime verschuldete. Millionen wurden in tiefstes Elend gestoßen. Eine Katastrophe unvorstellbaren Ausmaßes ist über Deutschland hereingebrochen und aus den Ruinen schaut das Gespenst der Obdachlosigkeit, der Seuchen, der Arbeitslosigkeit und des Hungers.“<sup>18)</sup> So kennzeichnete die Kommunistische Partei Deutschlands die Situation. Und wohl noch schwerwiegender waren die Folgen auf geistigem und moralischem Gebiet: Viele Menschen verhetzt, vergiftet vom hitlerischen Rassenwahn, vertiert durch das Hinnehmen und Nutznießen an verbrecherischen Ausschreitungen gegen die Bevölkerung in den ehemals besetzten Gebieten und schließlich durch die eigene Not egoistisch und abgestumpft. Auch die Arbeiterklasse war von den zersetzenden und demoralisierenden Auswirkungen der faschistischen Ideologie nicht unberührt geblieben.

Nur eine kleine Minderheit, die besten Vertreter der deutschen Arbeiterklasse, die auch in der dunkelsten Zeit der deutschen Geschichte ihrer Klasse und den wahren Zielen der Volksmassen treu geblieben waren, hatte eine klare Vorstellung von dem weiteren Weg Deutschlands. So erklärte die Kommunistische Partei Deutschlands in ihrem Aufruf vom 11. Juni 1945: „Möge der Neuaufbau Deutschlands auf solider Grundlage erfolgen, damit eine zweite Wiederholung der imperialistischen Katastrophenpolitik unmöglich wird. Mit der Vernichtung des Hitlerismus gilt es gleichzeitig, die Sache der bürgerlich-demokratischen Umbildung, die 1848 begonnen wurde, zu Ende zu führen, die feudalen Überreste zu beseitigen und den reaktionären altpreußischen Militarismus mit allen seinen ökonomischen und politischen Ablegern zu vernichten.“<sup>19)</sup>

Der einzige gangbare Weg war der der „Aufrichtung eines antifaschistischen, demokratischen Regimes, einer parlamentarischen Republik mit allen Rechten und Freiheiten für das Volk“.<sup>20)</sup>

Unter diesen Umständen mußte sich zunächst die Arbeiterklasse von der faschistischen Ideologie befreien, sich um eine geeinte Partei der Arbeiterklasse scharen und die Masse des Volkes an die Aufgaben des gesellschaft-

<sup>18)</sup> Zur ökonomischen Politik der SED und der Regierung der DDR. Berlin 1955, S. 7.

<sup>19)</sup> Ebenda, S. 12.      <sup>20)</sup> Ebenda.

lichen Aufbaus heranzuführen. Es waren also Hand in Hand mit der Erfüllung der einzelnen konkreten Forderungen der Besatzungsmacht die bewußtseinsmäßigen Voraussetzungen zu schaffen, um die Volksmassen an den Aufbau eines antifaschistisch-demokratischen Regimes heranzuführen zu können, das seinerseits alle Möglichkeiten für die Entfaltung der Schöpferkraft der Massen brachte.

Es kam vor allem darauf an, in Gestalt der antifaschistisch-demokratischen Parteien und Massenorganisationen geeignete Organisationsformen für die politische Betätigung der Massen bei der demokratischen Neugestaltung Deutschlands aufzubauen, in denen die Massen lernen konnten, die Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung zu erkennen und zu meistern, in denen sie lernen konnten, Staat und Wirtschaft zu leiten.

3. Deutschland war ein Land der Monopole und Großgrundbesitzer gewesen, in dem die Masse des Volkes ausgebeutet und geknebelt wurde. Hier gab es keine Freiheit für die schöpferische Betätigung der Werktätigen im Sinne einer fortschrittlichen Entwicklung der Gesellschaft. Die Macht der Monopole und Junker mußte nach ihrer militärischen Niederlage endgültig gebrochen werden.

Im Zusammenhang mit der Bestrafung der Kriegsverbrecher und Naziaktivisten – wie sie in den Dokumenten der Alliierten gefordert wurde – kam es deshalb darauf an, die eigentlichen Träger des Militarismus und Faschismus, die Großgrundbesitzer und Monopolherren, zu enteignen, um den Weg für eine friedliche Entwicklung Deutschlands freizumachen und durch die Schaffung bäuerlichen Eigentums in der Landwirtschaft und gesellschaftlichen Eigentums in der Industrie die objektiven Voraussetzungen für die Entfaltung der Schöpferkraft der Werktätigen zu legen. Im Laufe des Prozesses der Herausbildung des Volkseigentums in der Industrie mußten solche Formen der Leitung der Wirtschaft gefunden werden, die – insbesondere über die Gewerkschaften – das Mitbestimmungsrecht der Arbeiterklasse sicherten, bei völliger Ausschaltung der alten Monopolorganisationen und Unternehmerverbände bzw. ihrer Vertreter, die sich oft als Demokraten tarnten. Gleichzeitig mußten die Werktätigen lernen, daß die Gewerkschaften als Organisation der Interessenvertretung der Werktätigen in einem Staate der Arbeiter und Bauern ebenso die Mitverantwortung für die Erfüllung der Produktionsaufgaben der Betriebe tragen. Die Arbeiter mußten den durch die kapitalistischen Produktionsverhältnisse hervorgerufenen Geist des Zurückhaltens und des Konkurrenzkampfes untereinander, der tief in ihnen verwurzelt war, überwinden und begreifen, daß die ehemaligen Betriebe der Monopolisten und Naziaktivisten nunmehr zu ihren Betrieben geworden waren, zu Betrieben des Volkes, für deren Entwicklung der Einsatz der freien Kräfte eines jeden notwendig ist. Insgesamt mußten die neuen Produktionsverhältnisse erst geschaffen werden, die Schöpferkraft der Werktätigen freigesetzt und so die Produktionsverhältnisse zu wirklich sozialistischen entwickelt werden im Zusam-

menhang mit der revolutionären Umwälzung der gesamten Gesellschaft. Daraus ergibt sich, daß auch in der Wirtschaft um die objektiven und subjektiven Voraussetzungen für die Einbeziehung der Werktätigen in die Leitung gekämpft werden mußte, so daß in der ersten Zeit auf betrieblicher Ebene die Einzelleitung überwiegen und des öfteren scharf gegen Disziplinosigkeit usw. durchgegriffen werden mußte.

4. Obgleich also in der ersten Zeit nach der Befreiung vom Faschismus in vieler Beziehung subjektiv die notwendigen Voraussetzungen für die Einbeziehung der Werktätigen in die Leitung von Staat und Wirtschaft nicht vorhanden waren, wurden aber doch im Interesse der Existenz-erhaltung des deutschen Volkes hohe Anforderungen an die Schöpferkraft der Massen gestellt. Darin lag die ganze Problematik der Zeit. Die Beseitigung der Kriegsfolgen, die Ingangsetzung der Betriebe in Industrie und Landwirtschaft, die Sicherung der notwendigsten Ernährung des Volkes, kurz gesagt, das Wiederingangkommen des Lebens der Gesellschaft, erforderten eine große Aktivität und Initiative, erforderten grenzenlosen Einfallsreichtum der Massen. Oft fehlten die notwendigsten Geräte und Materialien zur Aufnahme der Produktion. Ideenreichtum, Einsatz- und Opferbereitschaft, Erfindergabe und Liebe zur Arbeit und zum Betrieb – vor allem aber Verantwortungsbewußtsein – waren notwendig, um der großen Not Herr zu werden. Die Erfüllung dieser Aufgaben wurde noch dadurch erschwert, daß es weder eine zentralisierte deutsche Staatsmacht noch ein zentralisiertes Wirtschaftsleben gab und die einzelnen Gemeinden und Kreise, später Länder, voll und ganz auf sich allein gestellt waren, selbst was die Ernährung der Bevölkerung und die Versorgung der Industrie mit Rohstoffen betraf. Erst die Gründung der Deutschen Wirtschaftskommission stellte einen bedeutenden Schritt zur Zentralisierung des Wirtschaftslebens dar. Trotzdem mußte die Wirtschaft in Gang kommen, nicht schlechthin, sondern ohne Monopolisten, Faschisten und sonstige Kriegsverbrecher.
5. Unter diesen Umständen legte die Besatzungsmacht großen Wert auf den Aufbau neuer deutscher Verwaltungsorgane. Diese Verwaltungen durften auf keinen Fall getarnten Reaktionären in die Hände fallen. Mit ihrer Hilfe galt es vielmehr, die Organe einer neuen deutschen Staatsmacht von unten her aufzubauen, die von Anfang an eine breite Basis im Volk haben mußten, damit sie ein Instrument der Arbeiterklasse zum Aufbau und zur Festigung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung sein konnten. Auch hier wurden hohe Anforderungen an die Schöpferkraft der Arbeiterklasse gestellt. Ihre Vertreter mußten in die Verwaltungsorgane einziehen und in dieser schweren Zeit die Verantwortung für die Wiedergeburt Deutschlands auf sich nehmen. Dabei hatten sie nicht nur selbst zu lernen, im Dorf, in der Gemeinde, der Stadt, im Kreis und später im Land, sondern sie mußten gleichzeitig auch eine enge Verbindung mit dem Volk herstellen und die Werktätigen für die Mitarbeit in den neuen staatlichen Organen gewinnen,

um von Anfang an wirklich demokratische Verwaltungen aufzubauen. Das war eine gewaltige Aufgabe, angesichts des vom Faschismus dem deutschen Volk hinterlassenen Erbes.

6. Zwar war das Hauptinstrument der Klassenherrschaft der Monopolisten und Großgrundbesitzer, der faschistische Staat, zertrümmert, und das Monopolkapital befand sich in einer tiefen Krise, wodurch die politische Situation sich wesentlich zugunsten der deutschen Arbeiterklasse verbessert hatte; aber der Klassengegner war nicht tot. Er verfügte in der ersten Zeit auch in Ostdeutschland noch über gewisse ökonomische Machtpositionen und wurde durch die Politik der westlichen Alliierten und die schwankende und verräterische Rolle der rechten sozialdemokratischen Führer sogar noch ermuntert, seiner Vernichtung einen beharrlichen Widerstand entgegenzusetzen. Wenn er wegen der Anwesenheit sowjetischer Truppen in Deutschland auch offene Gewaltanwendung gegenüber der Arbeiterklasse und den antifaschistisch-demokratischen Kräften nicht wagte, so versuchte er doch mit den vielfältigsten Formen und Methoden des Klassenkampfes, das Rad der Geschichte aufzuhalten und eine antifaschistisch-demokratische Entwicklung zu verhindern.

Durch den geringen politisch-ideologischen Reifegrad der Volksmassen konnte vor allem die Hetzpropaganda des Gegners vielfach auf fruchtbaren Boden fallen und die langsam erwachende politische und ökonomische Aktivität der Volksmassen lähmen. Deshalb stand die Partei der Arbeiterklasse vor der Aufgabe, erst während der revolutionären Umwälzung selbst die Grundvoraussetzung einer Revolution, die enge Verbindung der Partei der Arbeiterklasse mit den Massen, zu schaffen und so mit ihrer Aufgabe politisch zu wachsen.

Im Verlaufe der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung mußte so die politisch-moralische Einheit des Volkes und seiner führenden Partei geschmiedet werden, damit der Gegner keinen fruchtbaren Boden für die Saat seiner verbrecherischen Absichten finden konnte.

7. Die Tatsache der Aufteilung Deutschlands in vier Besatzungszonen und die von Jahr zu Jahr immer sichtbarer werdende Politik der westlichen Besatzungsmächte und ihrer deutschen Helfer zur Verhinderung der Wiedervereinigung Deutschlands auf demokratischer Grundlage stellten der Arbeiterklasse in der sowjetischen Besatzungszone die Aufgabe, die antifaschistisch-demokratische Umwälzung mit dem Kampf um die nationale Einheit zu verbinden und geeignete Formen zu finden, um alle national und demokratisch gesinnten Deutschen in diesen Kampf einzubeziehen.

Wir sehen also, daß große und zugleich komplizierte Anforderungen an die Schöpferkraft der Volksmassen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, vor allem aber auf ökonomischem und politischem Gebiet, gestellt wurden. Diesen Aufgaben konnte man nur dann gerecht werden, wenn es der Arbeiterklasse gelang, die Kräfte des *ganzen* Volkes in den Dienst der Entwicklung einer antifaschistisch-demokratischen Republik zu stellen. Dabei mußten For-

men der Leitung von Staat und Wirtschaft gefunden werden, die die Einbeziehung der Werktätigen ermöglichten. Das war für die Weiterführung der gesellschaftlichen Umwälzung in die sozialistische objektiv notwendig und für die Vollendung des Aufbaus des Sozialismus erst recht unabdingbar erforderlich. Zwei Momente, die für die Lösung dieses Problems Voraussetzung waren, sind zu beachten.

In Gestalt der „Aktivisten der ersten Stunde“, die unter großen persönlichen Opfern, durch den Einsatz ihrer ganzen Person und mit großem Ideenreichtum an den Aufbau von Staat und Wirtschaft gingen, fanden sich die Kräfte, die den aktiven, für das Volk schöpferischen Menschen verkörperten. In ihrem Handeln drückte sich die Bereitschaft zum Aufbau eines demokratischen Staates und zur Schaffung neuer Produktionsverhältnisse auf der Grundlage des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln aus. Sie waren ein Beweis, daß noch so großer Terror von seiten des Kapitals und seines Staates sowie alle Versuche der herrschenden Klasse, das Klassenbewußtsein des Proletariats zu betäuben, niemals den natürlichen Klasseninstinkt und Schöpfergeist der Arbeiterklasse vernichten können. Immer wieder finden sich Menschen, die zum Vorbild ihrer Klasse werden und täglich mehr Werktätige aus Abgestumpftheit und Lethargie erwecken, so wie es die in die jüngste Geschichte Deutschlands eingegangenen „Aktivisten der ersten Stunde“ taten. Ihre Leistungen rissen die anderen mit und gaben dem Volk das Vertrauen in die eigene Kraft wieder. Die richtige politische Orientierung erhielten diese besten Kräfte der Arbeiterklasse durch die Kommunistische Partei Deutschlands.

Die aus dem illegalen Kampf hervorgetretene Kommunistische Partei Deutschlands vertrat seit dem ersten Tag der Befreiung vom Faschismus eine konsequente marxistisch-leninistische Politik und kämpfte unbeirrt für die Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse. Von Anfang an orientierte sich die KPD darauf, die breiten Massen der Bevölkerung zur aktiven, bewußten und ständigen Mitgestaltung beim Neuaufbau heranzuziehen und einen Zusammenschluß aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte herbeizuführen, vor allem aber ein immer fester werdendes Bündnis zwischen der Arbeiterklasse und der werktätigen Bauernschaft zu knüpfen.

Nach der Zulassung demokratischer Parteien und Massenorganisationen durch die SMAD trat die Kommunistische Partei bereits am 11. Juni 1945 mit einem fest umrissenen Programm für die Gestaltung Deutschlands und die Zusammenarbeit aller friedliebenden Kräfte vor die deutsche Bevölkerung. Diesem Programm lagen die Lehren der Novemberrevolution zugrunde sowie, darauf aufbauend, die Ergebnisse der Brüsseler und Berner Konferenzen der KPD. Das Programm ging davon aus, daß der Weg zur Errichtung einer antifaschistisch-demokratischen Republik und der Vollendung der bürgerlich-demokratischen Revolution der einzig richtige in der damaligen Situation war. In dem Zehn-Punkte-Programm der KPD wurden all die Aufgaben genannt, die für den Wiederaufbau Deutschlands und die Neugeburt unseres Volkes am dringend-

sten waren. Neben der Forderung nach Liquidierung der Überreste des Hitlerregimes, neben dem Aufruf zum Kampf gegen Hunger und Arbeitslosigkeit standen Forderungen nach der Herstellung demokratischer Rechte und Freiheiten für das Volk und nach Schutz der Werktätigen gegen Unternehmerwillkür und übermäßige Ausbeutung. Am wichtigsten aber waren:

Enteignung des gesamten Vermögens der Monopolisten, Naziaktivisten und sonstigen Kriegsverbrecher und Übergabe dieses Vermögens in die Hände des Volkes; Liquidierung des Großgrundbesitzes und Übergabe dieses Grund und Bodens an die Landesverwaltungen zur Aufteilung an besitzlose Bauern; Übergabe all jener Betriebe in die Hände der Selbstverwaltungsorgane, die lebenswichtigen öffentlichen Bedürfnissen dienen oder die von den Besitzern verlassen waren. Damit war das Programm für die nächsten Jahre gegeben. Auf seiner Grundlage festigte sich die Zusammenarbeit zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten, eine Zusammenarbeit, die sich in den schweren und opferreichen illegalen Kämpfen gegen den Faschismus herausgebildet hatte. Schon am 17. Juni 1945 bekannte sich der Berliner Zentrallausschuß der SPD zur Zusammenarbeit beider Parteien auf der Grundlage des Aktionsprogramms der KPD. Dieses Programm sprach alle antifaschistisch-demokratischen Kräfte an. Es konnte auch nur gemeinsam von allen antifaschistischen Kräften verwirklicht werden. Darum schlug das Zentralkomitee der KPD vor, einen Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien zu bilden, alles Trennende beiseite zu schieben und das Einende, den demokratischen Wiederaufbau Deutschlands, in den Vordergrund zu stellen. Nachdem sich die CDU und LDP konstituiert hatten, schlossen sich auch die Parteien mit den in Aktionseinheit verbundenen Arbeiterparteien am 14. Juli 1945 zusammen und bildeten den antifaschistisch-demokratischen Block. Im ersten Aufruf des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien wurde erklärt: „Nur durch einen grundlegenden Umschwung im Leben und Denken unseres ganzen Volkes, nur durch die Schaffung einer antifaschistischen demokratischen Ordnung ist es möglich, die Nation zu retten. Die Vertreter der vier Parteien beschließen, unter gegenseitiger Anerkennung ihrer Selbständigkeit, die Bildung einer festen Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien, um mit vereinter Kraft die großen Aufgaben zu lösen. Damit ist ein neues Blatt in der Geschichte Deutschlands aufgeschlagen.“<sup>21)</sup>

Mit der Bildung des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien wurde die Idee der Volksfront verwirklicht, wofür die KPD schon seit der Brüsseler Konferenz im Jahre 1935 gekämpft hatte. In der Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Kräfte spielten die Arbeiterklasse und ihre Partei von Anfang an die ihr von der Geschichte zugewiesene führende Rolle. Die Stellung der Arbeiterklasse in der modernen Gesellschaft und die Erkenntnis der Entwicklungsgesetze der Gesellschaft ermöglichten es gerade der KPD

<sup>21)</sup> In: *Ulbricht, Walter*, Zur Geschichte der neuesten Zeit. Berlin 1955, S. 381.

– mit ihr den besten Kräften der SPD, die die Lehren aus der Vergangenheit gezogen hatten – und später der SED, in ihrer Politik die grundlegenden Interessen der deutschen Nation zum Ausdruck zu bringen und zu vertreten. Natürlich mußte die Gemeinsamkeit des Handelns der demokratischen Parteien und später aller patriotischen Kräfte in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland immer wieder auf dem Wege harter Arbeit auf allen Gebieten des Lebens erkämpft werden. Herren wie Kaiser, Lemmer, Friedensburg, Scharnowski und andere, die enge Beziehungen zu den imperialistischen Kräften in Westdeutschland pflegten, versuchten, die antifaschistische Einheitsfront zu untergraben. Im Kampf gegen diese Reaktionäre wurde den ehrlichen Kräften in den bürgerlichen Parteien die Hilfe der bewußten Arbeiter zuteil. Diese Hilfe wurde um so größer und der fortschrittliche Kern in den bürgerlichen Parteien einflußreicher, je mehr sich die Einheit der Arbeiterklasse und ihrer Partei festigte. Nur wenn die Arbeiterklasse ihrer führenden Rolle gerecht wurde, konnte sie zusammen mit allen demokratischen Kräften die bürgerlich-demokratische Revolution zu Ende führen und die Grundlagen des deutschen Militarismus und Imperialismus ein für allemal vernichten.

Doch nur unter Überwindung der jahrzehntelangen Spaltung der Arbeiterbewegung und der Schaffung einer einheitlichen marxistischen Kampfpartei war es möglich, daß die Arbeiterklasse zur führenden Kraft im Kampf um die Nation werden konnte. Es war nicht immer leicht, die Gegensätze zu überwinden, die sich in Jahrzehnten der Spaltung entwickelt hatten. Es gab Auseinandersetzungen und Schwierigkeiten, aber angesichts der gemeinsamen Klasseninteressen und der bitteren Lehren aus der Vergangenheit, die durch das Wiederauftreten reaktionärer Kräfte unterstrichen wurden, erkannte die Arbeiterklasse aus ihrem tiefen Verantwortungsbewußtsein heraus die Notwendigkeit zur Zusammenarbeit. Als auf dem Vereinigungsparteitag am 21. und 22. April 1946 sich Kommunisten und Sozialdemokraten zur gemeinsamen Arbeit in der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands die Hände reichten, wurde die unselige Spaltung der deutschen Arbeiterklasse überwunden und ein gewaltiger Sieg von gesamtnationaler Bedeutung erzielt. Die Gründung der SED war ein grundlegender Wendepunkt in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.

Die Einheit der Partei der Arbeiterklasse vervielfachte die Kräfte der Arbeiterklasse und schuf die wichtigste Voraussetzung dafür, daß unter ihrer Führung die politische Macht in Gestalt einer revolutionär-demokratischen Arbeiter- und Bauern-Macht unter Beteiligung auch anderer Schichten der Bevölkerung in die Hände der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten gelegt werden konnte. Sie war die Garantie für den konsequenten Charakter der im Jahre 1945 in der heutigen DDR begonnenen revolutionär-demokratischen Umwälzung und für ihre Überleitung in die sozialistische Revolution auf allen Gebieten unseres Lebens. Unter Hegemonie der Arbeiterklasse, erreicht durch die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien, und mit Hilfe des antifaschistisch-demokratischen Blocks als „Instrument des Bündnisses zwischen Arbeiterklasse und den ande-

ren Volksschichten<sup>22)</sup>, inspiriert durch die Leistungen der Aktivisten der ersten Stunde, wurden auch die Voraussetzungen für die Freisetzung der Schöpferkraft der Werktätigen geschaffen, wurde die Schöpferkraft der Massen geweckt und genutzt, wurde die für die erste Etappe der revolutionären Umwälzung in der heutigen DDR charakteristische Problematik der Einbeziehung der Werktätigen in die Leitung von Staat und Wirtschaft im einzelnen gelöst und wurden gleichzeitig die dafür besten Formen der Leitung von Staat und Wirtschaft gefunden. Dies im einzelnen darzustellen, kann nicht Gegenstand dieses Artikels sein. Das erfordert – wie anfangs erwähnt – eine umfassendere, über den Rahmen dieses Artikels hinausgehende Arbeit. Die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik leitete die zweite Periode der Geschichte unserer volksdemokratischen Ordnung ein. Mit der Errichtung eines selbständigen, unabhängigen und friedliebenden deutschen Staates waren die im Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945 gestellten Aufgaben auf dem Gebiet der DDR erfüllt und die erste Etappe der revolutionären Umwälzung abgeschlossen.

Angesichts der Politik der imperialistischen Besatzungsmächte auf Restaurierung des Imperialismus und Militarismus in Westdeutschland durfte die Partei der Arbeiterklasse nicht bei der Durchführung der allgemein demokratischen Umgestaltung stehenbleiben. Auf Grund der inneren ökonomischen und politischen Voraussetzungen, unter denen die im Laufe der Jahre vollzogene Bewußtseinsänderung der Bevölkerung, besonders der Arbeiterklasse, eine große Rolle spielte, – konnte unter Führung der SED mit der Gründung der DDR die zweite Etappe unserer Entwicklung eingeleitet werden. Auf dem Boden Deutschlands begann ein erbitterter Kampf zwischen den beiden Welt-systemen, dem kapitalistischen und dem sozialistischen. In diesem Kampf wurde unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei mit Hilfe der Staatsmacht auf dem Gebiet der DDR die sozialistische Revolution eingeleitet.

Die erste und wichtigste Voraussetzung für den Übergang zum Aufbau des Sozialismus war die Entwicklung der Staatsmacht zu einer Macht im Sinne der Diktatur des Proletariats. *Unter den mit der Gründung der DDR geschaffenen Bedingungen bestand das Grundproblem der Errichtung der Diktatur des Proletariats in der Erhöhung der Kampfkraft der Arbeiterklasse und der Gewinnung der Mehrheit des Volkes für den Sozialismus.*

Wie in der ersten Etappe der revolutionären Umwälzung mußte sich die Spitze des Kampfes auch beim Aufbau des Sozialismus gegen die imperialistischen Kräfte richten, die sich in Westdeutschland wieder erhoben hatten sowie gegen ihre Agenten in der DDR. Alle aufbauwilligen Kräfte, auch die mittlere Bourgeoisie, konnten in den sozialistischen Aufbau einbezogen werden.<sup>23)</sup>

<sup>22)</sup> Beschluß des V. Parteitages der SED . . . , a. a. O., S. 13.

<sup>23)</sup> Siehe Horn, Werner, Die Entstehung und Entwicklung der volksdemokratischen Ordnung in der DDR in den Jahren 1945–1958. Berlin 1958, S. 26ff.

Die Arbeiterklasse wurde vor die Aufgabe gestellt, das gesamte Leben in der DDR auf sozialistischer Grundlage zu organisieren. Dabei kam es vor allem darauf an, die Friedenswirtschaft wiederherzustellen, die durch die Spaltung Deutschlands entstandenen Disproportionen zu beseitigen und dann mit einer großen Rekonstruktion der Volkswirtschaft nach sozialistischen Prinzipien zu beginnen, um die Überlegenheit der sozialistischen Wirtschaft zu beweisen. Auf Beschluß der 2. Parteikonferenz der SED im Juli 1952 wurde bewußt und planmäßig mit dem Aufbau der Grundlagen des Sozialismus begonnen. Insbesondere mußte das Zurückbleiben der Landwirtschaft gegenüber der Industrie durch den freiwilligen Zusammenschluß der Bauern in landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften überwunden werden. Die sozialistische Revolution mußte auch die Ideologie und Kultur erfassen. Auf dem V. Parteitag der SED konnte Walter Ulbricht – das Fazit dieser Entwicklung ziehend – feststellen:

„Im Ergebnis der großen Leistungen der Arbeiterklasse, der werktätigen Bauern, der Intelligenz und Gewerbetreibenden der Deutschen Demokratischen Republik, die durch die zielbewußte Staats- und Wirtschaftspolitik unserer Partei und der Nationalen Front des demokratischen Deutschland inspiriert wurden, sind die Grundlagen des Sozialismus in der DDR im wesentlichen geschaffen.“<sup>24)</sup>

Nunmehr begann die Periode der Vollendung des sozialistischen Aufbaues. Eng mit dieser Entwicklung des Aufbaus des Sozialismus in der DDR verbunden, gestalteten sich die Formen und Methoden der Leitung von Staat und Wirtschaft und die Formen und Methoden des Kampfes für die Einbeziehung der Werktätigen in die Leitung. Im Gegensatz zur ersten Periode waren jetzt alle objektiven Voraussetzungen für die Nutzung der Schöpferkraft der Werktätigen vorhanden. Die im Volke vor sich gegangene Bewußtseinsbildung erleichterte den Kampf der Partei der Arbeiterklasse um die Gewinnung der Massen zur Mitarbeit im Staat und in der Wirtschaft. Eine Geschichte des Kampfes um die Einbeziehung der Werktätigen in die Leitung von Staat und Wirtschaft stellt sich uns in dieser Periode – in der nunmehr eine zentrale deutsche Staatsmacht der Arbeiter und Bauern besteht – dar als eine Geschichte der Entwicklung von Formen und Methoden der staatlichen und wirtschaftlichen Leitung im Prozeß der immer konsequenteren Durchsetzung des demokratischen Zentralismus. Besteht doch das Wesen des demokratischen Zentralismus in einer stets vollkommeneren Verwirklichung der Einheit von politischer und ökonomischer Leitung, der ständig qualifizierteren politisch-ideologischen Führung und Erziehung der Volksmassen und sein Ziel in der immer breiteren Einbeziehung der Massen in die Leitung von Staat, Wirtschaft und Produktion. Wie es in den zehn Jahren des Bestehens unserer Republik

<sup>24)</sup> *Ulbricht, Walter*, Der Kampf um den Frieden, für den Sieg des Sozialismus, für die nationale Wiedergeburt Deutschlands als friedliebender, demokratischer Staat. Berlin 1958, S. 44.

verschiedene Etappen ihrer Entwicklung gibt, so auch in diesem Prozeß. Seine Problematik in den einzelnen Etappen, vor allem in der Zeit von 1949–1952 und von 1952–1958, aufzuzeigen, wird Gegenstand weiterer Artikel sein.

Anläßlich des 15. Jahrestages der Befreiung von Faschismus durch die siegreiche Sowjetarmee können wir sagen, daß das Geheimnis unserer Erfolge auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens nicht zuletzt in dem beharrlichen und erfolgreichen Kampf der Partei der Arbeiterklasse um die Nutzung der Schöpferkraft der Massen durch ihre bewußte Einbeziehung in die Leitung von Staat und Wirtschaft seit 1945 liegt, weil unsere staats- und wirtschaftsorganisatorische Arbeit stets von den bewegenden und vorwärtstreibenden Prinzipien unserer volksdemokratischen Ordnung bestimmt war, die Walter Ulbricht folgendermaßen formulierte:

„Das ist die Entwicklung der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der Industrie wie in der Landwirtschaft, der Ausbau der Planung, die Entfaltung der Produktivkräfte nach einem bestimmten Plan und wiederum die Einbeziehung der Massen in diese planende Tätigkeit unserer Staatsorgane; das ist die Teilnahme der Massen am Aufbau der Organe unseres Staates und die Einbeziehung der Werktätigen in die Leitung von Staat und Wirtschaft; das ist, was schon in dem Gesagten enthalten ist, die sozialistische Bewußtseinsbildung der Menschen, die Befreiung von den alten bürgerlich-kapitalistischen Denk- und Lebensgewohnheiten, die Hebung zur bewußten gesellschaftlichen Tätigkeit, zur sozialistischen Bewußtheit, Disziplin, Aktivität, Verantwortung und Initiative.“<sup>25)</sup>

Diesen Weg gingen wir und werden wir weitergehen, erst recht in der jetzigen Periode der Vollendung des sozialistischen Aufbaues.

<sup>25)</sup> *Ulbricht, Walter*, Die Staatslehre des Marxismus-Leninismus . . . , a. a. O., S. 19.

# ZUR GESCHICHTE DER BÜRGERLICHEN KRISENTHEORIE

VON JÜRGEN KUCZYNSKI

1823 starb David Ricardo, der letzte Klassiker der bürgerlichen Politischen Ökonomie. 1825 brach die erste zyklische Überproduktionskrise aus.

Die zyklischen Überproduktionskrisen sind ein Zeichen dafür, daß die Produktionsverhältnisse nicht mehr dem Charakter der Produktivkräfte entsprechen, daß die Produktivkräfte sich bereits, wie Marx und Engels es nennen, gegen die Produktionsverhältnisse empören. Im „Kommunistischen Manifest“ schreiben sie: „Die bürgerlichen Produktions- und Verkehrsverhältnisse, die bürgerlichen Eigentumsverhältnisse, die moderne bürgerliche Gesellschaft, die so gewaltige Produktions- und Verkehrsmittel hervorgezaubert hat, gleicht dem Hexenmeister, der die unterirdischen Gewalten nicht mehr zu beherrschen vermag, die er heraufbeschwor. Seit Dezennien ist die Geschichte der Industrie und des Handels nur die Geschichte der Empörung der modernen Produktivkräfte gegen die modernen Produktionsverhältnisse, gegen die Eigentumsverhältnisse, welche die Lebensbedingungen der Bourgeoisie und ihrer Herrschaft sind. Es genügt, die Handelskrisen zu nennen, welche in ihrer periodischen Wiederkehr immer drohender die Existenz der ganzen bürgerlichen Gesellschaft in Frage stellen.“ Und noch einmal, wenige Zeilen später, sprechen sie über den antagonistisch gewordenen Widerspruch zwischen den Produktionsverhältnissen und den Produktivkräften: „Die Produktivkräfte, die ihr (der bürgerlichen Gesellschaft – J. K.) zur Verfügung stehen, dienen nicht mehr zur Beförderung der bürgerlichen Eigentumsverhältnisse; im Gegenteil, sie sind zu gewaltig für diese Verhältnisse geworden, sie werden von ihnen gehemmt; und sobald sie dies Hemmnis überwinden, bringen sie die ganze bürgerliche Gesellschaft in Unordnung, gefährden sie die Existenz des bürgerlichen Eigentums. Die bürgerlichen Verhältnisse sind zu eng geworden, um den von ihnen erzeugten Reichtum zu fassen.“

Um diese Zeit, genauer 1830, kommt die Bourgeoisie als Industrie-Kapital in den beiden fortgeschrittensten kapitalistischen Ländern, in England und Frankreich, an die Macht, die sie bis dahin zumeist mit dem kapitalistisch wirtschaftenden

Landadel hatte teilen müssen. Daher, und zugleich mitverursacht durch den offenen Ausbruch des Widerspruchs zwischen den Produktionsverhältnissen und dem Charakter der Produktivkräfte, entfaltet sich der, objektiv natürlich von Anbeginn der kapitalistischen Gesellschaft vorhandene, Widerspruch zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse erst jetzt in aller Klarheit, nimmt eine neue Qualität an. Marx stellt im Nachwort zur zweiten Auflage des „Kapital“ fest: „Mit dem Jahr 1830 trat die ein für allemal entscheidende Krise ein. Die Bourgeoisie hatte in Frankreich und England politische Macht erobert. Von da an gewann der Klassenkampf, praktisch und theoretisch, mehr und mehr ausgesprochene und drohende Formen.“

Damit aber ist auch das Ende der bürgerlichen politischen Ökonomie als Wissenschaft gekommen. Marx fährt an der zitierten Stelle fort: „Er (der Klassenkampf – J. K.) läutete die Totenglocke der wissenschaftlichen bürgerlichen Ökonomie. Es handelte sich jetzt nicht mehr darum, ob dies oder jenes Theorem wahr sei, sondern ob es dem Kapital nützlich oder schädlich, bequem oder unbequem, ob polizeiwidrig oder nicht. An die Stelle uneigennütziger Forschung trat bezahlte Klopffechtereier, an die Stelle unbefangener wissenschaftlicher Untersuchung das böse Gewissen und die schlechte Absicht der Apologetik.“ Das heißt nichts anderes, als daß – im Gegensatz zum Beispiel zur Werttheorie, zur Politischen Ökonomie ganz allgemein – *die bürgerliche Theorie der zyklischen Krisen als Apologetik geboren wurde!*

## I. KRISENTHEORIEN VOR DEM AUSBRUCH DER ERSTEN ZYKLISCHEN ÜBERPRODUKTIONSKRISE

Das heißt nicht, daß es nicht schon vor 1825 Wirtschaftskrisen gab; aber es waren keine zyklischen Überproduktionskrisen, ja häufig waren es nicht einmal Überproduktionskrisen, sondern Krisen aus anderen Ursachen. Das heißt darum auch nicht, daß es nicht schon zuvor bürgerliche Krisentheorien gab; aber es waren keine Theorien von zyklischen Überproduktionskrisen. Und darum kann man diese Theorien auch nicht einfach deswegen verurteilen, weil sie keine Erklärung der zyklischen Überproduktionskrisen geben. Marx und Engels sind daher auch sehr vorsichtig in der Kritik solcher Theorien.

Sehr scharf wendet sich Marx zum Beispiel gegen die Auffassung, daß es keine allgemeine Überproduktionskrisen geben kann: „Die von Ricardo adoptierte, eigentlich Mill gehörige, Ansicht des faden Say, worauf wir bei Besprechung dieses Jammermenschen zurückkommen, daß keine Überproduktion oder wenigstens keine allgemeinen Überfüllung (glut) des Marktes möglich sei, beruht auf dem Satze, daß Produkte gegen Produkte ausgetauscht werden, oder, wie (James) Mill es hatte, auf dem ‚metaphysischen Gleichgewicht der Verkäufer und Käufer‘, (was) weiter entwickelt (wurde zu dem Satze von) der nur durch die Produktion selbst bestimmten Nachfrage, oder auch der Identität von Nachfrage und Angebot. Derselbe Satz findet sich auch in der namentlich von

Ricardo beliebten Form, daß jede Menge Kapital in jedem Lande produktiv angewandt werden kann.“<sup>1)</sup>

Aber während er auf der einen Seite diesen Kardinalfehler Ricardos (Mills und Says) scharf verurteilt, stellt er auf der anderen Seite fest: „Ricardo selbst kannte eigentlich nichts von Krisen, von allgemeinen, aus dem Produktionsprozeß selbst hervorgehenden Weltmarktskrisen. Die Krisen von 1800–1815 konnte er erklären aus der Getreideteuerung infolge des Mißwachses von Ernten, aus Entwertung des Papiergeldes, aus Entwertung der Kolonialwaren usw., weil infolge der Kontinental Sperre der Markt gewaltsam, aus politischen, nicht ökonomischen Gründen, kontrahiert war. Die Krisen nach 1815 konnte er ebenfalls erklären, teils aus einem Mißjahr, aus Getreidenot, teils aus dem Fall der Kornpreise, weil die Ursachen aufgehört hatten zu wirken, die nach seiner eigenen Theorie während des Krieges und der Absperrung Englands vom Kontinent die Getreidepreise in die Höhe treiben mußten, teils aus dem Übergang vom Kriege zum Frieden und den daher entspringenden ‚plötzlichen Änderungen in den Kanälen des Handels‘. (Siehe in seinen ‚Principles‘ das 19. Kapitel, das davon handelt.)“<sup>2)</sup>

Noch wichtiger in diesem Zusammenhang ist die Beurteilung der Krisentheorie Sismondis. In den „Mehrwerttheorien“ bemerkt Marx: „Sismondi hat das tiefe Gefühl, daß die kapitalistische Produktion sich widerspricht; daß ihre Formen, ihre Produktionsverhältnisse einerseits zur ungezügelter Entwicklung der Produktivkraft und des Reichtums anspornen; daß diese Verhältnisse andererseits bedingte sind; daß deren Widersprüche von Gebrauchswert und Tauschwert, Ware und Geld, Kauf und Verkauf, Produktion und Konsumtion, Kapital und Lohnarbeit usw. um so größere Dimensionen annehmen, je weiter sich die Produktivkraft entwickelt. Er fühlt namentlich den Grundwiderspruch: Ungefesselte Entwicklung der Produktivkraft und Vermehrung des Reichtums, der zugleich aus Waren besteht, versilbert werden muß, einerseits; andererseits als Grundlage Beschränkung der Masse der Produzenten auf die notwendigen Lebensmittel. Daher sind bei ihm die Krisen nicht wie bei Ricardo Zufälle, sondern wesentliche Ausbrüche der immanenten Widersprüche auf großer Stufenleiter und zu bestimmten Perioden. Er schwankt nun beständig: sollen die Produktivkräfte von Staats wegen gefesselt werden, um sie den Produktionsverhältnissen adäquat zu machen, oder die Produktionsverhältnisse, um sie den Produktivkräften adäquat zu machen? Er flüchtet sich dabei oft in die Vergangenheit; wird laudator temporis acti und möchte auch durch andere Regelung der Revenue im Verhältnis zum Kapital oder der Distribution im Verhältnis zur Produktion die Widersprüche bändigen, nicht begreifend, daß die Distributionsverhältnisse nur die Produktionsverhältnisse sub alia specie sind. Er beurteilt die Widersprüche der bürgerlichen Produktion schlagend, aber er begreift sie nicht, und begreift daher auch nicht den Prozeß ihrer

<sup>1)</sup> Marx, K., Theorien über den Mehrwert. II, Stuttgart 1923, S. 264.

<sup>2)</sup> Ebenda, S. 270.

Auflösung. Was aber bei ihm zugrunde liegt, ist in der Tat die Ahnung, daß den im Schoße der kapitalistischen Gesellschaft entwickelten Produktivkräften, materiellen und sozialen Bedingungen der Schöpfung des Reichtums, neue Formen der Aneignung dieses Reichtums entsprechen müssen; daß die bürgerlichen Formen nur transitorische und widerspruchsvolle sind, in denen der Reichtum immer nur eine gegensätzliche Existenz erhält und überall zugleich als sein Gegenteil auftritt. Es ist Reichtum, der immer die Armut zur Voraussetzung hat und sich nur entwickelt, indem er sie entwickelt.“<sup>3)</sup>

Sismondi ist kein Klassiker mehr der bürgerlichen Politischen Ökonomie.<sup>4)</sup> Marx stellt fest: „... Damit war aber auch die bürgerliche Wissenschaft der Ökonomie bei ihrer unüberschreitbaren Schranke angelangt. Noch bei Lebzeiten Ricardos und im Gegensatz zu ihm trat ihr in der Person Sismondis die Kritik gegenüber.“<sup>5)</sup> Und Lenin bemerkt über Sismondi: „Von den Klassikern unterscheidet er sich dadurch in allen Punkten, daß er die Widersprüche des Kapitalismus hervorhebt.“<sup>6)</sup> Die Sismondische Krisentheorie ist eine Kritik des Kapitalismus – ein Unterfangen, ein Charakter, die der klassischen Politischen Ökonomie natürlich völlig fern liegen.

Auf der anderen Seite ist seine „Lösung“, seine Theorie der Ursachen der Krisen falsch. Sismondi ist ein Vertreter der sogenannten Unterkonsumtionstheorie und die Krisen möchte er vermeiden durch eine Veränderung der Konsumtions-, der Distributions-, der Einkommensverhältnisse. Aber so falsch eine solche Theorie für zyklische Überproduktionskrisen ist, so falsch an sich eine solche Trennung von Produktions- und Distributionsverhältnissen ist, so ganz Unrecht hat Sismondi in dem historischen Augenblick, in dem er schreibt – vor der Zeit der zyklischen Überproduktionskrisen, vor 1825 – nicht. Darum sagt Engels auch im Anti-Dühring: „Die Erklärung der Krisen aus Unterkonsumtion rührt her von Sismondi und hat bei ihm noch einen gewissen Sinn“<sup>7)</sup> – einen gewissen Sinn, weil einerseits der Kapitalismus damals noch nicht so entwickelt war, daß er zyklische Überproduktionskrisen hervorrief, und weil andererseits damals die Armut der Bevölkerung so fürchterliches Ausmaß annahm, da sie sowohl das Produkt der inneren Gesetzmäßigkeit des kapitalistischen Systems als auch die Folge der Zerstörung der feudalen Verhältnisse war.

\*

Der erste, der eine Krisentheorie auf Grund des Studiums bestimmter Krisen entwickelte, war wohl Malthus. In seinen „Principles of Political Economy“ untersucht er Krisenprobleme auf Grund englischer Erfahrungen in den Jahren

<sup>3)</sup> Ebenda, III, S. 55f.

<sup>4)</sup> Vgl. zu Sismondi meine Geschichte der Lage der Arbeiter in Frankreich, I. Teil, Berlin 1955, S. 249ff.

<sup>5)</sup> Marx, K., Das Kapital. Berlin 1947, Bd. I, S. 12.

<sup>6)</sup> Lenin, W. I., Werke. 4. Aufl. Bd. 2 (russ.), S. 179.

<sup>7)</sup> Engels, Fr., Anti-Dühring. Berlin 1948, S. 357.

1815 bis 1819 und kommt dabei zu dem Schluß, daß „allgemeine Überproduktion“ durchaus möglich sei und zu Krisen führen könne.

Da er einerseits ein scharfer Logiker und andererseits in seiner Krisentheorie nicht in erster Linie Apologet des Kapitalismus, sondern vielmehr aus der feudalen Vergangenheit überkommener parasitärer Kräfte in der kapitalistischen Gesellschaft ist, ist seine Krisentheorie wohl das erste geschlossene System der Überproduktionskrisenlehre an sich wie auch die erste geschlossene Widerspruchslehre des Kapitalismus im besonderen, die wir kennen. Und da er sich vor dem Ausbruch der ersten zyklischen Krise mit dem Problem der Überproduktion (keineswegs als erster natürlich!) beschäftigt, hat seine Theorie auch in der Folgezeit einen gewissen Einfluß auf die Entwicklung der Krisentheorie gehabt – obgleich natürlich keinen so großen wie die des schönfärberischen Apologeten des Kapitalismus Say.

Malthus hat – und nicht zum wenigsten darum seine Beachtung des Krisenproblems – direkt ein Interesse daran, Widersprüche des Kapitalismus herauszuarbeiten. Marx stellt fest: „Malthus hat nicht das Interesse, die Widersprüche der bürgerlichen Produktion zu verhüllen; umgekehrt, sie hervorzuheben.“<sup>8)</sup>

Wie sieht nun nach Malthus die kapitalistische Gesellschaft aus? Marx legt die Grundlinien der Auffassungen von Malthus so dar: „Einerseits ist also die Arbeiterklasse, durch das Prinzip der Bevölkerung, stets im Verhältnis zu den ihr bestimmten Lebensmitteln zu zahlreich, Übervölkerung aus Unterproduktion; dann haben wir die Kapitalistenklasse, die infolge dieses Bevölkerungsprinzips stets fähig ist, den Arbeitern ihr eigenes Produkt zu solchen Preisen wieder zu verkaufen, daß sie nur so viel davon zurückerhalten als nötig, um Leib und Seele zusammenzuhalten; dann ist da ein ungeheurer Teil der Gesellschaft, aus Parasiten bestehend, schwelgerischen Drohnen, teils Herren, teils Knechten, die eine beträchtliche Masse des Reichtums, teils unter dem Titel der Rente, teils unter politischen Titeln sich von der Kapitalistenklasse gratis aneignen, deren Waren sie aber über deren Wert mit dem denselben Kapitalisten entzogenen Gelde bezahlen; die Kapitalistenklasse vom Akkumulationstrieb in der Produktion gepeitscht, die Unproduktiven ökonomisch den bloßen Konsumtionstrieb, die Verschwendung darstellend. Und zwar ist dieses das einzige Mittel, der Überproduktion zu entgehen, die zugleich existiert mit einer Überbevölkerung im Verhältnis zur Produktion. Als bestes Heilmittel für beide wird die Überkonsumtion außerhalb der Produktion stehender Klassen (empfohlen). Das Mißverhältnis zwischen der Arbeiterbevölkerung und der Produktion wird dadurch aufgehoben, daß ein Teil des Produkts von Nichtproduzenten, Faulenzern aufgeessen wird. Das Mißverhältnis der Überproduktion der Kapitalisten (wird wettgemacht) durch die Überkonsumtion des prassenden Reichtums.“<sup>9)</sup>

<sup>8)</sup> *Marx, K.*, Theorien über den Mehrwert. III, S. 57.

<sup>9)</sup> *Ebenda*, S. 50f.

Die ganze Theorie baut auf auf der Werttheorie von Malthus, die Marx „kindisch schwach, trivial und nichtssagend“, „eine komische Gewaltanstrengung der Ohnmacht“ nennt.<sup>10)</sup> Auf dieser so gekennzeichneten Grundlage wird Malthus dann zum logisch konsequenten Apologeten der vorkapitalistischen Interessen. Marx erklärt: „Malthus' Konsequenzen sind ganz richtig aus seiner Grundtheorie vom Werte gezogen; aber diese Theorie ihrerseits paßte merkwürdig für seinen Zweck, die Apologetik der bestehenden englischen Zustände, Landlordismus, ‚Staat und Kirche‘, Pensionäre, Steuereinnehmer, Zehnten, Nationalschuld, Börsenjobbers, Büttel, Pfaffen und Lakaien (national expenditure), die von den Ricardianern als ebensoviele nutzlose und überlebte Nachteile und Schäden der bürgerlichen Produktion bekämpft wurden. Ricardo vertritt die bürgerliche Produktion ohne Rücksicht, soweit sie möglichst ungezügelter Entfaltung der sozialen Produktivkräfte (bedeutet), unbekümmert um das Schicksal der Träger der Produktion, seien sie Kapitalisten oder Arbeiter. Er hielt am geschichtlichen Rechte und der Notwendigkeit dieser Stufe der Entwicklung fest. So sehr ihm der geschichtliche Sinn für die Vergangenheit fehlt, so sehr lebt er in dem geschichtlichen Springpunkt seiner Zeit. Malthus will auch die möglichst freie Entwicklung der kapitalistischen Produktion, soweit nur das Elend ihrer Hauptträger, der arbeitenden Klassen, Bedingung dieser Entwicklung ist, aber sie soll sich gleichzeitig anpassen den ‚Konsumtionsbedürfnissen‘ der Aristokratie und ihrer Sukkursalien in Staat und Kirche, soll zugleich als materielle Basis dienen für die veralteten Ansprüche der Repräsentanten der von dem Feudalismus und der absoluten Monarchie vererbten Interessen. Malthus will die bürgerliche Produktion, soweit sie nicht revolutionär ist, kein geschichtliches Moment, bloß eine breitere und bequemere materielle Basis für die alte Gesellschaft schaffen.“<sup>11)</sup> Und weiter, beginnend mit einem schon zitierten Satzteil: „Malthus hat nicht das Interesse, die Widersprüche der bürgerlichen Produktion zu verhüllen; umgekehrt, sie hervorzuheben, einerseits um das Elend der arbeitenden Klassen als notwendig zu demonstrieren (es ist notwendig für diese Produktionsweise), andererseits um den Kapitalisten zu demonstrieren, daß ein gemästeter Kirchen- und Staatsklerus unentbehrlich sei, um ihnen eine adäquate Nachfrage zu schaffen. Er zeigt also auch, daß für den ‚stetigen Fortschritt des Reichtums‘ weder Wachstum der Bevölkerung, noch Akkumulation des Kapitals hinreicht, noch Fruchtbarkeit des Bodens, noch ‚arbeitsparende Erfindungen‘, noch Ausdehnung der ‚auswärtigen Märkte‘. ‚Beide, Arbeiter und Kapital, können im Übermaß vorhanden sein, im Vergleich zu der Möglichkeit, sie mit Vorteil anzuwenden.‘ Er hebt also gegen die Ricardianer die Möglichkeit allgemeiner Überproduktion hervor. Die Hauptsätze, die er in dieser Richtung beibringt, sind folgende: ‚Die Nachfrage wird immer bestimmt durch den Wert und die Zufuhr durch die Quantität.‘ Malthus führt auf dieser Seite aus, daß Waren nicht nur gegen Waren ausgetauscht werden, sondern auch für produktive Arbeit und per-

<sup>10)</sup> Ebenda, S. 51.<sup>11)</sup> Ebenda, S. 49f.

sönliche Dienste, und im Vergleich zu diesen wie zum Gelde kann eine allgemeine Überfülle von Waren da sein.“<sup>12)</sup>

Malthus erkennt also im Gegensatz zu den Klassikern der bürgerlichen Politischen Ökonomie einige wichtige Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft und spricht sie auch offen aus. Damit unterscheidet er sich auch von den nachfolgenden Apologeten des Kapitalismus in der Krisentheorie. Aber deswegen enthält seine Lehre nicht irgendeine fortschrittliche Richtung. Ganz im Gegenteil ist es der besonders reaktionäre Charakter seiner Lehre, die Verteidigung, die Apologetik vorkapitalistischer parasitärer Elemente, die seiner Krisentheorie ihren eigentümlichen Charakter gibt.

Wenn Marx und Engels im Kommunistischen Manifest von den feudalen Sozialisten sagen: „Den proletarischen Bettelsack schwenkten sie als Fahne in der Hand, um das Volk hinter sich her zu versammeln. Sooft es ihnen aber folgte, erblickte es auf ihrem Hintern die alten feudalen Wappen. . .“, so gelten für Malthus nur die letzten hier zitierten Worte, wozu noch kommt, daß bei zahlreichen feudalen Sozialisten das Wappen echt, bei Malthus nur angepappt war. (Es ist dieser besondere reaktionäre Charakter der allgemeinen Theorie von Malthus, der ihr auch im Stadium des Imperialismus einen solchen neuen Auftrieb gegeben hat.) –

Im Gegensatz zur „feudalen“ Apologetik von Malthus, steht die fade, schönfärberische primitive Apologetik eines Say. Nach Say kann es keine allgemeine Überproduktion geben, da sich doch immer Waren gegen Waren tauschen, und das Geld nur eine „Vermittlerrolle“ spiele. Daß W-G-W unterbrochen werden kann – W-G und G-W – ist ihm unbekannt, und so löst sich, abgesehen von einigen partiellen Überproduktionserscheinungen, alles in Wohlgefallen auf.

Im Gegensatz zu Malthus und Sismondi beschäftigte sich Say kurz auch mit der ersten zyklischen Überproduktionskrise. Sowohl in seinem Artikel „La Crise Commerciale de l'Angleterre“ in der „Revue Encyclopédique“<sup>13)</sup>, wie auch im „Cours Complet d'Économie Politique Pratique“ findet er die Ursachen dieser Krise in der Geldsphäre – wo doch in seiner Theorie das Geld nur ein krisenindifferenten Vermittler des Tauschs von Ware gegen Ware ist! Kein Wunder, daß Marx Say als „Jammernmenschen“ voll „fader Oberflächlichkeit“ bezeichnet. Kein Wunder, daß der Kapitalist und Vulgärökonom Curcelle-Seneuil begeistert feststellt, daß die Krisenlehre Says bewiesen habe, daß „die in der gewerblichen Tätigkeit scheinbar antagonistischen Interessen in Wirklichkeit harmonieren“, was er dann eine „fruchtbare Wahrheit“ nennt.<sup>14)</sup>

<sup>12)</sup> Ebenda, S. 57f.

<sup>13)</sup> Say, J. B., a. a. O., Bd. XXXII, 1826, S. 40ff.

<sup>14)</sup> Curcelle-Seneuil, I. G., Traité Théorique et Pratique d'Économie Politique. Paris 1859, Bd. II, S. 572.

## II. KRISENTHEORIEN DES VORMONOPOLISTISCHEN KAPITALISMUS NACH DEM AUSBRUCH DER ERSTEN ZYKLISCHEN ÜBERPRODUKTIONSKRISE

Der einzige Fortschritt, den die bürgerliche Krisenlehre nach 1825 macht, ist die Erkenntnis, daß die Krisen einen periodischen Charakter tragen, d. h. sich von Zeit zu Zeit wiederholen.

Noch vage bei Wade<sup>15)</sup> ist bei Blanqui<sup>16)</sup> Overstone<sup>17)</sup>, Clarke<sup>18)</sup>, Wilson<sup>19)</sup> und Briaune<sup>20)</sup> schon präziser von einer Periodizität der Krisen die Rede.<sup>20a)</sup> Da jedoch keine Krisentheorie vorliegt, die der Erfassung der Wirklichkeit auch nur so nahe kommt wie in anderen als der Krisenfrage die klassische Politische Ökonomie des Bürgertums, so werden in die Periodizität auch die Krisen vor 1825 mit eingeschlossen.<sup>21)</sup>

Es ist daher auch nicht verwunderlich, daß die Suche nach den Gründen für die Periodizität bald so völlig abwegige Wege geht, daß sie teilweise das Gebiet der Politischen Ökonomie verläßt, und sich auf das der Kosmologie verirrt. Am bekanntesten sind in dieser Richtung die Arbeiten von W. St. Jevons<sup>22)</sup>, seinem Sohn H. St. Jevons<sup>23)</sup> sowie die Studien des Amerikaners H. L. Moore<sup>24)</sup>.

<sup>15)</sup> *Wade, J.*, History of the Middle and Working Classes. London 1833.

<sup>16)</sup> *Blanqui, A.*, Crises Commerciales. In: „Encyclopédie des Gens du Monde“, Paris 1836, Bd. VII.

<sup>17)</sup> *Lord Overstone*, Reflexions suggested by a perusal of Mr. J. Horsley Palmer's pamphlet on the Causes and Consequences of the Pressure on the Money Market. London 1837.

<sup>18)</sup> *Clarke, H.*, ein mir nicht zugänglicher Artikel in: „The Railway Magazine“, 1838; vgl. dazu *Clarke* in: „Journal of the Statistical Society“ 1884, S. 65 ff.

<sup>19)</sup> *Wilson, J.*, Fluctuations of Currency, Commerce and Manufactures; referable to the corn laws. London 1840.

<sup>20)</sup> *Briaune, M.*, Des Crises Commerciales, de leurs causes et de leurs remèdes. Paris 1840.

<sup>20a)</sup> In einem Memorandum des Leiters des königlichen Seehandlungs-Instituts, Christian v. Rother, für den Kronprinzen vom 3. April 1837 schreibt jener auch schon von „der allgemeinen, periodisch wiederkehrenden Bedrängnis“ (Deutsches Zentralarchiv, Abt. Merseburg, Rep. 89 C, XXXVII b, Nr. 2, vol. 1, Bl. 10 v.).

<sup>21)</sup> Die erste Krisenvoraussage, die auch zutraf, stammt von Friedrich Engels in seinem Buch „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“ — bürgerliche Theoretiker haben es im allgemeinen unterlassen, Krisen vorauszusagen.

<sup>22)</sup> *Jevons, W. St.*, The Solar Period and the Price of Corn. 1875, u. a.: die verschiedenen Arbeiten von Jevons auf diesem Gebiet sind zusammengefaßt in: „Investigations in Currency and Finance“, London 1884.

<sup>23)</sup> *Jevons, H. St.*, The Causes of Unemployment, The Sun's Heat and Trade Activity. London 1910.

<sup>24)</sup> *Moore, H. L.*, Economic Cycles: their Law and Cause. New York 1914.

Für die Beweisführung von W. St. Jevons sei nur ein Satz zitiert, der für die Empiristik und Technik seiner Untersuchung kennzeichnend ist:

„Indem ich augenblicklich eine genaue Untersuchung aufschiebe, erlaube ich mir anzunehmen, daß um die Jahre 1742 und 1752 Fluktuationen im Handel waren, welche die sichere dezenniale Reihe von 1711, 1722 und 1732 mit derjenigen Reihe verbinden, die in vollkommen unbestreitbarer Weise 1763 beginnt. So kann die ganze Reihe von alle zehn Jahre eintretenden Krisen wie folgt angegeben werden: (1701?), 1711, 1721, 1731–32, (1742?, 1752?), 1763, 1772–73, 1783, 1793, (1804–5?), 1815, 1825, 1836–39, (1837 in den Vereinigten Staaten), 1847, 1857, 1866, 1878.

Eine Reihe dieser Art ist nicht, wie eine Kette, ebenso schwach wie ihr schwächstes Glied; im Gegenteil vermehren die starken Glieder die Kraft der schwachen. Trotz der ungewissen Existenz einiger in dem Verzeichnis genannten Krisen kann ich daher keinerlei Zweifel hegen, daß die wichtigsten Handelskrisen tatsächlich in eine Reihe hineinfallen, deren durchschnittliche Periode ungefähr 10,466 Jahre beträgt. Überdies ist die beinahe vollkommene Übereinstimmung dieser Periode mit Brouns Schätzung der Sonnenfleckenperiode (10,45) an sich ein starkes Zeugnis dafür, daß die Phänomene miteinander ursächlich verbunden sind.“<sup>25)</sup>

Eine neue Richtung, die die bürgerliche Krisentheorie einschlug, und die zugleich mit einem solchen Rückschritt verbunden war, daß sie in einer versteckten Bankrotterklärung der Krisentheorie endete, war die Wendung zum konkreten Studium der wirtschaftlichen Zahlenreihen. Nicht mehr wie von Malthus wurde gewissermaßen auf Grund einer bestimmten Krise einiges Prinzipielle über die Ursachen der Krisen gesagt, sondern die Krisentheorie löste sich in ein fleißiges und verständnisloses Studium des historischen Wirtschaftsablaufs auf.

Der erste nennenswerte Forscher in dieser Richtung war Juglar, dessen Hauptwerk den programmatischen Titel trägt: „Des Crises Commerciales et de leur Retour périodique en France, en Angleterre et aux Etats-Unis“.<sup>26)</sup> Juglars Buch ist heute noch lesenswert, da es eine Fülle interessanter Beobachtungen und Daten enthält, beginnend mit der ersten Krise, die es behandelt – der von 1696 (!) in England –, und endend mit der letzten (in der 2. Auflage von 1889 die Krise von 1882 in England und Frankreich).

Obleich der erste Teil der Arbeit Juglars überschrieben ist „Théorie des Crises Commerciales“, verzichtet er im Grunde auf jede Theorie, sondern erklärt vielmehr: Il y a un ensemble de circonstances, une organisation, pour ainsi dire, . . . „Es gibt ein Zusammenspiel, ein Konglomerat von Umständen, eine Organisation, so zu sagen, welche eine gewisse Zeit braucht, um sich zu ent-

<sup>25)</sup> Zitiert in der Übersetzung Bergmanns aus „Investigations in Currency and Finance“, a. a. O., S. 230f. Vgl. Bergmann, E. v., Die Wirtschaftskrisen. Stuttgart 1895, S. 246.

<sup>26)</sup> Juglar, C., a. a. O., Paris 1862. Im folgenden zitiere ich nach der 2. Aufl.

wickeln, den Geschäften einen Antrieb zu geben und die Reichtümer des Landes zu vermehren, indem sie überall Gedeihen und Wohlstand verbreitet. Dies Gedeihen selbst betäubt schließlich und läßt die Grenzen der Vorsicht überschreiten. Unter dem Einfluße der Preissteigerung haben die Geschäfte und die Spekulation nicht voraussehende Dimensionen angenommen, bis plötzlich der Mechanismus des Tauschverkehrs stillsteht.“<sup>27)</sup> Von diesem Zusammenspiel eines Konglomerats von Ursachen ist es kein allzuweiter Weg mehr bis zur These W. C. Mitchells, des tüchtigsten „Statistikers der Krisen“, das heißt Zusammenstellers von Zahlenreihen in unserem Jahrhundert: wenn man die Krisen im einzelnen untersucht, findet man, daß sie alle verschieden verlaufen und verschiedene Ursachen haben, so daß es unmöglich ist, eine Krisentheorie zu entwickeln.

Doch täte man Juglar Unrecht, wenn man ihm einen Wunsch zur Verallgemeinerung absprechen würde. Im Gegenteil spricht er vom Gesetz der Krise und auch vom Gesetz der Periodizität. Aber wie unglaublich oberflächlich faßt er den Begriff des Gesetzes. In der Einleitung zur 2. Auflage seines Buches stellt er fest: „Ohne irgendeine Theorie oder Hypothese zu benutzen, hat die Beobachtung der Tatsachen allein schon genügt, das Gesetz der Krisen und ihrer Periodizität zu entdecken. Es gibt also Zeiten der Aktivität, der Prosperität und der Hausse der Preise, die immer in einer Krise enden, denen Jahre des Rückgangs der Geschäfte folgen, der Preis-Baisse, die mehr oder weniger schwer auf Industrie und Handel lasten.“<sup>28)</sup> Und ebenso vulgär-empirisch bemerkt er zu Beginn des Buches selbst: „Es sind diese Tatsachen, die seit 1856 dieser Arbeit als Grundlage gedient haben; wir hatten sie schon nach ihrer Beobachtung in den drei großen Geschäftsländern, in England, Frankreich, Vereinigten Staaten, in einer durch die Akademie der Moralischen und Politischen Wissenschaften preisgekrönten Denkschrift im Jahre 1860 gruppiert und eingeordnet. Seit dieser Zeit zögerten wir nicht, die Periodizität der Krisen als Gesetz aufzustellen.“<sup>29)</sup>

Für Juglar (ähnlich wie auch Jevons) genügt die Beobachtung eines sich anscheinend regelmäßig wiederholenden Vorganges, um ein Gesetz festzustellen. Das Gesetz wird rein empirisch, induktiv abgeleitet. Aber während Jevons sich zumindest noch, gewissermaßen zusätzlich, bemüht, tiefere Ursachen, bzw. in den Perioden der Sonnenflecken höhere Ursachen, für die Gesetzmäßigkeit eines Vorganges zu suchen, verzichtet Juglar „ganz selbstverständlich“, rein positivistisch eingestellt, auch darauf.

An die empirische im Grunde beschreibende Arbeitsweise Juglars knüpfen Bouniatian, Tugan-Baranowski, Aftalion, Spiethoff, Mitchell u. a. an. Der vulgäre Historismus, vor allem auch in der Form objektivistischer, zeitlich aneinandergereihter Materialsammlungen, ersetzt die primitive Apologetik von Say. —

<sup>27)</sup> Ebenda, S. 168.      <sup>28)</sup> Ebenda, S. XV.

<sup>29)</sup> Ebenda, S. 3.

Die zunehmende Rolle der Zentralbank und des Kreditwesens in England veranlassen die bürgerliche Krisentheorie zu einem weiteren Schritt, der nicht nur ihre theoretische, sondern auch ihre politisch-praktische Hilflosigkeit zeigt: die Entwicklung der Currency School und der Banking School. Beide verlegen die Problematik aus der Produktions- und Konsumtions- in die Geld- und Kreditsphäre. Aber sowohl die Vertreter der Banking School, wie J. Fullarton und Th. Tooke und J. Wilson, als auch die der Currency School, wie G. W. Norman, Lord Overstone und R. Torrens, sinnen über praktische Maßnahmen nach, wie man die Krisen vermeiden könne. Sie verwandeln die Krisentheorie in Krisenpolitik und den positivistischen Historismus in Praktizismus.

Das Pech der Currency School war, daß sie um die Mitte des 19. Jahrhunderts entscheidenden Einfluß auf die Regierung gewann und sich praktisch betätigen konnte. Wie das ausging, schildert Marx in einer Fußnote in „Zur Kritik der Politischen Ökonomie“: „Einige Monate vor dem Ausbruch der allgemeinen Handelskrise von 1857 saß ein Komitee des Hauses der Gemeinen, um Untersuchungen über die Wirkung der Bankgesetze von 1844 und 1845 anzustellen. Lord Overstone, der theoretische Vater dieser Gesetze, erging sich in seiner Aussage vor dem Komitee in folgender Renommage: ‚Durch strenge und prompte Einhaltung der Grundsätze des Acts von 1844 ist alles mit Regelmäßigkeit und Leichtigkeit verlaufen, das Geldsystem ist sicher und unerschüttert, die Prosperität des Landes ist unbestritten, das öffentliche Vertrauen in den Act von 1844 gewinnt täglich an Stärke. Wünscht der Ausschuß noch weitere praktische Belege für die Gesundheit der Prinzipien, auf denen dieser Act beruht, und der wohlthätigen Folgen, die er sichergestellt hat, so ist die wahre und hinreichende Antwort diese: Schauen Sie um sich; betrachten Sie die gegenwärtige Lage des Geschäfts unseres Landes, betrachten Sie die Zufriedenheit des Volkes; betrachten Sie den Reichtum und die Prosperität aller Klassen der Gesellschaft und dann, nachdem dies geschehen, wird der Ausschuß imstande sein zu entscheiden, ob er die Fortdauer eines Acts verhindern will, unter dem solche Erfolge erreicht worden sind.‘ (Report from the Select Committee on Bank Acts. etc., 1857, Aussage Nr. 4189.) So stieß Overstone in seine eigene Posaune am 14. Juli 1857; am 12. November desselben Jahres hatte das Ministerium das wundertätige Gesetz von 1844 auf seine eigene Verantwortlichkeit zu suspendieren.“<sup>30)</sup>

Auch die Banking School ist unfähig, die entscheidenden Probleme zu lösen; immerhin kann Marx einem ihrer bekanntesten Vertreter, Tooke, die für einen bürgerlichen „Konjunkturtheoretiker“ dieser Zeit wirkliche Ehre antun, ihn „den letzten englischen Ökonomen of any value“ zu nennen.

Charakteristisch ist, daß die bürgerliche Krisentheorie mit der Currency und der Banking School den Schritt von der halbwissenschaftlichen abstrakten Medizin zur praktischen Kurpfuscherei tut. Und soweit sie wirklich praktisch ist, soweit sich aus der Praxis, wie im Falle dieser beiden Schulen hinsichtlich

<sup>30)</sup> Marx, K., a. a. O., Berlin 1951, S. 203f.

der Theorie von Geld und Kredit, gewisse „Erfahrungssätze“ ergeben, hat sie bis heute in der kapitalistischen Wirtschaftspolitik eine gewisse Bedeutung.

\*

Wenn wir die bürgerlichen Krisentheorien des vormonopolistischen Kapitalismus überprüfen, müssen wir zu dem Schluß kommen, daß im Grunde alles Wesentliche in ihnen bereits auf Grund der Gleichgewichtslehre der klassischen bürgerlichen Politischen Ökonomie und der Kritik Sismondis am Kapitalismus vor dem Ausbruch der ersten zyklischen Krise im Jahre 1825 gesagt worden ist. Merkwürdig dabei ist, daß die bürgerlichen Klassiker das Problem verhältnismäßig vernachlässigt haben, während sich seiner vor allem annahmen:

1. der Apologet parasitärer und vom Feudalismus überkommener Elemente Malthus,
2. der Apologet des Kapitalismus Say,
3. der romantische Kritiker des Kapitalismus Sismondi.

Das heißt, *die Grundlagen der bürgerlichen Krisentheorie wurden vor dem Ausbruch der ersten zyklischen Überproduktionskrise entweder von Apologeten oder von Kritikern des Kapitalismus gelegt – nicht jedoch von fortschrittlich denkenden, klugen, einsichtsvollen Vertretern der jungen aufstrebenden Bourgeoisie, wie den Klassikern der bürgerlichen Politischen Ökonomie.*

*Darum waren diese Theorien von vor 1825 auch so geeignet, nach 1825, als die Politische Ökonomie des Bürgertums allgemein zur Apologetik, zur bezahlten Klopftecherei degradierte, als Grundlage für die „Erklärung“ der zyklischen Überproduktionskrisen zu dienen.*

Wenn daher eingangs festgestellt worden war, daß die bürgerliche Theorie der zyklischen Krisen als Apologetik geboren wurde, weil die zyklischen Krisen erst in die Zeit nach dem Ende der bürgerlichen Klassik fallen, so können wir diese Feststellung jetzt dahin erweitern, daß bereits diejenigen, die für die Geburt der entsprechenden Theoretiker verantwortlich waren, die „Elterntheoretiker“, entweder Apologeten oder kritische Romantiker mit reaktionärem Einschlag waren – darf man doch nicht vergessen, daß Marx und Engels schon im Kommunistischen Manifest auf das „reaktionäre und utopistische“ Element bei Sismondi hinweisen und Lenin die Kritik Sismondis am Kapitalismus auch „sentimental“ und „vom Standpunkt des Kleinbourgeois“ ausgeübt nennt.<sup>31)</sup>

Bedenken wir weiter, daß Malthus, Say und Sismondi gleich Einäugigen unter Blinden wahre Giganten des Geistes waren gegenüber ihren Nachfolgern im 19. Jahrhundert, dann verwundert es nicht, daß die Fortschritte der bürgerlichen Krisentheorie nach dem Ausbruch der ersten zyklischen Überproduktionskrise eigentlich nur darin bestanden:

<sup>31)</sup> Lenin, W. I., a. a. O., S. 179.

1. die Periodizität der Krisen zu erkennen und gelegentlich, wenn auch völlig falsch, zu erklären zu versuchen;
2. die Krisen bzw. den Zyklus historisch-statistisch zu beschreiben, was schon nichts mehr mit Theorie zu tun hat;
3. auf Grund völlig verfehlter theoretischer Überlegungen über Geld, Kredit und Krisen einiges zur Klärung von Fragen der Bewegung von Geld und Kredit beigetragen zu haben;
4. erste (wenn auch selbst im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft ungewöhnlich verfehlte) praktisch-politische Versuche zur Vermeidung von Krisen bzw. zu ihrer Milderung unternommen zu haben.

*Das heißt, im Grunde kann von Fortschritten in der Krisentheorie selbst seit der Entwicklung von periodischen Überproduktionskrisen eigentlich keine Rede sein. Zu dieser Einschätzung sehen sich sogar auch einzelne bürgerliche Schriftsteller gezwungen.<sup>32)</sup>*

### III. KRISENTHEORIEN IM STADIUM DES IMPERIALISMUS

In einem Buch „Business Cycles“ gibt W. C. Mitchell eine Übersicht über die wichtigsten vor der großen Krise von 1929/32 vertretenen bürgerlichen Krisentheorien (bzw. der häufig noch atheoretischeren, beschreibenden Konjunktur-„theorien“).<sup>33)</sup>

Die erste große Gruppe sind „Theorien, die den Konjunkturzyklus auf physikalische Prozesse zurückführen“ – darunter die schon genannte von Moore sowie „Wetterzyklen bewirken Schwankungen der Gesundheit, die Gesundheit beeinflußt die Stimmung und die Stimmung die Konjunktur. Ellsworth Huntington“. Man könnte meinen, daß Huntington vielleicht ein kurioser Irrer wäre, den Mitchell der Vollständigkeit der Übersicht halber erwähnt hätte. Wie falsch eine solche Vermutung ist, zeigt die zweite große Gruppe, die Mitchell aufzählt:

„Die Theorien, die den Konjunkturzyklus auf Stimmungsschwankungen zurückführen.

1. „Optimistische und pessimistische Stimmungen erweisen sich als falsch und erzeugen einander in ewiger Kette“. A. C. Pigou. (A. C. Pigou, Professor an der Universität Cambridge, ist der bekannteste englische Nationalökonom der Generation zwischen Marshall und Keynes! – J. K.).

<sup>32)</sup> Vgl. zum Beispiel Lutz, Fr., Das Konjunkturproblem in der Nationalökonomie. Jena 1932, und Kroll, G., Von der Weltwirtschaftskrise zur Staatskonjunktur. Berlin 1958.

<sup>33)</sup> Mitchell, W. C., Business Cycles. New York 1928, zit. nach der deutschen Übersetzung, Der Konjunkturzyklus, Leipzig 1931, S. 48ff.

2. Schwankungen in den Geburts- und Sterbeziffern erzeugen abwechselnd Optimismus und Pessimismus und dadurch indirekt Aufschwung und Depression. M. B. Hexter.“

Die dritte und letzte von Mitchell gebildete Gruppe umfaßt die Theoretiker, die die Krisen aus wirtschaftlichen Ursachen ableiten. Unter diesen spielen in jener Zeit eine besondere Rolle alle die, die Mitchell in der zweiten Sub-Untergruppe zusammengefaßt hat: „Die Verteilung und Verwendung des Einkommens steht nicht im Gleichgewicht mit der Produktion.

Die Lohnschwankungen folgen den Preisschwankungen in zeitlichem Abstand, so daß die Nachfrage nach Konsumgütern abwechselnd größer oder kleiner ist als das Angebot. R. E. May.

Ungleichmäßigkeit der Preisbewegungen führt dazu, daß das Konsumenteneinkommen im Aufschwung hinter der Produktion von Konsumgütern zurückbleibt und sie in der Depression übersteigt. Lederer. Das Einkommen, welches die Einzelnen von den Unternehmungen beziehen, ist abwechselnd größer und geringer als der Gesamtwert der Produktion. Dadurch entstehen Schwankungen, die durch das Sparen der Einzelnen verstärkt werden. Waddill Catchings, William T. Foster und Hudson B. Hastings.

Der Aufschwung erfordert eine Zunahme des flüssigen Kapitals, was nur möglich ist durch Bildung von Fonds, die andererseits als Nachfrage für Konsumgüter notwendig sind, wenn der Aufschwung anhalten soll. Die Erholung wird möglich, weil in der Depression die Zunahme des flüssigen Kapitals (nicht) gehemmt wird. P. W. Martin. Das Einkommen der Konsumenten kann das Angebot von Konsumgütern nur dann übersteigen, wenn die Produktionsmittel vermehrt werden und dies wird durch Kreditexpansion erreicht; Kreditexpansion und Ausdehnung der Produktionsanlagen kennzeichnen den Aufschwung, führen aber von selbst zum Rückschlag. A. B. Adams.“

Diese Richtung hat eine spezielle apologetische Bedeutung für den Imperialismus. Sie hat ihren allgemein politökonomischen Vorgänger in J. St. Mill, über den Marx im Nachwort zur zweiten Auflage des „Kapital“ feststellte: „Männer, die noch wissenschaftliche Bedeutung beanspruchten, und mehr sein wollten als bloße Sophisten und Sykophanten der herrschenden Klassen, suchten die politische Ökonomie des Kapitals in Einklang zu setzen mit den jetzt nicht länger zu ignorierenden Ansprüchen des Proletariats. Daher ein geistloser Synkretismus, wie ihn John Stuart Mill am besten repräsentiert.“ Auch diese „Theoretiker“ suchten „die Politische Ökonomie des Kapitals“ und zwar speziell die Krisenlehre mit den immer weniger zu ignorierenden Ansprüchen des Proletariats in Einklang zu setzen. Und es ist nicht verwunderlich, daß Theorien solchen Typs besonderen Anklang in den Kreisen der reformistischen Arbeiterführer in Gewerkschaften und sozialdemokratischen Arbeiterparteien fanden bzw. direkt von ihnen „entwickelt“ wurden.

Nicht unter den Krisentheorien sind im allgemeinen eine letzte Gruppe von Auffassungen genannt, die vor dem Ausbruch der Krise 1929/32, ja noch während der Krise in Deutschland am klarsten von Adolf Weber vertreten wurde.

Adolf Weber gilt unter den führenden Professoren der Politischen Ökonomie in Deutschland als der offenste Vertreter der Interessen des Großkapitals, genau wie sein Vorgänger auf dem Lehrstuhl an der Münchener Universität Lujo Brentano als der hervorragendste deutsche Vertreter der Richtung angesehen wurde, die Marx in seiner oben gegebenen Charakterisierung von J. St. Mill kennzeichnete.

Weber veröffentlichte 1930, also nach Ausbruch der Krise, ein Lehrbuch „Allgemeine Volkswirtschaftslehre“. Die Tendenz seiner Ausführungen wird recht deutlich aus seiner Betrachtung vorangehender Krisentheorien. Dort schreibt er: „Eine wirkliche Fortbildung erfuhr die Krisenlehre der Klassiker eigentlich erst durch die veränderten Tatsachen der neuesten Zeit. Seit dem letzten Viertel des vorigen Jahrhunderts verschwanden Wirtschaftskrisen, die so verhängnisvoll wirkten, wie etwa die deutsche Wirtschaftskatastrophe im Jahre 1873 fast völlig von der Bildfläche der wirtschaftlichen Kulturländer. Von selbst wurde nun die Aufmerksamkeit mehr auf die Wellenbewegung der wirtschaftlichen Entwicklung, auf die wirtschaftliche Konjunkturbewegung als solche hingelenkt.“<sup>34)</sup>

Also eine Krisenlehre erübrigt sich, da die Krisen selbst verschwunden sind. An die Stelle der Krisenlehre soll eine Konjunkturlehre treten – aber eine Konjunkturlehre besonderer Art: da es kein großes Auf und Ab mehr in der Wirtschaft gibt, sondern diese sich in einem leichten Spiel der Wellen nach oben bewegt, sanft und mild in der Bewegung wie das Streicheln des Frühlingswindes, so wird die Konjunkturlehre bei ihm zur Gegenlehre von der Krisentheorie, die von dem wilden Wogengebrauch der Jahre 1825 bis 1873 handelt. Darum kann er auch mitten in der Krise von 1929/32 ein Buch herausbringen, in dem es über die Wirkungen der technischen Entwicklung auf den Konjunkturzyklus heißt: „Die Zuversicht ist infolgedessen nicht unbegründet, daß aus der natürlich-technischen Entwicklung auch dann, wenn sie in ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung für die einzelnen Branchen nicht richtig eingeschätzt wird, eigentliche Krisen nicht mehr zu erwarten sind. Aber als Anlaß zu Konjunkturschwankungen werden sie auch in Zukunft ihre Rolle spielen.“<sup>35)</sup> Kein Wunder, daß selbst ein bürgerlicher Wissenschaftler feststellen muß: „Aus diesen Lehrbüchern der Nationalökonomie konnte ein deutscher Staatsmann in den Jahren 1930–1932 nichts, aber auch gar nichts entnehmen, was auch nur im geringsten geeignet gewesen wäre, den Kampf mit der Weltwirtschaftskrise aufzunehmen, ein Tatbestand, den man doch wohl nicht gut anders denn als das Fiasko der Nationalökonomie bezeichnen kann!“<sup>36)</sup>

\*

Die bürgerliche Konjunkturtheorie des letzten Vierteljahrhunderts ist vor allem durch die Theorien von Keynes, die er in seinem 1936 in London erschienenen

<sup>34)</sup> Weber, A., a. a. O., S. 422.

<sup>35)</sup> Ebenda, S. 435.

<sup>36)</sup> Kroll, G., a. a. O., S. 175f.

Buche „The General Theory of Employment, Interest and Money“ entwickelt hat, beherrscht. Schon vorher hatte er die verschiedensten Krisenlehren entwickelt. Im Jahre 1930 hatte er „A Treatise on Money“ herausgebracht und dort als Erklärung der Wirtschaftskrise gegeben: „Aber rückblickend bin ich geneigt zu glauben, daß die Saat des jüngsten Zusammenbruchs bereits 1925 gesät wurde. Zu diesem Zeitpunkt . . . war wahrscheinlich außerhalb der Vereinigten Staaten ein Rückgang des natürlichen Zinsfußes fällig. Aber etwa zu diesem Zeitpunkt traten zwei Gruppen von Ereignissen, die nicht ganz ohne Zusammenhang waren, ein, um den Marktzins ohne volle Berücksichtigung der zugrunde liegenden Realität des natürlichen Zinses zu halten: Die allgemeine Rückkehr zum Goldstandard und die Regelung von Reparation und Kriegsschulden.“<sup>37)</sup> Damals war also letztlich eine „falsche Zinsfußbewegung“ Schuld an der großen Weltwirtschaftskrise.

1936 sieht Keynes andere Faktoren, die die Krise verursachen sollen. Vor allem sind es jetzt die Schwankungen in der Profitrate, die nach ihm Anlaß zu Konjunkturschwankungen geben. Jedoch spielen nicht nur die objektiven Schwankungen der Profitrate, sondern auch die subjektiven Schwankungen der Kapitalisten in ihrer Einschätzung der Entwicklung der Profitrate eine große Rolle – womit wir wieder die Anknüpfung an Pigou und die „psychologische Schule“ haben. Natürlich ist das eine vereinfachte Darstellung der Theorie von Keynes. Er selbst formuliert viel komplizierter und unklarer, d. h. bürgerlich-akademisch. So scheint ihm der Hauptfaktor der Krisentheorie die „Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals“, die dem „Konjunkturzyklus“ Charakter gibt, wie sie auch in ihrer Entwicklung seine Entwicklung bestimmt. Die „Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals“ aber bestimmt er so: „Dem voraussichtlichen Erträgnis der Investition steht der Angebotspreis des Kapitalwertes gegenüber, worunter wir nicht den Marktpreis verstehen, zu dem ein Vermögensbestand der in Frage kommenden Art tatsächlich im Markt gekauft werden kann, sondern den Preis, der einen Fabrikanten gerade noch veranlassen würde, neu eine zusätzliche Einheit solcher Vermögensbestände zu erzeugen, das heißt, das was gelegentlich ihre Ersatzkosten genannt wird. Das Verhältnis zwischen dem voraussichtlichen Erträgnis eines Kapitalwertes und seinem Angebotspreis oder seinen Ersatzkosten, das heißt das Verhältnis zwischen dem voraussichtlichen Erträgnis einer weiteren Einheit jener Art Kapital und den Erzeugungskosten jener Einheit liefert uns die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals jener Art. Genauer: ich definiere die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals als jenem Diskontsatz gleich, der den gegenwärtigen Wert der Reihe von Jahresrenten, die aus dem Kapitalwert während seines Bestandes erwartet werden, genau gleich seinem Angebotspreis machen würde.“<sup>38)</sup>

<sup>37)</sup> Keynes, J. M., Vom Gelde. München und Leipzig 1932, S. 603.

<sup>38)</sup> Vgl. dazu vor allem: Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes. Berlin 1936, Nachdruck 1952, S. 114.

Natürlich hat nicht dieses Geschwätz der Keyneschen Theorie solches Ansehen in der bürgerlichen Welt verschafft. Wichtiger dafür war zum Beispiel, daß er in jenen Jahren riesiger Arbeitslosenheere die „Notwendigkeit“ erheblicher Arbeitslosigkeit, um Krisen zu vermeiden, behauptete. Denn nur durch beachtliche Arbeitslosigkeit könnte man vermeiden, daß die Löhne so hoch stiegen, daß die Profitrate sinken würde, bzw. die Unternehmer ein solches Sinken befürchten müßten.

Entscheidend aber für den „Erfolg“ von Keynes war, daß er die alte Linie der Currency und Banking Schools energischer als irgendein anderer führender Wirtschaftswissenschaftler wieder aufnahm, indem er praktische Vorschläge zum Eingreifen des Staates (100 Jahre zuvor verkleidet als Staatsbankpolitik) machte, daß diese Vorschläge die Interessen des Monopolkapitals vertraten und den staatsmonopolistischen Kapitalismus, der gerade sowohl in den Vereinigten Staaten von Amerika wie auch in Deutschland infolge der Wirtschaftskrise und mit dem Faschismus eine besonders intensive Entwicklung nahm, auch „krisentheoretisch verankerten“. Hinzu kommt, daß die Vorschläge in beschränktem Ausmaß durchaus praktisch waren, das heißt, geeignet waren, einen auf Grund der ökonomischen Gesetzmäßigkeit, von der Keynes keine Ahnung hat, vor sich gehenden Aufschwung zu beschleunigen, bzw. einen entsprechenden Abschwung zu hemmen. Es ist daher nicht verwunderlich, daß nicht wenige der ökonomischen Berater von Roosevelt sich seit 1936 auf Keynes beriefen, und daß auch im faschistischen Deutschland die Lehre von Keynes als die theoretische Abstraktion nationalsozialistischer Praxis betrachtet wurde.

Daß Keynes mit seiner Ausrichtung auf staatliche Maßnahmen „so gut in seine Zeit paßte“, zeigt auch die Entwicklung der Haltung eines deutschen Konjunktur„theoretikers“, der weniger wegen seines Wissens als wegen seiner Nase bekannt war, E. Wagemanns. War Wagemann noch 1931 in seinem Buche „Struktur und Rhythmus der Weltwirtschaft“ ein platonischer Wellenanbeter, dem die Konjunkturwelle „eine mit aller Wirtschaft unlöslich verknüpfte Erscheinung“ war, die man wie die Venus von Milo sei es voll innerer Erregung oder auch kühl betrachten konnte, mit der man aber in keinem Fall etwas anfangen, die man weder in dieser oder jener Richtung beeinflussen konnte, so änderte Wagemann 1932 seine Haltung so grundlegend zugunsten staatlicher Eingriffe, daß er seine Stellung als Direktor des Instituts für Konjunkturforschung nicht nur unter allen Regierungen der Weimarer Republik, sondern auch unter Hitler bis zum letzten Tage behalten konnte. Erst im Mai 1945 stellte er plötzlich fest, daß er gar nicht Deutscher, sondern Chilene sei, was dann die amerikanische Besatzungsmacht veranlaßte, ihm in jeder Weise behilflich zu sein, eine neue „Konjunkturlehre“ in Chile zu entwickeln.

## IV. DIE SITUATION IN WESTDEUTSCHLAND

Wie in den übrigen kapitalistischen Ländern, so dominiert auch in Westdeutschland heute die Lehre von Keynes unter den Krisentheorien, wobei natürlich die verschiedensten Nuancierungen in dieser oder jener Richtung unterlaufen. Führend unter den Theoretikern ist wohl Erich Schneider<sup>39)</sup>, der zugleich der mathematischen Linie in der Politischen Ökonomie huldigt.

Das Dominieren der Lehre von Keynes ist nicht verwunderlich, da der staatsmonopolistische Kapitalismus in Westdeutschland ebenso ausgeprägt wie in England, Frankreich oder den Vereinigten Staaten von Amerika herrscht. Mit Ausnahme des schon genannten Schneider hat aber kein westdeutscher Vertreter der Lehre von Keynes auch nur in den Kreisen der bürgerlichen Krisen- bzw. Konjunkturforschung einen internationalen Ruf. Zumeist begnügt man sich mit der Abfassung von Artikeln. Bücher zu diesem Thema werden kaum noch geschrieben. Zitiert wird vor allem amerikanische Literatur.

Daneben gibt es eine Fülle von Konjunkturbeschreibern, die sich in der Hauptsache auf die einfache Darstellung des Ablaufs wirtschaftlicher Vorgänge beschränken und jeder Analyse aus dem Wege gehen. Eine Reihe von sogenannten Konjunkturinstituten veröffentlichen statistische Beobachtungen, auch für bürgerliche Verhältnisse oberflächlichster Art, mit schülerhaften Kommentaren versehen. Versuche, eine Methodologie der Beobachtung zu erarbeiten, wie sie in den zwanziger Jahren zum Beispiel in Harvard oder später vom Institut für Konjunkturforschung in Berlin gemacht wurden, wie sie heute wieder zum Beispiel in England vom Institute of Statistics oder unter der Leitung von Tinbergen in Holland unternommen werden, sind in Westdeutschland unbekannt.

Man kann feststellen, daß die besondere Perspektivlosigkeit des westdeutschen Imperialismus, seine besonders ausgeprägte Abhängigkeit vom amerikanischen Imperialismus ihren Ausdruck auch darin finden, daß man in Westdeutschland selbst auf die letzten Reste eigener theoretischer oder methodologischer Überlegungen über den Verlauf der Wirtschaftsentwicklung verzichtet. Die Perspektive der Strecke derer, die von der Hand in den Mund leben, ist zu kurz, um auch nur für eine imperialistische Krisen- bzw. Konjunkturforschung die Basis abzugeben. –

Kürzlich ist jedoch ein ebenso anspruchsvolles wie umfangreiches Buch zur Krisenlehre erschienen, das zwar nicht theoretisch, aber doch politisch einige Beachtung verdient, da es den klerikalen Einfluß auch auf diesen Zweig der Politischen Ökonomie zeigt, das schon erwähnte Werk von G. Kroll „Von der Weltwirtschaftskrise zur Staatskonjunktur“.

Der krisentheoretische Inhalt des Buches ist bedeutungslos, obgleich der Autor

<sup>39)</sup> Vgl. vor allem sein Buch: Einführung in die Wirtschaftstheorie. III. Teil, Geld, Kredit, Volkseinkommen und Beschäftigung, Tübingen 1952.

zu der Überschrift seines Achten Kapitels „Die eigentlichen (konjunkturellen) Ursachen der Weltwirtschaftskrise“ feststellt: „Wie die Überschrift dieses Kapitels bereits deutlich werden läßt, vertreten wir die Auffassung, daß mit der hier vorgelegten Theorie die Konjunkturproblematik im wesentlichen geklärt wird, d. h., daß keine bedeutende Frage des Konjunkturverlaufes theoretisch ungelöst bleibt.“<sup>40)</sup> Ist Kroll vielleicht ein naiver Einzelgänger? Keineswegs! Im Vorwort lesen wir: „Die vorliegende Arbeit wurde im Auftrage des Instituts für Zeitgeschichte mit Unterstützung des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, beide in München, erstellt.“<sup>41)</sup>

Die Theorie von Kroll besagt, daß der Aufschwung dadurch verursacht wird, daß Nachfrage entsteht, der zunächst kein Angebot gegenübertritt. Solches geschieht, wenn Investitionen, deren Durchführung Zeit braucht, nachgefragt werden. „Allein die Tatsache, daß die Mehrzahl der Investitionen zu ihrer Durchführung Zeit brauchen, bedeutet eine wesentliche Voraussetzung unserer soeben aufgestellten Forderung, daß eine Nachfrage entstehen müsse, der nicht sofort ein äquivalentes Güterangebot gegenübertritt. . . Mit anderen Worten: Für die Erfüllung unserer Bedingung, die zur Auslösung eines möglichen Konjunkturaufschwungs unerlässlich ist, nämlich des Entstehens einer effektiven zusätzlichen Nachfrage, müssen Investitionen vorgenommen werden, die Zeit erfordern und deren Finanzierung aus zusätzlichen Kreditmitteln bzw. aus aufgelösten Horten erfolgt. Beide Bedingungen genügen aber andererseits völlig, um die notwendige Umkehr der Wirtschaftsentwicklung nach oben einzuleiten.“<sup>42)</sup>

Da Kroll nie etwas von Kapitalvernichtung während der Krise gehört hat, nicht einmal von einem solchen Absinken der Produktion, daß die Lager und Umlaufmittel ein Minimum erreichen, so muß er zu dem *deus ex machina* von Investitionen, die eine Nachfrage ohne Angebot darstellen sollen, greifen. Ja, diese Art von Investitionen ist nicht einmal ein *deus ex machina*, sondern eher eine *mus*, die zudem nicht einmal von einem Berg geboren, sondern aus der Kroll'schen Maschine auf die Bühne geschleudert wird.

Kroll selbst ist zumindest zu dem Eingeständnis gezwungen, daß seine *Maus* nur sehr kurzläufig ist und schreibt deshalb: „Wir sahen, daß Neuinvestitionen, die unter Inanspruchnahme zusätzlichen Bankgeldes vorgenommen werden – im Gegensatz zur laufenden Produktion – deshalb eine so zauberhafte Wirkung auf den Wirtschaftskreislauf ausüben, weil sie zunächst zwar die Nachfrage – nicht aber selbst das Angebot an Gütern erhöhen. Dieser Zustand dauert indessen nur beschränkte Zeit – ebensolange als das Investitionsvorhaben noch nicht abgeschlossen ist, und somit die Zeitspanne der reinen Kostenzahlung andauert. Von dem Augenblick an, wo die eigentliche Investition abgeschlossen ist, eine neue Fabrik, ein Bergwerk, Elektrizitätswerk oder was immer errichtet

<sup>40)</sup> Kroll, G., a. a. O., S. 291.

<sup>41)</sup> Ebenda, S. 10.

<sup>42)</sup> Ebenda, S. 301 f.

ist, hört automatisch dieser günstige Zustand auf und verkehrt sich nachgerade in sein Gegenteil.“<sup>43)</sup>

Wie es nun weitergeht, hängt vom Weitergehen ab: „Wir haben festgestellt, daß die kumulativen Wirkungen der Investitionen, die zunächst die Nachfragesituation der Wirtschaft im ganzen verbessern und darum zu weiteren Investitionen Anlaß geben, auch Gegenwirkungen hervorrufen, sobald die Erstinvestitionen fertiggestellt sind und die neuen Produktionskapazitäten ihrerseits einen Güterstrom aus sich entlassen. Es kommt nun jeweils darauf an, ob die nachfolgenden Investitionen ausreichen, um diesen deflatorischen Effekt auszugleichen. Grundsätzlich sind drei verschiedene Möglichkeiten gegeben. Die vorwegeilenden Kostenzahlungen aus induzierten Investitionen können kleiner, gleich groß oder größer sein wie die defizitäre Nachfragebildung, die durch fertiggestellte Investitionen hervorgerufen wird. Im ersten Falle entsteht ein deflatorischer Effekt, der wahrscheinlich ausreicht, um die weitere Investitionslust infolge allgemeiner Preisrückgänge zu dämpfen, im zweiten und dritten Fall sind neue Investitionsstöße zu erwarten. Hierbei kann es geschehen, daß der entstehende Nachfrageüberhang sprunghaft steigt und eine Preisbewegung nach oben auslöst, dann entsteht die Hochkonjunktur, die sehr rasch an die Grenze der wirtschaftlichen Expansionsfähigkeit zu führen vermag und vor allem bei Erreichen der Vollbeschäftigung gefährliche inflationistische Preisaufliebstendenzen auslöst.“<sup>44)</sup>

Doch verharret Kroll nicht auf diesem kühlen Möglichkeitsstandpunkt. Schon auf der nächsten Seite seines Buches erscheint der „Positive Held der kapitalistischen Welt“, der aus freiem Entschluß handelnde, und so die Konjunktur bestimmende Unternehmer, unter der Führung – es ist wirklich wahr! – von Henry Ford (nein, nicht 1928, sondern 1958 ist dieses Buch erschienen): „Den Schalthebel der Konjunktur bilden die Unternehmerentschlüsse, die völlig in der Freiheit der Willensentscheidungen beruhen und jederzeit revidiert und geändert werden können. Dabei ergibt sich jedoch die überraschende Tatsache, daß es die Unternehmer selber sind, die den Verlauf der Konjunktur bestimmen, während sie selbst des Glaubens sind, daß sie vom Konjunkturverlauf bestimmt werden. Sind sie optimistisch und investieren, dann erzeugen sie selbst den Aufschwung, bemächtigt sich ihrer aus irgendwelchen Gründen eine pessimistische Haltung, dann erzeugen sie selbst die Deflation. . . Immerhin ist es nunmehr möglich zu erklären, warum beispielsweise Henry Ford mit seinem sagenhaften Optimismus in einer Zeit rückläufiger Konjunktur mit seinen günstigen Voraussagen recht behielt. Indem er während einer Krise die Löhne erhöhte und neue Investitionen durchführte, überwand er den Pessimismus der übrigen Unternehmer und führte gleichzeitig die so wesentlichen autonomen Investitionen durch, die es den übrigen Unternehmern ermöglichten, ihrerseits mit induzierten Investitionen fortzufahren. Immer aber bleibt

<sup>43)</sup> Ebenda, S. 314f.

<sup>44)</sup> Ebenda, S. 325.

ein solches Verhalten ein Wagnis, da niemals ausgemacht ist, ob ein solches Vorgehen auch in jedem Falle ansteckend zu wirken vermag.“<sup>45)</sup>

Damit sind wir in gewisser Weise wieder bei dem Unternehmeroptimismus von Pigou oder auch bei der Unternehmerinitiative von Schumpeter (eine der vielen dieses in den zwanziger und dreißiger Jahren mit so zahlreichen „Konjunkturideen“ luftschwanger gehenden bürgerlichen Theoretikers) angelangt. An die Stelle der ökonomischen Gesetzmäßigkeit im kapitalistischen Reproduktionsprozeß des Kapitals tritt, wie es das Monopolkapital erfordert, die „große Unternehmerpersönlichkeit“, die in Freiheit handelt.

Es ist daher nicht verwunderlich, daß an diese Ausführung Krolls sich anschließt die allgemeine philosophische Feststellung „Persil bleibt Persil“ bzw.: „Alle Versuche, die Freiheit der Entschlüsse durch irgendwelche Zwangsläufigkeiten oder irgendwie geartete ökonomische oder psychologische Gesetzmäßigkeiten in ein starres Verhalten umzubiegen, sind hoffnungslos irrig. Freiheit bleibt Freiheit und läßt sich durch einen noch so scharfsinnigen wissenschaftlichen und gelehrten Aufwand nicht zum Verschwinden bringen.“<sup>46)</sup>

Und damit sind wir zum eigentlich interessierenden Teil dieses 743 Seiten starken Buches gekommen, zur „Konjunkturphilosophie“ im Adenauer-Staate.

Zunächst stellt Kroll scheinbar kühl-realistisch fest: „Man mag es bedauern oder nicht: Die Rolle, die der Wirtschaft im politischen Geschehen des letzten Jahrhunderts zukommt, kann mit keiner Epoche der Geschichte früherer Zeiten verglichen werden. Seit der industriellen Revolution des neunzehnten Jahrhunderts hat die Bedeutung der ökonomischen Mächte in beängstigender Weise zugenommen (während die des Geistes und der Kultur wohl in einem entsprechenden Verhältnis abnahm). Es mag als Gericht über eine Zeit empfunden werden, wenn sie derartig den materiellen Kräften verfällt; die Aufgabe des Historikers muß es sein, mit unbestechlichem Blick das Ausmaß der in jeder Epoche wirksamen Kräfte sorgfältig abzuschätzen. Das hier über die Bedeutung der modernen Wirtschaft Gesagte erfährt eine Steigerung von schwer zu beschreibendem Ausmaß, wenn die durchschnittliche Wirksamkeit ökonomischer Kräfte durch eine maßlose Verwirrung des wirtschaftlichen Kräftespiels, in Sonderheit durch den Ausbruch von Wirtschaftskrisen in destruktiver Weise verstärkt wird. . . Im besonderen kann die Geschichte des Nationalsozialismus nicht geschrieben werden ohne intime Kenntnis und richtige Deutung der wirtschaftlichen Zusammenhänge, die sein Heraufkommen förderten.“<sup>47)</sup>

Das klingt doch fast materialistisch? Ja, so ist es, und auch Kroll spürt das, weshalb er schon auf der zweiten Seite des Vorworts seinen moralischen Kater aus dem Sack lassen muß: „Dabei muß jedoch ein Mißverständnis abgewehrt werden: Es ist nicht beabsichtigt und wäre in der Tiefe verfehlt, den Nationalsozialismus aus wirtschaftlichen Ursachen erklären zu wollen und ihn im Sinne der materialistischen Geschichtsauffassung als ideologischen Überbau rein

<sup>45)</sup> Ebenda, S. 326.

<sup>46)</sup> Ebenda, S. 327.

<sup>47)</sup> Ebenda, S. 7f.

wirtschaftlicher Vorgänge zu deuten. Er ist vielmehr in seinem Wesen ein dämonischer Exzeß, in dem sich der geistige und sittliche Verfall Deutschlands seit mehr als hundert Jahren offenbarte. Der Geist der Neuzeit, der Wille zur Autonomie, das Abstreifen aller religiösen und ethischen Bindungen dürften die wesentlichen Voraussetzungen für das Heraufkommen der modernen Barbarei geschaffen haben, innerhalb deren der Nationalsozialismus eine der prägnantesten Ausdrucksformen darstellt.“<sup>48)</sup>

Aber nicht nur der Faschismus ist eine Folge des „Abstreifens aller religiösen und ethischen Bindungen“. Das sechste Kapitel des Buches heißt: „Die Weltwirtschaftskrise im Spiegel der zeitgenössischen Wirtschaftswissenschaft. Die Konjunkturtheorie auf dem Holzwege.“ In diesem Kapitel zeigt Kroll mit Recht, wenn auch mit falschen Argumenten zum Teil, daß die bürgerliche Krisentheorie nichts zur Erklärung und Lösung der Weltwirtschaftskrise 1929/32 beigetragen hat.

Woran aber liegt das? Kroll sieht die Ursachen in folgendem: „Wir dürfen nicht übersehen, daß wir uns in der Ära des Liberalismus befinden, dessen Grundhaltung des Laissez-faire das Gesicht der Wissenschaft bestimmte . . . Zunächst kann man vordergründig den wirtschaftlichen Liberalismus durchaus als eine Reaktion auf die übermäßige Bevormundung im Zeitalter des Merkantilismus und fürstlichen Absolutismus begreifen. Die Lehre vom beschränkten Untertanenverstand erstreckte sich durchaus auch auf den Bereich der Wirtschaft, der Bürger trug zwar die Steuerlast, dafür war ihm jedoch jedes Mitspracherecht in der Gestaltung von Politik und Wirtschaft versagt. Der Gegenschlag des Liberalismus entwickelte über das durchaus anzuerkennende Freiheitsbedürfnis hinaus jedoch noch eine andere Komponente, die je länger je mehr an Bedeutung gewann und auf dem Hintergrund jener umfassenden Geistesbewegung der Neuzeit gesehen werden muß, die bestrebt war, das Ganze der Welt als aus sich selbstverständlich zu begreifen, und im Widerspruch zum Mittelalter die Welt als Nicht-Schöpfung, als autonomes sich selbst setzendes Sein auffaßte.“

Nach der notwendigen Verbeugung vor dem „bürgerlichen Liberalismus“, der den Untertanen die Erlaubnis gebracht habe, parlamentarisch über Steuern und Wirtschaft allgemein mitsprechen zu dürfen – herrscht doch auch in Bonn „Demokratie“ –, erfolgt sofort ein Frontalangriff auf der Basis der mystifizierenden Schöpfungsgeschichte gegen die rationelle Erklärung der Welt. Das heißt, der optimistische Monopolist, der aus freier, ihm von Gott gegebener, Unternehmerinitiative „die Konjunktur schafft“, der nicht nach Gesetzen, sondern „frei und ungebunden“ handelt, ist der typische Held einer Welt, die von einem Gott geschaffen, dessen Abbild in höchster Vollendung eben der Monopolist ist.

Darum muß man auf das schärfste den „rationellen“ Liberalismus bekämpfen. Und so fährt Kroll fort: „Die unmittelbare Folge davon (des Gegenschlages

<sup>48)</sup> Ebenda, S. 8.

des Liberalismus – J. K.) war die Zertrümmerung des christlichen Menschen- und Weltbildes, sowie aller sich darauf gründenden Ordnungsvorstellungen und ihr Ersatz durch das mechanistisch-naturwissenschaftliche Weltbild, das an unwandelbare Naturgesetze nicht nur im Bereich der Materie, sondern auch der belebten und beseelten Natur glaubte, die es nur zu entdecken galt, um das Ganze der Welt in den Griff zu bekommen. Nach christlicher Auffassung, die weit über das Mittelalter hinaus nachwirkte, war der Mensch von Natur frei – aber infolge der Erbsünde dem Bösen stärker geneigt als dem Guten. (Darum war er auch erlösungs- und heilsbedürftig). Menschliches Verhalten war nicht einfachhin richtig und gut, sondern nur insoweit, als von der Freiheit ein richtiger und guter Gebrauch gemacht wurde. Soweit das aber nicht der Fall war, erzwang eine objektive Ordnung (des Staates wie der Kirche) den ‚rechten Gebrauch‘ der Freiheit. Die Wirtschaft war dabei keineswegs von dieser Vorstellung ausgenommen, auch in ihr (vielleicht sogar vorwiegend in ihr) entlud sich das Böse im Menschen: Die Gier, reich zu werden, zu raffen, zu betrügen, falsches Maß und Gewicht zu gebrauchen, die Preise unter Ausnützung der Notlage wucherisch hoch zu treiben, Zinsen zu nehmen usw. Die objektive Ordnung des Mittelalters trat solchen Versuchungen mit einer Fülle von Ver- und Geboten entgegen: Dem Wucher- und Zinsverbot, ebenso wie mit den vorgeschriebenen Preistaxen; der Beschränkung der Gesellen- und Lehrlingshaltung ebenso wie mit dem Verbot der Kundenwerbung; vom heutigen Standpunkt samt und sonders Eingriffe in die wirtschaftliche Freiheit, die überhaupt nur verständlich sind, wenn man die Wirtschaftsgesinnung beachtet, die diesem Denken zugrunde lag.“

Das klingt wirklich wie eine Mischung von Rezepten des faschistischen „Wirtschaftsexperten“ Feder und der Wirtschaftslehre der katholischen Patristik. Und genau das beobachten wir ja faktisch auf zahlreichen Gebieten in Westdeutschland: die Entwicklung eines klerikalen Faschismus, eines faschistischen Klerikalismus, auf der Basis des staatsmonopolistischen Kapitalismus, der Verschmelzung von Monopol und Staat in der Weise, daß die Monopole nicht nur einfach allgemein den Staat als ihr Herrschaftsinstrument benutzen so wie das Kapital es auch im 19. Jahrhundert tat, sondern daß die Monopole bzw. die Monopolisten staatliche Funktionen übernehmen oder staatliche Stellen zu direkten Organen von Monopolen werden.

Die brutale, terroristische Herrschaft des staatsmonopolistischen Kapitalismus wird hier als Erneuerung des „segensreichen patriarchalischen Feudalregimes“ angepriesen.

Daher die scharfe Linie Krolls gegen alles, was im 19. Jahrhundert als „liberalistisch“ als anti-etatistisch bezeichnet wurde. Aus der „liberalistischen“ Auffassung von der Rolle des Staates erklärt Kroll denn auch, und damit kehren wir zu seiner „Konjunkturtheorie“ zurück, warum es zu keiner wirklichen Bekämpfung der Krise 1929/32 kam: „Von hier aus (vom „liberalistischen“ Standpunkt – J. K.) wird die Scheu verständlich, die sämtliche Forscher auch in der Weltwirtschaftskrise gegenüber einem möglichen Inter-

ventionismus des Staates an den Tag legen, und die sie zögern ließ, Erkenntnisse dann für richtig zu halten, wenn sie zu einer Änderung des Wirtschaftsystems im ganzen führen mußten. . . Diese geistige Grundhaltung des Liberalismus allein macht es verständlich, warum so unglaublich wenig von der Wissenschaft zur Bekämpfung der Weltwirtschaftskrise geleistet wurde. Die Wissenschaft stand unter einem Tabu, das ihr verbot, rückhaltlos nach der Wahrheit zu forschen, wenn sich daraus eine Gefahr für die Autonomie der Wirtschaft oder die zwingende Gültigkeit der Marktgesetze ergeben sollte.“<sup>49)</sup>

\*

Also auch für die Krisentheorie ergibt sich die apologetische Lehre von der Notwendigkeit des staatsmonopolistischen Kapitalismus, verkleidet als Lehre von der Notwendigkeit der Schaffung eines christlichen Staates, der die Wirtschaft dirigiert, mit dem „hinreißend optimistisch“ investierenden Monopolisten als Vertreter menschlicher Freiheit, der die Konjunktur bestimmt. Kroll ist Mitglied des Forschungsbeirates beim Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, München, dem größten Konjunkturinstitut Westdeutschlands. Sein direkter Auftraggeber ist das Institut für Zeitgeschichte in München, dessen „anti-östliche“ Linie nur allzu bekannt ist.

So richtig es war zu betonen, wie wir es anfangs getan haben, daß das Niveau der Konjunktur- bzw. Krisentheorie in Westdeutschland sogar wesentlich unter dem heute in England, Frankreich und den Vereinigten Staaten herrschenden liegt, so falsch wäre es jedoch, der westdeutschen Konjunktur- bzw. Krisentheorie jede Eigenart abzusprechen. Ihre Eigenart besteht eben darin, daß sie *eine klerikale Richtung hervorgebracht hat, die das Eingreifen der Monopole über den Staat mit dem Hinweis auf den Segen, den das Eingreifen von Kirche und Staat unter dem Feudalismus für Wirtschaft und Mensch gebracht haben soll, rechtfertigt.*

Schade, daß Krolls Buch nicht illustriert ist, so daß man sich nur vorstellen und nicht künstlerisch dargestellt ansehen kann, wie ein Heiligenschein gleich einem verrutschten Hula-Hoop-Reifen über den Häuptern der prominenten Monopolkapitalisten Westdeutschlands kreist.

<sup>49)</sup> Ebenda, S. 134 ff.

# HUGO JUNKERS – EIN MONOPOLKAPITALIST UND KORRESPONDIERENDES MITGLIED DER PREUSSISCHEN AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN

VON HANS RADANDT

Vorbemerkung . . . . .	53
I. Der Kapitalist . . . . .	56
1. Das Werk und die Arbeiter . . . . .	56
2. Der Gewinn . . . . .	65
3. Der Professor . . . . .	72
II. Monopolist und Wissenschaftler . . . . .	84
1. Der Monopolist . . . . .	84
a) Aufbau und Ausdehnung des Konzerns . . . . .	84
b) Junkers-Flugzeugbau im Ausland . . . . .	92
c) Luftmonopol Junkers in Deutschland . . . . .	94
d) Junkers-Auslands-Luftmonopole . . . . .	100
e) Junkers-Konzern steigert Ausbeutung . . . . .	105
f) Junkers-Konzern und Staatsapparat . . . . .	108
2. Der Wissenschaftler . . . . .	119
III. Junkers als Monopolist und Wissenschaftler unter dem Faschismus . . . . .	124

## VORBEMERKUNG

Hugo Junkers gehörte in den zwanziger Jahren dieses Jahrhunderts als Monopolist zur Führungsschicht der herrschenden Klasse in Deutschland. Gleichzeitig zählte er als bedeutender Erfinder zu den führenden Vertretern der technischen Wissenschaften und wurde 1929 zum korrespondierenden Mitglied der Preußischen Akademie der Wissenschaften gewählt. Seine Erfindungen, unter ihnen das Kalorimeter, der Gasbadeofen und zahlreiche Erfindungen und Neukonstruktionen auf dem Gebiete des Flugzeugwesens, bedeuteten eine Weiterentwicklung, einen Fortschritt der Technik auf diesen Gebieten. Sie sind geeignet, dem Wohle der Menschheit zu dienen. Als Kapitalist verwertete Junkers mit Hilfe der Ausbeutung von Arbeitern und Angehörigen der technischen Intelligenz diese Erfindungen im eigenen Profitinteresse. Diese

Doppelrolle von Junkers, der als wissenschaftlich-technisch bedeutender Erfinder in der Anwendung seiner eigenen Forschungsergebnisse als Kapitalist im Stadium des Imperialismus historisch gesetzmäßig reaktionären Notwendigkeiten unterworfen war, kennzeichnet die Menschheitsfeindlichkeit der zum Untergang verurteilten Gesellschaftsordnung des Kapitalismus.

Im imperialistischen Stadium des Kapitalismus vermag die Anwendung der Ergebnisse des technischen Fortschritts nicht mehr unmittelbar dem gesellschaftlichen Fortschritt zu dienen, werden die Ergebnisse wissenschaftlicher Forschungsarbeit innerhalb der imperialistischen Staaten für reaktionäre Interessen der herrschenden Klasse mißbraucht.

Walter Ulbricht kennzeichnete diese Tatsache an einem äußerst treffenden Beispiel zur Situation der Wissenschaftler in Westdeutschland:

„... Der westdeutsche Nobelpreisträger Professor Max Born, einer der Entdecker der Atomspaltung, sagte in bezug auf die Forschungsergebnisse seiner Schüler: ‚Es ist schön, so kluge und tüchtige Schüler gehabt zu haben, und doch wünsche ich, sie wären weniger klug als weise. Es ist wohl mein Fehler gewesen, wenn sie von mir nur Methoden der Forschung und nichts weiter gelernt haben. Nun ist durch ihre Klugheit die Menschheit in eine fast verzweifelte Lage geraten.‘ Professor Born ist zu der Erkenntnis gekommen, das Atom sei ein soziales Problem geworden. Professor Born hat wie viele tausende Wissenschaftler während seines ganzen Lebens nur seine fachliche Arbeit gesehen, ohne zu beachten, daß er seine Forschungsarbeit unter Bedingungen einer Gesellschaftsordnung leistet, in der das Monopolkapital herrscht, das nicht nur die Arbeiterklasse ausbeutet, sondern auch die Wissenschaftler und deren Forschungsergebnisse für die kapitalistischen Interessen mißbraucht. *Viele Wissenschaftler in Westdeutschland befinden sich in einem inneren Konflikt*, dem Konflikt zwischen ihrer humanistischen Gesinnung und der Ausnutzung ihrer Forschungsergebnisse durch kapitalistische Kräfte gegen die Menschheit. Ein Teil der Wissenschaftler in Westdeutschland lehnt sich dagegen auf, ein anderer Teil hat sich zunächst in Individualismus zurückgezogen, und der Rest läßt sich wieder von den Monopolherren, die die Atomforschung finanzieren und leiten, mißbrauchen.

In der Deutschen Demokratischen Republik sind die Ursachen für einen solchen Konflikt beseitigt, weil die Herrschaft des Monopolkapitals endgültig vernichtet wurde. Unter den Bedingungen der Arbeiter-und-Bauern-Macht dient die Wissenschaft dem Volke. Allerdings gibt es auch bei uns noch Angehörige der Intelligenz, die noch unter dem Einfluß bürgerlicher Anschauungen der Vergangenheit stehen und der Meinung sind, daß sie ihre Pflicht erfüllen, wenn sie als ‚Nur-Fachleute‘ eine saubere Arbeit leisten. Viele dieser Fachwissenschaftler werden jetzt durch die Atomkriegsrüstungen der NATO und der Adenauer-Regierung erschreckt und bekommen Zweifel an ihrer bisherigen Auffassung.“<sup>1)</sup>

<sup>1)</sup> *Ulbricht, Walter*, Vom geistigen Leben in unserer Zeit (I). In: „Neues Deutschland“, Nr. 157, Berliner Ausgabe vom 6. Juli 1957.

Der Konflikt der Wissenschaftler „zwischen ihrer humanistischen Gesinnung und der Ausnutzung ihrer Forschungsergebnisse durch kapitalistische Kräfte gegen die Menschheit“ wird hervorgerufen durch die kapitalistische Gesellschaftsordnung. Die kapitalistische Gesellschaftsordnung hat wie viele andere Menschen so auch technische Erfinder oder Vertreter der technischen Wissenschaften zu Dienern des Kapitals herabgewürdigt. Die ökonomische Stellung des technischen Erfinders bzw. Wissenschaftlers als Angestellter eines kapitalistischen Betriebes, als Beamter des kapitalistischen Staatsapparates, ja selbst als freischaffender Wissenschaftler, der, um weiter leben und forschen zu können, keine andere Möglichkeit hat, als die Ergebnisse seiner Arbeit an Kapitalisten zu verkaufen, bringen ihn in direkte oder indirekte Abhängigkeit von Kapitalisten.

Damit sind die Grenzen der Freiheit ihrer wissenschaftlichen Betätigung gekennzeichnet. Die Aufgabenstellung ihrer Forschungsarbeit geht nicht von der gesellschaftlichen Notwendigkeit der Verbesserung der Lebenslange der gesamten Bevölkerung aus, sondern wird vom Profitinteresse des Kapitalisten diktiert.

Wie gesetzmäßig sich das vollzieht, das wird gerade an dem Beispiel von Hugo Junkers klar, der sich durch Selbstverwertung seiner Forschungsergebnisse in nur ihm gehörenden kapitalistischen Betrieben nicht etwa ökonomische Unabhängigkeit für seine wissenschaftliche Forschung erkaufte. Die Unabhängigkeit von fremden Geldquellen, die er sich durch die Profite aus seinen eigenen Unternehmen verschaffte, konnte nicht den gleichzeitigen Verkauf des Wissenschaftlers Junkers an den Monopolkapitalisten Junkers verhindern.

Ziel der vorliegenden Studie ist es, in einer keineswegs unwichtigen Detailfrage der Geschichte des Imperialismus zu weiterer Klarheit zu gelangen. Die ganze Widersprüchlichkeit dieser Gesellschaftsordnung gilt es zu sehen, und zwar an einem Manne, der als Monopolist und Wissenschaftler hervortrat.

Die kapitalistische Gesellschaftsordnung, die dem Wissenschaftler keine Möglichkeit gibt, seine schöpferischen Fähigkeiten frei entfalten zu können, soll angeklagt werden. Wenn eine Lehre aus der Gegenüberstellung von Monopolist und Wissenschaftler Junkers gezogen werden kann, dann nicht nur wie bei anderen Wissenschaftlern die: Wieviel mehr hätte ein solcher Mensch – und sein Beispiel ist hier nur stellvertretend für all die, die unbekannt geblieben sind – in einem sozialistischen Lande leisten können. Und dann auch nicht nur die: Wie reaktionär ist eine Gesellschaftsordnung, die dem Wissenschaftler keine andere Perspektive als den Mißbrauch der Ergebnisse seiner Forschungsarbeiten im Interesse einiger weniger bietet. Sondern vor allem die: Wie erschreckend gering ist die Freiheit wissenschaftlicher Forschung, wie erschreckend tief ist das moralische Niveau in einer Gesellschaftsordnung, in der ein Mitglied des engsten Kreises der herrschenden Klasse als Monopolist sich selbst als Wissenschaftler zwangsweise moralisch zugrunde richten muß!

## I. DER KAPITALIST

### 1. Das Werk und die Arbeiter

Hugo Junkers war Sohn eines Fabrikanten und hatte über vier Jahre lang verschiedene Technische Hochschulen besucht. Als sich der Zivilingenieur Hugo Junkers am 31. Oktober 1892 mit einer eigenen kleinen Firma in das Handelsregister zu Dessau eintragen ließ, konnte er zudem auf eine insgesamt über zehnjährige Tätigkeit bei verschiedenen Maschinenfabriken zurückblicken.

Junkers betrieb bis 1896 eine Werkstatt, die er in den Räumen der zur Deutschen Continental-Gas-Gesellschaft gehörenden Zentralwerkstatt gemietet hatte. Mit sechs Arbeitern und zwei Lehrlingen arbeitete er dort an der Schaffung eines Gasmotors. Er stieß auf Schwierigkeiten bei der Untersuchung des Heizwertes des Gases und entwickelte zu Meßzwecken das Kalorimeter. Dies war seine erste bedeutende Erfindung und zugleich das erste Fertigprodukt, das die Werkstatt verließ. Bei Ausstellungen in Chicago und Erfurt wurde es bereits im Jahre 1893 mit Silbernen Medaillen ausgezeichnet. Die Auswertung der Erkenntnisse, die er bei der Erfindung des Kalorimeters sammelte, führten Junkers zur Entwicklung eines wirtschaftlichen Gasbadeofens, der in Zukunft in vielen Variationen eines der Hauptprodukte der Dessauer Werkstätte wurde.

Am 2. Juli 1895 trat Dr. phil. Robert Ludwig aus Uerdingen am Rhein als Gesellschafter in das Geschäft ein. Die Firma wurde in eine Offene Handelsgesellschaft unter dem Namen Junkers & Co. umgewandelt. Diese Partnerschaft, die Junkers eingegangen war, weil sein Vermögen durch seine Versuche fast aufgezehrt war, hielt jedoch nicht lange vor. Während Ludwig als bürokratischer und pedantischer Geschäftsmann geschildert wurde, erfahren wir über Junkers, daß er überhaupt keinen Sinn für Zeit und Zeiteinteilung wie für kaufmännische Kleinarbeit hatte.<sup>2)</sup> Dadurch kam es zu Reibereien zwischen den Partnern, zu einer gerichtlichen Auseinandersetzung und am 2. Juli 1897 zur Lösung des Vertragsverhältnisses. Hugo Junkers führte von diesem Zeitpunkt ab das Unternehmen unter der Firma Junkers & Co. allein weiter.

Inzwischen war im Jahre 1896 ein neugebautes zweistöckiges Fabrikhaus in der Albrechtstraße bezogen worden, das neun Räume umfaßte, wovon zwei als Wohnräume und ein Raum als Büro und Lagerraum dienten. Da die vor-

<sup>2)</sup> *Blunck, Richard*, Hugo Junkers, der Mensch und das Werk. Berlin 1943, 44. bis 53. Tausend, S. 43 ff.

handenen Räume nicht ausreichten – die Belegschaftszahl stieg bis 1898 auf etwa 30 – wurde 1898 ein Holzschuppen gebaut, und 1900 waren bereits zwei weitere solche Schuppenbauten notwendig. Daneben eröffnete Junkers im Jahre 1898 einen zweiten Betrieb in Rheydt. Er benutzte dazu einen Teil der seinem Bruder Max Junkers gehörenden Weberei. Nach dem Tode seines Bruders schloß Hugo Junkers diesen Betrieb, in dem 1898 zwölf und 1906 dreißig Arbeiter tätig waren.<sup>3)</sup> Inzwischen hatte er in Dessau einen Neubau errichtet.

In jener Zeit mußte jeder Klempner einen Gasbadeofen vollkommen selbst zuschneiden, verzinnen, vorrichten und fertigstellen.<sup>4)</sup> Anfangs hatte er ihn auch noch außen zu polieren, bis 1897 ein Polierer eingestellt wurde. Darüber hinaus hatte jeder Arbeiter seine Vorrichtungen und Werkzeuge selbst anzufertigen.

„Er war dadurch selbstgestaltend und einwirkend auf eine leichtere, bessere und auch schnellere Arbeitsweise. Meister und Arbeiter waren die Schöpfer von besseren Fabrikationswegen. Bereits 1897 wurden Nietenzieher mit Kopfeisen, Schneidbohrer mit kleinen Messingschrauben, Spiralbohrer, Biegevorrichtungen angefertigt und Konstruktionsvorschläge zu einer Rundmaschine zum Runden starker Flacheisenringe mit Kupferbezug gemacht.“<sup>5)</sup>

Junkers war um die Jahrhundertwende einer der kleinen kapitalistischen Unternehmer, die den Drang der Arbeiter zur schöpferischen Anwendung ihrer Fähigkeiten voll ausgenutzt haben. Andererseits gehörte er auch zu jenen Kapitalisten, die auf die schöpferische Leistung der Volksmassen in jener Zeit vielmehr angewiesen waren als die Kapitalisten anderer Produktionszweige, die das Stadium der Handwerkelei bereits durch Lösung vieler produktionstechnischer Probleme mit Hilfe der Wissenschaft überwunden hatten. Die schöpferische Rolle der Volksmassen bei der Entwicklung der Produktivkräfte, wofür dies Beispiel aus dem Junkers-Werk nur eines von vielen ist, gehört noch zur ungeschriebenen Geschichte, zu dem vom Wirtschaftshistoriker zu erschließenden Neuland.

Die bedeutenden Erfindungen von Menschen wie Siemens, Diesel, Junkers sind Meilensteinen gleich, die den Stand der Entwicklung der technischen Wissenschaften auf dem jeweiligen Gebiet kennzeichneten. Der Weg zwischen diesen Meilensteinen aber ist angefüllt von vielen kleinen Verbesserungen und Erfindungen, die von Arbeitern stammen. Ihre Gesamtheit bildet die Geschichte der Technik in den jeweiligen Zeiträumen zwischen den bedeutenden umwälzenden Erfindungen. Junkers selbst sagte einmal: „Die treue Hingabe und Erfindungskraft des Qualitätsarbeiters sind für den technischen Fortschritt ebenso wichtig wie die geistige Kraft des Forschers.“<sup>6)</sup>

3) Betriebsarchiv des VEB Gasgerätewerk Dessau, I/045 (weiterhin geführt als GD).

4) GD, I/045. 5) Ebenda.

6) Zur Erinnerung an die Feier des 70. Geburtstages Hugo Junkers 2./3. Februar 1929. Herausgegeben von den Junkers-Werken, S. 26.

Dieser Satz war für den Wissenschaftler Junkers ebenso richtig, wie er für den kapitalistischen Unternehmer Junkers insbesondere in bezug auf die „treue Hingabe“ wichtig war. Denn für den Unternehmer Junkers hatte die Tatsache, daß die Arbeiter sich ihre Werkzeuge und Vorrichtungen selbst schufen, zu jener Zeit noch den Vorteil, weniger Kapital aufwenden zu müssen: Junkers hatte für die in seinem Betrieb für dessen eigenen Bedarf hergestellten Maschinen und Vorrichtungen nur Lohn- und Materialkosten zu zahlen.

Für die Arbeiter bei Junkers bedeutete diese Tätigkeit, hier ihre schöpferischen Kräfte, im engsten Rahmen natürlich nur, entfalten zu können, den politischen Nachteil, daß die Herausbildung eines Industrieproletariats in den Junkers-Werken sehr erschwert wurde, da ja das Ausbeutungsverhältnis, das in der Großproduktion offen zutage tritt, hier nicht deutlich erkennbar, sondern verschleiert war. Durch die gemeinsame Arbeit bei der Entwicklung der Produktionsmittel fühlten sich die Arbeiter in technischer Hinsicht mit dem selber mitarbeitenden kleinen Kapitalisten als „eine Gemeinschaft“. Das daraus resultierende Nicht- oder nicht richtige Erfassen der Klassenunterschiede kann mit ein wichtiger Grund dafür gewesen sein, daß die später noch zu behandelnde geschlossene Zugehörigkeit der Arbeiter zur Gewerkschaft im Betrieb für Junkers keine Gefahr bedeutete.

Bis 1906 währte die Periode der fast völlig handwerklichen Produktion, in der nur einfache Hilfsmaschinen wie Schlagschere, Kreisschere, Rundmaschine, Sickenmaschine usw. Verwendung fanden. Später wurde das anders.

„Die bisherigen fast völlig handwerksmäßigen Herstellungswege kamen mit dem zunehmenden Umsatz nicht mehr in Frage. Außerdem war wegen des starken Druckes der Konkurrenz die Verbilligung der Apparate notwendig. Die zu erzielende Verbilligung sollte wieder günstig auf eine weitere Umsatzsteigerung wirken. Somit war die Umstellung auf maschinelle Fabrikationsmethoden erforderlich . . . , daß immer mehr auch die Formgestaltung des Arbeitsstückes auf die Maschine verlegt wurde. Dadurch wurde das einzelne Arbeitsstück billiger und auch genauer, was für die Paßgenauigkeit bei der Mengenfabrikation notwendig war.“<sup>7)</sup>

Über die Arbeitsverhältnisse in der ersten Fabrik in der Albrechtstraße (1896–1906) erfahren wir aus einer bereits im Jahre 1928 angelegten Betriebsgeschichte:

„Da die Arbeitszeit von morgens 6 Uhr bis abends 6 Uhr war und jeder annähernd 1 Stunde Fußweg zur Arbeitsstätte zurückzulegen hatte, war jeder wenigstens von morgens 5 Uhr bis abends 7 Uhr an seine Arbeitsstätte gebunden. Fahrräder, wie wir sie heute fast ohne Ausnahme benutzen, gab es damals noch nicht. In der 1 $\frac{1}{2}$ -stündigen Mittagszeit nach Hause zu gehen, um Mittag zu essen, war natürlich auch nicht möglich. Das Essen wurde meist gebracht. Dazu machten sich noch wiederholt Überstunden erforderlich und nicht selten kam noch Sonntagsarbeit hinzu.“<sup>8)</sup>

7) GD, I/046.

8) GD, I/045.

Überstunden und Sonntagsarbeit waren bei einer Arbeitszeit von 60 bis 65 Stunden, später 57 Stunden, häufig und wurden nicht bezahlt. In der zitierten Betriebsgeschichte wird u. a. zu der in jener Zeit noch rein handwerklichen Fertigungsmethode von Röhrenböden, die mit ca. 45 nierenförmigen Löchern zu versehen waren, festgestellt: „In die vorgebohrten Löcher wurde die Laubsäge eingespannt. Jedes einzelne Loch wurde dann ausgesägt. Da die normale Arbeitszeit hierzu meist nicht ausreichte, mußte noch nach Feierabend und an Sonntagen diese Arbeit zuhause gemacht werden.“<sup>9)</sup>

Das Gegenstück dazu waren Kurzarbeit und Entlassungen, wie das Tagebuch des damaligen Meisters Knick ausweist: „1902 war eine faule Zeit. Es wurden 6 Monat verkürzt gearbeitet.“<sup>10)</sup>

Oder aber: „25. I. 09 Für Nordt ist keine Arbeit mehr vorhanden. Wird gekündigt werden müssen. Trautmann desgleichen.“<sup>11)</sup>

Über die allgemeinen Arbeitsbedingungen erfahren wir weiter: „In den Holzschuppen waren die Arbeitsverhältnisse auch nicht die besten. Im Sommer war es drückend heiß und im Winter oft sehr kalt. Im Büro und in der Werkstatt waren Öfen nur für Koksfeuerung aufgestellt, so daß bei großer Kälte sich nicht vermeiden ließ, daß mit hochgemachtem Rockkragen und krummen Fingern gearbeitet wurde.

Die Ventilation in den Schuppen war sehr mangelhaft und wurde von der Gewerbeinspektion beanstandet, desgleichen die schlechte Luft im Motorraum. Ankleideräume und Schränke zur Unterbringung der Kleidung bestanden noch nicht. Dadurch war es möglich, daß Schuhe unter den Werkbänken von Ratten, die zeitweilig überhand nahmen, völlig zerfressen werden konnten.<sup>12)</sup> Das Pappdach war nicht ganz einwandfrei, so daß es mitunter durchregnete . . . Zur Beleuchtung dienten nur offene Schnittbrenner. Auch die vollkommene Gasbeleuchtung mit Glühstrumpf und Zylinder, die erst 1905 kam, gab oft genug wegen zu geringen Gasdruckes trübes Licht.“<sup>13)</sup>

Auch im Neubau änderten sich ein Teil dieser Arbeitsbedingungen nicht. „Besonders in der Anfangszeit Januar und Februar 1907 waren kalte Arbeitsräume keine Seltenheit.“<sup>14)</sup>

Tagebuch des Meisters Knick: „15. 6. 10 Fabriklüftung nicht einwandfrei . . . – 6. 9. 12 Rattenfangen prämiiren – Kammerjäger.“<sup>15)</sup>

Im Jahre 1914 waren von insgesamt 310 bei Junkers & Co. Beschäftigten über 20 Lehrlinge. Die Lehrlingsausbildung bestand im ersten Jahre meist in Handreichungen beim Klempner und in der Einführung in die einzelnen Arbeitsweisen. Im zweiten Jahr mußten schon einfachere Arbeiten selbständig aus-

<sup>9)</sup> GD, I/045.      <sup>10)</sup> Ebenda.

<sup>11)</sup> GD, IV/094.

<sup>12)</sup> Im Tagebuch des Meisters Knick steht unter dem 31. 10. 1904: „Es sind heute nacht dem Heinen ein Paar neue Schuhe total zerfressen worden.“ (GD, IV/094).

<sup>13)</sup> GD, I/045.      <sup>14)</sup> GD, I/046.      <sup>15)</sup> GD, IV/094.

geführt werden. Im dritten Jahr und im ersten Halbjahr des vierten mußte sich der Lehrling alle vorkommenden Facharbeiten aneignen. „Im letzten halben Jahre wurde bereits halber Akkord gezahlt.“<sup>16)</sup>

Der Meister Pobbig berichtete im Jahre 1928 für die seinerzeit angelegte Betriebsgeschichte über seine Lehrzeit bei Junkers & Co.: „Uns Lehrlingen lagen noch verschiedene Pflichten ob, so mußten wir die Mahlzeiten ausrufen, jeden Abend die Werkstatt auskehren und die Abfälle sortieren. Das mußte sehr sorgfältig gemacht werden, denn wehe dem Jungen, in dessen ausgesuchten Kehrriehthaufen Meister Knick noch einen Kupferschnipsel fand . . . Außerdem mußten wir abends noch die Pakete und kleinen Kisten zur Post nehmen. Bei dieser Gelegenheit wurde jedesmal unsere Geduld auf eine harte Probe gestellt, denn verzögerte sich die Postabfertigung, so kamen wir zu spät zur Handwerkerschule, deren Unterrichtsstunden um 8 Uhr begannen. Dort mußten wir dann noch bis 10 Uhr abend schwitzen. Sonnabends hatten wir zwar frei aber dafür mußten wir den Sonntag vormittag der Schule opfern. Sehr oft mußten wir sogar mittags noch die Post mit nach der Stadt nehmen, und anschließend Besorgungen für die Werkstatt machen.“<sup>17)</sup>

Hart waren diese Arbeitsbedingungen. Hart erscheinen sie selbst in der abschwächenden und beschönigenden Sprache jener 1928 aufgestellten Betriebsgeschichte.<sup>18)</sup>

Die unmittelbare Leitung der Werkstätten hatte Otto Knick, ein sehr geschickter Klempner, der später zum Meister und Obermeister avancierte, seit

<sup>16)</sup> GD, I/045.      <sup>17)</sup> GD, IV/093.

<sup>18)</sup> Die Unterlagen hierzu bildeten die Schilderungen, die von den Meistern der einzelnen Abteilungen angefordert wurden. Am 27. 4. 1928 wurde an alle Meister geschrieben: „Die Entwicklung des Betriebes soll von Anfang bis heute festgelegt werden. Dazu wird Ihre Mitarbeit gewünscht. Es kommt zunächst darauf an, daß Sie aus dem Gedächtnis die genaue Entwicklung Ihrer Abteilung, möglichst nach Jahren geordnet, niederschreiben. Hierbei wird besonderer Wert darauf gelegt, mit welchen primitiven Mitteln und unter welchen Umständen und Grundsätzen gearbeitet wurde. Auf Äußerlichkeiten, wie gutes, sauberes Schreiben usw. wird nicht gesehen, sondern nur auf recht viel Material. Die ersten Niederschriften sind bis Montag, den 30. 4. 1928 erforderlich.“ (GD, IV/093).

Nur 3 Tage Zeit wurde den Meistern gelassen, und es wurde geschafft! Auch die Stellung kurzer Termine für diese Zwecke gehörte zu den kapitalistischen Ausbeutungsmethoden. Wie viele Volkseigene Betriebe aber gibt es, deren Werkleitungen die Betriebsgeschichte mit einer Sorglosigkeit behandeln, die, wenn sie sich auf die Produktion bezöge, strafbar wäre. Gleichgültig, ob Betriebsarchive vorhanden sind oder nicht: Die Arbeiter können vieles erzählen, was wir in den Akten niemals finden. Wir besiegen die Konzernideologie nicht mit ausgeleierten allgemeinen Beispielen, noch allein mit der Theorie des Marxismus-Leninismus, wohl aber, wenn wir diese mit den lebendigen Schilderungen erfahrener Arbeiter verbinden, zusammen mit gut ausgewählten Dokumenten aus den Betriebsarchiven.

Ende des 19. Jahrhunderts bis zu seinem Tode 1921 inne.<sup>19)</sup> Wenn wir im folgenden seine Rolle im Junkers-Werk etwas eingehender betrachten, dann eben deshalb, weil die Anstellung eines solchen Werkstattleiters für den Kapitalismus typisch ist und Junkers in seiner gesellschaftlichen Stellung als Kapitalist ebenfalls charakterisiert.

Für Junkers war Meister Knick in doppelter Hinsicht von Bedeutung. Einmal, weil dieser geschickte Handwerker mit Blechschere und Lötapparat den Junkerschen Erfindungen Gestalt verlieh und auch selbst manchen Gedanken zur Verbesserung beitrug. Blunck schreibt sogar: „Dieser Klemptner hat für die Entwicklung der Junkersprodukte mindestens ebensoviel, wenn nicht mehr bedeutet als die engsten akademischen Mitarbeiter.“<sup>20)</sup>

Zum anderen aber war Otto Knick als Leiter der Werkstatt dem Unternehmer Junkers für die Produktion verantwortlich. Er stellte die Arbeiter ein, teilte die Arbeit zu, leitete an, kontrollierte. Seine Funktion war die eines Büttels des Ausbeuters, wie ihn die kapitalistische Produktion zu allen Zeiten und in allen Betrieben braucht. Von Otto Knick würde kaum jemand sagen, er wäre der geborene Büttel gewesen, sondern er kam in dieses Amt, wie die meisten der Obermeister, Meister und Vorarbeiter im Kapitalismus, auf Grund seiner fachlichen und gewisser anderer Qualitäten. Er war ein ausgezeichnete, vorbildlicher Handwerker, der seine Fähigkeiten gerne anderen vermittelte, ein Mensch, der von anderen nicht mehr verlangte, als von sich selbst, ein Vorgesetzter, dem es in erster Linie auf das fachliche Können der Arbeiter ankam. Im Produktionsprozeß sind es in der Regel die besten Eigenschaften der Menschen, die sich der Kapitalismus nützlich zu machen versucht, wie z. B. Fleiß, schöpferische Kraft, Arbeitsfertigkeit usw. Aber der Kapitalismus spricht auch die schlechten Seiten des Menschen an, entwickelt sie und nutzt sie zum Profitmachen. Wie hätte sich ein Meister Knick mit all seinen guten

<sup>19)</sup> Ab Oktober 1897 ließ sich Junkers kaum noch in den Werkstätten sehen. Wie wir später sehen werden, hatte er sich in Aachen eine private Versuchsanstalt eingerichtet, die nach dem ersten Weltkriege unter dem Namen „Forschungsanstalt Prof. Junkers“ nach Dessau verlegt wurde. Hier in dieser rechtlich selbständigen Firma seines Konzerns war der Arbeitsplatz von Hugo Junkers. Mit der Leitung der Produktionsstätten in Dessau und Aachen hatte Junkers schon zu seiner Professorenzeit seine Direktoren beauftragt, mochten diese sich darum kümmern, die laufende Produktion zu erhöhen und rentabler zu gestalten. Erst im Flugzeugwerk, bzw. in der schon vorher im Gerätewerk anlaufenden Flugzeugproduktion, wo es darum ging, die Flugzeugkonstruktionen fabrikreif zu machen, sie an Hand der praktischen Ausführung zu überprüfen und zu verbessern, besuchte Junkers die Werkstätten wieder regelmäßig. Mit dem ganzen Konzern bzw. früher mit allen seinen Werken blieb Junkers aber stets in doppelter Weise verbunden. Als Privateigentümer machte er höhere Profite auf Grund der quantitativen und qualitativen Ausweitung der Produktion, welche der Forscher durch seine Patente sicherte.

<sup>20)</sup> *Blunck, Richard*, a. a. O., S. 33.

Eigenschaften dagegen in einer sozialistischen Gesellschaft entwickeln können! Knick war durch die Zeit des Kapitalismus geformt worden, bewegte sich in den Bahnen dieser Erziehung und gab sie weiter.

Ein Kapitalist bedient sich aller Mittel, die besten Arbeiter zu Helfershelfern der Ausbeutung zu machen. Junkers schrieb am 1. Januar 1897 an Knick:

„Lieber Meister Knick!

Wenn ich zum Jahresabschluß derer gedenke, welche mir im Leben nahe stehen, so rechne ich hierzu nicht zuletzt diejenigen, welche in gemeinsamer Arbeit mit mir zusammen schaffen. Und da ist es mir ein Bedürfnis, auch Ihnen als meinem langjährigen treuen Mitarbeiter und Ihren Angehörigen ein herzliches ‚Prosit Neujahr‘ zuzurufen und Sie zu bitten einen Neujahrsgruß in Gestalt einer Stolle und einer Flasche Wein von mir anzunehmen.

Ihr Hugo Junkers“<sup>21)</sup>

Direktor Hermann Schleising, der seit Anfang des Jahrhunderts der Firma Junkers & Co. vorstand und später Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes der Metallindustriellen Anhalts wurde, wandte sich bei seinen Forderungen mit aller Strenge und Unnachgiebigkeit an Knick. Dieser sollte all das bei den Arbeitern durchsetzen, was Schleising verlangte. Knick gehörte damals noch nicht zu den Herren im Büro, über die er im Jahre 1905 erbittert in sein Tagebuch schrieb: „Heute Vorwürfe bekommen über verlangsamte Lieferung, warum denn nicht Überstunden gemacht werden. Es ist bis jetzt auf Sonntage gearbeitet worden, und das genügt immer noch nicht. Aber wenn ich um Unterstützung bitte, wie kompl. Zeichnungen, frühzeitiges Öffnen des Lagers und Beschaffen der Materialien, wird mir dieselbe nicht zuteil. Die Herren kommen sehr unpünktlich und gehen Punkt 6 Uhr ihrer Wege. Kein Wort der Anerkennung, immer Vorwürfe. Die vielen Extra Anfertigungen, Reparaturen, Einzelteile etc. Lieferzeiten werden immer knapp bemessen für Extra Ausführungen. Die Zeichnungen dafür sind in der Herstellung sehr verlangsamt, oft so, daß die Lieferzeiten um sind. Nun bleibt für die Arbeit keine Zeit mehr übrig und müssen Überstunden gemacht werden.“<sup>22)</sup>

Weder Junkers noch Schleising interessierte es, daß Überstunden gemacht wurden, solange diese nicht bezahlt wurden. Schließlich war der Werkstattmeister dazu da, sich mit den Arbeitern auseinanderzusetzen, und dieser entwickelte sich, selbst angetrieben, zu einem echten Antreiber. In seinem Tagebuch finden sich Aufzeichnungen wie folgende: „29. 7. 05 Sperber des Sonnabends der erste beim Feierabend, welcher den Rock ausgezogen hat . . . 7. 8. 05 Verdienst und Löhne sind zu hoch.“<sup>23)</sup>

<sup>21)</sup> GD, I/045.

<sup>22)</sup> GD, IV/094. Notiz vom 3. 6. 1905.

<sup>23)</sup> GD, IV/094.

Dieses Tagebuch war eine Gedächtnisstütze für all das, was er am Sonnabend darauf den Arbeitern zu sagen beabsichtigte. Eine „Monatszeitschrift für Berufserziehung“ vermerkt in einem lobenden Artikel: „Wenn Obermeister Knick, der bald zum Betriebsleiter aufstieg, am Sonnabend die Abrechnung machte, so bezog sich das nicht nur auf den Lohn, sondern er nahm jeden persönlich und moralisch vor, er hielt ihm eine ‚Standpauke‘.“<sup>24)</sup>

Er wollte auf jede Weise alles aus den Arbeitern herausholen – für den Unternehmer, für Junkers. Dazu gehörte z. B. auch, daß Knick nur gewerkschaftlich organisierte, und zwar bis 1906 nur Angehörige des Metallarbeiterverbandes einstellte.

Der Arbeiterveteran Otto Haupt schildert eine Unterhaltung zwischen Knick und einem Bewerber so:

Knick: „Sind Sie organisiert?“

Bewerber: „Ja“.

Knick: „Wo denn?“

Bewerber: „Im Hirsch-Dunckerschen Verband.“

Knick: „Wenn Sie bei uns arbeiten wollen, müssen Sie in den Metallarbeiterverband. Da sind alle drin!“

Otto Haupt erzählte, daß in der Anfangszeit alle Arbeiter Mitglieder des Metallarbeiterverbandes waren. Im Jahre 1906 änderte sich das Bild etwas, da die Junkers-Fabrik in Rheydt geschlossen wurde und 13 Arbeiter aus Rheydt nach Dessau übersiedelten. Diese waren teilweise Mitglieder des christlichen Arbeiterverbandes und wollten ihre Mitgliedschaft nicht aufgeben. Karl Valdix erzählte weiter, daß bis zum Jahre 1909, dem Zeitpunkt seines erstmaligen Ausscheidens aus dem Betrieb, etwa 75% aller Arbeiter des Betriebes Mitglieder der SPD waren, woraus auch niemandem Nachteile im Betrieb erwuchsen.

Otto Knick stellte vermutlich nur organisierte Arbeiter ein, weil er wußte, daß unter ihnen besonders viel gute Facharbeiter zu finden waren.

Knick, der früher als Arbeiter vermutlich auch im Gegensatz zum Kapitalismus stand, war jetzt korrumpiert. Er fühlte sich gewissermaßen selbst verantwortlich für den Betrieb, glaubte, daß die fachlich Besten dieser Arbeit, wie sie hier zu leisten war, ein besonderes Interesse entgegenbringen würden. Vielleicht mochte er auch glauben, daß die von den Arbeitern in ihrer Zugehörigkeit zur Gewerkschaft zum Ausdruck kommende gesellschaftliche Aktivität in Aktivität für den Unternehmer umschlagen kann, unter dem Aspekt eines Arbeitsplatzes, an dem es noch, wenn auch mit der Zeit immer begrenzter, in gewisser Weise möglich war, seine schöpferischen Kräfte zu entfalten.

Wahrscheinlich war er sich gar nicht klar darüber, daß die geschlossene Organisiertheit der Arbeiter sich auch gegen den Unternehmer hätte wenden

<sup>24)</sup> Vom Lehrling zum berühmten Mann. In: „Der junge Installateur und Klempner“, Monatszeitschrift für Berufserziehung, 2. Jg., Nr. 2 vom 15. Februar 1927.

können, bzw. er glaubte, daß eine Einflußnahme auf eine geschlossenen organisierte Arbeiterschaft einfacher wäre, weil hier die Auseinandersetzungen zwischen Organisierten und Nichtorganisierten fortfallen. Knicks Einstellung änderte sich erst 1909, als die ganze Belegschaft zur Durchsetzung von Forderungen gekündigt hatte. Da wurden Knick von Schleising Vorwürfe gemacht, daß dies nur geschehen konnte, weil Knick ausschließlich organisierte Arbeiter einstelle. Die Kündigung selbst aber wurde durch den Geschäftsführer der Gewerkschaft, Schütze, abgebremsst, und es kam nicht einmal zu einem Streik, als daraufhin die Kollegen Klewitz und Neumann entlassen wurden, weil sie sich aktiv für die Forderungen der Arbeiter eingesetzt hatten. Ein Teil der Schuld an dem kampflosen Ausgang trifft in jedem Falle die Gewerkschaftsführung. Daß bei einer zahlenmäßig so stark politisch organisierten Belegschaft das Klassenbewußtsein nicht zu größeren Aktionen drängte, liegt teilweise gewiß auch daran, daß das Klassenbewußtsein vieler durch die Methoden des Meisters Knick und durch die relative Höhe des Lohnes zersetzt oder doch zum mindesten in seiner Entwicklung gehemmt wurde. Bei Junkers & Co. wurden die höchsten Löhne von ganz Dessau gezahlt. Nach den Angaben des Arbeiterveteranen Otto Haupt lagen sie bis zum ersten Weltkrieg um 20–25% höher als in anderen Dessauer Betrieben.

Auf Grund der hundertprozentigen Organisiertheit bestand bei Junkers & Co. von der Gründung des Betriebes an eine gewählte Arbeitervertretung, die zuerst unter der Bezeichnung „Ältesten-Kollegium“, später als „Arbeiter-Ausschuß“ zusammentrat und die Forderungen der Arbeiter (meist äußerten sie sich allerdings in „Wünschen“ und „Bitten“) an Otto Knick oder Direktor Schleising herantrugen. Im Jahre 1906 wurden z. B. folgende Forderungen gestellt:

„5. Min. Waschzeit vor Betriebsschluß. Löhnung vor 6 Uhr. Einführung von Milch. Arbeitszeitverkürzung und Stundenlohnerhöhung.“<sup>25)</sup>

Meist sind solche Anträge wohl abschlägig beschieden worden, wie wir aus den Antworten von Otto Knick auf zwei Forderungen entnehmen können:

Es war bei Junkers & Co. üblich, daß mit Beginn der Arbeitszeit um 6 Uhr früh das Tor geschlossen wurde. Wer zu spät kam, mußte bis 8 Uhr vor dem Tor warten. Er hatte dadurch nicht nur einen Verdienstaussfall von 2 Stunden, sondern war darüber hinaus Wind und Wetter ausgesetzt, da es in der Nähe keinen Hausflur oder Dachvorsprung gab, die Unterschlupf und Schutz geboten hätten. Im Jahre 1912 beantragte der Arbeiter-Ausschuß eine Änderung. Knick vermerkte hierüber in seinem Tagebuch: „Sodann wird beklagt, daß diejenigen, welche zu spät kommen, bis 8 Uhr draußen bleiben müssen, die Strafe sei zu hoch und bei dem schlechten Wetter besonders empfindsam. Jemand der sonst pünktlich ist u. den Weg in bestimmter Zeit regelmäßig zurückgelegt hat, hat durch plötzliches Eintreten schlechten Wetters die Fabrik nicht mehr rechtzeitig erreichen können. Er ist geschwitz und muß

<sup>25)</sup> GD, I/045.

in diesem Zustand bis 8 Uhr vor der Tür warten. Zum mindesten könnte der Speiseraum geöffnet sein. Was wird aber in solchem Falle in der Zeit bis 8 Uhr getrieben? Vielleicht Skatspiel oder andere dem Geschäft nicht dienliche Vorgänge.“<sup>26)</sup>

Bis zum ersten Weltkrieg wurde nichts daran geändert, daß die Zuspätkommenden bis 8 Uhr vor dem Tor warten mußten, wohl aber achtete Knick nunmehr noch genauer auf die Einhaltung dieser Anordnung, wie eine weitere Notiz erkennen läßt:

„Das Zuschließen des Tores solle nach Mstr. Knittels Meinung erst nach dem Signal erfolgen, das ist falsch. Die Kontrolluhren sind maßgebend u. das Tor ist zu schließen, sobald die Kontrolluhren umschalten, da sonst scheinbar Nachzügler durchgelassen werden.“<sup>27)</sup>

Bei Junkers & Co. war es ebenfalls üblich, daß die Löhne nach der Arbeitszeit ausgezahlt wurden. Vielfach wurden die Löhne erst noch berechnet, wenn die Arbeiter schon gehen wollten. Der Arbeiter-Ausschuß beantragte, „das Löhnen  $\frac{1}{4}$  Stunde vor Schluß beginnen zu lassen u. zwar, daß der Meister jedem seinen Lohnbeutel an seinem Platz überreicht“.<sup>28)</sup>

Die Antwort von Otto Knick lautete: „Eine derartige Einrichtung, wenn sie auch in anderen Fabriken besteht, werden wir nie und nimmer einführen. Das Löhnen geschieht nach wie vor bei Schluß der Arbeitszeit und dauert 10 Minuten. Es hat derartig viel Vorzüge, daß wir stolz darauf sein können, solche Einrichtung zu besitzen. Den Antrag weiterzugeben, halte ich für lächerlich.“<sup>29)</sup> Knick war kein klassenbewußter Arbeiter, sondern einer der Antreiber, die jeder Unternehmer braucht. Korruptiert durch seine privilegierte Stellung, ausgestattet mit langjähriger Produktionserfahrung und besten technischen Fähigkeiten, war er ein für Junkers wertvoller Antreiber. Ein Vorgesetzter, der dem Arbeiter nicht nur die Arbeit zuteilte, und den Lohn auszahlte, sondern ihm in seiner Arbeit etwas vormachte, verschleierte das kapitalistische Ausbeutungssystem, erweckte den Anschein, als ob ein Leistungsprinzip herrschte.

Junkers betonte oft in seinen Reden, er wünsche „die unbedingte Unterordnung unter die Aufgabe, das restlose Einsetzen des ganzen Menschen, die Pflichterfüllung“. Otto Knick bemühte sich, diesen Wünschen von Junkers nachzukommen.

## 2. Der Gewinn

Bei Junkers wurde von Anfang an mit wenigen Ausnahmen im Akkord gearbeitet. Das erklärt u. a. auch, warum die Verdienste so relativ hoch sein konnten und andererseits sogar die Arbeiter selbst zum Teil an Überstunden-

<sup>26)</sup> GD, IV/095. Notiz vom 9. Januar 1912.

<sup>27)</sup> GD, IV/095. Notiz vom 18. Oktober 1912.

<sup>28)</sup> GD, IV/095. Notiz vom 13. September 1911. <sup>29)</sup> Ebenda.

arbeit interessiert waren. Die zitierte Betriebsgeschichte schreibt zum Akkordwesen bei Junkers & Co.: „Durch die ständige Entwicklung und Vergrößerung des Betriebes waren auch die Akkorde dauernder kritischer Beobachtung mit ständiger besonderer Aufgabenstellung unterworfen.“<sup>30)</sup>

Im Jahre 1910 setzten größte Rationalisierungsbestrebungen ein.<sup>31)</sup> Hierfür hatte Junkers einen Spezialberater engagiert. Dieser war Amerikaner, hieß Charles Quast und gab sich auf seinem Briefkopf als „Consulting Engineer, Spezialist für Fabriks-Organisation nach bewährtestem amerikanischen System“ aus. Wie aus einer Kopie der ersten Seite eines Antwortschreibens von Quast ersichtlich ist, hatte ihm Junkers seine Gedanken zur Betriebsorganisation schriftlich vorgelegt, und Quast hatte dazu eingehende Bemerkungen gemacht.<sup>32)</sup> Nähere Unterlagen fehlen. Es ist lediglich vermerkt, daß Charles Quast von Junkers als Leiter der in Magdeburg neu gegründeten Junkers-Motorenbau GmbH. eingestellt worden ist.

Im Jahre 1912 erfolgte in verstärktem Maße der Ausbau der Serien-Fabrikation und der Betriebsorganisation.<sup>33)</sup>

Ein Vergleich der Arbeiterzahl mit der Umsatzhöhe in den Jahren 1910–1913 zeigt annähernd die Auswirkung auf die Arbeiter. (Andere Zahlen, wie z. B. der Gewinn, liegen für die Jahre 1911–1914 nicht vor):

	Arbeiter <sup>34)</sup>	Umsätze <sup>35)</sup>
1910	200	1252610.— M
1911	220	1662570.— M
1912	300	2182000.— M
1913	260	2489000.— M

Wir erkennen deutlich den scharfen Rückgang der Zahl der beschäftigten Arbeiter im Jahre 1913, während die Umsätze weiterhin gesteigen sind. Von 1910 bis 1913 nahmen die Umsätze um rund 100<sup>0</sup>/<sub>0</sub> zu, im gleichen Zeitraum erhöhte sich die Zahl der Arbeiter nur um 30<sup>0</sup>/<sub>0</sub>.

Ebenfalls sehr eindrucksvoll wird das Bild, wenn wir an Stelle der Umsätze in Mark die Stückzahl der umgesetzten Apparate der Arbeiterzahl gegenüberstellen (Ausstoßzahlen liegen nicht vor):

	Arbeiter	Umgesetzte Apparate <sup>36)</sup>				Umsätze insgesamt
		Erhitzer	Badeöfen	Heizöfen	Wannen etc.	
1910	200	4061	9192	2105	—	15358
1913	260	4898	19983	3727	85	28693

<sup>30)</sup> GD, I/045.

<sup>31)</sup> GD, I/046.

<sup>32)</sup> Ebenda.

<sup>33)</sup> Ebenda.

<sup>34)</sup> Ebenda.

<sup>35)</sup> GD, V/004, Bd. II.

<sup>36)</sup> GD, V/003, Bd. I.

Einer Steigerung der Zahl der insgesamt umgesetzten Apparate von fast 87% steht eine Steigerung der Arbeiterzahl von 30% vom Jahre 1910 bis zum Jahre 1913 gegenüber. Das bedeutet eine Gesamtproduktivitätssteigerung innerhalb von 4 Jahren um mehr als 40%, die im Falle des Hauptproduktes von Junkers & Co., der Gasbadeöfen, deren Umsatz in dieser Zeit um über 113% stieg, wahrscheinlich noch höher war.

Kurz nach Ausbruch des ersten Weltkrieges wandte sich Junkers & Co. einer umfangreichen Fertigung von Kriegsmaterial zu. Das Produktionsprogramm war vielfältig und reichte von Zündern, Zünderteilen, Geschossen bis zu Feldküchen und Feldbadewannen.<sup>37)</sup> „Die Umstellung war nicht besonders schwierig, da Junkers schon 1905 an den Bau von Feldküchen gedacht und sich bei der Heeresverwaltung darum bemüht hatte.“<sup>38)</sup>

Der Betrieb war so mit Kriegsaufträgen ausgelastet, daß die an Feiertagen ausfallende Arbeitszeit vor bzw. nachgearbeitet werden mußte. Eine Bekanntmachung vom 17. 11. 1914 bezog sich auf den Bußtag und lautete: „Um die verlorene Zeit wegen der Dringlichkeit unserer Kriegslieferung wieder einzuholen, wird heute Dienstag, den 17. November und übermorgen Donnerstag, d. 19. November bis Nachts 12 Uhr gearbeitet und Freitag, den 20. November bis Abends 10 Uhr.“<sup>39)</sup>

Die reguläre Arbeitszeit ohne alle Pausen gerechnet betrug pro Tag 11½ Stunden. Ab 28. Dezember 1914 wurde die „Arbeitszeit bis auf weiteres von 6 bis abends 9 Uhr mit 1 Stunde Mittagspause“ festgelegt. Das bedeutete eine Heraufsetzung der reinen Arbeitszeit auf 14 Stunden täglich.<sup>40)</sup>

Die Friedensfertigung von Junkers & Co. in Gasbadeöfen, Heizöfen und Erhitzern ging rapide zurück und betrug 1915 nur noch weniger als ein Sechstel des Jahres 1913.<sup>41)</sup>

Der genaue Umfang der von Junkers & Co. gemachten Kriegsgewinne ist nicht festzustellen, da die entsprechenden Unterlagen aus dieser Zeit fehlen. Wir können jedoch dokumentarisch belegen, daß Junkers & Co., wie jedes Unternehmen, das sich an den Kriegslieferungen beteiligte, mit allen Mitteln versuchte, recht hohe Aufträge zu immer höheren Preisen zu bekommen, um so den durch die Rüstungskonjunktur ohnehin schon hohen Gewinn noch mehr zu steigern.

Im Protokoll einer Direktionsbesprechung vom 6. September 1918 heißt es u. a.: „Ferner sollen wir erhalten Auftrag auf 150 Stck Speisekessel für große Feldküche, im September lieferbar. Wir haben um Verlängerung der Lieferzeit gebeten. Der betreffende Beamte beim Herzogl. Heeresbeschaffungs-Amt wird versuchen, eine *Verlängerung der Lieferzeit* zu erwirken, eine *Erhöhung des Auftrages* und eine *Erhöhung des Preises*.“<sup>42)</sup>

<sup>37)</sup> GD, IV/093.

<sup>38)</sup> Blunck, Richard, a. a. O., S. 89f.

<sup>39)</sup> GD, IV/093.      <sup>40)</sup> Ebenda.

<sup>41)</sup> Ebenda.      <sup>42)</sup> Ebenda.

Ein nur ganz ungefähres Bild der Tendenz der Entwicklung der Kriegsgewinne geben die in den Einkommenssteuererklärungen ausgewiesenen Zahlen des Reingewinns.<sup>43)</sup> Dieser betrug in den Jahren

1913	157 049 Mark
1914	330 685 „
1915	411 825 „

Aber diese Zahlen können nur ausdrücken, daß sich die Höhe des Profits durch die Kriegsproduktion in wenigen Jahren vervielfacht hat. Eine eingehende Berechnung des Profits an Hand konkreter Unterlagen würde zwar auch für 1913, aber in weitaus stärkerem Maße für die Kriegsjahre ganz wesentlich höhere Summen ergeben. So wurden beispielsweise alle zur Munitions- und sonstigen Kriegsmaterialfertigung neuangeschafften Maschinen und Werke vom Profit vor Ermittlung des zu versteuernden Reingewinns abgesetzt und auch die dadurch erforderlichen höheren Abschreibungssätze abgezogen. In der Einkommensteuererklärung vom 30. 4. 1917 lesen wir: „Infolge Einrichtung neuer Fabr.-Zweige namentlich Flugzeuge und Flugzeugmotoren und der damit verbundenen außerordentlich hohen Kosten für deren Ausbildung hat der Betrieb der Fabrik in diesem Jahr mit Verlust abgeschlossen.“<sup>44)</sup>

Eine Erklärung dafür, wie bei den Junkers-Unternehmungen – diese unterschieden sich auch hierin nicht von anderen kapitalistischen Betrieben – die Ermittlung des zu versteuernden Reingewinnes gehandhabt wurde, gibt ein Schreiben der Junkers Flugzeugwerk AG an Prof. Junkers vom 15. 7. 1921, in dem es u. a. heißt: „Wir nehmen hierbei bezug auf eine mit Ihnen wegen der Bilanz am 30. September 1920 gehabte Rücksprache, in der Sie die Ansicht vertraten, darin einen Jahresüberschuß des Geschäftsjahres 1919/20 nicht in Erscheinung treten zu lassen. Nachdem die Anhalt-Dessauische Landesbank keine Einwände gegen eine derartig aufgemachte Bilanz erhebt, und indem wir den von Herrn Professor Schatz vorgebrachten steuerlichen Erwägungen nachgeben, haben wir uns entschlossen auf die Vorräte eine weitere Abschreibung in Höhe von M 250 000.— vorzunehmen. Da eine Berichtigung der Bewertung des Rohmaterials nicht ratsam ist, denn diese Bestände sind bereits niedrig bewertet, und die Bewertung selbst sehr leicht nachgeprüft werden kann, werden wir die Wertberichtigung bei den Halbfabrikaten vornehmen. Es verringert sich somit der Wert der Halbfabrikate (Nr. 15 der Vermögenswerte) auf M 3 676 943.—, der der Vorräte (IV) auf M 11 682 721.—, die Summe der Vermögenswerte auf M 20 413 523,90. Auf der Seite der Verpflichtungen treten anstelle des unter Nr. 12 angeführten Jahresüberschusses ein Jahresverlust in 1919/20 von M 7 272,71, so daß der Überschuß (VIII) nur noch M 2 064 27,33 beträgt, also geringer als der Gewinnvortrag aus dem vorigen Geschäftsjahr

<sup>43)</sup> GD, I/004.

<sup>44)</sup> Ebenda.

1918/19 ist. Dieser Überschuß ist nicht mehr steuerpflichtig, da es sich um einen vorjährigen Gewinn, der bereits versteuert ist, handelt.“<sup>45)</sup>

Wir können auf Grund dieses Schreibens feststellen, daß Junkers selbst die Weisung gab, den Gewinn zu verstecken, um so die Steuerbehörden hinters Licht zu führen, dem Staate die Steuerzahlung vorenthalten zu können und damit selbst in den Genuß des ungeschmälernten Profits zu kommen. Dieser Profit stammte bei der Junkers Flugzeugwerk AG aus der Herstellung von Kriegsflugzeugen.

Im September 1915 wurde bei Junkers & Co. das erste Flugzeug nach eigener Konstruktion gebaut. Diesem Bau waren eingehende Versuche in der 1902 von Junkers gegründeten Versuchsanstalt in Aachen vorangegangen. Der fertiggestellte Apparat war das erste Metallflugzeug mit dickem, freitragendem Flügel. Diese erste Konstruktion, wie auch die zweite, die im Juli 1916 fertiggestellt wurde, waren mit Eisenblech verkleidet, daher zu schwer; für alle späteren wurde nur Duraluminium verwendet. „Inzwischen hatte sich Junkers natürlich mit der Militärbehörde in Verbindung gesetzt. Der war jede neue Fabrik, die sich dem Flugzeugbau widmen wollte, höchlichst willkommen, denn die Flugzeugverluste an der Front und auch im Hinterland (beim Schulbetrieb usw.) waren hoch.“<sup>46)</sup>

Damals war Junkers einer von vielen. Dem „Kriegsverband der Deutschen Flugzeugindustrie“ gehörten 49 Flugzeugwerke an.<sup>47) 48)</sup> Darunter befanden sich 38 Unternehmen, die speziell zum Zwecke des Flugzeugbaues gegründet wurden, daneben aber auch elf Firmen, die sich dem Flugzeugbau während des Krieges zur Kapazitätsausnutzung zugewendet hatten, wie jeder anderen Kriegsproduktion, so z. B. AEG, Siemens-Schuckert, Linke-Hofmann AG und Gothaer Waggonfabrik AG.

Die ersten Flugzeugtypen wollte die Heeresverwaltung dem Junkers-Werk nicht abnehmen, weil sie verspannungslose Eindecker waren und obendrein wegen ihrer Eisenblechverkleidung eine zu geringe Steigfähigkeit hatten. Später aber bekam Junkers & Co. einen Serienauftrag für ein Infanterie-Panzerflugzeug, von dem in Dessau selbst 227 Stück hergestellt wurden.<sup>49)</sup> Insgesamt betrug die Kriegslieferung von Junkers & Co. und der Junkers-

<sup>45)</sup> Stadtarchiv Dessau, Bilanzen und Revisionsberichte, Junkers Fokkerwerke A. G. und Junkers-Flugzeugwerk AG (Ifa) 1917/18 bis 1921/22.

<sup>46)</sup> Pollog, Carl Hanns, Junkers — ein Held deutscher Arbeit. Dresden 1933, S. 76.

<sup>47/48)</sup> Deutsches Zentralarchiv Potsdam, Kriegsverband der Deutschen Flugzeugindustrie (weiterhin geführt als DZA Potsdam). Nach anderen Quellen soll es 60 Flugzeugfabriken und 14 Flugmotorenfabriken gegeben haben. (Unsere Luftstreitkräfte 1914 bis 1918. Herausgeber Walter von Eberhardt. Berlin 1930, S. 461).

<sup>49)</sup> Blunck, Richard, a. a. O., S. 102.

Fokker-Werk AG<sup>50)</sup> 315 Stück. Das ist, gemessen an einer Gesamtzahl von 47000 Flugzeugen, die während des Krieges an die Heeresverwaltung geliefert wurden<sup>51)</sup>, eine sehr geringe Zahl, die aber immerhin auch ihren Gewinn brachte.

Ganz anders stellt später der monopolhörige Junkers-Biograph Blunck das dar: „Die Gewinne, die Junkers dieser Typ (gemeint ist das Infanterie-Panzerflugzeug – H. R.), der ihn technisch von seinem Wege abführte, brachte, war eine der Hauptgrundlagen für die weitere Forschung. Man hat später oft behauptet, Junkers hätte riesige Kriegsgewinne gemacht. Dazu ist nur zu sagen, daß von ‚riesigen‘ Kriegsgewinnen, wie bei anderen Rüstungsfirmen keineswegs die Rede sein kann und – was wichtiger ist – daß Junkers diese Gewinne restlos in neue Forschungsarbeit umsetzte.“<sup>52)</sup>

Selbstverständlich waren die Gewinne von Junkers nicht mit denen eines Krupp, Otto Wolff oder Stinnes zu vergleichen; letztlich, weil seine Unternehmen viel kleiner waren als die der Genannten.

An anderer Stelle sagt der gleiche Blunck: „Geld als solches bedeutete für ihn (Junkers – H. R.) nie etwas, und so hatte er auch im Kriege nichts aufgehäuft, sondern alle Erträge sofort wieder in Forschungsarbeit umgesetzt.“<sup>53)</sup>

Kapitalisten häufen aber nicht Geld als Geld oder auch zu wissenschaftlichen Forschungszwecken auf. Der Profit erscheint dem Kapitalisten als der sich ergebende Zins des von ihm angelegten Kapitals, und es kommt ihm darauf an, dieses Ergebnis im nächsten Jahre dadurch zu erhöhen, daß er einen möglichst großen Teil des Profites sobald als möglich zu Kapital werden läßt, ihn in konstantes und variables Kapital verwandelt.

So auch Junkers. Die Junkers-Fokker-Werk AG war am 20. 10. 1917 mit einem Aktienkapital von 2600000 Mark gegründet worden. Anderthalb Jahre danach schied Fokker aus, Junkers übernahm alle Aktien und nahm am 24. 4. 1919 eine Kapitalerhöhung auf 3500000 Mark vor.

Blunck will uns weismachen, daß die Junkers-Werke Forschungsunternehmen waren, „daß das Wesen aller Junkers-Unternehmungen trotz der Einführung des Serienbaues erhalten geblieben war, nämlich ihr Charakter als Forschungsunternehmen. Die Forschungsaufgaben dominierten. Soweit Massenfertigung erforderlich war, hatte sie bei Junkers nur die Rolle eines notwendigen Teiles der Forschung zu spielen, wurde aber nicht Selbstzweck, dem sich die For-

<sup>50)</sup> Am 20. Oktober 1917 gegründet, Aktienkapital 2,6 Millionen Mark. Aktionäre: Prof. Hugo Junkers und Direktor Anthony Fokker. Anfang 1919 schied Fokker aus. Daraufhin wurde die Firma in Junkers Flugzeugwerk AG geändert.

<sup>51)</sup> *Supf, Peter*, Das Buch der deutschen Fluggeschichte. Berlin 1935, Bd. II, S. 450.

<sup>52)</sup> *Blunck, Richard*, a. a. O., S. 102f.

<sup>53)</sup> Ebenda, S. 109.

schung unterzuordnen hatte. Daß dieser Charakter der Junkers-Werke auch unter den Bedingungen des Weltkrieges erhalten werden konnte, war die wesentlichste Ursache dafür, daß diese Werke sich nach dem scheinbar hoffnungslosen Zusammenbruch schnell erholen konnten . . .“<sup>54)</sup>

Ganz das Gegenteil ist der Fall, und in einem Anfall von Vergeblichkeit sagt Blunck selbst, daß „Junkers sich mehr und mehr von der Arbeit in der Ifa (Junkers-Flugzeugwerke AG, H. R.) zurückzog“<sup>55)</sup>

Die Serienproduktion im Flugzeugbau kann also nicht „notwendiger Teil der Forschung“ gewesen sein. Bei Junkers & Co. aber wurden während des ersten Weltkrieges in Serienfertigung nur Feldküchen, Geschosse, Zünder und andere Kriegsprodukte hergestellt, die in keiner direkten Beziehung zur Forschungsarbeit stehen konnten.

Es steht fest, daß die erzielten Gewinne Junkers dazu dienten, Kapital zu akkumulieren und so den Grundstein für den Aufbau seines Monopols zu legen.

In einer Denkschrift der Dessauer Hauptverwaltung vom 1. Mai 1926 wurde u. a. festgestellt, „. . . daß die Werke lediglich aus dem Gewinn allmählich aus kleinen Anfängen zu einer Produktionsfähigkeit von rund 50 Millionen Mark jährlich herangewachsen waren . . .“<sup>56)</sup> Das war besonders der Produktion von Kriegsmaterial und darunter dem Bau von Kriegsflugzeugen zu danken. Wie stark die Akkumulation von Kapital war, deuten folgende Angaben an: „Die Zahl der Mitarbeiter in allen Werken war von 500 bei Kriegsbeginn auf 2000 bei Kriegsende angewachsen, wovon allein Ifa eine Belegschaft von 952 aufwies. Das bebaute Gelände des Flugzeugwerkes betrug im Jahre 1915 13 Ar, im Jahre 1918 dagegen 109 Ar, das des gesamten Unternehmens 1915 101 Ar, 1918 dagegen 199 Ar.“<sup>59)</sup>

Im Protokoll der Betriebsbesprechung vom 22./23. August 1917 lesen wir: „Für die Bohrarbeiten wurden Bohrmaschinen benutzt, die als Beutemaschinen von der Flugzeugmeisterei gestellt wurden.“<sup>60)</sup>

Durch den Krieg war Junkers eine verstärkte Ausbeutung durch Erhöhung der Arbeitszeit und Arbeitshetze möglich. Der so erzielte Profit wurde durch die aus den okkupierten Gebieten geraubten Maschinen ergänzt. Das neu gebaute Flugzeugwerk war ein Teil des vergegenständlichten Kriegsgewinnes, der es Junkers in der Zeit nach dem ersten Weltkriege ermöglichte, in die Reihen der Monopolherren aufzusteigen.

<sup>54)</sup> Ebenda, S. 108.

<sup>55)</sup> Ebenda, S. 105.

<sup>56)</sup> Denkschrift zur Klärung der Lage zwischen den Junkers-Werken und dem Reich. Vertraulich als Manuskript gedruckt. Dessau, den 1. Mai 1926.

<sup>59)</sup> *Blunck, Richard*, a. a. O., S. 108.

<sup>60)</sup> GD, IV/093.

### 3. Der Professor

Dieser kleine bzw. später mittlere Kapitalist war gleichzeitig Professor. Diese Doppelrolle als Angehöriger der kapitalistischen Klasse und als Zugehöriger zur beamteten Intelligenz des junkerlich-bourgeoisien Staates ist einer der Gründe für die vorliegende Untersuchung. Hier wird am Beispiel ein und derselben Person, nämlich Hugo Junkers, ganz besonders kraß deutlich, wie im Imperialismus die wissenschaftliche Forschung von Profitinteressen abhängig gemacht wird. Mit dem Bau der ersten Gasbadeöfen und Kalorimeter in seiner eigenen Werkstätte und deren gewinnbringendem Verkauf hatte Junkers seinen persönlichen Vorteil in der kapitalistischen Selbstverwertung seiner Patente erkannt. Von der Zeit an ordnete er die Forschung diesen Interessen unter. Damit mußte er von Anfang an in Widerspruch mit den ihm an der Technischen Hochschule Aachen gestellten Aufgaben geraten, die Studenten auf dem Gebiet des Maschinenbaus zu Ingenieuren auszubilden. Hierauf beruhte Junkers' Außenseiterstellung an der Hochschule. Sie konnte nicht verstärkt, sondern lediglich noch grell beleuchtet werden durch den Haß seiner Professoren-Kollegen, die in ihrem Standesdünkel als preußische Professoren auf jenen herabsahen, der in ihren Augen nur ein „Blechfabrikant“ war. Es mag dabei in späteren Jahren auch mit eine Rolle gespielt haben, daß einige Junkers das Einkommen als Kapitalist neideten, zumal sie die enge Verbindung zwischen seinen Forschungsarbeiten und den von ihm betriebenen Fabriken zum mindesten ahnen konnten.

Am 19. September 1897 – er war 38 Jahre alt – erhielt Junkers die Berufung als Professor und Vorsteher des neugegründeten Maschinenbau-Laboratoriums an die Technische Hochschule Aachen. Der Vorsteher der Abteilung III dieser Hochschule hatte am 19. Juni 1897 dem Ministerium drei Vorschläge zur Besetzung dieser Stelle zugeleitet. Die Begründung für den ersten dieser Vorschläge lautet:

„Der an erster Stelle genannte Civilingenieur Hugo Junkers ist am 3. Februar 1859 in Rheydt als Sohn des Fabrikanten Heinrich Junkers geboren und besuchte von Herbst 1864 bis Ostern 1875 das dortige Realgymnasium und hierauf die höhere Gewerbeschule in Barmen, welche er nach Ablegung der Abiturienten-Prüfung von Ostern 1878 verließ.

Von Ostern bis October 1878 arbeitete Junkers in der Werkzeug-Maschinenfabrik von Karl Klingelhöffer in Rheydt praktisch und studierte hierauf Maschinen-Ingenieurwesen vom 1. October 1878 bis dahin 1879 an der technischen Hochschule in Berlin, vom 1. October 1879 bis dahin 1880 an der technischen Hochschule in Karlsruhe, vom 1. October 1880 bis Ostern 1881 wieder in Berlin und vom 1. October 1881 bis Ostern 1883 an der technischen Hochschule in Aachen, worauf er Ostern 1883 vor dem Technischen Prüfungs-Amt in Aachen die Bauführer-Prüfung ablegte.

Während der großen Ferien und von Ostern 1881 bis October 1881 war Junkers in verschiedenen Maschinenfabriken teils praktisch, teils im Constructions-bureau tätig.

Am 1. Januar 1884 kehrte Junkers nach  $\frac{3}{4}$ jähriger praktischer Tätigkeit in Rheydt nach Aachen zurück, um bis Juni 1885 in den Maschinenfabriken von Mehler und Uhle zu arbeiten und an hiesiger Hochschule an den Vorlesungen über Elektrotechnik teilzunehmen.

Nach Erlernung des Locomotiv-Fahrdienstes von Juni bis September 1885 übernahm er die Leitung und Ausführung einiger größerer Um- und Neubauten in der Fabrik seines Vaters und siedelte Juni 1887 nach Berlin über in der Absicht, die Baumeister-Prüfung abzulegen, zu welchem Zwecke er noch einige Vorbedingungen teils technischen, teils allgemein wissenschaftlichen Inhalts an der technischen Hochschule daselbst hörte.

Im November 1888 jedoch übernahm Junkers infolge einer Aufforderung des Generaldirektors der D. C. Gasgesellschaft von Oechelhäuser in Dessau die constructive Durchbildung von Gasmaschinen mit einem diesem Herrn patentierten Verbrennungs-Verfahren, welche Tätigkeit im November 1889 zur Gründung einer Versuchsstation für Gasmotoren von Oechelhäuser und Junkers führte; dieselbe hat sich die Aufgabe gestellt, die Gasmotoren weiter zu vervollkommen und Gasmaschinen für eine Leistung von mehreren hundert Pferdestärken zu bauen.

Es sind zur Zeit gebaut worden ein hundertpferdiger Gasmotor zu Versuchszwecken, eine in Hoerde aufgestellte mit Hochofengasen betriebene zweihundertpferdige Gasmaschine und im Bau begriffen eine ebensolche sechshundertpferdige Maschine.

Besonders erwähnenswert ist noch das von Junkers construierte Calorimeter zur Bestimmung des Heizwertes gasförmiger Brennstoffe, welches in Fachkreisen allseitige Anerkennung gefunden hat.

Die Berufung des Herrn Hugo Junkers zum Vorsteher des maschinentechnischen Laboratoriums muß die Abteilung III als in hohem Grade wünschenswert bezeichnen, da dieselbe nach allen ihr über Herrn Junkers zugegangenen Mitteilungen die Überzeugung hat, daß derselbe in hervorragender Weise geeignet erscheint, den Laboratoriums-Unterricht in fruchtbringender Weise zu leiten.“<sup>61)</sup>

Zur Annahme der Professur mögen Junkers verschiedene Gründe veranlaßt haben. Sicher erblickte er hierin sofort die Möglichkeit, seine Forschungen im Hinblick auf den Ausbau und die Erweiterung des Produktionsprogramms seiner Werkstatt auf eine solide Grundlage stellen zu können. Dazu mag er auch, wie Blunck annimmt, darauf gesehen haben, die kleinstädtischen Bedenken seines künftigen Schwiegervaters zu zerstreuen. „Das offizielle Dessau, wie es durch die höfischen und Beamtenkreise hauptsächlich repräsentiert

<sup>61)</sup> Deutsches Zentralarchiv Merseburg, Rep. 76 V b, Sekt. 6, Tit. 3, vol. II, Bl. 150—152 (weiterhin geführt als DZA Merseburg).

wurde, hielt Junkers für eine unsichere Existenz, dem etwas vom Abenteurer und Bohemien anhaftete. Er konnte deswegen keinesfalls mit einem sofortigen freudigen Ja rechnen, als er um die Tochter Therese eines Professors am Dessauer Gymnasium, namens Bennhold, anhielt. Er hatte das um 17 Jahre jüngere Mädchen beim Tennisspielen kennengelernt. Der Vater hatte Bedenken, ob die Zukunft seiner Tochter auch genügend gesichert sein würde.<sup>62)</sup>

Offensichtlich teilte sogar dieser Gymnasialprofessor die dünkelfhaften Anschauungen der späteren Kollegen von Hugo Junkers an der Technischen Hochschule. Das Maschinenbau-Laboratorium der Hochschule, für dessen Einrichtung Junkers gleich nach Amtsantritt auf einer Reise zu den bedeutendsten Technischen Hochschulen Deutschlands Informationen sammelte, reichte Junkers jedoch auf die Dauer für seine kapitalistischen Forschungsinteressen nicht aus.

Er gründete am 11. Dezember 1902 in Aachen eine eigene Versuchsanstalt und richtete später außerdem noch eine Versuchswerkstatt für die Motorenentwicklung ein. Sowohl die Anzahl als auch die Qualifikation der dort Beschäftigten lassen erkennen, daß es sich hier keineswegs nur um ein kleines Privatlabor handelte, sondern daß diese Einrichtung in ihrer Größe bald an die bedeutenden staatlichen Forschungsinstitute heranreichte oder sie sogar übertraf.

Bis zum Beginn des ersten Weltkrieges, besonders in den letzten drei Jahren, wird an der Zahl der beschäftigten Ingenieure und Techniker deutlich, welch

Beschäftigtenzahl der „Prof. Junkers Versuchsanstalt, Aachen“ von 1904—1919<sup>63)</sup>

	Ingenieure u. Techniker	Meister, Arbeiter, Werkstattlehl.	Verwaltungs- personal und Bürolehrlinge	Gesamtzahl
1904	2	2		4
1905	1	2		3
1906	2	2		4
1907	2	2	1	5
1908	4	4	1	9
1909	4	6	2	12
1910	6	9	2	17
1911	11	15	2	28
1912	23	19	4	46
1913	32	21	8	61
1914	19	21	8	48
1915	10	17	6	33
1916	7	14	7	28
1917	5	17	6	28
1918	5	21	6	32
1919	4	20	5	29

<sup>62)</sup> *Blunck Richard*, a. a. O., S. 50f.

<sup>63)</sup> GD, IX/014.

umfangreiche Forschungen in dieser Versuchsanstalt, die zunächst den Charakter eines privaten Forschungsinstituts hatte, betrieben wurden. In ihr waren 1904 nur zwei Ingenieure bzw. Techniker und zwei Werkstatt-Lehrlinge tätig. Im Laufe der Zeit wurden mehr Ingenieure und Techniker angestellt; hinzu kamen Meister, Arbeiter, weitere Lehrlinge und schließlich auch Verwaltungspersonal. Im Jahre 1913 wurden insgesamt 61 Beschäftigte, darunter 32 Ingenieure und Techniker gezählt. Ab 1910 etwa kann keine Rede davon sein, daß hier ein Professor einige Assistenten mit privaten Forschungsarbeiten beschäftigte, die er selbst für andere gegen Honorare leistete.<sup>63a)</sup> Erstens ist dafür die Belegschaft zu groß geworden. Zweitens aber, was viel wichtiger ist, geht aus der Anwendung der Forschungsergebnisse in den Junkers-Werken hervor, daß die Versuchsanstalt in den Jahren vor dem ersten Weltkrieg den eindeutigen Charakter einer Forschungsabteilung dieser Werke annahm.

Besonders hier, aber auch in seinen Werkstätten, beutete Junkers als Kapitalist nicht nur Arbeiter, sondern auch Angehörige der technischen Intelligenz aus. Die dabei unter seiner Leitung erzielten Forschungsergebnisse wurden von ihm als Kapitalist für seine Profitinteressen mißbraucht.

Im wesentlichen wurden die ganze Zeit über Versuche für den Bau von Großölmotoren angestellt und Konstruktionen von Großölmotoren für Lokomotiven und Schiffe (für Linienschiffe, U-Boote, Torpedo- und Kanonenboote) angefertigt.<sup>63b)</sup> Im Jahre 1910 wurde von Junkers die Junkers Motorenbau GmbH (Jumo) gegründet. Dieses Unternehmen, dessen Alleininhaber Junkers war, übernahm die industrielle Auswertung aller Ergebnisse der Ölmotorenforschung der Versuchsanstalt. Ab 1908 wurden auch Versuchs- und Konstruktionsarbeiten durchgeführt, die Flugzeuge, Propeller, Flugzeugmotoren sowie Vorrichtungen für den Flugzeugbau betrafen. Auch die hieraus resultierenden Ergebnisse wurden später in den Junkers-Werken für die industrielle Herstellung der Produkte benutzt. Wir erkennen auch hier wie früher beim Gasmotor und Kalorimeter das Prinzip von Junkers, abgeschlossene Forschungs- und Entwicklungsarbeiten in eigenen Betrieben industriell auszu-beuten. Im Anfang, z. B. bei seinen Entwicklungsarbeiten am Gasmotor, die 1892 zur Einrichtung seiner eigenen Werkstatt führten, hat noch der Selbstständigkeitsdrang des erfolgreichen Erfinders die entscheidende Rolle für die Verwertung der eigenen Erfindung in eigener Produktion gespielt. Im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts aber diktierten bei Junkers bereits in zunehmendem Maße die Überlegungen des erfolgreichen Kapitalisten die Verwertung der Forschungsergebnisse und die Richtung der Forschung des Wissenschaftlers. Wie sehr in diesem Rahmen die Versuchsanstalt immer mehr zur Forschungsabteilung seiner Unternehmungen wurde, kam auch darin zum Ausdruck, daß

<sup>63a)</sup> Für die Jahre 1917 bis 1918 heißt es in einer Darstellung der geschichtlichen Entwicklung der Versuchsanstalt: „Versuche wurden keine angestellt, die Werkstatt leistet ausschließlich Kriegsarbeit für Dessau.“ (GD, IX/014).

<sup>63b)</sup> Ebenda.

die Mittel für Aufbau und Unterhalt der Versuchsanstalt durch die Firma Junkers & Co. bestritten wurden. Vermutlich haben später auch die anderen Junkers-Unternehmungen Zuschüsse gezahlt (Unterlagen dafür sind wegen fast völligen Fehlens der Aktenbestände nicht zu finden).

Zahlungen von Junkers & Co. an die Versuchsanstalt Aachen 1906—1909<sup>63c)</sup>

1906	66 699 M
1907	82 733 „
1908	89 796 „
1909	103 760 „

Im Jahre 1913 wurden von Junkers & Co. etwa 240000 Mark an die Versuchsanstalt gezahlt.<sup>64)</sup> Bis 1919 wurden die gezahlten Beträge als Kosten bei der Ermittlung des zu versteuernden Reingewinns für die Einkommensteuererklärung von Junkers & Co. abgesetzt. Junkers erklärte auf der einen Seite, die Fabrik Junkers & Co. hat „die hohe Bedeutung für mich, daß sie mir für meine seit vielen Jahren im Gange befindlichen umfangreichen technisch-wissenschaftlichen Arbeiten die finanzielle Unterlage verschafft, ohne welche diese den wichtigen maschinentechnischen Problemen der Gegenwart gewidmeten Arbeiten nicht durchgeführt werden können“.<sup>65)</sup> Auf der anderen und wichtigeren Seite aber erklärte Junkers mit aller Deutlichkeit, daß die Forschungen der Versuchsanstalt in allerengstem Zusammenhang mit den Produktionsinteressen der Firma Junkers & Co. betrieben wurden: „Gerade in dem Fabrikationszweige, welchem sich mein Betrieb widmet, muß die technische Leitung besonders auf dem Posten sein, alle Fortschritte der Wissenschaft und Technik verfolgen und sie der Fabrikation dienstbar machen. Ein Unternehmen, das dies vernachlässigen würde, würde schnell von den Konkurrenzfirmen überrannt werden, die auch ihrerseits alles aufbieten, um das dem Stande der Wissenschaft und Technik entsprechende Neueste und Beste produzieren zu können.“<sup>66)</sup>

Im Anfang speiste Junkers den Fonds seiner Versuchsanstalt auch aus anderen Quellen. Im Jahre 1904 wurden Junkers vom Staat 20000 Mark und aus dem Jubiläumsfonds der Deutschen Industrie 10000 Mark im Zusammenhang mit einem Sonderauftrag in der Ölmotorenforschung für die Kriegs- und Handelsmarine gezahlt.<sup>67)</sup>

Wie wir sahen, wurde Junkers im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts Besitzer eines beinahe schon mittleren Industriebetriebes und hatte schon viele seiner Patente in der eigenen Firma in klingende Münze umgewandelt. Der Kapitalist Junkers trieb den Forscher Junkers an, weiter auf den vom Kapi-

<sup>63c)</sup> GD, I/004.

<sup>64)</sup> *Blunck, Richard*, a. a. O., S. 89.

<sup>65)</sup> DZA Merseburg, a. a. O., vol. V, Bl. 51.

<sup>66)</sup> GD, I/004.

<sup>67)</sup> DZA Merseburg, a. a. O., vol. IV, Bl. 145 + 233 und vol. V, Bl. 21—22.

talisten für profitbringend erkannten Forschungsgebieten zu arbeiten. Auf diese Weise schrieb der Kapitalist Junkers dem Forscher Junkers seine Arbeiten vor. Mochte die Schaffung eines wirtschaftlichen Ölmotors für den Wissenschaftler Junkers ein interessantes Problem sein. Für den Kapitalisten Junkers war es entscheidend, die Lösung dieses Problems profitbringend zu verwerten. Deshalb wurde von ihm die Motorenbau GmbH gegründet. Deshalb wurde von Junkers später die Ölmotorenforschung in der Versuchsanstalt in engem Zusammenhang mit der Produktion dieser Motorenbau-Gesellschaft durchgeführt. Kein Wunder auch, daß der Wissenschaftler Junkers unter der Peitsche des Kapitalisten Junkers mehr und mehr seine Vorlesungen zugunsten der Forschung einschränken mußte und als lästig empfand. Er zog in Erwägung, seinen Rücktritt vom Lehramt einzureichen, um sich ganz der Forschung zu widmen<sup>68)</sup> – der Forschung im Dienste des Kapitalisten. Denn keineswegs können wir unter Berücksichtigung der angeführten Tatsachen sagen, daß etwa wissenschaftliche Motive Junkers dazu bewegt hätten, den Lehrberuf aufgeben zu wollen. Ganz im Gegenteil verlangte der Kapitalist Junkers zunächst, daß der Wissenschaftler an der Hochschule verblieb, da Junkers ja in Aachen nicht nur seine eigene private Versuchsanstalt, sondern in echt kapitalistischer Weise auch das Maschinenbau-Laboratorium der Technischen Hochschule seinen Profitinteressen nutzbar machte und diese Möglichkeit keineswegs aufgeben wollte. Er selbst schrieb hierzu am 16. November 1906: „Wenn ich die Absicht auch ausgesprochen habe, meine Lehrtätigkeit aufzugeben, so geschah es von vornherein und nie anders, als unter der ausdrücklichen Voraussetzung, daß mir die Möglichkeit der Fortsetzung der wissenschaftlichen Arbeit verbleibe. Ist dies nur durch Beibehaltung meiner Lehrtätigkeit möglich, so fällt mit der Erfüllung der Vorbedingung auch die Absicht der Niederlegung derselben.“<sup>69)</sup>

Bei einem Ausscheiden aus der Hochschule wäre Junkers immer von dem guten Willen des jeweiligen Laboratoriums-Vorstehers abhängig gewesen, denn dieser hatte es in der Hand, ihm die Mitbenutzung des Laboratoriums zu erlauben oder zu verweigern.

Die Hochschule hatte Junkers den Vorschlag gemacht, um seine Pensionierung einzukommen und ihm für diesen Fall die Ernennung zum Honorarprofessor angeboten, um ihm „zur Durchführung seiner wissenschaftlichen Arbeit die Möglichkeit der Benutzung von Hochschuleinrichtungen offen zu halten.“<sup>70)</sup> „Trotz der hohen Auszeichnung, welche in der Ernennung zum Honorarprofessor liegt“, lehnte Junkers ab.<sup>71)</sup> Junkers war mißtrauisch. Sowie er außerhalb des Lehrkörpers stand, hatte er selbst als Honorar-Professor nicht die Möglichkeiten, die er als Vorsteher des Laboratoriums im Sinne der für

<sup>68)</sup> DZA Merseburg, a. a. O., vol. IV, Bl. 132.

<sup>69)</sup> Ebenda.

<sup>70)</sup> Ebenda, Bl. 133.

<sup>71)</sup> DZA Merseburg, a. a. O., vol. IV, Bl. 133.

seine kapitalistischen Zwecke betriebenen Forschung nutzen konnte. Für das Wintersemester 1906/07 ließ sich Junkers aus gesundheitlichen Gründen beurlauben.<sup>72)</sup>

Beinahe hätte er das Urlaubsgesuch wieder zurückgezogen, da sein Vorschlag, seinen bisherigen erfahrenen ersten Assistenten mit seiner Vertretung zu betrauen, nicht angenommen wurde. Dagegen hatte das Kollegium der Abteilung III den erst vor wenigen Monaten aus Milwaukee eingetroffenen und frisch bestellten Prof. Langer mit der Wahrnehmung seines Lehrgebietes beauftragt. Junkers antwortete darauf mit einem echt kapitalistischen Zug. Er veranlaßte einen seiner besten Assistenten, seine Stellung im Maschinenbau-Laboratorium der Technischen Hochschule zu kündigen und stellte ihn in seiner privaten Versuchsanstalt an, die – wir wir sahen – praktisch die Forschungsabteilung seiner Werke war. Als Gegenmaßnahme sperrte ihm Langer auf Anraten des Rektors den Zutritt zum Maschinenbau-Laboratorium der Hochschule, dessen Vorsitz er für die Dauer des Urlaubs von Junkers übernommen hatte.<sup>73)</sup>

Junkers hatte weder als Lehrer an der Hochschule versagt, noch hatte die Hochschule in den früheren Jahren seine Forschungsarbeit nicht anerkannt. Beides kommt in der am 5. August 1905 erfolgten Verleihung des Roten Adler-Ordens vierter Klasse an Junkers zum Ausdruck.<sup>74)</sup> Der äußere Anlaß zu dieser Dekoration war die „Erweiterung und Neuausstattung des Maschinen-Laboratoriums der Technischen Hochschule.“<sup>75)</sup> Die Antragsbegründung hierfür lautet: „Prof. Junkers hat sich durch seine Arbeiten, namentlich auf dem Gebiete der Gaskraftmaschine, einen geachteten Namen erworben. Er ist ein äußerst anregender Lehrer. Nach seinen Plänen ist soeben das Maschinen-Laboratorium der Hochschule einer erheblichen Erweiterung, insbesondere auf dem Gebiete des Dampfmaschinenbaues und der Gaskraftmaschinen, unterzogen und mit den neuesten Einrichtungen für den Unterricht ausgestattet worden.“<sup>76)</sup> Deutlich geht aus dieser Begründung hervor, wie die Forschungsarbeit von Junkers Rückwirkungen in bezug auf die Verbesserung seiner Lehrtätigkeit hatte. Seine Vorlesungen waren, wie wir aus den Zusammenhängen erkennen können, nicht deshalb interessant und anregend, weil er sich für ihre Ausarbeitung besondere Mühe gegeben hätte, sondern weil er als Forscher stets mit einer Fülle von Problemen schwanger ging, weil er ständig neue Erkenntnisse, die er selbst gerade im Laboratorium gewonnen hatte, vermitteln konnte. Im Grunde aber war dieser Vorteil für den Lehrbetrieb nur eine Begleiterscheinung der für Junkers bei der Erweiterung des Maschinenbau-Laboratoriums maßgebenden Erfordernisse seiner eigenen Forschungsarbeit und des ihr zugrunde liegenden Profitinteresses. Das Vorgehen seiner Vorgesetzten und Kollegen richtete sich nicht gegen den Professor Junkers, der seine Studenten an den Ergebnissen seiner eigenen Arbeit lernen und wachsen ließ. Es richtete sich

<sup>72)</sup> Ebenda, Bl. 98.      <sup>73)</sup> Ebenda, Bl. 134.

<sup>74)</sup> Ebenda, vol. III, Bl. 137.

<sup>75)</sup> Ebenda, Bl. 136.      <sup>76)</sup> Ebenda.

auch nicht gegen den Forscher, obwohl man ihn als solchen in der Hochschule erst Jahre später wirklich schätzen lernte. Gegen seine Forschungen hätte man kaum etwas zu sagen gewagt, wußte man doch, daß diese im Staatsauftrag durchgeführt wurden. Und die Masse der Professoren hütete sich davor, als Staatsbeamte mit dem Staat irgendwie in Konflikte zu kommen. Aber gerade in diesem Punkte, in seinem Verhältnis als Staatsbeamter zum Staat, war Junkers in den Augen seiner Kollegen ein schwarzes Schaf: er war Fabrikant. Der Rektor schrieb an den Minister u. a.:

„Herrn Junkers Kräfte werden durch folgende Verpflichtungen in Anspruch genommen:

1. Professur in Aachen.
2. Durchführung besonderer mit Mitteln der Regierung und der Industrie begonnener wissenschaftlicher Arbeiten in Aachen.
3. Leitung einer eigenen Fabrik in Dessau, für welche augenblicklich ein vollständiger Neubau ausgeführt wird.
4. Nachlaßregelung und Leitung der Fabrik der Erben seines verstorbenen Bruders in Rheydt.“<sup>77)</sup>

Im Ministerium griff der Geheime Oberregierungsrat Dr. Neumann besonders die Punkte 3 und 4 auf und schrieb u. a. am 18. 2. 1907 an den Regierungs-Präsidenten in Aachen: „Ew. Hochwohlgeboren ist bekannt, daß schon seit längerer Zeit darüber Klage geführt wird, daß Prof. Junkers seinen Verpflichtungen in bezug auf den Unterricht sehr magelhaft nachkommt, vielmehr seine Zeit im wesentlichen Versuchen widmet, welche zu der von ihm in Dessau geplanten Fabrik in Beziehung stehen . . . Ew. Hochwohlgeboren ersuche ich ergebendst, sich über die Verhältnisse eingehend und in unauffälliger Weise zu informieren, und darüber zu berichten, insbesondere auch dazu sich zu äußern, ob und evtl. in welcher Weise ein Einschreiten gegen Professor Junkers gerechtfertigt erscheint.“<sup>78)</sup>

Der Regierungs-Präsident brachte aber über die Fabrik in Dessau nichts in Erfahrung, über die in Rheydt nur, daß sie eingegangen wäre und kam in seinem Antwortschreiben an den Minister vom 25. März 1907 zu dem Schluß: „Ich muß dabei bleiben, daß der jetzige Zustand unhaltbar ist und Junkers entweder seine Professur oder die Fabrik aufgeben muß.“<sup>79)</sup>

Junkers schrieb am 2. April 1907 dem Minister, daß er sich seinen „beruflichen Pflichten wieder voll und ganz gewachsen fühle“ und seinen Dienst wieder angetreten habe.<sup>80)</sup>

Der Rektor teilte dem Regierungs-Präsidenten in dessen Eigenschaft als königlichem Kommissar bei der Technischen Hochschule am 17. Mai 1907 mit, daß sich Junkers seit seinem Wiederantritt dem Unterricht im Maschinen-Labo-

<sup>77)</sup> Ebenda, vol. IV, Bl. 131.

<sup>78)</sup> Ebenda, Bl. 146—147.

<sup>79)</sup> Ebenda, Bl. 156.

<sup>80)</sup> Ebenda, Bl. 152.

ratorium mit besonderem Eifer zu widmen scheint. Er schrieb weiter: „Daß es für einen Professor der Ingenieur-Wissenschaften ebenso nötig ist, wie für den Professor der Medizin, Praxis auszuüben, unterliegt wohl keinem Zweifel, ob es mit den Amtspflichten eines Professors vereinbar ist, selbst ein Fabrik- und damit auch Handelsgeschäft zu betreiben, entzieht sich meiner Beurteilung. Meinem Gefühl nach dürfte damit die Grenze des Zulässigen überschritten sein, da dies m. W. den übrigen Staatsbeamten untersagt ist und da sogar die Übernahme des Amtes eines Aufsichtsratsmitgliedes in Aktiengesellschaften in jedem Falle von der Genehmigung des vorgesetzten Ministeriums abhängig ist.“<sup>81)</sup>

Am 23. Juli 1907 teilte der Regierungs-Präsident von Aachen dem Minister mit, wie man Junkers u. U. beikommen könne: „... Die Professoren an den technischen Hochschulen unterliegen als Staatsbeamte im vollen Umfange den Vorschriften des Disziplinalgesetzes vom 21. Juli 1852. Nach dem durch §12, Absatz 2, der Reichsgewerbeordnung aufrecht erhaltenen §19 der preußischen Gewerbeordnung vom 17. Januar 1845 bedürfen alle Staatsbeamten zum Betriebe eines nicht landwirtschaftlichen Gewerbes der Erlaubnis der vorgesetzten Behörde. Diese Erlaubnis hat Professor Junkers bisher nicht nachgesucht. Da nun der Unterricht in der Maschinen-Ingenieur-Abteilung durch die Nebenbeschäftigung des Professors Junkers zweifellos in Mitleidenschaft gezogen wird, so bitte ich Eure Exzellenz, dem Professor Junkers die Fortsetzung des Fabrikbetriebes in Dessau zu untersagen...“<sup>82)</sup>

Auf das Schreiben des Regierungs-Präsidenten vom 23. Juni 1907 kam man vom Ministerium aus erst am 9. Februar 1909 in einem Schreiben an den Regierungs-Präsidenten in Aachen zurück.<sup>83)</sup> Hierin wurde betont, das Ministerium hätte Mitteilung erhalten, Junkers übe seinen Gewerbebetrieb in Dessau immer noch aus, was auch aus einer Anzeige der Firma „Junkers & Co.“ hervorgehe, die seit einiger Zeit in öffentlichen Blättern erschienen wäre. Der Regierungs-Präsident sollte Junkers zu einer Erklärung veranlassen, ob er im Sinne der Reichsgewerbeordnung auf Fortführung des Fabrikbetriebes verzichten, oder aber vom Lehramte zurücktreten wolle. Hugo Junkers, der sich nur von der Absicht leiten ließ, die Einrichtungen der Technischen Hochschule Aachen in jeder Hinsicht für seine kapitalistischen Zwecke auszunutzen, brachte ein Gutachten seines Rechtsanwaltes bei, wonach er bei Umwandlung seiner Firma in eine Kommanditgesellschaft nicht unter die Bestimmungen des angezogenen Paragraphen fallen würde.<sup>84)</sup> Er erklärte, daß er bereits einen Komplementär für eine solche Umwandlung suche. In Wirklichkeit diente Junkers diese Finte lediglich dazu, Zeit zu gewinnen. Auch die Einstellung des Privat-Dozenten Folkerts in seiner Firma, den er vom Maschinenbau-Laboratorium der Technischen Hochschule weggengagierte, mit der Begründung,

<sup>81)</sup> Ebenda, Bl. 163.      <sup>82)</sup> Ebenda, Bl. 161.

<sup>83)</sup> Ebenda, Bl. 187—188.

<sup>84)</sup> Ebenda, Bl. 227—231.

dieser solle ihn bei der Leitung seines Betriebes entlasten, war nur eine Maßnahme, die in seinem kapitalistischen Interesse lag.<sup>85)</sup>

Blunck betont ausdrücklich, daß Junkers sich nie mit jemandem den Besitz der Fabrik teilen wollte, sondern immer Herr in seinem eigenen Werk zu sein beabsichtigte.<sup>86)</sup> Allerdings erwähnt Blunck nicht, daß der Kaufmann Ernst Schlinkmann ab Juli 1909 stiller Gesellschafter der Firma Junkers war.<sup>87)</sup> Diese Tatsache aber führte auch nicht zur Bildung einer Kapitalgesellschaft, sondern lediglich zur Umwandlung in eine OHG, womit allerdings den gesetzlichen Bestimmungen wiederum nicht genüge getan war.<sup>88)</sup>

Damit war es nach Lage der Dinge klar, daß Junkers Verbleiben im Lehramte von allen beteiligten Stellen abgelehnt werden würde. Nach einem Schreiben des Rektors an den Regierungspräsidenten vom 29. 3. 1909 soll sich Junkers mit Landtagsabgeordneten in Verbindung gesetzt haben, die er für seine Absicht, die Dauer der Benutzung des Maschinenbau-Laboratoriums zu verlängern, einzuspannen suchte.<sup>89)</sup> Ergebnisse dieser Bemühungen sind nicht bekannt.

Mit dem Nachfolger des erwähnten Rektors, dessen Zeilen deutlicher Ausdruck starker persönlicher Abneigung gegen Junkers waren, verstand es Junkers anscheinend, in guten Kontakt zu kommen.

Dieser schrieb z. B. über Junkers: „Die Frage, ob durch diese Tätigkeit (die wissenschaftliche Forschungsarbeit – H. R.) des Herrn Junkers die Interessen der Hochschule und seines Lehrstuhls leiden, muß ich für die letzten Jahre verneinen. Ob die Frage für die Jahre um 1906 zu bejahen ist, kann ich aus den Akten auch nicht feststellen. Herr Wallich hat mir über die Zeit 1906 bis 1911 keine Tatsachen angeben können, die eine Vernachlässigung des Unterrichts durch Herrn Junkers beweisen. Wenn Herr Junkers sich zeitweise dem Unterricht nicht mit der erforderlichen Energie und Liebe gewidmet haben sollte, so sind die Ursachen nicht in der Dessauer Fabrik zu suchen. Sie liegen zum Teil in der Persönlichkeit des Herrn Junkers, zum nicht geringen Teil aber auch in den früheren Verhältnissen der Maschinenbauabteilung und den Vorgängen, die sich bei der Neugestaltung der Lehrpläne abgespielt haben . . . Wie auch nun die Verhandlungen ausgehen mögen, so möchte ich schon jetzt bemerken, daß es im Interesse der Hochschule wünschenswert ist, daß die Kraft des Herrn Junkers der Hochschule nicht vollständig verloren geht.

So arbeitet z. B. Herr Professor Reissner seit einigen Jahren mit dem besten Erfolg mit Herrn Junkers zusammen. Er würde es außerordentlich bedauern, wenn die weitere Zusammenarbeit unmöglich würde. Ich hoffe, daß sich gerade für ein künftiges Institut für die Aerodynamik die Möglichkeit schaffen läßt,

<sup>85)</sup> Ebenda, Bl. 16.

<sup>86)</sup> *Blunck, Richard*, a. a. O., S. 103ff.

<sup>87)</sup> DZA Potsdam, Kriegsverband der Flugzeugindustrie e. V., Junkers & Co. Fabrik für Gasbadeöfen.

<sup>88)</sup> DZA Merseburg, a. a. O., vol. V, Bl. 42.

<sup>89)</sup> Ebenda, vol. IV, Bl. 208–209.

daß Herr Junkers zusammen mit Herrn Reissner auch weiter für die Hochschule als Forscher tätig ist.“

Der Regierungspräsident, an den dieses Schreiben gerichtet war, sandte es mit einem Anschreiben an das Ministerium. Hier vermerkte der Justitiar: „Junkers macht sich disziplinarisch strafbar, wenn er fortsetzt.“<sup>90)</sup>

Junkers, der bereits seit November 1910 auf seinen Antrag hin zur Erledigung seiner Forschungsarbeiten beurlaubt war, betonte noch einmal am 5. Oktober 1911, daß die ungehinderte Benutzungsmöglichkeit der Versuchseinrichtungen im Maschinenlaboratorium der einzige Grund war, der ihn bisher hinderte, aus dem Staatsdienst auszutreten.<sup>91)</sup>

Zwei Tage später schrieb Junkers an den Minister: „Eure Exzellenz bitte ich gehorsamst um Entlassung aus dem Staatsdienste.“<sup>92)</sup>

Allem Anschein nach hatte Junkers mit dem neuen Rektor ein Übereinkommen über die Benutzung des Maschinenbau-Laboratoriums für den Fall seines Ausscheidens aus dem Lehramte erzielt. Denn wenn Junkers nicht den Vorteil der weiteren Laboratoriums-Benutzung erzielt hätte – mit welchen Mitteln, entzieht sich unserer Kenntnis –, wäre es unverständlich gewesen, daß er seine Versuchsanstalt bis 1919 in Aachen nunmehr offiziell als Forschungsabteilung seiner Firma betrieb und ausbaute, während seine Werke in Dessau lagen. Auch die Tatsache, daß Junkers aus Anlaß des Ausscheidens aus dem Staatsdienste der Königliche Kronenorden III. Klasse verliehen wurde<sup>93)</sup>, eine Maßnahme, die nicht etwa zu den üblichen Gepflogenheiten zählte, deutet auf die Junkers zuteil gewordene Wertschätzung unter dem neuen Rektorat hin. Die Begründung für diese Dekoration, geschrieben vom Rektor der Hochschule, lautete: „Professor Junkers hat sich durch seine Arbeiten namentlich auf dem Gebiete der Gaskraftmaschinen sowie der Großölmotoren für die Marine-Verwaltung und der Flugzeugmotoren einen geachteten Namen erworben. Er genießt als Lehrer und Forscher in weiten Kreisen großes Ansehen.“<sup>94)</sup>

Die Anträge der Hochschule in bezug auf Prof. Junkers aus Anlaß seines Ausscheidens gingen noch weiter. Der Rektor bat darum, daß Junkers in Anerkennung seiner Leistungen der Charakter eines Geheimen Regierungsrates verliehen werden möge.<sup>95)</sup> Die Abteilungen III und V der TH Aachen beantragten für Junkers Verleihung der Würde und der Befugnisse eines Honorarprofessors. Diese Anträge beschloß der Senat aufs wärmste zu unterstützen.<sup>96)</sup>

Wiederholt wurden von den Abteilungen III und V getrennte Anträge gestellt, Prof. Junkers und Prof. Reissner gemeinsam die Leitung des neu zu gründenden aerodynamischen Instituts zu übertragen<sup>97)</sup>; Prof. Reissner selbst legte den allergrößten Wert darauf.<sup>98)</sup>

<sup>90)</sup> Ebenda, vol. V, Bl. 42.

<sup>91)</sup> Ebenda, Bl. 89.

<sup>92)</sup> Ebenda, Bl. 88.

<sup>93)</sup> Ebenda, Bl. 105–116.

<sup>94)</sup> Ebenda, Bl. 113.

<sup>95)</sup> Ebenda, Bl. 90.

<sup>96)</sup> Ebenda.

<sup>97)</sup> Ebenda, Bl. 91, 92, 144–146.

<sup>98)</sup> Ebenda, Bl. 108.

Diese Anträge, zumal einige von ihnen auch nach dem am 1. 1. 1912 erfolgten Ausscheiden von Junkers aus dem Staatsdienst gestellt waren, zeigen deutlich, welche Anerkennung die Forschungsergebnisse von Prof. Junkers zum damaligen Zeitpunkt gefunden hatten.

Sie zeigen aber noch mehr, sie dokumentieren die Anfänge der Arbeiten von Prof. Junkers auf dem Gebiet des Flugzeugbaues: „Die Abteilung V legt großen Wert darauf, daß Prof. *Junkers* im Falle seines Rücktritts von seinem ordentlichen Lehramt der Hochschule auch weiter für die aerodynamischen Arbeiten, wie er sie bisher im Verein mit dem Mitgliede der Abteilung V Professor *Reissner* geleitet hat, erhalten bleibt.“<sup>99)</sup>

Junkers war kein „reiner Vertreter“ der Wissenschaft, ihm ging es nicht allein um die wissenschaftliche, sondern vor allem auch um die konstruktive und damit profitable Lösung. Er selbst hatte den Großölmotor, wie später auch die Flugzeuge, fabrikreif gemacht, und das tat er nicht etwa, um diese Konstruktionen an die Industrie zu verkaufen, auch nicht im Dienste eines Monopols oder irgendeines industriellen Unternehmens, sondern um sie als kapitalistischer Privateigentümer in eigenen Produktionsstätten profitbringend zu verwenden. Als sich aber die Funktion eines Hochschulprofessors nicht mehr mit der eines Kapitalisten vereinen ließ, da mußte natürlich der Wissenschaftler als Hochschulprofessor dem Kapitalisten weichen.

<sup>99)</sup> Ebenda, Bl. 91.

## II. MONOPOLIST UND WISSENSCHAFTLER

### 1. Der Monopolist

#### a) Aufbau und Ausdehnung des Konzerns

Während des ersten Weltkrieges entwickelte sich Junkers aus einem mittleren kapitalistischen Unternehmer zu einem Großindustriellen. Im Jahre 1914 waren in seinen Betrieben 500, gegen Ende des Krieges 2000 Beschäftigte.<sup>100)</sup> Die Beschäftigtenzahl kann in diesem Fall als Maßstab der Herausbildung eines industriellen Großbetriebes dienen. Aus ihr wird aber noch nicht ersichtlich – was in diesem Abschnitt bewiesen werden soll –, daß es sich bei den Junkers-Werken um einen Konzern handelte.

Ein Konzern ist eine Form der kapitalistischen Monopole, ein auf Kapitalbeziehungen beruhender Zusammenschluß mehrerer kapitalistischer Unternehmen, die rechtlich selbständig bleiben, aber unter einheitlicher Leitung stehen, darauf gerichtet, den Markt für bestimmte Produkte oder Leistungen in einem bestimmten Gebiet zu beherrschen und auf Grund dessen Höchstprofite zu erzielen.

Im Jahre 1920 bestanden die Junkers-Werke aus den Firmen:

- „Forschungsanstalt Prof. Junkers, Dessau
- Versuchsanstalt Prof. Junkers, Aachen
- Junkers & Co., Dessau
- Junkers Flugzeugwerk AG., Dessau
- Junkers Motorenbau GmbH., Dessau.“<sup>101) 102)</sup>

Ab Mitte 1920 wurden diese Betriebe, deren gesamtes Kapital Hugo Junkers gehörte, von einer Konzern-Zentrale mit der Bezeichnung „Hauptbüro der

<sup>100)</sup> *Blunck, Richard*, a. a. O., S. 108 und 113.

<sup>101)</sup> Die Junkers-Werke. Herausgegeben vom Hauptbüro der Junkers-Werke. Magdeburg 1920.

<sup>102)</sup> Die Forschungsanstalt Prof. Junkers ist 1919 gegründet worden. Der Sitz der Motorenbau-Gesellschaft, deren Produktion in Magdeburg seit 1915 stillgelegen hatte, wurde 1919 nach Dessau verlegt (Handelsregister Magdeburg, Firma 384).

Junkers-Werke Dessau“ geleitet. Die wichtigsten Konzernbetriebe waren Junkers Flugzeugwerke AG (IFA) und Junkers & Co. (Ico). Letztere war Mitte der zwanziger Jahre „die größte ihrer Art auf dem Kontinent“ und rechnete „zu den führenden Firmen ihres Geschäftszweiges in der ganzen Welt“.<sup>103)</sup> Zunächst allerdings sank die Arbeiterzahl in beiden Betrieben. Im Jahre 1921 waren bei Junkers & Co. noch 220<sup>104)</sup> und im Flugzeugwerk 120 Arbeiter<sup>105)</sup> beschäftigt. Bei Junkers & Co. war dies zum Teil durch die Marktlage, zum Teil durch die bereits einsetzenden Rationalisierungsbestrebungen begründet. Im Junkers-Flugzeugwerk dagegen wirkte sich das infolge des Versailler Vertrages am 5. Mai 1921 ausgesprochene Verbot für den Flugzeugbau in Deutschland so aus. Vor diesem Verbot beschäftigte das Flugzeugwerk schon wieder 900 Arbeiter. Im Jahre 1919 brachte Junkers das erste Verkehrsflugzeug der Welt, die F 13 auf den Markt. Im Jahre 1920 wurden 73 Maschinen von diesem Typ hergestellt. Weder vor noch nach dem einjährigen Bauverbot war Junkers der alleinige Hersteller von Flugzeugen in Deutschland. Fast alle Unternehmungen, die während des Krieges Flugzeuge gebaut hatten, waren vom Markt verschwunden oder hatten sich wie die Waggon- und Fahrzeugfabriken, wie AEG und Siemens auf ihre ursprünglichen Produkte beschränkt. Aber neue Firmen waren aufgetaucht: Messerschmidt, Heinkel, Udet usw. Junkers blieb – wenigstens während der zwanziger Jahre – das größte und bedeutendste Flugzeugwerk Deutschlands. Im Jahre 1927 wurden in Deutschland etwa 300 Flugzeuge von insgesamt 18 Flugzeugwerken produziert.<sup>106)</sup> Davon wurden allein in den Junkers-Flugzeugwerken rund 100 hergestellt<sup>107)</sup>, während die übrigen Firmen im Durchschnitt etwa 12 herstellten. Allein mit der Größe seiner Produktion in dem Dessauer Flugzeugwerk nahm Junkers also eine monopolähnliche Stellung im deutschen Flugzeugbau ein. Um eine Vorstellung von der tatsächlichen Bedeutung dieser Stellung zu erhalten, ist es erforderlich, die oben gegebenen Zahlen zu anderen in Beziehung zu setzen. Während des ersten Weltkrieges wurden in Deutschland rund 47000

<sup>103)</sup> Stadtarchiv Dessau, Junkers H. V. Verwaltung, Rechtsabteilung/V, Schreiben der Junkers-Werke, Hauptbüro Dessau an das Anhaltische Staatsministerium von 14. August 1924.

<sup>104)</sup> GD, I/047.

<sup>105)</sup> *Blunck, Richard*, a. a. O., S. 129.

<sup>106)</sup> Die Wirtschaftskurve. Jahrgang 1929, S. 165.

<sup>107)</sup> Diese Zahl ist auf Grund der Angabe geschätzt, daß am 24. Mai 1928 das 1000. Flugzeug fertiggestellt wurde. Ziehen wir davon die 315 im ersten Weltkriege hergestellten Flugzeuge ab, bleiben für Juni 1919 (Fertigstellung der ersten F 13) bis Mai 1928, also für 9 Jahre 685 Maschinen, von denen eine „kleine Serie“ 1919 und 73 Maschinen 1920 gebaut wurden. Dann trat bis Mai 1921 das Bauverbot in Kraft, so daß sich die Produktion von ca. 600 Maschinen auf die 8 Jahre zwischen Mai 1921 und Mai 1928 verteilt, wobei zu berücksichtigen ist, daß in den Jahren 1925 und 1926 die Produktion stark unter dem sonstigen Durchschnitt lag.

Flugzeuge hergestellt, davon fast die Hälfte durch die Albatros-Flugzeugwerke und deren Lizenzbauten.<sup>108)</sup> Der Alleininhaber der Albatroswerke, Enno Walter Huth, hatte also während des ersten Weltkrieges eine bedeutend stärkere Position als Junkers in der Nachkriegs-Flugzeugproduktion Deutschlands. In der Nachkriegszeit ging in allen Ländern der Flugzeugbau ähnlich stark zurück wie in Deutschland. Vor dem ersten Weltkriege gab es Sport- und Militärflugzeuge. Während des Krieges wurden nur Kriegsflugzeuge gebaut. Der Gedanke an den Verkehrsflug tauchte zwar schon im Kriege auf, aber jene, die sich in dieser Zeit damit beschäftigten, ließen das Projekt nach Kriegsende fallen. Die großen Rüstungskonzerne, die sich während des Krieges in fast jedem Zweige der Kriegsindustrie betätigten und so auch Flugzeuge bauten, wurden durch drei Gegebenheiten gehindert, sich nach dem Krieg auf eine Serienproduktion für Verkehrsflugzeuge umzustellen. Einmal war in den imperialistischen Siegermächten ein Überangebot von gebrauchten und neuen Kriegsflugzeugen vorhanden, die zum Teil umgebaut und als Verkehrsflugzeuge verwendet wurden, als solche aber fast gänzlich unbrauchbar waren. Zum anderen mußte der Verkehrsflug erst entwickelt, der Bedarf für ihn erst geweckt werden. Zudem stand bereits fest, daß der Verkehrsflug in Ländern mit guten erdgebundenen Verkehrsmitteln nur mit staatlichen Subventionen aufrecht zu erhalten wäre. Daraus folgte, daß der Bedarf in der nächsten Zeit nie so groß sein würde, um eine Massenserien-Produktion rentabel zu machen. Schließlich mußte drittens erst ein eigentliches Verkehrsflugzeug konstruiert und an Hand der Erfahrungen der Verkehrsflugpraxis ständig weiterentwickelt werden. Der Junkers-Konzern hatte dazu die geeignetsten Voraussetzungen und brachte bereits Mitte 1919 einen Verkehrsflugzeug-Typ auf den Markt. Im Jahre 1924 bezeichnete das Hauptbüro der Junkers-Werke die Junkers-Flugzeugbau AG als „das führende Flugzeugunternehmen der Welt“<sup>109)</sup>. Der Geschäftsbericht der Ifa für das Geschäftsjahr 1925/26 sprach dagegen nur noch von der „Stellung als führende Firma des Metallflugzeugbaues“.<sup>110)</sup> Im Jahre 1925 wurden 40% des gesamten Weltluftverkehrsnetzes von den nach Junkers Patenten gebauten Flugzeugen befliegen.<sup>111)</sup> Außerordentlich gering erscheint aber die Produktion der Junkerswerke von jährlich ungefähr 100 Flugzeugen<sup>112)</sup>, gegenüber der amerikanischen von über 4000 Stück im Jahre 1927.<sup>113)</sup> Nur ein paar Prozent der in der ganzen Welt hergestellten Flug-

<sup>108)</sup> Deutscher Wirtschaftsführer. Bearbeitet von Georg Wenzel. Hamburg 1929, Sp. 1029.

<sup>109)</sup> Stadtarchiv Dessau, Junkers H. V. Verwaltung, Rechtsabteilung/V, Schreiben der Junkers Werke, Hauptbüro Dessau an das Anhaltische Staatsministerium vom 14. August 1924.

<sup>110)</sup> Stadtarchiv Dessau, Ha/Archiv.

<sup>111)</sup> *Blunck, Richard*, a. a. O., S. 155.

<sup>112)</sup> Die Wirtschaftskurve. Jahrgang 1929, S. 165.

<sup>113)</sup> „Amerika hat lt. der kürzlich vom Handelsministerium veröffentlichten Statistik im Jahre 1929 1995 Handelsflugzeuge hergestellt und davon 1892

zeuge entfallen in dieser Zeit auf die Junkerswerke in Dessau. Im Laufe der nächsten Jahre nahm die Bedeutung der Junkers Flugzeugwerke AG in der Flugzeugproduktion quantitativ immer mehr ab. In einem Bericht der Volkswirtschaftlichen Abteilung der IG Farben wird der Jahresumsatz für 1930 von 7 deutschen Flugzeugwerken geschätzt. Dabei wird für Junkers angegeben „100 Stück mindestens allein bei 2 von 5 gebauten Typen“. Fünf andere Werke werden mit einem Jahresumsatz von 350–450 angegeben und außerdem ist bei der siebenten Firma Dornier Metallbau GmbH, zwar keine Zahl vermerkt, aber der Hinweis: „Neben Junkers größtes deutsches Flugzeug-Unternehmen“<sup>114</sup>).

Von einer Monopolstellung der Junkerswerke im Flugzeugbau kann – im Gegensatz zur Patent- bzw. Lizenz-Situation – zu dieser Zeit keine Rede mehr sein.

In der ersten Hälfte der zwanziger Jahre jedoch hatten die Junkers Flugzeugwerke nicht nur selbst eine beherrschende Stellung im deutschen Flugzeugbau, die an ein Monopol grenzte, sondern waren darüber hinaus Ausgangsbasis für eine Reihe von Monopolstellungen.

Monopole sind für den Imperialismus typische, vorwiegend auf der Konzentration der Produktion aber auch des Absatzes beruhende kapitalistische Großunternehmen oder Unternehmungszusammenschlüsse, geschaffen bzw. gebildet zu dem Zweck, den Markt für ein oder mehrere Produkte zu beherrschen, um Höchstprofite zu erzielen. Dieses Ergebnis, höchste Profite zu erhalten, ist der ureigenste Sinn und Zweck der Bildung dieser ökonomischen Machtpositionen, die wir Monopole nennen und deren Hintermänner, die Gewaltigen des Finanzkapitals, wir als Monopolisten bezeichnen. Nur von diesem Zweck ausgehend können wir ihre Funktion erklären, und nur so sind wir auch in der Lage, sie innerhalb eines kapitalistischen Staates zu erkennen. Die kapitalistische Apologetik sucht die Tatsache des Bestehens der Monopole zum Zwecke der Erzielung von Höchstprofiten zu verschleiern. Sie bedient sich dazu des Kniffes, die Monopole nur als wirtschaftliche Organisationsform darzustellen, die es bereits im Mittelalter gegeben hätte, womit sie zu beweisen versucht, daß die Monopole kein Charakteristikum des Imperialismus wären. Zum anderen suchen die Apologeten des Kapitalismus selbst noch die Bedeutung dieser Organisationsform zu bagatellisieren, indem sie eine Unzahl von „unvollstän-

an Luftverkehrsgesellschaften und Privatpersonen verkauft. Die deutsche Produktion und der deutsche Absatz ist demgegenüber nur ein ganz geringer Bruchteil, während das Verhältnis noch vor einigen Jahren umgekehrt war.“ *Sachsenberg, Gotthard*, Entwicklungs- und Wirtschaftsprobleme der deutschen Luftfahrt. Denkschrift zum Gesetzentwurf für Ausführprämien der deutschen Flugzeugindustrie. 1928.

<sup>114</sup>) Denkschrift über die deutsche Automobilindustrie. Anhang: Die deutsche Flugzeugindustrie. Herausgegeben von IG Farben. 1930, hektographiert.

digen Monopolen“ wie „Dyopole“ und „Triopole“<sup>115)</sup> entdecken. Als Beispiel für ein Dyopol werden dabei u. a. die beiden größten deutschen Konzerne der Elektroindustrie, Siemens und AEG genannt. Dabei wird u. a. völlig ignoriert, daß jeder dieser beiden Konzerne im Laufe der Jahre in gegenseitiger Übereinstimmung und Absprache sich für den größten Teil seiner Produkte auf ein bestimmtes Gebiet beschränkt hat, AEG auf das der Starkstromtechnik und Siemens auf das der Schwachstromtechnik, daß sie also jeder für sich für viele Produkte den Markt beherrschten. In anderen Fällen, in denen sich zwei große Konkurrenten mit gleichartigen Produkten gegenüberstehen, bestehen Absprachen, die den Markt aufteilen, wie z. B. zwischen IG Farben und dem amerikanischen Dupont-Konzern, hier sogar auf internationaler Ebene.

Nun gibt es viele Fälle, daß, wie bei Junkers, ein bedeutender Produzent mit entscheidendem Anteil an der Herstellung eines Produkts mehreren kleineren Konkurrenten gegenübersteht. Auch hier sprechen wir mit Recht von einem Monopol. Denn erstens haben die kleinen Konkurrenten keine Möglichkeit, das Großunternehmen in seiner Preispolitik zu beeinflussen, aber umgekehrt übt das Großunternehmen immer einen gewissen Druck auf die Preisbildung der kleineren Unternehmen aus. Zweitens ist das Vorhandensein mehrerer kleiner Konkurrenten für das Großunternehmen gerade vom Gesichtspunkt des Erzielens von Höchstprofiten in manchen Industriezweigen<sup>116)</sup> von Vorteil. Hier wirken die Klein- und Mittelunternehmen als Konjunkturpuffer, die dem Großunternehmen fast während des ganzen Wirtschaftszyklus eine etwa gleichmäßige Ausnutzung seiner Kapazität gestatten, während sie selbst meist nur in den Genuß der Ausnutzung der höchst unregelmäßigen Nachfragespitzen kommen.

Das Junkers-Monopol auf dem Gebiet des Flugzeugbaues in der Zeit nach dem ersten Weltkrieg erstreckte sich zunächst auf den Flugzeugzellen- später auch auf den Flugmotorenbau.

Die Vergrößerung des Junkers-Konzerns ging sowohl horizontal durch Gründung von Unternehmungen des Flugzeugbaus, als auch vertikal vor sich durch bedeutende Beteiligungen an Luftfahrtgesellschaften. Ergänzend zur Produktion von Junkers & Co. wurde nur eine weitere Fabrik, das Kaloriferwerk Hugo Junkers, zur Herstellung von Heizungs- und Lüftungsapparaten sowie von Lamellendächern gegründet. Der Konzern beschränkte sich keineswegs nur auf deutsche Unternehmungen; schon bei seinem Entstehen half der für den modernen Kapitalismus charakteristische Kapitalexpert, ihn auf viele ausländische Staaten auszudehnen.

<sup>115)</sup> Nach den Begriffen der bürgerlichen Volkswirtschaftslehre stehen bei einem Dyopol 2, bei einem Triopol 3 „Anbieter eines Gutes zahlreichen Nachfragenden“ gegenüber.

<sup>116)</sup> Besonders in solchen Industriezweigen, in denen ganz oder vorwiegend auf Bestellung produziert wird, wie z. B. im Flugzeugbau, Schiffbau, Großmaschinenbau.

Wir wollen uns zunächst ein Gesamtbild des Junkers-Konzerns verschaffen, welche Unternehmen er in den zwanziger und Anfang der dreißiger Jahre umfaßte und später auf Einzelheiten aus der Konzerntätigkeit eingehen.

Zu den Produktionsunternehmungen des Junkers-Konzerns gehörten:

- Junkers & Co. Apparate Fabrik, Dessau
- Junkers Kaloriferwerk, Dessau
- Junkers Flugzeugwerk AG, Dessau
- Junkers Motorenbau GmbH, Dessau
- Junkers-Werk Moskau
- Junkers Corporation of America, New York (1924–1933)
- Aachener Segelflugzeugbau GmbH, Aachen
- A. B. Flyindustri, Limhamn (Schweden) (1925–1933)

Weiter gehörte dazu eine Beteiligung von 50% an der Türkische Motoren- und Flugzeugbau-Aktiengesellschaft (abgekürzt „Tomtasch“) in Kaisarie (die anderen 50% gehörten dem türkischen Staat).

Im Jahre 1920 wurde bei der IFA eine „Abteilung Junkers Luftverkehr“ eingerichtet, welche die Aufgabe hatte, Luftverkehrsgesellschaften zu gründen, sich an ihnen zu beteiligen und den Luftverkehr auf eigenen, wie auf Vertragsstrecken zu betreiben. Diese Aufgaben wurden von 1924–1926 von der dazu eigens gegründeten Junkers-Luftverkehr AG übernommen und fielen nach deren Ausscheiden aus dem Junkers-Konzern wieder der Abteilung Junkers Luftverkehr zu.

Folgende Luftfahrtunternehmungen gehörten zum Junkers-Konzern bzw. zu dessen Beteiligungen<sup>117)</sup>:

- A. Zentrale Zusammenfassung aller Junkers-Interessen auf dem Gebiet des Luftverkehrs.
  1. Junkers Luftverkehr AG (1924–1926) bzw. Abteilung Junkers Luftverkehr der IFA (1921–1924 und 1926–1933)
- B. Regionale Zusammenfassungen von Luftfahrtgesellschaften, an denen der Junkers-Konzern beteiligt war bzw. die einen Betriebsgemeinschaftsvertrag mit dem Junkers-Konzern abgeschlossen haben.
  2. Transeuropa-Union (1923–1926)
  3. Nordeuropa-Union (1923–1926)
  4. Ost-Europa-Union (1924–1926)
  5. Europa-Union (1925–1926)

<sup>117)</sup> Eine genaue Aufstellung zu geben, ist nahezu unmöglich, da in der ersten Hälfte der 20er Jahre viele Luftfahrtgesellschaften nur kurze Zeit, manchmal nur Monate bestanden, die kaum selbst bekannt geworden sind bzw. in Literatur und Handbüchern Erwähnung gefunden haben, geschweige denn die an ihnen Beteiligten. Die in Klammern hinter die Namen der Gesellschaften gesetzten Jahreszahlen geben die Dauer der Beteiligung des Junkers-Konzerns an diesen Gesellschaften an, soweit diese zu ermitteln war.

- C. Inländische Luftfahrtgesellschaften, an denen der Junkers-Konzern beteiligt war:
6. Lloyd-Ostflug GmbH (1921–1923)
  7. Danziger Luftpost GmbH (1921–1922)
  8. Bayrischer Luft Lloyd GmbH (1922–1926)
  9. Bodensee Luftfahrtgesellschaft (...1923...)
  10. Aero Lloyd GmbH, Berlin bzw. Aero Lloyd AG (1923–1924)
  11. Rumpler Luftverkehrs AG, München (1923–1926)
  12. Sächsische Luftverkehrs AG, Dresden (1924–1926)
  13. Südwestdeutsche Luftverkehrs AG, Frankfurt/M. (1924–1926)
  14. Westflug GmbH, Bad Oeynhausen (1924–1926)
  15. Mitteldeutsche Luftverkehrs AG (1925–1933)
  16. Norddeutsche Luftverkehr GmbH, Bremen (1925–1926)
  17. Oberschlesische Luftverkehrs AG, Gleiwitz (1925–1933)
  18. Schlesische Luftverkehrs AG, Breslau (1925–1933)
  19. Badische Luftverkehrs GmbH, Karlsruhe (1925–1933)
  20. Bayrische Luftverkehrs AG, München (1925–1926)
  21. Luftverkehrsgesellschaft Ruhrgebiet AG (1925–1926)
  22. Luftverkehr AG Oberhessen/Lahngau, Gießen (1925– )
  23. Lloyd Junkers Luftverkehr GmbH, Berlin (1926)
  24. Nordbayerische Verkehrsflug AG ( -1929)
  25. Deutsche Tramp-Luftfahrt GmbH, Berlin (1929–1932)
- D. Ausländische Luftverkehrsgesellschaften, an denen der Junkers-Konzern beteiligt war:
26. Sociedad Colombo Alemana de Transportes, Baranquilla (Scadta) (1919– )
  27. Ad Astra Aero AG, Zürich (1921– )
  28. A. B. Aero Transport, Stockholm (1923–1933)
  29. Aero O. Y. Helsingfors (1923– )
  30. Aeronaut AG, Reval (1923– )
  31. Österreichische Luftverkehrs AG, Wien (1923–1932)
  32. Lloyd Junkers Luftverkehrs GmbH, Wien (...1923...)
  33. Aero Expreß, Budapest (...1923...)
  34. Societa Aerea mediterranea, Rom (1923– )
  35. Coarico, Argentinien (1924– )
  36. Dansk Lufttransport A. S. Kopenhagen (1925)
  37. Lettländische Luftverkehrs AG, Riga (1925– )
  38. Nederlandsche Wereldverkeer Mij., Amsterdam (1925– )
  39. Norsk Lufttransport A. B., Oslo (1925– )
  40. Kärntener Luftverkehrs AG, Klagenfurt (1925– )
  41. Aero Lloyd Cordobense, Cordoba (1924– )
  42. Union Aérea Espanola, Madrid (1926–1933)
  43. Lloyd Aéreo Boliviano, Cochabamba (1926–1933)

44. Sindicato Condor Ltd. Rio de Janeiro	(1927— )
45. S. A. Empresa de Viacao Aeria Rio Grandense „Varig“	(1927— )
46. Service Aérien Junkers en Perse	(1927–1932)
47. Canadian Junkers Ltd., Montreal	(1920–1933)
48. Eurasia Aviation-Corporation, Shanghai	(1930— )
49. Union Airways Ltd., Port Elizabeth	(1931–1933)
50. LAN, Chile	(1932)
51. Irag Transport Company (Iratra)	(1932— )
52. Servicos Aereos Portuguesos	( —1933)
53. Erste Bulgarische Nationale Luftverkehrs AG, Sofia	( —1933)
54. South-West Adrican Airways Ltd., Windhoek	( —1933)

Außerdem war der Junkers-Konzern an folgenden Unternehmungen beteiligt:

Gemeinnützige Siedlungs-Gesellschaft Dessau	(1923–1924)
Sächsische Flughafen Betriebsgesellschaft	(1923–1924)
„Etag“ Erdöl- und Teerprodukten AG, Berlin	( —1926)
Wilhelm Ulderupp, Berlin W 40	(1927–1932)
Dessauer Möbelfabrik, Dessau	(1928–1933)
Mitteldeutsche Versicherungs GmbH, Dessau	(1930–1933)
Tapolozs Banyá R. T., Budapest	(1923–1924)
Comp. Aerea de Fotogr. y Agrimensura, Lima	(1930–1933)
Junkers South Africa Ltd., Windhoek	(1930–1933)

Aus den gegebenen Aufstellungen erkennen wir einen sehr zweckbestimmten Aufbau des Konzerns. Hier Flugzeug-Produktion – dort Luftfahrt, dazu Versicherung, Verkaufsgesellschaften, ein Unternehmen für Luftphotographie, eine Fabrik für die Innenausrüstung der Flugzeuge usw. Lediglich bei der Tapolozs Banyá, einer ungarischen Bergbaugesellschaft, könnten wir die Frage stellen, wozu sich Junkers an ihr beteiligte. Aber diese Beteiligung verschwand so schnell wie sie auftauchte. Bis 1933 gehörte als eines der wichtigsten Unternehmen die Forschungsanstalt Prof. Junkers zum Konzern, die der eigentliche Tätigkeitsbereich von Hugo Junkers war. Er selbst sah diesen Betrieb nicht etwa als stille Klausur des Wissenschaftlers an, sondern betonte immer seinen Charakter als organischer Bestandteil des Gesamtkonzerns. Junkers bemerkte in einer Rede dazu: „Die Forschungsanstalt ist nicht zu verwechseln mit rein wissenschaftlichen Anstalten an den Hochschulen, wie in Göttingen und in verschiedenen anderen Städten, Anstalten, die sich wissenschaftlich ganz hervorragend bewährt haben, die aber eben nur wissenschaftliche Ziele, keine wirtschaftlichen verfolgen. Unser Ziel ist ein rein wirtschaftliches . . .“<sup>118)</sup>

Die Forschungsanstalt machte keine Ausnahme in dem Komplex der Unternehmungen des Konzerns, die alle die Aufgabe hatten, Hugo Junkers den höchsten Profit zu sichern.

b) *Junkers-Flugzeugbau im Ausland*

In drei ausländischen Staaten hatte Junkers Flugzeugwerke errichtet. Nach Abschluß des Rapallo-Vertrages im April 1922 gehörte er zu den ersten deutschen Monopolisten, die in der Sowjetunion eine Konzession erhielten. In der ehemaligen Autofabrik von Fili in der Nähe von Moskau richtete Junkers ein Flugzeugwerk ein, in dem zeitweilig 1350 deutsche Facharbeiter und sowjetische Arbeiter, die dort ausgebildet worden waren, beschäftigt wurden. In den Jahren bis 1926 wurden hier 170 Flugzeuge der Typen J 20 und J 21 gebaut.<sup>119)</sup> Im Jahre 1926 schloß Junkers mit der Sowjetregierung einen Vergleichsvertrag, nachdem die Sowjetunion das Flugzeugwerk gegen Zahlung von rd. 6 Millionen RM übernahm.<sup>120)</sup> Junkers hatte die Aufgabe, die ihm der sozialistische Staat gestellt hatte, (natürlich mit eigenem Geldprofit) erfüllt: Die Sowjetunion konnte jetzt selbständig Flugzeuge bauen.

Ein weiteres Flugzeugwerk wurde von Junkers 1925 in Schweden gegründet, die A. B. Flygindustri in Limhamn bei Malmö. „Diese Gesellschaft erwarb die Junkers-Lizenzen auf Kriegsflugzeuge und entwickelte sehr bald außerordentlich hochwertige Kampfmaschinen, mit denen sie selbst gegenüber Ländern, die in viel höherem Maße auf Kriegsbau eingestellt waren, beachtliche Erfolge zu erzielen vermochte“<sup>121)</sup>, teilt Blunck mit und schreibt weiter über Junkers, „daß er in Dessau . . . ein Büro errichtete, dessen Aufgabe es war, die Verbindung mit Limhamn zu halten und die Entwicklung der Luftwaffe überhaupt vom militärisch-technischen Standpunkt zu verfolgen. In Limhamn wurde in Zusammenarbeit mit dieser Dessauer Stelle die erste zweimotorige Kampfmaschine, die S 36, und der erste Sturzbomber, die K 47, im Jahre 1928 gebaut und erprobt.“<sup>122)</sup> In einem Luftfahrt-Jahrbuch 1929/30 finden wir die Abbildungen von Flugzeugen und darunter die folgenden Texte:

Flygindustri K 30 W

dreimotoriges Bombenflugzeug

Entwurf Junkers

Flygindustri K 30 L

dreimotoriges schweres Kampfflugzeug

Entwurf Junkers

Flygindustri K 45 W

einmotoriger leichter Frontzweisitzer

Entwurf Junkers

Flygindustri K 39

schweres Frontflugzeug

Entwurf Junkers

<sup>119)</sup> *Blunck Richard*, a. a. O., S. 169.

<sup>120)</sup> Stadtarchiv Dessau, Vorstandsbericht der Junkers-Flugzeugwerk AG für das IX. Geschäftsjahr 1925/26.

<sup>121)</sup> *Blunck Richard*, a. a. O., S. 187.

<sup>122)</sup> *Ebenda*, S. 188.

Flyindustrie K 37  
zweimotoriger leichter Kampf-Dreisitzer  
Entwurf Junkers<sup>123</sup>).

In einer anderen Frage gibt Blunck falsche Informationen, wenn er sagt: „Zwischen den Junkers-Werken in Dessau und der A. B. Flyindustrie bestanden keine festen organisatorischen und finanziellen Beziehungen über das Lizenzverhältnis hinaus.“<sup>124</sup>)

Im Protokoll der Deutschen Revisions- und Treuhandgesellschaft über die Prüfung der Junkers Flugzeugwerk AG für das Geschäftsjahr 1930/31 ist unter Beteiligungen u. a. aufgeführt

	Gesamtkapital	Ifa Anteil %
„A. B. Flyindustrie, Limhamn skr	450 000.—	450 000.— = 100.“ <sup>125</sup> )

Ein anderes Flugzeugwerk baute Junkers in der Türkei auf Grund eines mit der türkischen Regierung abgeschlossenen Vertrages. Die Junkers-Flugzeugwerk AG hatte zu dem türkischen Oberst a. D. Kemal Ochri Bey Beziehungen aufgenommen und mit ihm am 18. 3. 1925 einen Vertrag abgeschlossen, nach dem dieser die Leitung der Junkers-Zentrale in Angora (abgekürzt Iza) zusammen mit einem deutschen Angestellten übernahm.<sup>126</sup>)

Diese Partnerschaft mit Ochri hatte seinen sehr realen Grund, denn sie war abgeschlossen worden „auf Grund eines guten Leumundszeugnisses über Ochri, wonach dieser sehr gute Beziehungen zu führenden Persönlichkeiten der Türkei einschließlich Ministern unterhalte“.<sup>127</sup>)

Die Iza hatte die Aufgabe, für die Durchführung der Junkers zufallenden Aufgaben aus dem Vertrage der Ifa mit dem türkischen Staat vom Jahre 1925 zu sorgen. Dieser Vertrag war mit Hilfe des Obersten a. D. Kemal Ochri Bey geschlossen worden. Er gliederte sich in 4 Einzelverträge mit dem Kriegs- bzw. Handelsministerium, die Junkers zu folgenden Punkten berechtigten bzw. verpflichteten:

- „1.) Bau einer Flugzeug- und Motorenfabrik nebst mehrjähriger Abnahmegarantie;
- 2.) Durchführung eines Luftverkehrs betr. das türkische Staatsgebiet;
- 3.) Bau und Betrieb einer Gasfabrik;
- 4.) Monopolrecht zur Erdölgewinnung zwecks Herstellung von Betriebsstoff für den Luftverkehr.“<sup>128</sup>)

<sup>123</sup>) Langsdorf, W., Fortschritte der Luftfahrt. Jahrbuch 1929/30. S. 166–170.

<sup>124</sup>) Blunck, Richard, a. a. O., S. 187.

<sup>125</sup>) Stadtarchiv Dessau.

<sup>126</sup>) Stadtarchiv Dessau, Prozeßakten. <sup>127</sup>) Ebenda.

<sup>128</sup>) DZA Potsdam, Nichtstaatliches Archivgut Nr. 10, Rechtsabteilung der Ifa, Bl. 517.

Junkers sicherte sich damit praktisch nicht nur die Produktionsbasis für den Verkehrsflug sowie dessen Durchführung, sondern auch die Herstellung der wichtigsten Produkte für eine Luftkriegsführung, denn die Gasfabrik sollte nicht etwa Kochgas liefern. In einem zwischen dem türkischen Minister für Nationale Verteidigung und dem Junkers-Direktor Hans Sachsenberg abgeschlossenen Protokoll vom 24. 11. 1929 heißt es:

„Herr Professor Junkers und Junkers-Flugzeugwerk AG haben auf alle Rechte verzichtet, die ihnen durch den in der Einleitung dieses Protokolls genannten Vertrages vom 15. August 1925 und durch die Anlagen A und B dieses Vertrages, durch den Brief über die Bildung der Luftverkehrsgesellschaft und die Angelegenheiten über den Betrieb der Brennstoffe wie Petroleum durch den Brief über die Bildung der Giftgas AG sichergestellt werden können.“<sup>129)</sup> Wenn die Punkte 2–4 des Vertrages bis zu seiner Stornierung auch nie erfüllt wurden, so bleibt für uns entscheidend, daß sich Junkers derartige Monopolrechte sicherte. Das Flugzeug- und Motorenwerk wurde gebaut. Hierfür wurde die Türkische Motoren- und Flugzeugbau-Aktiengesellschaft (abgekürzt „Tomtasch“) gegründet, an der Junkers mit 50<sup>0</sup>/<sub>0</sub> des Aktienkapitals, 1680000 Türkischen Pfunden, beteiligt war.

Da die Gesellschaft nicht die von Junkers vertraglich zugesicherten Flugzeuge mit entsprechender Leistung baute, verweigerte der türkische Staat Zuschüsse und Abnahme der Flugzeuge. Darauf geriet die Tomtasch in Konkurs, und die Verträge mit der Türkei wurden gelöst.

### c) *Luftmonopol Junkers in Deutschland*

Der Gedanke des Verkehrsfluges, d. h. die Beförderung von Post oder Personen mit dem Flugzeug, ist bereits während des ersten Weltkrieges aufgegriffen worden. Genügend Erfahrungen aus den Einsatzflügen von Kriegsflugzeugen waren gesammelt worden – aber Verkehrsflugzeuge gab es noch nicht.

Aus Wien hatte sich am 8. 11. 1916 ein Studienkomité der Internationalen Luftverkehrs Aktien-Gesellschaft (ILAG) an das königlich bayerische Staatsministerium für Verkehrsangelegenheiten mit der Bitte um Fluggenehmigung gewendet:

„Zweck der Gesellschaft ist die Beförderung von Post- oder sonstigen Sendungen, sowie von Personen.

Als erste Luftverkehrslinien sind die Flugverbindungen München–Konstantinopel, bzw. Hamburg–Konstantinopel geplant, welche zu einem Netz weiterer Luftverkehrslinien ausgebaut werden.

Die monatelangen Verhandlungen mit dem k. k. österreichischen Handelsministerium und dem königl.-ungarischen Handelsministerium sind jetzt schon so weit gediehen, daß Verträge für den Luftpostverkehr abschlußbereit vor-

<sup>129)</sup> Ebenda, Bl. 65.

liegen, welche die Beförderung der Post auf dem Luftwege nach Einstellung der Feindseligkeiten an den Fronten zum Gegenstande haben. . .“<sup>130)</sup>

Das Schreiben wurde an das preußische Kriegsministerium mit der Bitte um Stellungnahme weitergeleitet, dieses antwortete am 28. April 1917:

„. . . Inwieweit die Ausnutzung des Luftfahrzeuges als Verkehrsmittel gestattet werden kann, muß von dem Ergebnis der Beratungen über den neuen Entwurf des Luftverkehrsgesetzes abhängig gemacht werden.

Es erscheint daher nicht angebracht, einer Privatgesellschaft irgendwelche Zugeständnisse zu einer Zeit zu machen, in der sich noch nicht übersehen läßt, inwieweit der nichtmilitärische Luftverkehr einzuschränken und zu überwachen ist. Aus etwaigen Zugeständnissen könnte eine Privatgesellschaft später Rechte und Forderungen herleiten, die den Interessen des Staates entgegenstehen würden. . .“<sup>131)</sup>

Das österreichische Unternehmen erhielt keine Zusage für eine Verkehrsflug-Genehmigung. Die Ansprüche auf dieses Recht reservierten sich zunächst die Mächtigen des deutschen Finanzkapitals. Nach der Aufzeichnung einer Besprechung vom 8. 2. 1918 stellte die Heeresverwaltung 4 Flugzeuge für Versuchsflüge zum Luftpostverkehr bereit.<sup>132)</sup> Die Flüge begannen am 15. Februar 1918.<sup>133)</sup> Welche bedeutende Monopolgruppe diese Versuchsflüge veranlaßt hatte, erfahren wir aus der Feder des Vorstandsmitgliedes der Deutschen Bank, Dr. Emil Georg von Stauß. Als im Januar 1927 in der Zeitschrift „Motor und Sport“ ein Artikel über die Entwicklung der Deutschen Lufthansa erschien, empfahl er, „einen Passus zu schreiben und der Luft Hansa für ähnliche Fälle zu geben, in dem die langjährige Vorarbeit geschildert ist, die während des Krieges unter der Führung der Deutschen Bank beim Reichspostministerium betrieben wurde. Damals haben Herr von Gwinner, Herr Ballin, Cuno und ich mehrfache Besprechungen gehabt, die erste mit Graethke und später mit seinem Nachfolger . . .\*), was dazu geführt hat, daß m. E. im Jahre 1917 während des Krieges regelmäßige Versuchsflüge zur Postbeförderung zwischen Berlin und Köln stattgefunden haben. . .

Nach dem Kriege hat allerdings die AEG zuerst das Thema wieder aufgenommen, und ich hatte darüber eine Besprechung mit Walther Rathenau, dem ich zugab, daß die AEG, die damals Flugzeuge fabriziert hatte, in erster Linie interessiert sei.“<sup>134)</sup>

Die AEG hatte bereits im Dezember 1917 die Deutsche Luftreederei mit einem Kapital von 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Mill. Mark gegründet.

<sup>130)</sup> DZA Merseburg, Rep. 120, Tn, Nr. 18, Bd. I.

<sup>131)</sup> Ebenda.

<sup>132)</sup> Ebenda.

<sup>133)</sup> Ebenda.

\*) Unleserlicher Name (Anmerkung des Verfassers).

<sup>134)</sup> Deutsche Bank- und Disconto-Gesellschaft, Generalsekretariat, Dr. von Stauß, Deutsche Lufthansa, Diverses, Aktennotiz für Dr. Weigelt vom 11. Januar 1927.

Gleich nach Kriegsende beantragte die Deutsche Luftreederei GmbH die Genehmigung zur Zulassung zum Luftverkehr.<sup>135)</sup> Inzwischen bedeutete die Erlangung dieser Zulassung keine Schwierigkeit mehr, viele Gesellschaften suchten im Laufe der nächsten Jahre um die Genehmigung nach und erhielten sie. Darunter befand sich auch Junkers, der die Zulassung am 3. März 1919 beantragte.<sup>136)</sup> Die Deutsche Luftreederei AG ging bald in die Aero Union AG auf, an der AEG und die Luftschiffbau Zeppelin GmbH mit je 25% und außerdem die Hamburg-Amerikanische Paketfahrt AG (Hapag) beteiligt waren. Die Aero-Union AG wiederum beteiligte sich an der Luftfahrtgesellschaft Deutscher Aero Lloyd AG, zu deren Aktionären auch Norddeutscher Lloyd und Deutsche Bank gehörten. Alle Großaktionäre des Aero Lloyd gehörten zur Finanzgruppe der Deutschen Bank.

Der Konkurrenzkampf zwischen Junkers-Luftverkehr und Aero Lloyd hatte von Anfang an einen doppelten Boden. Beide Konzerne kämpften gegeneinander nicht nur um die Fluggäste, sondern auch um den größeren Anteil an den staatlichen Subventionen, da der deutsche Luftverkehr nie aus sich heraus rentabel, sondern stets subventionsbedürftig war. Eines jedoch hatten sie sich im Laufe der Entwicklung gemeinsam gesichert, ihre Monopolstellung gegenüber der zuständigen Reichsbehörde. Gegen einen Dritten brauchten sie nicht zu kämpfen. Die vom Reich gezahlten Subventionen beherrschten sie allein, und kein neuer Konzern konnte sich entwickeln.

Der Reichsverkehrsminister schrieb am 23. 11. 1924 an das preußische Ministerium für Handel und Gewerbe:

„... Bei den großen internationalen Auslandsstrecken würde ich es ferner für in hohem Maße unerwünscht halten, wenn die in der ersten Zeit des Luftverkehrs bestehenden Verhältnisse, die erst nach langwierigen Verhandlungen im vergangenen Jahre geändert werden konnten, wieder aufleben würden, und das Luftverkehrsnetz an eine Vielheit von Gesellschaften, früher gab es deren 38 – vergeben werden sollte. Ich halte es daher für zweckmäßig, es einstweilen bei dem im letzten Jahre geübten Verfahren zu belassen, und das internationale, mit Reichsbeihilfe unterstützte Luftverkehrsnetz nur auf die zwei bereits jetzt bestehenden großen Konzerne (Aero Lloyd und Junkers) zu verteilen. Beide Unternehmungen bieten mit ihrer Organisation, ihren technischen Einrichtungen, ihrem Flugzeugpark, ihren Auslandsverbindungen und vor allem ihren jahrelangen im In- und Auslande gesammelten Erfahrungen die Gewähr, daß auf den von ihnen übernommenen Strecken der Betrieb mit der erforderlichen Sorgfalt und Sicherheit durchgeführt wird.

Kleinere Luftverkehrsunternehmen, welche an diesem Luftverkehrsnetz teilnehmen wollen, würden sich demnach mit einem der beiden genannten Konzerne in Verbindung zu setzen haben, falls sie sich nicht mit dem Betrieb von

<sup>135)</sup> DZA Merseburg, Rep. 120, Tn, Nr. 18, Bd. I, Schreiben an das Ministerium der Öffentlichen Arbeiten vom 19. November 1918.

<sup>136)</sup> DZA Merseburg, Rep. 120, Tn, Nr. 18, Bd. I.

kleineren Strecken (Zubringerlinien, innere Verbindungen) begnügen und hierfür die Länder, Städte usw. interessieren wollen.

... Aber selbst, wenn sich ein weiterer großer Konzern mit dem erforderlichen Maschinenmaterial und der entsprechenden Organisation bilden würde, könnte ich ihm dennoch keine Aussichten eröffnen, ihn in absehbarer Zeit an dem mit Reichsbeihilfe unterstützten internationalen Luftverkehrsnetz zu beteiligen, da die verfügbaren geringen Mittel kaum dazu ausreichen, das schon früher von den beiden genannten großen Unternehmen beflogene Streckennetz unter Berücksichtigung geringer Erweiterungen zu erhalten.“<sup>137)</sup>

Beide Konzerne gründeten regionale Luftfahrtgesellschaften und kämpften dabei wieder um die von Staaten, Provinzialverbänden und Gemeinden zu gebenden Beteiligungen.

„... Es setzte ein Rennen nach ‚guten‘ Luftverkehrslinien ein, das meist von demjenigen der beiden großen Unternehmen gewonnen wurde, das den in Betracht kommenden Orten die günstigsten Bedingungen machte. Damals entstand in Luftverkehrskreisen das dem bekannten Minimax-Reklamevers nachgebildete Witzwort, das jedoch nicht einer tieferen Bedeutung entbehrte:

„Junkers breitet sich nicht aus,  
Hast du Aero-Lloyd im Haus.““<sup>138)</sup>

Diese beiden Gesellschaften machten sich mit der Gründung der Regionalgesellschaften jedes Land und jede Gemeinde, die eine direkte Flugverbindung wünschte, zinspflichtig. Die Landes- und Ortsbehörden mußten sich einmal an dem Aktienkapital der zu gründenden Gesellschaften beteiligen und zum anderen obendrein noch für Subventionen sorgen.

Nach dem Gründungsprotokoll<sup>139)</sup> der „Schlesische Luftverkehrs AG“ waren an ihr beteiligt:

Provinzialverband Niederschlesien	149 000,—
Stadtgemeinde Breslau	149 000,—
Junkers-Luftverkehr AG	100 000,—
Georg Friedel	1 000,—
Karl Werner	1 000,—.

Der Gesellschaftsvertrag vom 31. I. 1925 erklärt uns, wie die Junkers-Beteiligung entstanden ist. Junkers hatte vier komplette Flugzeuge, zwei Reservemotoren und Ersatzteile für insgesamt RM 386 400,— geliefert.

„Dieser Betrag wird an die Junkers Luftverkehr AG in der Weise entrichtet, daß die genannte Aktiengesellschaft 100 Stück auf den Inhaber und je 1000 Reichsmark lautende als voll gezahlte Aktien erhält, während der Rest von M 286 400,— in bar gezahlt wird.“<sup>140)</sup>

<sup>137)</sup> DZA Merseburg, Rep. 120, Lu 10a, Generalia, Bd. I.

<sup>138)</sup> Pollog, Carl, Hanns, a. a. O., S. 152f.

<sup>139)</sup> DZA Merseburg, Rep. 120, Lu 21, Nr. 3a, Bd. I.      <sup>140)</sup> Ebenda.

Auf diese Weise erwarb der Junkers-Konzern fast alle seine Beteiligungen an Luftverkehrsgesellschaften. Der Absatz von Flugzeugen und Erhalt eines großen Teils des Kaufpreises in bar war der erste Teil des Geschäftes. Die genaue Höhe der in den Preis einkalkulierten Gewinnspanne ist nicht bekannt. Wenn aber Junkers allen Gesellschaften, an denen er beteiligt war, bei Lieferung von Flugzeugzellen einen Rabatt von  $33\frac{1}{3}\%$  gewähren konnte<sup>141)</sup>, muß die Gewinnspanne mindestens  $40\%$  betragen haben. Für Flugmotore mag die Gewinnspanne wesentlich geringer gewesen sein, da die Konkurrenz größer war. Auf Motore gewährte Junkers an seine Beteiligungsgesellschaften keinen Preisnachlaß. Nachdem wir dies wissen, können wir eine Antwort auf die Frage geben, wie der Kapitalist zurechtkommen konnte, wenn er sich oftmals einen Teil des Kaufpreises in Aktien zahlen ließ, die er ja nicht verkaufte. Nehmen wir das Beispiel der Schlesischen Luftverkehrs AG. Für 386 400,— RM lieferte Junkers, davon für 262 080,— RM Flugzeugzellen und Zellen-Ersatzteile. Nehmen wir den Gewinn der Flugzeugzellen mit  $40\%$  an, so würde das allein bei dieser Position 104 832,— RM ausmachen. Das bedeutet, die Beteiligung von 100 000,— RM ist lediglich ein Teil des Gewinnes, das verauslagte Kapital dagegen nahm Junkers mit einem kleinen Teil des Gewinnes bar in Empfang. Außerdem erhielt er den vollen Verkaufspreis für die Motore in bar. Hätte Junkers alle Flugzeugzellen so abgesetzt und wäre dieser Absatz nicht eben nur ein Teil des Gesamtgeschäftes gewesen, das er mit den Luftfahrtgesellschaften tätigte, hätte er bald einen Berg Aktien gehabt, der keine oder wenig Dividende brachte, und das Flugzeugwerk hätte nie eine erweiterte Reproduktion vornehmen können, wie sie für die Existenz eines kapitalistischen Unternehmens unerlässlich ist. Der in Beteiligungen umgewandelte Umsatz betrug aber nur einen Teil des Gesamtumsatzes. Der Konzern schrieb am 8. Dezember 1926, „daß – wie aus Büchern nachzuweisen ist – das in Luftverkehrsgesellschaften eingebrachte Flugmaterial nur  $9,39\%$  des Umsatzes der Junkers-Flugzeugwerk AG darstellt. Es wurde also beträchtlich weniger als der Gewinn in dieser Absatzorganisation investiert, während über  $90\%$  der Produktion verkauft wurden.“<sup>142)</sup>

Nun gilt es aber den zweiten, unendlich wichtigeren Teil des Geschäftes zu betrachten. Hierbei wird klar werden, daß die absolute Höhe der Junkers-Beteiligung völlig gleichgültig war. Junkers beherrschte die meisten Luftverkehrsgesellschaften nicht durch Aktienmehrheit, sondern durch Verträge. Zwischen der Junkers Luftverkehrs AG (Ilag) und der Luftverkehrsgesellschaft Ruhrgebiet AG (Lurag), an der Junkers mit 200 000,— RM, später mit 225 000,— RM bei einem Grundkapital von 2,5 Mill. beteiligt war, wurde ein

<sup>141)</sup> *Maacks, Paul*, Der deutsche Flugzeugverkehr und seine volkswirtschaftliche Bedeutung. Gießen 1926, S. 30.

<sup>142)</sup> Landesarchiv Oranienbaum, Denkschrift von Dr. W. Loewenfeld und Junkers-Werke, Hauptbüro vom 8. Dezember 1926.

Betriebsgemeinschaftsvertrag geschlossen.<sup>143)</sup> Danach übernahm Junkers den gesamten von der Lurag einzurichtenden Luftverkehr.

„Die Flugzeuge für den Verkehr stellt die Lurag, ohne hierbei an einen bestimmten Flugzeugtyp oder Flugzeugbezug gebunden zu sein. Soweit die Lurag für ihren Luftverkehr Junkers-Flugzeuge erwirbt, sind ihr die Vorzugspreise zu gewähren, die Junkers den mit ihr in Betriebsgemeinschaft stehenden Gesellschaften zubilligt . . .

Soweit die Lurag nicht über die für ihren Luftverkehr erforderliche Zahl eigener Flugzeuge verfügt, stellt Junkers auf Verlangen der Lurag die erforderlichen Flugzeuge der Lurag mietweise für den bei ihr üblichen Mietpreis zur Verfügung.“<sup>144)</sup>

Junkers stellte, abgesehen von Flugzeugen und Flugplätzen, die gesamten sonstigen Einrichtungen und das Personal und übernahm die Unterhaltung und Reparaturen der zum Verkehr dienenden Flugzeuge. Dafür hatte Lurag die gesamten, von Junkers nachzuweisenden Selbstkosten, „höchstens aber 1,50 M für jeden in dem übernommenen Luftverkehr mit Flugzeugen des Types F 13 überflogenen Kilometer.“

„Die Junkers Gesellschaft erhält ferner von den genannten Bruttoeinnahmen (einschl. etwaiger Staatssubventionen und sonstiger Beihilfen), die im übrigen an die Lurag abzuführen sind, 10 Prozent.“<sup>145)</sup>

Die Beschaffung der Subventionen, von denen Junkers auch seine 10% Reinverdienst bekam, war Sache der Luftverkehrsgesellschaften. Sie holten sie von den Gemeinden, den Ländern und dem Reich. In einem Schreiben der „Südwestdeutsche Luftverkehrs AG“ an das preußische Handelsministerium vom 15. 10. 1925, lernen wir sämtliche Arten kennen:

„Die Südwestdeutsche Luftverkehrs AG hat im Sommerhalbjahr 1925 in Betriebsgemeinschaft mit der Europa-Union, Kommanditgesellschaft auf Aktien, Berlin, der Junkers-Luftverkehr AG, Dessau, der Luftverkehr Ruhrgebiet AG, Essen, und der Bayerischen Luftverkehrs AG, München, folgende Fluglinien betrieben:

- 1.) Frankfurt–München
- 2.) Frankfurt–Stuttgart–Zürich
- 3.) Frankfurt–Erfurt–Leipzig–Berlin
- 4.) Frankfurt–Essen mit 6 sitzigen Maschinen
- 5.) München–Frankfurt–Essen mit 12sitzigen Maschinen
- 6.) Frankfurt–Gießen.

Von diesen Strecken sind die unter Nr. 1 und 2 genannten mit Reichssubvention, Nr. 4 mit Subvention der Luftverkehr Ruhrgebiet AG, Essen, und Nr. 6 mit hessischer Subvention befliegen worden. Für die anderen Linien hat die Südwestdeutsche Luftverkehrs AG und die Stadt Frankfurt a. M.

<sup>143)</sup> DZA Merseburg, Rep. 120, Lu 21, Nr. 8c.

<sup>144)</sup> Ebenda.

<sup>145)</sup> Ebenda.

durch Gestellung von Subventionen die finanzielle Möglichkeit geschaffen . . . Da das Reich nach seinem bisherigen Subventionssystem nur deutsche ins Ausland mündende Luftlinien subventioniert hat, müßten die Länder diejenigen Strecken durch Beihilfen unterstützen, die den Luftverkehr in dem betreffenden Lande erschließen.

Wir richten deshalb an das preußische Handelsministerium die Bitte, der Südwestdeutschen Luftverkehrs AG den Betrag von M 99 209.— für die Befliegung der oben angeführten Strecken als Landessubvention zu gewähren . . .<sup>146)</sup>

Neben dem Gewinnanteil aus diesen Subventionen der Länder und Gemeinden floß Junkers vor allem die bedeutende Reichssubvention für die von der Ilag direkt betriebenen Linien zu.

Es gab übrigens auch Verträge, in denen die weiter oben zitierte Klausel, wonach Junkers 10% der Bruttoeinnahmen der Luftverkehrsgesellschaft erhielt, fehlte. An ihre Stelle trat eine andere Bedingung, die für den Junkers-Konzern von nicht geringer Bedeutung war. Im Gesellschaftsvertrag der „Schlesische Luftverkehrs AG“ vom 31. 1. 1925 wird ausgeführt:

„Die Junkers Luftverkehr AG verpflichtet sich . . . von Beginn des allgemeinen deutschen Luftverkehrs im Jahre 1925 ab auf die Dauer des regelmäßigen Luftverkehrs (zunächst 5 Monate) die Strecke Breslau–Dresden wochentäglich einmal in jeder Richtung ohne Sondervergütung zu befliegen, sofern die Schlesische Luftverkehrs AG mit M 100 000.— oder mit einem ihrer Junkersflugzeuge in die Europaunion oder Transeuropaunion einzutreten beantragt.“<sup>147)</sup>

Hier ging es um die Sicherung von Kapital für die großen von Junkers gebildeten internationalen Zusammenschlüsse von Luftfahrtgesellschaften, die für Junkers wiederum den Vorteil brachten, daß er hierdurch die internationalen Luftlinien zum größten Teil durch Betriebsgemeinschaftsverträge an sich binden konnte.

#### *d) Junkers Auslands-Luftmonopole*

Im Entwurf für den Geschäftsbericht 1925/26 der Junkers Flugzeugwerk AG bezeichnet die Gesellschaft die „Einrichtung von Luftverkehrsstrecken im Ausland und Gründung lebensfähiger Verkehrsgesellschaften als dauernde Abnehmer“ als einen „Junkersschen Grundsatz“<sup>148)</sup>.

Zur gleichen Zeit schreibt das Hauptbüro der Junkers-Werke an anderer Stelle:

„Wenn er (Junkers-H. R.) unmittelbar nach dem Kriege mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln in die praktische Luftfahrt zunächst innerhalb

<sup>146)</sup> DZA Merseburg, Rep. 120, Lu 21, Nr. 9a, Bd. I.

<sup>147)</sup> DZA Merseburg, Rep. 120, Lu 21, Nr. 3a.

<sup>148)</sup> Stadtarchiv Dessau.

Deutschlands eintrat, so war das der erste Schritt auf dem Wege. Der deutsche Luftverkehr sollte ihm als Schule für seine Organisation zur Weiterentwicklung der technischen Hilfsmittel, zur Ausbildung von Material und Personal dienen. Mit diesen neu zu schaffenden Mitteln war dann baldmöglichst die Arbeit in der übrigen Welt anzugreifen . . .

Die Methode, durch das Hineintragen wirtschaftstüchtiger Flugzeuge in geeignete europäische und außereuropäische Länder den schlummernden Bedarf nach Handelsluftfahrt zu wecken, hat den Absatz von Flugzeugen von Jahr zu Jahr gesteigert. Die Vergrößerung des Absatzes wiederum ergab die Mittel zu weiterer Forschungsarbeit und zu weiterem Ausbau der Dessauer Werke, deren Vervollkommnung rückwirkend eine Verbilligung des Produktionsganges im Gefolge hatte . . .“<sup>149)</sup>

In Ländern mit unentwickelten erdgebundenen Verkehrsmöglichkeiten, wie Südamerika, Asien und Afrika konnte das bequeme Flugzeug mit einer Flugdauer von nur wenigen Stunden meist eine unbequeme Reise von tagelanger Dauer ersparen. Das war die Grundlage für eine wesentlich profitbringendere Tätigkeit von Luftverkehrsgesellschaften im Auslande. Im europäischen Ausland stießen zuerst wie in Deutschland selbst wieder die beiden konkurrierenden Monopole Junkers und Aero Lloyd aufeinander. In Dänemark nahm der Kampf solche Formen an, daß beiden Gesellschaften die Konzession entzogen und der französischen Farmann-Luftverkehrsgesellschaft übertragen wurde.<sup>150)</sup> „In Holland und Dänemark wurden neben bestehenden Gesellschaften von Junkers neue gegründet, die in den schärfsten Gegensatz zu den schon bestehenden gerieten. Mit Lettland und Estland wurden Verträge abgeschlossen, die dem Ansehen der deutschen Flugzeugindustrie schweren Schaden bringen werden.“<sup>151)</sup>

Im Jahre 1923 begann Junkers die in- und ausländischen Luftverkehrsgesellschaften, an denen er beteiligt war, enger zusammenzuschließen. Am 22. Oktober 1923 fand die Gründungsversammlung der Trans-Europa-Union statt. In ihr vereinigten sich sieben Gesellschaften aus vier Staaten (Schweiz, Österreich, Ungarn, Deutschland), die bereits seit über einem Jahr in der Form der Betriebsgemeinschaft zusammengearbeitet hatten. Von den 15 Mitgliedern des Aufsichtsrates der Trans-Europa-Union waren 8 Mitglieder – darunter Hugo Junkers – direkte Vertreter der Interessen des Junkers-Konzerns, leitender Hauptbeamter wurde Dr. Kaumann.<sup>152)</sup>

In gleicher Weise wurde später die Ost-Europa Union mit fünf Gesellschaften (Lettland, Estland, Danzig, Junkers Luftverkehr in der Sowjetunion und

<sup>149)</sup> Landesarchiv Oranienbaum, Denkschrift zum Fall Reichsfiskus-Junkers von Junkers Werke, Hauptbüro, im Auftrage von Prof. Junkers, Dessau am 25. Juni 1926 (als Manuskript gedruckt) 2. Fassung.

<sup>150)</sup> DZA Merseburg, Rep. 120 Tn, 18e.

<sup>151)</sup> „Die Welt am Abend“, 3. Jahrgang, Nr. 261 vom 11. November 1925.

<sup>152)</sup> Junkers-Luftverkehr-Nachrichtenblatt. Nr. 15 vom 19. November 1923.

Deutschland) gebildet. Die gleichen Gesellschaften schlossen sich dann mit der Aero O. Y., Helsingfors, in der Nord-Europa-Union zusammen.

Die Krönung dieser Monopolisierung des europäischen Luftverkehrs war die Gründung der Europa-Union KG a. A. am 7. 5. 1925, die in der Literatur oftmals als nicht zustande gekommen bezeichnet wird. Das Aktienkapital betrug im Mai 1925 50000,— RM und wurde im September auf 10 Mill. RM erhöht. Die Junkers-Luftverkehr AG war persönlich haftender Gesellschafter. Die Europa-Union stellte eine Betriebsgemeinschaft von 16 Luftverkehrsgesellschaften aus neun europäischen Staaten dar.

Im Jahre 1926 ging als Ablösung der starken Verschuldung der Junkers-Werke an das Reich — auf die wir später ausführlich eingehen werden — die Junkers-Luftverkehr AG auf die Deutsche Lufthansa über. Gleichzeitig wurden fast alle Beteiligungen der Junkers-Luftverkehr AG an deutschen Luftfahrtgesellschaften von der Lufthansa übernommen.<sup>153)</sup> Damit waren Junkers die Stützpfiler genommen, auf denen er sein europäisches Luftfahrtmonopol aufgebaut hatte. Die bisherigen Verträge der ausländischen Flugesellschaften mit Junkers bzw. den von ihm maßgeblich geführten Gründungen waren hinfällig geworden. Bis auf einige wenige Beteiligungen hatte Junkers seinen Einfluß auf den europäischen Flugverkehr verloren. Die Unionen lösten sich auf. Die Lufthansa bedurfte ihrer nicht, da sie ihr eigenes europäisches Streckennetz hatte und in diesem Rahmen neue Verträge mit den ausländischen Luftfahrtgesellschaften abschloß, welche früher zu den Unionen von Junkers gehörten.

Außer den wenigen europäischen verblieben Junkers jedoch die außereuropäischen Beteiligungen. Besonders in Südamerika erwies sich die dortige Vertretung der Luftverkehrsabteilung der Ifa als sehr rührig. Dort handelte es sich aber auch nur um die Neugründung von Luftverkehrsgesellschaften, an denen Junkers in einem mehr oder weniger hohen Prozentsatz beteiligt war.

Junkers wollte mehr. In Deutschland und Europa hatte er ein kunstvolles Gebäude monopolistischer Beherrschung aufgeführt, das auf kleinen Kapitalbeteiligungen und Verträgen mit den einzelnen Gesellschaften beruhte. Dieses Gebäude war wie ein Kartenhaus zusammengestürzt, als er einen großen Teil der europäischen Beteiligungen an die Lufthansa abgab. Jetzt wollte Junkers in seinen Auslandsgeschäften wenigstens ganz sicher gehen. Er schloß Verträge mit Regierungen ausländischer Staaten ab, die ihm ein Luftverkehrsmonopol garantierten.

Schon im Jahre 1925, also noch vor den Auseinandersetzungen mit dem Reich, sicherte sich Junkers durch einen Vertrag mit dem türkischen Staat (neben anderen Monopolstellungen, die an anderer Stelle behandelt werden) das Recht der Durchführung des Luftverkehrs über das türkische Staatsgebiet.<sup>154)</sup>

<sup>153)</sup> Siehe Abschnitt: Junkers-Konzern und Staatsapparat.

<sup>154)</sup> DZA Potsdam, Nichtstaatliches Archivgut, Nr. 10, Bl. 517.

Praktisch ist dies Recht von ihm aus unbekannt gebliebenen Gründen allerdings nicht in Anspruch genommen worden.

Im Jahre 1926 schloß Junkers einen Vertrag mit der persischen Regierung, der ihm auf fünf Jahre das Monopol für den Luftpostverkehr in Persien sicherte.<sup>155)</sup> Die persische Regierung zahlte eine Subvention von 3 Kranen (etwa 1,50 RM) für jeden geflogenen Kilometer sowie 20000 Kranen monatlich für die Regierungspost. Junkers konnte seine Flugzeuge zollfrei einführen. Er verpflichtete sich, eine Luftverkehrsgesellschaft (Service Aérien Junkers en Perse) zu gründen, eine Luftfahrtschule in Persien zu unterhalten sowie eine Reparaturwerkstatt in Teheran einzurichten.<sup>156)</sup> Der Vertrag wurde über die vorgesehene Frist hinaus nicht verlängert.<sup>157)</sup>

Seine Position in Vorderasien suchte Junkers in Konkurrenz zu französischen und vor allem englischen Unternehmen weiter auszubauen. Als 1929 König Amman Ullah die Junkers-Werke besuchte, schien ein Vertrag mit Afghanistan so gut wie sicher.<sup>158)</sup> Daraus wurde aber nichts, als der König, der die Unabhängigkeit Afghanistans gegenüber England behauptet hatte, im gleichen Jahre noch wegen seiner Reformversuche gestürzt wurde.

Dafür gelang es Junkers in einem anderen vorderasiatischen Land, dem Irak, Fuß zu fassen, als er 1931 vom König Feisal eine Konzession erhielt. Im Jahre 1931 wurde die IRATRA (Iraq Transport Company) mit einem Aktienkapital von 10000,— £ gegründet.

„Eine Gruppe einflußreicher iraqischer Parlamentarier und Kaufleute unter dem Vorsitz des ehemaligen Justizministers Baoud Bey El Haidary hat die für iraqische Interessen reservierten Aktien übernommen. Die Gesellschaft soll vom König und der Regierung unterstützt werden. Der eigentliche Initiator ist Herr Thomas Brown, der Führer der deutschen Industrie-Gruppe bei der Iraq Petroleum-Company.“<sup>159)</sup>

Die IRATRA, die erste große Luftverkehrsgesellschaft des Irak, wie sie von König Feisal bezeichnet wurde<sup>160)</sup>, diente dem Konkurrenzkampf des deutschen Monopolkapitals gegen das englische und französische.

„Diese Fluglinie steht im Zusammenhang mit weitergehenden Plänen, die zur Gründung der Iraq Petroleum Company geführt haben, die auf breiter Basis die Erschließung der noch freien Petroleumvorkommen des Irak unter deutscher Beteiligung vor allem unter namhaften deutschen Lieferungen zum Gegenstand haben.“<sup>161)</sup>

<sup>155)</sup> Pollog, Carl Hanns, a. a. O., S. 163.

<sup>156)</sup> „Tägliche Rundschau“, Nr. 117 vom 11. März 1926.

<sup>157)</sup> Blunck, Richard, a. a. O., S. 191. <sup>158)</sup> Ebenda.

<sup>159)</sup> DZA Potsdam, 3101/11691, Bl. 6, Anlage zum Schreiben der Junkers Flugzeugwerk AG an die Hermes Kreditversicherungsbank AG vom 10. August 1931.

<sup>160)</sup> Ebenda, Bl. 19, Bericht des Deutschen Konsulats, Bagdad, an das Auswärtige Amt vom 13. Dezember 1931.

<sup>161)</sup> Ebenda, Bl. 15.

Bei Einrichtung der Luftverkehrsgesellschaft ging man recht vorsichtig zu Werke, um das gesteckte Ziel nicht zu gefährden. Das Aktienkapital wurde niedrig gehalten, da es sonst die irakischen Interessen nicht zugelassen haben würden, daß die Majorität in deutscher Hand liegt und andererseits, weil man verhindern wollte, „daß England und Frankreich aus der Höhe des Kapitals auf Expansionspläne schließen könnten und demzufolge dem jungen Unternehmen gerade im Anfang Schwierigkeiten machen würden, die vermieden werden sollen.“<sup>162)</sup>

So gibt die IRATRA ein kleines Beispiel für den Machtkampf der Monopolgruppen imperialistischer Staaten in abhängigen Ländern und ein Beispiel dafür, wie die Kapitalisten dieser Länder versuchen, durch Ausnutzung der Gegensätze zwischen den imperialistischen Ländern ihren eigenen Vorteil zu wahren, indem sie sich einmal mit diesem und ein andermal mit jenem verbinden. Sie gibt aber auch – wie wir aus der folgenden Bemerkung des deutschen Konsulats in Bagdad sehen werden – ein Beispiel, wie in diesem Kampfe die konkurrierenden Interessen verschiedener Monopole eines Landes zum Ausdruck kommen.

„Die in dem obenbezeichneten Erlasse ausgesprochene Befürchtung, daß die IRATRA ein Monopol erhalten und dadurch die Pläne der Luft-Hansa kreuzen könnte, ist nicht mehr gerechtfertigt. Wie der König auch im Gespräch mit Herrn Weil betont hat, soll die IRATRA eine Konzession aber kein Monopol erhalten.“<sup>163)</sup>

Herr Weil war der Junkers-Vertreter von der Firma Service Aérien Junkers en Perse, dem der König Feisal bei einem Empfang seine Hilfe in bezug auf die Erteilung der Konzession, die Erwirkung von Landungserlaubnissen und die Gewährung von Zollvergünstigungen versprochen hatte.<sup>164)</sup> Offensichtlich hatte der Junkers-Konzern also den gesamten Luftfahrtbetrieb im Auftrag der IRATRA übernommen.

Seit dem Jahre 1926 bemühte sich Junkers, auch im Luftverkehr der Südafrikanischen Union Fuß zu fassen. In diesem Jahre machte er der Unions-Regierung das Angebot, einen regelmäßigen Luftverkehr einzurichten, für den sie eine Subvention von 8000 £ jährlich bezahlen wollte.<sup>165)</sup> Die Verhandlungen sind erst im Jahre 1931 zum Ziel gelangt. Nach einem streng vertraulichen Bericht des deutschen Generalkonsulats für Südafrika an das Auswärtige Amt vom 24. 11. 1931 wollte Junkers sich einen entscheidenden Einfluß auf die „Union Airways“ sichern, wobei sich auch die Regierung mit 30–40% beteiligen sollte.<sup>166)</sup>

<sup>162)</sup> Ebenda, Bl. 4, Schreiben der Junkers Flugzeugwerk AG an die Hermes Kreditversicherungsbank AG vom 10. August 1931.

<sup>163)</sup> Ebenda, Bl. 19, Bericht des Deutschen Konsulats, Bagdad.

<sup>164)</sup> Ebenda.

<sup>165)</sup> „Cölnische Volkszeitung“, Nr. 285 vom 18. April 1926.

<sup>166)</sup> DZA Potsdam, 3101/11688, Bl. 253 bis 260.

„Durch die Beteiligung der Regierung an der Gesellschaft im Zusammenhang mit ihrer Bereitwilligkeit, die Gesellschaft gegebenenfalls nachträglich zu subventionieren, werde der Gesellschaft im übrigen, wenn auch nicht juristisch, so doch praktisch, eine Monopolstellung eingeräumt . . .“<sup>167)</sup>

Diese Monopolstellung hatte sich Junkers gesichert. Im Jahre 1931 beteiligte er sich mit 3000 afrikanischen Pfund an der Union Airways Ltd.<sup>168)</sup>

Im Jahre 1930 wurde ein Vertrag zwischen der Regierung Südwesafrikas und Junkers abgeschlossen, welcher die Übernahme des Luftverkehrs zwischen Windhuk und Kimberley vorsah.

„Die Junkers Flugzeugwerk AG hofft beim Betrieb neben der Subvention von £ 7000.— jährlich auf Einnahmen von etwa £ 2300.—, so daß in der Rentabilitätsberechnung immerhin noch ein Überschuß von £ 1000.— (trotz angesetzter Verzinsung des Anlagekapitals von 10<sup>0</sup>/<sub>0</sub>) enthalten ist.“<sup>169)</sup>

Die geschilderten Tatsachen geben einen kleinen Einblick in die Expansions-tendenzen des im Verhältnis zu denen anderer Industriezweige kleinen und jungen Junkers-Konzerns.

#### e) *Junkers-Konzern steigert Ausbeutung*<sup>170)</sup>

Nach dem ersten Weltkrieg wurden in den Junkers-Werken die Erfahrungen der Massenfertigung von Munition auf die Friedensproduktion angewendet. Während vor dem ersten Weltkrieg fast ausschließlich gelernte Arbeiter beschäftigt wurden, überwogen in der Nachkriegszeit die ungelerten Arbeiter. Der Junkers-Konzern senkte die Löhne nach der Inflation unter das Niveau, das sie vor dem ersten Weltkrieg hatten und begründete das folgendermaßen: „Die Löhne und Gehälter liegen weit unter dem Friedensniveau und müssen darunter bleiben, weil darin die Tatsache, daß Deutschland infolge des verlorenen Krieges verarmt ist, zum Ausdruck kommt.“<sup>171)</sup>

Hugo Junkers war keineswegs durch den Krieg verarmt, sondern hatte sich in ihm bereichert. Jetzt suchte er den mit Kriegsgewinnen geschaffenen

<sup>167)</sup> Ebenda, Bl. 259.

<sup>168)</sup> Stadtarchiv Dessau, Revisionsprotokoll der Deutschen Revisions- und Treuhandgesellschaft über die Prüfung bei der Junkers Flugzeugwerk AG von 1931/32.

<sup>169)</sup> DZA Potsdam, 3101/11687, Bl. 253, Schreiben des Reichsverkehrsministers an den Reichswirtschaftsminister vom 24. November 1930.

<sup>170)</sup> Wenn in dieser Studie zum Widerstandskampf der Arbeiter gegen die Ausbeutung wenig gesagt wird, dann nicht etwa deshalb, weil wir ihm keine Aufmerksamkeit geschenkt haben. Es ist zu hoffen, daß, angeregt durch diese Veröffentlichung, ältere Arbeiter aus ihrer Erinnerung einiges über Arbeiteraktionen gegen die Ausbeutung im Junkers-Konzern wiedergeben, auch wenn sich diese Kämpfe nicht in Streiks ausgedrückt haben.

<sup>171)</sup> GD, IV/001, Schreiben von Junkers & Co. an die Städtische Preis-Prüfstelle Dessau vom 24. Januar 1924.

Konzern auf Kosten der Arbeiter zu vergrößern, indem er die Löhne senkte. Waren vor dem ersten Weltkrieg die Löhne in Dessau bei Junkers am höchsten, mußte Direktor Schleising 1924 bei einer Besprechung mit Dr. Kobert von der Städtischen Preis-Prüfstelle zugeben, daß die Löhne der Gasanstalt Dessau höher lagen als die bei Junkers. Bei der Besprechung ging es um die Gaspreise. Der Junkers-Konzern versuchte, durch sein Gewicht als Großabnehmer, Vorzugspreise für Gas und Elektrizität zu erzwingen. In dem Protokoll über die Besprechung vom 13. 2. 1924 heißt es u. a.:

„Als Löhne habe er (Kobert – H. R.) die Löhne und Gehälter aus dem Jahre 1914 gerechnet. Ich (Schleising – H. R.) machte hierbei darauf aufmerksam, daß man dies unmöglich tun könne; es sei ein Verelendungsfaktor von mindestens 25–30% zu berücksichtigen. Hierauf entgegnete Dr. Ko., die Gasanstalt habe ihm nachgewiesen, daß die Löhne (einschließlich sog. Schmutzzulagen) der Betriebsarbeiter in der Spitze noch weit über Friedensniveau sich bewegten.“<sup>172)</sup>

Während die Gehälter für Techniker und Ingenieure vor dem ersten Weltkrieg in den Junkers-Werken besonders hoch waren, hielten diese nach dem Kriege mit denen der Großkonzerne längst nicht mehr Schritt. Der Ingenieur Gustav Adolf Fritze, dem eine Stellung bei Junkers angeboten worden war, führte in seinem Kündigungsschreiben an das Kabelwerk Oberspree (AEG) vom 16. 2. 1914 u. a. aus:

„Wenn es mir auch schwer wird, die mir lieb gewordene Tätigkeit, die ich seit fast 7 Jahren ausübe, aufzugeben, aber aus Rücksicht auf meine Familie muß ich besonders in wirtschaftlicher Beziehung darauf bedacht sein, weiter zu kommen.“<sup>173)</sup>

Am 1. Februar 1920 schrieb Fritze an das Kabelwerk Oberspree: „Ich würde gerne zum Kabelwerk zurückgehen, . . . weil ich mit dem Gehalt, das ich bisher bezogen habe, nicht mehr weiter auskommen kann. Herr Prof. Junkers hat zwar am 1. 2. allgemein eine Teuerungszulage von 25%<sub>0</sub> auf das Grundgehalt gewährt, doch dürfte diese, wenn sie mein Gehalt auch auf MK 900. — monatlich bringt durch die Steigerung der Lebensmittelpreise schnell wieder ausgeglichen werden.“<sup>174)</sup>

Das zum AEG Konzern gehörende Kabelwerk Oberspree bot Fritze 1500 Mark, in einer Zeit, in der Junkers nur 900 Mark zahlte.

Das zeigt, daß Junkers unter den Ausbeutern der Nachkriegszeit einer der schlimmsten war. Junkers sagte in einer Rede anläßlich des Besuches des Reichspräsidenten Ebert am 6. 12. 1922 in den Junkerswerken u. a.: „Sie haben jedenfalls alle von dem Taylor-System gehört, das die ganze Welt erregt hat, welches auf dem Gebiet der Massen-Produktion Gewaltiges geleistet hat.“

<sup>172)</sup> GD, IV/001.

<sup>173)</sup> Betriebsarchiv des VEB Kabelwerk Oberspree, Personalakte G. A. Fritze.

<sup>174)</sup> Ebenda.

Auch wir in Deutschland haben uns angeschlossen. Auch hier, im hiesigen Betriebe, haben wir mit Erfolg versucht, diesen Grundsätzen der Massen-Produktion Geltung zu verschaffen. Besonders war das auf dem Gebiete der Flugzeugfabrikation der Fall, wo wir ganz neue Wege beschritten haben. Eben in dem wir diese Grundsätze der Massenfabrikation auf die Fabrikation und die Konstruktion der Flugzeuge angewendet haben.

... Wir haben augenblicklich in der Massen-Produktion große Erfolge.“<sup>175)</sup> Diese Erfolge bedeuteten für die Arbeiter größere Erschöpfung und weniger Lohn, der Betrieb aber konnte feststellen: „Durch systematische Bearbeitung der Akkorde stellte sich schon nach 3 Jahren (1924) heraus, daß bei allen Öfen, die in der Konstruktion keine wesentliche Änderung erfahren haben, seit 1914 im allgemeinen eine deutliche Verringerung der Anfertigungszeit eingetreten ist, im Durchschnitt 20–25<sup>0</sup>/<sub>100</sub>.“<sup>176)</sup>

Im Jahre 1925 war die alte Fabrik bei einer Produktion von 6500 Apparaten monatlich an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt. Im 1925 fertiggestellten Neubau wurde zur Band- und Fließfertigung übergegangen, was einen Monatsausstoß von 10–12000 Apparaten ergab.<sup>177)</sup>

Zur Herstellung eines Apparates wendete Junkers nach den durch die Inventur nachgewiesenen Werten ein Kapital auf von:

Per 31. 12. 1923	RM 292,—
„ 31. 12. 1924	„ 147,—
„ 31. 12. 1925	„ 81,—
„ 31. 12. 1927	„ 65,—.

Äußerst deutlich zeigt sich hieran die Auswirkung der Akkordarbeit.

Mitarbeiter des Junkers-Werkes wurden in den Jahren 1925–1927 in besonderen Lehrgängen für Akkordfestsetzung geschult, so z. B. die Meister in einem speziell für sie eingerichteten Stücklohnkursus und Angestellte der Abteilung Arbeitsvorbereitung in einem vom Reichsausschuß für Arbeitszeitermittlung durchgeführten Kursus.<sup>178)</sup>

Diese kurze Beschreibung der Entwicklung des Ausbeutungssystems, die auf Grund äußerst lückenhaften Materials unvollständig bleiben muß, zeigt bereits, daß bei Junkers & Co. mit allen Mitteln versucht wurde, den Profit ständig auf Kosten der Arbeiter zu erhöhen. Die KPD-Ortsgruppe Dessau prägte für ein Flugblatt, das Ende der zwanziger Jahre erschien und diese Zustände bei Junkers anprangerte, die treffende Überschrift: „Im Zuchthaus des Menschenfreundes“.<sup>179)</sup> Darunter wird u. a. gesagt: „Kollegen, welche seit Jahren in den Junkersbetrieben beschäftigt sind, erhalten auf Grund der kapitalistischen Rationalisierung in Verbindung mit der Stoppuhr *wöchent-*

<sup>175)</sup> GD, XI/004.

<sup>176)</sup> GD, I/047.

<sup>177)</sup> Ebenda.

<sup>178)</sup> Ebenda.

<sup>179)</sup> GD, IX/001.

lich 15 bis 20 Mark Lohn und werden, wenn sie den Tarif fordern, entlassen mit dem Bemerkten: ‚Für unseren Betrieb nicht zu verwenden‘.<sup>180)</sup>

Für die anderen Gesellschaften ist über diese Fragen kein Material vorhanden. Es fällt aber nicht schwer, bei einem derartig straff zusammengefaßten Konzern für die anderen Junkers-Unternehmungen ähnliche Verhältnisse zu folgern.

### f) Junkers-Konzern und Staatsapparat

Wie alle Monopolisten, so suchte auch Junkers engen Kontakt mit allen für ihn wichtigen Teilen des Staatsapparates zu halten. Er machte sich anheischig, die Sympathien des Reichspräsidenten Ebert zu gewinnen, der am 6. Dezember 1922 Dessau besuchte und dabei auch die Junkers-Werke besichtigte. Über Ebert war für Junkers die Möglichkeit gegeben, wichtige Kontakte zu gewinnen.

Während der revolutionären Situation nach dem Sturz der Cuno-Regierung im Herbst 1923 schrieb Junkers an den Reichswirtschaftsminister von Raumer am 13. 9. 1923: „... . Wenn ich in diesem Brief zum Ausdruck bringen möchte, daß ich für mich und meine Werke die an sich selbstverständliche Pflicht übernehme, die deutsche Reichsregierung und Sie in ihrer Arbeit zu unterstützen, so geschieht es, weil ich glaube, daß in heutiger Zeit jedes so aus Überzeugung gesprochene Wort die verantwortlichen Leiter unseres Standes bestärken kann, den einmal beschrittenen Weg zielsicher weiter zu gehen.

Die Hebung der Produktion und die Hebung der Ausfuhr muß unser nächstes Ziel sein, soweit das deutsche Flugzeugwesen hierbei aktiv mitwirken kann, wird von meinem Unternehmen alles geschehen, um die Bestrebungen der Reichsregierung in weitgehendstem Maße zu unterstützen.“<sup>181)</sup>

Der Monopolist Junkers unterstützte die Regierung der Monopolisten, indem er ihr versprach, weiterhin bemüht zu sein, im In- und Auslande Profit zu machen! Welch ein echt kapitalistischer Vertrauensbeweis gegenüber einer Regierung!

Ein anderes Mittel, dessen sich Junkers bediente, um die Beziehungen seines Konzerns zum Staatsapparat möglichst profitbringend zu gestalten, war das der Einladungen von Beamten und Abgeordneten zu Betriebsbesichtigungen und Sonderflügen. Oberflächlich gesehen ist das nur ein allgemeines Reklame-mittel. Hier war es mehr. Das Reich trat zwar als Käufer, wenigstens direkt, erst vom Jahre 1925 an auf. In diesem Jahre wurde die Deutsche Lufthansa gegründet, an der das Reich mit 26<sup>0</sup>/<sub>0</sub>, die Länder mit 19<sup>0</sup>/<sub>0</sub>, die Reichsbahn mit 3<sup>0</sup>/<sub>0</sub> und regionale Luftfahrtgesellschaften, die wiederum von den Ländern majorisiert wurden, mit rd. 25<sup>0</sup>/<sub>0</sub> beteiligt waren.<sup>182)</sup>

<sup>180)</sup> Ebenda.

<sup>181)</sup> GD, IX/013.

<sup>182)</sup> Akten der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft, Deutsche Lufthansa.

Damit galt die Lufthansa in der Öffentlichkeit als staatliches Unternehmen. Tatsächlich jedoch hatte die Monopolgruppe, die in der Deutschen Bank ihren Mittelpunkt fand, auf Grund ihrer Schlüsselpositionen im Staat und ihres bedeutenden Aktienbesitzes den entscheidenden Einfluß auf die Lufthansa. Vor 1925 waren aber bereits Länder und Städte am Ausbau des Luftverkehrs interessiert und an fast allen regionalen deutschen Gesellschaften beteiligt. Außerdem gab das Reich jährlich Millionensummen an Subventionen für die Flugzeugindustrie und Luftfahrtunternehmungen aus. Beschlüsse hierüber faßte der Haushaltsausschuß des Reichstages, der sich nach einem Besuch in Dessau mit einem Schreiben an Prof. Junkers vom 26. 2. 1923 nochmals für die Einladung und Gestaltung des Besuches bedankte.<sup>183)</sup> Der ständige Verkehrsausschuß, der auf die Verteilung der Subventionen einen nicht unmaßgeblichen Einfluß hatte, besuchte am 21. April 1923 die Dessauer Werke auf Einladung von Hugo Junkers.<sup>184)</sup>

Damit der Ausschuß den Junkers-Konzern bei seinen Beschlüssen in bleibender Erinnerung behalte, wurde dem Vorsitzenden des Ausschusses, dem Abgeordneten Weiß, am 7. Juni 1923 ein naturgetreues Aluminiummodell der Junkers Ganzmetall-Verkehrs-Limousine überreicht mit dem Wunsche: „Das Modell soll an geeigneter Stelle im Reichstag Aufstellung finden.“<sup>185)</sup>

Der bayerische Ministerpräsident, Dr. von Knilling, und der bayerische Finanzminister, Dr. Krausneck, wurden von Junkers am 6. und 7. Juni 1923 zu einem Fluge von München nach Wien und zurück eingeladen.<sup>186)</sup> Damit wurde ihnen der Dank für die Beteiligung Bayerns an dem Bayerischen Luft-Lloyd abgestattet, der von Junkers gegründet worden war. Eine gleiche Behandlung erfuhren später auch die Abgeordneten des bayerischen Landtages: „Im Anschluß an die Beratungen und die Annahme des Handelsetats, durch welchen die Regierung gemäß ihres Antrages ermächtigt wurde, sich in entsprechender Weise an der in Gründung befindlichen ‚Bayerischen Luftverkehrs AG‘ und damit mittelbar an der ‚Europa-Union‘ zu beteiligen . . . fand am 21. d. M. ein Geschwaderflug von 40 bayerischen Abgeordneten statt . . .“<sup>187)</sup>

Am 21. Mai 1925 folgten über 200 Mitglieder des Reichstages der Einladung des Junkers-Konzerns zu einem Rundflug über Berlin.<sup>188)</sup>

Junkers sah sich im Rahmen der Mächtigen, die den Staat beherrschen und wußte, womit er seinen Einfluß verstärken konnte: Für die Abgeordneten Geschwaderflüge und für die Minister Sonderflugzeuge; bitte sehr: Am 12. 9. 1923 flog der Reichsverkehrsminister Oeser mit seiner Gattin im Sonderflugzeug des

<sup>183)</sup> Junkers-Luftverkehr-Nachrichtenblatt, Nr. 3 vom 17. Juni 1923.

<sup>184)</sup> Ebenda.

<sup>185)</sup> Ebenda.

<sup>186)</sup> Junkers Luftverkehr-Nachrichtenblatt, Nr. 4 vom 24. Juni 1923.

<sup>187)</sup> Ebenda, Nr. 3 vom 23. Februar 1925.

<sup>188)</sup> Ebenda, Nr. 8 vom 2. Juni 1925.

Junkers-Luftverkehrs nach Dessau zu einer Besichtigung und einer dringenden Besprechung mit Hugo Junkers.<sup>189)</sup>

Im Frühjahr 1924 stellte Junkers dem Danziger Senat ein Wasserflugzeug zu Erkundungsflügen im Hochwasserschutzdienst zur Verfügung. Die „Danziger Neueste Nachrichten“ vom 31. 3. 1924 meldete: „Der Beweis, daß das Flugzeug geeignet ist, bei Hochwassergefahr helfend einzugreifen, ist glänzend gelungen.“<sup>190)</sup> Natürlich war gebührend vermerkt worden, daß es sich um ein Junkers-Flugzeug handelte.

Hugo Junkers wußte, was die Presse wert war, und zwar nicht nur für die allgemeine Reklame, sondern zur Wahrung des „guten Rufes“ als gefügiges Werkzeug für Monopolisten.

Am 15. Mai 1923 besichtigen Vertreter der Berliner und der deutschen Provinzpresse die Dessauer Werke. Die Presse jubelte: „Was Krupp für Essen, ist Junkers für Dessau“, „Was die Werkstätten der Junkers'schen Betriebe verläßt, ist hochwertige Qualitätsarbeit“. Nicht die Arbeiter, die diese Glanzleistungen vollbrachten, wurden so gelobt, sondern der Konzern. Eine gute Reklame für das Junkers-Monopol. Reklame wurde überhaupt groß geschrieben bei Junkers: Eigener Pressechef, Werbeabteilung mit künstlerischem Berater, Zeitschrift „Die Luftreise“, Zeitschrift „Junkers-Luftverkehr-Nachrichtenblatt“, hunderte von Prospekten und Werbeschriften in den wichtigsten Weltsprachen. Am 1. Mai 1930 erschien sogar ein vielseitiges Verzeichnis der Junkers-Literatur, herausgegeben vom Junkers-Konzern.

Im Herbst 1923 spendierte der Junkers-Konzern dem Journalisten Dr. Alfred Kuhn eine Reise nach Riga. Er schrieb dafür einen großen Aufsatz in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, voll des Lobes für den Junkers-Konzern. Am 25. Mai 1925 wurde eine Delegation des Reichsverbandes der deutschen Presse zur Besichtigung von Junkers-Flugzeugen auf dem Tempelhofer Feld empfangen.<sup>191)</sup> Gelegentlich eines eigens für Pressevertreter veranstalteten „Siebenstaatenfluges“ stellte das Junkers-Luftverkehr-Nachrichtenblatt auch den damit verfolgten Zweck – allerdings nur andeutungsweise – fest:

„Um den Vertretern der deutschen Presse auf einer großen Luftreise sowohl die Vorzüge des Großflugzeugtyps als auch die Vorteile des Luftverkehrs gerade für die Publizistik zu zeigen, stellten die Junkers-Werke und die Junkers-Luftverkehr AG dem Reichsverband der deutschen Presse ein Großflugzeug für einen 4000 km Flug zur Verfügung.“<sup>192)</sup>

Aber selbst diese „Pressepflege“ konnte nicht verhindern, daß die monopolistischen Machenschaften von Junkers ruchbar wurden. In der „Welt am Abend“ vom 11. 11. 1925 erschien in großer Aufmachung ein Artikel unter der Überschrift: „Der Junkers-Skandal“:

<sup>189)</sup> Ebenda, Nr. 11 vom 26. September 1924.

<sup>190)</sup> Ebenda, Nr. 3 vom 17. April 1924.

<sup>191)</sup> Ebenda, Nr. 10 vom 30. Juni 1925.

<sup>192)</sup> Ebenda.

„... in echt kapitalistisch ‚großzügiger‘ Weise warf Junkers *Millionen für Reklame* seiner Flugzeuge und Verkehrslinien heraus. Eine Zeitschrift ‚Die Luftreise‘ ward gegründet, die 100000 M verschlang, ohne den geringsten Nutzen zu bringen.“

Dann folgen einige Angaben über die Gründung von Luftfahrtgesellschaften in Deutschland und im Ausland, die als Konkurrenzlinien zu denen anderer Unternehmungen viel Geld verschlangen.<sup>193)</sup>

Der Artikel schließt:

„Wenn das alles mit privaten Geldern geschehen wäre, so wäre wohl Anlaß zur Kritik, aber es wäre kein Skandal. Zum Skandal wird dieses Treiben dadurch, daß es zum größten Teil mit Reichsgeldern, mit den Geldern der Steuerzahler und unter der Aufsicht des Reichsverkehrs- und Reichsfinanzministeriums geschah. Die Junkers Verkehrsgesellschaft hat von den Zuschüssen, die das Reich den Luftverkehrsgesellschaften leistet, stets 50–60% für sich allein bezogen . . . Doch damit nicht genug. Die in den Junkers-Werften angestellten ehemaligen Marineoffiziere verstanden zwar nicht allzuviel vom Flugzeugbau, aber sie hatten Beziehungen in der Reichsregierung und erreichten auf diese Weise, daß man für die Werften noch extra Bauzuschüsse aus Reichsmitteln im Betrag von vielen Millionen erhielt.“

Hier sei gleich ein Auszug aus dem im Jahre 1934 angefertigten Bericht des Oberstaatsanwalts Lämmler angefügt: „Die Sicherheit, mit der Professor Junkers seine Machenschaften betrieb, hatte ihren Grund in einer völligen Deckung durch die Reichstagsabgeordneten Quaatz und Kuhlenkampff. Diese beiden Abgeordneten waren in der damaligen Konstellation des Parlaments die ausschlaggebenden Persönlichkeiten. Zum Zentrum hatte dann der Junkers-Angestellte Fischer von Poturzyn, der zu dieser Zeit oder später Reichstagsabgeordneter war, maßgeblichen Einfluß und zu der nicht unmaßgeblichen Wirtschaftspartei Gotthard Sachsenberg, der ebenfalls zu dieser Zeit oder später einmal Reichstagsabgeordneter war.“

Die Zentrumspresse versorgte Fischer von Poturzyn, die deutschnationalen Zeitungen der Junkers-Angestellte Freiherr von Milamowitz, die ‚Deutsche Zeitung‘ Sachsenberg und die sozialdemokratische Presse ein von Junkers eingefangener Vorwärts-Redakteur. Hierzu kamen die persönlichen Beziehungen des Professors Junkers als Linksdemokrat und Pazifist zu den eigenen Demokraten und deren Presse und zu Löbe und dem einflußreichen Dessauer sozialdemokratischen Führer Peus . . .

Die bedenklichste Rolle spielte der Abgeordnete Geheimrat Quaatz. Es würde zu weit führen, die ganzen Machenschaften des Quaatz, die darauf hinausgingen, den Professor Junkers unter allen Umständen zu den erstrebten Zielen zu verhelfen, hier aufzuführen. Es soll aber nur so viel gesagt werden, daß Quaatz den heftigsten Druck auf das Reichsverkehrsministerium ausübte und offen damit drohte, den ganzen Reichstag aufsässig zu machen und den

<sup>193)</sup> Siehe auch Abschnitt: Junkers Auslands-Luftmonopole.

Reichsverkehrsminister und dessen Ministerialrat Dr. Brandenburg, sowie andere maßgebliche Herren des Ministeriums zu stürzen, ganz abgesehen von allgemeinen Diskreditierungen und Schmähungen aller Beamten, die mit der Junkerssache befaßt waren.

In den Akten befindet sich auch die wiederholte Wiedergabe des Ausspruchs des Reichsverkehrsministers Dr. Krone, daß er zu der Erfüllung der Wünsche des Prof. Junkers durch Quaatz ‚einfach gezwungen worden sei und daß er nicht habe anders handeln können‘.

Es ist noch bemerkenswert, daß Quaatz, als er auf den ehrlichen im Reichsinteresse notwendigen Widerstand des Ministerialrats Dr. Brandenburg stieß, sich dazu hergab, dem Ministerialrat Dr. Brandenburg anzubieten, für ihn auf dem Wege der parlamentarischen Initiative eine planmäßige Ministerialdirektorstelle im Etat durch den Reichstag einsetzen zu lassen, wenn Dr. Brandenburg den Wünschen des Quaatz für Professor Junkers nachkommen würde.

Quaatz scheute sich auch nicht, dem Ministerialrat Dr. Brandenburg im Zusammenhang mit Junkers anzubieten, daß er die beschränkten Haushaltsmittel des Reichsverkehrsministeriums durch Effekten-Spekulationen vermehren solle und auf die Frage Brandenburgs, was dann werden solle, wenn die Spekulation schief ginge, zu antworten, daß dann Brandenburg sich eine Kugel durch den Kopf schießen müsse.<sup>194)</sup>

Wir sehen, der Junkers-Konzern tanzte nicht aus der Reihe, alle diese Machenschaften waren eines Monopolisten durchaus würdig und zeitigten entsprechende Ergebnisse. Und nicht etwa ein Finanzkonsortium, das den Namen Junkers mißbrauchte, saß an der Spitze des Konzerns, sondern Hugo Junkers hielt allein die Fäden in der Hand und war daher auch der Hauptverantwortliche für all das, was in seinem Familienkonzern geschah. Er spielte eine bedeutende Rolle als Monopolist in Deutschland und war ganz etwas anderes als ein stiller Gelehrter.

Hugo Junkers sagte in seiner Rede auf dem Dessauer Flugplatz anlässlich der Verabschiedung der Ozeanflieger am 13. 8. 1927: „Was wir von der Luftfahrt erwarten, das ist *nicht bloß das Bauen* von Flugzeugen jeglichen Typs, sondern wir müssen große *volkswirtschaftliche Aufgaben* erfüllen. Wir müssen Flugzeuge benutzen, um die Völker einander näherzubringen; mein schönstes Ziel ist, dazu beizutragen, in fruchtbarem Kampfe zum Segen und zum kulturellen Fortschritte der Menschheit. Der Ozeanflug soll mit dazu helfen, diese Ziele zu verwirklichen. Die Luftfahrt soll nicht nur nach innen *frei von jeder Politik* sein und versöhnend wirken, sondern auch nach außen hin. Statt die Flugzeuge mit Kriegsmitteln auszurüsten, wollen wir sie mit den *Waffen des Friedens und der Menschlichkeit* ausstatten. Die Junkers-Flugzeuge sollen dann, wenn sie

<sup>194)</sup> Stadtarchiv Dessau, Bericht zum Fall Junkers von dem Leiter der Landeskriminalpolizeistelle Dessau, Oberstaatsanwalt Lämmeler, vom 28. April 1934.

amerikanischen Boden berühren, *Sendboten des Friedens* sein, und wir hoffen, daß andere Nationen in dieser großen Sendung mit uns einig gehen.“<sup>195)</sup>

Diesen Worten von Hugo Junkers standen selbstverständlich nicht entsprechende Taten gegenüber. Wir haben im vorigen Kapitel gesehen, daß Junkers zur gleichen Zeit in seiner schwedischen Tochtergesellschaft Kriegsflugzeuge seiner Konstruktion bauen ließ. Darüber hinaus gab Junkers Lizenzen dieser Kriegsflugzeuge an andere Gesellschaften. Der Junkers-Direktor Dr. Veiel schrieb am 16. Dezember 1929 an den Generaldirektor der *Construcciones Aeronauticas S. A. Madrid (Casa)*:

„... Entsprechend dem Wunsche des Professor Junkers, Ihnen Beweise seiner in der Tat als außergewöhnlich zu bezeichnenden Freundschaft zu geben, erlaube ich mir, Ihnen zu bestätigen, daß Professor Junkers, im Gegensatz zu den bisherigen Gepflogenheiten des von mir vertretenen Werkes, der Casa außer den in unserem Vertrag vereinbarten Typen die Konzession erteilt, die K 37 oder K 47 (Kriegsflugzeuge – H. R.) zu fabrizieren, ohne daß sie dafür irgendeine weitere Anzahlung zu leisten hätte, abgesehen allein von den im Artikel 4 § 1 des Vertrages angegebenen üblichen Abgaben. (Lizenzgebühren – H. R.)

Ich nehme an, daß Sie den Wert der von mir angebotenen Konzession anerkennen werden, besonders weil Ihnen wohl bekannt sein dürfte, daß es nicht kaufmännische Usance ist, solche nach Ausfertigung und Unterzeichnung der Vertragsklauseln einzuräumen. Ich bin überzeugt, daß Sie es zu schätzen wissen werden, daß alles ein außergewöhnliches Zeichen von Freundschaft und Aufrichtigkeit ist, welches Herr Professor Junkers im Interesse der spanischen Luftschiffahrt im allgemeinen sowie der Casa im besonderen anzubieten vermag.“<sup>196)</sup>

Und wie es mit der Stellungnahme gegen das Hineinziehen der Luftfahrt in die Politik aussieht, das zeigt folgendes Beispiel: In Polen gab es nur die Fluglinie der Cie Franco-Roumaine, bis im Jahre 1922 die Polska Linja Lotnicza Aerolloyd gegründet wurde, die nur Junkersflugzeuge verwendete und der ersten Gesellschaft in schärfstem Konkurrenzkampf das Feld streitig machte. Um die neue Luftverkehrsgesellschaft in den Augen der polnischen Reisenden zu diskriminieren, bezeichnete die Cie Franco-Roumaine den Aerolloyd als deutsches Unternehmen.

Hierzu wurde in dem „Junkers-Luftverkehr-Nachrichtenblatt“ u. a. gesagt: „Alle, die sich darüber aufhalten, daß Betriebsgemeinschaftsplakate deutscher, polnischer, lettländischer, esthnischer usw. Linien erscheinen, sollten von Fachkreisen darüber aufgeklärt werden, daß nationalistische und chauvinistische Tendenzen im Verkehr und vor allem im Luftverkehr schon jetzt und für alle Zukunft nicht angebracht sind.“<sup>197)</sup>

<sup>195)</sup> Eine Chronik des Flug-Gedankens bis zum Luftverkehr im Dienste der Völkerverbindung. Berlin 1930, S. 131.

<sup>196)</sup> Stadtarchiv Dessau, Akte „C“.

<sup>197)</sup> Junkers-Luftverkehr-Nachrichtenblatt. Nr. 3 vom 17. Juni 1923.

Zwei Jahre später aber benutzte der Junkers-Luftverkehr diese von ihm angeprangerten Methoden im Luftverkehr nicht nur im üblichen Konkurrenzkampf, sondern zu einer politischen Provokation gegenüber dem polnischen Staat.

In Gleiwitz wurden am 6. September zwei Junkers-Großflugzeuge, die in der A. B. Flygindustri, Limhamn in Schweden, gebaut worden waren, von der Junkers Luftverkehr AG „Oberschlesien“ und „Ostmark“ getauft und in Betrieb genommen. Diese Handlungsweise war selbst dem Reichsverkehrsminister zu viel, jedenfalls sah er sich zu seiner Deckung gezwungen, dagegen in einem vertraulichen Schreiben an die Junkers-Luftverkehr AG vom 7. 9. 1925 zu protestieren:

„Wie mir bekannt geworden ist, sind am 6. September 1925 in Gleiwitz 2 Großflugzeuge der Junkers-Luftverkehr AG getauft und in Betrieb genommen worden. Es soll sich hierbei um Flugzeuge schwedischer Nationalität mit schwedischen Hoheitsabzeichen und schwedischen Ausweisen handeln. Trotz ihres unzweifelhaft ausländischen Charakters sollen die Flugzeuge die Namen „Oberschlesien“ und „Ostmark“ erhalten haben.

Inwieweit die einzelnen Angaben von Zeitungsnachrichten zutreffend sind, entzieht sich meiner Kenntnis. Ich möchte jedoch darauf hinweisen, daß aus einem derartigen Vorgehen schwerwiegende Folgen nicht nur für die Junkers Flugzeugwerk AG, sondern für die ganze deutsche Luftfahrt entstehen können. Ich halte es für politisch nicht vertretbar, wenn die Aufmerksamkeit insbesondere der a. und a. Mächte und ihrer hiesigen Beauftragten mehr als nötig auf zur Zeit noch umstrittene Vorgänge in der deutschen Luftfahrt gelenkt wird, da hierdurch nur Erörterungen und Gegenmaßnahmen begünstigt werden, ohne daß auch nur der geringste Vorteil für die deutsche Luftfahrt gewonnen wird.“<sup>198)</sup>

Der Junkers-Luftverkehr aber ließ sich durch dieses Schreiben des Ministers nicht stören und brachte in seinem Nachrichtenblatt vom 28. September 1925 unter der Überschrift „Ein Festtag in Gleiwitz“ eine Zusammenstellung aus Berichten der Schlesischen Zeitung hierüber, in denen u. a. ausgeführt wurde, daß es sich hier nicht allein um eine ober-schlesische Sache, sondern um eine deutsche Angelegenheit handele.

Hier verband sich der Name Junkers in aller Öffentlichkeit eng mit der nationalistischen und chauvinistischen Hetzpropaganda. Die Handlungsweise des Junkerskonzerns, sei es im Bau von Kriegsflugzeugen, sei es in der Provokation des polnischen Staates, zeigt deutlich, daß die Worte von Hugo Junkers von der Freiheit der Luftfahrt von jeder Politik und der Notwendigkeit, die Flugzeuge mit „Waffen des Friedens“ auszurüsten, nur dazu dienen sollten, solche monopolistischen Machenschaften, die unter der Leitung und im Namen von Hugo Junkers vorgenommen wurden, zu verschleiern und die entsprechenden Machenschaften der Konkurrenz als unethisch und inhuman zu attackieren.

<sup>198)</sup> DZA Merseburg, Rep. 120, Lu 1, Nr. 3, Bd. I.

Bis 1925 erhielt die Junkers Luftverkehr AG jährlich einige Millionen Subventionsgelder, etwa die Hälfte des vom Reichsverkehrsministerium dafür insgesamt ausgeschütteten Betrages. Anfang der zwanziger Jahre erhielt die Junkers-Flugzeugwerk AG 500000 M als Beihilfe „für die Entwicklung der Produktion im Sinne der Massenherstellung von Kriegsflugzeugen“.<sup>199)</sup>

Am 14. 8. 1924 richtete das Hauptbüro der Junkers-Werke eine Eingabe an das Anhaltische Staatsministerium in Dessau. Der Konzern brauchte Land und wollte auf billige Weise dazu kommen.<sup>200)</sup>

Ende August 1924 erklärte sich der Haushaltsausschuß des Anhaltischen Landtages mit der Vorlage der Staatsregierung einstimmig einverstanden, „daß das gegenüber den Flugzeugwerken befindliche, etwa 500 Morgen große Gelände, als Eigentum des Staates erworben und an die Junkers-Werke verpachtet wird“.<sup>201)</sup> Der Konzern erhielt sogar das Recht, das Land teilweise zur Vergrößerung der Fabrikationsanlagen zu benutzen. Dieses Entgegenkommen des Anhaltischen Staates kostete ihm die Kleinigkeit von 1,8 Millionen Mark, die Junkers einstweilen einsparen konnte.

Im Oktober 1925 geriet das Junkers-Flugzeugwerk in Zahlungsschwierigkeiten. Ein Reichskredit von 700000,— RM konnte die drohende Konkursgefahr nicht abwenden. Insgesamt beliefen sich die Junkers-Schulden auf 12 Millionen RM, denen keine Einnahmen gegenüberstanden.<sup>202)</sup>

Zur Aufrechterhaltung des Betriebes wurden außerdem monatlich 3 Millionen RM als notwendig erachtet. Das Reich gab Junkers damals 17,5 Millionen, davon 10,5 Millionen als Kredit. Die übrigen 7 Millionen wurden gegen Junkers Flugzeugwerk-Aktien in diesem Nennbetrag gegeben, die durch eine Kapitalerhöhung geschaffen wurden. Gleichzeitig übernahm ein vom Reich eingesetzter Ausschuß die Leitung der Ifa, in die auch die Gesellschaftsanteile der Jumo eingebracht wurden. Im Verlauf dieser Reichsverwaltung wurden der Ifa vom Reich noch weitere Millionenbeträge als Kredite gegeben.<sup>203)</sup> Am 20. Dezember 1926 fand die Zeit der Reichsverwaltung ihr Ende. Hugo Junkers hatte erreicht, daß das Reich auf alle Darlehen und Kredite verzichtete. Er erhielt 7 Millionen RM Aktien zurück, mußte aber die Junkers Luftverkehr AG sowie 1 Million RM in bar und 2,7 Millionen in Ifa-Gerät (in Flugzeugen) an das Reich abgeben.<sup>204)</sup>

<sup>199)</sup> Landesarchiv Oranienbaum, Darstellung der Beziehungen zwischen dem Reichsverkehrsministerium (Heeresleitung) und Prof. Junkers vom Herbst 1921 bis Herbst 1926, Berlin/Dessau, den 8. Dezember 1926.

<sup>200)</sup> Stadtarchiv Dessau, Junkers H. V. Verwaltung, Rechtsabteilung/V, Schreiben der Junkers-Werke Hauptbüro an das Anhaltische Staatsministerium vom 14. August 1924.

<sup>201)</sup> Junkers-Luftverkehr-Nachrichtenblatt. Nr. 10 vom 3. September 1924.

<sup>202)</sup> Stadtarchiv Dessau, Stenogramm aus der Sitzung des Aufsichtsrats der Ifa vom 7. Mai 1926.

<sup>203)</sup> Ebenda.

<sup>204)</sup> *Blunck, Richard*, a. a. O., S. 184.

Der endgültige Stand dieser Auseinandersetzungen hatte folgendes Ergebnis: „Nach der Mappe ‚Reichsverkehrsministerium-Abrechnung‘, die in Gewahrsam des Herrn Prokuristen Müller der Junkers-Flugzeugwerke sich befand, hatte das Reich in den Jahren 1922 bis 1925 insgesamt . . . 39,8 Mill. Mk dem Junkers-Flugzeugwerk zur Verfügung gestellt.

Dieser Summe stehen an Gegenleistungen von Junkers gegenüber 14,7 Mill. Mk, so daß das Reich Mehrleistungen von rund 25,1 Mill. Mk gemacht hat . . .“<sup>205)</sup>

Die Angaben über die Summe, die der Monopolist Hugo Junkers dem Reich, das heißt letztlich den Steuerzahlern abgeluchst hatte, schwanken. Emil Georg von Stauß, Vorstandsmitglied der Deutschen Bank, vermerkte am 19. 1. 1927, Junkers hätte 33 Millionen RM bekommen,<sup>206)</sup> nach einer Darstellung des Reichsverkehrsministers wiederum waren es 29 Millionen RM.<sup>207)</sup>

Warum aber mußte Junkers die Ilag (Junkers-Luftverkehr AG) und damit fast alle Beteiligungen an Luftfahrtgesellschaften in Deutschland abgeben? Der Junkers-Luftverkehr teilte sich das Monopol des Luftverkehrs in Deutschland mit der Deutsche Aero Lloyd AG. Beide Gesellschaften lieferten sich im In- und Auslande schärfste Konkurrenzkämpfe, wie wir bereits in einem der vorangehenden Kapitel gesehen haben. Großaktionäre des Aero Lloyd waren der Norddeutsche Lloyd, die Hapag, die AEG, die Deutsche Bank und andere Banken.<sup>208)</sup> Entscheidend beteiligt war am Aero Lloyd die Monopolgruppe, die sich um die Deutsche Bank konzentrierte und sowohl Banken als auch industrielle Konzerne umfaßte. Diese Gruppe hatte entsprechend ihren ökonomischen Machtpositionen und den einflußreichen Verbindungen der ihr angehörenden Monopolisten eine weit bedeutendere Stellung im staatsmonopolistischen Machtkampf als Junkers. Diese Konkurrenten von Junkers waren es, die das Reich bestimmten, sich an der Gründung der Deutschen Lufthansa maßgeblich zu beteiligen. Sie waren es auch, die ihre herrschende Stellung über die Reichsinstanzen gelegentlich der ihnen wie gerufen kommenden Zahlungsunfähigkeit der Ifa ausnutzten, um mit der Ilag das Luftverkehrsmonopol der Deutschen Lufthansa AG abzurunden. Die stärksten Monopole hatten gesiegt. Noch aber war Junkers stark im Auslandsluftverkehr und stark als Flugzeugproduzent. Die kleineren Konkurrenten im Flugzeugbau witterten eine Chance: der Junkers-Konzern müßte endgültig zerschlagen werden, nur so hätte einer von ihnen – und jeder glaubte, er würde es sein – eine Möglich-

<sup>205)</sup> Stadtarchiv Dessau, Bericht zum Fall Junkers von dem Leiter der Landeskriminalpolizeistelle Dessau, Oberstaatsanwalt Lämmler, vom 28. April 1934.

<sup>206)</sup> Akten der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft, Sekretariat, Junkers Flugzeug- und Motorenwerke AG, Dessau.

<sup>207)</sup> DZA Merseburg, Rep. 120, Lu 21, Nr. 12, Bd. I, Schreiben des Reichsverkehrsministers an das Preußische Ministerium für Handel und Gewerbe vom 25. Januar 1927.

<sup>208)</sup> DZA Merseburg, Rep. 120 Tn, Nr. 18g.

keit, an Stelle von Junkers in die Reihe der Monopolisten aufzusteigen. Für sie war es auch beunruhigend, daß das Reich für 2,7 Millionen Flugzeuge von Junkers übernommen hatte, die nun doch sicher der Lufthansa gegeben würden. Für diese Summe würden dann von der Lufthansa keine Bestellungen aufgegeben werden, von denen sonst auch etwas für sie abgefallen wäre.

Der Generaldirektor und Geschäftsführer der Luftschiffbau Zeppelin GmbH schrieb am 9. Januar 1927: „Das Reich ist berechtigt, der Lufthansa Geld oder Material als Subvention zuzuführen, es liegt die Gefahr vor, daß die Hansa veranlaßt wird, Junkers-Material in stärkerem Maße zu übernehmen, als sie eigentlich benötigt. Da die Übernahme zahlreicher 3-motor. Flugzeuge einer unwirtschaftlichen Konstruktion durchaus nicht für Rentabilität und Entwicklung des Luftverkehrs vorteilhaft sein kann, wie das in meinem ersten Schreiben an Sie ausgeführt war, sehe ich in der Regelung zwischen Reich und Junkerswerken, neben der Möglichkeit einer außerordentlichen Schädigung der übrigen Flugzeugindustrie, eine Beeinträchtigung des Luftverkehrs der Hansa. Wenn die Lufthansa und die ihr angeschlossenen öffentlichen Stellen sich mit der Flugzeugindustrie nicht mit aller Energie bei Behörden und Reichstag dafür einsetzen, daß endlich den Machenschaften der Junkerswerke ein Ende gemacht wird, so ist zu befürchten, daß den außerordentlichen Millionen (man spricht von 33 Millionen), die diesem Unternehmen auf Kosten der deutschen Steuerzahler bereits zuflossen, bald weitere Millionen folgen werden. Die Vertreter der Behörden, die gegen den Protest der übrigen Flugzeugindustrie die großen Zuweisungen an Junkers im Anfang und seit Jahren befürworteten, sind allerdings von Junkers jetzt scharf abgerückt, trotzdem ist zu befürchten, daß skrupellose Propaganda, die Junkers bei Behörden, Abgeordneten und in der Öffentlichkeit zu betreiben pflegt, ihn in kurzer Zeit wieder in die Lage versetzen wird, sein bisher geübtes System fortzusetzen und Reichsmittel für sich flüssig zu machen, in einer Höhe, welche die übrige Flugzeugindustrie nicht kennt. Es ist darum notwendig, daß in der breitesten Öffentlichkeit endlich einmal der Schrei nach Gerechtigkeit, Ehrlichkeit und Wahrheit in der Behandlung der Luftfahrtfragen durchdringt.“<sup>209)</sup>

Eine klassische Beschwerde eines Vertreters der Großbourgeoisie gegen eine bestimmte Erscheinungsform des staatsmonopolistischen Kapitalismus! So kompliziert lagen die Verhältnisse im Konkurrenzkampf des modernen Kapitalismus. Eine Monopolgruppe bekämpft das Junkers-Monopol. Faktisch gewinnen beide dabei, die Monopolgruppe das Luftfahrtmonopol in Deutschland und Junkers mehr als die Schuldenlosigkeit, denn in der Zeit der Reichsverwaltung sind Millionensummen auf Kosten der Steuerzahler investiert worden. Selbst dort aber, wo Junkers etwas an die Monopolgruppe abtreten muß, sind die kleineren Konkurrenten, weil wirtschaftlich schwächer, mehr geschädigt als er.

<sup>209)</sup> Akten der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft, Generalsekretariat, Deutsche Lufthansa.

Eine Klausel des Vertrages zwischen Junkers und dem Reich und ihre offensichtliche Nichteinhaltung macht die herrschende Stellung von Monopolen im Staat und hier Insonderheit die des Junkers-Konzerns noch deutlicher: „Außerdem hat sich Professor Junkers für sich und seine Konzernfirmen verpflichten müssen, auf jegliche Darlehen und Beihilfen aus öffentlichen Mitteln zu verzichten, für welche Zwecke die Zuwendungen auch bestimmt sein mögen.“<sup>210)</sup> Im Jahre 1930 aber erhielt Junkers aus einem Nachtragshaushalt für das Jahr 1929 vom Reichsfinanzministerium „als Ausgleich für die im Jahre 1929 ausgefallenen deutschen Aufträge“<sup>211)</sup> einen Reichszuschuß ohne Gegenleistung von 2,35 Mill. RM (Ifa 1,6 Mill. RM und Jumo 0,75 Mill. RM). Insgesamt wurden bei dieser Gelegenheit den Kapitalisten der deutschen Flugzeugindustrie 9 Mill. RM an Steuergeldern in den Rachen geworfen. Dornier erhielt davon 1,6 Mill. RM, der übrige Betrag von 5,05 Mill. RM wurde auf 10 andere Flugzeug- bzw. Flugmotorenwerke aufgeteilt.<sup>212)</sup> Junkers war also unter den Flugzeugindustriellen immer noch der erste an der Futterkrippe. Er verschlang einen bedeutenden Anteil der Steuergelder, die von den herrschenden Monopolen in Staat und Wirtschaft an die kapitalistischen Unternehmungen ausgeschüttet wurden, welche als künftige Rüstungsindustrie in gutem Zustand gehalten werden sollten. In den Kreisen der so Bedachten wußte man das sehr gut und argumentierte selbstverständlich damit. Der Generaldirektor Popp von BMW, die als Flugmotorenwerke ebenfalls 1,1 Mill. RM Reichszuschuß aus dem oben zitierten Nachtragshaushalt bekommen hatten, schrieb am 21. Dezember 1931 an die Luftfahrt-Abteilung des Reichsverkehrsministeriums: „Der Aufwand von ca. jährlich RM 50 Millionen aus dem Reichsetat für die deutsche Luftfahrt läßt sich letzten Endes nur aus Gründen der Landesverteidigung rechtfertigen. Daß die deutsche Luftfahrt bis auf weiteres im zivilen Kleide betrieben werden muß, ändert nichts an dieser Forderung.

Der militärische Zweck verlangt stets an erster Stelle die Sicherstellung der fabrikatorischen Grundlagen für die Waffe. Erst auf dieser Basis ergibt sich die Möglichkeit ihrer Verwendung . . .“<sup>213)</sup>

Junkers war einer der Konzernherren dieser potentiellen Rüstungsindustrie. Die Ausbeutung seiner Arbeiter brachte ihm Profite. Der Kapitalexport und mehrere Monopole ließen ihn zu Extraprofit gelangen. Dies alles, zusammen mit den Staatssubventionen in verschiedenster Form, sicherte ihm Höchstprofite.

<sup>210)</sup> DZA Merseburg, Rep. 120, Lu 21, Nr. 12, Bd. I, Schreiben des Reichsverkehrsministers an das Preußische Ministerium für Handel und Gewerbe vom 25. Januar 1927.

<sup>211)</sup> Geschäftsbericht der Junkers Flugzeugwerk AG für das XII. Geschäftsjahr 1928/29.

<sup>212)</sup> „Kölnische Zeitung“, Nr. 37a vom 19. Januar 1930.

<sup>213)</sup> Akten der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft, Generalsekretariat Dr. Weigelt, diverse geschäftliche Korrespondenz, Nr. 80.

Diese Profitjagd wurde jedoch auch für Junkers in der Krise unterbrochen. Er geriet abermals in Zahlungsschwierigkeiten. Die Ico wurde 1932 an den Bosch-Konzern verkauft. Junkers verhandelte zur gleichen Zeit mit dem Henschel-Konzern, der Interesse für die Ifa-Werke zeigte. Junkers verlangte einen verhältnismäßig hohen Preis, und so nahmen die Verhandlungen ein frühes Ende. „Nach dem Scheitern der Verhandlungen hoffe er jetzt auf eine Reichsbeteiligung aus den Händen eines nationalsozialistischen Kabinetts, zu welchem Zweck er mit seinen wichtigsten Mitarbeitern zu den Nazis übergegangen sei. . .“<sup>214</sup>) Das sind die Worte des Generaldirektors der Continental-Gasgesellschaft AG, Bruno Heck, so wie sie von seinem Gesprächspartner, Dr. Weigelt, (Deutsche Bank) nach dem gemeinsamen Telefonat am 2. August 1932 festgehalten wurden. Es ist nicht anzunehmen, daß die Angaben von Heck nicht stimmen. Heck stand zwar contra Junkers, konnte ihm jedoch mit einer solchen Nachricht an die Deutsche Bank keinen Schaden zufügen. Emil Georg von Stauß, der dieser Großbank als verantwortliches Vorstandsmitglied u. a. für Luftfahrtfragen und Flugzeugbau angehörte, war offiziell noch Mitglied der Deutschen Volkspartei, unterstützte aber bereits seit 1931 die NSDAP. Er legte sich dabei sehr wenig Zwang auf, und seine Sektfrühstücke mit Führern dieser Partei in öffentlichen Lokalen brachten seiner Bank zahlreiche Beschwerdebriefe und Kontenkündigungen seitens jüdischer Kunden ein. Die Bank deckte voll und ganz das Verhalten des Direktors von Stauß und verteidigte es gegenüber ihren Kunden.

Die Nachricht über Junkers wird von anderer Seite bestätigt. In einer Denkschrift, deren Verfasser ehemalige Mitarbeiter von Junkers in seiner Direktion waren, heißt es: „Die Gewinnung der Dessauer Nationalsozialisten und ihrer Presse ist der neueste Erfolg der propagandistischen Fähigkeiten von Prof. Junkers. . .“<sup>215</sup>)

Von 1918 bis 1932 galt Junkers als prominentes Mitglied der Demokratischen Partei. Er gehörte nicht zu jenem chauvinistischen und reaktionärsten Teil des deutschen Finanzkapitals, dessen Instrument und Machtmittel die NSDAP war. Aber Junkers gehörte zu jenen Kapitalisten, die auf Grund der Ereignisse der Wirtschaftskrise vor dem wirtschaftlichen Ruin standen und einen Ausweg in dem Programm sahen, das ihnen Hitler im Auftrag seiner Geldgeber vortrug.

## 2. Der Wissenschaftler

Ob es der Gasölmotor war, ob es sich um die Entwicklung des Flugzeugs handelte, immer ging Junkers von den wissenschaftlichen Grundlagen aus, verwertete seine bisherigen Kenntnisse und Erfahrungen, um auf dem Wege theoretischer Überlegungen in engster Verbindung mit den praktischen Ver-

<sup>214</sup>) Ebenda, Nr. 89.

<sup>215</sup>) Antwort an Prof. Junkers, als Manuskript gedruckt, persönlich!, Vertraulich, Nr. 68, Dessau, den 25. August 1932.

suchen im Laboratorium zu neuen Erkenntnissen zu kommen. Diese aber galten für ihn nie als letzte Weisheit, sondern mußten bei der industriellen Anwendung in der Praxis durch den Konsumenten und damit für die Profitmacherei ihre Probe bestehen.

Immer suchte Junkers die Aufgaben des Wissenschaftlers, des Konstrukteurs und des Profitmachers miteinander zu verbinden. All das lag teilweise auch im Interesse des Wissenschaftlers Junkers. Für den Monopolisten aber, der seine eigenen Erfindungen – und nicht zum mindesten auch die anderer – in seinen eigenen Werken verwertete, war es unbedingtes Erfordernis.

Es ging Junkers nicht nur um die Schaffung von Mitteln für einen bestimmten ihm vorgegebenen Zweck, sondern er fragte sich selbst, wie dieser Zweck beschaffen ist. Dabei aber ging Junkers vom rein technischen Zweck aus, entscheidend war für ihn nur die wissenschaftlich-technische Lösung, die für diesen Zweck geeignet war und den meisten Profit brachte, mochte das Produkt der Menschheit nun zur Befriedigung der Bedürfnisse, wie der Gasbadeofen, oder zu ihrer Vernichtung dienen, wie die Kriegsflugzeuge.

Eine solche Handlungsweise entspringt nicht der Wissenschaft. Jede Wissenschaft muß fortschrittsgebunden sein, um diesen Namen zu verdienen.

Denn eine reaktionäre Wissenschaft gibt es nicht, wohl aber Wissenschaft in reaktionären Händen, weil eine fortschrittsfeindliche Wissenschaft sich selbst im Augenblick ihres Entstehens negiert. Eine solche „Wissenschaft“ schlägt in ihrer Geburtsstunde in ihr Gegenteil, in Unwissenschaftlichkeit um, wenn sie auch in ihrer Form ein wissenschaftliches Mäntelchen trägt.

Was aber veranlaßte Junkers, sich mit dem gleichen Eifer der Konstruktion von Gasbadeöfen und Verkehrsflugzeugen, wie auch der von Kriegsflugzeugen zu widmen?

Der Erfinder beziehungsweise der Wissenschaftler ist zugleich ein gesellschaftliches Wesen, das einerseits unter bestimmten gesellschaftlichen Verhältnissen lebt und das andererseits innerhalb dieser gesellschaftlichen Verhältnisse eine Klassenposition einnimmt, die seine wissenschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung noch enger bestimmt.

Bei Junkers war daher auch für seine Tätigkeit als Wissenschaftler von ausschlaggebender Bedeutung, daß er in der kapitalistischen Gesellschaft lebte. Von besonderer Wichtigkeit aber war die Tatsache, daß Junkers nicht wissenschaftlicher Angestellter oder Angehöriger der beamteten Intelligenz war, sondern selbst – was bei einem bedeutenden Wissenschaftler selten der Fall war und deshalb für uns gerade von Interesse ist – als Kapitalist, ja, als Monopolist zur herrschenden Klasse zählte.

Schon das Leben in der kapitalistischen Gesellschaft in ihrem imperialistischen Stadium, entscheidend aber die von Junkers darin eingenommene Klassenposition als Monopolist veranlaßten den Wissenschaftler Junkers, nicht nur Verkehrsflugzeuge, sondern auch Kriegsflugzeuge zu konstruieren. Wir hatten bereits gesehen, daß die Worte von Junkers über die Notwendigkeit des friedlichen Luftverkehrs nicht damit übereinstimmten, daß er Kriegsflugzeuge

konstruierte, in seinen Werken herstellen ließ und verkaufte. Wenn Junkers allgemein über seine Forschertätigkeit sprach, tat er es in einer Weise, als wollte er mit der geziemenden Bescheidenheit des Wissenschaftlers die Bedeutung seiner Arbeit nicht so sehr hervortreten lassen. Das aber nimmt nicht Wunder, wenn wir berücksichtigen, daß Junkers ein eifriger Förderer der Reklame seines Konzerns war.

Nicht oft ergriff Junkers das Wort, um selbst zu sprechen. Viel öfter interviewten ihn die Reklame-Spezialisten seines Konzerns, und sie machten dann auf seine Weisung mit allem Reklame, was nur auf Menschen eine für den Konzern vorteilhafte Wirkung haben konnte.

Anläßlich der Eröffnung einer neuen Luftverkehrslinie Wien–Klagenfurt weilte Junkers in Wien. Dort sprach ihn der ungenannte spätere Verfasser eines Artikels, der im Junkers-Luftverkehr-Nachrichtenblatt erschien und in dem es heißt: „Er (Junkers – H. R.) tritt nicht gern persönlich hervor und widmet sich viel lieber stiller ernster Arbeit. Sie war denn auch das Gesprächsthema. Die Bedeutung einer Erfindung sieht er nicht so sehr in der Erfindungsidee selbst, sondern in der vielfachen Teilarbeit, die sie erst praktisch verwendbar macht. Die Idee wird erst lebendig durch die Zusammenarbeit der vielen Menschen, die an ihrer Ausführung arbeiten. Und diese Menschen müssen aufeinander eingespielt sein, gegenseitig stete Fühlung behalten und als Personen gänzlich zurücktreten, damit der Sache gedient werde. Dieser Grundsatz des vollständig kameradschaftlichen Zusammenhaltens tritt bei den Junkers-Werken in Erscheinung und gibt ihnen ihre Kraft. Das Verdienst für errungenen Erfolg kommt nicht Einzelpersonen zu, sondern der Gesamtheit und es ist schwer zu sagen, wer in dem einen oder dem anderen Falle den größten Anteil hat. Würde jeder für sich auf seinem Sondergebiet unabhängig von den anderen arbeiten, so würde er die ihm gestellte Aufgabe vielleicht in einer ganz hervorragenden Weise lösen, die aber nicht den Anforderungen entspräche, die an sie als Teil eines Ganzen gestellt werden müssen.

Durch die ständige Fühlungnahme wird es möglich, die erforderlichen Änderungen und Kompromisse sozusagen noch im embryonalen Zustand herbeizuführen und dadurch viel Zeit, Arbeit und Material zu sparen. Beim Wachsen eines technischen Unternehmens treten infolge der notwendigen Normalisierungen, der unvermeidlichen Organisierung und Bürokratisierung Hemmungen auf, die durch sinngemäße Zusammenarbeit erleichtert wird. Da muß eben durch den Geist der Unterordnung unter eine gemeinsame Idee ein Gegenmittel geschaffen werden, damit das Werk sich harmonisch gestalte. Das Geheimnis großen wirtschaftlichen Erfolges sind diese keiner Person, sondern der Sache dienende Harmonie und der Geist, der die Arbeit jedes einzelnen beseelt.“<sup>216)</sup> Natürlich diene diese Darstellung ganz einwandfrei der Junkers-Reklame, wurde doch das Junkerssche Hausblatt für den Luftverkehr gerade zum Zwecke der Information von Presse und Funk herausgegeben, damit diese sich

<sup>216)</sup> Junkers-Luftverkehr-Nachrichtenblatt. Nr. 8 vom 2. Juni 1925.

der gebotenen Artikel bedienten. Auch zu diesem Zwecke war geschickt eingeflochten worden, daß das kameradschaftliche Zusammenhalten bei den Junkers-Werken ein Grundsatz ist. In Verbindung mit dem darauffolgenden Satz „Das Verdienst für den errungenen Erfolg kommt nicht Einzelpersonen zu, sondern der Gesamtheit. . .“, sollte diese Darstellung auch eine innerbetriebliche Suggestivwirkung ausüben, denn das Blatt war gleichzeitig Betriebszeitung. Das aber diente letztlich wiederum der Vergrößerung der Ausbeutung.

Gegen diese Einschätzung von Junkers spricht keineswegs, daß am 29. 11. 1928 die Akademiemitglieder und Professoren K. W. Wagener, Joh. Stumpf, Zimmermann und Nernst an die Preußische Akademie der Wissenschaften schrieben: „Die Unterzeichneten beantragen hiermit die Wahl des Herrn Professor Dr. Ing. E. h. Hugo Junkers in Dessau zum korrespondierenden Mitglied und begründen diesen Antrag wie folgt: Herr Junkers studierte in den Jahren 1882 bis 1886 an der Techn. Hochschule in Aachen. Nach erfolgreichem Studium trat er als Konstrukteur bei der Firma Oechelhäuser in Dessau ein. Als Professor Riedler als königlicher Kommissar zur Neuordnung des Unterrichts nach Aachen gesandt wurde, erinnerte er sich seines früheren Schülers, welcher inzwischen auch durch seine neue Erfindung, eine Zweitakt-Gasmaschine mit gegenläufigen Kolben, bekannt geworden war. Er veranlaßte die Berufung des Herrn Junkers als Professor an die Techn. Hochschule in Aachen. Hier übernahm er die Schaffung und Leitung eines neuen Maschinenbaulaboratoriums. Nach einigen Jahren erfolgreichen Wirkens wurde ihm dieser Wirkungskreis zu eng. Die ihm staatlicherseits zur Verfügung gestellten Mittel genügten ihm nicht zur Entwicklung seiner erfinderischen Ideen. Er schied aus seiner Stellung aus und machte sich selbständig. Jetzt begann die Glanzperiode seiner Entwicklung. Er schuf ein eigenes Laboratorium und entwickelte seine Zweitakt-Gasmaschine zu einer gegenläufigen Zweitakt-Ölmaschine. Die Mittel flossen ihm reichlich zu durch die Fabrikation eines von ihm erfundenen neuen Badeofens und Warmwasserbereitungsapparates, dessen Herstellung in einer eigens hierfür gegründeten Fabrik in Dessau in großem Stil durchgeführt wurde. Die Grundlage hierfür schuf er durch weitgehende Experimente auf dem Gebiet der Wärme-Erzeugung und Wärme-Übertragung. Aus diesen Experimenten ist auch der Junkerssche Kalorimeter hervorgegangen. Mit der Einführung seiner neuen Zweitakt-Ölmaschine mit gegenläufigen Kolben hatte er nach dem berühmten Sprichwort des Propheten viel Mißerfolg in Deutschland und dafür größeren Erfolg im Ausland. Hier bewährte sich die unbeugsame Willensenergie dieses typischen Erfinders. Kurzerhand entschloß er sich zur Fabrikation seines neuen gegenläufigen Zweitakt-Motors in der mittlerweile sehr erweiterten Fabrik in Dessau. Auch staltete er diesen Motor zu einer völlig eingekapselten Maschine um, bei welcher er die Leistung der oberen Maschine durch Zahnräder und Welle auf die Welle der unteren Maschine übertrug.

Man kann wohl sagen, daß seine Ölmaschine den besten Zylinder mit der besten Spülung, dem günstigsten Verbrennungsraum und dem höchsten mittleren Druck besitzt.

Wie die letzte Automobil-Ausstellung zeigte, hat er mit Erfolg seinen Ölmotor bei Lastautos eingeführt. Jetzt ist er dabei, durch weitgehende Gewichtsmin- derung seinen Ölmotor auch für Flugzeuge verwendungsfähig zu machen.

Vor allen Dingen wurde der Name Junkers bekannt durch seine Erfindungen und Neukonstruktionen auf dem Gebiete des Flugzeugwesens. Er war der Erste, welcher Flugzeuge aus Leichtmetall baute und die Motoren in die Trag- flügel einbaute. Weitgehende und sehr kostspielige Versuche waren nötig, um ihm den Weg für seine erfolgreiche Flugzeugkonstruktion zu ebnen.

Auch die Propeller fanden seine lebhaft Beachtung durch typische Neukon- struktion. Auch hierfür ebnete er die Wege durch planmäßige Versuche.

Manch andere Versuche wären hier noch erwähnenswert. Unter diesen eine ganze Reihe, welche nicht zu öffentlich anerkannten Neukonstruktionen ge- führt haben.

In Anerkennung seiner großen Verdienste um das Flugzeugwesen und die Verbrennungsmaschine wurde ihm die Würde als Dr. Ing. E. h. zuerkannt. Junkers ist der Typ eines wissenschaftlich hochstehenden zähen, hartnäckig an seinen Ideen festhaltenden Erfinders, welcher als einer der Ersten die große Bedeutung des Experiments neben der wissenschaftlichen Spekulation er- kannte.

Die Unterzeichneten sind der Ansicht, daß es einen Gewinn für die Akademie bedeuten würde, einen solchen bedeutenden Mann zu den Ihrigen zählen zu dürfen.“<sup>217)</sup>

Daraufhin wurde am 18. Januar 1929 Prof. Dr. Hugo Junkers zum Korrespon- dierenden Mitglied der physikalisch-mathematischen Klasse der Preußischen Akademie der Wissenschaften ernannt. Damit hatte Junkers die höchste Stufe der wissenschaftlichen Ehrungen erreicht, die ihm im letzten Jahrzehnt reich- lich zugeflossen waren:

- 1919 Dr. Ing. E. h., Technische Hochschule München
- 1925 Dr. phil. h. c. Universität Gießen
- 1926 Ehrensenator der Gewerbe-Hochschule Köthen
- 1926 Verleihung der Bunsen-Pettenkofer-Ehrentafel
- 1927 Verleihung der Grashof-Denk Münze
- 1928 Ehrenbürger der Städte Dessau, Aachen, Rheydt
- 1929 Ehrenbürger der Technischen Hochschule Karlsruhe.

Im Gegensatz zu vielen Konzernherren bzw. Repräsentanten großer Monopole hatte Hugo Junkers alle diese Ehrungen in einer kapitalistischen Gesellschafts- ordnung durch seine wissenschaftlichen Leistungen für sie verdient – auch wenn bei den Verleihungen in den meisten Fällen die ökonomische Macht, welche Junkers in den zwanziger Jahren in den Händen hielt – er war in- zwischen einer der bedeutendsten deutschen Monopolisten geworden – mit- bestimmend gewesen sein wird.

<sup>217)</sup> Archiv der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, III b. II, 31, Bl. 12 ff.

### III. JUNKERS ALS MONOPOLIST UND WISSENSCHAFTLER UNTER DEM FASCHISMUS

Im Jahre 1933, nach Errichtung der faschistischen Diktatur, war die Flugzeugproduktion einer der ersten Industriezweige, in denen die Rüstungsproduktion mit Hochdruck anlief. Während die übrigen Flugzeugwerke meist mit weit geringeren Einbußen die Weltwirtschaftskrise überstanden hatten, stand das Flugzeugwerk von Hugo Junkers, wie wir gesehen hatten, im Jahre 1932 vor dem Konkurs.

Wie wir betonten, lehnte es Junkers ab, sich mit anderen Kapitalisten oder Kapitalistengruppen, sei es aus Kreisen der Industrie oder der Großbanken, zu verbünden. Mit den übrigen Flugzeugindustriellen hatte er sich überworfen und gehörte nicht einmal mehr ihrem Verbands an. Seine gesamte langjährige Direktion hatte er entlassen. Er hatte sich viele Neider und Feinde gemacht. Aus dem völlig unzureichenden Aktenmaterial, das aus dieser Zeit noch erhalten geblieben ist, können wir nur vermuten, daß von diesen Kreisen aus der Staatsapparat veranlaßt wurde, das Flugzeugwerk in staatliche Regie zu übernehmen.

Dafür gibt es nach allem, was wir aus der bisherigen Untersuchung bereits gesehen haben, folgende Erklärung. Die faschistischen Machthaber wollten im Rahmen der großangelegten Rüstungsproduktion vor allem auch Kriegsflugzeuge so schnell wie möglich in den Serienbau gehen lassen. Die vorteilhafteste Möglichkeit hierfür boten zweifellos die größten Flugzeugwerke. Unter diesen rangierte Junkers mit an erster Stelle. Wenn diese Flugzeugwerke auch ausgebaut bzw. mit neuen Maschinen versehen werden mußten, so erschien ihre Nutzung für diese Zwecke doch weitaus wirtschaftlicher als ein Neubau von Flugzeugwerken, zumal hier das gerade in einem solchen Produktionszweig dringend benötigte eingearbeitete Stammpersonal vorhanden war. Es ist durchaus denkbar, daß sich Junkers gegen das Verlangen sträubte, in seinem Flugzeugwerk die Serienproduktion von Kriegsflugzeugen aufzunehmen. Das tat er selbstverständlich nicht als Gegner der Kriegsflugzeugproduktion – wir haben bewiesen, daß er selbst noch in den zwanziger Jahren Kriegsflugzeuge konstruierte und sie in seinem schwedischen Werk herstellen ließ – sondern weil er sein Flugzeugwerk mehr als Forschungswerkstatt, denn als Produktionsstätte ansah. Er glaubte, auf Grund seiner Tradition und seines Namens sein Flugzeugwerk so weiterleiten zu können, wie er es bisher gewohnt war: mit geringer Produktion und hohen Patent- bzw. Lizenzprofiten – frühere Patente

und damit Lizenzen durch stetig neue Erfindungen ergänzend, bzw. zunichte machend, insbesondere wenn sie der Konkurrenz gehörten – eine „ideale“ Verbindung von Wissenschaft und Profit. Und wie wir gesehen haben, war er der Meinung, dafür auch wieder Staatszuschüsse erhalten zu können. Die Diktatur des Finanzkapitals aber gestattete ihm dies nicht, zumal es für sie auf Grund der Verschuldung des Flugzeugwerkes ein Leichtes schien, dieses in die Hand zu bekommen.

Da Junkers sich aber weigerte, sein Werk dem Staate zu verkaufen, wurde ein polizeiliches Ermittlungsverfahren gegen ihn eingeleitet. Selbstverständlich lag diesem Vorgehen gegen Junkers nicht etwa eine politische, auch nur im entferntesten als antifaschistisch auszulegende Haltung von Hugo Junkers zugrunde. Wenn auch nur eine Spur davon vorhanden gewesen wäre, hätten die faschistischen Staatsorgane, die im Auftrage des reaktionärsten und chauvinistischsten Teils des deutschen Monopolkapitals die Aufrüstung vorbereiten, leichteres Spiel gehabt. Gewiß, der Oberstaatsanwalt Lämmler, der mit dem „Fall“ Junkers beauftragt war, konstruierte einen Bericht, in dem er u. a. ausführte: „Ich habe dargelegt, daß Professor Junkers wegen seiner politischen Einstellung, seines pazifistischen Verhaltens, seines wahllosen Einstellens staatsbedenklicher Persönlichkeiten in der Leitung des Betriebes und der dadurch hervorgerufenen Verfilzung dieser Personen untereinander mit dem schweren Verdacht eines Blickpunktes nach Rußland wegen des staatsfeindlichen Verhaltens in der unerhörten Verschleuderung von Reichsgeldern und in den Drohungen gegen das Reich, ferner wegen des besonderen landesverräterischen Treibens usw. Grund bestand, die Verordnung zum Schutze von Staat und Volk vom 27. Februar 1933 auf Professor Junkers anzuwenden, d. h. die Beschränkung der persönlichen Freiheit und des persönlichen Eigentums, wenn sie im Staatsinteresse notwendig wurden, vorzunehmen.“<sup>218)</sup>

Aber dieser Bericht war, wie gesagt, konstruiert. Es interessierte im Grunde genommen nicht, ob diese Konstruktion eines faschistischen Juristen mit den Tatsachen übereinstimmte oder nicht, dazu heißt es in dem Bericht:

„Es kam nicht darauf an, daß dem Professor Junkers ein Strafverfahren angehängt wurde, das im innen- u. außenpolitischen Interesse gar nicht gewünscht wurde, sondern daß lediglich die Unterlagen gegeben wurden, um die Verordnung zum Schutze von Staat und Volk anzuwenden. Aus diesem Grund bin ich auch lediglich als Leiter der Landeskriminalpolizeistelle tätig gewesen und nicht als Oberstaatsanwalt, der ich sonst das Verfahren wegen Verstoßes gegen das Verratsgesetz an den Herrn Oberreichsanwalt in Leipzig hätte abgeben müssen. Das sollte aber damals gerade vermieden werden.“<sup>219) 220)</sup>

<sup>218)</sup> Stadtarchiv Dessau, Bericht zum Fall Junkers von dem Leiter der Landeskriminalpolizeistelle Dessau, Oberstaatsanwalt Lämmler, vom 28. April 1934. (Weiterhin geführt als Bericht zum Fall Junkers).

<sup>219)</sup> Ebenda.

<sup>220)</sup> Schon die hier vorgeschobene Trennung der beiden Funktionen Oberstaatsanwalt auf der einen und Leiter der Landeskriminalpolizeistelle auf der

Die Verordnung zum Schutze von Staat und Volk verlangte überhaupt keine Beweise für ein strafrechtliches Vergehen. Bloße Vermutungen genügten, um die Paragraphen dieses Terrorgesetzes in Anwendung zu bringen, denn eben für diesen Zweck war diese Verordnung am 27. Februar 1933 erlassen worden. Es ist nicht nur im Zusammenhang mit Junkers interessant, einen Kommentar aus der Feder eines Juristen für jene Verordnung zu erhalten, die gegen jeden Menschen anwendbar war, der den reaktionärsten deutschen Monopolisten und ihren Handlangern von der NSDAP unbequem war: „Die Verordnung zum Schutze von Staat und Volk verlangt unter gar keinen Umständen allein nur das Vorliegen krimineller Tatbestände und daß diese Tatbestände den Erfordernissen irgendeines strafrechtlichen Paragraphen entsprechen. Es kommt auch gar nicht darauf an, ob jemand das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit seines Handelns hatte oder ob er womöglich geistig beschränkt oder unzurechnungsfähig ist. Worauf es ankommt, ist, daß die Person als staatsbedenklich oder staatsfeindlich anzusehen ist, wobei in einem etwaigen Vorliegen krimineller Voraussetzungen lediglich die Beurteilung nach der objektiven Seite hin eine Bedeutung haben kann. Es kommt weiter nicht darauf an, ob der gegebene Tatbestand in die enge juristische Gebundenheit eines Strafgesetzes überhaupt hineingezwängt werden kann, auch nach der subjektiven Seite hin, sondern ob nach vernünftiger Erwägung eines normaldenkenden Menschen das Verhalten sich so darstellt, daß es als das empfunden wird, was es ohne enge juristische Bindung ist.

Es wäre völlig abwegig, zu verlangen, daß die der Verordnung zugrunde liegenden Tatbestände notwendigerweise so beschaffen sein müßten, daß sie einer gerichtlichen Verurteilung in objektiver und subjektiver Hinsicht standhielten... Die Verordnung zum Schutze von Staat und Volk will gerade diejenigen staatsfeindlichen Elemente erfassen, die mangels ausreichender Gesetzgebung kriminell nicht erfaßbar sind. Hierzu genügt der Nachweis von Tatsachen, welche die betreffende Person als staatsbedenklich oder staatsfeindlich (volksfeindlich, landesverräterisch) erscheinen läßt, ohne daß in objektiver oder subjektiver Hinsicht der Tatbestand eines Strafgesetzes erfüllt wird.“<sup>221)</sup>

Es ging bei dieser Verordnung also nicht darum, Recht zu schaffen, sondern der Staatsführung und ihren Hintermännern eine Handhabe zu geben, die ihnen den Anschein gab, als würden sie, selbst im tiefsten Unrecht, formell im

anderen Seite zeigt, daß an dieser Geschichte alles oberfaul war. Zudem geht aus einem Schreiben des Reichsgerichtspräsidenten i. R. Walter Simons an den Oberreichsanwalt Dr. Werner vom 23. März 1934 hervor, daß sich Lämmler, um sich in seiner Funktion als Oberstaatsanwalt zu decken, privatim mit dem angeblich Junkers belastenden Material an den Oberreichsanwalt gewendet hätte. Dieser hat aber eine solche Deckung abgelehnt (DZA Potsdam, vorgefunden im Schreibtisch des verstorbenen Oberreichsanwalts Dr. Werner und auf Anweisung des H. RA Dr. Nagel zu den Generalakten der Hochverrats- und Landesverratsachen zu nehmen).

<sup>221)</sup> Stadtarchiv Dessau, Bericht zum Fall Junkers.

Recht sein. Die Menschlichkeit wurde mit Füßen getreten. Millionen Menschen fielen dieser faschistischen Verordnung zum Opfer. Sie traf alle, die sie nach dem Willen ihrer Urheber und Anwender treffen sollte – ob es sich um bewußte Antifaschisten, oder um Menschen handelte, die sich aus irgendwelchen persönlichen Gründen dem Willen der Machthaber nicht fügten.

Der Oberstaatsanwalt Lämmler mußte in seinem Bericht selbst zugeben, daß für ein gerichtliches Vorgehen gegen Junkers keine Möglichkeit vorhanden war: „Ich habe in meinen Berichten vom Februar und März d. Js. an das Reichsluftfahrtministerium darauf hingewiesen, daß der Professor Junkers sich seinerzeit strafrechtlicher Verfehlungen zum Nachteil des Reiches schuldig gemacht habe, die allerdings verjährt seien und nur für die moralische Seite Bedeutung hätten.“<sup>222)</sup>

Und an anderer Stelle: „Wenn heute der Professor Junkers, ehe er sich zu weiteren wirtschaftlichen Verhandlungen mit dem Reiche entschließt, verlangt, daß zuvor eine *gerichtliche* Klärung der Vorwurfs des landesverräterischen Umtriebe erfolgen müsse, so wird dieser Standpunkt vom Gesichtswinkel der hier untersuchenden Behörde abgelehnt.“<sup>223)</sup>

Warum dies abgelehnt wurde, war vollkommen eindeutig. Oberstaatsanwalt Lämmler hatte bereits beim Oberreichsanwalt Werner vorgefühlt. Über das Ergebnis informiert uns ein Brief des Reichsgerichtspräsidenten i. R. Dr. Walter Simons an den Oberreichsanwalt Dr. Werner vom 23. März 1934: „Herr Dr. Eschstruth, Gauführer des NSD J-Bundes für den Kammergerichtsbezirk war heute mit Dr. Wiegand bei mir. . . . Er ist mit der Aufklärung des Falles Junkers beauftragt; ich hielt mich daher für berechtigt und verpflichtet, ihm zu eröffnen, daß nach den Mitteilungen, die sie mir gemacht haben, keine Rede davon sein könne, Sie Herr Oberreichsanwalt hätten in irgend einer ‚Eigenschaft‘ den Oberstaatsanwalt Lämmler bei seinem Vorgehen gegen Junkers wegen Landesverrats gedeckt, daß Sie vielmehr eine solche Deckung abgelehnt hätten, weil das vorgelegte Material zu einer Strafverfolgung wegen Landesverrats nicht ausreiche.“<sup>224)</sup>

Die zitierten Stellungnahmen entheben uns der Mühe, die Anschuldigungen im einzelnen zu untersuchen, da allgemein hervorgeht, daß keine Absicht vorlag, eine gerichtliche Untersuchung, geschweige denn eine Verurteilung von Junkers zu veranlassen.

Davon ausgehend, wollen wir nunmehr den wirklichen Tatbestand, wie er sich aus den Akten – die leider nur noch in außerordentlich beschränktem Umfange vorhanden sind – ergibt, zu entwirren versuchen und die Frage klären, warum gegen Professor Junkers die Verordnung zum Schutze von Staat und Volk angewendet wurde. Oberstaatsanwalt Lämmler schreibt in seinem Bericht

<sup>222)</sup> Ebenda.

<sup>223)</sup> Ebenda.

<sup>224)</sup> DZA Potsdam, vorgefunden im Schreibtisch des Dienstzimmers des verstorbenen Oberreichsanwalts Dr. Werner.

mehrfach von „Reichsinteressen“, gegen die Junkers verstoße bzw. gegen die er sich auflehne. An einer Stelle wird der Bericht etwas deutlicher, dort heißt es: „*Es geht auch letzten Endes um mehr, als um den Professor Junkers, nämlich um den Aufbau des Reiches und die Beseitigung ernsthafter Störungen des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Regierung, das hier noch eine ganz besondere Bedeutung besitzt.*“<sup>225)</sup>

An anderer Stelle heißt es: „Der Aufbau der Ifa und Jumo *im heutigen* Reichsinteresse kann nur durchgeführt werden, wenn dem Prof. Junkers jeder Einfluß auf die Werke genommen wird. Hierzu genügt nicht allein nur ein Kontrollapparat über die Werke, da dieser an dem stillen und offenen Widerstand des Professors Junkers scheitern muß. Die passive Resistenz, Presseangriffe, sowie politische Angriffe würden so vehement sein, daß die Aufsichtsräte alsbald demissionieren oder die Sache in gleicher Weise weiter laufen lassen würden, wie bisher.“<sup>226)</sup>

Und einige Absätze später: „Wenn das Reich überhaupt ernstlich daran dachte, sich des Werkes zu besonderen Zwecken zu bedienen, mußten die Vorgänge im Junkers-Konzern aus allgemeinen polizeilichen, wie aber auch aus strafrechtlichen Gesichtspunkten beleuchtet werden. Hierbei waren Wehrinteressen und außenpolitische Interessen neben den Lieferungsinteressen des Reiches zu berücksichtigen.“

In dem Bericht des Oberstaatsanwaltes heißt es weiter u. a.: „Professor Junkers betont in allen seinen Handlungen, daß er ein Forscher sei, daß für ihn die Forschung viel mehr sei, daß er sich stets gegen Serienfabrikation gestraubt habe, daß die wirtschaftliche Rentabilität seiner Werke für ihn von sekundärer Bedeutung sei und daß die Lizenzgebühren seiner Erfindungen ihn halten. Ich habe mir wiederholt die Frage vorgelegt, warum der Professor Junkers nicht das Angebot des Reiches, die Majoritäten der Werke gegen eine großzügige Entlohnung an dritte abzugeben, annimmt, um als stiller Forscher, der er sein will, sein Forscherleben in Ruhe zu beschließen, wenn er insbesondere keinerlei Interesse an der Fabrikation hat. Sein eigentliches Motiv ist aber eben das mit der vollkommenen Überzeugung des ungeheuren Wertes seiner Forschungen verknüpfte Machtbedürfnis, wie der anfangs erwähnte Gutachter Dr. Regendanz sagt.“<sup>227) 228)</sup>

<sup>225)</sup> Stadtarchiv Dessau, Bericht zum Fall Junkers.

<sup>226)</sup> Ebenda.

<sup>227)</sup> Ebenda.

<sup>228)</sup> Dr. Regendanz fertigte 1931 ein geheimes Gutachten in Gemeinschaft mit der Deutschen Revisions- und Treuhand AG für das Reichsverkehrsministerium an, in dem er u. a. schreibt „Professor Junkers scheint ein ebenso guter Jurist wie ein geschickter Kaufmann (d. h. in der Ausnutzung von Geschäften) zu sein, aber sein eigentliches Motiv scheint das mit der vollkommenen Überzeugung des ungeheuren Wertes seiner Forschungen verknüpfte Machtbedürfnis zu sein“.

Hier ist eindeutig gesagt, daß dem deutschen Imperialismus in seiner faschistischen Epoche Junkers in seiner Doppelfunktion als Forscher und Monopolist unbequem war. Man brauchte die Früchte seiner Arbeit, man benötigte auch seine Werke mit der Stammebelegschaft und deren Produktionserfahrungen. Junkers aber hätte gestört, da nicht die Dessauer Produktion Selbstzweck war, sondern die Lizenz- und Patent-Sammlung, die ganz eng mit seiner Forschungsarbeit verknüpft, verlief. Für Junkers drohte eine Serienproduktion die Richtung seiner Arbeit – Wissenschaft – Patent – Profit – zu zerstören. Aus diesem Grunde hatte er sich bereits 1925, in der Zeit der staatlichen Beaufsichtigung seiner Werke, gegen Ausrichtung auf Serienproduktion großen Ausmaßes gewendet. Der Anlauf einer Serie bedingt starke Hemmungen, wenn nicht gar Stillstand in der technologischen Entwicklung, bedingt, daß Erkenntnisse, die in der Forschung neu gewonnen werden, häufig erst beim Anlaufen einer neuen Serie berücksichtigt werden können. Eben daher bedeutet Serienproduktion auch, daß Anregungen aus ihr in weit geringerem Maße der Forschung und damit dem Patent-Profit zugute kommen können. Das etwa waren die Gedankengänge, die Junkers veranlaßten, sich der den unmittelbaren akuten Aufrüstungsinteressen des deutschen Imperialismus entsprechenden Serienproduktion zu widersetzen.

Hugo Junkers hatte alle seine Erfindungen in seinen eigenen Produktionsstätten verwertet. Soweit die wissenschaftlich-technische Aufgabenstellung für bestimmte Apparate, Geräte und Anlagen als gelöst betrachtet werden konnte wie bei Warmwasserapparaten, Heizungs- und Lüftungsapparaten, Lamellendächern, Kalorimetern, Ölmotoren usw. wurden einzelne Werke für die serienweise Herstellung dieser Produkte eingerichtet. Diese Werke unterschieden sich in nichts von denen anderer Kapitalisten, die nach den modernsten Ausbeutungsmethoden arbeiteten. Diese Werke hatten auch die Aufgabe – selbstverständlich unter Berücksichtigung der erweiterten Reproduktion – Geldquelle zur Sicherung der Mittel für die Forschungsvorhaben von Junkers zu sein. Völlig anders verhielt sich Junkers auf dem Gebiet des Flugzeugbaus. Hier konnte er nicht wie auf den anderen Gebieten in wenigen Jahren zu einer endgültigen wissenschaftlich-technischen Lösung gelangen. Hier galt es, auf Jahrzehnte hinaus immer wieder neue Experimente zu machen, neue Typen zu entwickeln, wozu viele Einzelteile wieder neu zu konstruieren waren, die neuesten Erkenntnisse der Wissenschaft auf den verschiedensten Gebieten, wie z. B. der Ärodynamik zu berücksichtigen usw. Bei der schnellen Entwicklung, welche der Flugzeugbau in den zwanziger Jahren nahm, bei der Vielzahl der Konkurrenten, war an eine großangelegte Serienproduktion wie bei den anderen Produkten selbst in einem der größten Flugzeugwerke nicht zu denken und nur in geringem Umfange möglich. Noch dazu, wenn wir berücksichtigen, daß eine verhältnismäßig geringe Nachfrage bestand, die obendrein viele Sonderwünsche zu erfüllen heischte (Passagier-, Kurier-, Post-, Schneekufen-Wasserflugzeuge usw.), so daß Flugzeuge nicht wie Gasbadeöfen auf dem Markte gehandelt werden konnten. Dennoch brachte Junkers auch bei den Flugzeugen

eine Art kleiner Serienproduktion zustande. Das Verkehrsflugzeug F 13 war nicht nur im Jahre 1919 das erste Verkehrsflugzeug, das eigens zu diesem Zwecke gebaut und den Anforderungen gerecht wurde, sondern war eine so gelungene Konstruktion, daß es in den zwanziger Jahren zum mindesten in Europa das am meisten vertretene und bewährteste Verkehrsflugzeug war. Von diesem Typ wurden im Junkers-Flugzeugwerk viele hundert Stück gebaut. Trotzdem aber lag das Schwergewicht in diesem Werk nicht in der Produktion, sondern in der Forschung zur Entwicklung von lizenzfähigen Patenten. Es war nicht wie die anderen Junkers-Werke mit den modernsten Maschinen zur Serienherstellung ausgestattet. Der Profitanteil für die dem Junkers-Flugzeugwerk gehörenden Patente floß eben nicht in erster Linie aus dem Eigenbau, sondern aus der Vergabe von Lizenzen an Flugzeugfirmen des In- und Auslandes zu.

Von besonderer Wichtigkeit ist in diesem Zusammenhang und für die gesamte Beurteilung der Frage „Junkers als Monopolist und Wissenschaftler“ eine spätere Darstellung des technischen Zustandes der Junkerswerke zur Zeit der Übernahme in Reichsverwaltung im Jahre 1933. Diese stammt von Heinrich Koppenberg, der früher Direktor im Flick-Konzern war und 1933 mit der Leitung des Konzerns betraut wurde. Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß er, um das eigene Verdienst am Aufbau der Werke besonders zu betonen, die Verhältnisse etwas drastischer geschildert haben mag, als sie in Wirklichkeit lagen.

Selbst wenn wir dies berücksichtigen, ist die Richtung der Schilderung durchaus geeignet, unseren bisherigen Gesamteindruck von Hugo Junkers zu ergänzen und zu verstärken. „Die Fabrikationsstätten der Ifa und der Jumo waren durchaus unzulänglich. In beiden Abteilungen herrschte Einzelfertigung nach mehr oder weniger brauchbaren Unterlagen. Die Erzeugung stützte sich weitestgehend auf die Erfahrung und manuelle Fähigkeit der Belegschaft. Eine wirklich fabrikmäßige Fertigung gab es nicht. Es war mehr ein handwerklicher Betrieb, so daß man den damaligen Flugzeugbau als eine umfangreiche ‚Blechklempnerei‘ und den Motorenbau als eine große ‚Maschinenschlosserei‘ ansprechen könnte . . .

Die Werke sollten in der Vergangenheit auch nichts anderes sein als in der Hauptsache *Forschungs- und Entwicklungsstätten*, in denen die wissenschaftlich-technische Leistung im Vordergrund steht und Wirtschaftlichkeit und Produktion erst die zweite Rolle spielen. ‚Forschung‘ war die Arbeit der obersten Geschäftsleitung. Die industrielle Verwertung der Forschungsergebnisse der Werke sollte vorwiegend auf kommerziellem Wege und mit anderen Mitteln erfolgen als durch die Beschäftigung der Werkstätten in Dessau.“<sup>229)</sup> Das aufs schärfste durchrationalisierte Gasgerätewerk und der „handwerkliche Betrieb“ des Flugzeugwerkes waren beide Eigentum von Hugo Junkers

<sup>229)</sup> *Koppenberg, H.*, Die Entwicklung von „Dessau“ im Jahre 1934. Dessau Anfang Januar 1935, Maschinenschrift, S. 2.

und kennzeichnen gemeinsam seine historische Doppelrolle als Monopolist und Wissenschaftler. Dennoch ist die Vorstellung grotesk, das bedeutendste Flugzeugwerk in Deutschland, eines der größten der Welt, sollte nichts anderes sein als ein großes Laboratorium für Flugzeugbau. Das war das gleiche Werk, über das einer der bedeutendsten Flugzeugmonopolisten des Faschismus, Ernst Heinkel, der auch in den zwanziger Jahren schon ein Flugzeugwerk besaß, in seiner Biographie schrieb, er hätte den Besitzer dieses Werkes wegen der Größe des Unternehmens beneidet.<sup>230)</sup> Nicht etwa, daß Junkers nicht die Möglichkeit gehabt hätte, sein Unternehmen auf den modernsten Stand der Produktion zu bringen. Wenn er es schon in der Zeit der staatlichen Verwaltung seines Flugzeugwerkes im Jahre 1925 nicht wollte, weil er auch damals schon befürchtete, man würde ihm zuviel in die Forschungsarbeit hineinreden bzw. sie durch Umstellung des Betriebes hemmen, so hätte er doch später selbst eine Modernisierung vornehmen können. Sein Biograph stellte fest: „aus den Erträgen der Werke konnten im Jahre 1928 allein 6 Millionen Reichsmark für Forschungs- und Entwicklungsarbeiten aufgewendet werden“. Dieses Geld hätte für eine völlige Modernisierung des Junkers-Flugzeugbaus ausgereicht. Das Jahr 1926 zählte zu den Jahren der relativen Stabilisierung, in der andere Kapitalisten, insonderheit die großen Konzerne zur technischen Erneuerung ihrer Produktionsstätten drängten. Schon lange vorher hatte Junkers die nicht zum Flugzeugwerk in Dessau gehörenden Produktionsstätten, wie z. B. das Werk für Warmwasserapparate, völlig modernisiert. Für das Flugzeugwerk aber lehnte er ein gleiches Verfahren ab. Dieses Verhalten war nur dem Scheine nach unmonopolistisch. In Wirklichkeit muß ihm eine ganz nüchterne Rechnung des Forschers und Monopolisten zugrunde gelegen haben.

Junkers wollte nicht ein Werk modernisieren, das zu jener Zeit einem derartig schnellen moralischen Verschleiß ausgesetzt gewesen wäre. Er arbeitete für seinen Profit auf lange Sicht. Solange er durch die Forschung seine Profitchancen wachsen sah, wollte er vorsichtig disponieren. Sicherlich zog er aus den Lizenzvergaben auf lange Sicht so viel Einkünfte, wie sie sich bei einer modern ausgebauten Eigenproduktion nicht hätten ergeben können.

Am 3. Oktober 1933 fand unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Erhard Milch<sup>231)</sup> im Reichsluftfahrtministerium eine Besprechung statt, in der die Anwendung der Verordnung zum Schutze von Staat und Volk auf Junkers erörtert wurde. Milch beauftragte den Oberstaatsanwalt Lämmler, Junkers einen Lösungsvorschlag zu unterbreiten, der in jedem Falle folgende Bedingungen enthalten sollte:

<sup>230)</sup> *Heinkel, Ernst*, Stürmisches Leben. Stuttgart 1953.

<sup>231)</sup> Milch war früher Direktor beim Junkers-Luftverkehr, wurde als Direktor von der Deutschen Lufthansa übernommen, war eng mit Vorstandsmitgliedern der Deutschen Bank und mit Göring befreundet. Sowohl bei der Lufthansa als auch in seiner späteren Funktion als Staatssekretär war Milch Vertrauensmann der Deutschen Bank.

- „1. Prof. Junkers hat mindestens 51% der Ifa und Jumo abzugeben, damit sein wirtschaftlicher Einfluß gebrochen wird,
2. der Käufer wird vom Reichsluftfahrtministerium präsentiert,
3. Professor Junkers hat Dessau zu verlassen; es werden ihm Aufenthaltsbeschränkungen auferlegt,
4. der Paß wird Professor Junkers entzogen,
5. zur Annahme der Vorschläge erhält Prof. Junkers eine Frist von dreimal 24 Stunden. Nach fruchtlosem Ablauf der Frist soll zur strafrechtlichen Verfolgung des Prof. Junkers geschritten werden.“<sup>232)</sup>

Am 17. Oktober 1933 ließ der Oberstaatsanwalt Lämmler sämtliche Akten, Schriftwechsel, Druckschriften, Zeichnungen, Patentlizenzen und sonstige Unterlagen, „überhaupt alles geschriebene und gedruckte Material“ im Junkers-Flugzeugwerk beschlagnahmen.

Am Abend des gleichen Tages fand eine Sitzung statt, an der u. a. Oberstaatsanwalt Lämmler, Handelskammerpräsident Müller, Professor Junkers und sein Sohn Klaus Junkers teilnahmen.

In dieser Sitzung sollte Junkers gezwungen werden, mindestens 51% der Ifa- und Jumo-Aktien abzugeben. Über den Verlauf dieser Sitzung gab Klaus Junkers später dem Rechtsanwalt Dr. Kottmeier eine Erklärung ab, nach der Oberstaatsanwalt Lämmler erklärte, „er sei in einer etwas ungewöhnlichen Lage dadurch, daß er einerseits Staatsanwalt, andererseits aber auch Chef der Landeskriminalpolizeistelle sei. Für den Fall, daß Professor Junkers den Wünschen des R. L. M. durch Unterzeichnung des Vertrages nachkäme, würde eine Strafverfolgung nicht stattfinden, da er in dem Fall lediglich als Chef der Landeskriminalstelle zu fungieren hätte. Sollte der Vertrag dagegen diese Nacht nicht entsprechend den Wünschen des R. L. M. unterzeichnet werden, müsse er Herrn Professor Junkers sofort verhaften und mit dem nächsten Zug nach Leipzig schaffen. Er sagte hierbei sinngemäß, daß die bisherige Untersuchung genügend einwandfreies Material ergeben hätte, daß Professor Junkers wegen Landesverrats verurteilt werden müsse.“<sup>233)</sup>

Es stellt also fest – das geht übrigens auch aus einem Protokoll hervor – das Dr. Kottmeier, der an der Sitzung ebenfalls teilnahm, nach eigenem Wissen geschrieben hatte<sup>234)</sup> – daß Junkers erpreßt werden sollte. Selbstverständlich schreckte der Oberstaatsanwalt – wie auch Oberst Kesselring auf einer späteren Sitzung am 15. Februar 1934 – nicht vor dem Mittel der Lüge zurück. Beide mußten genau wissen, was wir zu Anfang dieses Kapitels bereits an einigen Zitaten geklärt hatten, nämlich, daß das Material nicht für eine strafrechtliche Verfolgung ausreichte. Junkers ließ sich erpressen. Er unterzeichnete den

<sup>232)</sup> Stadtarchiv Dessau, Bericht zum Fall Junkers.

<sup>233)</sup> DZA Potsdam, vorgefunden im Schreibtisch des Dienstzimmers des verstorbenen Oberreichsanwalts Dr. Werner.

<sup>234)</sup> Ebenda.

Vertrag, demgemäß 51<sup>0</sup>/<sub>0</sub> seiner Ifa- und Jumo-Aktien an das Reich übergangen. Außerdem wurde er auf Grund der Verordnung zum Schutze von Staat und Volk in seiner persönlichen Freiheit beschränkt. Dessau durfte er nicht mehr betreten, als Wohnsitz wurden ihm Bayrisch-Zell oder München angewiesen, und der mündliche Verkehr mit Arbeitern und Angestellten der Werke in Dessau wurde ihm untersagt.<sup>235)</sup>

Ist in den Ergebnissen des Vorgehens gegen Junkers irgend etwas von der „Tragik eines großen Erfinders“ zu suchen, der um die Früchte seiner jahrzehntelangen Arbeit betrogen werden sollte? Keineswegs! Millionen Menschen, unter ihnen viele der besten Söhne der Arbeiterklasse, wurden in den Konzentrationslagern grausam mißhandelt und zu Tode gequält, ihre Familien in Not und Elend gestürzt. Ganz anders bei Junkers. Am 3. Februar 1935 starb Junkers. Er erhielt ein Staatsbegräbnis in Anwesenheit von Hitlers Stellvertreter Rudolf Heß. Seine Frau, Therese Junkers, die er 1934 in einem Erbvertrag als Alleinerbin eingesetzt hatte, gelangte mit Hilfe des faschistischen Staates in den Besitz eines bedeutenden Vermögens, von dem sie bei einem normalen Konkurs, also ohne Eingreifen des Staatsapparates nur einen Bruchteil erhalten hätte.

Mit dem Tode von Junkers war der Weg für den faschistischen Staat frei, der die Herrschafts- und Aggressionsinteressen des schlimmsten Teiles des deutschen Monopolkapitals vertrat, die Junkers-Werke gänzlich in seinen Besitz zu bringen. Über die Abwicklung der Geschäfte erfahren wir aus einem Schreiben der Filiale der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft an das Filialbüro in Berlin:

„Das Reich übernimmt über eine Holdinggesellschaft die gesamten Aktien und GmbH-Anteile des verstorbenen Professor Junkers an der Junkers Flugzeugwerk AG und der Junkers Motorenbau GmbH. Gleichzeitig gehen sämtliche Patente und Lizenzverträge aus dem Flugzeugkomplex auf diese Holdinggesellschaft über. Frau Professor Junkers erhält dagegen eine Ausschüttung in Höhe von RM 12,5 Millionen, von denen RM 7 Millionen noch in diesem Jahr zur Ausschüttung gelangen. Außerdem ist Frau Professor Junkers als Vertreterin des Nachlasses eine Beteiligung an den Lizenzeinnahmen für die nächsten 10 Jahre zugestanden worden, die zwischen 50 und 15<sup>0</sup>/<sub>0</sub> schwankt.“<sup>236)</sup><sup>237)</sup>

Hinzuzufügen wäre nur noch, daß Frau Therese Junkers ebenfalls das Kaloriferwerk Hugo Junkers GmbH mit einem Stammkapital von 300000.— RM erbte und weiterhin betrieb.

<sup>235)</sup> Stadtarchiv Dessau, Bericht zum Fall Junkers.

<sup>236)</sup> Akten der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft, Sekretariat, Junkers Flugzeug- und Motorenwerk AG, Dessau.

<sup>237)</sup> Lt. Bericht der Deutschen Revisions- und Treuhandgesellschaft über Prüfung der Frau Junkers zustehenden Lizenzeinnahmen erhielt diese für das Jahr 1935 RM 115442,75 als Anteil an den Lizenzeinnahmen (Stadtarchiv Dessau).

# ACHTMÄNNER, EWIGER BUND GOTTES UND EWIGER RAT

*Zur Geschichte der revolutionären Bewegung in Mühlhausen i. Th.  
1523 bis 1525*

VON DIETRICH LÖSCHE

Die durch die Arbeiten Smirins<sup>1)</sup> ausgelöste Diskussion um den Charakter der Reformation und des Bauernkrieges in Deutschland<sup>2)</sup> hat erneut erkennen lassen, wie gering an sich unsere Kenntnisse über die jeweiligen sozial-ökonomischen Voraussetzungen dieser Massenbewegung in den einzelnen Gebieten Deutschlands sind. Vor allem fehlt es uns an neuen, eingehenden Untersuchungen über die Massenbewegungen in den Städten, die bisher gegenüber der eigentlichen Bauernkriegsforschung stark vernachlässigt wurden, obwohl gerade sie uns über den Charakter der Reformation als einer sozialen Bewegung des Bürgertums gewiß mehr sagen können als die Erhebungen der Bauernschaft.<sup>3)</sup> Dabei wird es vor allem darauf ankommen, die sozial-ökonomischen Voraussetzungen und die enge Verbindung der politischen und kirchenreformatorischen Bewegungen in den Städten sowie den Anteil der verschiedenen Schichten des Bürgertums – insbesondere der plebejischen Opposition – an ihnen zu klären, um so zu einem besseren Verständnis der Reformation als „der deutschen bürgerlichen Revolution des 16. Jahrhunderts“<sup>4)</sup> zu gelangen.

1) *Smirin, M. M.*, Die Volksreformation des Thomas Müntzer und der große Bauernkrieg. 2. Aufl., Berlin 1956; ders., Deutschland vor der Reformation. Berlin 1955.

2) Siehe dazu die Beiträge von *Tschaikowskaja, O. G.*, *Smirin M. M.*, *Epstein, A. D.*, *Grigorjan, J. M.*, *Macek, J.* und *Stam S. M.* in „Вопросы Истории“ („Fragen der Geschichte“) 1956, Nr. 12, 1957, Nr. 6 und 8, 1958, Nr. 1, 3, 4. Die ersten drei Aufsätze liegen in deutscher Übersetzung vor in der „Sowjetwissenschaft – Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge“, 1957, H. 6 u. 1958, H. 2 u. 3.

3) Siehe dazu neuerdings *Schildhauer, Joh.*, Soziale, politische und religiöse Auseinandersetzungen in den Hansestädten Stralsund, Rostock und Wismar im ersten Drittel des 16. Jahrhunderts. Weimar 1959.

4) *Engels, Friedrich*, Briefe an Mehring v. 14. 7. 1893. In: *Marx-Engels-Lenin-Stalin*, Zur deutschen Geschichte. (Im folgenden MELS). Bd. I, Berlin 1953, S. 622.

Wie wenig bisher gerade diese Seite des Problems untersucht worden ist, sieht man besonders deutlich am Beispiel Mühlhausens, das als Zentrum der volksreformatorischen Bewegung Müntzers im Bauernkrieg bekanntlich eine besondere Rolle spielte. Obwohl hier von der Ortsgeschichtsschreibung recht umfangreiches Material über die Geschichte der Unruhen von 1523 bis 1525 zu Tage gefördert und der Ablauf der Ereignisse weitgehend rekonstruiert worden ist, bleibt doch in der Einschätzung dieser Bewegung manches offen, insbesondere bei der Klärung ihrer sozial-ökonomischen Voraussetzungen und der Analyse der verschiedenen an ihr beteiligten Klassenkräfte. Insbesondere ist es der bisherigen Geschichtsschreibung nicht gelungen, die kleinbürgerliche und plebejische Opposition in dem nötigen Maße voneinander zu trennen und den unmittelbaren Einfluß Müntzers auf die revolutionäre Bewegung in Mühlhausen klar genug herauszustellen.

Im folgenden soll daher versucht werden, durch eine sozialstatistische Untersuchung der wichtigsten revolutionären Organe – Achtmänner, Ewiger Bund Gottes, Ewiger Rat – einige Aufschlüsse über die an der Gesamtbewegung beteiligten Klassenkräfte zu erlangen, insbesondere aber über den Anteil der von Müntzer geführten plebejischen Opposition. Auf diese Weise läßt sich das Besondere an der Entwicklung der revolutionären Bewegung in Mühlhausen noch deutlicher zu machen, das Engels einst veranlaßte, von diesen Vorgängen als dem „Kulminationspunkt des ganzen Bauernkrieges“ zu sprechen.<sup>5)</sup> Dabei werden einige Bemerkungen über die Wirtschaft und Sozialstruktur Mühlhausens im ersten Viertel des 16. Jahrhunderts und die Entwicklung der revolutionären Bewegung von 1523 bis 1525 vorausgeschickt, die das Verständnis der folgenden sozialstatistischen Untersuchungen erleichtern sollen.

\*

Zu Beginn des 16. Jahrhunderts war Mühlhausen eine der größten und bedeutendsten Städte Mitteldeutschlands.<sup>6)</sup> Obwohl die Stadt damals ihre eigentliche Blütezeit bereits hinter sich hatte, ja sogar eine Art Krise durchmachte, stand sie mit ihren rund 7500 Einwohnern etwa auf gleicher Höhe wie Leipzig und übertraf selbst solche Städte wie Naumburg, Dresden oder Weimar. Als freie Reichsstadt war sie trotz der in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts mit Sachsen und Hessen geschlossenen Schutzverträge nach außen weitgehend unabhängig, in der Regelung ihrer inneren Angelegenheiten ihr eigener Herr. Dabei wurde ihre Bedeutung noch dadurch erhöht, daß sie zu den wenigen freien Reichsstädten gehörte, die über ein größeres eigenes Territorium verfügten, über das der Rat die Landesherrschaft ausübte.

<sup>5)</sup> Engels, Friedrich, Der deutsche Bauernkrieg. MELS, Bd. I, S. 199.

<sup>6)</sup> Bemmann, R., Die Stadt Mühlhausen im späteren Mittelalter. Halle 1915, S. 8ff.; Vetter, A., Bevölkerungsverhältnisse der ehemals Freien Reichsstadt Mühlhausen i. Th. im XV. und XVI. Jahrhundert. Leipzig 1910, S. 59f.

Das Mühlhäuser Wirtschaftsleben beruhte während des ganzen Mittelalters auf einer engen Verbindung von Landwirtschaft, Zunft Handwerk und Handel, wobei das Schwergewicht jedoch immer auf der Landwirtschaft lag.<sup>7)</sup> Das hatte zur Folge, daß Mühlhausen bis in das 19. Jahrhundert hinein mehr das Gepräge einer Ackerbürgerstadt als das einer Handels- und Gewerbestadt trug und insofern eine Art Mittelstellung zwischen den großen Gewerbestädten Süd- und Westdeutschlands einerseits und den mehr auf den Handel orientierten norddeutschen Küstenstädten andererseits einnahm.

Der entscheidende Grund für die enge Verbindung der städtischen Wirtschaft mit der Landwirtschaft dürfte wohl darin zu suchen sein, daß Mühlhausen über eine verhältnismäßig große Stadtflur verfügte, in die im Laufe des 13. bis 16. Jahrhunderts zahlreiche Wüstungsfluren und Teile von Gemarkungen benachbarter Gemeinden aufgegangen waren und die einem relativ großen Teil der Einwohnerschaft die agrarische Produktion im Haupt- oder Nebenbetrieb gestattete.<sup>8)</sup> Nach dem Kataster von 1566, das leider unvollständig ist und nur etwa 70% der Besitzenden der Innenstadt erfaßt, bewirtschafteten 684 Personen 12762 Acker Landes.<sup>8a)</sup> Wenn man nun die im Kataster von 1566 fehlenden 30% der Besitzenden aus der Innenstadt hinzurechnet und das Ergebnis mit den aus dem Geschoßregister von 1563 zu errechnenden Zahlen über die steuerpflichtigen Einwohner vergleicht, so ergibt sich, daß rund 56% der steuerpflichtigen Einwohner insgesamt und rund 70% der steuerpflichtigen Einwohner mit Vermögen über Landbesitz verfügten, den sie entweder im Haupt- oder Nebenbetrieb bewirtschafteten. Bezeichnenderweise hatten selbst die Handwerker verhältnismäßig viel Grundbesitz. Von den 506 im Kataster von 1566 nachgewiesenen Zunft Handwerkern besaßen 391 Ländereien im Umfange von insgesamt 5895 Acker, d. h. rd. 77% der im Kataster aufgeführten Zunft Handwerker verfügten über rd. 46% aller Ländereien. Der durchschnittliche Grundbesitz schwankte bei den einzelnen Zünften zwischen 2,1 Acker pro Meister bei den Leinwebern und 20 Acker bei den Kürschnern; für das Handwerk insgesamt betrug er 11,7 Acker. Bei vielen Zunft Handwerkern ging der Grundbesitz jedoch weit über das für einen landwirtschaftlichen Nebenbetrieb übliche Maß hinaus und bot durchaus die Möglichkeit einer selbständigen Ackernahrung.

Zu diesem relativ starken bürgerlichen Grundbesitz in der Stadtflur kam dann noch das städtische und bürgerliche Grundeigentum in den Mühlhäuser Dörfern, das zwar nicht vom Rat oder den jeweiligen bürgerlichen Grundeigentümern, sondern von den damit beliehenen Bauern bewirtschaftet wurde, aber

<sup>7)</sup> *Bemmann, R.*, a. a. O., S. 26f.; *Frohn, A.*, Die wirtschaftlichen Folgen des dreißigjährigen Krieges für die Reichsstadt Mühlhausen i. Thür. Mühlhausen 1926, S. 35.

<sup>8)</sup> Zum folgenden siehe *Frohn, A.*, a. a. O., S. 35f. und *Weiß, H.*, Bevölkerungs- und Vermögensverhältnisse der Stadt Mühlhausen i. Th. in der Zeit von 1563 bis 1614. Halle-Saale 1926, S. 40ff.

<sup>8a)</sup> 1 Mühlhäuser Feldacker = 160 Quadratruten = 0,24736 Hektar.

auch in dieser Form der grundherrlichen Nutzung wesentlich dazu beitrug, die agrarische Basis der städtischen Wirtschaft zu verbreitern. Wie aus den unlängst abgeschlossenen Untersuchungen O. Michaels<sup>9)</sup> ersichtlich ist, dominierte zur Bauernkriegszeit im Mühlhäuser Gebiet, zu dem damals 17 Dörfer gehörten, durchaus der bürgerliche Besitz. 49,7% der Ländereien, 48,6% der Gehöfte und 40,3% der Erbzinse befanden sich in bürgerlichen Händen, d. h. im Eigentum des Rates der Stadt, der städtischen Hospitäler, Mühlhäuser oder auswärtiger Bürger. An zweiter Stelle kam der geistliche Besitz mit 44,9% der Ländereien, 43,4% der Gehöfte und 54,9% der Zinse, während der adlige und sonstige Besitz kaum eine Rolle spielte. Beim bürgerlichen Besitz wiederum nahm der Rat der Stadt mit 28,8% aller Ländereien, 23,9% aller Gehöfte und 13,7% aller Erbzinse die erste Stelle ein, gefolgt vom Besitz von 102 Mühlhäuser Bürgern mit 16,3% aller Ländereien, 18,1% aller Gehöfte und 21,2% aller Zinse, während der Besitz der städtischen Hospitäler und der auswärtigen Bürger relativ gering war. Welchen Wert dieses starke bürgerliche Grundeigentum in den Dörfern für die städtische Wirtschaft besaß, kann man schon daran ermessen, daß der Wert der jährlichen Erbzinse, die auf diese Weise aus den Dörfern bezogen wurden, rund 750 Gulden betrug und damit um die Hälfte über das gesamte Steueraufkommen der Dörfer hinausging. Zweifellos war das starke bürgerliche Grundeigentum in den Dörfern für die Klassenbeziehungen in der Stadt von großer Bedeutung, denn abgesehen davon, daß der Rat der Stadt als Kollektivorgan der stärkste Grundherr im Territorium war, stand ein großer Teil des reichen und mittleren Bürgertums, aus dessen Kreisen sich der Rat im wesentlichen rekrutierte, den Bauern auch privat als Grundherr gegenüber, war also in doppelter Hinsicht an der Aufrechterhaltung der feudalen Herrschafts- und Abhängigkeitsverhältnisse und der sie stützenden Überbauinstitutionen interessiert.

Die gewerbliche Produktion Mühlhausens zu Beginn des 16. Jahrhunderts trug mit Ausnahme der Wollweberei und vielleicht auch noch der Leinweberei und Gerberei mehr lokalen Charakter, begnügte sich mit der Versorgung der Stadt und ihres Landgebietes mit ihren Erzeugnissen und entsprach in ihrer Stärke und Differenzierung im wesentlichen den lokalen Bedürfnissen.<sup>10)</sup> Nach dem Kataster von 1566 gab es 25 Innungen, von denen die der Wollweber mit 176 Mitgliedern bei weitem die stärkste war. An zweiter Stelle standen die Fleischer mit 48 Mitgliedern, gefolgt von den Schuhmachern und Leinwebern (je 39 Mitglieder), Bäckern (38 Mitglieder) und Lohgerbern (33 Mitglieder). Selbst wenn man berücksichtigt, daß das Kataster von 1566 unvollständig ist, die tatsächlichen Mitgliederzahlen der einzelnen Innungen also noch höher

<sup>9)</sup> *Michael, O.*, Grundbesitz und Erbzins der Bauern im Gebiet der Freien Reichsstadt Mühlhausen i. Thür. zur Bauernkriegszeit. Veröffentlichungen des Mühlhäuser Stadtarchivs, Neue Folge Nr. 2, Mühlhausen 1959, Tabelle V.

<sup>10)</sup> *Weiß, H.*, a. a. O., S. 43ff.; *Frohn, A.*, a. a. O., S. 44; *Bemmann, R.*, a. a. O., S. 27.

lagen, gewinnt man nicht den Eindruck einer besonders starken gewerblichen Produktion, zumal ja ein großer Teil der Zunfthandwerker nebenbei noch eine eigene Landwirtschaft betrieb. Das einzige Exportgewerbe von Bedeutung war offenbar die Tuchmacherei, die aber schon damals mit Absatzschwierigkeiten zu kämpfen hatte und in der Folgezeit immer mehr an Bedeutung verlor. Die Produktionsverhältnisse im Handwerk waren im wesentlichen zünftisch-feudal, allenfalls zeichnete sich in der Trennung eines Teils der unmittelbaren Produzenten vom Absatzmarkt schon der Übergang zu kapitalistischen Produktionsverhältnissen ab. Zu einer stärkeren Unterordnung der Produktion unter die Herrschaft des Kapitals, etwa in der Form des Verlages, scheint es jedoch nicht gekommen zu sein.

Ähnlich wie mit dem Handwerk stand es auch mit dem Mühlhäuser Handel, der sich damals gerade in einer äußerst schwierigen Lage befand.<sup>11)</sup> Durch die Verlagerung des Schwerpunktes des mitteldeutschen Handels von Erfurt nach Leipzig hatten nämlich die durch Mühlhausen gehenden alten Nord-Süd- und West-Ost-Verbindungen sehr an Bedeutung verloren, und damit wurde die ursprünglich recht günstige Verkehrslage Mühlhausens immer mehr in ihr Gegenteil verkehrt. Für den Mühlhäuser Handel bedeutete das den Verlust seiner ehemals recht bedeutsamen Zwischenhandelsfunktion, den er trotz aller Anstrengungen weder verhindern noch anderweitig kompensieren konnte. Unter diesen Umständen beschränkte er sich zu Beginn des 16. Jahrhunderts im wesentlichen auf die Einfuhr der im Orte nicht produzierten Rohstoffe und Fertigwaren sowie auf den Absatz der relativ geringen Überschüsse der eigenen agrarischen und gewerblichen Produktion, hatte also kaum größere, überlokale Bedeutung. Daher war auch die Kapitalakkumulation bei den einheimischen Großkaufleuten nicht allzu groß, und ihre Vermögen, die überdies zu einem großen Teil aus Grundbesitz und Grundrenten bestanden, waren klein im Vergleich zu denen der großen süd- und norddeutschen Handeshäuser.

Die Sozialstruktur Mühlhausens zu Beginn des 16. Jahrhunderts entsprach im wesentlichen den eben gekennzeichneten wirtschaftlichen Verhältnissen.<sup>12)</sup> Rund 40% der selbständigen Erwerbstätigen waren Zunfthandwerker, weitere 35% etwa Ackerbürger. Da ein Teil der Zunfthandwerker jedoch über erheblichen Grundbesitz verfügte und das Handwerk nur im Nebenberuf ausübte, hielten sich die beiden Hauptgruppen faktisch die Waage. Dazu kamen dann noch rund 20% an Hilfsarbeitern und Tagelöhnern, während die restlichen 5% von den Kaufleuten, Beamten und sonstigen Berufen gestellt wurden. Die Hilfsarbeiter und Tagelöhner, die fast durchweg zur Stadtarmut gehörten und

<sup>11)</sup> *Frohn, A.*, a. a. O., S. 48ff.; *Bemmann, R.*, a. a. O., S. 33.

<sup>12)</sup> Die folgenden Angaben zur Berufsgliederung der Einwohnerschaft sind Schätzungen unter Berücksichtigung der von *Weiß, H.*, a. a. O., S. 42 für das Jahr 1566 und *Frohn, A.*, a. a. O., S. 45f. für das Jahr 1599 ermittelten Werte über die Stärke der einzelnen Zünfte.

als freie Lohnarbeiter zum größten Teil in der Landwirtschaft beschäftigt waren, stellten das „embryonische proletarische Element“<sup>12a)</sup> unter der Einwohnerschaft dar und bildeten später zusammen mit verarmten Zunfthandwerkern und Gesellen den Kern der plebejischen Opposition. Hinsichtlich der Verteilung der Steuerpflichtigen und des Vermögens auf die einzelnen Steuergruppen und Stadtteile ergibt sich für 1524/25 folgendes Bild<sup>13)</sup>:

Steuergruppen	Ges. Stadt		Innenstadt		Vorstädte	
	Stpfl.	Verm. in GM.	Stpfl.	Verm. in GM.	Stpfl.	Verm. in GM.
über 250	34	17 059,5	33	16 793,5	1	266
101—250	155	22 894,5	151	22 380,5	4	514
51—100	314	22 539	294	21 145	20	1394
11— 50	320	7 535,5	226	5 497	94	2 038,5
0,5—10	397	1 660	253	1 052,5	144	607,5
Besitzlose	284	—	94	—	190	—
insgesamt	1504	71 688,5	1051	66 868,5	453	4 820

Das Charakteristische dabei ist, wenn man die Ergebnisse für die gesamte Stadt betrachtet, zunächst einmal der auffallend hohe Anteil an völlig Besitzlosen (19<sup>0</sup>/<sub>0</sub>) und die relativ starke Gruppe von Leuten mit Kleinstvermögen von 4—80 Gulden (26<sup>0</sup>/<sub>0</sub>), die zusammen fast die Hälfte (45<sup>0</sup>/<sub>0</sub>) aller Steuerpflichtigen ausmachten, aber nur 2<sup>0</sup>/<sub>0</sub> des Gesamtvermögens besaßen, auf der einen Seite, und die entsprechend starke Vermögenskonzentration beim mittleren und reichen Bürgertum (über 800 bzw. 2000 Gulden), zu dem nur 13<sup>0</sup>/<sub>0</sub> aller Steuerpflichtigen, aber 56<sup>0</sup>/<sub>0</sub> des Gesamtvermögens gehörten, auf der anderen Seite. Zwischen diesen beiden Hauptgruppen der Stadtarmut und des Besitzbürgertums stand als eigentlicher Kern der Bürgerschaft das Kleinbürgertum, zu dem die Masse der Handwerker und ein Teil der Ackerbürger gehörten, mit einem Vermögen von 80—800 Gulden, wobei bei dieser Gruppe der Anteil am Gesamtvermögen mit 42<sup>0</sup>/<sub>0</sub> genau ihrem Anteil an der Zahl aller Steuerpflichtigen entsprach. Dabei ist bemerkenswert, daß die wirtschaftlich besser gestellten Teile des Kleinbürgertums (mit 400—800 Gulden) verhältnismäßig stark waren, nämlich knapp die Hälfte dieser Gruppe ausmachten und 31<sup>0</sup>/<sub>0</sub> des Gesamtvermögens in ihren Händen hatten, während sich die andere Hälfte des Kleinbürgertums (mit 80—400 Gulden) mit 11<sup>0</sup>/<sub>0</sub> des Gesamtvermögens begnügen mußte.

<sup>12a)</sup> Engels, Friedrich, Der deutsche Bauernkrieg. MELS, Bd. I, S. 199.

<sup>13)</sup> Die Angaben der Tabelle sind bis auf die Gruppierung 100—250 GM und über 250 GM, die auf eigener Auszählung beruht, den Aufstellungen Vettors, A., a. a. O., S. 64—69 entnommen. Die Geschoßmark (GM) war eine Rechenheit, deren Wert zur Bauernkriegszeit etwa acht Gulden ausmachte.

Wesentlich ist fernerhin der bedeutende Unterschied in der Vermögenslage der eigentlichen Bürger in der Innenstadt und der politisch rechtlosen „Mithöner“ in den Vorstädten. Obwohl letztere etwa 30% aller Steuerpflichtigen stellten, besaßen sie nur 7% des Gesamtvermögens, befanden sich also in wesentlich schlechteren wirtschaftlichen Verhältnissen als die Masse der Bürgerschaft. Vor allem war der Anteil der völlig Besitzlosen und Kleinstbesitzer in den Vorstädten weitaus größer als in der Stadt selbst. Während diese beiden Gruppen in der Innenstadt nur ein Drittel der Bevölkerung ausmachten, waren in den Vorstädten 42% aller Steuerpflichtigen völlig besitzlos und weitere 32% nur im Besitz eines Kleinstvermögens bis zu 80 Gulden. Dementsprechend waren natürlich die höheren Steuergruppen in den Vorstädten wesentlich schwächer. Während der Anteil der Steuerpflichtigen mit einem Vermögen bis zu 800 Gulden in der Innenstadt rd. 50% und der mit größerem Vermögen rd. 17% betrug, kamen auf die entsprechenden Steuergruppen in den Vorstädten nur 25 bzw. 1% aller Steuerpflichtigen. Im übrigen zeigt sich der große Unterschied in der Vermögenslage der Bürger und Mithöner natürlich auch im Durchschnittsvermögen, das sich für die Innenstadt auf rd. 64 GM (512 Gulden), für die Vorstädte auf rd. 11 GM (88 Gulden) und für die gesamte Stadt auf rd. 47 GM (384 Gulden) belief, in den Vorstädten also noch weit unter dem allgemeinen Stadtdurchschnitt lag.

Über die Vermögensverhältnisse der Handwerker erfahren wir zwar erst aus späterer Zeit, für die Mitte der 60er Jahre, etwas Näheres.<sup>14)</sup> Aber bei der relativen Konstanz im Vermögensgefüge und den nicht gerade bedeutenden Veränderungen im Vermögensniveau lassen sich diese Angaben bei einiger Vorsicht auch für die Bauernkriegszeit verwenden. Zumindest erhalten wir auf diese Weise eine klare Vorstellung von der unterschiedlichen Vermögenslage der einzelnen Zünfte, die uns davor bewahren kann, die Vermögensverhältnisse der Handwerker insgesamt allzu günstig zu beurteilen. Nach dem Kataster von 1566 betrug das Durchschnittsvermögen der Zunft Handwerker 47 GM und lag damit noch über dem Stadtdurchschnitt von 1563 (42 GM) und 1569 (39 GM). Tatsächlich war es jedoch nur ein Teil der Zünfte, dessen Durchschnittsvermögen den Stadtdurchschnitt übertraf, die Mehrzahl blieb darunter, und einige Zünfte gehörten ihrem Durchschnittsvermögen nach von vornherein zur Stadtarmut. Die reichsten Zünfte waren die Fleischer, Kürschner, Wollweber, Lohgerber und Bäcker mit einem Durchschnittsvermögen von 87–58 GM, die ärmsten die Steinmetze, Beutler, Zimmerleute, Topfgießer und Leineweber mit 7–13 GM. Innerhalb der Zünfte ist nur bei den Wollwebern eine stärkere Vermögensdifferenzierung feststellbar, die den zünftisch-feudalen Rahmen der Produktion jedoch noch nicht gesprengt zu haben scheint. In den übrigen Gewerben war die Vermögensdifferenzierung verhältnismäßig gering, bestanden also keine allzugroßen Unterschiede in der wirtschaftlichen Lage der Meister. Selbst wenn man bedenkt, daß die Durch-

<sup>14)</sup> Weiß, H., a. a. O., S. 43ff.

schnittswerte zur Bauernkriegszeit etwas höher gelegen haben dürften, da sich die Vermögensverhältnisse der Mühlhäuser Einwohnerschaft inzwischen verschlechtert hatten, erhält man kein allzu günstiges Bild von der wirtschaftlichen Lage der Handwerker. Der größte Teil von ihnen gehörte zu den weniger begüterten Schichten des Kleinbürgertums, verhältnismäßig viele lebten sogar in schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen. Daraus erklärt sich auch, daß weite Kreise der Handwerkerschaft nach einer grundlegenden Änderung der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse verlangten und sich aus diesem Grunde zunächst der kleinbürgerlichen, später aber der radikaleren plebejischen Opposition anschlossen.

Im übrigen zeigt die Untersuchung der Vermögensverhältnisse, daß es hier zwar nicht zu einer so starken Vermögensdifferenzierung, wie wir sie in den großen Handels- und Gewerbestädten finden, gekommen war, daß es aber trotzdem beachtliche Unterschiede in der wirtschaftlichen Lage der Stadtbevölkerung und daher auch erhebliche soziale Spannungen zwischen den verschiedenen Schichten der Bürgerschaft gab. Der kleinen Schicht der wirtschaftlich starken und politisch ausschlaggebenden reichen und mittleren Gruppen des Bürgertums standen die beiden etwa gleich starken Gruppen des Kleinbürgertums und der Stadtpöbel gegenüber, die beide als Träger einer Oppositionsbewegung in Frage kamen, selbst aber in gewissem Gegensatz zueinander standen. Da die kleinbürgerliche Opposition von sich aus kaum daran dachte, die politische Macht an sich zu reißen, kam alles darauf an, ob es der plebejischen Opposition, die an einer grundlegenden Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse interessiert war, im Verlauf der revolutionären Bewegung gelingen würde, sich zu organisieren und die kleinbürgerliche Opposition so weit mit sich fortzureißen, daß mit ihrer Hilfe zumindest eine durchgreifende Veränderung der politischen Machtverhältnisse erfolgen konnte.

\*

Über die innenpolitische Situation Mühlhausens vor Ausbruch der Unruhen von 1523 und den Verlauf der revolutionären Bewegung von 1523–1525 brauchen wir hier nicht viel zu sagen, da beides seit langem bekannt und in der Literatur eingehend behandelt ist. Seit den Zunftkämpfen im Jahre 1406 bestand der Rat aus vier sich jährlich im Regiment ablösenden Ratsjahrgängen von je 32, später 30 Personen, von denen jeweils die Hälfte vom Patriziat und von den Zünften gestellt wurde.<sup>15)</sup> Naturgemäß lag in diesem zünftisch-patrizischen Ratsregiment das Schwergewicht von vornherein bei den Patriziern, da es sich bei ihnen um einen relativ kleinen, aber wirtschaftlich äußerst

<sup>15)</sup> Zum folgenden s. *Jordan, R.*, Zur Geschichte der Stadt Mühlhausen i. Thür. H. 3, Mühlhausen 1903, S. 18ff. und *Brinkmann E.*, Mühlhäusers Bürgermeister und Ratsherren von 1525–1802. In: „Mühlhäuser Geschichtsblätter“ Jg. 28, 1927/28, S. 252ff.

starken Personenkreis handelte, der sich im allgemeinen auch noch durch höhere Bildung und bessere Verwaltungskennntnisse auszeichnete. Aber auch sonst wurde die Teilnahme der Zunfthandwerker am Rat sehr erschwert. Denn erstens konnten nur diejenigen Bürger in den Rat aufgenommen werden, die mindestens 40 Jahre alt und 5 Jahre ansässig waren und darüber hinaus über ein Mindestvermögen von 20 Geschoßmark (rd. 160 Gulden) verfügten. Zweitens scheint damals auch nur ein Teil der Zünfte, nämlich die Wollweber, Lohgerber, Kürschner, Bäcker, Fleischer, Schneider, Schuhmacher und Schmiede, ratsfähig gewesen zu sein, während die übrigen Zunftmeister selbst dann, wenn sie die anderen Anforderungen erfüllten, nicht in den Rat gelangen konnten. Und drittens waren die Wahlen seit langem nur noch Ergänzungswahlen für die durch Tod oder aus anderen Gründen aus dem Rat ausgeschiedenen Ratsmitglieder und erfolgten durch Kooptation, nicht etwa durch die Bürgerschaft, so daß von vornherein nur den anderen Ratsmitgliedern genehme Elemente in den Rat gelangen konnten. Das Ergebnis war ein mehr oder weniger oligarchisches Stadtregiment einer kleinen zünftisch-patrizistischen Oberschicht, die über Bürger, Mitbewohner und Untertanen eine faktisch kaum eingeschränkte Gewaltherrschaft ausübte. Zwangsläufig ergaben sich dabei in der Handhabung der Verfassung, in der Verwaltung und in der Rechtspflege mancherlei Mißstände, unter denen die Masse der Bürgerschaft schwer zu leiden hatte und die bei ihr immer mehr das Verlangen nach einer grundlegenden Änderung der innenpolitischen Verhältnisse aufkommen ließen.

Auch auf kirchlichem Gebiet gab es zu dieser Zeit mancherlei Mißstände, die sich aus der relativ starken Stellung des Klerus in der Stadt ergaben und die reale Grundlage für die spätestens 1523 einsetzenden kirchenreformatorischen Bestrebungen darstellten.<sup>16)</sup> Die geistliche Versorgung der Einwohnerschaft lag im wesentlichen in den Händen des Deutschen Ritterordens, der in der Stadt zwei Kommenden besaß und über das Patronat sämtlicher Gemeindekirchen verfügte. Außerdem gab es in der Stadt noch drei Klöster und mehrere Freihöfe von Klöstern aus der Umgebung. Der Deutsche Ritterorden und das Brückenkloster verfügten über reichen Haus- und Grundbesitz in der Stadt und im Landgebiet. Die von der Geistlichkeit beanspruchte Sonderstellung brachte immer wieder Reibereien mit sich. So verlangte die Bürgerschaft, daß die auf Freihöfen Sitzenden wie alle anderen zur Steuer beitragen, die Geistlichen ebenso wie die Weltlichen ihre Mahlzeichen lösen und keine eigene Viehtrift, Schäferei und Hutung haben sollten. Da der Deutsche Ritterorden seiner Verpflichtung zur seelsorgerischen Betreuung der Einwohnerschaft nur ungenügend nachkam, gab es auch hier mancherlei Grund zur Unzufriedenheit.

<sup>16)</sup> Zum folgenden s. *Nebelsieck, H.*, Reformationsgeschichte der Stadt Mühlhausen i. Th. Magdeburg 1905, S. 10f. und *Sigismund, V. L.*, Quellen für die Mühlhäuser Pfarreien vor dem Bauernkrieg. In: „Mühlhäuser Geschichtsblätter“, Bd. 38/39, 1940, S. 111ff.

Ähnlich stand es mit der Frage der Armenpflege, die im wesentlichen in den Händen des Klerus lag und den Bedürfnissen keineswegs entsprach. Zu all dem kam dann noch die zunehmende Zucht- und Sittenlosigkeit der Kleriker, die gerade in diesen Jahren wiederholt den Unwillen der Bevölkerung erregt hatte.

Zum Ausbruch kam die allgemeine Unzufriedenheit mit den bestehenden politischen und kirchlichen Verhältnissen jedoch erst im Frühjahr 1523, als Heinrich Pfeiffer, ein ehemaliger Mönch und Anhänger Luthers, in seiner Vaterstadt Mühlhausen für die Durchführung der kirchenreformatorischen Ideen Luthers zu agitieren begann.<sup>17)</sup> Anfang Februar hielt er seine erste Predigt, in der er unter anderem auch die Ausbeutung des armen Mannes durch den Klerus anprangerte, und mit der er gleich so großen Anklang fand, daß der Rat nicht ernstlich gegen ihn vorzugehen wagte. Da sich Pfeiffer auch gegenüber den politischen Forderungen der Bürgerschaft äußerst aufgeschlossen zeigte, wurde er bald zum Sprecher der kleinbürgerlichen Opposition, die sich unter seinem Einfluß zu organisieren und offen aufzutreten begann.

Anfang April wählte die Bürgerschaft einen Ausschuß von 40 Mann und eine Bürgervertretung von 8 Mann, stellte anschließend ihre Beschwerden und Forderungen in 54 Punkten zusammen und legte sie Anfang Mai dem Rat zur Entscheidung vor. Die Forderungen der Bürgerschaft waren an sich recht mäßig, erstrebten zwar gewisse Reformen auf politischem und kirchlichem Gebiet, liefen aber keineswegs auf eine grundlegende Umgestaltung der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse hinaus. Im wesentlichen ging es um die Beseitigung offenkundiger Mißstände in der Verwaltung und Rechtspflege des Rats, um die Anerkennung der Achtmänner als beratende und kontrollierende Bürgervertretung und um die Einführung der Reformation. Da der Rat diesen Bestrebungen ablehnend gegenüberstand und die Durchführung der geforderten Maßnahmen zu verzögern suchte, kam es am 3. Juli zu einem offenen Aufstand, durch den er zur Annahme der Artikel in der Form eines Rezesses<sup>18)</sup> gezwungen wurde.

<sup>17)</sup> Zusammenfassende Darstellungen der Ereignisse von 1523—25 geben *Franz, G.*, Der deutsche Bauernkrieg. 4. Aufl., Darmstadt 1956, S. 248ff.; *Klett, B.*, Die bürgerlichen Unruhen zu Mühlhausen i. Th. und der Bauernkrieg in Nordwest-Thüringen. In: *Pflüger*, Jg. 2, 1925, S. 193ff.; *Nebelsieck, H.*, a. a. O., S. 19ff. und *Mexx, O.*, Thomas Müntzer und Heinrich Pfeiffer 1523—1525. Göttingen 1889. Zur Spezialliteratur s. *Wetterling, Hch.*, Bibliographie des heimatkundlichen Schrifttums über Mühlhausen i. Thür. und seine nähere Umgebung. Mühlhausen o. J. (1936?).

<sup>18)</sup> Akten zur Geschichte des Bauernkrieges in Mitteldeutschland, Bd. II, hrsg. v. W. P. Fuchs, Jena 1942, S. 10ff. Zur Entstehungsgeschichte des Rezesses s. *Jordan, R.*, Der Rezeß zwischen Rat und Bürgerschaft 1523. In: „Mühlhäuser Geschichtsblätter“, Jg. 10, 1910, S. 1ff., zu seinem Inhalt *Jordan, R.*, Zur Geschichte . . . H. 3, 1903, S. 20ff. u. *Franz, G.*, a. a. O., S. 251.

Mit der Annahme des Rezesses trat zunächst eine gewisse Beruhigung ein. Der Rat zeigte sich angesichts der Stärke der kleinbürgerlichen Opposition zu einigen Konzessionen bereit. Die Masse des Kleinbürgertums war mit dem Erreichten zufrieden. Die Plebejer, die bis dahin die kleinbürgerliche Opposition in ihrem Kampf gegen den Rat unterstützt hatten, warteten zunächst einmal ab. Die revolutionäre Bewegung flaute allmählich ab, und bald hatte der Rat wieder das Heft in der Hand. Ende August mußte Pfeiffer die Stadt verlassen, kehrte aber schon um die Jahreswende 1523/24 wieder zurück. Im übrigen suchte der Rat den Rezeß zu umgehen oder ließ es bei Halbheiten bewenden, so daß sich an den Zuständen in der Stadt kaum etwas änderte. Selbst die Durchführung der Reformation konnte von ihm im Verein mit den Deutschordensherren verhindert werden. Alles das führte dazu, daß die Masse der Einwohnerschaft, namentlich die ärmeren Schichten des Kleinbürgertums und die plebejischen Elemente, mit den bestehenden Verhältnissen immer unzufriedener wurden und die kleinbürgerlich-plebejische Opposition neuen Auftrieb erhielt.

Im August 1524 kam dann Thomas Müntzer nach Mühlhausen, und damit trat die revolutionäre Bewegung in eine neue Phase ihrer Entwicklung ein, denn unter seinem Einfluß bildete sich verhältnismäßig rasch aus der Stadtarmut und den wirtschaftlich schwachen Teilen des Kleinbürgertums eine selbständige plebejische Opposition, die auf eine Fortsetzung der revolutionären Bewegung und grundlegende Umgestaltung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse drängte. Wenige Wochen nach der Ankunft Müntzers – am 19. September 1524 – kam es bereits zu einem neuen Aufstand, dessen Träger in erster Linie die plebejischen Elemente der Einwohnerschaft waren, und in dessen Verlauf die plebejische Opposition im „Ewigen Bund Gottes“ ihre Organisation und im „Artikelbrief“<sup>19)</sup> ihr Programm erhielt. Der Aufstand konnte vom Rat jedoch noch einmal niedergeschlagen werden, nicht zuletzt mit Hilfe der Bauern, die zu dieser Zeit der revolutionären Bewegung und ihren Zielen noch ablehnend gegenüberstanden. Ende September wurden Müntzer und Pfeiffer aus der Stadt ausgewiesen, und damit war die plebejische Opposition zunächst ihrer Führer beraubt.

Aber der Erfolg des Rats war nicht von Dauer. Denn während Müntzer und Pfeiffer in Süddeutschland waren, blieben ihre Anhänger in Mühlhausen nicht müßig. Sie nutzten die Unzufriedenheit der breiten Massen, agitierten im Sinne der Volksreformation und gewannen nach und nach immer breitere Kreise des Kleinbürgertums für ihr Programm. Die Folge war eine allmähliche Radikalisierung der kleinbürgerlichen Opposition, der sich auf die Dauer auch die Achtmänner nicht verschließen konnten, zumal sich mit der Rückkehr

<sup>19)</sup> W. P. Fuchs, Akten . . . , S. 47 ff. Zur Entstehungsgeschichte und zum Inhalt der Mühlhäuser Artikel s. *Jordan, R.*, Zur Geschichte . . . H. 3, 1903, S. 28 ff., *Franz, G.*, a. a. O., S. 256 u. *Smirin, M. M.*, Die Volksreformation . . . a. a. O., S. 589 ff.

Pfeiffers im Dezember 1524 ein neuer Aufschwung der revolutionären Bewegung ergab. Der Rat mußte ihnen einen zweiten Schlüssel zu den Toren aushändigen, seine grundsätzliche Zustimmung zum Artikelbrief geben und Achtmännern und Gemeinde das Recht einräumen, ihn zur Verantwortung zu ziehen, falls er dagegen verstoßen würde. Zu Weihnachten mußte er dann den Prädikanten das Stadtrecht vorlegen, und diese strichen daraus alle Artikel, die ihrer Meinung nach zu Bibel und Evangelium im Widerspruch standen. Bald darauf wurden unter dem Druck der Massen auch die Klöster geschlossen, ihr gesamter Besitz wurde eingezogen und den Mönchen jede weitere seelsorgerische Tätigkeit untersagt.

Mitte Februar war auch Müntzer wieder in Mühlhausen, und nun trieb die revolutionäre Bewegung rasch ihrem Höhepunkt entgegen. Schon vier Wochen später – Mitte März – wurde der alte Rat gestürzt und der sogenannte „Ewige Rat“ an seine Stelle gesetzt, in dem neben Mitgliedern des alten Rats und mehreren Achtmännern auch Angehörige des Kleinbürgertums und einige Plebejer vertreten waren. Damit hatte die plebejische Opposition einen entscheidenden Erfolg errungen, denn mit der Wahl des „Ewigen Rats“ war die Verwaltung der Stadt weitgehend demokratisiert und die Durchführung der Reformation endgültig gesichert. Die Verwirklichung ihrer Forderungen auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet jedoch blieb aus, da das die Machtübernahme durch die plebejische Opposition selbst vorausgesetzt hätte. Dazu aber war sie nach Lage der Dinge nicht stark genug, und daher „blieb Mühlhausen eine republikanische Reichsstadt mit etwas demokratisierter Verfassung, mit einem aus allgemeiner Wahl hervorgegangenem Senat, der unter Kontrolle des Forums stand, und mit einer eilig improvisierten Naturalverpflegung der Armen“.<sup>20)</sup> Immerhin war Mühlhausen damit auf dem Wege der von der Volksreformation angestrebten grundlegenden Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse am weitesten vorangekommen und stellte daher auch einen geeigneten Ausgangspunkt für die weitere Ausbreitung ihres Gedankengutes dar. Alles das machte die Entwicklung in der Stadt für die herrschende Klasse so gefährlich, zumal Müntzer von hier aus den allgemeinen Aufstand der Bauern und Plebejer in Thüringen, Hessen und Sachsen organisierte und die Stadt so zu einem der Brennpunkte des Bauernkrieges in ganz Mitteleuropa machte.

\*

Im folgenden soll nun versucht werden, die wichtigsten revolutionären Organe – das Achtmännerkollegium, den Ewigen Bund Gottes und den Ewigen Rat – hinsichtlich ihrer sozialen Zusammensetzung näher zu bestimmen, um auf diese Weise den unterschiedlichen Charakter dieser Organe und die jeweils von ihnen vertretenen oder an ihnen beteiligten Klassenkräfte besser erkennen zu können.

<sup>20)</sup> Engels, Friedrich, Der deutsche Bauernkrieg. MELS, Bd. I, S. 265.

Beginnen wir unsere Untersuchung mit den sogenannten Achtmännern. Wie bereits gesagt, waren die Achtmänner eine im Laufe der revolutionären Bewegung entstandene, zunächst illegale, später aber legalisierte Bürgervertretung, die dem Rat gegenüber die Interessen der Bürgerschaft zu vertreten, ihn in allen wichtigen Fragen zu beraten und gleichzeitig in seiner Geschäftsführung, namentlich auf dem Gebiete der Finanzverwaltung, zu kontrollieren hatte. Zweifellos war ihre Einsetzung ein großer Erfolg der kleinbürgerlichen Opposition und ein entscheidender Schritt auf dem Wege der weiteren Demokratisierung der Verwaltung, wurde doch dadurch die bis dahin unumschränkte Gewalt des Rats wesentlich eingeschränkt und die Bürgerschaft direkt an der Stadtverwaltung beteiligt.

Wer nun eigentlich zu den Achtmännern gehörte, läßt sich nicht mit Sicherheit feststellen, da uns im ganzen sechs verschiedene Namenslisten überliefert sind, über deren Zuverlässigkeit und Geltungsdauer wir angesichts der unzureichenden sonstigen Überlieferung nicht entscheiden können. An sich ist die Tatsache, daß uns mehrere voneinander abweichende Namenslisten vorliegen, nicht weiter verwunderlich, muß man doch damit rechnen, daß während der Amtszeit dieser Körperschaft mehrmals Neu- oder Ergänzungswahlen stattfanden, durch die sich die Zusammensetzung des Achtmännerkollegiums immer wieder änderte.<sup>21)</sup> So scheint die Wahl vom 1. April 1523 nur eine provisorische gewesen zu sein, der nach Annahme des Rezesses im Juli des gleichen Jahres eine endgültige und legale gefolgt sein dürfte, und später, im März 1525, machte der Eintritt einiger Achtmänner in den Ewigen Rat zumindest eine Ergänzungswahl notwendig. Außerdem muß man damit rechnen, daß sich die Amtszeit der Achtmänner genau wie beim Rat nur über ein Jahr erstreckte, so daß auch 1524 noch einmal eine Neuwahl erfolgte. Jedoch scheint dabei die Wiederwahl bewährter Achtmänner möglich gewesen zu sein, denn einige von ihnen waren offenbar während der ganzen Zeit von 1523–1525 im Amt.

Bei den uns vorliegenden Angaben über die Zusammensetzung des Achtmänner-Kollegiums handelt es sich zunächst einmal um die Aussagen von zwei Teilnehmern der revolutionären Bewegung, Martin Setteler und Daniel Strutmann, aus dem Jahre 1526<sup>22)</sup>, eine undatierte, aber offenbar auch noch zeitgenössische Zusammenstellung in den Ratsakten<sup>23)</sup>, den Willkürbericht aus dem Jahre 1537<sup>24)</sup>, und die beiden Verzeichnisse in der von Jordan veröffentlichten Stadtchronik<sup>25)</sup>, die in ihren älteren Teilen um 1570, in den jüngeren Zusätzen um 1727 abgefaßt worden ist.

<sup>21)</sup> *Jordan, R., Zur Geschichte, a. a. O., H. 3, 1903, S. 19f.; s. a. H. 9; 1911, S. 25.*

<sup>22)</sup> *W. P. Fuchs, Akten, a. a. O., S. 871 u. 874.*

<sup>23)</sup> *StA Mühlhausen, K 3, Nr. 1a, fol. 6.*

<sup>24)</sup> *Jordan, R., Zur Geschichte . . . , H. 7, 1908, S. 37ff.*

<sup>25)</sup> *Chronik der Stadt Mühlhausen in Thüringen, hrsg. v. R. Jordan, Bd. I, Mühlhausen 1900, S. 173.*

Ein Teil dieser Listen ist zeitlich näher fixiert, indem entweder der Zeitpunkt der Wahl oder ein bestimmtes Ereignis, an dem die jeweiligen Achtmänner teilgenommen haben, angegeben ist. So beziehen sich die Angaben Strutmanns offenbar auf die noch illegale Wahl vom 1. April 1523, die von Setteler und die der älteren Chronik auf die Zeit des Aufstandes vom Juli 1523 und die des Willkürberichtes auf den März 1525. Die beiden übrigen Listen sind zeitlich nicht näher bestimmt; es ist möglich, daß sie sich auf das Jahr 1524 beziehen. Es sei jedoch gleich bemerkt, daß alle diese Datierungen höchst unsicher sind, da sich die Listen entweder selbst widersprechen oder aber in offenkundigem Gegensatz zu einer unzweifelhaft richtigen Überlieferung über die Tätigkeit einzelner Achtmänner stehen.

Im übrigen ist der Quellenwert dieser Verzeichnisse nur schwer zu beurteilen. An sich möchte man dem Willkürbericht und dem Verzeichnis in den Ratsakten, die beide amtlichen Charakter tragen, den größten Quellenwert zu messen, aber selbst der Willkürbericht ist offensichtlich unzuverlässig, da sich für den von ihm behandelten Zeitraum in den städtischen Amtsbüchern einige Achtmänner nachweisen lassen, die er nicht erwähnt.<sup>26)</sup> Mit der Zuverlässigkeit der übrigen Listen mag es ähnlich stehen, nur ist in diesen Fällen eine Überprüfung kaum möglich. Immerhin ließ sich hinsichtlich der in den sechs Listen genannten Achtmänner folgendes feststellen: S. Angnes, K. Färber, M. Koch, S. Konemund, Hch. Ludewig, H. Mertin, K. Oswalt, K. Rorich, Hch. Rulant, H. Schmit und D. Wismeler kommen in städtischen Amtsbüchern der Jahre 1523–1525 als amtierende Achtmänner vor, waren also mit Sicherheit in dieser Funktion.<sup>27)</sup> D. Beyer, H. Ernst, Cl. Kreutter, Cl. Fulstich und H. Spon werden auch sonst noch in den Akten als Achtmänner bezeichnet, dürften es also mit großer Wahrscheinlichkeit auch gewesen sein.<sup>28)</sup> Von B. und H. Blanckenberg, Hch. Hartleb, C. Kistenmecher, H. Töpfer, H. Tuchscherer und Christian Voyl erfahren wir jedoch nur aus unseren Listen, daß sie Achtmänner gewesen sind. Betrachtet man daraufhin noch einmal die einzelnen Listen, so zeigt sich, daß die Liste des Setteler nur auch anderweitig bestätigte Achtmänner enthält, während sich in der ohnehin schon unvollständigen Liste Strutmanns vier und in dem älteren Chronikbericht zwei Achtmänner finden, für die wir sonst keinen Nachweis über ihre Amtseigenschaft haben. Bei den übrigen Listen fehlt jeweils für eine Person die anderweitige Bestätigung für ihre Zugehörigkeit zum Achtmännerkollegium.

Über die Tätigkeit der einzelnen Achtmänner und ihr weiteres Schicksal können wir uns hier kurz fassen. Die markantesten Persönlichkeiten unter

<sup>26)</sup> StA Mühlhausen, Notulbuch X 1, Nr. 8, fol. 230 u. 235 S. Angnes und fol. 230 u. 232' Hans bzw. Joh. Meler, der uns aber sonst nicht als Achtmann begegnet.

<sup>27)</sup> StA Mühlhausen, Notulbuch X 1, Nr. 8, fol. 217'–223' u. 230–235; Urfehdebuch Gg. T, Nr. 3, fol. 110'.

<sup>28)</sup> W. P. Fuchs, Akten . . . , S. 70, 668, 753 u. 872.

ihnen waren Michael Koch und Dietrich Wismeler, die ja auch in der Chronik als „die Vornehmsten der Achtmänner“ bezeichnet werden.<sup>29)</sup> Daneben spielten offenbar Daniel Beyer, Sebastian Konemund und Heinrich Ludewig, die später zusammen mit Christian Voyl in den Ewigen Rat eintraten, eine maßgebliche Rolle.<sup>29a)</sup> Von den übrigen Achtmännern traten in der Frühzeit H. Ernst, C. Rorich und H. Spon stärker hervor<sup>29b)</sup>, während in späterer Zeit offenbar Fulstich, Kreutter und Schmit besonders aktiv waren.<sup>29c)</sup> Hans Ernst und Hans Töpfer waren Mitglieder des „Ewigen Bundes“.<sup>29d)</sup> Konemund, Beyer, Fulstich und Kistenmecher wurden nach der Einnahme der Stadt durch die Fürsten hingerichtet.<sup>29e)</sup> Koch, Wismeler, Hartleb und Voyl waren geflohen und hatten sich bis auf Koch weiteren Nachstellungen entziehen können.<sup>29f)</sup> Angnes, Kreutter, Ludewig, Rulant und Töpfer waren ebenfalls geflohen, verglichen sich aber später mit dem Rat im Rahmen der Trefffurter Verträge.<sup>29g)</sup> Ernst, Oswald, Rorich, Schmit, Spon und H. Tuchscherer waren offenbar in der Stadt geblieben und zunächst verhaftet worden, wurden dann aber nach Auferlegung einer Strafbuße in Höhe von 100–300 fl bald wieder entlassen.<sup>29h)</sup> Über das Schicksal der drei übrigen Achtmänner – B. und H. Blanckenberg und H. Ludolf-Mertin – ließ sich bisher nichts ermitteln. Wichtiger als diese Angaben über das Schicksal einzelner Achtmänner ist in unserem Zusammenhang alles das, was sich über die soziale Zusammensetzung dieser Körperschaft ermitteln läßt, da wir von dieser Seite her gewisse Aufschlüsse über den Charakter der revolutionären Bewegung in ihrer Frühzeit erwarten dürfen. Tatsächlich ergibt sich bei einer zusammenfassenden Betrachtung der sozialen Lage und gesellschaftlichen Stellung der einzelnen Achtmänner ein recht eindeutiges Bild.<sup>30)</sup> Die Achtmänner entstammten nämlich fast alle dem Kleinbürgertum, drei gehörten sogar zum mittleren und einer zum reichen Bürgertum. Sie lebten also bis auf wenige Ausnahmen in recht guten wirtschaftlichen Verhältnissen, zum Teil waren sie sogar ausgesprochen wohlhabend. Soweit uns für die einzelnen Achtmänner Berufsangaben über-

29) *Jordan, R.*, Chronik . . . , Bd. I, S. 213; W. P. Fuchs, Akten . . . , S. 752, 871 (!), 872, 873, 883 u. 937. S. auch *Jordan, R.*, Michael Koch. In: Zur Geschichte . . . , H. 8, 1910, S. 1–44.

29a) W. P. Fuchs, Akten . . . , S. 714, 764, 764f., 828, 835f., 851, 871f., 874f., 876, 934 u. 936.

29b) Ebenda, S. 865, 871f., 874f. u. 934f.

29c) Ebenda, S. 668, 713, 753, 828, 830, 836, 851, 865, 871f., 874ff., 911 u. 936f.

29d) *Jordan, R.*, Zur Geschichte . . . , H. 2, 1902, S. 33f.

29e) W. P. Fuchs, Akten . . . , S. 676 u. 829.

29f) Ebenda, S. 754, 757, 765 u. 877.

29g) *Jordan, R.*, Zur Geschichte . . . , H. 2, 1902, S. 46ff.; W. P. Fuchs, Akten . . . , S. 900.

29h) StA Mühlhausen, Urfehdebuch Gg. T. Nr. 3, fol. 92', 93', 94, 95, 110', 116', 144 u. 151'.

30) Zum folgenden siehe Anlage I.

mittelt sind, handelte es sich bei ihnen um Handwerker, und zwar um vier Wollweber, drei Schuhmacher, zwei Weißgerber und je einen Fleischhauer, Bäcker, Schneider, Tischler und Goldschmied. Dazu kamen dann noch drei Ackerbürger, was beweist, daß es sich hier um keine reine Handwerkervertretung gehandelt hat. Von den übrigen Achtmännern ist der Beruf nicht bekannt, jedoch dürften sich unter ihnen neben Ackerbürgern auch noch einige Handwerker befunden haben, während Angehörige der alten Geschlechter und Lohnarbeiter in diesem Kreise offenbar fehlten. Nach den Angaben des Geschoßregisters von 1524/25 waren die Achtmänner durchweg vermögende Leute. Das geringste Vermögen im Werte von 15 Geschoßmark (120 fl) besaß Claus Fulstich, das mit Abstand größte Curt Rorich mit 315 Geschoßmark (2520 fl). Von den 21 Achtmännern, für die wir Vermögensangaben besitzen, versteuerten fünf ein Vermögen bis zu 50 GM, zwölf 50–100 GM und vier ein Vermögen über 100 GM. Das Durchschnittsvermögen der Achtmänner belief sich auf 78,6 GM (rd. 629 fl), lag also noch über dem Durchschnitt der Bewohner der Innenstadt mit 63,6 GM und dem aller Zunfthandwerker mit 47,1 GM. Bezeichnenderweise entsprach das Vermögen der Handwerker unter den Achtmännern durchaus dem Durchschnittsvermögen der jeweiligen Zunft, bei einigen ging es sogar erheblich darüber hinaus.

Alles das bestätigt in gewisser Hinsicht den Eindruck, den man auch aus der Analyse des Rezesses von 1523 gewinnt, daß es sich nämlich bei der revolutionären Bewegung in Mühlhausen zunächst um eine kleinbürgerliche Oppositionsbewegung handelte, die ihre Massenbasis in den kleinbürgerlichen Schichten des Bürgertums hatte und sich relativ begrenzte, auf eine Reform der Verfassung, Verwaltung, Justiz und Kirchenordnung hinauslaufende Ziele stellte. Das Führungs- und Machtorgan dieser kleinbürgerlichen Opposition aber waren die Achtmänner, die zum größten Teil den stärker begüterten Schichten des Kleinbürgertums entstammten und einer grundlegenden Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse, wie sie später die plebejische Opposition anstrebte, ablehnend gegenüberstanden.

Aus diesem Grunde sahen sich die Achtmänner auch bald einer scharfen Kritik von seiten der Plebejer, die zunächst die kleinbürgerliche Oppositionsbewegung und damit auch die Achtmänner unterstützt hatten, ausgesetzt. Ihre Selbstzufriedenheit mit dem Erreichten, ihr Paktieren mit dem Rat und ihr Widerstand gegen eine Fortsetzung der revolutionären Bewegung ließen sie bei den radikaler gestimmten plebejischen Elementen immer mehr an Ansehen verlieren, und zum Schluß richtete sich die plebejische Opposition nicht allein gegen den Rat, sondern zu einem guten Teil auch gegen die Achtmänner. Art und Ausmaß dieser Kritik lassen einige Eintragungen im sogenannten Bruchbuch aus den Jahren 1524/25, in dem alle möglichen Vorstöße gegen die Stadtordnung festgehalten wurden, erkennen.<sup>31)</sup> Dort heißt es beispielsweise: „Hans Zwinckman . . . gesagt, die acht seygen schelcke und haltens mit dem

<sup>31)</sup> StA Mühlhausen, Bruchbuch, Auf I, Nr. 1b, fol. 47' u. 57'.

Rathe und ander Wort mehr“, „Thomas Steffan wolde in die herrn und achtman schissen“, „Hutter von Amara hat die hern Eynes Erbaren Rathes mit-samt den Achtmannen verhonnspracht und verspott“ oder „Schollemer zu Sanct Petter hat dem hern und achtman huntz wort geben und das Closter wollen aufstossen mit gewalt“ u. a. m. Wenn die Achtmänner trotzdem ihre Stellung behaupten konnten, so lag das nicht zuletzt daran, daß sie weiterhin die Masse des Kleinbürgertums hinter sich hatten und sich in ihrem Widerstand gegen die plebejische Opposition auch auf den Rat und die von ihm vertretenen Bevölkerungsschichten stützen konnten.

\*

Ganz anders war die soziale Zusammenstellung beim „Ewigen Bund Gottes“, der von Müntzer und Pfeifer geschaffenen Organisation der plebejischen Opposition.

Zur Vorgeschichte dieses Bundes können wir uns kurz fassen. Bekanntlich hat Müntzer schon während seines Allstädter Aufenthaltes eine äußerst rege revolutionäre Propaganda entfaltet und in zahlreichen Städten und Dörfern Mitteldeutschlands Anhänger gewonnen. Dabei war er bemüht, diesen in der Form von Verbündnissen eine feste Organisation zu geben. Selbst wenn sie zunächst als Glaubensgemeinde und Bund der Not und Abwehr gedacht waren<sup>32)</sup>, bildeten sie doch einen ausgezeichneten Ausgangspunkt für die weitere Agitation und mögliche spätere revolutionäre Tätigkeit. Eine Vorstellung von den Ausmaßen dieser Organisation vermittelt ein Schreiben Müntzers vom 15. Juli 1524 an seine Anhänger in Sangerhausen, in dem er davon spricht, daß bis dahin schon „meher dan 30 anschlege und verbundnis der auserwelten gemacht sein“.<sup>33)</sup>

Angesichts der Bedeutung, die Mühlhausen seit der Flucht Müntzers aus Allstedt für die volksreformatorische Bewegung gewann, wäre es erstaunlich, wenn es hier nicht zur Gründung eines derartigen Bundes gekommen wäre. Tatsächlich hat es auch in Mühlhausen eine derartige Organisation gegeben, wengleich sie uns in den Quellen auch erst verhältnismäßig spät entgegentritt. Um den 6. Mai 1525 herum schreiben Schultheiß, Heimbürgen und die ganze Gemeinde Sollstedt an den Grafen Ernst von Hohenstein als „christlichen lieben Bruder des Molhuschen bundes“ und berichten, unter welchen Umständen sie dem Bund zugeschworen haben.<sup>34)</sup> In dem Anschreiben der Gemeinde Mühlhausen vom 9. Mai 1525 wegen der Hilfe für die Frankenhäuser heißt es zum Schluß: „Das wolt ihr nicht unterlassen bie der ernsten pflicht, die ihr bie dem bunde gottes getan habt, sunst mochten wir und ihr ganz vor-

<sup>32)</sup> Zschäbitz, G., Zur mitteldeutschen Wiedertäuferbewegung nach dem großen Bauernkrieg. Berlin 1958, S. 42.

<sup>33)</sup> Thomas Müntzers Briefwechsel. Hrsg. v. H. Böhmer u. P. Kirn, 1931, Nr. 53, S. 61f.

<sup>34)</sup> W. P. Fuchs, Akten . . . , S. 222.

terben.“<sup>35)</sup> Und aus dem Bekenntnis Müntzers vom 16. Mai 1515 erfahren wir auch noch etwas über die Stellung des Rats zu diesem Bund, wenn es dort nämlich heißt: „Der rat zu Molhawsen hat in dye verbuntnis nit willigen wollen, sondern haben den pund dem gemeynen man nachgelassen.“<sup>36)</sup>

Nach alledem kann an der Existenz eines derartigen Bundes in Mühlhausen gar kein Zweifel mehr sein. Die Frage bleibt nur, wann und unter welchen Umständen dieser Bund gegründet worden ist, wer seine Führer waren und wie er sich zusammensetzte. Aber gerade das ist bisher nicht genügend untersucht worden, obwohl sich darüber recht Aufschlußreiches ermitteln läßt. Im Landeshauptarchiv Dresden befindet sich nämlich eine Liste der „Aufhrurer zu Molhausen“, die von Jordan im Heft 2 seiner Beiträge „Zur Geschichte der Stadt Mühlhausen“ zum ersten Mal veröffentlicht worden ist.<sup>37)</sup> Das Verzeichnis besteht aus zwei der Länge nach gefalteten Foliobogen und enthält in fünf Spalten, die sich jeweils über eine ganze Seite erstrecken und abwechselnd die Überschriften „Zum Ewigen bundGottes“ und „Das Gotz wortt Blibet Ewigk“ tragen, die Namen von 219 Bundesmitgliedern. Bezeichnenderweise handelt es sich dabei durchweg um männliche Personen, die in der Regel mit ihrem Vor- und Zunamen und nur in Ausnahmefällen mit Vornamen und Berufsbezeichnung aufgeführt sind. Am Anfang der Liste finden sich außerdem elf Amtsbezeichnungen (Hauptman, fenrich, weybel, feltweybel, pfiffer, Drumschlager, fryyer, fierer, feltscherer, Cappelan, Leuttinger und schriber), von denen aber nur bei zweien, beim Pfeifer (Jacob) und beim Kaplan (Heinrich Schwertfeger), der Name des betreffenden Amtsträgers hinzugefügt worden ist. Die Tatsache, daß man im Bund derartige Funktionen, die sonst nur in den Landsknechtsheeren üblich waren, für angebracht hielt, ist recht bemerkenswert, spricht sie doch dafür, daß es sich hier nicht nur um eine fester organisierte Glaubensgemeinschaft, sondern um eine illegale Kampforganisation handelte, die nötigenfalls die bewaffnete Auseinandersetzung mit dem militärischen Aufgebot der herrschenden Klassen führen sollte.

Erstaunlicherweise hat dieses Verzeichnis seitens der Müntzer-Forschung nicht die Beachtung gefunden, die es verdient. Zum Teil mag das einfach daran liegen, daß es von Jordan an verhältnismäßig abgelegener Stelle veröffentlicht worden ist und so selbst den Fachhistorikern weitgehend unbekannt blieb. Zum anderen aber dürfte es darauf zurückzuführen sein, daß es von seinem Herausgeber – abgesehen von zahlreichen Schwächen in der Edition – ganz falsch eingeschätzt worden ist. Jordan schloß nämlich seinen Abdruck mit der Bemerkung: „Namen von Männern, die auch sonst in der Geschichte Mühlhausens bezeugt wären, enthält dies Verzeichnis so gut wie gar nicht; man darf zweifeln, ob sie alle Mühlhäuser sein sollen.“ Damit aber war der weiteren

<sup>35)</sup> Ebenda, S. 254.

<sup>36)</sup> H. Böhmer — P. Kirn, Briefwechsel. Anhang Nr. 8, S. 163.

<sup>37)</sup> LHA Dresden, Nr. 9135; *Jordan, R., Zur Geschichte . . .*, H. 2, 1902, S. 32–35; s. a. H. 3, 1903, S. 24f.

Forschung zunächst der Weg verbaut. Denn im Vertrauen auf Jordans Zuverlässigkeit ließ man es bei seinen Feststellungen bewenden, ergänzte sie allenfalls durch eigene, am Kern der Dinge vorbeigehende Beobachtungen. So schrieb z. B. G. Franz, daß unter den Bundesmitgliedern „nur wenige bekannte Mühlhäuser begegnen, wohl aber die Führer des Nordhäuser und Eichsfelder Aufstandes“, und daß „Müntzer und die aus seinem Allstedter Bund bekannten Namen fehlen . . ., so daß es sich fast um eine Gegenründung Pfeiffers zu handeln scheint“.<sup>38)</sup> Auch in der neuesten Auflage des „Bauernkrieges“ vertritt Franz noch diese Auffassung, obwohl E. Brinkmann schon 1939 bei der Herausgabe des Geschoßregisters von 1524/25 darauf hingewiesen hat, daß Jordans Einschätzung nicht den Tatsachen entspricht, da das Bundesverzeichnis „doch sehr viel Namen von Mühlhäusern enthält und daraus andere Folgerungen gezogen werden müssen, als er (Jordan – D. L.) getan hat“.<sup>39)</sup> Tatsächlich ergibt sich bei näherem Hinsehen ein ganz anderes Bild.<sup>40)</sup> Von den 219 namentlich genannten Bundesmitgliedern werden 112 mit gleichem Vor- und Zunamen im Geschoßregister von 1524/25 aufgeführt, waren also ortsansässig, und zwar als selbständige, steuerpflichtige Haushaltungsvorstände. Weitere 33 Mitglieder sind mit gleichem Vor- und Zunamen in anderen zeitgenössischen Akten nachweisbar, d. h., sie dürften zwar ebenfalls Einwohner der Stadt gewesen sein, waren aber wirtschaftlich unselbständig (Gesellen, Knechte, Jugendliche) und daher auch nicht steuerpflichtig. 29 Bundesmitglieder tragen damals in der Stadt vorkommende Familiennamen, was immerhin die Vermutung zuläßt, daß es sich auch bei ihnen zum größten Teil um Mühlhäuser handelt. Neun Personen sind durch Zusätze zum Namen oder sonstige Quellenzeugnisse als Auswärtige gekennzeichnet, drei stammten offenbar aus den Mühlhäuser Dörfern, während sich von den restlichen 32 Bundesmitgliedern nicht sagen läßt, ob sie Auswärtige oder Mühlhäuser waren. Somit ergibt sich, daß rd. 67<sup>0</sup>/<sub>100</sub> der Bundesmitglieder mit Sicherheit und weitere 13<sup>0</sup>/<sub>100</sub> mit größter Wahrscheinlichkeit Mühlhäuser waren, d. h., daß es sich beim „Ewigen Bund Gottes“ ganz eindeutig um eine Mühlhäuser Organisation handelte, der nur verhältnismäßig wenig Auswärtige angehörten. Auffällig ist dabei, daß so gut wie gar keine Bauern am Bund beteiligt waren, was darauf schließen läßt, daß sich die revolutionäre Bewegung zur Zeit seiner Gründung noch ganz auf die Stadt und ihre Vorstädte beschränkte.

<sup>38)</sup> Franz, G., Der deutsche Bauernkrieg. I. Aufl., München u. Berlin 1933, S. 422, Anm. 2; in der 4. Aufl., Darmstadt 1956, wird auf S. 258, Anm. 10, auf die 1. Aufl. verwiesen.

<sup>39)</sup> Brinkmann, E., Die Liste der Mühlhäuser Stadt- und Dorfbewohner von 1524. In: „Mühlhäuser Geschichtsblätter“, Bd. 38/39, 1940, S. 320.

<sup>40)</sup> Die folgende Auszählung beruht auf einem Vergleich des Mitgliederverzeichnisses mit dem von E. Brinkmann herausgegebenen Geschoßregister von 1524/25 (s. Anm. 39), den von W. P. Fuchs herausgegebenen Mühlhäuser Bauernkriegsakten (s. Anm. 18) und bisher unveröffentlichten Akten des StA Mühlhausen, insbes. K 3, Nr. 1, 4, 13 u. 16 und Gg. T, Nr. 2–4.

Wann dieser Bund gegründet worden ist und wer seine Führer waren, läßt sich nicht mit Sicherheit sagen. Jordan hält es für möglich, daß er noch vor dem ersten Aufenthalt Müntzers in Mühlhausen (im Sommer 1524) von Pfeiffer gegründet worden ist, möglicherweise in Nachahmung oder Anlehnung an den Allstedter Bund Müntzers.<sup>41)</sup> Tatsächlich wird Müntzers Name im Mitgliederverzeichnis nicht genannt, während Pfeiffer (Schwertfeger) als „Capellan“ unter den Funktionären des Bundes aufgeführt wird. Jedoch hat Jordan selbst schon darauf hingewiesen, daß die leer gelassenen Offiziersstellen für Müntzers Namen Platz genug boten, er also doch an der Führung des Bundes beteiligt gewesen sein kann, selbst wenn sein Name im Mitgliederverzeichnis nicht genannt wird. Mit dieser Vermutung dürfte Jordan der Wirklichkeit recht nahe gekommen sein, denn wenn Johann Laue Anfang 1526 auf Befragen erklärt, „er sei in Monzers und Pfeiffers verbuntnis nit gewest“<sup>42)</sup>, so zeigt das doch, daß man den Bund selbst unter den Außenstehenden als beider Werk ansah und keineswegs Pfeiffer allein die Führung zusprach. Nimmt man die einzige bekannte Nachricht, die auf den Zeitpunkt seiner Gründung schließen läßt, hinzu, so wird man in dieser Ansicht noch bestärkt. In dem Bekenntnis des Mitgliedes des Ewigen Rats Claus Haldecke (Tuchscherer) findet sich nämlich folgende Frage und Antwort: „Zum Andern, wer dye gewest sint, dye sich vor dem felchten thore haben laßen zeichen, und wuh dasselbige Register sei hinkhomen. Darauf bericht er und sagt, Er wisses nicht und wan ers weis, so soll in der Teuffel oben aus furen.“<sup>43)</sup> Man darf wohl annehmen, daß mit dem erwähnten Register das uns vorliegende Bundesverzeichnis gemeint ist, denn die Abstimmung über die Einsetzung des Ewigen Rats, über die ebenfalls ein Register vorliegt, fand ja in der Marienkirche und nicht am Felchtaer Tor statt. Dessen Erwähnung als Ort der Einzeichnung gibt uns gleichzeitig einen Anhaltspunkt für seine Datierung, und die wiederum stützt die Vermutung, daß es sich bei dem von Haldecke erwähnten Register um unser Mitgliederverzeichnis handelt. Das Felchtaer Tor war nämlich der Schauplatz der Unruhen, die am 19. September 1524 – wenige Wochen nach Müntzers Ankunft in Mühlhausen – ausgebrochen waren, und in deren Verlauf zum ersten Mal der Sturz des alten und die Einsetzung eines neuen, „ewigen“ Rats gefordert wurde. Es liegt nahe, die Gründung des Bundes und seine militärische Form mit diesen Vorgängen in Verbindung zu bringen, denn die Unruhen im September 1524 waren die erste selbständige Aktion der plebejischen Opposition, die sich zu dieser Zeit im Bund ihre Organisation und im „Artikelbrief“ ihr Programm gegeben hatte. Müntzer aber war bei alledem die treibende Kraft, und deshalb wurde er auch nach der Niederschlagung des Aufstandes zusammen mit Pfeiffer ausgewiesen.

41) *Jordan, R., Zur Geschichte . . .*, H. 2, 1902, S. 33, H. 3, 1903, S. 24f.

42) *W. P. Fuchs, Akten . . .*, S. 763.

43) *StA Mühlhausen, K 3, Nr. 13, fol. 121.*

44) Anmerkung entfällt!

Interessant ist nun, was sich über die soziale Zusammensetzung des Bundes ermitteln ließ. Leider sind die Voraussetzungen für eine derartige Untersuchung nicht besonders günstig, da sich nur für hundert Bundesmitglieder an Hand des Geschoßregisters von 1524/25 Wohnung und Vermögen feststellen lassen, und für einen noch geringeren Teil nämlich 24 Bundesmitglieder, Berufsangaben überliefert sind. Immerhin haben wir damit rund die Hälfte aller Bundesmitglieder erfaßt, so daß sich über die Zusammensetzung des ganzen Bundes schon etwas aussagen läßt. Wie sich die hundert identifizierten Bundesmitglieder auf Stadtteile und Steuergruppen verteilen, zeigt am besten folgende Übersicht:

Steuergruppe	Innenstadt		Vorstädte		Ges. Stadt	
	Mgl.	Durchschnittsvermögen in GM	Mgl.	Durchschnittsvermögen in GM	Mgl.	Durchschnittsvermögen in GM
über 250 GM	1	302,5	—	—	1	302,5
100—250 GM	3	128,8	—	—	3	128,8
50—100 GM	5	72,8	2	72,0	7	72,5
10— 50 GM	15	22,6	7	28,1	22	24,3
0,5— 10 GM	23	3,3	17	7,4	40	3,9
Besitzlose	11	—	16	—	27	—
insgesamt	58	25,3	42	10,0	100	18,9

Die wichtigsten Folgerungen, die man aus dieser Tabelle ziehen kann, sind folgende:

1. Die Mehrheit (58<sup>0</sup>/<sub>0</sub>) der identifizierten Bundesmitglieder wohnte in der Innenstadt und besaß somit auch das Bürgerrecht. Dagegen waren die Vorstädter ohne Bürgerrecht unter den Bundesmitgliedern in der Minderheit, wengleich ihr Anteil am Bund (42<sup>0</sup>/<sub>0</sub>) immer noch wesentlich höher lag als der an der Gesamtbevölkerung (30<sup>0</sup>/<sub>0</sub>).

2. Das Durchschnittsvermögen der Bundesmitglieder lag mit 25,3 GM in der Innenstadt, 10,0 GM in den Vorstädten und 18,9 GM in der gesamten Stadt teilweise erheblich unter dem jeweiligen Gesamtdurchschnitt, der sich 1524/25 für die Innenstadt auf 64 GM, für die Vorstädte auf 11 GM und für die ganze Stadt auf 47 GM belief.

3. Gut zwei Drittel (67) der Bundesmitglieder waren besitzlos oder versteuerten Kleinstvermögen bis zu 80 Gulden, gehörten also zu den plebejischen Schichten. Weitere 29 Personen versteuerten Vermögen von 80—800 Gulden, kamen demnach aus dem Kleinbürgertum, und zwar zu drei Vierteln aus dessen ärmeren Schichten. Bei den restlichen vier Bundesmitgliedern handelte es sich um Mitläufer aus den Reihen des mittleren und reichen Bürgertums, die im Hinblick auf die soziale Zusammensetzung des Bundes aber ohne Bedeutung waren.

Soweit uns für die Bundesmitglieder Berufsangaben überliefert sind, handelte es sich bei ihnen neben einem Kaufmann, zwei Futterschneidern und einem Garkoch durchweg um zunftgebundene Handwerker. Bezeichnenderweise waren sie fast alle unvermögende Leute, d. h., der Wert ihres gesamten Besitzes lag meistens unter dem Durchschnittsvermögen der jeweiligen Zunft, einige von ihnen hatten gar keinen steuerbaren Besitz.

Zusammenfassend läßt sich also feststellen, daß der „Ewige Bund Gottes“ eine im Laufe der Unruhen im September 1524 unter dem unmittelbaren Einfluß Müntzers entstandene Vereinigung der Anhänger der Volksreformation in Mühlhausen war, deren Mitglieder zu fast gleichen Teilen aus der Innenstadt und den Vorstädten kamen und bis auf wenige Ausnahmen der Stadtarmut und den weniger begüterten Schichten des Kleinbürgertums angehörten. Dabei scheint der Bund jedoch von Anfang an nicht so sehr eine Glaubens- und Hilfsgemeinschaft der Anhänger der Reformation, als vielmehr eine Kampforganisation der plebejischen Opposition gewesen zu sein. Daher spielte er im Verlauf der innenpolitischen Auseinandersetzungen in Mühlhausen eine entscheidende Rolle, war doch der weitere Aufschwung der revolutionären Bewegung bis zum Sturz des alten und der Einsetzung des „ewigen“ Rates im wesentlichen das Werk der plebejischen Opposition.

\*

Werfen wir abschließend noch einen Blick auf den „Ewigen Rat“, das Produkt der revolutionären Bewegung und oberste Regierungsorgan der städtischen Opposition. Eigenartigerweise besteht gerade über ihn, seine soziale Zusammensetzung und seinen Charakter, in der Literatur noch mancherlei Unklarheit, was seinen Grund zweifellos darin hat, daß sich außer Jordan noch niemand näher mit ihm beschäftigt hat.<sup>45)</sup> Die Jordansche Untersuchung aber basiert auf unzureichendem Material und war auch wohl nur als erste Fixierung eines Zwischenergebnisses gedacht, der später weitere Untersuchungen folgen sollten. Jedoch ist Jordan nicht mehr dazu gekommen, und so blieben seine knappen Bemerkungen bis heute das wichtigste Orientierungsmittel.

Dabei ist die Untersuchung der sozialen Zusammensetzung beim „Ewigen Rat“ gar nicht so schwierig, da es sich hier um einen relativ kleinen Personenkreis handelt, der auf Grund seiner exponierten Stellung den Zeitgenossen viel genauer bekannt war und daher auch leichter zu bestimmen ist. Zwar haben wir auch hier wieder drei verschiedene Namenslisten, nämlich in einem Brief Sittichs v. Berlepsch<sup>46)</sup>, im Willkürbericht<sup>47)</sup>, und in der Chronik<sup>48)</sup>, die zum Teil unvollständig sind und darüber hinaus mancherlei Abweichungen zeigen.

<sup>45)</sup> *Jordan, R.*, Zur Geschichte . . . , H. 9, 1911, S. 24.

<sup>46)</sup> *Geß, F.*, Akten und Briefe zur Kirchenpolitik Herzog Georgs v. Sachsen. Bd. II, Leipzig 1917, S. 82.

<sup>47)</sup> *Jordan, R.*, Zur Geschichte . . . , H. 7, 1908, S. 37 ff.

<sup>48)</sup> *Jordan, R.*, Chronik . . . , Bd. I, S. 186.

Bei näherem Hinsehen erweist sich jedoch, daß diese Abweichungen zum größten Teil auf der Verwendung von Doppelnamen beruhen, während im übrigen weitgehende Übereinstimmung besteht. So deckt sich die Liste Sittichs von Berlepsch bis auf Hans Helmolt, der bei ihm fehlt, mit dem Verzeichnis der Chronik, und die im Willkürbericht genannten Mitglieder des „Ewigen Rates“ finden sich mit Ausnahme Christian Voyls auch in den beiden anderen Listen. Unklar bleibt also nur, ob Hans Helmolt oder Christian Voyle das sechzehnte, bei S. v. Berlepsch fehlende Ratsmitglied war, oder ob beide zu verschiedenen Zeiten dem Rat angehörten.<sup>49)</sup>

Überprüft man nun den „Ewigen Rat“ auf seine politische und soziale Zusammensetzung hin, so ergibt sich als wichtigste Feststellung, daß an ihm alle Schichten der Bürgerschaft beteiligt waren, wobei das Schwergewicht bei dem besser gestellten Kleinbürgertum und beim Mittelbürgertum lag.<sup>50)</sup> Hinsichtlich seiner politischen Zusammensetzung scheint man dabei so verfahren zu sein, daß je vier Mitglieder aus dem alten Rat (Baumgart, Belstedt, Lamhart und Schwelenburg) und dem Achtmännerkollegium (Beyer, Haldecke, Kone-mund und Ludewig) genommen wurden, während die übrigen Ratsmitglieder zu gleichen Teilen von den vier Stadtvierteln gestellt wurden.<sup>51)</sup> Auf diese Weise wollte man sich offenbar einerseits mit der Verwaltungspraxis vertraute Leute sichern, andererseits aber auch der Gemeinde die Möglichkeit geben, ganz neue Leute in den Rat zu entsenden. Gleichzeitig wollte man offenbar trotz der geringen Mitgliederzahl eine stärkere Demokratisierung der Verwaltung erreichen, wobei zwangsläufig mit dem bisherigen Grundsatz der paritätischen Zusammensetzung des Rates aus Zunftangehörigen und Patri-ziern, die alle übrigen Schichten der Bürgerschaft vom Ratsregiment ausschloß, gebrochen werden mußte.

Ihren Berufen nach waren die Mitglieder des „Ewigen Rates“ zum größten Teil Handwerker. Jedoch handelt es sich hier nicht um ein rein zünftisches Ratsregiment, da neben den Zunfthandwerkern auch zwei Gewandschneider und ein Fuhrmann in ihm vertreten waren. Vier Ratsmitglieder (Baumgart,

<sup>49)</sup> Diese Frage läßt sich zur Zeit noch nicht mit Sicherheit entscheiden, jedoch spricht Chr. Voyls Erwähnung als Münzherr *Jordan, R.*, (Zur Geschichte . . . , H. 2, 1902, S. 4 u. H. 7, 1908, S. 37) u. sein sonstiges Auftreten (W. P. Fuchs, Akten . . . , S. 713 u. 873) mehr für seine Ratsmitgliedschaft als für die Hemolts. Dessen Bestrafung (StA Mühlhausen, Urfehdebuch Gg. T, Nr. 3, fol. 38) läßt sich möglicherweise auch mit seiner Mitgliedschaft zum Ewigen Bund Gottes (*Jordan, R.*, Zur Geschichte . . . , H. 2, 1902, S. 35) erklären.

<sup>50)</sup> Zum folgenden siehe Anlage II.

<sup>51)</sup> Nach *Jordan, R.*, Zur Geschichte . . . , H. 3, 1903, S. 37, H. 9, 1911, S. 24 u. Mühlhäuser Geschichtsblätter, Jg. X, S. 11 war auch Hans Helmolt Mitglied des alten Rats. Jedoch läßt sich seine Identität mit dem in der Ratsliste von 1522/23 erwähnten Ratsherrn Johann Helmolt ebensowenig wie seine Mitgliedschaft zum Ewigen Rat sicher erweisen (s. Anm. 49). Für die übrigen s. die Ratslisten in H. 2, 1902, S. 37–39, wo jedoch z. T. falsche Datierungen.

Schwelenburg, Volkenant und Voyl) hatten in Erfurt studiert<sup>52)</sup>, hoben sich also nach ihrer Allgemeinbildung aus dem Rahmen der übrigen heraus, was sie sicher für ein derartiges Amt besonders geeignet erscheinen ließ.

Die Vermögensverhältnisse der Ratsmitglieder waren recht unterschiedlich, da es unter ihnen neben einigen weniger begüterten verhältnismäßig viel gut gestellte Bürger gab. Dabei war der Unterschied in der Vermögenslage der ärmsten und reichsten Ratsmitglieder sogar auffallend groß. Während Heinrich Baumgart über ein Vermögen von 351 GM (2808 fl) verfügte, besaß Hans Rupel nur 3 GM (24 fl). Beide stammten also aus ganz verschiedenen gesellschaftlichen Schichten: der eine gehörte zum Großbürgertum, der andere zu den Plebejern. Von den übrigen Ratsmitgliedern versteuerten neun ein Vermögen von 10–100 GM, gehörten also ihrem Vermögen nach zum Kleinbürgertum, und zwar zum größten Teil zu dessen wirtschaftlich besser gestellten Kreisen, während die anderen sechs mit einem Vermögen von 100–250 GM aus dem mittleren Bürgertum kamen. Das Durchschnittsvermögen der Ratsmitglieder betrug 116,8 GM (934 fl), lag also weit über dem Durchschnitt der Achtmänner mit 78,6 GM und kam bald an den des alten Rats mit rd. 160 GM heran. Im übrigen ging das Vermögen der Handwerker unter den Ratsmitgliedern in den meisten Fällen über das Durchschnittsvermögen der jeweiligen Zunft hinaus, was nur unterstreicht, daß es sich beim „Ewigen Rat“ bis auf wenige Ausnahmen um verhältnismäßig gut gestellte, zum Teil sogar ausgesprochen wohlhabende Leute handelte.

Über die Tätigkeit des ewigen Rates ist verhältnismäßig wenig bekannt.<sup>53)</sup> Dadurch ist es besonders schwer, ihn richtig einzuschätzen, zumal von ihm keine programmatische Erklärung vorliegt. Es sieht jedoch so aus, als habe er sich an einzelne Grundsatzforderungen des Artikelbriefes gebunden gefühlt, wiewohl es über deren praktische Auslegung gewiß mancherlei Meinungsverschiedenheiten gab. In seiner Geschäftsführung lehnte sich der „Ewige Rat“ zum Teil an die herkömmlichen Formen an.<sup>54)</sup> So wurden z. B. die wichtigsten Ratsämter beibehalten und mit in Verwaltungsdingen erfahrenen bzw. in der revolutionären Bewegung bewährten Leuten besetzt. Von den Mitgliedern des alten Rates wurde Baumgarten Bürgermeister, Lamhart Kriegsmeister und Schwelenburg Kämmerer; von den ehemaligen Achtmännern Konemund Bürgermeister, Haldecke Kämmerer und Kriegsmeister und Beyer Baumeister. Außerdem werden noch die beiden Semner Wida und Grisbach erwähnt. Durch die Doppelbesetzung der wichtigsten Ämter durch Mitglieder des alten Rates und ehemalige Achtmänner sollten offenbar die Errungenschaften der Revolution gesichert und jeder Mißbrauch der Gewalt durch die im „Ewigen Rat“ vorhandenen Angehörigen der alten herrschenden Schichten verhindert werden.

<sup>52)</sup> *Jordan, R.*, Verzeichnis der in Erfurt studierenden Mühlhäuser (1392–1636). In: „Mühlhäuser Geschichtsblätter“, Jg. V, 1905, S. 55f.

<sup>53)</sup> *Jordan, R.*, Zur Geschichte . . . , H. 3, 1903, S. 36ff.

<sup>54)</sup> Ebenda. H. 7, 1908, S. 37–39.

Auffällig ist, daß von den Mitgliedern des „Ewigen Rates“ keiner dem Müntzerschen Verbündnis angehörte. Jedoch scheinen Konemund, Ludewig, Gotzgerodt und Haldecke der Müntzerschen Richtung sehr nahe gestanden zu haben.<sup>55)</sup> Gewiß ist es kein Zufall, daß gerade sie in den „Ewigen Rat“ einrückten. Sicher geschah das auf Drängen der plebejischen Opposition, die auf diese Weise ein Gegengewicht zu den Mitgliedern des alten Rates schaffen wollte. Konemund, Gotzgerodt und Beyer wurden später hingerichtet.<sup>56)</sup> Voyl und Ludewig waren geflohen, letzterer verglich sich später mit dem Rat.<sup>57)</sup> Die übrigen Mitglieder des „Ewigen Rates“ dagegen waren in der Stadt geblieben und zunächst verhaftet worden. Sie wurden jedoch bald wieder entlassen, nachdem man ihnen, mit Ausnahme von Helmolt, Volkenant und Wida, Straußen in Höhe von 100 bis 1000 Gulden auferlegt hatte.<sup>58)</sup> Bezeichnenderweise wurden dabei die Mitglieder des alten Rates Baumgarten, Lamhart und Schwelenburg sowie der ehemalige Achtmann Haldecke besonders hoch, nämlich mit 800–1000 fl bestraft, während die übrigen nur 100–300 fl zu entrichten hatten, was für einige natürlich auch eine äußerst harte Belastung war.

Aus all dem ergibt sich, daß der „Ewige Rat“ als das Resultat eines Kompromisses zwischen den verschiedenen Klassenkräften zwar alle Schichten des Bürgertums repräsentierte, im wesentlichen aber das Instrument der ökonomisch stärksten Kreise des Kleinbürgertums und des mittleren Bürgertums war. Die plebejische Opposition, die die revolutionäre Bewegung unter ihrem Programm zum Höhepunkt geführt und die kleinbürgerlich-demokratischen Kräfte an die Macht gebracht hatte, war im „Ewigen Rat“ selbst kaum vertreten. Jedoch war ihr Einfluß auf den Rat groß genug, um von ihm als politische Bewegung anerkannt zu werden und ihn zur Verwirklichung bestimmter Punkte ihres Programms – vor allem zur endgültigen Durchführung der Reformation – zu veranlassen.

\*

Als Resultat unserer Untersuchung läßt sich also festhalten, daß auch in Mühlhausen der Kampf um die Einführung der Reformation mit dem Kampf um die weitere Demokratisierung des Stadtreiments verbunden war und in den sozialen Gegensätzen innerhalb der Einwohnerschaft seine reale Grundlage hatte. Die Träger dieser Massenbewegung waren ebenso wie in anderen Städten in erster Linie die kleinbürgerlichen und plebejischen Schichten der Einwohnerschaft, die an einer Neuordnung der politischen und kirchlichen Verhältnisse

<sup>55)</sup> W. P. Fuchs, Akten . . . , S. 714, 835f., 871f., 876 u. 936; StA Mühlhausen, Urfehdebuch Gg. T, Nr. 3, fol. 83.

<sup>56)</sup> W. P. Fuchs, Akten . . . , S. 676 u. 829.

<sup>57)</sup> Ebenda, S. 900.

<sup>58)</sup> StA Mühlhausen, Urfehdebuch Gg. T Nr. 3, fol. 36, 38, 72, 74–76', 83, 92, 106, 121' u. 144'.

am meisten interessiert waren und beides nur im Kampf gegen die herrschende städtische Oberschicht durchsetzen konnten.

Dabei zeigt die nähere Untersuchung, daß die drei wichtigsten revolutionären Organe in den innenpolitischen Auseinandersetzungen in Mühlhausen während der Jahre 1523–1525 ganz verschiedene Klassenkräfte repräsentierten. Während das Achtmännerkollegium das Führungsorgan der gemäßigten, kleinbürgerlichen Opposition darstellte und der „Ewige Bund Gottes“ die Organisation der revolutionären plebejischen Opposition war, darf man den „Ewigen Rat“ wohl als das Machtinstrument aller bürgerlich-demokratischen Kräfte ansehen, wobei das Schwergewicht jedoch bei den besser situierten Kleinbürgern und beim mittleren Bürgertum lag.

Entscheidend für den Sieg der kleinbürgerlichen Opposition aber war die Herausbildung einer selbständigen plebejischen Opposition, die sich unter dem unmittelbaren Einfluß Müntzers im „Ewigen Bund Gottes“ eine eigene Organisation schuf und im „Artikelbrief“ ein Programm erhielt, das weit über die Forderungen der kleinbürgerlichen Opposition hinausging, und die durch ihr Auftreten die Weiterführung der revolutionären Bewegung erzwang. Wenn die plebejische Opposition letzten Endes die Macht auch noch nicht übernehmen konnte, so führte ihr konsequenter Kampf um eine Neuordnung der gesellschaftlichen Verhältnisse doch zu einer weitgehenden Demokratisierung der Verwaltung und zur frühzeitigen Durchführung der Reformation, und deshalb ist es durchaus berechtigt, wenn man den Mühlhäuser Ereignissen im Rahmen des Bauernkriegsgeschehens eine besondere Bedeutung zumißt.

## Die Mitglieder des Ewigen Rats

## Anlage 1

Lfd. Nr.	Name	Funktion	Beruf	Wohnung	Vermögen in GM
1.	Heinrich Baumgart jun.	Bürgermeister	Gewandschneider	Steinweg	351
2.	Hans Belstedt	—	Wollweber	Görmargasse	161
3.	Daniel Beyer	Baumeister	Schuhmacher	Ratsgasse	40
4.	Philipp Gotzgerodt	—	Schneider	Ratsgasse	21
5.	Curt Grisbach	Semner	Fuhrmann	Walgasse	110
6.	Claus Haldecke-Tuchscherer	Kämmerer und Kriegsmstr.	Tuchscherer	Steinweg	152
7.	Sebastian Konemund	Bürgermeister	Fleischhauer	Salzmarkt	90
8.	Reinhard Lamhart	Kriegsmeister	—	Steinweg	233
9.	Heinemann Ludewig-Weißgerber	—	Weißgerber	h. Allerheiligen	60
10.	Hartung Ludolf-Mertin	—	Wollweber	h. St. Jacob	78
11.	Hans Rupel	—	Schmied	Kiliani	3
12.	Ludwig Sanna	—	Schuhmacher	Ratsgasse	62
13.	Heinrich Schwelenburg-Bernhart	Kämmerer	Gewandschneider	Steinweg	200
14.	Simon Volkenant	—	—	Um die Wagen	221,5
15.	Celiax Wida	Senner	Weißgerber	Steinweg	62,5
16.	Christian Voyl oder	Münzherr	Schuhmacher	Kiliani	81
—	Hanz Helmolt	—	—	Kiliani	65

Lfd. Nr.	Name	Beruf	Wohnung	Verm. in GM	Namenslisten <sup>59)</sup>					
					1	2	3	4	5	6
1.	Senant Agnes	Schmied	Walgasse	67			+		+	
2.	Daniel Beyer	Schuhmacher	Ratsgasse	40	+		+			
3.	Bernhard Blanckenburg	—	Erfurtergasse	50				+		+
4.	Hans Blanckenburg	Schuhmacher	Herrengasse	19,5		+				
5.	Hans Ernst	Schneider	Burggasse	116	+			+		
6.	Kaspar Färber	—	Herrengasse	91						+
7.	Claus Fulstich	Bäcker	b. Görmartor	15					+	
8.	Heinrich Hartleb	—	—	—		+				
9.	Cuntz Kistenmecher	Tischler	—	—		+				
10.	Michael Koch	Wollweber	Kuttelgasse	66	+		+	+	+	+
11.	Claus Kreutter	Weißgerber	h. Allerheiligen	95,5		+	+	+	+	
12.	Sebastian Konemund	Fleischhauer	Salzmarkt	90	+					+
13.	Heinrich Ludewig	Weißgerber	h. Allerheiligen	60		+				+
14.	Hanz Mertin-Ludolf	—	h. St. Jacobi	107				+		+
15.	Kersten Oswald	Wollweber	Görmargasse	20		+				
16.	Kurt Rorich	Ackerbürger	Jacobigasse	315	+					+
17.	Heinrich Rulant-Mertinfeld	Ackerbürger	Breite Gasse	61,5			+	+		+
18.	Hans Schmit	Ackerbürger	Holzgasse	123,5	+		+	+	+	
19.	Herman Spon	—	b. Görmartor	61,5	+					
20.	Hans Töpfer	Wollweber	Linsengasse	30					+	
21.	Hermann Tuchscherer-Salvelt	Wollweber	Steinweg	65		+				
22.	Christian Voyl	Schuhmacher	Kiliani	81					+	
23.	Dietrich Wismeler	Goldschmied	Marktgasse	76	+		+	+	+	

<sup>59)</sup> Die Quellenangaben zu den einzelnen Listen s. S. 139, Anm. 22–25.

II.

DISKUSSIONEN

# ZUR DISKUSSION ÜBER DIE ROLLE DER NATURWISSENSCHAFTEN UND TECHNISCHEN WISSENSCHAFTEN FÜR DIE PRODUKTION

VON WOLFGANG JONAS

In der letzten Zeit entwickelte sich in der wissenschaftlichen Literatur eine immer breiter werdende Diskussion über die Rolle der Naturwissenschaften und technischen Wissenschaften in der Gesellschaft. Diese Diskussion wird unter den verschiedensten Aspekten geführt, wobei im Vordergrund solche Fragen wie die der Ökonomie der wissenschaftlichen Arbeit stehen. In welchem Maße diese Fragen das allgemeine Interesse berühren, kommt auch darin zum Ausdruck, daß die Weltföderation der Wissenschaftler vom 19. bis 22. September 1959 in Prag ein internationales Symposium mit dem Thema „Die Planung der Wissenschaft“ durchführte, an dem Delegationen aus 16 Ländern teilnahmen. In unserer deutschen Literatur sei neben einer Reihe von Zeitschriftenartikeln auf die beachtenswerte Publikation von G. Kosel „Produktivkraft Wissenschaft“ hingewiesen.

Diese Diskussion entspringt in erster Linie dem Bedürfnis, den Wirkungsgrad der technischen und Naturwissenschaften für die Entwicklung der Produktion, für die Entwicklung der Produktivkräfte zu erhöhen.

Die Rolle der Naturwissenschaften und technischen Wissenschaften (im folgenden einfach mit Wissenschaft bezeichnet) für die Produktion unterlag in den vergangenen 150 Jahren und unterliegt erst recht noch in der Gegenwart einer umwälzenden Entwicklung. Im Verlauf des Prozesses der industriellen Revolution des Kapitalismus begann die Wissenschaft, eine qualitativ neue Rolle gegenüber der materiellen Produktion zu spielen. Die ständige, stürmische Entwicklung der Produktivkräfte auf dem Niveau der Maschinenindustrie und der breiten Industrialisierung der Wirtschaft erforderte eine kontinuierliche Entwicklung der Wissenschaft. Ihre Rolle verstärkte und verbreiterte sich im Laufe des Wachstums der Produktivkräfte in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und hat gegenwärtig einen Umfang angenommen, der dadurch charakterisiert ist, daß fast alle Bereiche der materiellen Produktion die wissenschaftliche Forschung und ihre Ergebnisse zu einer weiteren Entwicklung benötigen. Damit sind aber die Entwicklung der Produktivkräfte und die

Fortschritte der materiellen Produktion in einem immer stärkeren Maße abhängig geworden von dem Tempo, von den Fortschritten der wissenschaftlichen Forschung und den Ergebnissen, die diese wissenschaftliche Forschung der Produktion liefern kann. Daraus ergibt sich, daß es im Interesse der schnellen Entwicklung unserer sozialistischen Produktion von dringender aktueller Bedeutung ist, die Frage nach der Ökonomie der wissenschaftlichen Arbeit, ihrer rationellsten Gestaltung und der möglichst schnellen Anwendung ihrer Ergebnisse in der Produktion aufzuwerfen, zu untersuchen und zu lösen.

Stellt man die Frage nach der rationellen Gestaltung der wissenschaftlichen Arbeit, so ist dazu notwendig, die Gesetze der wissenschaftlichen Arbeit zu erforschen und in sie einzudringen, d. h. man muß sowohl in die Gesetze des individuellen wissenschaftlichen Denkprozesses als auch in die gesellschaftlichen Gesetze der wissenschaftlichen Arbeit eindringen, denn so wenig wie der Mensch als materieller Produzent nur als Einzelindividuum gesehen werden darf, genauso wenig gibt es auch eine wissenschaftliche Produktion, in der man den Menschen als Robinson Crusoe betrachten darf. Auch der Wissenschaftler kann wissenschaftliche Arbeit nur als ein gesellschaftliches Glied der wissenschaftlichen Produktion und darüber hinaus der gesamten Gesellschaft betreiben. Die Gesetze der wissenschaftlichen Arbeit sind aber einem mitunter sehr schnellen historischen Wandel unterworfen, da die wissenschaftliche Produktion sowohl von dem Entwicklungsstand der menschlichen Denkfähigkeit als auch von dem Stand der Entwicklung der Produktivkräfte und den bestehenden Produktionsverhältnissen bestimmt ist. So schrieb Marx: „Um den Zusammenhang zwischen der geistigen Produktion und der materiellen zu betrachten, ist vor allem nötig, die letztere selbst nicht als allgemeine Kategorie, sondern in bestimmter historischer Form zu fassen. Also z. B. der kapitalistischen Produktionsweise entspricht eine andre Art der geistigen Produktion als der mittelaltrigen Produktionsweise. Wird die materielle Produktion selbst nicht in ihrer spezifischen historischen Form gefaßt, so ist es unmöglich, das Bestimmte an der ihr entsprechenden geistigen Produktion und die Wechselwirkung beider aufzufassen.“<sup>1)</sup>

In der Diskussion dieser sehr wichtigen Grundfragen, der Beziehung der Wissenschaft zur Produktion, werden jedoch einige Ansichten vertreten, die nicht unwidersprochen bleiben können. So gibt es die der obigen Auffassung von Marx widersprechende Meinung, daß die geistige, wissenschaftlich-technologische Produktion im Verlauf der oben aufgezeigten Entwicklung der qualitativ neuen Rolle der Wissenschaften zu einer besonderen Abteilung der gesellschaftlichen Produktion materieller Güter wird. Ist aber die Wissenschaft ein Bestandteil des materiellen Produktionsprozesses, dann ist die Wissenschaft, so schlußfolgert man, natürlich eine Produktivkraft und gelangt schließlich zu der Forderung, daß die Politökonomen den Gegenstand ihrer Forschung

<sup>1)</sup> *Marx, Karl*, Theorien über den Mehrwert, Bd. I, Dietz Verlag Berlin, 1956, S. 246.

einer Revision unterziehen und ihn um den Bereich der geistigen, wissenschaftlich-technologischen Produktion erweitern müßten.

Das Bemühen, die ungemein wichtige Rolle der Wissenschaft für die stürmische Entwicklung der Produktivkräfte aufzuzeigen, ist von großer, höchst aktueller Bedeutung. Jedoch führt eine solche Beweisführung auf Abwege.

Denn wenn wir von der Produktion als der letztlich bestimmenden Grundlage des gesamten gesellschaftlichen Lebens der Menschen sprechen, so verstehen wir darunter den Prozeß der Produktion des materiellen Lebens.

Marx sagt in seinem Vorwort „Zur Kritik der Politischen Ökonomie“: „In der gesellschaftlichen Produktion ihres Lebens gehen die Menschen bestimmte, notwendige, von ihrem Willen unabhängige Verhältnisse ein, Produktionsverhältnisse, die einer bestimmten Entwicklungsstufe ihrer materiellen Produktivkräfte entsprechen.

Die Gesamtheit dieser Produktionsverhältnisse bildet die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die reale Basis, worauf sich ein juristischer und politischer Überbau erhebt, und welcher bestimmte gesellschaftliche Bewußtseinsformen entsprechen. Die Produktionsweise des materiellen Lebens bedingt den sozialen, politischen und geistigen Lebensprozeß überhaupt.“

Weicht man von dieser Fassung des Produktionsprozesses als dem Prozeß der materiellen Produktion ab, verliert man die Möglichkeit, alle anderen gesellschaftlichen Kategorien, darunter auch solche Fragen, wie die nach der Grundlage der Entstehung der Klassen und des Klassenkampfes, materialistisch zu erklären.

Es ist deshalb nicht richtig, die Wissenschaft zu einem Bestandteil der materiellen Produktion zu machen und die Forderung zu erheben, das System der Politischen Ökonomie um den Bereich der wissenschaftlichen Produktion zu erweitern.

Die Wissenschaft ist gegenüber dem materiellen Produktionsprozeß *relativ* selbständig. Sie hat ihre eigenen Methoden und Produktionsgesetze, eben die Methoden und Gesetze der wissenschaftlichen Arbeit, des wissenschaftlichen Erkenntnisprozesses, die nicht identisch sind mit den ökonomischen Gesetzen der materiellen Produktion. Die Wissenschaft ist aber nur relativ selbständig, da eine äußerst enge dialektische Wechselwirkung zwischen der Wissenschaft und der materiellen Produktion besteht. Die Wissenschaft schöpft unaufhörlich aus der Summe der Erfahrungen der Produktion und produziert selbst letzten Endes mit dem Ziel der Anwendung der wissenschaftlichen Ergebnisse in der materiellen Produktion. Diese enge unlösbare und notwendige Wechselwirkung berechtigt aber nicht, die Wissenschaft zu einem Bestandteil der materiellen Produktion zu machen.

Die Produktivkräfte sind die materiellen Kräfte der Produktion materieller Güter. Außerhalb des materiellen Produktionsprozesses gibt es keine Produktivkraft, genauso wenig, wie eine stillstehende, aus dem Produktionsprozeß ausgeschiedene oder noch nicht eingeordnete Maschine eine Produktivkraft ist. Die Wissenschaft ist ein mit wissenschaftlichen Methoden geführter Erkennt-

nisprozeß der Gesetzmäßigkeiten. Solange der Prozeß der Erkenntnis eines Gesetzes noch nicht abgeschlossen ist, fehlt jegliche Bestätigung der wissenschaftlichen Wahrheit. Wie kann aber etwas, dessen Wahrheit überhaupt noch nicht bestätigt ist, eine Produktivkraft der Gesellschaft sein? Das Kriterium der Wahrheit ist die Praxis. Erst mit der Überprüfung der gewonnenen Erkenntnis an der Praxis endet der einzelne Erkenntnisprozeß. Die Überprüfung an der Praxis ist der jeweils letzte Akt der wissenschaftlichen Produktion und hier ist auch der entscheidende Berührungspunkt zur materiellen Produktion. Erweist sich das im wissenschaftlichen Forschungsprozeß gefundene Gesetz als wahr, so kann es vom Menschen angewandt werden und findet so materiell vergegenständlicht in Form von neuen Maschinen, neuen Konstruktionen, Verfahren u. a. Eingang in die Produktion. Die wissenschaftliche Forschung mit ihren Ergebnissen dient dem Menschen zur Entwicklung neuer Produktivkräfte. Das heißt also, nicht die Wissenschaft wird zu einer Produktivkraft, sondern die durch die wissenschaftliche Forschung in ihrer Gesetzmäßigkeit erkannte, beherrschte und vom Menschen in der Produktion materiell angewandte Naturkraft. Gleichzeitig mit der Vergegenständlichung in Form von Produktionsmitteln geht ein Teil der durch die wissenschaftliche Forschung gewonnenen Kenntnisse in den Bestand der Erfahrungen der Produzenten ein.

Dragoslav Slejška äußerte sich zu diesem Problem folgendermaßen: „Die Produktivkräfte sind die materielle Grundlage des gesellschaftlichen Lebens und seiner Praxis. Die Wissenschaft ist eine Theorie, die der Entwicklung der Produktionskräfte dient, sie ist eine Form des gesellschaftlichen Bewußtseins. Man muß zwischen dem gesellschaftlichen Sein und dem gesellschaftlichen Bewußtsein unterscheiden, auch wenn diese sehr eng zusammenhängen. Sonst wäre es nicht klar, was in der gesetzmäßigen Entwicklung bestimmend ist. In den Laboratorien werden natürlich gewisse materielle Produkte erzeugt, aber dies ist im gegebenen Zusammenhang nicht die Hauptsache. Es geht um das Experimentieren, das erst der Hauptaufgabe der Wissenschaft dient, d. h. der *theoretischen* Vorbereitung der Industrie und der landwirtschaftlichen Massenproduktion. Die Wissenschaft hat ihre materiellen Werkzeuge, in ihrem Wesen jedoch bleibt sie eine Form des gesellschaftlichen Bewußtseins. Nicht einmal die Produktionserfahrung kann man mit der Wissenschaft identifizieren, trotzdem sie ein Glied sind, das die Wissenschaft mit den Produktionskräften verbindet. Auf Grund aller dieser Argumente kann man nicht darauf schließen, daß die Wissenschaft ebenso ausschließlich und unmittelbar eine Produktivkraft darstellt, wie eine Maschine oder ein in der Produktion tätiger Arbeiter.“<sup>2)</sup>

<sup>2)</sup> Entnommen aus einem Vortrag, der auf dem Symposium der Weltföderation der Wissenschaftler zur Frage der Planung der Wissenschaft vom 19.–22. September 1959 in Prag nicht gehalten, aber den Teilnehmern schriftlich übergeben wurde.

Die Vertreter von der Auffassung der „Produktivkraft Wissenschaft“ ziehen gerne zur Untermauerung ihrer Anschauung die Bemerkung von Marx aus dem Rohentwurf der Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie heran. „Die Entwicklung des capital fixe zeigt an, bis zu welchem Grade das allgemeine gesellschaftliche Wissen, knowledge, zur unmittelbaren Produktivkraft geworden ist, und daher die Bedingungen des gesellschaftlichen Lebensprozesses selbst unter die Kontrolle des general intellect gekommen, und ihm gemäß umgeschaffen sind.“<sup>3)</sup> Obwohl Marx hier vom capital fixe spricht, glaubt man in diesen Worten eine Bestätigung der Anschauung von der Produktivkraft Wissenschaft zu finden. Eine solche Auslegung aber ist völlig unzulässig. Im Gegenteil, man muß S. G. Strumilin zustimmen, der diese Feststellung folgendermaßen interpretiert: „Man kann sogar sagen, unter welchen Bedingungen diese Verwandlung vor sich geht. Im Prozeß der Erzeugung eines wissenschaftlichen Produktes muß man folgende drei Stadien seiner Bereitschaft unterscheiden. Erstens das Keimstadium, das Stadium der wissenschaftlichen Ideen, die noch nicht über den Rahmen einer rein ideologischen Form des Bewußtseins hinausgehen, und die nur als Waffe im geistigen Kampf der einander bekämpfenden Weltanschauungen und Klassen dienen können. Zweitens das Vorbereitungsstadium, das Stadium, in dem diese Ideen bereits sachliche Vermittlung erfahren – in Lehrbüchern, Schemata und Modellen, in der Arbeitsprüfung unter Laboratoriums- und fabrikähnlichen Bedingungen –, werden sie bereits zu einer anerkannten Potenz der Produktion. Aber erst im dritten, im letzten Stadium, im Stadium ihrer Realisierung, wird ihre *Einführung in die Produktion* vorgenommen, d. h. sie sind bereits in Arbeitswerkzeugen und der Erfahrung der Produzenten vergegenständlicht; sie erhalten die endgültige Bestätigung ihrer Wahrheit und verwandeln sich aus der potentiellen Kraft in eine wirkende Produktivkraft der Gesellschaft.“<sup>4)</sup>

<sup>3)</sup> Marx, K., Grundrisse der politischen Ökonomie. (Rohentwurf). 1857–1858. Dietz Verlag Berlin, 1953, S. 594.

<sup>4)</sup> Strumilin, S. G., Die Wissenschaft und die Entwicklung der Produktivkräfte. „Woprossy Filosofii“ 3/1954, übersetzt in Forum, 12. November 1954.

# TRIEBKRÄFTE DER PRODUKTIVKRÄFTE

VON KARL LÄRMER

Das Problem der Triebkräfte der Entwicklung der Produktivkräfte beschäftigt seit einigen Jahren in zunehmendem Maße die Ökonomen, Techniker, Philosophen und Historiker zahlreicher Länder sowohl im marxistisch-leninistischen als auch im bürgerlichen Lager der Wissenschaft.

Am weitesten fortgeschritten in der Klärung dieser Fragen sind zweifelsohne die sowjetischen Wissenschaftler, denn sie bedienen sich bei ihren Untersuchungen nicht nur der Methode des historischen Materialismus, sondern für sie sind diese Probleme – wie in allen sozialistischen Ländern – von brennender Aktualität und unmittelbarer praktischer Bedeutung für den weiteren technischen Ausbau der sozialistischen Wirtschaft bzw. in der Sowjetunion für die Vorbereitung des Überganges zum Kommunismus.

Auch für die bürgerliche Wissenschaft entbehrt diese Problematik nicht der Aktualität. Doch die bürgerlichen Wissenschaftler können heute, unter dem Eindruck der gewaltigen Entwicklung der Produktivkräfte im sozialistischen Weltlager auch auf diesem Gebiet nur noch mit demagogischen Mitteln arbeiten.

Wenn man sich dort mit dieser Frage beschäftigt, geschieht das z. B. unter dem Aspekt, nachzuweisen, daß die Technik auf dem Boden des „Abendlandes“ gewachsen und von den anderen Ländern und Kontinenten nur übernommen sei. So schreibt Friedrich Klemm: „Seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts breitete sich die Technik mit Riesenschritten über weite Gebiete des Erdballs aus. Die moderne Technik, eine Schöpfung des Abendlandes, wurde nicht nur von den mit Menschen europäischer Herkunft besiedelten amerikanischen Kontinent, sondern auch von Völkern übernommen und weitergeführt, denen eigentlich die existenzielle Grundlage mangelte, eine Technik, wie die abendländische, von sich aus stufenweise zu entwickeln.“<sup>1)</sup>

<sup>1)</sup> *Klemm, Friedrich*, Technik – Eine Geschichte ihrer Probleme. Freiburg/München 1954, S. 335.

Zur „existenziellen Grundlage“ der Entwicklung der Technik zählt Klemm die Aufnahme des „westlichen Gedankens“ der Aufklärung, des Liberalismus, des Sozialismus und des technischen Fortschritts.<sup>2)</sup> Als ein Beispiel zur Untermauerung dieser These nennt Klemm die Entwicklung der Produktivkräfte in der Sowjetunion. Damit unternimmt er einen sehr unqualifizierten Versuch, die gegenüber den sozialistischen Ländern immer langsamer werdende technische Entwicklung des „Abendlandes“ zu verdecken oder wenigstens zu „erklären“ und die Aufmerksamkeit der Menschen von der stürmischen Entwicklung der Produktivkräfte in den sozialistischen Ländern abzulenken. Er gerät damit gleichzeitig – gewollt oder ungewollt – in die Gesellschaft der Kräfte, die in Westdeutschland erneut den sattsam bekannten „Führungsanspruch des Abendlandes“ propagieren.

Andere, offen reaktionäre Theorien verbreitet z. B. Franz Hendrichs in seinem 1958 in Düsseldorf erschienenen populärwissenschaftlichen Buch „Der Weg aus der Tretmühle“. Er schreibt im Vorwort dieser Arbeit u. a. folgendes: „Bis zur Erfindung der Dampfmaschine war die Vervollkommnung der Waffen eine der Haupttriebfedern für das Fortschreiten der Technik gewesen, und zwar ursprünglich bei den Handwaffen und vom 14. Jahrhundert bei den aufkommenden Pulverwaffen.“<sup>3)</sup>

Damit versucht Hendrichs jenen „Wissenschaftlern“ Hilfestellung zu leisten, die seit eh und je, besonders im imperialistischen Deutschland, bemüht sind, eine „progressive Rolle“ der Kriege für die technische Entwicklung nachzuweisen. Auch Friedrich Dessauer vertritt diese völlig unhaltbare und menschenfeindliche These, wenn er schreibt:

„Aber – die Technik war noch kein Thema des Weltgesprächs. Das Bewußtsein, daß hier etwas Großes, Einheitliches, eine weltwandelnde Macht über das Abendland komme, war nur bei Einzelnen, nicht in der europäischen oder nordamerikanischen Gesellschaft erwacht. Man sah wohl Einzelnes – aber immer noch nicht das Ganze. Es mußte ein Ereignis eintreten, daß viele Augen auf die Technik lenkte, und es trat ein: 1914 – der erste Weltkrieg.“<sup>4)</sup>

Nicht weniger unqualifiziert ist der Versuch Hendrichs, dem Christentum die Rolle einer Triebkraft der technischen Entwicklung einzuräumen. Denn nichts anderes meint er, wenn er sagt: „Wie bereits erwähnt, war es in erster Linie dem Einfluß des Christentums zu danken, daß man im Sklaven und hernach im Leibeigenen nicht nur ein beliebig auszunutzendes Kraftwerkzeug, sondern den Menschen zu erblicken begann. Von da ab zeigte sich das Bestreben, das irdische Los der bis dahin Unterdrückten zu bessern und sich notgedrungen nach neuen Kraftquellen umzusehen.“<sup>5)</sup>

2) Ebenda.

3) *Hendrichs, Franz*, Der Weg aus der Tretmühle – Ein Abriß der Geschichte der Technik der Neueren Zeit. Düsseldorf 1958, Vorwort zur 1. Aufl.

4) *Dessauer, Friedrich*, Streit um die Technik. Mainz 1956, S. 26.

5) *Hendrichs, Franz*, a. a. O., S. 28.

Wenn man auch einräumt, daß Hendrichs als Techniker mit der allgemeinen Geschichte nicht allzu vertraut ist, so befremdet dennoch seine Unkenntnis darüber, daß die Tretmühle zwar in der Sklaverei und im Feudalismus bekannt war und Anwendung fand, aber erst im Frühkapitalismus zu ihrer traurigen Berühmtheit gelangte. Doch die Tatsache, daß er als Ingenieur offensichtlich nie begriff, daß die Maschine in den Händen des Kapitals das „irdische Los der Unterdrückten“ nicht erleichtert, sondern in drastischer Weise verschlechtert, kennzeichnet ihn als treuen Diener und Demagogen des Monopolkapitals. Demagogie – das ist der einzige Zweck seines Buches, das hier für zahlreiche bürgerliche Publikationen steht.

Zu welch kuriosen Feststellungen diese Demagogie führt, mögen zwei Bemerkungen von Friedrich Dessauer zeigen. Er schreibt in seiner Arbeit „Streit um die Technik“ folgendes:

„Oft ist gesagt worden, daß technisches Erfinden und Gestalten generell aus Wirtschaftsinteresse, aus Gewinntrieb oder aus Machtstreben hervorgehe. Aber in solcher Allgemeinheit sind diese Deutungen irrig. Machtstreben, Gewinnsucht spielt manchmal mit, ist aber nicht allein, selten überwiegend das Motiv. Unsere ältesten Vorfahren, von denen wir (vgl. § 3) gesprochen haben, wurden, wie das Sprichwort sagt, ‚durch Not erfinderisch‘. Bedürftigkeit, Gefahr, Sehnsucht nach Freiheit, nach Emanzipation aus tierischen Lebensbedingungen nach der Ferne, Weite, Höhe, nach der Überwindung der beiden großen Trenner, Raum und Zeit, nach Wärme und Licht, Erkenntnis, Schönheit sind als Erwecker des erfinderischen Strebens mindestens so wirksam wie Macht und Gewinnstreben.“<sup>6)</sup> Mit dieser pauschalen undifferenzierten Feststellung sucht Dessauer einer Aussage über diejenigen Triebkräfte, die mit dem Auftreten antagonistischer Gesellschaftsordnungen wirksam werden, auszuweichen. Das ist nicht erstaunlich, denn das Ziel der kapitalistischen Wirtschaft ist nach seiner Auffassung „Dienst am Menschen, der die Güter und Dienste braucht, dem sie zugänglich zu machen sind.“<sup>7)</sup> Das hindert ihn aber nicht, an anderer Stelle zu sagen: „Es ist wahr, daß der gewinnstrebende Mensch ein Urfaktor der Wirtschaft ist. Eine fundamentale Kraft treibt den Menschen an, für sich und seine Familie Wohlstand, Reichtum, Macht zu erstreben. Dies ist in Wirklichkeit eine der stärksten Kräfte des Gesellschaftsgeschehens . . .“<sup>8)</sup> Diese Beispiele mögen genügen, um zu zeigen, in welche Situation die bürgerliche Wissenschaft auch auf dem Gebiet der Technikgeschichte geraten ist. Obwohl scheinbar ein Chaos in den Ansichten der verschiedenen Autoren herrscht – und es bestehen tatsächlich graduelle Unterschiede – so lassen sich dennoch bestimmte Grundrichtungen erkennen. Allgemein wird, zumindest sinngemäß, als Triebkraft der Produktivkräfte der Widerspruch zwischen dem Stand der gesellschaftlichen Bedürfnisse und dem jeweils erreichten Entwick-

<sup>6)</sup> Dessauer, Friedrich, a. a. O., S. 150.

<sup>7)</sup> Ebenda, S. 278.

<sup>8)</sup> Ebenda, S. 277.

lungsniveau der Produktivkräfte akzeptiert. Man versucht aber, der Darstellung der konkreten historischen Erscheinungsformen dieses Widerspruches in den antagonistischen Klassenformationen möglichst auszuweichen und gerät deshalb, wie z. B. Dessauer, zu völlig widersprüchlichen Aussagen, mit deren Hilfe man sich bemüht, den wahren Charakter der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu verschleiern.

Unter dem Eindruck der technischen Entwicklung in den sozialistischen Ländern, besonders in der Sowjetunion, aber auch in den vom imperialistischen Kolonialjoch befreiten Staaten, versuchen bürgerliche Technikhistoriker vom Ansehen des „Abendlandes“ zu retten, was scheinbar noch zu retten ist. Aus der Tatsache, daß sich der Kapitalismus zuerst in der gemäßigten Zone unserer Erde herausbildete – Karl Marx hat die Ursachen dafür im Kapital dargelegt<sup>9)</sup> – leiten sie eine angebliche Überlegenheit der westlichen Technik, der westlichen Ideenwelt und ähnliches ab und behaupten, ohne diese Ideen wären die technischen Umwälzungen in den vom Imperialismus befreiten Ländern nicht möglich gewesen. Hier wird aber schon deutlich, daß sich die bürgerliche Wissenschaft eindeutig in eine Verteidigungsposition zurückgezogen hat und nicht einmal in der Lage ist, diese Situation zu leugnen. Ganz analog ist der allerdings sehr primitive Versuch Hendrichs einzuschätzen, das Christentum als eine Triebkraft der technischen Entwicklung zu charakterisieren. Von allen ganz bewußt die Entwicklung behindernden Kräften stand und steht die Kirche in vorderster Reihe. Das ist so bekannt, daß es sich erübrigt, im Rahmen dieses Beitrages die dafür schon tausendfach gelieferten Beweise zu wiederholen.

Eine letzte, für die imperialistische Apologetik typische These ist die Propagierung des Krieges als „aufbauende Kraft“. Diese These ist die Bankrotterklärung der bürgerlichen Wissenschaft in diesem Bereich, denn sie versucht, die wissenschaftliche Rechtfertigung für die Notwendigkeit der Massenvernichtung von Menschen, von jenen Kräften zu erbringen, ohne die nicht nur eine Weiterentwicklung der Technik unmöglich ist, sondern durch die die Technik erst ihren Sinn erhält.

Die marxistisch-leninistischen Wissenschaftler widmen, wie schon bemerkt, diesen Problemen große Aufmerksamkeit. Wenn heute die Sowjetunion auch auf technischem Gebiet zur Weltmacht geworden ist, dann haben die sowjetischen Gesellschaftswissenschaftler einen wesentlichen Anteil an diesem Aufbauwerk. Sie sind es, die durch ihre theoretischen Untersuchungen richtungweisende Thesen formulieren, damit ihren Beitrag bei der Schaffung und Vervollkommnung der sozialistischen Gesellschaft leisten und die enge Verbundenheit zwischen Wissenschaft und Praxis im Sozialismus zum Ausdruck bringen.

Aufgabe dieses Beitrages ist es – anknüpfend an die besonders in der Sowjetunion geführte Diskussion –, zu untersuchen, was den Menschen veranlaßt,

<sup>9)</sup> *Marx, Karl*, Das Kapital. Berlin 1951, Bd. I, S. 537f.

seine Arbeitsmittel und Arbeitsgegenstände zu entwickeln und schließlich auch seine eigene Arbeitskraft ständig zu qualifizieren, in welchen Faktoren insbesondere die Ursachen für die Entwicklung der Produktionsinstrumente zu suchen sind. Es kommt hier nicht in erster Linie darauf an, fertige Lösungen vorzulegen, sondern die Ökonomen, Philosophen, Techniker und Historiker unserer Republik zur Diskussion dieser Probleme anzuregen.

Was versteht der Marxismus-Leninismus unter dem Begriff Produktivkräfte der Gesellschaft?

Zunächst sei darauf hingewiesen, daß die Produktivkräfte der Gesellschaft keine technische, sondern eine ökonomische Kategorie sind. Ihre Entwicklung wird deshalb nicht nur von technisch-naturwissenschaftlichen, sondern vor allem von den Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung bestimmt. Die Produktivkräfte setzen sich aus der Arbeitskraft mit den an sie gebundenen Produktionserfahrungen und Arbeitsfertigkeiten, den von den Produzenten geschaffenen und in Bewegung gesetzten Produktionsinstrumenten und den Arbeitsgegenständen zusammen.<sup>10)</sup>

Schon diese einfache Definition der Produktivkräfte zeigt, daß der Mensch, der Produzent, das wichtigste Element der Produktivkräfte darstellt. Er ist es, der den Produktionsprozeß in Bewegung setzt, leitet und lenkt. Der Mensch kann das dynamische Element innerhalb der Produktivkräfte sein, weil er denkend und zielbewußt produziert und nur in einem Produktionsverhältnis wirksam wird. Das letztere ist sehr wichtig, denn die Entwicklung und Veränderung der Produktion – also der ersten Lebensbedingung der Gesellschaft – beginnt zwar immer mit der Veränderung und der Entwicklung der Produktivkräfte und macht schließlich die Schaffung neuer Produktionsverhältnisse objektiv notwendig. Aus den Produktionsverhältnissen ergeben sich aber bestimmte Klassenverhältnisse, deren Umgestaltung sich in antagonistischen Klassengesellschaften nicht im Selbstlauf, sondern nur im Klassenkampf vollziehen kann. Daraus resultiert, daß der Mensch nicht nur das entscheidende Element innerhalb der Produktivkräfte ist, sondern daß er, soweit er zur progressiven Klasse gehört, berufen ist, den Produktivkräften immer dann, wenn diesen alt und reaktionär gewordene Produktionsverhältnisse keine Entfaltungsmöglichkeiten mehr bieten, durch revolutionäre Umwälzungen neue Produktionsverhältnisse zu schaffen, die den Produktivkräften Raum zur weiteren Entwicklung geben. Er ist gleichzeitig berufen, die neuen Produktionsverhältnisse vor den Angriffen reaktionärer Kräfte zu schützen und damit den Boden für die ungehemmte Entwicklung der Produktivkräfte zu sichern.

Wenn man die Frage nach dem letzten und tiefsten Grund, der die Menschen zur rastlosen Entwicklung ihrer Produktivkräfte treibt, beantworten will,

<sup>10)</sup> Vgl. dazu *Tschagin, B. A., Chartschew, A. G.*, Über die Kategorien „Produktivkräfte“ und „Produktionsverhältnisse“. In: „Sowjetwissenschaft – Gesellschaftswissenschaftl. Beiträge“, Jahrg. 1958, H. 7, S. 812ff.

dann muß man zunächst die Sphäre untersuchen, in der die Produktivkräfte wirken, nämlich den Produktionsprozeß.

In allen Gesellschaftsformationen besteht die Notwendigkeit, materielle Güter zur Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse bzw. zur Erhaltung der Existenz der menschlichen Gesellschaft zu produzieren.

„Der Arbeitsprozeß, wie wir ihn in seinen einfachen und abstrakten Momenten gesehen haben, ist die zweckmäßige Tätigkeit zur Herstellung von Gebrauchswerten, Aneignung des Natürlichen für menschliche Bedürfnisse, allgemeine Bedingung des Stoffwechsels zwischen Mensch und Natur, ewige Naturbedingung des menschlichen Lebens und daher unabhängig von jeder Form dieses Lebens, vielmehr allen seinen Gesellschaftsformen gleich gemeinsam“<sup>11)</sup>, schreibt Marx im „Kapital“. Er sagt an anderer Stelle: „Wie der Wilde mit der Natur ringen muß, um seine Bedürfnisse zu befriedigen, um sein Leben zu erhalten und zu reproduzieren, so muß es der Zivilisierte und er muß es in allen Gesellschaftsformen und unter allen möglichen Produktionsweisen.“<sup>12)</sup> Wenn man diese Bemerkungen von Karl Marx in eine kurze Formel bringt, dann muß man zu folgenden Feststellungen kommen. Die Menschen produzieren, müssen sich im Arbeitsprozeß mit der Natur auseinandersetzen, um die Natur entsprechend den gesellschaftlichen Bedürfnissen der Menschen umzuformen.

Warum sind aber die Menschen ständig bemüht, ja gezwungen, den Produktionsprozeß, die Produktivkräfte zu entwickeln? Die Ursache dafür ist in dem Widerspruch zwischen dem Stand der gesellschaftlichen Bedürfnisse im weitesten Sinne und dem Entwicklungsniveau der Produktivkräfte zu suchen. Immer eilen die gesellschaftlichen Bedürfnisse der Entwicklung der Produktivkräfte voraus, deshalb ist dieser Widerspruch die primäre und stetig wirkende Triebkraft der Entwicklung der Produktivkräfte. Er zwingt die Menschen zu einer ständigen Auseinandersetzung mit der Natur und erscheint in seiner sich immer wieder wiederholenden Lösung als Verbesserung der Produktivkräfte. Sehr treffend schreibt Krylow: „Wenn der Mensch auch mehr und mehr alle Naturkräfte beherrscht, so wird er doch niemals die absolute Herrschaft über sie erlangen, weil zwischen ihm und der Natur immer wieder aufs neue, wenn auch in anderer konkreter Form ein Widerspruch entsteht, dessen systematische Überwindung zu einer weiteren Entwicklung der Produktivkräfte der Gesellschaft führt.“<sup>13)</sup>

Im Prozeß der Umformung der Natur, entsprechend den menschlichen Bedürfnissen, stößt der Mensch bei seinem aktiven Einwirken auf die Natur auf Schwierigkeiten und Widersprüche, die ihn anregen, die Produktivkräfte zu

<sup>11)</sup> Marx, Karl, a. a. O., S. 192.

<sup>12)</sup> Ebenda, Bd. III, S. 873.

<sup>13)</sup> Krylow, A. J., Über Widersprüche in der Entwicklung der Produktivkräfte. In: „Sowjetwissenschaft – Gesellschaftswissenschaftl. Beiträge“, Jahrg. 1958, H. 1, S. 126.

entwickeln. Krylow beschreibt diesen Prozeß so: „Im Arbeitsprozeß, der sich vermittelt der schon vorhandenen Produktionsinstrumente vollzieht, gewinnen die Menschen Produktionserfahrung, Fertigkeit und Gewandtheit. Auf der Grundlage der erworbenen Erfahrung verbessern sie die Produktionsinstrumente; im weiteren Prozeß der Arbeit und der Unterwerfung der Natur bemerken sie diese oder jene Mängel an den neuen oder vervollkommeneten Produktionsinstrumenten, verbessern diese oder schaffen eine neue höhere Produktionstechnik.“<sup>14)</sup>

Stellt also der Widerspruch zwischen dem Stand der gesellschaftlichen Bedürfnisse und dem jeweils erreichten Entwicklungsniveau der Produktivkräfte das Motiv – die Triebkraft – zur Entwicklung der Produktivkräfte dar, so ist der Arbeitsprozeß die Sphäre, in der der Produzent die Produktivkräfte weiterentwickelt. Hier muß allerdings darauf hingewiesen werden, daß die Menschen ihre gesellschaftlichen Bedürfnisse niemals als voneinander unabhängige Einzelproduzenten, sondern immer nur im Rahmen einer gesellschaftlichen Produktion, in einem Produktionsverhältnis befriedigen können. Das heißt, die Menschen müssen in der Produktion in Beziehungen zueinander treten, deren Inhalt sich auf die Gestalt des gesellschaftlichen Bedürfnisses auswirkt. Tritt in der Urgemeinschaft das gesellschaftliche Bedürfnis noch in seiner urwüchsigen Naturalform auf, so erscheint es in den Ausbeutergesellschaften grundsätzlich in speziellen ökonomischen Klasseninteressen. Deshalb lesen wir bei Tschagin/Chartschew: „In den antagonistischen Formationen aber ist dieser Zusammenhang durch die ökonomischen Interessen der herrschenden Klassen vermittelt, die sowohl die Produktion als auch die Konsumtion im Interesse ihrer persönlichen Bereicherung ausnutzen.“<sup>15)</sup>

Die Feststellung, daß die Menschen – um ihre gesellschaftlichen Bedürfnisse befriedigen zu können – gezwungen sind, sich mit der Natur auseinanderzusetzen und im Arbeitsprozeß die Produktivkräfte weiterzuentwickeln, genügt nicht. Es muß vielmehr berücksichtigt werden, daß diese grundlegende Ursache für die Entwicklung der Produktivkräfte in ihrem konkreten historischen Auftreten zur Entstehung von Triebkräften führt, die nur über die Produktionsverhältnisse wirksam werden. Der Marxismus-Leninismus unterscheidet zwei Grundtypen gesellschaftlicher Produktionsverhältnisse. Einmal solche, die durch das Fehlen einer Ausbeuterklasse, zum anderen solche, die durch die Herrschaft einer Ausbeuterklasse gekennzeichnet sind. Anders ausgedrückt heißt das: Es gibt Produktionsverhältnisse, die das Gemeineigentum und solche, die die Konzentration des Eigentums an den Produktionsmitteln in den Händen der herrschenden Klasse charakterisiert. Durch die letztere Form ist die herrschende Klasse in der Lage, die Masse der Produzenten auszubeuten. Die verschiedene Stellung der herrschenden Klasse bzw. der Produzenten zu den Produktionsmitteln bedingt auch, daß sich die Beziehungen zwischen Aus-

<sup>14)</sup> Ebenda, S. 124.

<sup>15)</sup> Tschagin, B. A., Chartschew, A. G., a. a. O., S. 824.

beutern und Ausgebeuteten weitestgehend ökonomisch darstellen. Jede Form von Ausbeutungsproduktionsverhältnissen führt zwangsläufig zur Entstehung bestimmter ökonomischer Klasseninteressen, zum Wirken bestimmter ökonomischer Gesetze. Hier tritt sofort die Frage auf, welche Rolle die Produktionsverhältnisse schlechthin überhaupt bei der Entwicklung der Produktivkräfte spielen, ob man sie als Triebkraft der Entwicklung der Produktivkräfte kennzeichnen kann.

Es wurde schon an anderer Stelle darauf hingewiesen, daß sich der Arbeitsprozeß immer im Rahmen bestimmter Produktionsverhältnisse abspielt. Das allein zeigt, daß zwischen der Form der Produktionsverhältnisse und der Entwicklung der Produktivkräfte Beziehungen bestehen. Wie sehen aber diese Beziehungen aus, wie wirken die Produktionsverhältnisse auf die Entwicklung der Produktivkräfte ein? Keineswegs so, daß selbst neue Produktionsverhältnisse als Triebkraft auf die Produktivkräfte wirken, sondern so, daß die neuen Produktionsverhältnisse der Entfaltung der Produktivkräfte Raum geben und deren Entwicklung gewaltig fördern. Diese fördernde Rolle der neuen Produktionsverhältnisse rechtfertigt aber nicht die Auffassung von den neuen Produktionsverhältnissen als der Haupttriebkraft der Produktivkräfte. Diese These vereinfacht die Dinge zu sehr. Nach ihr sind neue Produktionsverhältnisse als Haupttriebkraft, alte Produktionsverhältnisse als Hemmschuh der Entwicklung der Produktivkräfte aufzufassen. Tatsache aber ist, daß, solange sich der Arbeitsprozeß vollzieht – und er vollzieht sich, wenn auch nicht mit gleicher Intensität, mit Notwendigkeit ständig –, die Produzenten gezwungen sind, sich mit der Natur auseinanderzusetzen und die Produktivkräfte zu entwickeln. Schon diese Überlegung zeigt, daß man selbst neue Produktionsverhältnisse nicht als Haupttriebkraft oder überhaupt als Triebkraft charakterisieren kann, sondern daß die Produktionsverhältnisse nur eine fördernde bzw. hemmende Rolle bei der Entwicklung der Produktivkräfte spielen können. Man mag hier einwenden, daß verrottete Produktionsverhältnisse sowohl in der Sklavenhaltergesellschaft, als auch im untergehenden Feudalismus teilweise zu einer Erstarrung in der Entwicklung der Produktivkräfte führten, man wird sogar eine Reihe von Beispielen dafür finden, daß die Kulturen ganzer Völker zugrunde gingen, da die Produktionsverhältnisse keine Weiterentwicklung fanden. Diese für bestimmte Zeiten und Gebiete durchaus zutreffenden Erscheinungen sind aber Einzelbeispiele. Sie sind für die Geschichte der Entwicklung der Produktivkräfte, für die Geschichte der Menschheit interessant, aber keineswegs typisch oder gesetzmäßig. Typisch und deshalb gesetzmäßig ist die Weiterentwicklung der Produktivkräfte, die fortschrittliche Entwicklung der menschlichen Gesellschaft. Es wäre deshalb unangebracht, auf Grund solcher Erscheinungen zu einer dementsprechenden Formulierung der Triebkräfte der Produktivkräfte zu kommen. Batyrmursajew kritisiert zu recht die Philosophen, die, wie er sagt, dazu neigen, die Produktionsverhältnisse überzubetonen und in den Produktionsverhältnissen „völlig unbegründet den ausschlaggebenden Motor zur Entwicklung der Produktiv-

kräfte“ sehen.<sup>16)</sup> Er schreibt zur Begründung seiner Auffassung u. a.: „Doch das wechselseitige Einwirken zwischen Arbeitsinstrument und Mensch, die Entwicklung der Naturwissenschaften und die Einführung ihrer Erkenntnisse in die Produktion werden in den Produktionsverhältnissen wie das Licht in einem Prisma gebrochen. Sie können nicht außerhalb der Produktionsverhältnisse auf die Entwicklung der Produktivkräfte einwirken. Hier wird deutlich, daß die Produktionsverhältnisse auf die Entwicklung der Produktivkräfte einwirken. Hier wird deutlich, daß die Produktionsverhältnisse die Produktivkräfte in der Entwicklung zwar begünstigen bzw. hemmen, aber niemals als entscheidende Kraft vorantreiben können.“<sup>17)</sup> Dem braucht man nichts hinzuzufügen. Indirekt wirkt sich allerdings die Schaffung neuer Produktionsverhältnisse durchaus positiv auf die Produktivkräfte aus. Neue Produktionsverhältnisse bedeuten z. B. die Herstellung der Übereinstimmung der Produktionsverhältnisse mit dem Charakter der Produktivkräfte, sie bedeuten Schaffung neuer und höherer ökonomischer Klasseninteressen und deshalb auch das Bedürfnis nach neuen Produktivkräften. Man denke hier an die gewaltigen Fortschritte, die sich nach dem Sieg der bürgerlichen Revolution in den verschiedenen Ländern auf dem Gebiet der Produktivkräfte zeigten, man denke auch an die enorme technische Entwicklung, die in der Sowjetunion und in den volksdemokratischen Staaten nach der Liquidierung der alten Produktionsverhältnisse eintrat und sich ständig fortsetzt.

Das Verhältnis zwischen Mensch und Natur ohne Beziehung zur Gesellschaft betrachtet, stellt sich im Arbeitsprozeß zunächst technisch dar. Da aber der Arbeitsprozeß immer einen gesellschaftlichen Charakter trägt, müssen die Menschen im Produktionsprozeß in gegenseitige ökonomische Beziehungen treten, deren Inhalt von der Form der Produktionsverhältnisse bestimmt wird. Diese ökonomischen Beziehungen können wie z. B. in der Urgemeinschaft – da diese Gesellschaftsformation keine Klassen kennt – in der für alle Mitglieder der Gesellschaft gleichwertig nützlichen Form der Arbeitsteilung zum Ausdruck kommen. In der Urgemeinschaft tritt der innere Antrieb der Produktion und damit die Triebkraft der Entwicklung der Produktivkräfte, nämlich der Widerspruch zwischen dem Stand der gesellschaftlichen Bedürfnisse und dem Entwicklungsniveau der Produktivkräfte deutlich hervor. Ganz ähnlich, wenn auch auf einem anderen Niveau, liegen die Dinge in der sozialistischen Gesellschaft.

Wie verläuft dagegen die Entwicklung in den antagonistischen Klassengesellschaften? Der Endzweck der gesellschaftlichen Produktion wird hier durch die Existenz einer Ausbeuterklasse überdeckt. Als Ziel der Produktion

<sup>16)</sup> *Batyrkursajew, M. T.*, Die Dialektik von Inhalt und Form und einige Besonderheiten ihrer Wechselbeziehungen in der sozialistischen Gesellschaft. In: „Sowjetwissenschaft – Gesellschaftswissenschaftl. Beiträge“, Jahrg. 1957, H. 10, S. 1199.

<sup>17)</sup> Ebenda, S. 1200.

erscheint nicht mehr die Befriedigung der Bedürfnisse schlechthin, sondern die Befriedigung der ökonomischen Klasseninteressen, z. B. der Feudalherren oder der Bourgeoisie in Form der Feudalrente oder des Profits. Das bedeutet, daß mit der Entstehung von Ausbeutergesellschaftsordnungen der Begriff Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse einen anderen Inhalt bekommt. Das Wirksamwerden der ökonomischen Gesetze des Kapitalismus beispielsweise führt dazu, daß die Jagd nach Profit auf der Grundlage des Mehrwertgesetzes zur konkreten Erscheinungsform des gesellschaftlichen Bedürfnisses dieser Gesellschaftsordnung wird und als die Triebkraft der Entwicklung der Produktivkräfte anzusehen ist. „Das Wachstum der Bedürfnisse tritt im Kapitalismus nur als Entstehung neuer Möglichkeiten der Mehrwertproduktion auf“<sup>18)</sup>, schreiben Tschagin und Chartschew. Das heißt, auch die wachsenden Bedürfnisse der Produzentenmassen sind, da sie nur durch die Erweiterung der Produktion realisierbar werden, für die Bourgeoisie eine Quelle zur Erhöhung der Profite. Und Friedrich Engels sagt: „Wir sahen, wie aufs höchste gesteigerte Verbesserungsfähigkeit der modernen Maschinerie, vermittelt der Anarchie der Produktion in der Gesellschaft, sich verwandelt in ein Zwangsgebot für den einzelnen industriellen Kapitalisten, seine Maschinerie stets zu verbessern, ihre Produktionskraft stets zu erhöhen.“<sup>19)</sup> Engels nennt sogar ausdrücklich „das Interesse der herrschenden Klasse das treibende Element der Produktion“<sup>20)</sup>

Diese Feststellungen gelten sowohl für den vormonopolistischen Kapitalismus als auch für den Imperialismus. Das Streben des Finanzkapitals nach Monopolprofiten bringt aber die ökonomischen Interessen der verfaulenden kapitalistischen Gesellschaft zum Ausdruck. Doch auch der Imperialismus, der seine historische Berechtigung verloren hat, bedarf zur Verlängerung seiner Existenz einer gewissen Weiterentwicklung der Produktivkräfte. Die Triebkraft dieser Weiterentwicklung ist der Drang nach der Erzielung von Monopolprofiten. Wie wirkt jedoch diese Triebkraft auf die Produktivkräfte? Hören wir dazu Krylow: „Der moderne Kapitalismus zeigt anschaulich, daß sich unter den Bedingungen einer veralteten Wirtschaftsordnung die Entwicklung der Produktion äußerst ungleich, mittels Katastrophen vollzieht, weswegen sie sich im Vergleich zu der sich aus ihrem Stand ergebenden Möglichkeit ständig verlangsamt. Unbestreitbar ist, daß unter dem Einfluß des forcierten Rüstens zum Kriege, der Konkurrenz und der Jagd der Kapitalisten nach Maximalprofit die Technik in den kapitalistischen Ländern nicht auf der Stelle stehenbleibt.“<sup>21)</sup>

<sup>18)</sup> *Tschagin, B. A., Chartschew, A. G.*, a. a. O., S. 824.

<sup>19)</sup> *Engels, Friedrich*, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft. Berlin 1948, S. 340.

<sup>20)</sup> *Engels, Friedrich*, Anteil der Arbeit an der Menschwerdung des Affen. Berlin 1952, S. 19.

<sup>21)</sup> *Krylow, A. J.*, a. a. O., S. 128.

Die Triebkraft Monopolprofit führt also dazu, daß die Produktivkräfte sich zwar entwickeln, ihre Entwicklung aber gehemmt und ungleichmäßig vor sich geht, was nicht bedeutet, daß sie nicht schneller als vorher vor sich geht.

Werfen wir jetzt einen Blick auf ein anderes Problem. Bei einer Gesamtbetrachtung der Entwicklung der Produktivkräfte zeigt sich, daß jede neue Gesellschaftsformation ihre Produktivkräfte absolut schneller als die abgelöste Gesellschaftsordnung entwickelt. Es zeigt sich ferner, daß der Umfang und die Qualität der Produktivkräfte der menschlichen Gesellschaft in einem ständigen Wachstumsprozeß begriffen sind. Zwei Faktoren scheinen für diese Entwicklung die entscheidenden Ursachen zu sein.

Einerseits sind die Produktivkräfte nicht das Ergebnis eines einmaligen Schöpfungsaktes, sondern die Folge einer jahrtausendelangen Entwicklung. Marx schreibt in einem Brief an Annenkov: „Durch die einfache Tatsache, daß jede spätere Generation durch die frühere Generation erworbene Produktivkräfte vorfindet, die ihr als Rohmaterial für neue Produktion dienen, bildet sich ein Zusammenhang in der Geschichte der Menschen, bildet sich eine Geschichte der Menschheit, die um so mehr Geschichte der Menschheit ist, als die Produktivkräfte der Menschen und infolgedessen ihre sozialen Beziehungen sich vergrößert haben.“<sup>22)</sup>

Das heißt u. a., jede neue Produktionsweise baut bei der Entwicklung ihrer Produktivkräfte auf dem bereits vorhandenen Niveau auf und entwickelt die Produktivkräfte entsprechend ihren Bedürfnissen auf dieser Basis weiter. Diese Feststellung ist nicht neu. Weniger Beachtung fand dagegen bei der Diskussion dieser Problematik die Einschätzung der Rolle der wachsenden gesellschaftlichen Bedürfnisse. Auch sie sind einer ständigen Entwicklung und Erweiterung unterworfen. Karl Marx schreibt: „Die verschiedene Gestaltung des materiellen Lebens ist natürlich jedesmals abhängig von den schon entwickelten Bedürfnissen, und sowohl die Erzeugung wie die Befriedigung dieser Bedürfnisse ist selbst ein historischer Prozeß.“<sup>23)</sup>

Die Produzenten der Urgemeinschaft befriedigten mit Hilfe ihrer Produktionsinstrumente ihre „natürlichen“ und relativ geringfügigen Bedürfnisse. Selbst wenn man die sehr unentwickelte Vorratswirtschaft mitberücksichtigt, war die Produktion doch im wesentlichen auf die Deckung des unmittelbaren Bedarfs gerichtet.

Die erste Beschleunigung erfuhr das Tempo der Entwicklung der Produktivkräfte in dem Moment, als die Möglichkeit der Erzeugung eines Mehrproduktes entstand. Dieses Ereignis ist für die Geschichte der Produktivkräfte, ja für die Geschichte der Menschheit überaus bedeutungsvoll, weil ohne die Produktion eines Mehrproduktes eine sichtbare Entwicklung der gesellschaftlichen Bedürfnisse unmöglich ist.

<sup>22)</sup> Marx, Karl, Friedrich Engels, Ausgewählte Briefe. Zürich 1934, S. 8.

<sup>23)</sup> Marx, Karl, Die deutsche Ideologie. Berlin 1953, S. 71.

Doch auch in „der mittelalterlichen Gesellschaft, namentlich in den ersten Jahrhunderten, war die Produktion im wesentlichen auf den Selbstgebrauch gerichtet. Wo, wie auf dem Lande, persönliche Abhängigkeitsverhältnisse bestanden, trug sie auch bei zur Befriedigung der Bedürfnisse des Feudalherren“.<sup>24)</sup> Unter solchen Bedingungen konnte die Ausdehnung der gesellschaftlichen Bedürfnisse nur sehr zögernd vor sich gehen. Der Widerspruch zwischen dem Stand der gesellschaftlichen Bedürfnisse und dem Entwicklungsniveau der Produktivkräfte bewirkte nur eine langsame Entwicklung der Produktivkräfte. Eine stürmische Vergrößerung der gesellschaftlichen Bedürfnisse, die ihren Ausdruck in einer immer umfassenderen Entwicklung der Produktivkräfte fand, erfolgte erst durch die Entstehung und Entwicklung der kapitalistischen Waren- und Geldwirtschaft. Marx und Engels sagen dazu im Kommunistischen Manifest: „Die Bourgeoisie hat enthüllt, wie die brutale Kraftäußerung, die die Reaktion so sehr am Mittelalter bewundert, in der trügsten Bärenhäuterei ihre passende Ergänzung fand. Erst sie hat bewiesen, was die Tätigkeit der Menschen zustande bringen kann. Sie hat ganz andere Wunderwerke vollbracht als ägyptische Pyramiden, römische Wasserleitungen und gotische Kathedralen, sie hat ganz andere Züge ausgeführt, als Völkerwanderungen und Kreuzzüge.

Die Bourgeoisie kann nicht existieren, ohne die Produktionsinstrumente, also die Produktionsverhältnisse, also sämtliche gesellschaftlichen Verhältnisse fortwährend zu revolutionieren. Unveränderte Beibehaltung der alten Produktionsweise war dagegen die erste Existenzbedingung aller früheren industriellen Klassen.“<sup>25)</sup>

In diesem Zusammenhang sei noch auf ein anderes Problem hingewiesen. Die wachsenden gesellschaftlichen Bedürfnisse treiben – wie schon festgestellt – zur Entwicklung der Produktivkräfte. Umgekehrt wirken die Produktivkräfte aber auf die Entwicklung der gesellschaftlichen Bedürfnisse zurück. Einmal in der Weise, daß sie durch die Befriedigung der vordem gegebenen gesellschaftlichen Bedürfnisse deren Weiterentwicklung gestatten, zum anderen dadurch, daß sie ein realisierbares Bedürfnis nach noch besseren Produktivkräften wecken. Auch diese Erscheinung ist eine wesentliche Ursache für die sich ständig in umfassenderem Maße vollziehende Entwicklung der Produktivkräfte.

Parallel mit dem Prozeß der Entwicklung der gesellschaftlichen Bedürfnisse verlief die Herausbildung von Klassen und die Entstehung antagonistischer ökonomischer Beziehungen zwischen den verschiedenen Produzentengruppen. Auch in der sozialistischen Gesellschaft gibt es zwischen den verschiedenen Produzentengruppen ökonomische Beziehungen, auch hier wirken ökonomi-

<sup>24)</sup> *Engels, Friedrich*, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft. Berlin 1948, S. 71.

<sup>25)</sup> *Marx, Karl, Friedrich Engels*, Manifest der Kommunistischen Partei. Berlin 1948, S. 10.

sche Gesetze. Das Ziel der sozialistischen Produktion ist aber nicht die Produktion von Mehrwert oder einer anderen Rentenform, die für die Ausbeutergesellschaften kennzeichnend sind, sondern das erklärte Ziel der sozialistischen Gesellschaft ist die „ständige Erweiterung und Vervollkommnung der Produktion auf der Basis der fortschrittlichen Technik zum Zwecke einer möglichst vollständigen Befriedigung der wachsenden Bedürfnisse der Gesellschaft, der ständigen Steigerung des Wohlstandes und der allseitigen Entwicklung aller Mitglieder der Gesellschaft.“<sup>26)</sup>

Die zwischen den verschiedenen Kategorien von Produzenten bestehenden ökonomischen Beziehungen dienen nicht mehr der Ausbeutung der einen Schicht durch eine andere, sondern der Verwirklichung des ökonomischen Grundgesetzes der sozialistischen Gesellschaft. Während in den antagonistischen Klassengesellschaften die Bedürfnisse der herrschenden Klasse den entscheidenden Faktor darstellen, besteht im Sozialismus kein antagonistischer Widerspruch zwischen den gesellschaftlichen Bedürfnissen und den individuellen Bedürfnissen. Die Bedürfnisse aller Werktätigen treten unmittelbar auf, so daß wiederum eine neue Qualität entsteht, die die Entwicklung der Produktivkräfte in einem nie gekannten Maße vorwärts treibt. Die Werktätigen der sozialistischen Länder wissen sehr genau, denn ihre Lebenspraxis hat ihnen das immer wieder, z. B. durch Lohnerhöhungen, durch Preissenkungen und durch die Verkürzung der Arbeitszeit bestätigt, daß die technische Entwicklung im Sozialismus nicht eine Verstärkung der Ausbeutung, sondern eine Verschönerung ihres Lebens bringt. Wie wären sonst die mit der Gründung der DDR einsetzenden Neuererbewegungen in allen Bereichen der Technik und des wirtschaftlichen Lebens unserer Republik zu erklären. Es gibt heute zehntausende von Arbeitern, die oft nur über ein im Beruf erworbenes Wissen verfügen und sich trotzdem unermüdlich um die Verbesserung der Produktionstechnik in ihren Betrieben bemühen. Selbstverständlich sind sie nicht in der Lage, die Mehrzahl der Probleme, die sie, gerade weil sie in der unmittelbaren Produktion stehen, bewegen, zu lösen. Aber viele technische Neuerungen, die unsere Techniker schufen, gehen auf Anregungen der Produktionsarbeiter zurück. Sicher spielt bei dieser Massenbewegung unser Prämien- und Lohnsystem, das Wissen der Arbeiter, daß die Technik nicht mehr ihr Feind ist, sondern ihre Arbeit erleichtert, eine entscheidende Rolle. Es kommt hinzu, daß die sozialistische Gesellschaft auf Basis der materiellen Interessiertheit der Werktätigen eine Reihe anderer Kräfte hervorbringt, die in den Bereich der Ideologie gehören. Wenn z. B. die vor mehr als zehn Jahren einsetzende Aktivisten- und Neuererbewegung heute zu einer Massenerscheinung geworden ist, dann ist einer der maßgeblichen Gründe dafür das von der Partei der Arbeiterklasse in die Werktätigen unserer Republik systematisch hinein-

<sup>26)</sup> Ostrowitjanow, K. W., Zur Herausgabe der dritten Auflage des Lehrbuches der „Politischen Ökonomie“. In: „Presse der Sowjetunion“, Jahrg. 1958, Nr. 15, S. 296/297.

getragene sozialistische Bewußtsein, die sozialistische Arbeitsmoral und das neue Staatsbewußtsein. Die Richtigkeit dieser Feststellung bestätigt nicht nur die Masseninitiative der Arbeiter und der Intelligenz bei der gegenwärtig durchzuführenden Rekonstruktion unserer Industrie. Sie wird umgekehrt bestätigt durch die Probleme, die in der kapitalistischen Welt bei der Einführung der Automatisierung auftreten. Es ist nicht nur so, daß die kapitalistischen Prämiensysteme für technische Verbesserungen bei den Arbeitern kaum Resonanz finden, sondern es macht sich eine allgemeine Unruhe selbst in den amerikanischen Gewerkschaften im Zusammenhang mit der Automatisierung bemerkbar. Auch das ist eine Bestätigung dafür, wie verschieden sich die Arbeiter im Sozialismus und im Kapitalismus zur Verbesserung der Produktionstechnik verhalten, ja verhalten müssen.

Es wurde schon mehrfach betont, daß die wachsenden gesellschaftlichen Bedürfnisse die Triebkraft der Entwicklung der Produktivkräfte sind. Die ökonomischen Klasseninteressen bringen nichts anderes, als die in eine bestimmte Form umgesetzten gesellschaftlichen Bedürfnisse zum Ausdruck. Daraus ergibt sich, daß zwischen der Entwicklung der Produktivkräfte und dem Klassenkampf – und damit in dieser Hinsicht auch mit den Produktionsverhältnissen – enge Beziehungen bestehen, denn ökonomische Klasseninteressen können sich in einer antagonistischen Gesellschaft nur im Klassenkampf durchsetzen. Bilden also die ökonomischen Klasseninteressen die modifizierte Triebkraft der Entwicklung der Produktivkräfte, so ist der Klassenkampf das entscheidende Mittel ihrer Durchsetzung. Die ausschlaggebende Rolle des Klassenkampfes bei der Liquidierung alter, die Entwicklung der Produktivkräfte behindernder Produktionsverhältnisse wurde schon an anderer Stelle erwähnt.

Richten wir deshalb unser Augenmerk speziell auf die Folgen des proletarischen Klassenkampfes für die Entwicklung der Produktivkräfte. Wir wissen, daß die ökonomischen Klasseninteressen der Bourgeoisie im Kapitalismus als Triebkraft der Produktivkräfte angesehen werden müssen. Die Bourgeoisie kann diese ihre Interessen nur durch die steigende Ausbeutung und Unterdrückung des Proletariats zu erzwingen suchen. Überall dort, wo es dem proletarischen Klassenkampf gelingt, ökonomische Erfolge gegenüber der Bourgeoisie zu erzielen, ersetzt die Bourgeoisie lebendige durch vergegenständlichte Arbeit, d. h., sie verbessert die Produktivkräfte. Gelingt es der Arbeiterklasse, die Bourgeoisie z. B. zur Erhöhung des Lohnes zu zwingen, dann wird diese sofort versuchen, durch eine verbesserte Produktionstechnik die Ausbeutung der Arbeitskraft zu intensivieren, um mindestens die alte Profithöhe wieder zu erreichen, ja sogar möglichst noch höhere Profite zu erzielen. Darüber hinaus setzt die Bourgeoisie die Technik ganz bewußt im Klassenkampf gegen das Proletariat ein. Karl Marx charakterisiert die Maschine in den Händen des Kapitals als „das machtvollste Kriegsmittel zur Niederschlagung der periodischen Arbeiteraufstände, Streiks usw. wider die Autokratie des Kapitals.“<sup>27)</sup>

<sup>27)</sup> Marx, Karl, Das Kapital. Berlin 1951, Bd. I, S. 458.

Was zeigt das? Das zeigt einmal, daß der proletarische Klassenkampf, die Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit, sich als wesentliche Triebkraft auf die Entwicklung der Produktivkräfte auswirkt. Das bestätigt aber auch, daß die Technik alles andere als neutral ist, sobald sie von der Bourgeoisie angewendet wird. Es erweist sich vielmehr, daß die Notwendigkeit des Klassenkampfes des Proletariats mit der Entwicklung der Technik – im Gegensatz zu den Behauptungen der Apologeten des Monopolkapitals – weiterhin besteht und dieser Kampf mit immer größerem Nachdruck geführt werden muß. Die wichtigste Schlußfolgerung, die sich aus dieser Problematik ergibt, ist, daß der ökonomische Kampf der Arbeiterklasse unter den Bedingungen des Kapitalismus den Verelendungsprozeß des Proletariats nur zeitweilig hemmt. Erst die Schaffung sozialistischer Produktionsverhältnisse verwandelt die Maschine aus einem Feind der Werktätigen in einen Helfer der arbeitenden Menschen.

Bei der Definition der Produktivkräfte wurde darauf hingewiesen, daß es sich bei den Produktivkräften der Gesellschaft um eine ökonomische Kategorie handelt. Gleichzeitig wurde gesagt, daß sich die Entwicklung der Produktivkräfte vor allem nach den Gesetzen der gesellschaftlichen Entwicklung und nicht allein nach technisch-naturwissenschaftlichen Gesetzen vollzieht. Dem Ökonomen scheinen diese Feststellungen selbstverständlich zu sein, nicht so jedem unserer Techniker. Denn allzuoft wird die Kategorie Produktivkraft gleich dem Begriff Technik und damit der Maschine gesetzt. Da man eine Maschine unter Ausnutzung der technisch-naturwissenschaftlichen Gesetzmäßigkeiten baut, liegt scheinbar die Schlußfolgerung nahe, daß die Produktivkräfte sich nur entsprechend den technischen Gesetzen entwickeln. Überprüfen wir diese These am Beispiel des Produktionsinstruments Maschine. Eine Maschine entwickelt sich vom technischen Gesichtspunkt gesehen keineswegs anarchisch, sondern in der Weise, daß jede Neuentwicklung auf dem Gebiet des Maschinenbaus sofort zahlreiche neue technische Probleme aufwirft und auf diese Weise von vornherein die Richtung angezeigt wird, in der die künftige Entwicklung vor sich gehen muß. Das heißt: „Jede neue Erfindung ist durch vorangegangene Erfindungen bestimmt und bedingt.“<sup>8)</sup> Voraussetzungen für die Erfindung der Dampfmaschine waren z. B. die Kenntnis der Pumpe, des Rades, aber auch des Prozesses der Eisengießerei. Jede einzelne dieser Voraussetzungen verlangte wiederum das Vorhandensein einer Reihe anderer Fertigkeiten und Kenntnisse. Gestattet das die Schlußfolgerung, daß die Entwicklung der Produktivkräfte oder auch nur die Entwicklung der Produktionsinstrumente ihre eigenen technischen Gesetze kennt, nach denen sie sich ohne Beziehung zum allgemeinen gesellschaftlichen Geschehen, zu den Produktionsverhältnissen entwickeln? Sicher nicht! Eine Maschine – geschaffen auf der Grundlage der Gesetze der Technik – ist noch keineswegs ein Produktionsinstrument oder gar eine Produktivkraft. Sie bekommt erst durch ihre Ein-

<sup>8)</sup> *Childe, Gordon*, *Triebkräfte des Geschehens*. Wien 1952, S. 22/23.

beziehung in den gesellschaftlichen Produktionsprozeß – in ihrer Vereinigung mit den anderen Elementen der Produktivkräfte der Gesellschaft – den Charakter einer solchen. Der Einsatz einer Maschine in der Produktion setzt unbedingt das Vorhandensein nicht eines technischen, sondern vor allem eines ökonomischen Bedürfnisses nach dieser Maschine voraus. Das schließt selbstverständlich nicht aus, daß diese oder jene Maschine, dieses oder jenes technische Prinzip erfunden bzw. entdeckt wird, ohne daß ein ausgeprägtes gesellschaftliches Bedürfnis danach schon vorhanden ist. Entweder zeigt sich dann, daß unmittelbar nach der Erfindung das Bedürfnis nach dieser Neuerung auftritt, d. h. daß der betreffende Erfinder die künftige Entwicklung richtig einschätzte oder diese Erfindungen sind dazu verurteilt, in Vergessenheit zu geraten bzw. in keiner Weise weiter entwickelt zu werden. Gordon Childe schreibt dazu sehr treffend: „Für das historische Ereignis ist diese Nutzbarmachung genauso wesentlich wie die Erfindung selbst. Eine Erfindung, die niemand braucht, oder die niemand kennt, ist überhaupt kein historisches Ereignis; wenn das neue Werkzeug oder die Anleitung zu einem neuen Herstellungsprozeß in der Werkstatt oder in der Höhle des Erfinders eingeschlossen bleibt, ist die betreffende Erfindung historisch nicht beachtenswert.“<sup>29)</sup> Und: „Nehmen wir an, ein Schmied der Bronzezeit erfand eine bessere Legierung als die aus Kupfer und Zinn; wenn es ihm nicht gelang, gelehrige Schüler in die Anwendung seiner Erfindung einzuführen, und wenn er keine Kunden fand, die seine Produkte regelmäßig verwendeten, so ging seine Erfindung mit ihm zugrunde. In diesem Fall war sie kein Beitrag zum technologischen Fortschritt, und da der Historiker nur das untersuchen kann und darf, was historisch wirksam wird, war ihr Wert für die Geschichte gleich Null.“<sup>30)</sup>

Welche Beziehungen bestehen also zwischen den Gesetzen, denen die ökonomische Kategorie Produktivkraft unterliegt und den Gesetzen der Technik? Die Gesetze der Technik sind nur auf die Arbeitsmittel und die Arbeitsgegenstände anwendbar und führen dort zu bestimmten Entwicklungen. Sie gelten nicht für das wichtigste Element der Produktivkräfte, für den Menschen. Schon darin zeigt sich ihre Beschränktheit. Aber auch die auf Basis der Kenntnis technischer Gesetze – d. h. der Anwendung der Naturgesetze – geschaffenen Maschinen werden erst in dem Moment zu Produktivkräften, in dem der Mensch sie mit Notwendigkeit in den Produktionsprozeß einbeziehen muß, da ein gesellschaftliches Bedürfnis nach ihnen vorhanden ist. Das heißt, die Gesetze der Produktivkräfte sind umfassender als die Gesetze der Technik, da die Gesetze der Produktivkräfte zwar technische Gesetzmäßigkeiten einschließen, darüber hinaus aber eine Reihe von Gesetzen der gesellschaftlichen Entwicklung umfassen. Die Erfindung der Dampfmaschine setzte nicht nur bestimmte technische Entwicklungen voraus, sie verlangte nicht nur das Vorhandensein eines gesellschaftlichen Bedürfnisses nach dieser Antriebskraft, sondern sie verlangte auch Menschen, deren gesellschaftliche Stellung und geistiges Niveau

<sup>29)</sup> Ebenda, S. 26.

<sup>30)</sup> Ebenda.

sich wesentlich von dem des feudal-gebundenen Leibeigenen unterschied. Es ist kein Zufall, daß die Dampfmaschine zunächst für den Bergbau erfunden und im Bergbau angewandt wurde – denn hier entwickelte sich der freie Lohnarbeiter zuerst – es ist sehr folgerichtig, daß diese Maschine auf dem Boden des bürgerlichen Englands entstand. Das treffendste Beispiel zur Untermauerung der oben dargelegten Ansichten mögen auch die zahlreichen hervorragenden Erfindungen sein, die trotz der rückständigen Verhältnisse im zaristischen Rußland gemacht wurden, die aber oft nicht einmal in den Grenzen Rußlands auch nur bekannt wurden oder gar Anwendung fanden.

Wenn auch dieser Beitrag die Fragen, die mit dem Problem „Triebkräfte der Produktivkräfte“ verbunden sind, nicht erschöpfend behandelt, so zeigt sich dennoch, wie notwendig und nützlich die Diskussion dieser Problematik für uns ist. Eine klare Herausarbeitung der Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung der Produktivkräfte bedeutet eine Bereicherung unserer Kenntnisse über die Entwicklungsgesetze der menschlichen Gesellschaft. Sie erleichtert die Auseinandersetzung mit der imperialistischen Apologetik auf diesem Gebiet und befähigt uns, noch rascher und zielstrebig den Aufbau der sozialistischen Gesellschaftsordnung durchzuführen.

III.

GESCHICHTE DER FABRIKEN UND WERKE

# GESICHT UND HINTERGRUND DER „TRADITION“<sup>1)</sup>

VON DIETER BAUDIS

„Die Tradition ist eine große hemmende Kraft, sie ist die Trägheitskraft in der Geschichte. Aber sie ist bloß passiv und muß deshalb unterliegen.“<sup>2)</sup>

Diese Worte Engels' aus dem Jahre 1892 beziehen sich zwar nicht direkt auf die „Tradition, Zeitschrift für Firmengeschichte und Unternehmerbiographie“, die zu seiner Zeit noch nicht existierte und auch nicht existieren konnte. Sie charakterisieren aber im übertragenen Sinne genau das Hauptanliegen der seit Oktober 1956 erscheinenden westdeutschen Zeitschrift. Die Zeitschrift hat es sich zum Ziel gesetzt, der herrschenden Klasse bei ihren Versuchen, den gesellschaftlichen Fortschritt zu hemmen, ihn aufzuhalten und die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse zu konservieren, aktive Hilfestellung zu leisten. Freilich, daß ihre Versuche zum Scheitern verurteilt sind, daß sie – obwohl nicht passiv, sondern im Gegenteil sehr rührig – auf Grund der objektiven Gesetzmäßigkeit der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft, unterliegen *müssen*, ist den Herausgebern der Zeitschrift und ihren Hintermännern nicht bewußt und kann es nicht sein, da sie eben diese Gesetzmäßigkeit leugnen und nicht anerkennen wollen.

Die „Tradition“ ist eine äußerlich ansprechende Zeitschrift, die wenigstens in dieser Hinsicht den Ansprüchen, die man an eine solche Zeitschrift stellen muß, vollauf genügt. Sowohl der häufig wechselnde Druck als auch die reiche Ausstattung mit Bildmaterial wecken das Interesse des Lesers. Mit der guten formalen Ausgestaltung kommen die Herausgeber der Zeitschrift einer Forderung nach, die sie selbst in ihren Spalten immer wieder erheben, indem sie die Bedeutung der Form für die Wirkung auf die Öffentlichkeit betonen.

1) Vorliegende Arbeit stützt sich auf die Ergebnisse einer Diskussion, die im Arbeitskreis Imperialismus am Institut für Geschichte an der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Abt. Wirtschaftsgeschichte, über Inhalt und Charakter der Zeitschrift „Tradition“ stattgefunden hat.

2) Engels, Friedrich, Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft. Einleitung zur englischen Ausgabe. Berlin 1951, S. 35.

Die Zeitschrift veröffentlicht in ihren wesentlichen Teilen Aufsätze – vor allem zur Unternehmerbiographie und erst in zweiter Linie zur sogenannten Firmengeschichte –, Dokumentationen und Buchbesprechungen, ferner Forschungs-, Archiv- und Auslandsberichte, Diskussionen, Mitteilungen der am 20. Dezember 1957 gegründeten Vereinigung deutscher Werksarchivare sowie Notizen. Sie behauptet von sich, eine historische Zeitschrift zu sein und unterstreicht ihren angeblich unpolitischen Charakter, daß Wissenschaft und Politik unvereinbar wären.

Als verantwortlicher Herausgeber der Zeitschrift zeichnet Professor Wilhelm Treue, ein nicht ganz unbekannter Herr, mit dem wir uns noch näher beschäftigen werden. Als Mitherausgeber fungieren der Leiter der Bibliothek des Deutschen Museums, Dr. Klemm, Staatsarchivdirektor Dr. Prüser aus Bremen, der stellvertretende Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer zu Dortmund, Dr. Mertes, der Leiter der wirtschaftsgeschichtlichen Forschungsstelle e. V. (einer Gründung Hamburger Unternehmer, die „an wirtschaftsgeschichtlichen Fragen interessiert waren“), Dr. Hieke, der Dozent für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Universität Wien, Dr. Hassinger und Dr. Zorn von der Neuen Deutschen Biographie, München. Was einzelne Fakten, Dokumentationen, bibliographische oder andere Mitteilungen informatorischer Art anbetrifft, kann das in der Zeitschrift enthaltene Material für den Historiker in mancher Hinsicht von einem gewissen Wert sein. Damit erschöpft sich aber bereits der Wert der Zeitschrift.

Ihrem Inhalt nach ist die „Tradition“ als ein rein apologetischen Zwecken dienendes Organ des westdeutschen Monopolkapitals zu bezeichnen. Die Herausgeber betrachten es als ihre Aufgabe, das kapitalistische System der Wirtschaft als das den Bedürfnissen der menschlichen Gesellschaft entsprechendste hinzustellen und das objektive Bewegungsgesetz der in Klassen gespaltenen Gesellschaft, den Kampf der Klassen untereinander, zu leugnen, um die werktätigen Massen und besonders die Arbeiterklasse über den ausbeuterischen, anti-humanen Charakter der bürgerlich-kapitalistischen Ordnung zu täuschen und einen Zustand des „sozialen Friedens“ zwischen den sich antagonistisch gegenüberstehenden Klassen herbeizuführen.

Die Versuche des Kapitals, das Proletariat über seine Klassenlage zu täuschen, sind nicht neu und haben bereits eine längere „Tradition“. Aber noch vor dem ersten Weltkrieg wurden – wenigstens in Deutschland – solche Unternehmer, die den ebenfalls „traditionellen“, aber in dieser brutalen Form überlebten Herrn-im-Hause-Standpunkt modifizieren wollten und den Versuch unternahmen, mit Hilfe von Reformen die Ausbeutung weiter zu steigern, durchaus als Außenseiter behandelt. Der erste Weltkrieg mit der sich daran anschließenden Kette von Revolutionen, politischen und ökonomischen Krisen, der allseitigen Verschärfung der Widersprüche und vor allem der Bildung des ersten Arbeiter- und Bauernstaates der Welt brachte auch hierin eine grundlegende Wende. Die wachsende Stärke und Kampfkraft der revolutionären Arbeiterklasse zwangen das internationale Kapital, nach anderen Mitteln der Aufrecht-

erhaltung seiner Herrschaft zu suchen. Sie wurden gefunden – zum Teil mit aktiver Unterstützung der Agenten der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung –, ohne indes den ständigen Niedergang des kapitalistischen Systems im Weltmaßstab aufhalten zu können.

In dem Maße, wie das sozialistische Lager an politischem Ansehen, wirtschaftlicher Macht und territorialer Ausdehnung wuchs, verstärkten sich die fieberhaften Bemühungen der Apologeten des Monopolkapitals zur Rettung seiner Herrschaft. Im hochentwickeltesten imperialistischen Staat, in den USA, erfuhren diese Bestrebungen besonders weite Verbreitung. Die Darstellung der Geschichte der kapitalistischen Unternehmungen gewinnt dabei immer mehr an Bedeutung. Prof. Treue, der in einem einleitenden Artikel der ersten Nummer der Zeitschrift versucht, die Notwendigkeit und Nützlichkeit einer solchen Publikation nachzuweisen, bezieht sich besonders auf die in den USA gemachten Erfahrungen.

Die Firmengeschichte ist in den Vereinigten Staaten bereits zu einer eigenen Disziplin, einem besonderen Zweig der allgemeinen Geschichte geworden. Es bildete sich der Beruf des „Business Historian“ heraus, dessen Aufgabe darin besteht, „die Verbundenheit der Unternehmungen einzelner Firmen mit den Veränderungen in der gesamten Gesellschaft“ zu zeigen, z. B. „indem man die Politik der Firmen in Beziehung setzt zu bestimmten Zügen des amerikanischen Volkes, etwa zur Bereitschaft der Menschen, hart zu arbeiten, um einen höheren Lebensstandard zu gewinnen“. <sup>3)</sup> Treue will offenbar damit andeuten, daß der amerikanische „Volkscharakter“ dem Monopolkapital zu seinen märchenhaften Profiten verholfen habe und entstellt damit die Wirklichkeit in gröbster und dabei nicht einmal besonders intelligenter Weise.

Wir haben keinerlei Veranlassung, den Herausgeber der „Tradition“ für naiv zu halten und betrachten es daher als pure Heuchelei, wenn Treue im Anschluß daran behauptet, daß sich damit ein Wissenschaftszweig entwickelt habe, „der mit Entschiedenheit allen Versuchungen und Verlockungen der Kommerzialisierung, der wirtschaftlichen und politischen Propaganda- und Werbeschriftstellerei zu widerstehen vermochte“ <sup>4)</sup>.

Der Herr Professor ist umsonst bemüht, der amerikanischen Firmen-(hi)story sowie seiner Zeitschrift einen „rein“ wissenschaftlichen Anstrich zu geben. Als typischer Apologet kann er nicht anders: Er muß die Kostenfrage in den Vordergrund rücken. Treue belehrt die noch unwissenden Aktionäre, Unternehmer, Manager, daß beispielsweise ein Werksarchiv seinen Wert hätte und „nicht allein historisch, sondern auch betriebswirtschaftlich und betriebspolitisch“ einen „wichtigen Teil eines Unternehmens“ darstelle. <sup>5)</sup> Man habe inzwischen größtenteils bereits eingesehen, „daß ein Werksarchiv kein ‚Luxus‘ ist und ein Werksarchivar aufs Ganze und auch im wirtschaftlichen Sinne gesehen mit seinem

<sup>3)</sup> „Tradition. Zeitschrift für Firmengeschichte und Unternehmerbiographie“. Nr. 1/1956, S. 1.

<sup>4)</sup> Ebenda, S. 2.

<sup>5)</sup> Ebenda, S. 6.

Archiv mehr ‚verdient‘ als beide zusammen ‚kosten‘.“<sup>6)</sup> Denn „mit vollem Recht“ pflege der in der Wirtschaft Tätige „nach dem wirtschaftlichen Wert und Nutzen einer Sache zu fragen.“<sup>7)</sup> In den USA habe man diese Frage „am energischsten . . . gestellt und beantwortet. . . Und überzeugend hat man dort nachgewiesen, daß die Beschäftigung mit der eigenen Vergangenheit, das Herausstellen der Werks Geschichte, die Pflege der unternehmerischen ‚Tradition‘ auch geschäftlich-werblich im Sinne der public relations bedeutenden Wert hat.“<sup>8)</sup> Es wurde sehr sorgfältig untersucht, „wie es zur Entstehung von Firmengeschichten gekommen ist, wie deren Autoren ausgewählt wurden, welche Zwecke man mit dieser Geschichte angestrebt und welche man erreicht hat, also die Wirkung auf Angestellte, Geschäftsfreunde und Kunden, und schließlich, was sie im Einzelfall gekostet haben“<sup>9)</sup>.

Die Kosten, die von amerikanischen Unternehmungen zur Ausarbeitung aufgewandt wurden, waren zum Teil recht beträchtlich. Sie betrug z. B. bei zwei Arbeiten über 76000 Dollar. Allgemein ließ sich feststellen, daß die Ausgaben für eine populäre Darstellung gewöhnlich ebensogroß oder noch größer waren als für eine „wissenschaftliche“ Arbeit. Nicht nur deshalb, sondern vor allem, weil gerade sie einen entsprechend großen Wirkungskreis hat und den Massen zur Kenntnis gebracht werden kann, plädiert Treue für die wissenschaftliche Darstellung.<sup>10)</sup>

Doch wozu das alles? Wozu die überaus starke Verbreitung der Firmengeschichte in den USA? Wozu jetzt die Zeitschrift „Tradition“ in Westdeutschland?

Wir charakterisierten ihren Zweck bereits und brauchen nicht lange nach Beweisen zu suchen: Treue liefert sie uns aus erster Hand: „Das alles aber, die Belebung des Interesses für Firmengeschichte und Unternehmerbiographie, die Aufdeckung und Bereitstellung von immer neuem dazugehörigem Material, die Zusammenarbeit von Werksleitung, Werksarchivar, Staatsarchivar und wissenschaftlichem Historiker trägt entschieden zur Intensivierung des Geschichtsbewußtseins in weiten Kreisen bei und stärkt das Empfinden für das Verhaftet- und Verwobensein in einer langen Generationenfolge von gemeinsamer Überlieferung bei ‚Arbeitgebern‘ und ‚Arbeitnehmern‘, zeigt deutlich, wie immer wieder die Mehrzahl der ‚Unternehmer‘ von unten her aus den Schichten der Handwerker, Bauern und Arbeiter aufgestiegen, wie Untüchtige und Unglückliche dorthin zurückgesunken sind, wie in der Geschichte keine Rede sein kann von einem naturgegebenen Kampf festgefügt, ein für allemal scharf voneinander geschiedener Klassen.“<sup>11)</sup>

<sup>6)</sup> Ebenda.                      <sup>7)</sup> Ebenda, S. 9.

<sup>8)</sup> Ebenda.                      <sup>9)</sup> Ebenda, S. 10.

<sup>10)</sup> Treue ist der Auffassung, daß allein die wissenschaftliche Arbeit die nötige Beachtung durch Fachzeitschriften, Tagespresse usw. erfährt und dadurch stärker auf das Bewußtsein der Massen einwirkt.

<sup>11)</sup> „Tradition . . .“, Nr. 1/1956, S. 9.

Prof. Treue hält seinen Auftraggebern, was sein Name verspricht. Die Arbeiter sollen mit der in einem falschen, rosigen Lichte dargestellten Vergangenheit ihres Betriebes bekannt gemacht werden, um in ihnen das Gefühl der Verbundenheit mit „ihrem“ Betrieb, seinen Leitern und Eigentümern zu wecken – mit dem Ziel, einen möglichst durch keinerlei Konflikte gestörten Fluß des Profits zu gewährleisten. Das Kapital bezahlt seine Leute nicht um der „Wissenschaft“ willen, sondern erwartet einen ökonomischen Nutzeffekt. Das, was in der faschistischen Ideologie gewissermaßen übersteigert als „Volksgemeinschaft“ bezeichnet wird, erscheint bei Treue wieder als „Verhaftet- und Verwobensein in gemeinsamer Überlieferung“.

Treue tischt seinen Lesern die alte Mär vom Tüchtigen auf, dem die (bürgerlich-kapitalistische) Welt gehört, vom Tellerwäscher, der zum Millionär wird (es sei auch an den Soldaten erinnert, der den Marschallstab im Tornister trägt). Zugegeben, daß in der Periode des Kapitalismus der freien Konkurrenz, besonders während der industriellen Revolution, mancher Handwerker und sogar „Bauer“ – von Arbeitern wollen wir im Interesse des Herrn Professor schweigen – in den Kreis der „Unternehmer“ aufstieg, während die allerdings größere Zahl, offensichtlich nach Treues Terminologie die „Untüchtigen“, in den Prozeß des „Zurücksinkens“ einbezogen wurden, kann in der Periode der Herrschaft des Imperialismus davon keine Rede mehr sein. Eine solche Behauptung verfolgt offensichtlich nur den Zweck, den Massen Sand in die Augen zu streuen und sie in falschen Hoffnungen zu wiegen.

Den bürgerlichen Ideologen ist es hauptsächlich darum zu tun, den Werktätigen den Antagonismus der beiden Hauptklassen der bürgerlichen Gesellschaft nicht bewußt werden zu lassen. Daher leugnen sie sowohl die Existenz von Klassen als auch den daraus resultierenden Kampf der Klassen untereinander, dessen zeitlichen Verlauf wir als Geschichte bezeichnen. So auch Treue, der behauptet, daß es sich in der Geschichte nicht um einen „naturgegebenen Kampf festgefügt, ein für allemal scharf voneinander geschiedener Klassen“ handelt und dabei einen Schlag gegen die marxistisch-leninistische Theorie über die Klassen und den Klassenkampf führen will. Ob bewußt oder nur aus Unkenntnis – Treue verfälscht die Auffassungen des wissenschaftlichen Sozialismus über den Klassenkampf und beweist dabei gleichzeitig seine völlige Unfähigkeit, sie zu widerlegen. Seine „Ideen“ bleiben Ideen, die mit der Wirklichkeit nichts gemein haben und sie – aus politischen Motiven – in einem falschen Lichte darzustellen suchen.<sup>12)</sup>

<sup>12)</sup> Die Kenntnisse *Wilhelm Treues* sind nicht nur auf dem Gebiet der marxistisch-leninistischen Theorie, sondern auch hinsichtlich der Geschichte der Arbeiterbewegung als recht bescheiden anzusprechen; in seinem Buch „Deutsche Geschichte von den Anfängen bis zum Ende des zweiten Weltkrieges“, Stuttgart 1958, behauptet er z. B., die Kommunistische Partei Deutschlands wäre im Oktober 1920 durch Abspaltung von der USPD entstanden (S. 699). Einige Seiten weiter läßt er die KPD, „die seit ihrem ersten

Treue bestreitet selbstredend jeden Zusammenhang seiner Zeitschrift mit der profanen Politik. Die „Tradition“ will eine historische Zeitschrift sein – keine „politische“, schreibt er.<sup>13)</sup> In der DDR würde dagegen die „Wirtschaftsgeschichte als Mittel politischer Kriegsführung“ benutzt und könne daher „keinen Anspruch auf Wissenschaftlichkeit im eigentlichen Sinne“ erheben.<sup>14)</sup> Die angefertigten Arbeiten „mögen im einzelnen korrekt sein und wissenschaftlich beachtenswerte Tatsachen vermitteln“, seien aber „nach ihrer Grundkonzeption politisch gefärbt und verfälscht“.<sup>15)</sup> Seine Absicht, sich in einem späteren Heft „mit diesem Schrifttum“ auseinanderzusetzen, ist bis heute, zweieinhalb Jahre nach Erscheinen des ersten Heftes, allerdings nicht verwirklicht worden. Die Historiker der DDR schreiben tatsächlich bewußt die von Herrn Treue so verpönte „politische“ Geschichte. Ihre ganze Arbeit ist darauf gerichtet, die Geschichte zu erforschen, um aus ihr zu lernen und die aus ihrem Verlauf zu ziehenden Erkenntnisse und Lehren den werktätigen Massen zu vermitteln. Sie ergreifen bewußt Partei und unterscheiden sich in ihrer Parteilichkeit von einer bestimmten Gruppe westdeutscher Historiker, die das Rad der Geschichte aufhalten möchte, dabei aber unvermeidlich unter dieses Rad geraten muß, „nur“ darin, daß sie Partei für den gesellschaftlichen Fortschritt ergreifen.

Treue, der sich voller Entrüstung gegen die „Politisierung“ der Wissenschaft wendet, beweist uns im gleichen Artikel schlagend, wie gut er selbst Partei zu ergreifen und die Interessen der herrschenden Klasse zu vertreten versteht. Er schreibt: „Der Historiker gräbt bei sorgfältiger Arbeit vieles aus, was der in der Gegenwart und für die Zukunft lebende Direktor nicht weiß, nicht wissen kann. Er findet wertvolles Material zur Arbeitszeitverkürzung, zur Sozialversicherung, zum Mitspracherecht, zur kulturellen Bedeutung des Unternehmertums in der bürgerlichen Gesellschaft im lokalen und territorialen Bereich, zum Verhältnis von Wirtschaft und Politik und zu vielen anderen Fragen...“<sup>16)</sup> Allerdings müßten dazu die Betriebe den Historikern ihre Archive

Tage von Moskau aus gesteuert wurde“, am 30. 12. 1918 entstehen (S. 706). Die Kommunisten sind für ihn Störenfriede, und sämtliche revolutionären Kämpfe der deutschen Arbeiterklasse im Frühjahr 1919 bezeichnet Treue großzügig als „kommunistische Unruhen“ (S. 707). Daß Treue in der Einschätzung der Kommunisten mit der Ideologie des Faschismus übereinstimmt, ist kein Zufall. 1942, als der Zweite Weltkrieg bereits voll entfesselt war, hatte Treue die Stirn zu behaupten: „Erst als in neuester Zeit der Nationalismus zu einem Nebeneinander, statt jenes Gegeneinanders der Nationen entwickelt wurde, erst als der Nationalismus als ein Mittel der Befriedung der Völker und der Welt erkannt wurde, erst danach konnte auch der Sozialismus dem nationalen Gedanken eingefügt werden.“ (*Treue, Wilhelm*, Kleine Kulturgeschichte des deutschen Alltags. Potsdam 1942, S. 286).

<sup>13)</sup> „Tradition“, a. a. O., S. 12.

<sup>14)</sup> Ebenda, S. 9.

<sup>15)</sup> Ebenda. <sup>16)</sup> Ebenda, S. 12.

öffnen. Lobend erwähnt Treue das von ihm für außerordentlich nützlich gehaltene Buch von Wünschuh<sup>17)</sup>, in dem Themen wie, „Ist eine Erziehung zum Unternehmer möglich?“, „Miteigentum – ein neues Schlagwort?“, „Das Glück, einen echten Unternehmer zu haben“ usw. behandelt werden. Es wäre naiv, anzunehmen, daß Treue etwa den Kampf der Unterdrückten und Ausgebeuteten um die Verkürzung der Arbeitszeit, um die Mitbestimmung usw. erforschen und darstellen will. Treue hat klipp und klar die Absicht, solche Erzungenschaften und Rechte der Arbeiterklasse als bleibende Leistungen des „Unternehmertums“ zu popularisieren, als „Beweise“ für ihr „soziales Empfinden“ zu mißbrauchen.<sup>18)</sup> Die in der „Tradition“ vertretene Geschichtsauffassung läßt keinerlei Zweifel daran.

Treue und seine Mitarbeiter stehen eindeutig auf dem Boden der idealistischen Geschichtsauffassung. Die Geschichte reduziert sich für sie auf die Taten großer Männer, handelnder Persönlichkeiten, die der herrschenden Klasse angehören. Die große revolutionäre, geschichtsbildende Kraft der Volksmassen, ihre aktive schöpferische Rolle bei der Umwandlung der gesellschaftlichen Verhältnisse, werden negiert.<sup>19)</sup> Im Mittelpunkt ihrer Betrachtungen steht stets die Per-

<sup>17)</sup> *Wünschuh, Josef*, Das neue Unternehmerbild. Grundzüge einer Unternehmerpolitik. 2. Aufl., 1955.

<sup>18)</sup> Wenn es noch eines Beweises bedürfte, auf wessen Seite Treue ganz eindeutig steht, so liefert er ihn in Nr. 3/1958, S. 136/137, wo er folgendermaßen gegen die vorgesehene Sozialisierung der Ilseder Hütte polemisiert: „Das hätte nicht allein das privatwirtschaftliche Ende eines aus privater Initiative erwachsenen und durch private Leistung entwickelten großen Unternehmens durch den Zwang einer parteipolitischen Gesetzgebung bedeutet, sondern auch eine sehr weitgehende Expropriierung und äußerst schlechte Behandlung (!) der Aktionäre, von denen sehr viele die Aktien schon seit Jahrzehnten in Familienbesitz hatten.“

<sup>19)</sup> In der erwähnten „Deutschen Geschichte“ von Treue, einer Sammlung von Geschichtsfälschungen, kommt diese Auffassung von der Geschichte besonders deutlich zum Ausdruck. Treue bezeichnet mit Hitler die faschistische Macht ergreifung als „eine ‚nationale Erhebung‘ in der Form eines ‚Umbruchs‘“ (S. 728), an anderer Stelle als „Revolution“ (S. 731, 735, 736). Er zitiert Mau-Krausnick: „Selten hat eine Revolution ein Volk bereitwilliger hinter ihre Fahnen treten sehen“ (S. 733). Für Treue befand sich die Macht während der Zeit des Faschismus in Händen eines Mannes, Hitlers. Auf S. 729 schreibt er, daß es Hitler gelang, „eigenmächtig innerhalb kürzester Zeit . . . die Alleinherrschaft der Partei, d. h. seiner Person zu sichern“. Vier Seiten der 26 Seiten des Kapitels „Das Dritte Reich“ widmet er der Ermordung des SA-Stabschefs Röhm, die er als Abschluß der nationalsozialistischen Revolution bezeichnet (S. 738). Vom Widerstand des deutschen Volkes gegen die faschistische Gewaltherrschaft ist nicht ein einziges Mal die Rede, wohl aber des öfteren von seiner Zustimmung. Schließlich fehlt auch nicht die Lüge, daß Stalin „Hitlers Krieg erst möglich“ machte (S. 756/757). Solche Behauptungen finden ihre Erklärung zum Teil darin, daß Treue während

sönlichkeit des Unternehmers. Diese Linie zieht sich durch alle bisher erschienenen Nummern der Zeitschrift wie ein roter Faden. Das Gewicht der Unternehmerbiographie tritt in ihnen überaus stark in Erscheinung, während die eigentliche Firmengeschichte jeweils nur ganz unvollkommen am Rande mitbehandelt wird. Das hängt natürlich mit der Konzeption der Verfasser zusammen, welche die Geschichte, die Entwicklung eines Betriebes primär und völlig einseitig vom Standpunkt dieser oder jener Handlungen des „Unternehmers“ abhängig machen. Die eigentlichen Produzenten der materiellen Güter, diejenigen, auf deren Arbeitskraft, Können und Geschicklichkeit die Blüte der Unternehmen und auf deren Ausbeutung der Reichtum der herrschenden Klassen beruhen, erscheinen entweder überhaupt nicht oder nur, um zu der Feststellung zu gelangen, daß die Arbeiter dem Unternehmer in größter Anhänglichkeit untertan waren.<sup>20)</sup>

des Tausendjährigen Reiches zu den aktiven Förderern des barbarischen Nazi-Regimes gehörte und die Aggressionspolitik des deutschen Imperialismus unterstützte. In einer während des zweiten Weltkrieges erschienenen Schrift (Wer war der ewige Angreifer, Deutschland oder Frankreich?, Berlin 1940) versuchte er z. B., den faschistischen Überfall auf Frankreich mit pseudowissenschaftlichen Mitteln zu rechtfertigen. Treue verherrlichte Hitler, dem es angeblich „gelingen war, das deutsche Volk durch seine Persönlichkeit und durch die ungeheure Klugheit seiner Staatspolitik zu einigen und damit zu dem mächtigsten Faktor der europäischen Politik zu machen“ (ebenda, S. 82). Hitler habe das deutsche Volk, nachdem er es „mit neuem Selbstbewußtsein erfüllt hatte, von der Schmach der französischen Verträge befreit“ (ebenda, S. 84). Die letzten Sätze dieses Machwerks lauten: „Daß dieses Ende (Frankreichs – D. B.) verknüpft ist mit dem strahlenden Glanz und Ruhm des Großdeutschen Reiches, erhöht für uns Deutsche den Stolz auf diesen Sieg Adolf Hitlers und belegt erneut das Wort: ‚Männer machen die Geschichte‘. Indem der Führer den mehr als tausendjährigen französischen Haß gegen Deutschland unschädlich machte, hat er in einem Umfange ohnegleichen Weltgeschichte gemacht.“ (Ebenda, S. 84). Klarer und entlarvender als mit seinen eigenen Ausführungen läßt sich die menschenverachtende idealistische Geschichtsauffassung und die mindestens intellektuelle Mitverantwortung Treues an der Katastrophe, in welche die herrschende Klasse das deutsche Volk gestürzt hatte, wohl kaum darstellen.

<sup>20)</sup> Die „sozialen“ Leistungen der Unternehmer spielen in der „Tradition“ eine wesentliche Rolle. Diese Seite findet sich besonders in den Artikeln über Carl Mez (Nr. 1/1956, Nr. 1/1957), über Meister, Lucius und Brüning (Nr. 2/1958) und Plantin (ebenda). H. Th. Schmidt bescheinigt den Ruhrgrößindustriellen, daß ihre Sorge auf „die Entwicklung ihrer Betriebe und zugleich auf die ordnungsmäßige und menschenwürdige Unterbringung ihrer ständig wachsenden Belegschaft“ gerichtet war (Nr. 3/1957, S. 266) und Wilhelm Treue stützt sich auf den sozialdemokratischen „Vorwärts“ vom 13. August 1919 und stimmt natürlich völlig mit ihm überein, der behauptete, daß die Verwaltung der Ilseder Hütte „soziales Verständnis zeigte und für das Wohl ihrer Arbeiterschaft viel getan hat.“ (Nr. 3/1958, S. 138).

Es ist auch kein Zufall, sondern Symptom für die Ziele der Zeitschrift, wenn sie in ihren ersten beiden Nummern einen Artikel über den badischen Fabrikanten Carl Mez (1808–1877), einen religiösen Eiferer und Phantasten, bringt. Mez ist deshalb für die modernen Apologeten so interessant, weil er zu den ersten Vertretern der deutschen Bourgeoisie gehört, die durch Einführung des sogenannten „Miteigentums“ und einer vorgetäuschten Mitbestimmung bestrebt waren, die Arbeiter fester an das Kapital zu binden. Mez war freilich ein Weltverbesserer, doch hielt er sich stets im Rahmen des kapitalistischen Systems, und dem Historiker kann es nicht auf die subjektiven Wünsche und Vorstellungen, sondern muß es in erster Linie auf die objektiven Wirkungen ankommen. Mez' Versuche scheiterten, aber, will man Wolfram Fischer Glauben schenken, nicht etwa deshalb, weil der objektiv vorhandene Klassenantagonismus sich nicht überbrücken läßt, sondern weil es „an einer verantwortlichen Führungsschicht unter den Angestellten und Arbeitern fehlte, die die Aufgabe des Unternehmers hätte übernehmen können“. Und weiter: „So ist diese Erfahrung zugleich ein Beweis, daß die ältere Unternehmergeneration des 19. Jahrhunderts mit ihrem Herrn-im-Hause-Standpunkt so unrecht nicht hatte. Die Arbeiter, die zum größten Teil aus der ländlichen Sozialform des ‚Hauses‘ kamen, in dem der Herr den Ton angab und die Verantwortung trug, wollten geführt und geleitet werden und sich das eigene Denken ersparen. Nicht von ungefähr wetterten ja Marx und Engels im gleichen Atemzug wie gegen die Herrschaft des Unternehmers auch gegen die Unterwürfigkeit und Bedürfnislosigkeit des Arbeiters. Sozialisten *und* Kapitalisten mußte daran gelegen sein, den Arbeiter aus seiner Unmündigkeit herauszuführen.“<sup>21)</sup> Unter Mißbrauch der wirklichen Auffassungen von Marx und Engels zu dieser Frage verbindet der Verfasser eine zynische, menschenverachtende Rechtfertigung der brutalen Lohnsklaverei des 19. Jahrhunderts mit der lächerlichen Behauptung, die „Unternehmer“ wollten dem Proletariat zur Freiheit verhelfen. Damals scheiterten die Versuche, so behauptet Fischer, an der Unreife des Arbeiters, während sich Miteigentum und Mitbestimmung heute dank der ständigen Bemühungen des Kapitals angeblich durchsetzen konnten. Davon, daß es sich hierbei einerseits um Ergebnisse des Kampfes des Proletariats gegen die Ausbeutung und Klassenherrschaft, andererseits um Mittel zur Aufrechterhaltung dieser Herrschaft handelt, ist nicht im geringsten die Rede.

Aber Mez wird noch in anderer Hinsicht den Interessen der heute herrschenden Kräfte dienstbar gemacht. Als Abgeordneter der Frankfurter Nationalversammlung schrieb er 1848: „Ich hoffe, wir werden Freiheit und Einheit nebeneinander stellen können; wäre dem unglücklicherweise nicht so, dann stünde mir die Freiheit höher als die Einheit.“<sup>22)</sup> Wolfram Fischer behauptet, daß diese „bedeutungsvollen Worte . . . ein Jahrhundert später von neuem eine beklemmende Aktualität bekommen“ hätten.<sup>23)</sup> Die auf die Aufrechterhaltung

<sup>21)</sup> „Tradition“, Nr. 1/1957, S. 137.

<sup>22)</sup> Ebenda, S. 140.      <sup>23)</sup> Ebenda.

der Spaltung Deutschlands gerichtete Politik der CDU und ihrer Hintermänner, die provokatorische Politik der atomaren Aufrüstung unter dem Deckmantel der „Freiheit“, findet damit ihre pseudowissenschaftliche Rechtfertigung. Die völlige Ausklammerung des Faktors Arbeitskraft und ihres Trägers aus der Geschichte der Betriebe charakterisiert bereits zur Genüge den unwissenschaftlichen Charakter der in der Zeitschrift erschienenen Abhandlungen. Die Einzelpersonlichkeit wird in einer Weise dargestellt, die ihrer wirklichen historischen Rolle und Bedeutung widerspricht. Die objektive Gesetzmäßigkeit der gesellschaftlichen Entwicklung verschwindet vollkommen hinter dem Handeln der Individuen, welche die Geschichte buchstäblich „machen“. Der „Unternehmer“ wird dem Leser als eine Persönlichkeit geschildert, die aus der anonymen, inaktiven Masse durch Fleiß, besondere Begabung, Willensstärke, Mut, Tatkraft, Umsicht, nicht zuletzt Sparsamkeit, hervorrangt und durch eben diese subjektiven Eigenschaften berufen ist, im Interesse einer sogenannten „Allgemeinheit“ führende Positionen in der Wirtschaft einzunehmen.<sup>24)</sup>

Hand in Hand mit der Hervorhebung der Rolle der Einzelpersonlichkeit geht der Versuch, sich zwecks Verschleierung des Ausbeutungscharakters der kapitalistischen Produktionsweise bestimmter Begriffe zu bedienen, denen eine moralische Wertung zukommt. Die Klassen werden durch einen Federstrich beseitigt und die Gesellschaft in die Kategorien der „Tüchtigen“ und „Fleißigen“ und der „Faulenzer“ eingeteilt (die sich allerdings dann wieder in der berüchtigten „Volksgemeinschaft“ zusammenfinden). Exakte wissenschaftliche Begriffe existieren nicht oder werden nur mit größter Vorsicht gebraucht. Mehrwert und Profit entspringen z. B. nicht der Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft, sondern sind das Ergebnis der „Sparsamkeit“ der „Unternehmer“.<sup>25)</sup> Sparsamkeit ist überhaupt ein beliebter Terminus dieser Herren und bedeutet, in ein verständliches Deutsch übersetzt, nichts anderes als verschärfte Ausbeutung bis an die Grenze des Möglichen.

Auch die ständige Verwendung des Begriffs „Unternehmer“ dient dem genannten Zweck. Mit Hilfe des wenig aussagenden und vieldeutigen Begriffs des „Unternehmers“, der bei den bürgerlichen Ideologen jede auf Gewinn gerichtete Tätigkeit wirtschaftlicher Art überhaupt umfaßt, läßt sich der wissen-

<sup>24)</sup> In einer Vorbemerkung zu einem veröffentlichten Brief des Ruhrgrößtindustriellen August Thyssen an die „Mühlheimer Zeitung“ vom 3. März 1922 wird der Leser mit Thyssen folgendermaßen bekannt gemacht: „Fleiß und Sparsamkeit, Beharrlichkeit, Weitblick und nüchternen Verstand verband er in ungewöhnlichem Maße mit Kühnheit des Denkens und Willensstärke“. (Nr. 3/1958, S. 141). Thyssen, besaß „ein feines Gespür“ für die Mittel und Wege, um zu Macht und Reichtum zu gelangen. Typisch auch die Schreibweise des Monopolisten Thyssen selbst: „Ich gründete die Firma Thyssen u. Co. . . . und baute das Werk.“ (Ebenda, S. 146).

<sup>25)</sup> Thyssen antwortet auf die Frage nach den Gründen für den raschen Aufstieg des Unternehmens: „Durch äußerste Sparsamkeit im Betriebe sowohl als auch im Einkauf und Verkauf . . .“ (Nr. 3/1958, S. 146).

schaftlich fundierte, aber im Zeitalter des Wachstums des Sozialismus leicht anrühige Terminus „Kapitalist“ ganz ausgezeichnet umschreiben. Dabei benutzen die Apologeten die sich mit der allgemeinen Verbreitung der kapitalistischen Aktiengesellschaften entwickelnde Trennung zwischen Kapitaleigentum und Kapitalfunktion, um die eigentlichen Drahtzieher, die Herren über Staat und Wirtschaft, in dem Meer der sogenannten „Unternehmer“ verschwinden zu lassen. Der Klasseninhalt des Begriffs „Kapitalist“, der untrennbar mit Aufstieg, Blüte und Niedergang der kapitalistischen Produktionsweise verbunden ist, soll mit Hilfe solcher verschwommener Formulierungen verwischt werden. Die bürgerliche Gesellschaft, die sich jetzt lediglich voll entfaltet habe, wird als in der Keimform schon in der Urgesellschaft vorhanden betrachtet. So behauptet Wolfgang Treue, sich auf Hermann Kellenbenz beziehend, daß „die Annahmen irrig waren, daß *der* Unternehmer einem ganz bestimmten gesellschaftlichen Stand entstamme und daß nur in den jüngst vergangenen zwei oder drei Jahrhunderten Bedarf und Raum für seine Funktionen gewesen wäre. Im Gegenteil . . . darf der Unternehmer nicht nur in jenen Epochen untersucht werden, in denen er als besondere soziale Erscheinung vorhanden war, sondern sein Name und seine Aufgabe lassen sich in Verbindung bringen mit bestimmten Funktionen und Persönlichkeiten jeder Epoche.“<sup>26)</sup> Das Phänomen „Unternehmer“ überdauert also die Zeiten. Dieser Standpunkt kommt besonders kraß bei Redlich zum Ausdruck, der in seiner Abhandlung „Der deutsche fürstliche Unternehmer, eine typische Erscheinung des 16. Jahrhunderts“ als einen Unternehmer „jedermann“ bezeichnet, „der allein oder gemeinsam mit anderen die lebenswichtigen strategischen Entscheidungen für eine Unternehmung trifft“.<sup>27)</sup> Bei Zorn endlich ist „der Begriff ‚Unternehmer‘ nicht im älteren Sinne auf die kapitalmäßigen Risikoträger beschränkt, sondern auf die Risikogestalter bis zu schöpferischen Abteilungsleitern von großen Unternehmen hin ausgedehnt“.<sup>28)</sup>

Diese allen historisch-ökonomischen Klassifikationsmerkmalen hohnsprechenden Definitionen führen dann schließlich dazu, daß sowohl August Thyssen und die Familie Siemens als auch Graf Albrecht von Mansfeld und Iwan IV., der Schreckliche, zu „Unternehmern“ abgestempelt werden. Solche Artikel wie der von Redlich sollen dabei noch dazu dienen, der Zeitschrift den Anstrich der Wissenschaftlichkeit zu geben.

Eine besondere Rolle spielt auch die in den Spalten der Zeitschrift erscheinende bewußte Trennung zwischen Ökonomie und Politik. Nicht ohne Grund tritt gerade heute, da das Monopolkapital sich den Staat immer stärker unterordnet, das Bestreben der reaktionären bürgerlichen Geschichtsschreibung stärker denn je in Erscheinung, diesen Zusammenhang zu leugnen. Wilhelm Treue versucht beispielsweise in seinem Aufsatz „Die Ilseder Hütte und der Staat in den Jahren 1916–1919“ die während des ersten Weltkrieges zwischen dem

<sup>26)</sup> „Tradition“, Nr. 1/1958, S. 33.

<sup>27)</sup> Ebenda, S. 18.

<sup>28)</sup> „Tradition“, Nr. 2/1957, S. 162.

Staat und einzelnen Kapitalgruppen zweifellos vorhandenen (nichtantagonistischen) Widersprüche zu benutzen, um den Klassencharakter des Staates zu leugnen und den Staatsapparat als eine über den Klassen stehende Einrichtung darzustellen. In diesem Artikel werden die Klasseninteressen des Monopolkapitals pauschal mit den Interessen einer imaginären „Allgemeinheit“ gleichgesetzt.

Sofern sich die Zeitschrift der neuesten Geschichte nähert, was allerdings selten genug der Fall ist, läßt sich das Problem der Beziehung zwischen Ökonomie und Politik, zwischen Staat und Wirtschaft trotz größter Anstrengung nicht mehr umgehen. Aber die jeweilige Lösung des Problems läßt klar erkennen, daß es den Herausgebern der Zeitschrift darauf ankommt, das deutsche Monopolkapital zu rehabilitieren. So behauptet Wilhelm Wisskirchen in seinem Beitrag „Burckhardt & Co., Privatbankiers im Herzen des Ruhrgebiets“ zum Verhältnis Staat – Wirtschaft in der Zeit des Faschismus: „Die Führung der Wirtschaft ging allein von der staatlichen Gewalt aus. Zwar war der Privatunternehmer noch geduldet, doch sollte er Werkzeug für die Zwecke des Staates sein, seine Arbeit sich – und auch das nicht unbeschränkt – auf die technische Führung des Betriebes konzentrieren.“<sup>29)</sup> Die Schuldigen versuchen, sich den Schmutz von der Weste zu waschen.

In ihrer Nummer 4/1958 beschäftigt sich die Zeitschrift vorwiegend aus der Sicht einiger unmittelbar Betroffener mit dem Vorgehen der faschistischen Machthaber nicht etwa gegen den jüdischen Teil des deutschen Volkes, sondern gegen einzelne jüdische Unternehmer. Treue wirft in einer Vorbemerkung dazu die Frage auf, „ob derartige Darstellungen heute *schon* und ob sie heute *noch* geschrieben werden können“.<sup>30)</sup> Unter „schon“ will er offenbar die seiner Meinung nach schlechte Quellenlage sowie den ungenügenden Abstand zu den geschilderten Ereignissen, der ihre wissenschaftlich vorurteilsfreie Einschätzung angeblich noch nicht gestatte, verstanden wissen. Das „noch“ dagegen fügt sich würdig ein in die NATO-Konzeption der westdeutschen Geschichtsschreibung, die heute schon gar kein Interesse mehr daran hat, dieses blutige Kapitel der offenen terroristischen Diktatur der reaktionärsten Teile des deutschen Finanzkapitals revue passieren zu lassen.<sup>31)</sup> Eine andere Frage ist für Treue, „ob es wirklich ‚den‘ Typ des jüdischen Unternehmers in Deutschland gegeben hat, den man nichtjüdischen Typen gegenüberstellen kann, oder ob eine ganz andere Typisierung vorgenommen werden muß.“<sup>32)</sup>

<sup>29)</sup> „Tradition“, Nr. 3/1957, S. 239.

<sup>30)</sup> „Tradition“, Nr. 4/1958, S. 195.

<sup>31)</sup> U. a. wird auf eine Darstellung des Geschehens in den Konzentrationslagern vollkommen verzichtet. Otte Bernheimer schreibt z. B. über seinen Aufenthalt in Dachau: „Was ich dort im Lager gesehen habe und erleben mußte, ist bereits in vielen Büchern veröffentlicht worden, so daß es sich erübrigt, es neuerdings zu beschreiben.“ („Tradition“, a. a. O., S. 213).

<sup>32)</sup> „Tradition“, Nr. 4/1958, S. 195.

Sowohl Treue als auch die übrigen Verfasser gehen vollkommen am Kern der Sache vorbei. Ob bewußt oder unbewußt: sie verschleiern den Klassencharakter des Staates als eines Machtinstruments der herrschenden Klasse und bemühen sich, den faschistischen Staat als eine von seiner ökonomischen Grundlage losgelöste Erscheinung hinzustellen. Daß der faschistische Staat die Interessen des imperialistischen Teils der deutschen Bourgeoisie vertrat und die Judenpogrome ein Bestandteil des Programms des deutschen Imperialismus zunächst zur „Neuordnung Europas“, dann zur Eroberung der Weltherrschaft waren, wird verschwiegen. So bleiben die Beiträge auf den äußerlichen Ablauf der Ereignisse beschränkt und wirken nicht klärend, sondern verwirrend auf den Leser, da auf die Frage nach den wirklichen Ursachen der Pogrome keine Antwort gegeben wird.

Es muß auch bemerkt werden, daß die Opfer der Ausschreitungen und der sich anschließenden Massenvernichtung von Juden nicht in erster Linie die in der „Tradition“ zu Worte gekommenen begüterten Schichten, sondern die Menschen aus dem Volke waren, die sowohl ihres Eigentums als auch ihres Lebens verlustig gingen, während es jenen meist gelang, bedeutende Teile ihres Kapitals zu retten oder durch Auslandsanlagen oder persönliche Beziehungen sich bald eine neue gesicherte Existenz zu schaffen.<sup>33)</sup> Letztlich dienen also auch diese Artikel keineswegs der Besinnung auf eines der traurigsten Kapitel deutscher Geschichte, sondern der Verwischung der Klassenunterschiede und der Entlastung der wahren Schuldigen.

Bedeutet der Inhalt der „Tradition“ einerseits einen Angriff des Monopolkapitals auf das proletarische Klassenbewußtsein mit dem Ziel, den Einfluß der bürgerlichen Ideologie auf die Massen zu verstärken, so ist ihre Existenz andererseits auch das Ergebnis einer Abwehrreaktion der in Westdeutschland herrschenden Kräfte auf die Auswertung der Archive der ehemals kapitalistischen Betriebe in der DDR, die das wahre Wesen der kapitalistischen Produktionsweise, das maßlose, vor keinem Verbrechen zurückschreckende Streben nach Profit rücksichtslos entschleiert. In der Zeitschrift wird darauf hingewiesen, daß die Betriebsarchive in der DDR stärker ausgebaut sind als in Westdeutschland<sup>34)</sup>, daß „die bundesdeutsche Wirtschaft große Mühe haben wird“, diesen Vorsprung einzuholen<sup>35)</sup> und die Eingliederung des Archivs in die Organisation des Betriebes „als vorbildlich gelten“ könne.<sup>36)</sup> Es kommt den Herausgebern also auch darauf an, der Auswertung der Archive in der DDR etwas „Gleichwertiges“ entgegenzustellen.

<sup>33)</sup> Wisskirchen schreibt z. B.: „Nach fast einhundertjähriger Tätigkeit der Familie Hirschland im Rhein-Ruhr-Gebiet und in der Heimatstadt Essen, wo sie über das Bankgeschäftliche hinaus oft bei charitativen und kulturellen Einrichtungen Anerkennenswertes geleistet hatte, ging sie unter dem Druck der damaligen Verhältnisse ins Ausland, doch nicht ohne eine von freundschaftlichem Geiste getragene Regelung mit der Nachfolgefirma getroffen zu haben.“ (Nr. 3/1957, S. 236).

<sup>34)</sup> „Tradition“, Nr. 3/1958, S. 180.

<sup>35)</sup> Ebenda, S. 181.

<sup>36)</sup> Ebenda.

Es wäre falsch, die Zeitschrift hinsichtlich ihrer Bedeutung zu überschätzen. Praktisch steckt sie noch in den Kinderschuhen und hat noch keinen wesentlichen Einfluß auf die Bewußtseinsbildung der Massen ausüben können. Die „Tradition“ hat auch gar nicht die Absicht, direkt auf die Massen einzuwirken, sondern übt eine mittelbare Wirkung auf dem Wege über verschiedene Zwischenstufen aus. Sie spielt eine gewissermaßen anleitende Rolle, indem sie die Notwendigkeit der Auswertung der Werkarchive hervorzuheben und Archivare wie Historiker für eine stärkere Ausstrahlung „im Sinne der public relations“ zu gewinnen sucht. Als Hemmnis erweist sich dabei die bisher noch mangelnde Bereitschaft des Kapitals, den Historikern die Archive zu öffnen. Die Geschichte der Betriebe vom Standpunkt der herrschenden Klasse aus betrachtet und die Biographien hervorragender Kapitalisten sind schließlich auch Faktoren, die vom westdeutschen Monopolkapital, was den erwarteten Erfolg anbetrifft, bisher nicht allzu hoch eingeschätzt werden. Die bisher angewandten Methoden erwiesen sich zum Betrug der Massen als genügend wirkungsvoll. Andererseits müssen wir uns darüber im klaren sein, daß die herrschende Klasse in Westdeutschland im Zuge der zweifellos in den nächsten Jahren weiter fortschreitenden Verschärfung der Widersprüche die Erforschung der Geschichte der Betriebe und der Biographie der „Unternehmer“ unter den genannten Aspekten sowohl quantitativ als auch qualitativ enorm forcieren wird. Es ist deshalb notwendig, die Entwicklung der Zeitschrift weiter zu verfolgen, den Grad der Realisierung ihrer Absichten festzustellen und sich mit den von ihr vertretenen Auffassungen stets und ständig offensiv auseinanderzusetzen.

# ÜBER FORMEN DER ZUSAMMENARBEIT DES ARBEITSKREISES BERGBAU MIT VETERANEN DER BERGARBEITERBEWEGUNG

VON EBERHARD WÄCHTLER UND WILLY BARTL

Seit geraumer Zeit spielt für die Weiterentwicklung der Geschichtswissenschaft in unserer Republik auch die Diskussion um neue, den sozialistischen Bedingungen entsprechende Arbeits- und Forschungsmethoden der Historiker eine große Rolle. Diese Diskussion ist nötig und sehr zu begrüßen. Der Aufbau des Sozialismus läßt sich auf keinem Sektor des gesellschaftlichen Lebens mit althergebrachten Arbeitsgewohnheiten verwirklichen. Neu muß neben Ziel und Inhalt zugleich die Form und die Methode der Arbeit sein.

Unsere Aufgabe ist es, mit der Ausarbeitung und Verbreitung eines wahrhaft wissenschaftlichen Geschichtsbildes den Kampf der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten zu unterstützen. Eine entscheidende Bedeutung gewinnt dabei die Darstellung der Geschichte der Lage und des Kampfes der Arbeiterklasse selbst. Es ist in Deutschland in den Jahrzehnten vor 1945 wahrhaftig von seiten der reaktionären Geschichtsschreibung nichts unversucht gelassen worden, die historische, schöpferische Kraft und Rolle des Proletariats zu verleugnen oder in den Schmutz zu zerren. In den Westzonen Deutschlands setzen die gleichen Kräfte bzw. die in ihre Fußtapfen tretenden jüngeren Historiker diese schmutzige und für unser Volk in der Vergangenheit so verhängnisvollen gewesene „Tradition“ – sprich Geschichtsfälschung – fort.

Eine ganz andere Entwicklung nahm dagegen die Geschichtswissenschaft in der Deutschen Demokratischen Republik. Aufbauend auf den revolutionären und eben deshalb zutiefst wissenschaftlichen Werken von Marx, Engels und Lenin, den Arbeiten von Rosa Luxemburg, Franz Mehring u. a. sowie den positiven Traditionen der fortschrittlichen bürgerlichen Geschichtsschreibung, wuchs eine Generation von Historikern heran, die von Gefühlen des Chauvinismus und der Rassendiskriminierung frei ist. Unter Führung der SED zerbrachen diese fortschrittlichen Kräfte die Bastionen der Reaktionäre. Der Kampf der Arbeiterklasse schuf für uns heute freie wissenschaftliche Arbeitsmöglichkeiten, wie sie in Deutschland ein Historiker noch nie besessen hat. Franz Mehring versagte das deutsche Kaiserreich den Zutritt zu den Archiven. Heute aber steht den Geschichtswissenschaftlern in unserer Republik das

Archivgut zur Verfügung, selbst die Geheimtresore der ehemals kapitalistischen Betriebe sind zugänglich.

In der Erschließung der bis 1945 nicht zu benutzenden Archivbestände und ähnlichem erschöpft sich jedoch nicht das Neue der Situation der Geschichtswissenschaft in unserer Republik. Es besteht vielmehr darin, daß die Arbeiterklasse uns ständig ihre Mithilfe bei der Geschichtsforschung und -lehre anbietet. Zwischen den Werktätigen und den Historikern unserer Akademien und Hochschulen besteht heute kein antagonistischer Gegensatz mehr. Beide erfüllen entsprechend ihrer verschiedenen Tätigkeit Teile des großen Ganzen, Arbeiten für den Aufbau des Sozialismus.

Niemand ist mehr an einer richtigen Darstellung der Geschichte des proletarischen Kampfes interessiert als die Arbeiter selbst. Den Wissenschaftlern unserer Republik ist es deshalb vornehmste Pflicht und Recht zugleich, im Auftrage der Arbeiterklasse forschen und lehren zu dürfen, die Hilfe der Arbeiterklasse in Anspruch zu nehmen und ihr wiederum so am besten zu dienen.

Von diesem und anderen ähnlichen Gedanken beeinflußt, faßte im Frühjahr 1958 der Arbeitskreis Bergbau der Abteilung Wirtschaftsgeschichte des Instituts für Geschichte bei der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin in Zusammenarbeit mit dem Zentralvorstand der Industriegewerkschaft Bergbau des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes mehrere Beschlüsse, die die schon bestehenden Kontakte zwischen dem Arbeitskreis und den Bergleuten vertiefen und systematisieren sollen.

Die Forschungsarbeit unseres Arbeitskreises konzentriert sich zu einem beachtlichen Teil auf historische und wirtschaftsgeschichtliche Themen der Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Verschiedene Monographien sind zur Zeit im Entstehen und sollen gleichzeitig auch Vorbereitungsarbeiten für eine im Anschluß daran zu schreibende Geschichte des deutschen Bergbaues und der Bergarbeiterbewegung im 19. und 20. Jahrhundert sein. Neben der Ausnutzung der verschiedenen schriftlichen Quellen und Darstellungen wurden von den meisten Mitarbeitern mündliche Aussagen von Arbeiterveteranen gesammelt und verschiedentlich auch ausgewertet. Noch aber geschah dies sporadisch, mehr spontan, ohne eine systematische Zielstellung.

Viele technische Mängel, wie mangelhafte Protokollführung bei Aussprachen und ähnliches, beeinträchtigen den Wert des so gewonnenen Quellenmaterials ganz erheblich.

Ein weiterer negativ wirkender Faktor war die Tatsache, daß sich viele Fehler infolge des Nachlassens des Erinnerungsvermögens der Befragten einschlichen. Alle Mitglieder des Arbeitskreises waren sich aber darüber klar, daß heute kein Historiker auf derartige wichtige und interessante Materialien verzichten kann, da jedes Wort aus dem Munde eines Arbeiters, der selbst die Klassenschlachten gegen das Kapital mit geschlagen hat, „zur Wahrheit über wichtige historische Vorgänge mehr beitragen kann, als Dutzende von Polizeiakten!“<sup>1)</sup>

<sup>1)</sup> *Mohr-Hühns*, Einführung in die Heimatgeschichte. Berlin 1959, S. 164.

Es wurde deshalb beschlossen, zusammen mit dem Zentralvorstand der IG Bergbau in jedem Bezirk der Deutschen Demokratischen Republik Veteranen-Aussprachen durchzuführen und diese Gespräche auf Tonband aufzunehmen. Beim Zentralvorstand der IG Bergbau in Halle sollen alle diese Bänder in einem Archiv gesammelt werden.

Für die Auswahl der Veteranen zeichnet in Zusammenarbeit mit ihren Ortsvorständen und den entsprechenden Leitungen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands der Zentralvorstand der IG Bergbau verantwortlich.

Die Mitglieder des Arbeitskreises der Akademie sind dagegen vor allem für die Ausarbeitung des Fragespiegels und weiterer damit in Zusammenhang stehender Fragen verantwortlich. Jeweils zwei bis drei Mitarbeiter erhalten einen Bezirk zur Betreuung, in dem nach Möglichkeit auch die wissenschaftlichen Schwerpunktprobleme der individuellen Forschungsarbeit dieser Historiker liegen. So soll gewährleistet werden, daß wirklich ein enger Kontakt zwischen den Mitgliedern des Arbeitskreises und den Arbeitern erreicht wird.

Eine Reihe derartiger Veranstaltungen wurde schon durchgeführt. Gruppen von zwölf bis achtzehn Veteranen waren anwesend. Die behandelten Fragenkomplexe entsprangen im großen und ganzen etwa – natürlich modifiziert entsprechend der geschichtlichen Entwicklung in Deutschland – dem Problemkreis, den Maxim Gorki als notwendig zur Berücksichtigung bei der Ausarbeitung von Betriebsgeschichten mit folgenden Worten empfahl:

„Man muß den technischen Erfindergeist der Arbeiter in der Vergangenheit wie auch in der Gegenwart aufzeigen. Man muß über den Einfluß des betreffenden Werkes erzählen, den es auf das gesamte Gebiet der Produktion, auf dem es arbeitet, ausübt. Bedeutender Platz ist den Lebensbedingungen der Arbeiter einzuräumen: der Arbeiterkaserne, dem Bildungsniveau der Kirche und ihren Einfluß, dem Bildungsverein und den Sonntagsschulen der aufklärenden Tätigkeiten der Volkstümelerintelligenz, der Entstehung von Parteizirkeln, der Widerspiegelung des Kampfes der politischen Parteien – der Volkstümeler, der Menschewiki, der Sozialrevolutionäre, der Anarchisten – im Leben des Werkes, den Streiks den Verhaftungen der Tätigkeit von Spitzeln und Provokateuren, dem Kampf mit der Polizei und den Kosaken. Die Verbindung des Werkes, seine kulturellen Organisationen, seine Rolle beim Aufbau der Partei und seine Bedeutung für das Gebiet der Industrie, auf dem es arbeitet.“<sup>2)</sup>

Bei den ersten Zusammenkünften war beeindruckend, mit welcher Begeisterung, aber auch hohem Verantwortungsgefühl die Veteranen zusammengekommen waren. Viele hatten überdies noch handschriftliche Erinnerungen mitgebracht, andere aus Verstecken noch wertvolle Dokumente und Materialien ausgegraben.

<sup>2)</sup> *Gorki, Maxim*, Die Geschichte der Fabriken und Werke. Erschienen in: „Prawda“ vom 7. 9. 1931, abgedruckt in: *Jonas, Wolfgang*, Das Leben der Mansfeldarbeiter. Berlin 1957, S. 13.

Die Raumverhältnisse waren sehr unterschiedlich. In Lauchhammer beispielsweise war gewährleistet, daß jedes gesprochene Wort im Raum auf Band kam. In Deutzen stand ein Mikrofon zur Verfügung, das jeweils dem Kollegen gegeben wurde, der zur Diskussion sprach. Es ist während dieser Veranstaltungen *nicht einmal* vorgekommen, daß zwei der Anwesenden zu gleicher Zeit gesprochen hätten. Die Disziplin und die Bereitschaft zur Mitarbeit waren beispielhaft.

Bisher wurden vorwiegend Probleme der Zeit bis zur revolutionären Nachkriegskrise 1919–1923 behandelt, soweit das Erinnerungsvermögen der Teilnehmer dies zuließ. Für die Zeit vor der Jahrhundertwende wurden, teilweise auf Kindheitserinnerungen aufbauend, überaus wichtige Materialien zur Geschichte der Lage der Bergarbeiter geliefert. Aus der Zeit nach der Jahrhundertwende tauchten dann die ersten Erinnerungen an Streiks und Lohnkämpfe auf. Es war allerdings nicht immer leicht, die persönlichen Eindrücke und Erinnerungen zeitlich mit dem Verlauf der Geschichte in Einklang zu bringen. Es konnte jedoch manches dadurch geklärt werden, daß die immer wieder neu an die Teilnehmer gestellten Detailfragen die älteren Kollegen zwangen, über Dinge nachzudenken, die sie sich bisher selbst nicht genügend überlegt hatten. Die Mikrofonangst spielte bei keinem der Teilnehmer eine Rolle.

Viele Unstimmigkeiten und Unklarheiten konnten während der Zusammenkünfte dadurch beseitigt werden, daß die anderen anwesenden Kollegen ihre Ergänzungen oder Berichtigungen zufügten. Allerdings, bei den ersten Zusammenkünften, sowohl in Lauchhammer als auch in Braunsbedra und Deutzen, konnten nicht alle Probleme geklärt werden. Verschiedentlich blieben Unstimmigkeiten bestehen, oder das eine oder andere Problem konnte nicht genügend erörtert werden.

Diese an sich negativen Erscheinungen hatten aber eine große positive Wirkung. Die jeweils Anwesenden beschlossen, die nächste Tagung von sich aus noch intensiver vorzubereiten. In Zusammenarbeit mit den bei den Bezirksvorständen der IG Bergbau bestehenden Veteranen-Kommissionen wird man beispielsweise in Deutzen eine Art Vorkonferenz für die im Anschluß erfolgende Tonbandaufnahme organisieren. Dort werden die anschließend bei eingeschaltetem Mikrofon zu erörternden Fragen schon vorher einmal diskutiert. Eventuell wird bei diesen Vorkonferenzen auch der Kreis der Teilnehmer erweitert und der Tonbandaufnahmekreis noch einmal auf die Richtigkeit seiner Zusammensetzung kontrolliert.

Als sehr gut war in Lauchhammer zu bewerten, daß die Werke neben den Partei- und Gewerkschaftsvertretern auch FDJler und Pionierleiter eingeladen hatten. Diese teilten während der Bandwechselferien ihre Eindrücke über den Verlauf der Veranstaltung mit. Sie gaben vom Standpunkt des nicht unmittelbar Beteiligten wertvolle Hinweise zur Verbesserung der Arbeit bei den laufenden Zusammenkünften.

Die bisherigen Veranstaltungen waren – alles in allem gesehen – zweifellos ein guter Erfolg, wenn es auch noch einige Mängel gab; diese können aber bei der

Vorbereitung der folgenden Aufnahmen abgestellt werden. Überall jedoch waren die Eingeladenen bereit, die Zusammenkünfte nicht als eine einmalige Tagung zu betrachten; sie sprachen vielmehr den Wunsch aus, auf dieser Ebene die Zusammenarbeit zwischen den Wissenschaftlern und der Arbeiterklasse zu vertiefen, so daß diese Form eine ständige wird.

So werden sich in allen Bergbaubezirken in den nächsten Monaten Kollektive bilden bzw. festigen, die mit unserem Arbeitskreis aufs engste zusammenarbeiten.

Neben dem Zweck, ein Tonbandarchiv einzurichten, ist die sinnvolle Verstärkung des Kontaktes zwischen Arbeiterklasse und Wissenschaftlern, die beiden Teilen ein echtes Bedürfnis ist, ein noch bedeutenderes Ergebnis der Realisierung der Beschlüsse unseres Arbeitskreises.

IV.

BERICHTE DER ARBEITSGRUPPEN

# BERICHT ÜBER DIE ENTWICKLUNG DES ARBEITSKREISES „19. JAHRHUNDERT“ IN DEN JAHREN 1956 bis 1959

VON ELISABETH GIERSEPEN

Der Arbeitskreis zur Erforschung der Wirtschaftsgeschichte Deutschlands im 19. Jahrhundert gibt in diesem Jahre – gemeinsam mit dem Arbeitskreis „18. Jahrhundert“ – einen ersten kleinen Sammelband in Druck. Ohne dieses erste Resultat überschätzen zu wollen, gibt es doch eine gewisse Berechtigung, über die Geschichte und Eigenart eines Kollektivs zu berichten, das die Entwicklung von Nachwuchskräften auf dem Gebiet der Wirtschaftsgeschichte in der DDR beeinflußt und sich nach und nach zu einer Forschungsgemeinschaft junger Wissenschaftler entwickelt.

Der Charakter dieses Arbeitskreises unterscheidet sich von ähnlichen, in der Vergangenheit bestehenden Einrichtungen wissenschaftlicher Institute dadurch, daß sich in ihm sozialistische Beziehungen und ein entsprechender Arbeitsstil durchsetzen. Gegenseitige kameradschaftliche Hilfe ist an die Stelle eifersüchtiger Abkapselung getreten. Auf der Grundlage des historischen Materialismus arbeitend, fördert das Kollektiv durch Kritik und Auseinandersetzung jeden einzelnen Teilnehmer und trägt gemeinsam zur Verbesserung des Niveaus der Wissenschaft bei.

Dabei ist besonders hervorzuheben, daß ein Arbeitskreis über das 19. Jahrhundert von großer aktueller Bedeutung ist. Gerade in der Gegenwart verlangt die Lösung der nationalen Frage von uns, den Schleier von Vorgängen und Zusammenhängen zu ziehen, die in der Übergangsperiode vom Feudalismus zum Kapitalismus gewisse Voraussetzungen für den eigenartigen Verlauf der bürgerlich-demokratischen Revolution schufen, ihre Etappen im 19. Jahrhundert bestimmten und das Entstehen des junkerlich-bourgeoisien deutschen Imperialismus bedingten.

Im Kampf gegen die Geschichtsfälschungen, die den reaktionären Kräften dienen, und in der Erarbeitung des wissenschaftlichen Geschichtsbildes eines so entscheidenden Abschnitts unserer nationalen Vergangenheit ist im Arbeitskreis ungeachtet mancher organisatorischer Schwierigkeiten ein Element neuen wissenschaftlichen Lebens entstanden.

Der Arbeitskreis 19. Jahrhundert hat trotz der kurzen Zeit seines Bestehens seit dem Frühjahr 1956 eine recht wechselvolle Geschichte hinter sich und ist ein aufschlußreiches Beispiel dafür, wie zufälliges und planmäßiges Wachstum zu Beginn einer Gemeinschaftsarbeit, die nicht durch ein zentrales Forschungsthema und daraus folgende Arbeitsteilung ausgelöst wird, ineinanderlaufen können.

Bei der Bildung des Arbeitskreises ließ sich die Abteilung Wirtschaftsgeschichte des Akademie-Instituts zunächst von dem Gedanken leiten, Assistenten und Aspiranten, die über Probleme der Herausbildung und Festigung des deutschen Kapitalismus im 18. und 19. Jahrhundert arbeiteten, gemeinsam zu betreuen und ihnen Gelegenheit zur Aussprache über ihre Themen zu geben.

Dabei war zu berücksichtigen, daß sich die Teilnehmer (Herr Dr. R. Forberger, Herr D. Eichholtz und Herr K. Lärmer, Abt. Wirtschaftsgeschichte des Akademie-Instituts, Frau Dr. Hoffmann und Herr G. Kesselbauer, Institut für Wirtschaftsgeschichte der Humboldt-Universität Berlin und Herr W. Steglich, Institut für Wirtschaftsgeschichte der Hochschule für Außenhandel, Staaken) in einem ganz unterschiedlichen Stadium ihrer eigenen wissenschaftlichen Ausbildung befanden und sich mit recht verschiedenartigen Problemen der Produktion, der Basis und der Klassenbewegung sowohl des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus, als auch der entfalteten kapitalistischen Produktionsweise in Deutschland beschäftigten. Während Herr Dr. Forberger bereits seine Habilitationsschrift über die Manufaktur in Sachsen<sup>1)</sup> zum Druck vorbereitete und Frau Hoffmann dabei war, ihre Dissertation über eine Gewerbetabelle des 18. Jahrhunderts<sup>2)</sup> abzuschließen, waren alle anderen Teilnehmer mit der Erarbeitung des Materials für ihre Themen beschäftigt.

Bei allen Unterschieden im Entwicklungsstand der einzelnen Mitglieder konnte dennoch ein Programm für die Aussprache über Dispositionen und Hauptprobleme der Arbeiten aufgestellt und mit seiner Verwirklichung begonnen werden. Als dem Arbeitskreis im Juni 1956 die Vorbereitung des von Herrn Prof. Kuczynski geplanten Spezialseminars über die „Entwicklung des Kapitalismus in Deutschland 1700 bis 1900“ übertragen wurde, erhielt er damit erstmalig eine neue Aufgabe, die sich unmittelbar aus der Praxis des Lehrbetriebes ergab. Im Zusammenhang damit wurde der Teilnehmerkreis durch einige Wirtschaftshistoriker aus der DDR (Dr. G. Heitz, Universität Leipzig, Dr. K. Blaschke, LHA Dresden, D. Lösche, Stadtarchiv Mühlhausen) und Berlin (Frau E. Mohrmann und Frau R. Hoppe, Abt. Wirtschaftsgeschichte des Akademie-Instituts, Dr. R. Berthold, Akademie für Landwirtschaftswissen-

1) *Forberger, Rudolf*, Die Manufaktur in Sachsen vom Ende des 16. bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts. Akademie-Verlag, Berlin 1958.

2) Die gewerbliche Produktion Preußens im Jahre 1769 auf Grund des statistischen Taschenbuches des Dodo Heinrich Freiherr v. Knyphausen. „Listenderer in sämtlichen Königlichen Provinzen befindlichen Fabriken und Manufakturen . . . pro anno 1769“. Diss., Berlin 1955.

schaften, Herr H. Popp und Herr J. Nitsche, Institut für Wirtschaftsgeschichte der Humboldt-Universität) erweitert. Auf diese Weise wurde der Arbeitskreis allmählich zu einem Sammelbecken der auf dem Gebiet der deutschen Wirtschaftsgeschichte von 1700 bis 1900 arbeitenden jungen Wissenschaftler und begann, die dem Akademie-Institut allgemein gestellte Aufgabe der Koordinierung der historischen Forschung zu verwirklichen.

Zwangsläufig ergab sich die Linie der gemeinsamen Arbeit vom September 1956 bis Dezember 1957 aus den Themen des Spezialseminars.<sup>3)</sup> Es handelte sich dabei um Fragen, die zwar Bestandteil der Dissertationen, Habilitationen und Forschungsaufträge der Referenten waren, gleichzeitig aber auch Probleme aufwarfen, die in allgemeiner Form für alle Mitglieder des Arbeitskreises bestanden. Die vorbereitenden Diskussionen und noch mehr die den Seminaren folgenden Aussprachen im Arbeitskreis bezogen sich auf Fragen des Inhalts und der Methode dieser Arbeiten. Sie trugen wesentlich zur Klärung der jeweiligen Probleme bei und führten in der Regel zur Erarbeitung einer gemeinsamen Auffassung der an der Diskussion Beteiligten. Gleichzeitig gaben sie für die Spezialuntersuchungen neue Anregungen und ließen die Schwerpunkte künftiger Forschungen erkennen. Einen besonderen Raum nahmen dabei die Diskussionen über das Problem der zweiten Leibeigenschaft, über den ökonomischen und außerökonomischen Zwang und über den Fabrikbegriff als Voraussetzung für die Behandlung des Überganges von der Manufaktur zur Fabrik ein.

In der Diskussion über die Entwicklung des Kapitalismus in der Landwirtschaft unter den besonderen Bedingungen der zweiten Leibeigenschaft in Deutschland ging es vor allem um die Frage, ob der sogenannte preußische Weg des Kapitalismus in der Landwirtschaft schon im 18. Jahrhundert eingeleitet und mit den preußischen Reformen endgültig entschieden war oder ob diese Entscheidung, wie allgemein angenommen wird, erst mit der bürgerlich-demokratischen Revolution in Deutschland gefallen ist. Diese Diskussion stand im engsten Zusammenhang mit der Auseinandersetzung zwischen Herrn Dr. Heitz und Herrn Dr. Nichtweiß, deren Veröffentlichung in der Zeitschrift für Geschichtswissenschaft<sup>4)</sup> überall bei den Historikern und Ökonomen ein lebhaftes Für und Wider ausgelöst hatte.

Unter dem Thema „Der ökonomische und außerökonomische Zwang im Feudalismus und Kapitalismus“ wurden in mehreren Sitzungen unter Beteiligung verschiedener Gäste Probleme der Produktionsverhältnisse und des Staates während des Überganges vom Feudalismus zum Kapitalismus diskutiert. Es wurde versucht, den Unterschied zwischen dem außerökonomischen Zwang durch den Staat als Herrschaftsinstrument der Ausbeuterklasse und durch die einzelnen Ausbeuter deutlicher herauszuarbeiten. Dabei zeigte sich, daß diese

<sup>3)</sup> Siehe Anlage I.

<sup>4)</sup> „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft“, I (1953), S. 687 ff.; II (1954), S. 467 ff. u. 471 ff.; III (1955), S. 643 ff.; IV (1957), S. 804 ff.

Thematik den Rahmen des Arbeitskreises zu sprengen drohte, zumal die begriffliche und die historische Festlegung dessen, was unter außerökonomischem Zwang verstanden werden soll, ein genaues Studium der jeweiligen Rechtsverhältnisse erfordert. Man war sich einig, daß diese Erscheinung zugleich in der Basis der Gesellschaft und in ihrem Überbau erfaßt werden muß, wenn man nicht darauf verzichten will, sie auch außerhalb der voll entfalteten Feudalperiode und vor allem im Kapitalismus aufzuspüren und wissenschaftlich klarzustellen. Der Unterschied zwischen dem außerökonomischen Zwang bei feudalem oder kapitalistischem Produktionsverhältnis wurde an interessanten Beispielen aus den Forschungsarbeiten der Teilnehmer erläutert, ohne daß alle Fragen ausdiskutiert oder gelöst werden konnten. Gerade in dieser Diskussion zeigte sich die enge Verbindung zwischen Spezialproblem und Grundfragen bzw. zwischen dem Interesse der Spezialisten und der Gesamtheit.

Ähnlich war es bei der Erörterung des Fabrikbegriffes. So leicht es zunächst schien, aufbauend auf dem Maschinenbegriff eine Definition zu geben, so kompliziert war es schließlich, die Fabrik als wesentlichen Bestandteil des Prozesses der industriellen Revolution technisch und gesellschaftlich begrifflich zu erfassen. Ferner mußte die Frage gelöst werden, wie dieser Begriff gleichzeitig auch für die sozialistische Gesellschaft brauchbar bzw. entwicklungsfähig gestaltet werden konnte. Das Bedürfnis, die Fabrik historisch und soziologisch zu umschreiben, führte bei einigen Teilnehmern zu einer Unterschätzung der technischen Seite und ihrer Problematik. Ähnlich wie bei den Diskussionen über die industrielle Revolution war auch für den Fabrikbegriff zu klären, inwieweit nicht nur die Arbeitsmaschinerie, sondern auch die Einführung eines neuen chemisch-technologischen Prozesses diese höhere Stufe der kapitalistischen Kooperation gegenüber niederen Formen abgrenzte. Die von Herrn Dr. Forberger entworfenen Thesen und die Ergebnisse der Diskussion bildeten den Ausgangspunkt für einen Artikel, der dem V. Parteitag der SED gewidmet, die Wissenschaftlichkeit der marxistischen Forschung und ihre daraus folgende Überlegenheit gegenüber der bürgerlichen Geschichtsschreibung erweist.<sup>5)</sup>

Neben diesen Diskussionen im Laufe des Studienjahres 1956/57 erfolgten die geplanten Aussprachen über den Stand der einzelnen Forschungsarbeiten. Dadurch kam es immer mehr zu einer Zerteilung der gesamten Arbeit; in den Meinungsstreit über allgemein interessierende Probleme, die durch die Einzelarbeiten aufgeworfen wurden, einerseits und die Betreuung der Dissertationen, Habilitationen und Forschungsaufträge vor und mit dem Kollektiv andererseits.

Je größer der Arbeitskreis im Laufe der Zeit wurde und je mehr sich die Problem-Diskussionen entwickelten, desto stärker wurde das Bedürfnis, der Spezialisierung der einzelnen Mitarbeiter mehr als bisher Rechnung zu tragen. Vor allem ergab sich die Notwendigkeit, die Probleme der Herausbildung und

<sup>5)</sup> Dieser Aufsatz wurde für die Veröffentlichung im Sammelband des Arbeitskreises zur Verfügung gestellt.

der Festigung der kapitalistischen Produktionsweise in Deutschland gesondert zu behandeln und die Mitarbeiter auf diese Weise auf bestimmte Arbeitsschwerpunkte zu konzentrieren. Aus diesem Grunde kam es im Oktober 1957 zur Teilung des Arbeitskreises. Eine Gruppe Teilnehmer (D. Lösche, Dr. Heitz, Dr. Blaschke, Dr. Hoffmann, Dr. Forberger) arbeitet seitdem über Probleme der Wirtschaftsgeschichte des 18. Jahrhunderts mit der Perspektive, zu einem Arbeitskreis „Feudalismus“ zu werden.

Neben einigen technischen Vorteilen bot diese Teilung dem Arbeitskreis zur Erforschung der Wirtschaftsgeschichte des 19. Jahrhunderts die Möglichkeit, sich stärker als bisher mit einigen zentralen Problemen zu beschäftigen. Damit bestanden bessere Voraussetzungen, auf dem Wege von einer Art Diskussionsgruppe zu einer wirklichen Forschungsgemeinschaft ein ganzes Stück weiterzukommen. Ein kurzer Blick auf die Liste der Teilnehmer und ihre Arbeiten läßt jedoch die noch vorhandenen Unterschiede des wissenschaftlichen Niveaus und der Spezialisierung erkennen, die es im Jahre 1958 immer noch schwer machten, einen geeigneten gemeinsamen Schwerpunkt der Arbeit zu finden.<sup>6)</sup> Immerhin beschäftigten sich alle mit Fragen der Klassenbewegungen im Zusammenhang mit bestimmten Entwicklungsphasen der ökonomischen Basis während des 19. Jahrhunderts. Da sich die meisten Mitarbeiter aus dem Akademie-Institut zu diesem Zeitpunkt intensiv mit dem Abschluß ihrer Forschungsarbeit beschäftigten, die aus den Universitäten kommenden Teilnehmer durch den Unterricht stark in Anspruch genommen waren, gab es zunächst keine Möglichkeit, ein gemeinsames Thema arbeitsteilig zu übernehmen. Man einigte sich schließlich darauf, ausgehend von dem Arbeitsgebiet einiger Teilnehmer, mehrere Themen für die Zeit von 1840–1880 zu bearbeiten und – sei es auf Grund eines allgemeinen Problems, sei es an Hand von Spezialmaterialien – für diesen Abschnitt der Festigung des Kapitalismus in Deutschland mit Beiträgen aufzuwarten. Es wurde daher beschlossen, die im Arbeitsplan vorgesehenen Gegenstände<sup>7)</sup> mindestens soweit auszudiskutieren, daß die Entwürfe von Artikeln und Thesen von den Verfassern für eine spätere Veröffentlichung fertiggestellt werden konnten.

Bei der Betreuung der Forschungsarbeiten ergab sich gleichzeitig als neuer Schritt die Vorbereitung der öffentlichen Verteidigungen der Dissertationen der Teilnehmer G. Kesselbauer, R. Sonnemann, K. Lärmer und D. Eichholtz. Es kann nicht der Sinn dieses Berichtes sein, auf alle Diskussionen einzugehen. Die Ergebnisse der gemeinsamen Arbeit lassen sich an der Tatsache erkennen, daß vier Promotionen mit Erfolg durchgeführt und ein Sammelband vorbereitet werden konnten.<sup>8)</sup>

<sup>6)</sup> Siehe Anlage II.

<sup>7)</sup> Siehe Anlage III.

<sup>8)</sup> *Mohrmann, Elly*, Studie zu den ersten organisatorischen Bestrebungen der Bourgeoisie in einigen Städten des Rheinlandes.

Dr. *Eichholtz, E.*, Bewegungen unter den preußischen Eisenbahnbauarbeitern im Vormärz.

Aus der Arbeit des Kollektivs von Anfang 1958 bis zum Abschluß des Studienjahres 1958/59 verdienen besonders die Diskussionen zur Problematik des Bündnisses zwischen der Bourgeoisie und den Junkern in den siebziger Jahren und über die Rolle der Volksmassen hervorgehoben zu werden.<sup>9)</sup> In mehreren sehr lebhaften Aussprachen, die durch die Spezialkenntnisse der meisten Teilnehmer wesentlich fundierter waren als frühere Debatten, wurde zunächst versucht, die Hauptfragen der Bündnisentwicklung in den siebziger Jahren herauszuarbeiten. Sie wurden in dem sich wandelnden Kräfteverhältnis zwischen Junkern und Bourgeoisie infolge der stürmischen Entwicklung des Kapitalismus und der Gründerkrise sowie in dem wachsenden Einfluß des Kampfes der Arbeiterklasse gegen beide Ausbeuterklassen und ihren Staat gesehen. In den siebziger Jahren drohten die noch vorhandenen nicht-antagonistischen Gegensätze zwischen Junkern und Bourgeoisie infolge der Krise erneut aufzubrechen und wurden erst angesichts der Stärke der Arbeiterbewegung überwunden, deren Gefahr von Bismarck geschickt zur Aussöhnung dieser Gegensätze ausgespielt wurde. Bismarck als „Gefangener seiner eigenen Politik“ für eine Bourgeoisie, die „zur politischen Herrschaft mehr und mehr unfähig wurde“ – das war die umstrittenste Auffassung in einer Diskussion, die zu dem Ergebnis kam, daß erst die weitere Untersuchung der ökonomischen Basis zu einer einigermaßen befriedigenden Einschätzung der Klassenbewegung der Zeit von 1865–1879 führen kann.

Die Aussprache über die Rolle der Volksmassen ging vom Stand der Diskussion in der DDR aus, in der Absicht, einen gemeinsamen Standpunkt zu erarbeiten. Abgesehen von einer Klärung des Begriffes „Volk“ für den Arbeitsgebrauch wurde die Frage aufgeworfen, welche Beziehung zwischen der Entwicklung des Kapitalismus im 19. Jahrhundert und der Bewegung der Volksmassen besteht, gerade weil die Existenz zweier Ausbeuterklassen ihre Gegensätze und ihr Bündnis die Lage der Volksmassen in Deutschland entscheidend beeinflußten. Ähnlich wie in der von der „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft“ veröffentlichten Diskussion konnte auch im Arbeitskreis die schöpferische ökonomische Rolle der Volksmassen leichter geklärt werden als ihre Beziehung zum Klassenkampf. Um diese gründlicher zu behandeln, bedarf es weiterer Untersuchungen, vor allem für Perioden, in denen keineswegs „Haupt- und Staatsaktionen“, sondern das Neben- und Ineinanderlaufen der verschiedenen Bewegungen in der Basis immer neue Probleme aufwerfen. Solche Perioden erscheinen in der Wirtschaftsgeschichte des 19. Jahrhunderts als „weiße Flecke“, vor allem in den Jahren 1818–1838 und 1879–1895. Als Ergebnis der Diskussion wurde beschlossen, vom Studienjahr 1960/61 ab diesen Abschnitten besondere Aufmerksamkeit zu widmen und sie gemeinsam gründ-

Dr. Forberger, R., Zur Auseinandersetzung über das Problem des Überganges von der Manufaktur zur Fabrik.

Steglich, W., Zur Entwicklung des Bündnisses zwischen Junkern und Bourgeoisie in den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts.

<sup>9)</sup> Auf Grund der Themen 2, 3 und 7 der Anlage III.

licher zu erforschen, zumal sie auch für den Lehrbetrieb von besonderem Interesse sind.

Im Zusammenhang mit diesen Diskussionen ergab sich ein neues, die Mitglieder stärker miteinander verbindendes Interesse am Arbeitskreis. Dabei waren es in erster Linie die Bedürfnisse des Lehrbetriebes als eines Teiles der Praxis, der nicht zuletzt jede Forschung zu dienen hat, die den entscheidenden Einfluß auf das Programm der nächsten Etappe ausübten. Die Tatsache, daß alle für Wirtschaftsgeschichte im Lehrbetrieb Tätigen sich jetzt im Arbeitskreis „19. Jahrhundert“ zusammenfinden – ja, daß bei den wiederholten Veränderungen in der Zusammensetzung der Teilnehmer geradezu eine gewisse Kontinuität durch die Beteiligung der Dozenten und Assistenten für Wirtschaftsgeschichte an den Universitäten und Hochschulen besteht, ist gewiß kein Zufall. Einerseits liegt das daran, daß sich die Behandlung der Wirtschaftsgeschichte im Unterricht in den letzten Jahren immer mehr der Periode des Kapitalismus und damit dem 19. Jahrhundert zuwendet. Das 19. Jahrhundert ist und bleibt ein Schlüssel zum Verständnis des Weges, den das deutsche Volk in der jüngsten Vergangenheit durchlaufen hat – und für die Probleme, die wir in Gegenwart und Zukunft zu lösen haben. Sein Grundproblem war die Entwicklung der bürgerlich-demokratischen Revolution und ihre nationale Frage: die deutsche Einheit. Seine Bewegungen beruhen auf der Existenz zweier Ausbeüterklassen, ihren Widersprüchen und ihrem Bündnis – und den Besonderheiten, die sich daraus für die Rolle und den Kampf der Arbeiterklasse ergaben.

Andererseits machte sich gerade bei den im Lehrbetrieb Tätigen das Bedürfnis nach engerer Zusammenarbeit zur Abstimmung der Vorlesung bemerkbar. Zweifellos könnte dieses Bedürfnis nach Erfahrungsaustausch auch von Fall zu Fall in zweckgebundenen Zusammenkünften befriedigt werden, wie dies in der Vergangenheit geschah und auch zur Zeit noch, mindestens angeregt durch das Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen, geschieht. Die Belastung der Nachwuchskräfte im Lehrbetrieb könnte unter diesen Umständen dazu führen, daß sie sich mehr und mehr aus dem Arbeitskreis des Akademie-Instituts zurückziehen, aber das Gegenteil ist der Fall. Gerade der jüngste, auf einem Vorschlag des Kollegen Dr. Sonnemann aus Halle beruhende Beschluß des Arbeitskreises, die im nächsten Studienjahr zu haltenden Vorlesungen von 1789–1900 gemeinsam durchzusprechen, ist der beste Beweis für die Richtigkeit der Feststellung, daß die Zugehörigkeit zu einer Forschungsgemeinschaft dem Hauptbedürfnis der jungen Hochschullehrer entspricht. Die Ursache dafür ist in erster Linie in dem Wunsch nach Überwindung jener „weißen Flecke“ zu suchen, jener Lücken im Geschichtsbild, die im Interesse einer klassenmäßigen Erziehung der Studenten geschlossen werden müssen – nicht irgendwie, denn das geschieht schließlich überall, sondern mit wissenschaftlichem, auf dem historischen Materialismus beruhenden Niveau, das allein in die Lage versetzt, der verhängnisvollen Tradition der preußisch-deutschen Geschichtsschreibung entgegenzutreten.

Angesichts dieser Situation wird sich der Arbeitskreis im Laufe des Studienjahres 1959/60 in erster Linie mit der Beratung und Überarbeitung der Vorlesungen beschäftigen. Dabei ist neben der unmittelbaren Hilfe für die Lehrtätigkeit der Beteiligten auch die Unterstützung des Hochschullehrbuches über die Deutsche Wirtschaftsgeschichte von Herrn Prof. Dr. Mottek geplant.<sup>10)</sup> Darüber hinaus wird die Bearbeitung einzelner Spezialprobleme für kleinere Veröffentlichungen und die Betreuung der laufenden Forschungsarbeiten wie bisher fortgeführt. Nach Abschluß der Vorlesungsdiskussionen wird endlich die Zeit gekommen sein, in der der Arbeitskreis eine gemeinsame Forschungsaufgabe übernehmen kann, deren Thema auf Grund der bis dahin gesammelten Erfahrung festzulegen sein wird. In diesem Vorhaben begegnet sich die Verantwortung für den Lehrauftrag, der diese Arbeitsgemeinschaft unmittelbar mit der Praxis verbindet, mit dem Forschungsauftrag, der dem Arbeitskreis zur Entwicklung unserer Geschichtswissenschaft gestellt worden ist. Gerade in dieser Vereinigung von Lehre und Forschung sieht der Arbeitskreis den entscheidenden Schritt, um zur sozialistischen Arbeitsgemeinschaft zu werden.

<sup>10)</sup> Herr Prof. Dr. Mottek ist seit September 1959 Mitglied des Arbeitskreises.

ANLAGE I

*Themenplan zum Spezialseminar:*

*Entwicklung des Kapitalismus in Deutschland von 1700–1850*

1. Die Entwicklung und der Charakter des Bauernlegens in Deutschland im 18. Jahrhundert  
(Dr. G. Heitz)
2. Die Rolle der Bauernaufstände im 18. Jahrhundert  
(Dr. A. Opitz)
3. Die Bevölkerungsbewegung um 1800 und ihre soziologische Bedeutung  
(Dr. K. Blaschke)
4. Die Manufaktur im 18. Jahrhundert in Deutschland  
(Frau H. Hoffmann)
5. Zum Entstehen der Fabriken aus den Manufakturen  
(Dr. R. Forberger)
6. Die Haltung der Wirtschaftsbourgeoisie und des Beamtentums in Preußen zur Notwendigkeit der revolutionären Umwälzung  
(Herr G. Kesselbauer)
7. Adel und Bourgeoisie beim Werden der preußischen Eisenbahn  
(Herr D. Eichholtz)
8. Entwicklung der Arbeitsordnungen beim Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus  
(Herr K. Lärmer)
9. Die Klassen in der Revolution von 1848/49

## ANLAGE II

*Teilnehmerliste für die Zeit vom 1. 2. 1958 bis zum 1. 7. 1959*

- Prof. Dr. *E. Giersiepen* (Deutsche Akademie der Wissenschaften, Institut für Geschichte), Die gewerkschaftliche Tätigkeit in Deutschland 1860–1869 (M + V) \*
- Dr. *R. Forberger* (DAW)<sup>2)</sup>, Der Übergang von der Manufaktur zur Fabrik in Sachsen (1830 bis 1857) (M)
- Dr. *H. Bornemann* (DAW)<sup>1)</sup>, Die deutsche Zollpolitik in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts (D)
- D. Eichholtz* (DAW), Das Verhältnis zwischen Junkern und Bourgeoisie vor 1848 in der preußischen Eisenbahngeschichte (V)
- K. Lärmer* (DAW)<sup>1)</sup>, Geschichte der Arbeitsordnungen im Mansfelder Kupferschieferbergbau vom feudalen 18. Jahrhundert bis in die sozialistische Gegenwart (V)
- E. Mohrmann* (DAW), Studie zu den ersten organisatorischen Bestrebungen der Bourgeoisie in einigen Städten des Rheinlandes (V)
- K. Richter* (DAW)<sup>1)</sup>, Der deutsche Militarismus 1871–1890 (M + V)
- L. Pfüller* (DAW), Handels- und Bankkapital in Sachsen (D)
- R. Hoppe* (DAW), Materialien zur Kinder- und Frauenarbeit 1750–1850 (M)
- W. Steglich* (Humboldt-Universität Berlin, Institut für Wirtschaftsgeschichte), Das Bündnis zwischen Bourgeoisie und Junkern 1870–1873 (M)
- H. Zetek* (HU), Die Lage der Berliner Lehrlinge 1870–1914 (M)
- J. Nitsche* (HU)<sup>1)</sup>, Die Lage der Berliner Arbeiter 1800–1830 (M + V)
- H. Popß* (HU)<sup>1)</sup>, Die Entwicklung des Berliner Schumacherhandwerks von 1800–1870 (M)
- H. Kubitschek* (HU), Die ökonomische Lage und politische Taktik der Bourgeoisie 1840–1848 (M)
- G. Kesselbauer* (Karl-Marx-Universität Leipzig), Die preußische Bourgeoisie in Handel und Gewerbe und ihre Bestrebungen zur Durchsetzung der neuen, kapitalistischen Produktionsverhältnisse (1789–1806) (V)
- R. Sonnemann* (Martin-Luther-Universität Halle), Die Auswirkungen der Schutzzollpolitik des Deutschen Reiches aus dem Jahre 1879 auf die Monopolbildungen in der Eisen- und Stahlindustrie (1879–1892) (V)
- S. Richter* (MLU), Die Entwicklung des deutschen Außenhandels in der Zeit von 1879–1892 (D)
- L. Baar* (Hochschule für Ökonomie, Berlin), Die Entwicklung der Berliner Industrie 1840–1880 (M + V).

\*) D = Disposition, M = Materialsammlung, V = Verarbeitung.

1) Ausgeschieden vor Ablauf des Jahres 1958.

2) Vom Arbeitskreis 18. Jahrhundert übergetreten Ende 1958.

ANLAGE III

*Themenplan für den Arbeitsabschnitt vom 1. 2. 1958 bis 1. 7. 1959*

1. Die Bewegungen der Berliner Eisenbahnbauarbeiter im Vormärz  
(Herr *D. Eichholtz*)
2. Die Zoll- und Steuerreform von 1879 und die Lage der Arbeiter  
(Dr. *H. Bornemann*)
3. Probleme des Bündnisses zwischen Bourgeoisie und Junkern von 1865–1880  
(Herr *W. Steglich*)
4. Die absolute und relative Verelendung der Arbeiterklasse  
(Herr *J. Nitsche*)
5. Studie zu den ersten organisatorischen Bestrebungen der Bourgeoisie in einigen Städten des Rheinlandes  
(Frau *Elly Mohrmann*)
6. Die Stellung der Krise von 1857 in der deutschen Arbeiterbewegung  
(Prof. *E. Giersiepen*)
7. Die Rolle der Volksmassen – Bericht über den Stand der Diskussion in der DDR und weitere Aussprache  
(Herr *W. Steglich* und Herr *H. Kubitschek*)
8. Diskussion über „Preußische Zollpolitik 1815–1834“  
(Herr *S. Richter*, Universitätszeitschrift Halle)

V.

QUELLEN UND MATERIALIEN

# ZUR AUFNAHME DER MASCHINELLEN FERTIGUNG DURCH SÄCHSISCHE MANUFAKTUREN

*Ein Beitrag zur Geschichte der Fabriken in Sachsen*

VON RUDOLF FORBERGER

Die bisher noch niemals versuchte Erforschung des Übergangs von der Manufaktur zur Fabrik in Sachsen<sup>1a)</sup> ist weder nach der qualitativen noch nach der quantitativen Seite hin eine leicht zu lösende Aufgabe. Die Problematik liegt weniger im Terminologischen, da die neuesten wissenschaftlichen Arbeiten auf diesem Gebiete sowjetischer- wie deutscherseits manche begriffliche Unklarheit über das Wesen von Manufaktur und Fabrik beseitigt und mit verfeinerten Unterscheidungskriterien ausreichende Voraussetzungen für eine exakte Analyse dieses Prozesses geschaffen haben.<sup>1b)</sup> Es sind vielmehr Er-

<sup>1a)</sup> Das Problem des Übergangs von der Manufaktur zur Fabrik wurde vom Verfasser dieses Artikels noch in anderem Rahmen und einer dadurch notwendigerweise teils verkürzten, teils erweiterten Form zur Veröffentlichung an zwei weiteren Stellen unter den Titeln:

- a) Zur Auseinandersetzung über das Problem des Übergangs von der Manufaktur zur Fabrik in Sachsen, und
- b) Zur Wandlung der gewerblichen Betriebsweise Sachsens in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts — Der Übergang von der Manufaktur zur Fabrik im Textilgewerbe, behandelt.

<sup>1b)</sup> Vgl. hierzu insbesondere:

- a) Zur Periodisierung des Feudalismus und Kapitalismus in der geschichtlichen Entwicklung der UdSSR — Diskussionsbeiträge, 20. Beiheft zur „Sowjetwissenschaft“, Berlin 1952;
- b) Berichte aus dem Forschungsseminar Prof. Kuczynski des Instituts für Wirtschaftsgeschichte der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin 1952.

Es handelt sich dabei vor allem um eine klare begriffliche Abgrenzung zwischen Manufaktur und Verlag und um das Wesen der „dezentralisierten“ Manufaktur, jener Werkstätten, bei denen nur Teilprozesse der Herstellung, zumeist die Endphase, zentral erfolgten, während die anderen Verrichtungen in Form von Heimarbeit vor sich gingen.

fassungs- und Zuordnungsschwierigkeiten, in der Unvollständigkeit, teils auch Undurchsichtigkeit des Quellenmaterials begründet, die zur Zeit das Ergebnis einer solchen Untersuchung nicht über die Sicherheit einer allerdings begründeten Schätzung hinausgehen lassen. Wenn hier erstmalig statistisches Material über die Hinwendung sächsischer Manufakturen zur fabrikatorischen Produktionsweise vorgelegt und zur Diskussion gestellt wird, so geschieht dies unter dem ausdrücklichen Vorbehalt des Einstweiligen und mit aller nur möglichen Zurückhaltung in bezug auf die Auswertung der Daten, vor allem aber mit der Forderung nach Fortsetzung dieser Forschungsarbeit. Eine solche hat sich in erster Linie auf das Sammeln weiterer Angaben über Manufakturen mit späterem Maschineneinsatz bzw. Fabriken mit manufakturmäßigem Herkommen zu erstrecken und die konkreten Grundlagen zu schaffen, die eine Beurteilung jenes Umwandlungsprozesses im Vergleich zur Bedeutung des Entstehens von Fabriken aus anderer Wurzel ermöglichen. Dabei ist eine zeitliche Begrenzung der Untersuchung vonnöten, da von dem sich seither dauernd und noch bis in unsere Tage vollziehenden Übergang arbeitsteiliger Handarbeit in Maschinenarbeit hier nur jene Phase interessiert, die als Teil der „Industriellen Revolution“ an der Umwälzung der Produktionsweise mitgewirkt hat.

Die Aufnahme maschineller Herstellungsverfahren durch Manufakturen war für England ein Vorgang ohne Vorbild und für eine Reihe anderer west- und mitteleuropäischer Länder ein bald nachgeahmtes Beispiel. Solange jedoch für das eine oder andere Land darin ein zeitlicher Vorsprung bestand, mußten die Manufakturen der zurückgebliebenen Länder hinsichtlich der Höhe und Stabilität ihrer Profite schwerwiegende Folgen auf sich nehmen. So auch Sachsen; den Erzeugnissen seiner Manufakturen begegnete nicht nur auf den Auslandsmärkten, sondern infolge der sächsischerseits verfolgten Freihandelspolitik auch im Lande selbst die Konkurrenz der billigeren und nicht selten besseren ausländischen Fabrikwaren. Von diesem Zeitpunkte an verlor die Betriebsform der Manufaktur in Sachsen einmal ihren Charakter als bis dahin fortschrittlichste gewerbliche Produktionsorganisation und fing gleichzeitig auch an, eine unrentable Kapitalsanlage darzustellen. Zahlreiche Manufacturiers waren deshalb gezwungen, ihre Betriebe zu schließen oder aber sie durch den Einsatz von Werkzeugmaschinen in konkurrenzfähige Fabriken zu verwandeln.<sup>2)</sup> Dieser sich über einige Jahrzehnte erstreckende Prozeß hatte in Sachsen eine besondere und einmalige Beschleunigung nach der Kontinental Sperre erfahren, war aber unabhängig von diesem Zutun namentlich im Textilgewerbe und hier wiederum in erster Linie bei der Baumwolle durch die ver-

Wegen des Fabrikbegriffs wird auf die Ausführungen des Verfassers in Abschnitt „I Zu den Begriffen Manufaktur und Fabrik“ des in Fußnote 1a) unter a) erwähnten Artikels verwiesen.

<sup>2)</sup> Forberger, Rudolf, Die Manufaktur in Sachsen vom Ende des 16. bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts. Berlin 1958, S. 288.

schieden starke Entwicklung der Arbeitsproduktivität bei aufeinander angewiesenen Teilproduktionsprozessen vorbereitet worden.<sup>3)</sup> Der Impuls zu der durch Mechanisierung herbeigeführten Revolution der Produktivkräfte in der Baumwoll- wie auch in der Wollindustrie wurde von der Diskrepanz hervorgerufen, die sich zwischen der anfangs größeren Leistungsfähigkeit der Weberei und der erheblich geringeren beim Spinnprozeß herausgebildet hatte und die wegen des enorm gestiegenen Bedarfs an Textilien schnell überwunden werden mußte.<sup>4)</sup>

Von den sächsischen, zu Fabriken gewordenen bzw. auf dem Wege dahin befindlichen Textilmanufakturen entfielen auf das Baumwoll- und nächst ihm auf das Wollgewerbe die zahlenmäßig größten Anteile.<sup>5)</sup>

Der Umwandlungsprozeß in der Baumwollindustrie setzte um 1810 ein und verdrängte in größerem Umfange und Tempo dort zunächst nur die meist als Verlag in „Außenabteilungen“ der Manufakturen betriebene Handspinnerei, während sich beim Kattundruck zwar schon vor 1800 erste Ansätze zu einer Mechanisierung zeigten<sup>6)</sup>, die Entwicklung vom Kattundrucktisch weg zur

3) Siehe das „Tabellarium der sächsischen, zu Fabriken gewordenen Manufakturen“ als Anlage zum vorstehenden Artikel. Diese Übersicht stellt einen ersten Versuch dar, jenen Umwandlungsprozeß konkret zu erfassen. Aus diesem Grunde haftet ihr noch manche, dem Bearbeiter durchaus bewußte Unzulänglichkeit an. Vor allem ist sie, die sich sowieso zunächst fast ausschließlich auf das Textilgewerbe beschränkt, noch lückenhaft hinsichtlich der Zahl der in Frage kommenden Betriebe und enthält sicherlich auch noch manchen Einschätzungsfehler in bezug auf die Zuordnung der Werkstätten zur Manufaktur bzw. zur Fabrik. Diese Mängel müssen durch Heranziehung weiteren Quellenmaterials nach und nach behoben werden. Dabei mitzuhelfen sind hiermit alle Sachkenner, insbesondere die mit den lokalen wirtschaftshistorischen Verhältnissen vertrauten Heimatforscher aufgerufen.

4) *Kuczynski, Jürgen*, Allgemeine Wirtschaftsgeschichte von der Urzeit bis zur sozialistischen Gesellschaft. Berlin 1949, S. 214/215; derselbe, Studien zur Geschichte des Kapitalismus. Berlin 1957; *Jahn, Georg*, Die Entstehung der Fabrik. In: „Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft“, 69. Jahrg., I, S. 110.

5) Siehe die einschlägigen Angaben des Tabellariums.

6) Zu den Herolden dieser Entwicklung gehören die Kattundruckereien von „Gebrüder Steiner“ in Zwickau und „Becker & Schrapf“ in Chemnitz. In der erstgenannten Firma wurde 1786 eine „Druckmaschine“ aufgestellt, über die es in der Meßrelation von 1786 (*König, Albin*, Die sächsische Baumwollindustrie am Ende des vorigen Jahrhunderts und während der Kontinentalperre, Leipzig 1899, S. 156) hinsichtlich des durch sie herbeigeführten technisch-ökonomischen Fortschritts heißt, der Druck sei „in der Manipulation von anderen ähnlichen Druckereien gänzlich“ verschieden, indem „nicht mit hölzernen Formen auf Tischen, auch nicht mit solchen Farben“ gedruckt werde, „die erst durch die nachherige Färbung mit Krapp zum rechten Vorscheine kommen, sondern mit einer Maschine, wobei mehrere Personen zugleich arbeiten, die Farben auftragen“.

Druckmaschine hin jedoch erst gegen Ende der zwanziger und um die Mitte der dreißiger Jahre des 19. Jahrhunderts und auch da nur zögernd die Kattundruckabteilungen der Baumwollmanufakturen wie die reinen Kattundruckereien zu ergreifen begann.<sup>7)</sup> In der Spinnerei waren an diesem Prozeß alle Typen von Maschinen beteiligt, angefangen von der am Wasser gehenden Jenny, die an die Stelle der eine reine „Handspinnmaschine“ darstellenden Jenny der Anfangszeit getreten war, bis zu den ebenfalls meistens durch Wasserkraft<sup>8)</sup>, bei Wassermangel durch menschlichen oder tierischen Antrieb<sup>9)</sup> in Bewegung gesetzten Mule- und Watermaschinen,<sup>10)</sup> während beim Kattundruck die unter dem Namen Leitenbergine und Perrotine bekannt gewordenen Walzendruckmaschinen<sup>11)</sup> die erste Mechanisierungsphase bestritten. Hand in Hand mit dieser so hervorgerufenen sprunghaften Steigerung der Produktivität durch Mechanisierung kam es in der Baumwollmanufaktur des ausgehenden 18. Jahrhunderts zu einer ebensolchen geringeren Grades durch den Übergang von der Rasen- zur chemischen Bleiche<sup>12)</sup>, wodurch der Bleichprozeß beschleunigt und von Witterungseinflüssen unabhängig wurde. Auch dieser Vorgang stellt eine Etappe auf dem Wege von der Manufaktur zur Fabrik dar<sup>13)</sup>, den 1793 bereits 4, somit fast 30% aller damaligen Chemnitzer und Franken-

Becker machte 1820 den Versuch, Kattundruckwalzen aufzustellen und über 30 dadurch entbehrlich werdende Gesellen zu entlassen. Sein Vorhaben scheiterte aber daran, daß aus Protest dagegen von 180 Drucktischen mehrere tagelang alle Arbeiter wegblieben, so daß sich Becker gezwungen sah, die aus Frankreich eingeführten Walzenmaschinen nach Böhmen zu verkaufen. (Ebenda).

7) 1828 brachte die Kattundruckerei von „Ackermann & Comp.“ in Chemnitz eine „tüchtige mehrfarbige“ Walzendruckmaschine in Gang (Redaktion des Gewerbeblattes für Sachsen, Industrielle Zustände Sachsens, Drittes Heft, Chemnitz 1839, S. 193 u. 194) und in der Mitte der dreißiger Jahre ging die Kattundruckerei von Bodemer in Naundorf bei Großhain „zur Anwendung des mehrfarbigen Walzendrucks über . . .“ (Ebenda, S. 164).

8) 1831 gingen 94% der Baumwollspindeln in Sachsen am Wasser, während der Dampf erst bei vier Spinnereien mit etwas über 6% aller damals laufenden Spindeln und auch nur bei Wassermangel eingesetzt war (König, a. a. O., S. 334).

9) Ebenda.                      10) Ebenda, S. 101.

11) Forberger, a. a. O., S. 177 u. 299.

12) König, a. a. O., S. 156.

13) Vgl. hierzu Marx, der im „Kapital“ (a. a. O., Bd. I, S. 487) nicht nur von „chemischen Manufakturen“ spricht, sondern auch bei der „maschinenartigen Produktion“ an die Einbeziehung chemischer Prozesse gedacht hat, wenn er auf Seite 397 schreibt: „Der Gesamtprozeß wird hier objektiv an und für sich betrachtet, in seine konstituierenden Phasen analysiert, und das Problem, jeden Teilprozeß auszuführen, und die verschiedenen Teilprozesse zu verbinden, durch technische Anwendung der Mechanik, Chemie usw. gelöst . . .“.

berger Kattundruckereien mit 35<sup>0</sup>/<sub>0</sub> der gesamten Drucktischkapazität beschritten hatten<sup>14</sup>), der aber auch in der Zeugdruckerei<sup>15</sup>) und in gleicher Weise bei den reinen Bleichen wahrzunehmen ist.<sup>16</sup>) Freilich darf der Übergang von der Manufaktur zur Fabrik im Baumwollgewerbe nur als ein langsames Vorrücken der Mechanisierung gesehen werden; innerhalb der Baumwollfabriken bestanden noch lange zentrale oder zerstreute Manufakturabteilungen, die teilweise sogar erst nach dem Einsatz von Maschinen neu eingerichtet worden waren. So erfolgten das Spinnen und Weben gröberer Garne infolge des im Vergleich zu England niedrigeren sächsischen Lohnniveaus noch eine Zeitlang auf diese Weise<sup>17</sup>), wobei allerdings auch jene Spinner und Weber schon als Fabrikarbeiter anzusehen sind, sobald im maßgebenden Teil der Unternehmung das Fabrikstadium erreicht war.

Im Wollgewerbe zeigten sich die ersten Ansätze eines Übergangs von manufakturmäßiger zu fabrikatorischer Fertigung um 1800.<sup>18</sup>) Die Maschine fand zuerst beim Wollekrepeln Eingang und eroberte sich nach und nach auch die Arbeitsprozesse des Spinnens, Webens, Walkens, der Tuchbereitung und anderer bis dahin mit der Hand ausgeführter Verrichtungen. In den sächsischen Tuchmanufakturen und sonstigen Wolle verarbeitenden arbeitsteiligen Werkstätten<sup>19</sup>) fanden bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts Krepel- und Streichmaschinen, Feinspinnmaschinen, mechanische Webstühle, Walkmaschinen, Rauhaschinen und Scheermaschinen Eingang, zu deren Antrieb entweder das Wasser oder Pferde- und Dampfkraft herangezogen wurden<sup>20</sup>), während sich

<sup>14</sup>) Es waren dies nach *König* (a. a. O., S. 187) in Chemnitz die Betriebe von „Gebrüder Hübner“, „Seifert und Schulze“ und in Frankenberg der von Ranft („Ranft & Ehrenberg“), der es am weitesten darin gebracht hatte.

<sup>15</sup>) Siehe die Chemnitzer Zeugdruckereien von Schulze und von Seyfert im vorerwähnten Tabellarium.

<sup>16</sup>) Vgl. hierzu die ebenfalls tabellarisch erfaßten Bleichen von I. D. Diener in Wüstenbrand und August Friedrich Beckert in Nutzung-Oberlungwitz.

<sup>17</sup>) In diesem Zusammenhang verdient die Tatsache Erwähnung, daß in Sachsen vereinzelt sogar eine Rückentwicklung von der Fabrik zur Manufaktur stattgefunden hat, so bei der Herstellung von Zigarren, von der *Louis Oeser* (Album der Sächsischen Industrie oder Sachsens größte und ausgezeichnete Fabriken, Manufakturen, Maschinen- und anderen wichtige gewerbliche Etablissements in vorzüglichen naturgetreuen Abbildungen mit statistisch-topographischem, historischem und gewerblichem Texte, Zweiter Band, Erste Lieferung, Neusalza 1859—1863, S. 85) berichtet, daß die Fabrik von Hunger und Jacob in Frankenberg anfangs mit Maschinen arbeitete, die aber „als unpraktisch wieder abgeschafft“ wurden.

<sup>18</sup>) Siehe die Tuchmanufaktur des Schnittwarenhändlers Christian August Roch in Freiberg im Tabellarium.

<sup>19</sup>) Statistisch schwer beizukommen ist dem Mechanisierungsprozeß in den kleinen zerstreuten Strumpfmanufakturen der Oberlausitz, insbesondere Bautzens, der noch untersucht werden muß.

<sup>20</sup>) Näheres im vorerwähnten Tabellarium.

bei dem für die Qualität der Wolle so wichtigen Kämmprozeß noch lange Zeit die Handarbeit erhielt, da die Erfindung von Wollkämmaschinen ein technisch schwieriges Problem darstellte, dessen Lösung, auch durch die Aussetzung staatlicher Prämien angeregt<sup>21)</sup>, auf sich warten ließ.<sup>22)</sup>

Im Gegensatz zum Baumwoll- und Wollgewerbe hat sich bei der Seide aus den zahlreich vorhandenen Manufakturen nur ausnahmsweise maschinelle Produktion entwickelt.<sup>22a)</sup> Ein erster und früherer Ansatz dazu ist in der Seidenmanufaktur von Raabe in Mahitschen bei Torgau zu sehen, die noch vor dem Siebenjährigen Kriege durch die Aufstellung des „Filatoriums“, einer Seidenzwirnmaschine mit 80000 Spindeln, zur Fabrik wurde. Erst 1838 ging eine zweite Seidenmanufaktur, die Firma Esche in Limbach, durch die Aufstellung mechanischer Strumpfstühle und der dazugehörigen Spulmaschinen zur mechanischen Fertigung über.<sup>23)</sup> Als reiner Seidenbetrieb ist diese Unternehmung jedoch nicht mehr zu betrachten, da außer Seiden- auch Woll- und Baumwollstrümpfe fabriziert wurden.

Auch bei der Leinwandmanufaktur, die in Sachsen offenbar lediglich in ihrer zerstreuten Form auftrat, sind – wenn infolge dieses Charakters oft auch nur mühselig feststellbare und schwer exakt zu belegende – Übergänge zur fabrikatorischen Produktionsweise zu bemerken, so im Damastgewerbe Großschönaus, wo der Mechanisierungsprozeß in den dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts mit der Einführung von Jacquard- und Zwirnmaschinen begann.<sup>24)</sup>

Bereits auf der Grenze zwischen Textilgewerbe und den jetzt zu betrachtenden Werkstätten zur Verarbeitung von Bergwerksprodukten stehen die Betriebe des leonischen Gewerbes.<sup>25)</sup> Wenn auch nicht wie in der reinen Manufaktur ausschließlich, so lief doch auch bei diesen wie den anderen, in der kamera-

<sup>21)</sup> Forberger, a. a. O., S. 82.

<sup>22)</sup> Wieck, Friedrich Georg, Industrielle Zustände Sachsens – Das Gesamtgebiet des sächsischen Manufaktur- und Fabrikwesens, Handels und Verkehrs. Historisch, statistisch und kritisch beleuchtet, Chemnitz 1840, S. 221 u. 222.

<sup>22a)</sup> Die anderen Textilbranchen boten dazu offensichtlich lohnendere Chancen als die Seide, deren Bezug wie Verarbeitung kostspielig waren, weil sie hohes Betriebskapital erforderten (s. auch Wieck, a. a. O., S. 340 ff.). Im Leinengewerbe standen dem lange Zeit technische Schwierigkeiten entgegen. Wieck schrieb 1840 (wie oben, S. 242), „Leinwand auf Maschinen zu weben, ist stets ein schweres Stück Arbeit gewesen – und bis vor kurzem nicht mit Vortheil gelungen.“

<sup>23)</sup> Die im Jahre 1827 von Thilo und Röhling gegründete bedeutende Seidenweberei in Annaberg (ebenda, a. a. O., S. 340) hatte keine manufakturmäßigen Wurzeln.

<sup>24)</sup> Forberger, a. a. O., S. 292.

<sup>25)</sup> Die erste leonische „Fabrik“ wurde in den Jahren 1692 bis 1695 von Thomas Weber in Freiberg errichtet (ebenda, S. 181 u. 182).

listischen Systematik des ausgehenden 18. Jahrhunderts als „Bergfabriken“ bezeichneten Werkstätten<sup>26)</sup> der überwiegende Teil der Fertigungsprozesse in der Form arbeitsteiliger Handarbeit ab. Einige Teilverrichtungen jedoch bedurften, wenn sie überhaupt ausführbar sein sollten, von Anfang an des Einsatzes thermo- und chemotechnischer Verfahren. Dadurch erhielten die Bergfabriken ihren Charakter als Mischformen<sup>27)</sup> zwischen Manufaktur und Fabrik<sup>28)</sup>, bei denen ganz im Gegensatz zum Textilgewerbe der Prozeß zunehmender Mechanisierung und verstärkter Anwendung der vorgenannten Verfahrensarten nicht selten kurz nach ihrer Gründung einsetzte, um sich mit steigender Intensität über mehrere Jahrhunderte zu erstrecken.<sup>29)</sup> Infolge seines langsamen Verlaufs entbehrte der Mechanisierungsprozeß bei ihnen auch aller konzentriert revolutionären Begleiterscheinungen, wie sie beim plötzlichen Übergang der Manufaktur zur Fabrik im Baumwollgewerbe den Umschlag in eine neue Qualität zum Ausdruck brachten. Ihm fehlte insbesondere die sprungartige und massenhafte Erhöhung der Arbeitsproduktivität mit ihren ungewöhnlich günstigen Auswirkungen auf die Unternehmer und ihre Profite sowie der katastrophale Einfluß auf die Lage der selbstverständlich auch dort von kapitalistischer Ausbeutung nicht freien Arbeiter. Dies galt insbesondere

26) Zu ihnen wurden unter anderem die Werkstätten zur Herstellung von Porzellan und Fayence, die „Glasfabriken“, Granatschleifereien, Alaun-, Vitriol- und Schwefelwerke, „Boraxfabriken“, Salpetersiedereien, Pulvermühlen, Blaufarben- und Arsenikwerke, Silberschmelzhütten, Kupfer- und Zinnhütten, Hammerwerke, Münzen, Silber- und Kupferhämmer, Gold- und Silbertressenmanufakturen, Stück- und Glockengießereien, Messingwerke, „Hörner- und Trompetenfabriken“, Bleikugel- und Schrotgießereien, „Bleiglätte- sowie Mennig- und Bleyweißfabriken“, Eisenblech- und Eisendrathwerke, Zayn-, Schaufel- und Waffenhämmer, „Plattenwalzfabriken“, Feilenhauereien, „Eisenblechwaarenfabriken“, Löffelschmieden, Karbätschen- und Krempelmachereien, Zwecken- und Nagelschmieden, „Nadelfabriken“, Poliermühlen und Gewehrmanufakturen gerechnet (*Forberger*, a. a. O., S. 178).

27) Diese Einschätzung der „Bergfabriken“ durchweg als Mischformen geht über den vom Verfasser in seiner Manufakturarbeit eingenommenen Standpunkt (a. a. O., S. 178) hinaus, da noch dort mit Rücksicht auf die in Wissenschaft und allgemeinem Sprachgebrauch übliche Bezeichnung beispielsweise der Werkstätten zur Herstellung von Porzellan, Fayence, Gold- und Silberdraht wie auch von Tressen als Manufaktur die Auffassung vertreten wurde, die Bergfabriken „stellten in vielen Fällen arbeitsteilige Kooperationen“ und lediglich „zu einem nicht unerheblichen Teil auch Mischformen“ dar. Tatsächlich zeigt sich aber auch bei den oben angeführten Beispielen etwas gegenüber der reinen Manufaktur prinzipiell anderes, so daß die Revision seiner Auffassung begründet erscheint.

28) Wenn es einen Grund geben könnte, die Bergfabriken nicht den Manufakturen zuzurechnen, so wäre es eben dieser ihr Mischcharakter.

29) Vgl. hierzu die bereits erwähnten Ausführungen des Verfassers „Zu den Begriffen Manufaktur und Fabrik“.

auch für den Teil der Bergfabriken, den wir heute als Schwerindustrie<sup>30)</sup> bezeichnen. Noch 1840 schmolzen die sächsischen Eisenhütten fast ausnahmslos<sup>31)</sup> mit Holzkohle, während das westliche Ausland schon längst zur Koks-schmelze übergegangen war. Größere, durch allgemeine Verwendung von Steinkohle und Koks sowie durch massenhafteren Einsatz thermo- und chemotechnischer Verfahren herbeigeführte Produktionsfortschritte fallen bei den sächsischen Bergbauprodukte verarbeitenden Werkstätten schon nicht mehr in die Frühzeit der Fabrik, sondern spielen sich zumeist nach dem Ende der Industriellen Revolution im Baumwollgewerbe ab, mithin zu einer Zeit, in welcher der industrielle Kapitalismus auch in diesem Lande bereits zur Anwendung intensiver Ausbeutungsmethoden übergegangen und damit in sein zweites Stadium eingetreten war.

*Als Resultat der vorstehenden Analyse ist festzustellen, daß sich bei der zahlenmäßig bedeutsamen, in ihrer tabellarischen Erfassung aber noch nicht einmal über den ersten Anfang<sup>32)</sup> hinausgekommenen Gruppe der Bergfabriken ein zeitlich äußerst weitgespannter Übergang<sup>33)</sup> zu immer größerer Mechanisierung und Motorisierung der einzelnen Teilarbeitsprozesse vollzogen hat, der sich auf so gut wie alle Betriebe dieser Kategorie erstreckte. Weiterhin geht aus ihr hervor, daß auch bei reinen Manufakturen ein branchenmäßig verschieden breiter Übergang zur Fabrik stattgefunden hat. Wie bereits anfangs erwähnt, waren an ihm das Textilgewerbe und von diesem wiederum das Baumwollgewerbe am stärksten beteiligt, nicht nur hinsichtlich der Zahl, sondern auch der Produktionskapazität der übergegangenen Betriebe. Die zu Fabriken gewordenen Baumwoll- und Wollmanufakturen stellten fast durchweg die kapitalkräftigsten und ihrem Produktionsvolumen nach bedeutendsten ihrer Branche dar, wie andererseits im Baumwollgewerbe und insbesondere beim Kattundruck tatsächlich fast alle großen Manu-*

<sup>30)</sup> Zu ihr gehören Bergbau, Hüttenwesen und Stahlindustrie („Brockhaus' ABC der Naturwissenschaft und Technik“, Leipzig 1952, S. 559).

<sup>31)</sup> Lediglich drei mit Kupolöfen ausgestattete sächsische Gießereien — die des Freiherrn von Burgk im Plauenschen Grunde bei Dresden, die von Franz und Karl Jacobi in Meißen und die der „Mechanischen Werkstätten“ von Übigau und Chemnitz (Wieck, a. a. O., S. 377 u. 380) — sowie eine „Puddlingsfrischerei“ mit Walzwerk in Obercarsdorf, die sich ebenfalls im Eigentum Burgks befand (Wieck, a. a. O., S. 380) und eine weitere ohne Walzwerk in der sächsischen Maschinenbauwerkstatt bei Chemnitz (ebenda) verwendeten um diese Zeit bereits Steinkohlen.

<sup>32)</sup> Eine Gesamtdarstellung der Geschichte dieser Betriebe bleibt einer späteren Untersuchung vorbehalten.

<sup>33)</sup> So beginnt die urkundlich belegte Geschichte der „mindestens einhundert Eisenhütten“ des Erzgebirges mit der des Erlahammers bei Schwarzenberg im Jahre 1380 (Sieber, Siegfried, Wie das Erzgebirge Industrieland wurde. Eine wirtschaftsgeschichtlich-soziologische Studie. In: „Urania. Monatschrift über Natur und Gesellschaft“, 14. Jahrg. Jena 1951, S. 371).

fakturen, soweit sie nicht ein Opfer der Aufhebung der Kontinentalsperre geworden waren, die fabrikatorische Fertigung aufnahmen.<sup>34)</sup>

Dabei ist hervorzuheben, daß sich die sächsischen Baumwollmanufakturen in diesen Entwicklungsprozeß ganz von Anfang an einschalteten. Von den 255 904 bis zum Jahre 1812 eingerichteten Baumwollmaschinenspindeln<sup>35)</sup> entfielen nämlich allein 37 560 = 14,6<sup>0</sup>/<sub>10</sub> auf die in den Kattundruckereien mit Verlag von Spinnern<sup>36)</sup> und weitere 43 572 = 17<sup>0</sup>/<sub>10</sub> auf solche in den vogtländischen Baumwollveredelungsmanufakturen<sup>37)</sup> laufenden.<sup>38)</sup>

Wenn nunmehr wie über die Bergfabriken so auch über die Textilmanufakturen eine Aussage in bezug auf das Ausmaß ihrer Hinwendung zur fabrikatorischen Produktionsweise versucht wird<sup>39)</sup>, so ist es nach dem augenblicklichen Stand der Forschung vertretbar, den Anteil der zu Fabriken gewordenen Kattundruckmanufakturen mit einem Drittel und den der Woll- wie der Textilmanufakturen überhaupt mit je einem Fünftel aller Manufakturen dieser Branche anzunehmen,

<sup>34)</sup> Siehe im einzelnen das Tabellarium.

<sup>35)</sup> König, a. a. O., S. 319.

<sup>36)</sup> Es verfügten nach König (a. a. O., S. 340)

über 10368 Maschinenspindeln

über 6000 Maschinenspindeln

über 3072 Maschinenspindeln

über 1536 Maschinenspindeln

über 8170 Maschinenspindeln

über 1536 Maschinenspindeln

über 2300 Maschinenspindeln

über 2688 Maschinenspindeln

über 1890 Maschinenspindeln

Neumeister/Gössel, Plauen Michaelis 1812  
Pflugbeil u. Comp., Chemnitz Ostern 1812  
Kreysig u. Comp., (später Ackermann  
u. Comp.) Chemnitz Ostern 1812  
Ranft u. Ehrenberg, Frankenberg Michaelis  
1812

Becker u. Schraps, Chemnitz Michaelis 1812

Pfaff u. Sohn, Chemnitz Michaelis 1812

Facilides u. Hähnel, Plauen Ostern 1813

Gebr. Levy, Grimma Michaelis 1812

Anke, Frankenberg Michaelis 1812

<sup>37)</sup> Darunter sind jene im einzelnen hinsichtlich ihres Charakters als Manufaktur — und zwar als zerstreute — noch nicht belegten und deshalb auch noch nicht ins Tabellarium aufgenommenen Unternehmungen von „Grossohändlern“ zu verstehen, von denen König (a. a. O., S. 140—149) summarisch schreibt, daß sie das ihnen gelieferte Baumwollfabrikat lediglich der Appretur unterwarfen.

<sup>38)</sup> Es waren nach König (a. a. O., S. 351, für Brückner a. a. O., S. 340) aufgestellt Michaelis 1812 bei:

Haußner, Plauen, 1920 Maschinenspindeln

Brückner, Mylau, 23232 Maschinenspindeln

Petzold, Reichenbach, 6000 Maschinenspindeln

Thomas, Lengenfels, 12420 Maschinenspindeln.

<sup>39)</sup> Die Schwierigkeiten eines solchen Vorhabens wurden schon eingangs angedeutet. Sie bestehen einmal darin, daß sich zwar nicht die zentralisierten, wohl aber die zerstreuten Manufakturen und insbesondere die kleineren wegen ungünstiger Quellenlage schwer erfassen lassen und zum anderen auch die echten Fabriken aus den zeitgenössischen Unterlagen oftmals nicht mit Sicherheit herausgefunden werden können, da uns die Steuerkataster als die beste Unterlage dafür nicht überliefert sind.

während nur etwa ein Fünfundzwanzigstel aller Textilfabriken aus Manufakturen hervorgegangen sein dürfte.<sup>40)</sup>

Diese Anteile stellen sich aber als noch erheblich höher dar, sobald nicht, wie hier, die Zahl der übergegangenen Betriebe auf die Gesamtzahl der je in Sachsen bis dahin vorhandenen Manufakturen projiziert wird, sondern die Zahl der zu Fabriken gewordenen Manufakturen zur Zahl der lediglich im Jahrzehnt vor dem Beginn des Umwandlungsprozesses vorhandenen Manufakturen ins Verhältnis gesetzt wird.<sup>40a)</sup>

Wird am Schluß dieses Artikels die Frage nach dem Wert solcher Untersuchungen wie der vorstehenden gestellt, so drängt sich als erstes ihre Bedeutung als Argument für die Richtigkeit der These vom unmittelbaren Übergang der manufakturmäßigen in die fabrikatorische Produktionsweise auf.<sup>41)</sup> Wie diese Tatsache, so können auch die Auswirkungen dieses Überganges, die ihre Erörterung innerhalb einer sich mit der nichtmaschinellen Fertigung insgesamt befassenden Untersuchung finden, nur angedeutet werden. Sie lagen in zweierlei Richtung und betrafen einmal die Seite der Produktivkräfte, auf der sie sich in einer im einzelnen noch genau zu belegenden sprunghaften Steigerung der Arbeitsproduktivität mit ihren zahlreichen und einschneidenden Folgen äußerten, und zum anderen wirkten sie sich auf der Seite der Produktionsverhältnisse in einer für Sachsen ebenfalls noch ausführlich darzustellenden Umwälzung seines sozialen Gefüges aus.

<sup>40)</sup> Siehe Anlage 1.

<sup>40a)</sup> Dies ist zur Zeit materialmäßig noch nicht möglich, da die Lebensdauer der sächsischen Manufakturen erst zum Teil bekannt ist. Ausgangsbasis wäre die Zahl der sächsischen Manufakturen in den Jahren 1800–1810.

<sup>41)</sup> Vgl. hierzu die Ausführungen des Verfassers, insbesondere dessen Polemik gegenüber Georg Jahn und Hans Hausserr, in dem bereits erwähnten Artikel: Zur Auseinandersetzung über das Problem des Übergangs von der Manufaktur zur Fabrik.

Siehe Anlage 3.

## ANLAGE 1

Zur Zeit wird vom Verfasser die Analyse einer namentlichen Zusammenstellung sämtlicher nichthandwerklichen Gewerbebetriebe Sachsens in den Jahren 1800, 1825, 1839/40 und 1857 nach ihrem Charakter als Manufaktur, Fabrik oder Verlagsunternehmung vorbereitet, die es ermöglichen wird, künftig die qualitativen Veränderungen in der Betriebsstruktur dieses Landes, und vor allem den Übergang von der Manufaktur zur Fabrik, auch in ihren einzelnen Phasen ziemlich genau zu verfolgen. Für die vorliegende Untersuchung wurde der Umwandlungsprozeß in seiner größenmäßigen Bedeutung provisorisch an den Relationen des Jahres 1837 gemessen, was dadurch berechtigt erscheint, daß wesentliche Mechanisierungsvorgänge, namentlich in der Baumwollindustrie, damals bereits einen gewissen Abschluß gefunden hatten. Die Berechnung der im Text genannten Verhältniszahlen beruht auf folgender Grundlage:

## 1. FABRIKEN

Nach der „Statistischen Aufstellung sämtlicher Handels- und Fabrikgeschäfte Sachsens“ von 1837 (*Wieck*, a. a. O., S. 411ffg.) gab es in diesem Jahre in Sachsen 2952 „Fabrik-, Fabrikverlags- und Faktorgeschäfte“. Werden von dieser Zahl die Betriebe der Klasse B der Gewerbesteuer abgesetzt, so bleiben die größeren Betriebe der Steuerklasse A übrig, die aber auch nicht durchweg echte Fabriken darstellen, so daß von der sich so ergebenden Zahl wenigstens noch einmal 10% (vielleicht sogar besser 20%) für größere, aber nichtmaschinelle Verlagsunternehmungen und andere nichtfabrikatorische Betriebe abgesetzt werden müssen.

An Betrieben der Steuerklasse A waren im Textilgewerbe, nach Branchen aufgliedert, vorhanden:

276	Maschinenspinnereien
38	fabrikmäßige Bleichereien
30	Färbereien
108	Schafwollwebereien
33	Leinewebereien
91	Baumwollwebereien
2	Seidenwebereien
44	Strumpfwebereien
67	Bandwebereien
45	Kattundruckereien (und andere)
46	Spitzen- u. Nähwarenfabrikationsstätten
2	Teppichfabriken
10	Wachstuchfabriken, mithin
<hr/>	
792	Betriebe zusammen,

von denen 79 für zweifelhafte Fälle abgesetzt werden, so daß sich eine Gesamtzahl von 713 Textilfabriken ergibt mithin den weiteren Berechnungen rund 700 *Textilfabriken* im Jahre 1837 zugrunde gelegt werden können.

Von den Fabriken der anderen Branchen waren

- 6 Lederfabriken
- 14 Holzwarenfabriken
- 8 Strohwarenfabriken
- 19 Tabakfabriken
- 7 Zuckerfabriken
- 48 Eisenwerke und -werkstätten
- 9 sonstige Metallfabriken
- 5 Steingut- und Tonwarenfabriken
- 6 Bergfabriken
- 12 chemische Fabriken
- 18 Maschinenbauanstalten
- 17 Musikinstrumentenfabriken
- 66 Papierfabriken
- 10 Kurzwarenfabriken
- 7 Nahrungsmittelfabriken
- 2 Glaswarenfabriken, d. s.

254 Betriebe zusammen,

von denen nach Abzug von 10<sup>0</sup>/<sub>0</sub> = 25 für zweifelhafte Fälle 229 übrig bleiben, so daß mit rund 230 *sonstigen Fabriken* im Jahre 1837 gerechnet werden kann.

Als Gesamtzahl *aller sächsischen Fabriken* ergibt sich für das Jahr 1837 somit die Zahl von 930.

## 2. MANUFAKTUREN

An Textilmanufakturen sind im Tabellarium der Manufakturarbeit des Verfassers (a. a. O., S. 313 flg.) mindestens 185 Betriebe erfaßt, von denen 10<sup>0</sup>/<sub>0</sub> = 19 für zweifelhafte Fälle abgesetzt und 7 nachträglich hinzugekommene ergänzt werden, so daß sich eine Gesamtzahl von 173 ergibt und so mit insgesamt 170 *Textilmanufakturen* gerechnet werden kann.

Von den obengenannten 185 Betrieben waren 55 Woll-, Zeug- und Tuchmanufakturen; davon werden 10<sup>0</sup>/<sub>0</sub> = 6 für zweifelhafte Fälle abgesetzt und 3 nachträglich hinzugekommene zugeschrieben, so daß sich insgesamt 52 ergeben und der Berechnung somit 50 *Wollmanufakturen* zugrunde gelegt werden können.

Ebenfalls wird mit 50 *Kattundruckereien* gerechnet, deren Zahl sich aus 54 tabellarisch erfaßten Betrieben abzüglich 5 für zweifelhafte Fälle zuzüglich 3 nachträglich dazugekommener Betriebe ergibt.

## 3. BERECHNUNG DER PROZENTSÄTZE

Es wurden zu Fabriken: 32 Textilmanufakturen, evtl. sogar 38 bzw. 43, davon 14 Kattundruckereien und 10 Wollmanufakturen; mithin ergeben sich folgende Prozentsätze:

$$32:170 = 18,8\%$$

$$32:700 = 4,1\%$$

$$14: 50 = 28,0\%$$

$$10: 50 = 20,0\%$$

Die Betriebe, durch welche sich die Zahl der zu Fabriken gewordenen Textilmanufakturen evtl. noch von 32 auf 39 bzw. 43 erhöhen kann, sind folgende: 6 Baumwollveredelungsmanufakturen, und zwar die von Kommerzienrat Lange und Bugenhagen, Chemnitz, Haußner, Plauen, Brückner, Mylau, Petzold, Reichenbach, Thomas, Lengenfeld; 5 Damastmanufakturen, und zwar die Großschönauer Betriebe von Wäntig & Söhne, I. G. Lieske & Häbler, Gottfried Augustin, Karl Friedrich Wäntig, Johann Gottfried Schiffner.

## ANLAGE 2

## TABELLARIUM DER SÄCHSISCHEN, ZU FABRIKEN

Manufaktur	Sitz	Jahr des erstmaligen Arbeitseinsatzes	Maschineneinsatz		Sonstige technische Ausrüstung
			Arbeitsmaschinen	Kraftmaschinen	
a) Art					
b) Gründer (G) bzw. Eigentümer (E)					
c) Gründungsjahr					
1	2	3	4	5	6

## TEXTILMANUFAKTUREN:

a) Seidenmanufaktur	Mahitschen b. Torgau	In den Jahren vor dem Siebenjährigen Kriege	Seidenzwirnmachine (Filatorium) mit 80000 Spindeln	Antriebsart nicht bekannt, vermutlich aber kein Handantrieb, da ausdrücklich hervorgehoben wird, daß es sich bei dem kleinen Filatorium, das Raabe zur Probe in seiner Leipziger Seidenmanufaktur vor dem Mahitschener hatte aufstellen lassen, um ein handgetriebenes handelte	
b) G u. E Kaufmann Raabe, danach dessen Sohn, ab 1766 von dessen bisherigem Buchhalter Riedner weitergeführt					
c) in den Jahren vor dem Siebenjährigen Kriege					
a) Seidenstrumpfmanufaktur	Limbach	1838 erster Kettenstuhl mit Jacquardmaschine aus Lyon	Moritz Samuel Esche: um 1855 größere Zahl mechanischer Strumpfstühle (Rundstuhlmaschinen), dazugehörige Spulmaschinen und Nähmaschinen;	Moritz Samuel Esche: um 1855 1 Dampfmaschine von 8 PS; Reinhold Esche: um 1855 1 Dampfmaschine von 6 PS	1777 Bau des Hauptgeschäftshauses durch Johann Samuel Esche; Moritz Samuel Esche: 1854 Bau eines geschlossenen „Etablissements“, Rund-
b) G David Esche bzw. Johann Samuel Esche, danach bis 1835 seine Söhne Moritz Samuel und					

GEWORDENEN MANUFAKTUREN <sup>42)</sup>

Manufaktur	Produktionskapazität als		Bemerkungen	Quellennachweis
	Fabrik	Fabrik		
	a) Arbeiterzahl b) Produktionsleistung c) Sonstige Produktionsdaten	a) Firma bzw. Eigentümer b) Branche		
7	8	9	10	11

	a) 14 bis 15 Personen, meistens Kinder, denen es oblag, das Filatorium zum Zwirnen und Doublieren der Seide zu bedienen, in dem sie die Seide „aufsteckten“, die zerrissenen Fäden anknüpften und die Kränze einhingen	wie 1b		Forberger, a. a. O., S. 64, 145, 322, 323
	b) Spinnleistung nach Rößig das 600fache der Handspinnleistung			
1764 80, 1765 21, 1792 54, 1793 43 Stühle; Jahresproduktion: 3600 Paar Strümpfe, Seidenverbrauch für jährlich 30000 Taler	a) Moritz Samuel Esche: um 1855 6 Kontoristen, 1 Direktrice, im geschlossenen Etablissement 110 Fabrikarbeiter, Mädchen und Kinder, in der Appretur 50–60 Arbeiter,	Moritz Samuel Esche: E ab 1835 Moritz Samuel Esche, E ab 1843 Julius und Theodor Esche (Söhne von Samuel Esche), Prokura Eduard Wiede;	Nach Oeser gründete Johann Samuel Esche, ein Nachkomme von David Esche, in der letzten Hälfte des 18. Jahrhunderts die Manufaktur. Deshalb ist noch zu	Forberger, a. a. O., S. 320, 321; Oeser I, a. a. O., S. 153, 154; Oeser II, a. a. O., S. 11, 12; Deutschlands Jubiläumsfirmen, a. a. O., S. 40

Fortsetzung

Manufaktur	Sitz	Jahr des erst- maligen Arbeits- ma- schinen- einsatzes	Maschineneinsatz		Sonstige technische Ausrüstung
			Arbeits- maschinen	Kraft-	
a) Art b) Gründer (G) bzw. Eigentümer (E) c) Gründungsjahr					
1	2	3	4	5	6
Reinhold Esche, danach zwei Fir- men: Moritz Sa- muel Esche und Reinhold Esche  c) vor 1745 bzw. zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts			Reinhold Esche: um 1855 40 Strumpfmaschi- nen, 15 Spulma- schinen, 50 Näh- maschinen		stuhlmashinen- bau hauptsäch- lich für den eige- nen Bedarf

Manufaktur	Produktionskapazität als		Bemerkungen	Quellennachweis
	Fabrik	Fabrik		
	a) Arbeiterzahl b) Produktions- leistung c) Sonstige Pro- duktionsdaten	a) Firma bzw. Eigentümer b) Branche		
7	8	9	10	11
	außer Hause „eine große Anzahl Hände“;  Reinhold Esche: um 1855 150 Ar- beitskräfte in der Fabrik und Appre- tur, außer Hause in Limbach und Umgebung bedeu- tende Anzahl We- ber  b) Moritz Samuel Esche: Haupter- zeugnisse Strümpfe und Socken aller Art, Handschuhe, Unterhosen, Jak- ken, Mützen, Hau- ben und dgl. in Wolle, Baumwolle und Seide;  Absatzgebiete: Deutschland, Eu- ropa, Nord- und Südamerika, Au- stralien, Ostindien, Afrika;  Reinhold Esche: Haupterzeugnisse Rundstuhl- strümpfe, Socken und Jacken;	Reinhold Esche: G u. E ab 1835 Reinhold Esche, E um 1855 Ernst Esche und Gu- stav Fürbringer	belegen, daß eine Kontinuität zwi- schen David und Johann Samuel Esches Betrieb besteht, was nach Gebauer der Fall ist, da dieser schreibt: „Die Nachkommen Esches betrieben diese Manufak- tur noch zu An- fang des 19. Jahrhunderts“	

Fortsetzung

Manufaktur	Sitz	Jahr des erst- maligen Arbeits- ma- schinen- einsatzes	Maschineneinsatz		Sonstige technische Ausrüstung
			Arbeits- maschinen	Kraft- maschinen	
1	2	3	4	5	6
a) b) Gründer (G) bzw. Eigentümer (E) c) Gründungsjahr					
a) Kattundruckerei und Baumwoll- spinnerei	Chemnitz	1799 bzw. 1804	Ostern 1801 6, Ostern 1803 16, Michaelis 1805 17, Handspinnma- schinen mit je 42 Spindeln (siehe Sp. 10), seit Sommer 1804 Vorspinnmaschi- nen nach Art der Whitefieldschen (Handantrieb?), 1799 Einsatz einer	Krempeln mit Wasserantrieb desgl. Mandeln,	
b) G u. E Chr. Friedrich u. Chr. Wilhelm Pflugbeil, Firma „Gebrüder Pflug- beil“;					
c) 1793					

Manufaktur	Produktionskapazität als		Bemerkungen	Quellennachweis
	Fabrik	Fabrik		
7	8	9	10	11
	a) Arbeiterzahl b) Produktions- leistung c) Sonstige Pro- duktionsdaten	a) Firma bzw. Eigentümer b) Branche		
	Absatzgebiete Kontinent sowie durch „Export“ c) Moritz Samuel Esche: Strumpf- fabrikation und Rundstuhlmaschi- nenbau; Reinhold Esche: Rundstuhl- strumpffabri- kation im geschlos- senen Etablis- sement, alle anderen Strumpfwaren außer Haus b) grobes Garn von den Nummern 16–18, auch bis 22 Produktion auf 16 „Maschinen“ pro Woche 300–400 Stück		Zu Spalte 6. Diese Hand- spinnmaschinen hatten an Stelle der Kneipstange Walzen und nä- herten sich so in der Konstruk- tion den engli- schen Spinn- mühlen	Forberger, a. a. O., S. 356; König, a. a. O., S. 98
1793 12, 1804 40, 1805 50 Druck- tische				

Fortsetzung

Manufaktur	Sitz	Jahr des erst- maligen Arbeits- ma- schinen- einsatzes	Maschineneinsatz		Sonstige technische Ausrüstung
			Arbeits- maschinen	Kraft-	
a) Art b) Gründer (G) bzw. Eigentümer (E) c) Gründungsjahr					
1.	2	3	4	5	6
a) Kattundruckerei mit Verlag von Webern und Spinnern	Chemnitz	1828	ersten, von dem Maschinenbauer Reißmüller er- bauten Krempel- maschine, Michaelis 1804 „Ihre Krempel- maschinen waren in der Nähe ihrer Warenmandeln ans Wasser ge- richtet, so daß, wenn diese nicht gangbar wären, jene getrieben würden“.		
b) G u. E ehemaliger Seilermeister Christian Fried- rich Kreysig, später Firma Kreisig u. Comp., zuletzt Firma „Ackermann und Comp.“			1828 Walzen- druckmaschine für den mehr- farbigen Kattun- druck		
c) anscheinend 1780					

Manufaktur	Produktionskapazität als		Bemerkungen	Quellennachweis
	Fabrik	Fabrik		
a) Arbeiterzahl b) Produktions- leistung c) Sonstige Pro- duktionsdaten	a) Firma bzw. Eigentümer b) Branche			
7	8	9	10	11
große „Zahl von Ausmalerinnen“, im Kattundruck Ende 1804 3 Firmen- inhaber, 4 Burschen, 1 Aufseher, 3 Formenstecher, 4 Lehrlinge, 1 Kolorist, 45 Drucker und Drucker- gesellen, 15 Lehrlinge, 60 Streichjungen, 80 Schildermäd- chen und Aus-				Forberger, a. a. O., S. 335, 339; Wieck, a. a. O., S. 194

Fortsetzung

Manufaktur	Sitz	Jahr des erstmaligen Arbeitseinsatzes	Maschineneinsatz		Sonstige technische Ausrüstung
			Arbeitsmaschinen	Kraftmaschinen	
a) Art b) Gründer (G) bzw. Eigentümer (E) c) Gründungsjahr					
1	2	3	4	5	6
a) Kattundruckerei mit Verlag von Webern und Spinnern b) G u. E Kaufmann Gottlieb Rudolph Ranft, Firma später „Ranft u. Ehrenberg“ c) 1785	Frankenberg	um 1793 (chemische Bleiche) 1812 (Maschinen)	Michaelis 1812 1536, von Ostern 1813 bis Michaelis 1814 1436 Spindeln (Maschinenspindeln)		1793 war Übergang von der Rasenbleiche zur chemischen Bleiche bereits vollzogen
a) Kattundruckerei mit Verlag von Webern und Bleiche, später auch Baumwollspinnerei	Chemnitz	1810 nach Wieck und 1811 nach Oeser	Ostern 1810 720, Michaelis 1811 1260 Ostern 1812 3708,	Spindeln gingen am Wasser der Chemnitz, um 1855 „Das ganze Werk consumirt 40–50 Pferdekraft;	Michaelis 1812 resp. 1814 170 Tische

Manufaktur	Produktionskapazität als		Bemerkungen	Quellennachweis
	Fabrik	Fabrik		
	a) Arbeiterzahl b) Produktionsleistung c) Sonstige Produktionsdaten	a) Firma bzw. Eigentümer b) Branche		
7	8	9	10	11
maler, 40 Bleicher, Färbe- u. andere Knechte, 256 Personen zusammen; 1786 11, 1792 18, 1812 40 Drucktische				
1785 7 Drucktische, 1786 durch Brand zerstört, 1788 21 Drucktische, Produktion 8000 Stück, 1794 42, Ostern 1805 46, Michaelis 1812 resp. 1814 24 Drucktische		löste sich 1826 auf		Forberger, a. a. O., S. 346, 347; König, a. a. O., S. 157
1805 45, 1807 100 Tische		a) Ende 1812 3 Aufseher, 60 Wolleser, 25 Weifer, 20 „Andere Mädchen“ u. Krempler,		Forberger, a. a. O., S. 358, 359; Wieck, a. a. O., S. 173; Oeser I, a. a. O., S. 5, 115, 117

Fortsetzung

Manufaktur	Sitz	Jahr des erst- maligen Arbeits- ma- schinen- einsatzes	Maschineneinsatz		Sonstige technische Ausrüstung
			Arbeits- maschinen	Kraft- maschinen	
1	2	3	4	5	6
a) Art b) Gründer (G) bzw. Eigentümer (E) c) Gründungsjahr					
b) G u. E bis 1820 Christian Gottfried Becker, früherer Kommiss der Fir- ma „Kreisig u. Comp.“, Kom- pagnon Weber und Kattun- händler Schrap- s aus Mülsen, Firma: „Becker und Schrap- s“, um 1855 E Dörstling und Kirchner, Direktor: Loß			Michaelis 1812 8170, Ostern 1813 9312, Ostern 1814 9700, Michaelis 1814 10000, um 1855 10500 Spindeln (Maschinenspin- deln)	hauptsächlich Wasserkraft, mit Reserve-Dampf- kraft“	
c) 1802					
a) Kattundruckerei mit Verlag von Spinnern und Webern	Chemnitz	1811	Ostern 1811 768, Michaelis 1811 bis Michaelis 1814 1536 Spindeln (Maschinenspin- deln)		Michaelis 1812 30, 1812-13 50 Drucktische
b) G u. E Weber Christ.					

Manufaktur	Produktionskapazität als		Bemerkungen	Quellennachweis
	Fabrik	Fabrik		
7	8	9	10	11
	a) Arbeiterzahl b) Produktions- leistung c) Sonstige Pro- duktionsdaten	a) Firma bzw. Eigentümer b) Branche		
		54 Spinner, 70 Kinder, 25 Handarbei- ter, zusammen 257 Personen in der Spinnerei, dazu 574 in der Druckerei, zusammen 831 Personen, zur Zeit der höch- sten Blüte der Firma 2500 Ar- beiter		
		b) „Die Spinnerei erzeugt gute We- bergarne in den Nummern 30 bis 50, hauptsächlich aber Schuß Nr. 3“, Hauptabsatzge- biet: Lausitz, Vogtland, Bayern		
1805 19 Druck- tische, Ende 1804 in der Kattundruckerei 3 Firmeninhaber, 1 Handlungs- diener, 1 Formenstecher,	a) Ende 1812 in der Spinnerei 1 Aufseher, 1 Wolleser, 1 Krempler, 3 Strecker u. Kamler, 1 Spuler,			Forberger, a. a. O., S. 358, 359

Fortsetzung

Manufaktur	Sitz	Jahr des erst- maligen Arbeits- ma- schinen- einsatzes	Maschineneinsatz		Sonstige technische Ausrüstung
			Arbeits- maschinen	Kraft- maschinen	
1	2	3	4	5	6
Gottlob Piaff und 3 Söhne, Firma: „Pfaff und Sohn“  c) 1802 oder 1803					
a) Kattundruckerei  b) G u. E Gottlob Gärtner, Firma seit 1826 „Gärtner & Co.“, E dieser Firma Gottlob Gärtner, dessen Sohn und dessen Schwie- gersohn Uhle- mann, 1828 nach dem Tode des Sohnes von Gott- lob Gärtner als neuer Teilhaber Kaufmann Lantzsch, von da ab Firma „Uhle- mann & Lantzsch“ (s. Sp. 9)	Franken- berg	nach 1836	nach 1836 Kat- tundruckma- schine, erbaut von Carl Fried- rich Gabler, 1852/53 3 Druck- maschinen für den Mehrfarben- druck	Antrieb durch Göpelwerk, ab 1852/53 2 große und 6 kleine Dampfmaschi- nen, 4 Dampf- kessel, 2 Kessel- häuser, nach Oeser Dampf- und Wasseran- trieb	1836 Walzen- druckhaus, 1852/ 53 chemische Bleiche, Färberei und Sengerei, 1852/53 Fabrik- neubau; außer- dem waren 1858 vorhanden: 1 Gravieratelier, 1 Formstechate- lier, 1 Maschinenbau- anstalt

Manufaktur	Produktionskapazität als		Bemerkungen	Quellennachweis
	Fabrik	Fabrik		
7	8	9	10	11
11 Koloristen, Drucker und Druckergesellen, 10 Streichjungen, 8 Schildermäd- chen und Aus- maler, 5 Bleicher, Fär- ber und andere Knechte u. Holzmacher, zusammen 39 Personen	a) Arbeiterzahl b) Produktions- leistung c) Sonstige Pro- duktionsdaten	a) Firma bzw. Eigentümer b) Branche		
1834 Druckhaus und Färbereige- bäude, Handdruck neben Maschinen- druck zumindest bis 1858 beibehal- ten	9 Feinspinner, 9 Andrehkinder, 3 Weifer, zusammen 32 Personen, dazu in der Druckerei 91 Personen, zusammen 123 Personen  b) Hauptprodukte gedruckte Kalikos, Möbelkattune, Tü- cher und „Ta- bleautücher“, Hauptabsatz im Zollvereinsgebiet	a) seit 1828 Firma „Uhlemann & Lantzsch“, E siehe Sp. 1b, ab 1847 neuer Teilhaber Carl Moritz Rau  b) Kattundruck- fabrik		Kästner, a. a. O., S. 194flg.; Oeser II, a. a. O., S. 64

Fortsetzung

Manufaktur	Sitz	Jahr des erst- maligen Arbeits- ma- schinen- einsatzes	Maschineneinsatz		Sonstige technische Ausrüstung
			Arbeits- maschinen	Kraft-	
a) Art b) Gründer (G) bzw. Eigentümer (E) c) Gründungsjahr					
1	2	3	4	5	6
c) 1815 nach Käst- ner, vorher Zeug- weberei (Hand- werksbetrieb), nach Oeser An- fertigung roher Kattune und da- nach Hand- druckerei					
a) Baumwollmanu- faktur und Kat- tundruckerei	Plauen	1812	1812 10368 Ma- schinenspindeln	Wasserantrieb	1780 Errichtung eines neuen „Fa- brikhauses“ mit Wasserleitung zum Ingangset- zen von Wasser- rädern
b) G Kattundruk- ker August Neu- meister aus Nürnberg, E Sozietät von 8 Plauener Baum- wollhändlern, spätere Firma „Facilides und Comp.“, 1783 Neumeister Mit- direktor und „Couleurmei- ster“					
c) 1754					

Manufaktur	Produktionskapazität als		Bemerkungen	Quellennachweis
	Fabrik	Fabrik		
a) Arbeiterzahl b) Produktions- leistung c) Sonstige Pro- duktionsdaten		a) Firma bzw. Eigentümer b) Branche		
7	8	9	10	11
1770 32, 1780 187 Perso- nen, 1811 435 Perso- nen in der Spinne- rei, 790 in Weberei und Wirkerei, 395 in Druckerei und Malerei, zusam- men 1620 Perso- nen, 1764—70 12738, 1774—80 37260, 1780—90 60993 Stück Kattune, 1780 44 Druck- tische, davon 22 und 1784 18 in Betrieb, 1812 40 Drucktische		a) Kammerrat Gössel		Forberger, a. a. O., S. 174. 322, 323

Fortsetzung

Manufaktur	Sitz	Jahr des erst- maligen Arbeits- ma- schinen- einsatzes	Maschineneinsatz		Sonstige technische Ausrüstung
			Arbeits- maschinen	Kraft-	
a) Art b) Gründer (G) bzw. Eigentümer (E) c) Gründungsjahr					
1	2	3	4	5	6
a) Kattun- und Leinwanddruck- kerei mit Verlag von Webern  b) G u. E Barth, danach E bis 1774 Kur- fürstin Marie An- tonie, verpachtet an Gleich, der sie nach 1774 für die „Zitz-Kat- tun- und Lein- wand-Manufak- tur-Sozietät“ verwaltete, E ab 1775 Kammerrat Frege in Leipzig, Betriebsleiter: Dr. Donnz, E ab 1785 Dr. Donnz, der 1789 fallierte, E ab 1793 Riese und Bodemer, 1794 Bodemer al- lein  c) 1763	Naundorf b. Großenhain	frühe- stens 1825— 1830, sicher 1840	Etwa zwei Gene- rationen nach ihrer Errichtung „Verwendung des mehrfarbigen Walzendrucks, der Leitenberger- schen Perrotine und eines in Sachsen außer- dem nicht einge- führten eng- lischen Glätzilin- ders für die Ap- pretur von Ueberzugkattu- nen“, 1840 meh- rere neue „Druckmaschi- nen“, um 1855 3 Druckmaschi- nen, 6 Waschräder, 2 Clapots, 2 Trocken- maschinen, über 300 gra- vierte Kupfer- walzen für 3—5 Farben	1840 2 Dampf- maschinen in „Cattunfabrik“ und Färberei, um 1855 2 Dampf- maschinen zu 15 und 8 PS	

Manufaktur	Produktionskapazität als		Bemerkungen	Quellennachweis
	Fabrik	Fabrik		
	a) Arbeiterzahl b) Produktions- leistung c) Sonstige Pro- duktionsdaten	a) Firma bzw. Eigentümer b) Branche		
7	8	9	10	11
1774 90, 1775 171 Beschäf- tigte, davon 60 Schilderer (Aus- malerinnen), 1831 188 Arbeiter, Produktion 6000—7000 Stück Kattune, 30 Drucktische, 1 „Kupperdruck- maschine“, 1785 19, 1801 11 Tische und 12500 Stück Kattune und Zitze, 1802 11, 1811 über 30, 1831 60 Druck- tische,  Produktion: Kattune und Zitze, „Thibets, Calicoes Shirtings, Sarserets und Lin- nenzeuch“,  Hauptabsatzge- biet: Zollvereins- gebiet, Österreich; Verkauf nur an Großhändler. Kein Besuch von Mes- sen	um 1855 68 Personen, und zwar 1 Kontorist, 1 Maschinist, 1 Zeichner, 5 „höhere“ und 60 „gewöhnliche“ Fabrikarbeiter		um 1855 kein Handdruck mehr, nur noch Walzendruck	Forberger, a. a. O., S. 324, 325; Schiffner, a. a. O., S. 517; Oeser I, a. a. O., S. 142

Fortsetzung

Manufaktur	Sitz	Jahr des erst- maligen Arbeits- ma- schinen- einsatzes	Maschineneinsatz		Sonstige technische Ausrüstung
			Arbeits- maschinen	Kraft-	
a) Art b) Gründer (G) bzw. Eigentümer (E) c) Gründungsjahr					
1	2	3	4	5	6
a) „Jeanetts-, Ma- stignots, Casi- mirs- und Mous- selinets-Drucke- rei“ und Kattun- druckerei mit Verlag von We- bern	Grimma	1811	Anfangs 1 Plat- tendruckma- schine, Michaelis 1812 resp. 1814 2688 Spindeln (Maschinenspindel- n)		
b) G u. E Kaufmann Ben- jamin Friedrich Christian Riese in Leipzig, frühe- rer Teilhaber von Bodemer in Gro- ßenhain, E ab 1807 Sächsischer Hofagent Herz Lüb Levy					
c) 1794					

Manufaktur	Produktionskapazität als		Bemerkungen	Quellennachweis
	Fabrik	Fabrik		
	a) Arbeiterzahl b) Produktions- leistung c) Sonstige Pro- duktionsdaten	a) Firma bzw. Eigentümer b) Branche		
7	8	9	10	11
1795 16 Drucker, 4 Formenstecher, 2 Arbeiter an 2 Jaspiertischen, 1 Kolorist, 2 Färbeknechte, 7 Bleichknechte;  anfangs 10, 1795 8, 1796 u. 1797 15 1801 25 Druck- tische,  Produktion: Sept. bis Dez. 1807 601 Stück Kattun, 135 Decken u. Tü- cher gedruckt, 1808 wegen Ab- satzmangels Ein- stellung der Arbeit bis Frühjahr 1809, danach bis Dezem- ber 1809 8735 Stück Kat- tun, 3714 Decken und Tücher ge- druckt,  1810 14828 Stück Kali- kos, 6404 Dutzend Tücher gedruckt	1812 10000, 1813 7000 Pfund Garn (Muletivist), Arbeitseinstellung wegen Absatzman- gel von Michaelis 1813 bis Juni 1814, Frühjahr 1818 In- solvenz, im Okto- ber 1819 wurden Spinnmaschinen „subhastiert“	a) Herz Lüb Levy, Teilhaber Kauf- mann Ernst Fürchtegott Wild  b) „Baumwollen- garnspinnerei“	„Im Jahre 1813 gerieth die Kat- tundruckerei in- folge des bei den Gebrütern Levy in Leipzig ausge- brochenen Con- curses in Still- stand“. Die Garnspinnerei führte Wild auf eigene Rechnung fort (siehe Sp. 8)	Forberger, a. a. O., S. 357, 366; Lorenz, a. a. O., S. 187, 955, 956,



Fortsetzung

Manufaktur	Sitz	Jahr des erst- maligen Arbeits- ma- schinen- einsatzes	Maschineneinsatz		Sonstige technische Ausrüstung
			Arbeits- maschinen	Kraft-	
a) Art b) Gründer (G) bzw. Eigentümer (E) c) Gründungsjahr					
1	2	3	4	5	6
a) Kattundruckerei mit Verlag von Webern und Spinnern  b) G Anke	Franken- berg	1811?	Michaelis 1811 360, von Ostern 1812 bis mit Mi- chaelis 1814 1860 Spindeln (Maschinenspin- deln)		Michaelis 1812 resp. 1814 9 Drucktische
a) Kattundruckerei (Druckerei glatt- grundiger Tü- cher) „auf eine leichte, aber feine Waare gedruckt und nach Art der Mousline appre- tirt“, mit Verlag von Webern  b) G u. E „Schindler u. Comp.“ E etwa ab 1806 Firma „Facilides, Steip und Manitius“, ab 1812 Firm	Plauen	1813	Ostern 1813 2400, Michaelis 1814 2300 Spin- deln (Maschinen- spindeln)		siehe Sp. 7

Manufaktur	Produktionskapazität als		Bemerkungen	Quellennachweis
	Fabrik	Fabrik		
	a) Arbeiterzahl b) Produktions- leistung c) Sonstige Pro- duktionsdaten	a) Firma bzw. Eigentümer b) Branche		
7	8	9	10	11
Ostern 1805 2 Drucktische (siehe auch Spal- te 6)			Frage, ob und wann als Manu- faktur gegründet oder als Fabrik mit Manufaktur- teil, oder ob Fa- brik schon vor 1805 gegründet wurde. Oder war Anke, der 1805 8 Drucktische hatte, Hand- werksbetrieb, ehe seine Firma zur Fabrik wurde?	König, a. a. O., S. 151, 152, 274, 299, 309
Produktion auf etwa 40, Michaelis 1812 resp. 1814 auf 23 Druck- tischen			1813 Baumwoll- maschinenspin- nerei, ab 1828 Kammgarnspin- nerei	Forberger, a. a. O., S. 360, 361



Fortsetzung

Manufaktur	Sitz	Jahr des erstmaligen Arbeitmaschinen-einsatzes	Maschineneinsatz		Sonstige technische Ausrüstung
			Arbeitsmaschinen	Kraftmaschinen	
a) Art b) Gründer (G) bzw. Eigentümer (E) c) Gründungsjahr					
1	2	3	4	5	6
niel?) Diener (siehe auch Sp. 10) c) 1788					
a) Bleiche b) G u. E August Friedrich Bekkert, E danach dessen Sohn bis 1852, E danach F. H. Diener c) zur Zeit der „Rasenbleicherei“	Nutzung-Oberlungwitz		um 1855 Wasch- und Trockenmaschinen	Wasserkraft	um 1855 vorhanden: Bleichgebäude, Trockenöfen für Luftheizung Trockenstuben, Bleichutensilien
a) Zwirnmanufaktur b) G u. E Kaufmann Gottlob Friedrich Meisner c) 1791 (nach Lorenz seit 1789)	Grimma		bei Lorenz nach 1789 12 Zwirnmühlen (siehe Sp. 10), 1801 nur noch 3-4		1793 5 Strumpfstühle, 1 Seidenstuhl

Manufaktur	Produktionskapazität als		Bemerkungen	Quellennachweis
	Fabrik	Fabrik		
	a) Arbeiterzahl b) Produktionsleistung c) Sonstige Produktionsdaten	a) Firma bzw. Eigentümer b) Branche		
7	8	9	10	11
	nigen und Stärken bunter Waren  a) um 1855 1 Geschäftsführer, 1 Werkführer, abwechselnd 13 bis 18 Arbeiter  b) Bleichen von Strümpfen, langen Waren, baumwollenen und wollenen Garnen, Reinigen und Stärken bunter Waren  a) siehe Sp. 7  b) außer Zwirn 1793 233 Dutzend Strümpfe, 54 Dutzend Geldbeutel	a) Chemische Bleiche  a) Kaufmann Friedrich Gottlob Meisner (Meißner), E seit September 1804 Kaufmann Johann Christian Nöller, E nach dessen Tode im Jahre 1807 dessen Witwe bis zu	Bleichgarten von Wilhelm Friedrich Ehrhardt“; Firma 1939(?) Färberei von Hans Willy Jähning  zu Sp. 4 Im Adreßbuch von Obersachsen findet sich auf S. 291 über Meisner die Bemerkung: „Ihm hat man auch die Verbesserung der Zwirnmaschinen zu ver-	Oeser II, a. a. O., S. 83, 84  Forberger, a. a. O., S. 354, 355; Lorenz, a. a. O., S. 952 flg.
bzw. Sp. 8 1789 32 Personen im eignen Hause und 37 Personen in der Stadt, später nach Lorenz zusammen gegen 100 Personen, 1797 1 Faktor,				

Fortsetzung

Manufaktur	Sitz	Jahr des erst- maligen Arbeits- ma- schinen- einsatzes	Maschineneinsatz		Sonstige technische Ausrüstung
			Arbeits- maschinen	Kraft-	
a) Art					
b) Gründer (G) bzw. Eigentümer (E)					
c) Gründungsjahr					
1	2	3	4	5	6
a) Tuchmanufaktur	Freiberg	um bzw. nach 1800	um bzw. nach 1800 außer ande- ren Maschinen (?) 1 auf englische Art gebaute Krempel- oder Streichmaschine		
b) G u. E Schnitt- warenhändler Christian August Roch					

Manufaktur	Produktionskapazität als		Bemerkungen	Quellennachweis
	Fabrik	Fabrik		
	a) Arbeiterzahl	a) Firma bzw. Eigentümer		
	b) Produktions- leistung	b) Branche		
	c) Sonstige Pro- duktionsdaten			
7	8	9	10	11
3 Aufseher, 3 Färber, 12 Zwirrer, 12 Spulenmäd- chen, 42 Personen zum Winden und Einpacken au- ßer Haus; 1789 1650, 1791 4160, 1792 4830, 1793 11800, 1794 17100, 1795 12100, 1796 13184, 1797 19520, 1798 16900, 1799 17140, 1800 1500 (starker Rückgang), 1801 16800 (nach Lorenz, 15000), 1802 5000, 1803 4300 Stück Zwirn		ihrem Tode im Jahre 1821, da- nach Ende der Fabrik  b) Zwirnfabrik	danken“, so daß anzunehmen ist, daß Meisner in seinem Betrieb solche Maschinen aufgestellt hatte. Nach Lorenz ge- lang es „ihm mit Hülfe eines ge- schickten Tech- nikers die Zwirn- maschinen sehr zu vervollkommen“.	Bökelmann, a. a. O., S. 48 flg.
1799 66 Arbeiter zen- tral, 100 Spinner außerhalb; Produktion von Tuch Ostern 1797 bis Ostern 1799 127 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> Stück;	1803 bald 300 Per- sonen			

Fortsetzung

Manufaktur	Sitz	Jahr des erst- maligen Arbeits- ma- schinen- einsatzes	Maschineneinsatz		Sonstige technische Ausrüstung
			Arbeits- maschinen	Kraft- maschinen	
a) Art					
b) Gründer (G) bzw. Eigentümer (E)					
c) Gründungsjahr					
1	2	3	4	5	6
c) 1793					
a) Tuchmanufaktur	Dresden	nach 1818	nach 1818 Coche- letsche Tuch- schermaschine und Rauh- maschine		nach 1808 Walk- mühle, 4 große und 3 kleine Webstühle
b) „Fischer & Zumpe“, ab 1815 E Fischer allein, ab 1818 E Zumpe allein					
a) Tuchmanufaktur mit Färberei (1784 angelegt) und Walkmühle	Doberlug bzw. Mük- kenberg bei Elsterwerda		Spinnmaschinen		
b) G u. E Amt- mann Heun					
c) 1782					

Manufaktur	Produktionskapazität als		Bemerkungen	Quellennachweis
	Fabrik	Fabrik		
	a) Arbeiterzahl	a) Firma bzw. Eigentümer		
	b) Produktions- leistung	b) Branche		
	c) Sonstige Pro- duktionsdaten			
7	8	9	10	11
um 1800 6 Tuchwebstühle für 2 Personen und 3 für 1 Person				
Arbeiter aus ein- gegangener Roch- scher Manufaktur, 1808 gegen 300 Personen und ein- nige Meister außer Haus, Produktion: April 1809 bis April 1810 255 Stück Tuche	a) 15 Tuchbereiter, 6 Tuchmacher- gesellen, 14 andere Arbeiter außer den Spin- nern		„um 1840 zeich- net sich die Tuch- manufaktur durch die Fabri- kation guter wol- lener Teppiche aus ...“	Bökelmann, a. a. O., S. 62 flg., Wieck, a. a. O., S. 215
1784 11 Werkmeister, 8 Gesellen, 6 Lehrburschen, 6 Kammarbeiter, 36 Spinner, 5 Spuler, 2 Nupper, 1 Walker, 1-2 Farb- knechte, dazu 51 Personen „in anderen Städ- ten“; 1791 nur 1 Stuhl gangbar	b) „feine, schmale und breite Tuche und Casimirs“		„uebrigens be- findet sich hier, seit 20 Jahren, die früher zu Do- brilugk bestan- dene Tuchmanu- faktur mit großen Spinnmaschi- nen, in welcher feine, schmale und breite Tuche und Casimirs geliefert werden“. Ist die- se Manufaktur tatsächlich auch die ehemals Heunsche?	Forberger, a. a. O., S. 342, 343; Schumann, sech- ster Band, a. a. O., S. 578

Fortsetzung

Manufaktur	Sitz	Jahr des erst- maligen Arbeits- ma- schinen- einsatzes	Maschineneinsatz		Sonstige technische Ausrüstung
			Arbeits- maschinen	Kraft- maschinen	
a) Art b) Gründer (G) bzw. Eigentümer (E) c) Gründungsjahr					
1	2	3	4	5	6
a) Tuchmanufaktur b) E Arnt	Düben		1800 1 englische Wollspinn- maschine		
a) Schönfärberei und Zeugwaren- manufaktur b) E Weydaische Handlungs-So- cietät, vorheriger E Dammitzische Erben resp. Kommerzienrat Johann Gottlob Heß, 1770 allei- niger E Kauf- mann Schweit- zer aus Naumburg, E ab 1779 Johann Georg Pommer, früher Handlungsdienner der Manufaktur, E ab 1802 Kauf- mann und Tuch- händler Brehme aus Neustadt an der Orla c) 1771 resp. schon 1720	Weida				

Manufaktur	Produktionskapazität als		Bemerkungen	Quellennachweis
	Fabrik	Fabrik		
	a) Arbeiterzahl b) Produktions- leistung c) Sonstige Pro- duktionsdaten	a) Firma bzw. Eigentümer b) Branche		
7	8	9	10	11
		Übergang zur Fabrik nach Aus- kunft Ortskundiger gewiß, aber hier noch nicht mit gedruckten bzw. handge- schriebenen Quellen belegt		Bökelmann, a. a. O., S. 67  Forberger, a. a. O., S. 320, 321

Fortsetzung

Manufaktur	Sitz	Jahr des erst- maligen Arbeits- ma- schinen- einsatzes	Maschineneinsatz		Sonstige technische Ausrüstung
			Arbeits- maschinen	Kraft-	
a) Art b) Gründer (G) bzw. Eigentümer (E) c) Gründungsjahr					
1	2	3	4	5	6
a) Tuchmanufaktur b) G u. E „Tuch- Fabrikant“ Schwarze c) um 1765	Großenhain		1830 840 Feinspindeln	durch Pferde um- getrieben	
a) Tuch- und Leine- wandmanufak- tur mit Bleiche und Appretur- anstalt b) E Graf Erühl, spätere Teilha- ber Geheimer Kriegsrat Jo- hann von Eolza, General akzis- pächter Heinrich Karl Schimmel- mann, Oberlei- tung: Oberrech- nungsrat Thiele- mann, techni- sche Leitung: Tuchmacher Jo- hann David Leb- recht Fritsche c) 1744	Forst				

Manufaktur	Produktionskapazität als		Bemerkungen	Quellennachweis
	Fabrik	Fabrik		
a) Arbeiterzahl b) Produktions- leistung c) Sonstige Pro- duktionsdaten	a) Firma bzw. Eigentümer b) Branche			
7	8	9	10	11
	a) 1830 38 Arbeiter		Leinewand- manufaktur ver- fiel 1764, Tuch- manufaktur ging in Fabrik über, die noch 1921 bestand.	Forberger, a. a. O., S. 328; Schiffner, a. a. O., S. 517; Wieck, a. a. O., S. 228  Forberger, a. a. O., S. 318, 352

Fortsetzung

Manufaktur	Sitz	Jahr des erstmaligen Arbeitseinsatzes	Maschineneinsatz		Sonstige technische Ausrüstung
			Arbeitsmaschinen	Kraftmaschinen	
a) Art b) Gründer (G) bzw. Eigentümer (E) c) Gründungsjahr					
1	2	3	4	5	6
a) Berill- und Golgasdruckerei mit Spinnerei und Weberei b) G u. E David Oehler, E danach sein Sohn David Friedrich Oehler, der sich mit Johann Christian Seyferth assoziierte, 1770 E Oehler allein, E ab 1797 dessen Sohn, ab 1805 Firma „Oehlers Brüder“ c) 1767 oder schon 1745 bzw. 1748?	Crimmitschau		1840 bei Ferd. Oehler 1620 Spindeln (Streichgarnspinnerei); [fraglich, ob Firma „Gebr. Oehler“], 1840 Feinspinnmaschinen mit 240 Spindeln (Frage, wieviel Maschinen) siehe auch Sp. 5	1840 Spinnmaschinen durch „Elementarkraft“ bewegt, um 1855 „An Maschinen besitzt das Etablissement ein Wasserrad von zehn Pferdekraft und zwei Dampfmaschinen mit drei Dampfkesseln, welche zum Betrieb der Spinnerei, Dampffärberei, Maschinenwäscherei und der Hydroextracteure dienen“	
a) Berilldruckerei und Schönfärberei (Flanell- und Golgasfabrikation) b) G u. E Christian Gottlob Fiedler,	Oederan bzw. Falkenau und bis 1855 in Wingendorf	1828 und 1829	um 1855 8 „Sortiments- Spinnmaschinen, das Sortiment zu 4 Krempeln gerechnet; incl. ein Sortiment von nur 3 Krempeln und den dazu nö-	um 1855 Turbine von rd. 60 PS	ab 1855 in Falkenau: Spinnerei, Maschinenweberei, Walke und Appretur, Wollschleiberei, Wäscherei und „Kardendrok-

Manufaktur	Produktionskapazität als		Bemerkungen	Quellennachweis
	Fabrik	Fabrik		
	a) Arbeiterzahl b) Produktionsleistung c) Sonstige Produktionsdaten	a) Firma bzw. Eigentümer b) Branche		
7	8	9	10	11
1782 auf 40 Stühlen Herstellung von „Crepons“, 1784 Messeabsatz 1000 Stück, Wert der Ausfuhr 100000 Taler; 9 Stühle für feine Tuche	a) um 1855 „circa 150 Personen“ b) Haupterzeugnisse sind Vigognegarne und verschiedene Wollwaren. Absatzgebiete: Deutschland und mehrere andere europäische Länder	a) um 1855 E Urkenkel des Gründers, Louis Cehler, „welcher unter der Firma Gebrüder Oehler hier ein Wollen- und Fabrikgeschäft betreibt, während die Fabrik selbst von Herrn Heinrich Hüffer in Neukirchen erpachtet ist“, der darin eine Vigogne-Streichgarnspinnerei und Dampffärberei betrieb	David Friedrich Oehler erfand u. a. den Berilldruck „und gab dadurch die Veranlassung zur Gründung vieler Etablissements in Crimmitschau“. Seyferth gewann eine Menge geschickter Tuch- und Zeugmacher, Weber und Tuchbereiter aus allen Teilen Deutschlands für die Niederlassung in Crimmitschau.	Forberger, a. a. O., S. 330, 331; Oeser I, a. a. O., S. 120, 121; Wieck, a. a. O., S. 212, 227; Pönicke, a. a. O., S. 157
wenigstens 12 Personen einschließlich Fernschneider; Druckgut jährlich 1300 Stück	a) um 1855 gegen 250 Arbeiter, 2 Prokuristen, 1 Techniker und 6 Reisende b) Hauptartikel Tuche und Sommerrockstoffe;	a) u. b) um 1855 Tuchfabrik von Adolf Gottlob Fiedler, bei Wieck (S. 217) wie auch bei Bülau (S. 674 u. 675) irrtümlich August Fiedler	Adolph Gottlob Fiedler ging nach dem Tode seines Vaters von der Flanell- zur Tuchfabrikation über. Außerdem errichtete A. G. Fiedler in den	Oeser I, a. a. O., S. 27–29; Forberger, a. a. O., S. 28, 345; Wieck, a. a. O., S. 217

Fortsetzung

Manufaktur	Sitz	Jahr des erst- maligen Arbeits- ma- schinen- einsatzes	Maschinereinsatz		Sonstige technische Ausrüstung
			Arbeits- maschinen	Kraft-	
a) Art b) Gründer (G) bzw. Eigentümer (E) c) Gründungsjahr					
1	2	3	4	5	6
E bis 1850 des- sen Sohn Adolph Gottlob Fiedler, Kaufmann und Bürgermeister von Oederan, E danach dessen drei Söhne, ab 1852 E Eduard Magnus Fiedler, Assozié seit 1847 Alexander Haupt, seit 1825 Lehrling und seit 1834 Prokuristin der Firma  c) um 1783  a) Berill- und Gol- gasdruckerei mit Spinnerei in den Zucht- und Ar- beitshäusern Torgau und Waldheim	Rochlitz		thigen Feinspinn- maschinen, 20 mechanische Webstühle, 60 Handstühle, 6 Waschmaschi- nen, 12 Rauhmachi- nen, 16 Transversal- Scheermaschi- nen und die nö- thigen Neben- hilfsmaschi- nen . . .“		nerie, Wolldrok- nerie, Blauerei, Decatiererei“, in Oederan: Handweberei, Wollsortiererei, Arbeiterwohnun- gen

Manufaktur	Produktionskapazität als		Bemerkungen	Quellennachweis
	Fabrik	Fabrik		
	a) Arbeiterzahl b) Produktions- leistung c) Sonstige Pro- duktionsdaten	a) Firma bzw. Eigentümer b) Branche		
7	8	9	10	11
	Hauptabsatzge- biete Zollvereins- staaten, Orient, Amerika, Italien, Schweiz, Ham- burg. Verkaufs- etablissemments in Berlin, Hamburg, Wien, Smyrna, Zürich, Livorno und New York  c) Branchen: Wollsortiererei, Wollwäsche, Färberei, Spinnerei, Weberei, Walke, Rauferei, Scheererei und Presse nebst den dazugehörigen Zwischenbranchen	a) 1927 E Hartmann	Jahren 1824–26 noch eine Tuch- fabrik in Opa- towec in Polen mit 42 mechani- schen und rd. 80 Handwebstühlen und 3 Dampf- maschinen, die jährlich 5000 Stück Tuche lie- feren und deren Absatz lediglich in Polen und Rußland erfolgte  „Die Fabrik, jetzt Hartmann, schickt ihre Web- waren nach vie- len Ländern, er- rang sich hohe Auszeichnungen und einen Welt- ruf“	Forberger, a. a. O., S. 330; Pfau, a. a. O., S. 35

Fortsetzung

Manufaktur	Sitz	Jahr des erst- maligen Arbeits- ma- schinen- einsatzes	Maschineneinsatz		Sonstige technische Ausrüstung
			Arbeits- maschinen	Kraft-	
a) Art b) Gründer (G) bzw. Eigentümer (E) c) Gründungsjahr					
1	2	3	4	5	6
b) G u. E Kauf- mann Johann Christian Winkler c) 1762					
a) Zeugdruckerei b) G u. E Seyfert c) um 1774 gegrün- det	Chemnitz	um 1793			1793 war Über- gang von der Ras- senbleiche zur chemischen Blei- che bereits voll- zogen
a) Zeugdruckerei b) G u. E Schulze c) um 1774 gegrün- det	Chemnitz	um 1793			1793 war Über- gang von der Ras- senbleiche zur chemischen Blei- che bereits voll- zogen
a) „Fabrik leoni- scher Waren“ b) G u. E früherer Gürtler und spä- ter Oberhütten-	Freiberg	ab 1726/27	nach 1726/27 Einführung fran- zösischer Spinn- und Plattmüh- len	Wasserkraft, 1889 1 Dampf- maschine	1749 40 Posamentier- stühle, 1889 2 Schmelzöfen, 2 Glühöfen,

Manufaktur	Produktionskapazität als		Bemerkungen	Quellennachweis
	Fabrik	Fabrik		
	a) Arbeiterzahl b) Produktions- leistung c) Sonstige Pro- duktionsdaten	a) Firma bzw. Eigentümer b) Branche		
7	8	9	10	11
	Maximum 18 Drucktische		bis etwa 1794	Forberger, a. a. O., S. 334, 335; König, a. a. O., S. 157
	Maximum 14 Drucktische			Forberger, a. a. O., S. 334, 335; König, a. a. O., S. 157
	nur massive, gelbe und versilberte Ar- beit	a) 1749 24 Posamentier- meister, ge- gen 300 Klöpplerin- nen,	a) „Thiele u. Stei- nert“, E seit 1876 Kommerzienrat Wilhelm Röseler	Mischform zwi- schen Manufak- tur und Fabrik Forberger, a. a. O., S. 310; Wieck, a. a. O., S. 370; Gebauer II, a. a. O., S. 324, 325.

Fortsetzung

Manufaktur	Sitz	Jahr des erst- maligen Arbeits- ma- schinen- einsatzes	Maschineneinsatz		Sonstige technische Ausrüstung
			Arbeits- maschinen	Kraft-	
a) Art b) Gründer (G) bzw. Eigentümer (E) c) Gründungsjahr					
1	2	3	4	5	6
amtsassessor und Kohlenfaktor Thomas Weber, E ab 1726/27 Kaufmann Chr. Thiele und War- natz, später Trennung in zwei Firmen: „Thiele und Steinert“, „Warnatz“  c) 1692–95			1749 8 Drahtzieher- werkstätten mit 40 Scheiben, 8 Plattmühlen, 6 Spinnmühlen, 20 „gemeine Spinnmaschinen“ 1889 1 Dampfhammer, 1 Dynamoma- schine für galva- nische Vergol- dung, Plätt-, Klöppel- und Spulma- schinen, Spinn- maschinen		1 Zementier- ofen, Vorrichtung für Feuervergol- dung, Drehbän- ke zur Herstel- lung legierter Drähte mittels Ausbohrung, Grob- und Fein- ziehtische für Drahtzieherei, Posamentier- stühle, gegen 30 Webstühle, Flit- terschlagerei und Färberei

Manufaktur	Produktionskapazität als		Bemerkungen	Quellennachweis
	Fabrik	Fabrik		
	a) Arbeiterzahl b) Produktions- leistung c) Sonstige Pro- duktionsdaten	a) Firma bzw. Eigentümer b) Branche		
7	8	9	10	11
	1804 1500 Beschäftigte, 1889 gegen 200 zentral, außerhalb un- gefähr 2000 Arbeits- kräfte, größ- tenteils Klöpplerin- nen  b) 1743 Erfindung der Verfertigung von Tressen, Spit- zen und Bändern aus Tombak durch Chr. Thiele  c) Hauptabsatzge- biete früher Ruß- land, Orient, Me- xiko, Ostindien, Anfang des 19. Jahrhunderts Ab- satz in den katho- lischen Gegenden Deutschlands, dem ehemaligen Polen, in Rußland, der Türkei, Moldau, Walachei und Un- garn			

Fortsetzung

Manufaktur	Sitz	Jahr des erst- maligen Arbeits- ma- schinen- einsatzes	Maschineneinsatz		Sonstige technische Ausrüstung
			Arbeits- maschinen	Kraft-	
a) Art b) Gründer (G) bzw. Eigentümer (E) c) Gründungsjahr					
1	2	3	4	5	6

## SONSTIGE MANUFAKTUREN UND „BERGFABRIKEN“:

a) Messingwerk	Niederauer- bach	1809	1809 Walzmaschine nach (Wieck er- ste in Sachsen)	um 1880 aus- schließlich Wasserkraft, nach 1887 Dampfanlage	1839 1 „gangbare Brennhütte, 2 Walzwerks-, 3 Draht- und 1 Hammerhütte“  um 1880 Schmelz-, Walz-, Draht- hütte,  nach 1887 Umbau der Glüh- und Schmelzöfen nach neuem Sys- tem
b) G Floßmeister Peter Ficker, E bzw. Geldgeber Joachim v. Loß auf Pillnitz, Ru- dolf Vitzthum auf Appolda, Christoph Fel- genhauer auf Riesa, 1610–1618 „Mathis Gnos- pen (?) auf Rech- nung eingethan“					
c) 1603					
a) Schriftgießerei	Leipzig		um 1810? in Schriftsetze- rei mehrere Setzmaschinen, für Buch- und Notendruck,	Später 2 Dampf- maschinen von zus. 200 PS und je 1 Dynamo, 57 Elektromotoren zum Antrieb der	
b) G u. E J. Georg, E ab 1719 Bern- hard Christoph					

Manufaktur	Produktionskapazität als		Bemerkungen	Quellennachweis
	Fabrik	Fabrik		
	a) Arbeiterzahl b) Produktions- leistung c) Sonstige Pro- duktionsdaten	a) Firma bzw. Eigentümer b) Branche		
7	8	9	10	11

a) 1839 „mehr als 100 Ar- beiter“	a) um 1862 E eine aus 34 Teilhabern be- stehende offere Gesellschaft, 1881 in Aktien- gesellschaft um- gewandelt, Firma „Säch- sische Messing- handlung in Leipzig“, 1886 E Kommerzier- rat Eduard Kel- ler in Chemnitz und ein halbes Jahr danach E ab 1887 Inhaber des Argentan- werkes Auer- hammer offenbar von Lindner und Unger			Forberger, a. a. O., S. 308; Wieck, a. a. O., S. 369; Gebauer II, a. a. O., S. 303
b) 1839 jährlich im Durch- schnitt 1400 Zent- ner Tafelmessing und Draht aller Sorten, außerdem etwa 100 Zentner Bruchmessing und gesponnene „Ela- stiken“, 1884 76087 kg Bleche, 59074 kg Drähte, 145 kg LötKolben, Erlös 203 308 Mark				
a) 1875 400 Perso- nen				Forberger, a. a. O., S. 308, 309. Juckenburger, a. a. O., S. 125, 126; Oeser II, a. a. O., S. 77

Fortsetzung

Manufaktur	Sitz	Jahr des erst- maligen Arbeits- ma- schinen- einsatzes	Maschinereinsatz		Sonstige technische Ausrüstung
			Arbeits- maschinen	Kraft-	
a) Art b) Gründer (G) bzw. Eigentümer (E) c) Gründungsjahr					
1	2	3	4	5	6
Breitkopf, E da- nach Johann Gottlob Imma- nuel Breitkopf, 1795 Eintritt Gottfried Chri- stoph Härtels, Firma von da an „Breitkopf und Härtel“ c) 1664 bzw. 1719			63 Schnellpres- sen, 150 Hilfsma- schinen	verschiedenen Arbeitsmaschi- nen	
a) Buchdruckerei und Schriftgie- ßerei b) G u. E bis 1823 Friedrich Arnold Brockhaus, Fir- ma „Zweite Teubnersche Buchdruckerei“, Leitung danach Friedrich und Heinrich Brock- haus sowie Karl Ferdinand Boch- mann, E ab 1829 Friedrich Brock- haus (bis 1849) und Heinrich Brockhaus, E ab	Leipzig	1826	Buchdruckerei: 1826 erste, - 1827 zweite, 1828 dritte Druckmaschine, danach weitere Zunahme des Maschinenparks, Stand um 1855 14 dampfange- triebene Druck- maschinen, 2 dampfange- triebene Satinier- maschinen, 1 nichtdampf- getriebene, Schriftgießerei: um 1855 7 Letterngieß-	1834 Dampfma- schine von 4 PS zur Bewegung der Druckma- schinen, 1850 eine neue Dampf- maschine von 8 PS (4 Atmo- sphären)	1825 Glättpresse mit Drehwerk, 1834 hydraulische Glättpresse, zwei Kniehebel- und zwei Säulen- pressen, eine große und sechs kleinere Stanho- pepressen und sechs Columbia- pressen, 1833 Stereotypgieße- rei, 1834 Buchbinder- werkstatt,

Manufaktur	Produktionskapazität als		Fabrik	Bemerkungen	Quellennachweis
	Manufaktur	Fabrik			
	a) Arbeiterzahl b) Produktions- leistung c) Sonstige Pro- duktionsdaten	a) Firma bzw. Eigentümer b) Branche			
7	8	9	10	11	
schneider und ein Messingarbeiter, welche jährlich zwischen 350 und 400 Centner neue Schriften liefer- ten“. Zur Zeit J. G. Immanuel Breitkopfs 20 Per- sonen für Druck- schriften und 4 Personen für No- tendruck					
1818 3, 1821 10 hölzerne Pressen, 1821 erste eiserne, 1826 zwei weitere und 1827—29 6 weitere Handpres- sen, in den 40er Jahren weitere Vermehrung der Handpressen (siehe Sp. 6)	a) Buchdruckerei: am 13. 7. 1856 6 Faktore, 83 Setzer, 13 Setzerlehrlinge, 34 Drucker an Handpressen, 3 Druckerlehr- linge, 8 Maschinenmei- ster, 23 Markthelfer, 56 Burschen, 2 Tischler, 1 Buchbinder; Löhne jährlich über 40 000 Taler, Buchbinderei: am 13. 7. 1856 1 Leiter,	a) Firma „F. A. Brock- haus“	zu Sp. 6: in der mechani- schen Werkstätte wurden Lettern- gießmaschinen für den eigenen und Marktbedarf hergestellt; Er- finder der in der Firma tätige Ma- schinenbauer Peter Corfitz Müller	Oeser II, a. a. O., S. 43, 48, 49, 50, 51, 52; Juckenburg, a. a. O., S. 126	

Fortsetzung

Manufaktur	Sitz	Jahr des erst- maligen Arbeits- ma- schinen- einsatzes	Maschineneinsatz		Sonstige technische Ausrüstung
			Arbeits- maschinen	Kraft-maschinen	
a) Art b) Gründer (G) bzw. Eigentümer (E) c) Gründungsjahr					
1	2	3	4	5	6
1850 Heinrich Brockhaus, Teilhaber ab 1854 Dr. Heinrich Eduard Brockhaus c) 1818			maschinen, 3 Klischeema- schinen, 1 Bohrmaschine, Stereotypgie- ßerei: arbeitet nach Stanhopeschen und Dauleschen sowie französi- schen Verfahren, Geographisch- artistische An- stalt: um 1855 1 Linier-, Copier- und Reliefma- schine		1836 Schriftgießerei, 1843 von Wei- mar nach Leip- zig verlegt, in den 40er Jahren mechanische Werkstätte und Tischlerei, 1843/44 „Artistische Anstalt“ und Stahl- u. Kup- ferdruckerei, 1855 Steindruk- kerei (geogra- phisch-artisti- sche Anstalt), Bestand an Handpressen um 1855 24 Stück, außer- dem 2 hydrau- lische Pressen mit vereintem Pumpwerk und 4 Schrau- benglättpressen, 3000 Znt. Schriften, Schriftgießerei: 7 viermännige Gießöfen, 5 Gießpumpen.

Manufaktur	Produktionskapazität als		Fabrik	Bemerkungen	Quellennachweis
	Manufaktur	Fabrik			
	a) Arbeiterzahl b) Produktions- leistung c) Sonstige Pro- duktionsdaten	a) Firma bzw. Eigentümer b) Branche			
7	8	9	10	11	
	1 Werkführer, 22 Arbeiter, Schriftgießerei: am 13. 7. 1856 1 Geschäftsfüh- rer, 1 Faktor, 5 Fertigmacher, Zurichter und Justierer, 15 Schriftgießer- gehilfen, 3 Lehrlinge, 14 Schleifer und Abbrecher; Löhne jährl. ca. 12000 Taler, Stereotypgieße- rei: vermutlich auch am 13. 7. 1856 4 Stereotypen- gießer, 1 Lehrling  b) Buchdruckerei: 1855 12855679 Bogen, Schriftgießerei: jährl. 50—60000 Pfd. Schriften und Schriftzeichen aller Art, davon 30000 Pfd. für die				

Fortsetzung

Manufaktur	Sitz	Jahr des erst- maligen Arbeits- ma- schinen- einsatzes	Maschineneinsatz		Sonstige technische Ausrüstung
			Arbeits- maschinen	Kraft-	
a) Art b) Gründer (G) bzw. Eigentümer (E) c) Gründungsjahr					
1	2	3	4	5	6
a) Buchdruckerei b) G u. E Bernhard Tauchnitz	Leipzig		Schnellpressen	Dampfkraft	1 Prägestock, 1 Linienschneide- apparat, 1 Li- nienziehbank, 9 mechanische Höhenhobel usw.; Stahl- u. Kupferdrucke- rei: 11 Pressen
a) Buchdruckerei u. Schriftgießerei b) G u. E Georg Jo- achim Göschen, E ab 1828 Georg	Leipzig, ge- gen Jahr- hundert- wende nach Grimma verlegt	um 1842?	1842 1., 1851 2., 1852 3. Schnell- presse		

Manufaktur	Produktionskapazität als		Bemerkungen	Quellennachweis
	Fabrik	Fabrik		
	a) Arbeiterzahl b) Produktions- leistung c) Sonstige Pro- duktionsdaten	a) Firma bzw. Eigentümer b) Branche		
7	8	9	10	11
	eigene Druckerei, Gesamtwert 25 000 —30 000 Taler, Stereotypgießerei: jährl. ca 20 000 Pfd. Platten und „Klichés“, Geographisch- artistische Anstalt: seit Gründung im Jahre 1843 bis ge- gen 1860 3 841 000 Tafeln c) Arbeitsproduktivi- tät einer einfachen Druckmaschine zu der einer Hand- druckpresse das Dreifache			Rößig, a. a. O., S. 279; Oeser II, a. a. O., S. 77
anfangs 3—6 Pres- sen, 1823—25 9— 11 Pressen, 1824—28 Stein- druckerei, 1841 Schriftgießerei				Lorenz, a. a. O., S. 929—931

Fortsetzung

Manufaktur	Sitz	Jahr des erst- maligen Arbeits- ma- schinen einsatzes	Maschineneinsatz		Sonstige technische Ausrüstung
			Arbeits- maschinen	Kraft-	
a) Sitz b) Gründer (G) bzw. Eigentümer (E) c) Gründungsjahr	Sitz				
1	2	3	4	5	6
Andreas Reimer in Leipzig und Berlin, E ab 1833 Dr. Carl Ferdi- nand Philippi, E ab 1852 Johann Carl Bernhard Rößler c) 1793?					
a) Buchdruckerei b) E Teubner c) 1811	Leipzig und Dresden	1831?	1831 Schnell- presse	Dampfbetrieb?	18 einfache und 2 Doppelpres- sen
a) Papiermühle b) G? E bis 1511 Valten Oehsel, E danach bis 1674 Michael Schaff- hirt und seine Nachkommen, E danach Rat der Stadt Bautzen, E ab 1693 der Pächter der Mühle, Johann Mi-	Bautzen und seit 1804 Ober- gurig	1834/35 bzw. 1848	Bautzen: 1834/35 erste Papiermaschine, bis 1842 zweite Papiermaschine, dazu 6 Hollän- der, Obergurig: nach 1848 eine Papiermaschine	Bautzen: ab 1848 Wasser- kraftantrieb durch 5 Jonoul- sche Turbinen mit etwa 100 bis 110 PS, 1852 2 Dampfmaschi- nen zu je 25 PS, Obergurig: Wasserkraftan- trieb durch Mühlräder	Bautzen: 1852 neue Ko- kereie und neuer Holländer

Manufaktur	Produktionskapazität als		Bemerkungen	Quellennachweis
	Fabrik	Fabrik		
	a) Arbeiterzahl b) Produktions- leistung c) Sonstige Pro- duktionsdaten	a) Firma bzw. Eigentümer b) Branche		
7	8	9	10	11
1819 15 Pressen, 70 Personen				Juckenburg, a. a. O., S. 128
	a) um 1855 Bautzen: 57 Männer, 3 Knaben (über 14 Jahre), 58 Frauen u. Mäd- chen zum Sortie- ren der Hadern, 25 Frauen und Mädchen zum Papiersortieren, zusammen 143 Beschäftigte,	a) Firma ab 1871 „Vereinigte Bautzner Papier- fabriken“, be- stehend aus den Fabriken in Bautzen, Ober- gurig, Dober- schau und Schlungwitz b) Papierfabrik	Bei Wasserman- gel fanden keine Entlassungen statt. Firma hatte Kranken- Pensions- und Sterbekasse. Fa- brik arbeitete Tag und Nacht in zwei Schichten	Reymann, a. a. O., S. 672; Oeser I, a. a. O., S. 30 flg.

Fortsetzung

Manufaktur	Sitz	Jahr des erst- maligen Arbeits- ma- schinen- einsatzes	Maschineneinsatz		Sonstige technische Ausrüstung
			Arbeits- maschinen	Kraft- maschinen	
a) Art b) Gründer (G) bzw. Eigentümer (E) c) Gründungsjahr					
1	2	3	4	5	6
Michael Fischer, E bis 1871 Familie Fischer, E ab 1871 Aktiengesellschaft  c) vor 1511					
a) Papiermühle  c) um 1460	bei Frei- berg	um 1860?	1 Papiermaschi- ne, 8 Holländer, 2 Haderschneider	Wasserkraft von 40 PS	

Manufaktur	Produktionskapazität als		Bemerkungen	Quellennachweis
	Fabrik	Fabrik		
	a) Arbeiterzahl b) Produktions- leistung c) Sonstige Pro- duktionsdaten	a) Firma bzw. Eigentümer b) Branche		
7	8	9	10	11
	Obergurig: 44 Männer, 28 Frauen und Mädchen, zusammen 72 Beschäftigte  b) Produktion: Bevorzugt feine Druckpapiere, na- mentlich lithogra- phische und Kup- ferdrucksorten, Kanzlei- und Post- papiere, „ordinä- res“ Druck- und Schreibpapier. Au- ßerdem in je einer Butte in Bautzen und Obergurig Pa- pier mit Wasser- zeichen, ferner Emballagepapier und Pappen  c) Absatz: Leipzig, Berlin, Breslau, Dresden, Löbau, Zittau			
„... früher Hand- papierfabrik mit drei Bütten“	a) 1 Kontorist, 2 Maschinisten, 1 Reisender, 46 Fabrikarbeiter	a) Papierfabrik Freiberg ?		Oeser I, a. a. O., S. 49

Fortsetzung

Manufaktur	Sitz	Jahr des erst- maligen Arbeits- ma- schinen- einsatzes	Maschineneinsatz		Sonstige technische Ausrüstung
			Arbeits- maschinen	Kraft-	
a) Art b) Gründer (G) bzw. Eigentümer (E) c) Gründungsjahr					
1	2	3	4	5	6
a) Papiermühle	Zwönitz	1858	1858 Papierherstel- lung „mittels so- genannter Gieß- maschine in ei- nem Guße und Zuge“	Antrieb der Gießmaschine durch Dampf- maschine von 25 PS mit Siede- rohr und Kessel. Außerdem 3 oberschlächlige Wasserräder	
b) G u. E Brüder- lein, E von 1658 bis 1858 Familie Sendig, zuletzt Kompagnon Otto Neußmann (?)					
c) gehört zu den ältesten Papier- fabrikationsstät- ten des oberen Erzgebirges					
a) Pulvermühle	Bautzen		um 1855 waren vorhanden: eine Schwefel- mühle mit Zy- lindersieb, 8 Stampfwerke mit 144 Stamp- fen, 2 Körnma- schinen	um 1855 7 Wasserräder	um 1855 waren vorhanden: Salpeterminer- lage, Salpeterra- finerie, Kohlen- brennapparat mit 2 Zylindern und einem Aus- kühler, 2 Polier-
b) G unbenannt, E Stadt Bautzen, Pächter Anfang des 18. Jahrhun- derts Johann Georg Schütz,					

Manufaktur	Produktionskapazität als		Bemerkungen	Quellennachweis
	Fabrik	Fabrik		
	a) Arbeiterzahl b) Produktions- leistung c) Sonstige Pro- duktionsdaten	a) Firma bzw. Eigentümer b) Branche		
7	8	9	10	11
daneben Papier-, Pappen- und Preß- spanfabrikation durch Handarbeit	b) Maschinen- und Packpapier, Haupterzeugnisse Packpapier und Pappen  a) 50 Personen  b) Fabrikation von Pappen und seit 1820 von Preßspä- nen	b) E Gustav Stade, Pächter Schmidt und Mehner  a) Ab 1858 Eigen- tümer W. Ti- schendorf und R. E. Höhme, Firma „Sendig u. Reußmanns(?) Nachfolger“  b) Papier-, Pappen- und Preßspan- fabrik		Oeser II, a. a. O., S. 131 u. 132
1812 pro Woche 10 Pfd. Pulver	a) Personal um 1855 20 Mann, davon 8 Fabrikarbeiter und 3 Hilfsarbeiter  b) um 1855 110 Zentner,	a) E Gustav Stein- bock, E seit 1856 T. Mark (zu- gleich techni- scher Leiter)  b) Pulverfabrik		Oeser I, a. a. O., S. 38-40

Fortsetzung

Manufaktur	Sitz	Jahr des erst- maligen Arbeits- ma- schinen- einsatzes	Maschineneinsatz		Sonstige technische Ausrüstung
			Arbeits- maschinen	Kraft-	
a) Art b) Gründer (G) bzw. Eigentümer (E) c) Gründungsjahr					
1	2	3	4	5	6
ab 1709 Pächter Johann Jobst Hottenroth, 1740 bis 1775 dessen gleichnamiger Sohn, danach auf kurze Zeit Kaufmann Schönberg, da- nach wieder Hot- tenroth, von 1807 bis 1831 Hottenroths Erbpächter, ab 1831 F. W. Stein- bock					häuser, ein Trok- kenhaus, ein Packhaus, ein Magazin
c) 16. Jahrhun- dert?					

Manufaktur	Produktionskapazität als		Bemerkungen	Quellennachweis
	Fabrik	Fabrik		
	a) Arbeiterzahl b) Produktions- leistung c) Sonstige Pro- duktionsdaten	a) Firma bzw. Eigentümer b) Branche		
7	8	9	10	11
	alle Sorten Jagd- und Scheibenpul- ver, Muster- und Sprengpulver, Absatz: Oberschlesische Bergwerke, Preu- ßen überhaupt			

## ANLAGE 3

Im Tabellarium sind Literaturangaben in Kurzform enthalten, die im Text des Artikels nicht vorkommen und deren vollständige Fassung deshalb auch nicht in den vorstehenden Anmerkungen zu diesem Text enthalten sein können. Um einen einwandfreien Nachweis dieser Veröffentlichungen zu ermöglichen, werden ihre Titel nachstehend vollständig wiedergegeben:

1. Allgemeines Handlungs- und Fabriken-Adreßbuch von Obersachsen. In Sammlung: „Das gewerbefleißige Deutschland“, Ronneburg und Leipzig 1800.
2. *Bökelmann, Curt*, Das Aufkommen der Großindustrie im sächsischen Wollgewerbe, Heidelberg 1906.
3. *Gebauer, Heinrich*, Die Volkswirtschaft im Königreiche Sachsen — Historisch, geographisch und statistisch dargestellt, Band I—III, Dresden 1893.
4. *Juckenburg, Karl*, Das Aufkommen der Großindustrie in Leipzig. Leipziger Diss. Leipzig 1912.
5. *Kästner, Max*, Aus dem Leben einer kleinen Stadt (Bilder aus der Geschichte der Stadt Frankenberg i. Sa.). Zur 750-Jahrfeier im August 1938. Frankenberg 1938.
6. *Lorenz, M.*, Christian Gottlob, Die Stadt Grimma im Königreiche Sachsen, historisch beschrieben. Leipzig 1856.
7. *Oeser, Louis*, Album der Sächsischen Industrie, Erster Band, Lieferung 1—19, Neusalza 1856—1858.
8. *Ohne Angabe des Verfassers*, Deutschlands Jubiläumsfirmen. Handelskammerbezirk Chemnitz. Leipzig 1926.
9. *Pfau, W. C.*, Grundzüge der Rochlitzer Chronik. Rochlitz 1927.
10. *Pönicke, Herbert*, Das kapitalistische Betriebssystem David Friedrich Oehlers in Crimmitschau bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts. In: „Neues Archiv für Sächsische Geschichte und Altertumskunde“, L I, S. 146 flg.
11. *Reymann, Richard*, Geschichte der Stadt Bautzen. Bautzen 1902.
12. *Rößig, C. G.*, Die Produkten-Fabrik-Manufaktur- und Handelskunde von Chursachsen und dessen Landen in zwey Theilen. Leipzig 1804.
13. *Schiffner, Albert*, Handbuch der Geographie, Statistik und Topographie des Königreiches Sachsen, Zweite Lieferung, den Dresdner Kreisdirektionsbezirk enthaltend. Leipzig 1840.
14. *Schumann, August*, Vollständiges Staats-, Post- und Zeitungs-Lexikon von Sachsen, enthaltend eine richtige und ausführliche geographische, topographische und historische Darstellung aller Städte, Flecken, Dörfer, Schlösser, Höfe, Gebirge, Wälder, Seen, Flüsse etc. gesammter Königl. und Fürstl. sächsischer Lande, mit Einschluß der Fürstenthümer Schwarzburg und Erfurt, so wie der Reußischen und Schönburgischen Besitzungen, Sechster Band, Lohmen bis Neudörfchen, Zwickau 1819.

VI.

REZENSIONEN

WOLFGANG JONAS

DAS LEBEN DER MANSFELD-ARBEITER 1924 BIS 1945  
GESCHICHTE DER FABRIKEN UND WERKE BD. I

*Verlag Tribüne, Berlin 1957, 483 Seiten, Preis 6,50 DM*

Im Jahr 1957 erschien als erster Band der vom Tribüne-Verlag herausgegebenen Reihe „Geschichte der Fabriken und Werke“ die genannte Arbeit von Jonas. Mit diesem Projekt schließt der Verlag eine schon länger in der historischen Literatur unserer Republik empfundene Lücke. Die Ausarbeitung von Themen zur Geschichte einzelner Betriebe, bzw. die Untersuchung einiger Spezialprobleme an Hand der Entwicklung verschiedener Werke, wird zweifellos wissenschaftlich gute Ergebnisse bringen und gleichzeitig für die Bewußtseinsbildung der Werktätigen in unserer Republik von großer Bedeutung sein.

In seinem Geleitwort hält Jürgen Kuczynski für diese und alle folgenden Arbeiten dieser Reihe das Ziel fest, nämlich „den künftigen Generationen ein wahrheitsgetreues, ein realistisches Bild von dem zu geben, was die Herrschaft des Kapitals, was Ausbeutung des Menschen durch den Menschen bedeutete“ (S. 6).

An die Spitze seiner Ausführungen stellt J. drei Aufsätze von Maxim Gorki, die letzterer 1931 in der Prawda bzw. der „Internationalen Pressekorrespondenz“ 1932 veröffentlichte.

Der erste Hauptabschnitt behandelt die Problematik der Lage der Arbeiterklasse im Mansfelder Kupferbergbau in den Jahren von 1924 bis 1933. Die allgemeinen Probleme der revolutionären Nachkriegskrise werden vom Autor nur kurz angedeutet, die der relativen Stabilisierung und die der Weltwirtschaftskrise dagegen breiter behandelt.

Dann wendet sich J. zunächst speziellen Untersuchungen der Entwicklung der Arbeitszeit zu. Seine Schilderungen sowie die kurzen und knappen Interpretationen des ausgezeichneten Materials überzeugen.

Besonders eindrucksvoll gelingt J. die Darstellung der technischen Entwicklung. In einem Rückblick zeigt er die gesamte Problematik der Technisierung des Bergbaues auf und weist auf die Besonderheiten hin, die die unterschied-

liche Stellung des Bergarbeiters zur Maschine im Verlauf des Prozesses der Industrialisierung kennzeichnen. Davon leitet er wesentliche Gesichtspunkte ab, die für die Lage der Bergarbeiter von großem Interesse sind. Er schreibt: „Der Mansfelder Bergmann, der 10 bis 20 Jahre vor Streb gearbeitet hat, hat eben in jahrelang schwerster Arbeit gelernt, Kupfererz in Mansfeld abzubauen, und darin liegt der hauptsächlichste Wert seiner Arbeitskraft. Schwer, nur unter dem stärksten ökonomischen und politischen Druck wird er bereit sein, den Mansfelder Bergbau zu verlassen. Andererseits versucht der Konzern, den Mansfelder Bergmann mit den verschiedensten Methoden an den Betrieb zu fesseln“ (S. 46). J. weist mit Recht darauf hin, daß die Mansfelder Bergleute „ein modernes Industrieproletariat mit handwerklichen Produktionsmethoden und -instrumenten“ noch bis weit in das 20. Jahrhundert hinein darstellen (S. 45).

Die Mechanisierung des Abbaues bereitet in allen Untertagebergbauen relativ viel Schwierigkeiten. Erst in den zwanziger Jahren vollzieht sich hier eine entscheidende Wendung. Was das für die Kumpel bedeutete, zeigt uns J.: „Von 1926 bis 1933 verringerte sich die Zahl der Strebhauer um 1000 Mann. Diese 1000 Mann wurden in das ständige Heer der Arbeitslosen gestoßen“ (S. 52).

Und an anderer Stelle bemerkt er, die Vielseitigkeit des Prozesses selbst und die widerspruchsvolle Auswirkung auf die Lage der Arbeiter beleuchtend: „Zweifellos wurde für den Kumpel in gewisser Hinsicht die Arbeit erleichtert, das bedeutet jedoch nicht, und das dürfen wir nie aus den Augen verlieren, eine Verbesserung der Lage der Arbeiter. Technischer Fortschritt, Einführung neuer Maschinen, zieht unter kapitalistischen Bedingungen stets einen weiteren Schritt in der relativen und absoluten Verelendung nach sich“ (S. 51).

Auch bei der Darstellung der Mechanisierung der Förderung überzeugt J., wie er herausarbeitet, daß es der Mansfeld AG nur um die Erhöhung der Profitrate ging und daß von einer Sorge um den Menschen niemals die Rede sein konnte (S. 54f.).

Einen besonderen Schwerpunkt im Rahmen der Darstellung bilden die Ausführungen über das Lohnsystem. Gut wird der besondere Charakter der Gedinge, ihr quantitativer Unterschied zu den sonstigen Akkordlöhnen der Industrie herausgearbeitet. Auf die Besonderheiten der technologischen Bedingungen und der damit verbundenen Arbeitsorganisation vor Ort im Kupferschieferbergbau eingehend, betont J., daß die „Kameradschaft und das Kameradschaftsgedinge . . . in ihren Zügen Überreste von handwerklich-patriarchalischer Kooperationsform“ aufweisen. Während beim Akkord der Industrie, sofern dort überhaupt Gruppenakkord auftritt, meist nur Arbeiter zusammengefaßt sind, die die gleiche Arbeit ausführen, ist das im Bergbau nicht der Fall. Nach einem kurzen historischen Abriß der Entwicklung des Lohnsystems fährt J. fort: „In den 20er Jahren mit dem Beginn der verstärkten Rationalisierung und insbesondere der Mechanisierung des Abbaus wird das System der Kameradschaften und damit das Kameradschaftsgedinge in den meisten Bergbau-

gebieten variiert. Die Mechanisierung des Abbaues mit Schrämmaschinen und Schüttelrutschen führte zu langen Strebfronten mit Anlegung von 80 bis 100 Mann. Dadurch zerfielen natürlich die früheren engen kooperativen Gemeinschaften. Das Mißtrauen leistungsfähiger Arbeiter gegenüber nicht so leistungsfähigen Arbeitern wuchs, da der einzelne Arbeiter die Kameradschaft nicht mehr übersehen und beurteilen konnte. Außerdem spezialisierten sich immer stärker bestimmte Gruppen von Arbeitern auf Teiloperationen, wie z. B. Kohlehacken, Laden, Versetzen, Fördern usw. Das Kameradschaftsgedinge diente dem Unternehmen nicht mehr als Hebel zur Steigerung der Intensität. Die Zechenverwaltung ging deshalb dazu über, Gedinge für einzelne Gruppen bzw. sogar Einmanngedinge zu stellen.

Im Mansfelder Bergbau finden wir diese Entwicklung nicht. Die Mechanisierung des Abbaues führt nicht zu langen Strebfronten, da die alte Methode des Abbaues im Strebbogen beibehalten wurde und die Verhältnisse vor Streb nach wie vor auf Grund der geringen Flözmöglichkeit zu eng blieben, daß auch eine weitere Spezialisierung der Arbeiter auf bestimmte Teiloperationen nicht durchgeführt werden konnte“ (S. 88/89).

Die Gedanken, die J. hier zur Entwicklung des Mansfelder Bergbaues darlegt, sind zweifellos richtig und arbeiten eine weitere Besonderheit der Ausbeutung der Arbeiter durch den Konzern heraus. Allerdings erscheint es mir nicht ganz richtig, wie der Verfasser die Mansfelder Entwicklung mit der anderer deutscher Bergbaugebiete vergleicht. Für den Sächsischen Steinkohlenbergbau ist z. B. konkret nachweisbar, daß im 19. Jahrhundert bis zur Novemberrevolution ebenfalls schon stark mit Einzelgedinge gearbeitet worden ist. Allerdings war hier der Kampf der Arbeiterklasse der wichtigste Faktor, der die Unternehmer zwang, diese Methode immer weniger in Anwendung zu bringen. Der deutsche Bergbau außerhalb der Mansfeld AG bringt demnach in der Periode der relativen Stabilisierung nicht etwas grundsätzlich Neues zur Anwendung.

In den folgenden Ausführungen imponiert bei J. die Gründlichkeit des Durchdenkens seiner Darstellung über Gedingegattungen, Gedingeformen, Gedingeumfang, Gedingegestalt und Gedingearten. Gut wird bei dieser Gelegenheit vom Autor auch die Rolle des Kampfes der Arbeiterklasse herausgearbeitet. Bei seinen Ausführungen über die Gedingeschraube, die die Kumpel nach 1924 besonders hart traf, begründet J. das Scheitern der Refasysteme vorwiegend mit den sich aus der ökonomischen Situation ergebenden objektiven Faktoren. Bei einer Neuauflage des Buches müßte an dieser Stelle vielleicht noch einmal mit ergänzt werden, welche Rolle der Klassenkampf der Bergarbeiter dabei gespielt hat. Zwar kommt die Wirkung dieses Faktors an anderen Stellen des Buches zum Ausdruck, doch wäre meiner Meinung nach an dieser Stelle zumindest eine verweisende Bemerkung nötig.

In dem Abschnitt „Strafen und Almosen“ (S. 105) kommt die Unmenschlichkeit des ganzen Ausbeutersystems sehr gut zum Ausdruck. Die Darstellung überzeugt, obwohl man vielleicht noch einige weitere Lohnabzüge finden könnte, die man als versteckte Strafen werten muß.

In seinem Kapitel „Die Lohnbewegung“ verdeutlicht J. die Schwierigkeit des Kampfes der gespaltenen Arbeiterklasse. Als besonderen Höhepunkt schildert er den Verlauf des Streiks 1930. „Im Frühjahr 1930 machte die Konzernleitung einen erneuten Vorstoß zur Senkung der Tariflöhne. Die Löhne sollten um 15% gesenkt werden. Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsräte verhandelten und waren schon bereit, einer Lohnsenkung zuzustimmen, da schlossen sich die Mansfelder Berg- und Hüttenarbeiter zu einer Einheitsaktion über die Köpfe reformistischer Gewerkschaftsführer hinweg zusammen. Am 1. Juni 1930 traten Mansfelds Arbeiter unter Führung einer revolutionären Streikleitung in den Streik. Vorbildlich organisiert und diszipliniert kämpfte das Mansfelder Proletariat. Während die Mansfelder Arbeiter um den Sieg kämpften, kuhlhandelten rechte reformistische Gewerkschafter und fielen schließlich der Streikfront in den Rücken. Nach fast 8 Wochen heroischen Kampfes brach der Streik zusammen. Am 25. Juli 1930 wurde die Arbeit mit einer neuneinhalbprozentigen Lohnsenkung aufgenommen“ (S. 115).

In diesem Abschnitt wird ausgezeichnet dargestellt, welche verlässliche Stütze die rechten sozialdemokratischen und Gewerkschaftsfunktionäre für die Direktion der Mansfeld waren. Die Mansfeld sicherte sich eine Monopolstellung auf die Ausbeutung der Menschen im ganzen umliegenden Gebiet. Mit viel Geschick und grausamer Brutalität verstanden sie es, das Aufkommen anderer Industriezweige zu verhindern.

Ein großer Teil der Arbeiter hatte noch Landbesitz. Diese Tatsache erlaubte es dem Mansfeld-Konzern, die Löhne aller Arbeiter besonders niedrig zu gestalten. Die Mansfeld-Kumpel zählten mit zu den am schlechtesten bezahlten Bergarbeitern in Deutschland. Bei einer Neuauflage des Buches sollte versucht werden, zu einigen Forderungen der Bergarbeiter noch konkreter Stellung zu nehmen und einige dieser Art zu zitieren.

Wirklich erschütternd sind die von J. im folgenden gebrachten Beispiele der Ausbeutung und Unterdrückung der jüngsten und ältesten Bergarbeiter. Geradezu grenzenlos ist der Druck, den die Monopolherren auf ihre Arbeiter ausüben, wie sie mit ökonomischen (48% der Gesamtbelegschaft bewohnten werkeigenen Wohnungen) und außerökonomischen Mitteln die Arbeiter in ihre Botmäßigkeit zwangen.

Bei der Untersuchung der Unfallverhältnisse weist J. mit Recht darauf hin, daß es grundfalsch wäre, „die Häufigkeit der Unfälle ausschließlich aus der Gefährlichkeit der Bergmannsarbeit als einer naturnotwendigen Erscheinung, herzuleiten. Die Unfallentwicklung wird in starkem Maße durch die gesellschaftlichen Verhältnisse, unter denen produziert wird, bestimmt“ (S. 161). In den folgenden Ausführungen setzt sich der Autor dann noch speziell mit der Problematik des Unfallschutzes in den 20er Jahren auseinander. Immer wieder kommt als Leitmotiv die grenzenlose Ausbeutung als Hauptursache der erhöhten Unfallgefahr zum Ausdruck. „Die Gedingeschere treibt den Kumpel dazu, Schiefen zu gewinnen, Schiefen, Schiefen und nochmals Schiefen und andererseits den Ausbau, der ja beim Abbau nur aufhält, zu vernachlässigen“ (S. 177).

Aus internen zitierten Materialien der Direktion wird die Skrupellosigkeit der Mansfeld AG einmal mehr deutlich, wenn es heißt: „... Ganz allgemein betrachtet besteht zunächst die Gefahr, daß die geplante intensive Schulung des Aufsichtspersonals und der Arbeiter durch Bilder, Einzelbelehrung usw. zwar einen gewissen Rückgang der Unfälle bringt, daß jedoch gegenüber der starken Betonung der Sicherheitsmaßnahmen die wirtschaftlichen Betriebsfaktoren, wie Leistung und sparsame Wirtschaftsführung, zu kurz kommen“ (S. 178). Es ging der Mansfeld AG nicht um eine erhöhte Sicherheit, sondern um einen erhöhten Profit. Die Grubenbeamten schwiegen, wenn die Arbeiter die Unfallvorschriften verletzten. Ganze tausend Reichsmark gab die Direktion jährlich für das Grubenrettungswesen aus, aber über 150000 Reichsmark betrug das Jahreseinkommen des Generaldirektors Heinhold (S. 190). Noch erschreckender sind die bei der Mansfeld herrschenden Gesundheitsverhältnisse. Die Tbc grassierte besonders stark unter den Ärmsten der Armen im Mansfelder Land. J. beweist das eindrucksvoll an erschütternden Beispielen.

Eine besondere Rolle spielte unter den Berufskrankheiten die Staublungene. Lange Zeit kümmerte sich die Direktion nicht um diese Krankheit. „Aber schlagartig, ab 1929, finden wir Stapel von Aktennotizen zur Silikosefrage. Und warum, etwa aus Sorge um die Arbeiter? Durchaus nicht. Am 11. Februar 1929 wurde durch die zweite Verordnung über Ausdehnung der Unfallversicherung auf Berufskrankheiten die schwere Staublungenerkrankung für melde- und entschädigungspflichtig erklärt. Das ist der Grund! Durch diese Verordnung nimmt die Staublungenerkrankung verstärkt Einfluß auf ihren Profit. Dann hört sie auf, nur Gegenstand platonisch-medizinischer Betrachtungen zu sein, dann wird sie zu einem heftig diskutierten Gegenstand in der Direktion“ (S. 214/215).

In der Tat, die Direktion unternimmt alles, um die Wirksamkeit der neuen Verordnung einzuschränken! Das Oberbergamt sieht faktisch untätig zu. Es stellt bestenfalls fest, daß nichts geschehen sei, was zu einer Minderung der Verhältnisse führen könne (S. 219). Der Kreisarzt, Medizinalrat Dr. Redeker, setzt der Unverschämtheit die Krone auf. Er macht sich zum besten Helfer des Konzerns, indem er „wissenschaftlich“ feststellt: „Die Silikoseverordnung läßt sich für den Mansfelder Bergbau überhaupt nicht durchführen, ohne den Bergbau zugrunde zu richten“ (S. 219). Auch anderen wissenschaftlichen Instituten, die sich mit den Problemen der Silikose beschäftigen, zeigt die Mansfeld AG die kalte Schulter und sabotiert deren Forschungsarbeit. Konzerne und gewissenlose Wissenschaftler tragen die Hauptschuld an der weiteren Verschlechterung der Gesundheitsverhältnisse der Arbeiter.

Besonders gelungen ist dem Autor die Darstellung der Leiden der Bergarbeiterkinder. Noch nicht geboren, sind sie schon infolge der unbarmherzigen Ausbeutung der Mütter von den ersten Krankheitskeimen befallen. Sobald sie arbeiten können, müssen sie den Eltern zur Hand gehen. Mit 14 Jahren schließlich kommen sie in die Mühle der Mansfeld AG.

Furchtbar war es für den Bergmann, krank zu sein. Krankheit bedeutete Hunger! Erschütternd sind die von J. gebrachten Beispiele. Sie zerschlagen eindeutig die Lügen der Unternehmer von angeblicher Drückebergerei. Bis zum letzten Tage führen die Kumpel zur Schicht an, und es kam mitunter vor, daß sie mit doppelter Lungenentzündung im Schacht zusammenbrachen (S. 235). In einem besonderen Kapitel behandelt J. das Ringen der Arbeiterklasse für einen besseren Gesundheitszustand. Er weist dabei nach, daß die wirklichen Interessen der Arbeiter nur die Kommunistische Partei Deutschlands in voller Konsequenz vertrat. Im Preußischen Landtag stellte die Fraktion der KPD unter Führung von Wilhelm Pieck einen Antrag, der den Interessen der Kumpel entsprach (S. 240/243). Jedoch die rechten sozialdemokratischen Funktionäre unterstützten den Kampf der Kommunistischen Partei ungenügend. Gerade ihre Haltung begünstigte den Konzern bei der Sabotage bestehender Unfallvorschriften und schmälerte den vom Proletariat in manchem zähen Ringen erreichten Erfolg.

Mit sehr gutem Material beweist J. den Verrat der rechten Sozialdemokraten und Gewerkschaftsführer am Beispiel des Streiks 1930. Vielleicht wäre es noch besser gewesen, bei dieser Gelegenheit etwas stärker die Entwicklung im Mansfeldischen mit der im ganzen Reich zu vergleichen. Eines Teils wäre dann der wahrhaft heroische Kampf der Kumpel noch deutlicher geworden und zum anderen die schändliche Polemik Husemann und anderer noch besser herausgekommen. „Husemann, Reddigau, Stankiewitz, Kiefner und die anderen Renegaten ihrer Klasse, sie tragen nicht nur die Schuld, dem Mansfeld-Kumpel in den Rücken gefallen zu sein und dem Konzern zu einem gewaltigen Lohnraub verholfen zu haben, sondern sie tragen darüber hinaus die große historische Schuld, die Kampfkraft des deutschen Proletariats in einer solchen entscheidenden Zeit, da die äußerste Reaktion dazu überging, die faschistische Diktatur zu errichten, verhängnisvoll geschwächt zu haben“ (S. 286).

Im Abschnitt II seines Buches behandelt J. die Lage der Bergarbeiter im Mansfelder Kupferbergbau unter dem deutschen Faschismus von 1933 bis 1945.

Mit vollem Recht weist er in der Einleitung zu diesem Teil auf die nicht ernst genug zu nehmenden Besonderheiten dieser Etappe hin. Er schreibt: „Es gab in den letzten Jahren nicht wenig Beispiele, daß man die Politik der herrschenden imperialistischen Klasse einer Politik von Abenteurern, politischen Ignoranten und Phantasten gleichsetzte. Eine solche Interpretation der Politik der herrschenden Klasse ist albern. Sie verschließt uns die Möglichkeit wirklich tiefgehender Analysen und vereinfacht und vulgarisiert die Problematik der Lage der Arbeiterklasse und die Antwort auf die Frage nach den Ursachen des Machtantritts des Faschismus“ (S. 289). Im weiteren legt J. die Zielrichtung seiner folgenden Untersuchungen fest, indem er fortfährt: „Der Faschismus ist die Herrschaftsform des Monopolkapitals, mit der es ihm am weitgehendsten gelingt, das ökonomische Grundgesetz des modernen Kapital-

lismus durchzusetzen. Ausbeutung, Ruinierung und Verelendung nicht nur der Arbeiterklasse, sondern aller Werktätigen, der einfachen Warenproduzenten und sogar kleinerer und mittlerer Kapitalisten erreichen ein Höchstmaß. Es findet also nicht nur eine ungeheuerliche Verschärfung der Ausbeutung im Produktionsprozeß statt, es wird ein ganzes System von Maßnahmen und Methoden der Ruinierung und Verelendung des ganzen Volkes geschaffen, das in der Lage aller Schichten des Volkes und nicht zuletzt auch in die der Arbeiterklasse tief eingreift, das aber im Bereich des Betriebes oft nur sehr begrenzt zum Ausdruck kommt“ (S. 302).

Mit vollem Recht bezieht deshalb der Autor mehrere bei der Betrachtung der Lage der Arbeiter in der Weimarer Republik unberücksichtigt gebliebene Komplexe in seine Betrachtungen ein. Einen relativ breiten Raum gesteht er der Darstellung der ideologischen Verwirrung zu. „Der deutsche Faschismus verzichtet auf die Unterstützung durch den reformistischen Teil der Arbeiterbewegung. Die Massenbasis des deutschen Faschismus lag im wesentlichen im Kleinbürgertum“ (S. 304). Überhaupt legten die Faschisten den Schwerpunkt ihres politischen Lebens außerhalb des Betriebes. Die überwiegende Mehrzahl der faschistischen Organisationen war auf der Territorialebene organisiert.

Überzeugend weist J. nach, daß sich alle Faktoren, die die Lage der Arbeiterklasse bestimmen, verschlechtern. Nur ein Faktor verbessert sich: Die Arbeitslosigkeit. Diese Tatsache, die im Gefolge der zunehmenden Rüstungsproduktion eintritt, nützen die Nazis weidlich für die weitere ideologische Verwirrung der Kumpel aus.

In der Ausrüstung der Gruben und Schächte können wir „weder qualitativ noch quantitativ irgendeine wesentliche Änderung in der Technik des Abbaues“ während der Zeit des Faschismus feststellen (S. 309). Infolge des raschen Vorrückens der Abbaufrenten unter Tage, das eine Folge der immer mehr gesteigerten Arbeitsintensität ist, sieht sich die Mansfeld AG gezwungen, die maschinelle Mannschaftsförderung einzuführen. Da im Kupferschieferbergbau, wie J. nachweist, schon immer die Arbeitszeit von Hängebank zu Hängebank, vom Betreten des Förderkorbes bis zum Verlassen gemessen wird, bedeutete diese Maßnahme eine weitere intensivere Ausnutzung der Arbeitskraft, die den Profit der Aktionäre nicht unwesentlich erhöht.

Während der Weltwirtschaftskrise hatte die Leitung des Konzerns das sogenannte Krümpersystem eingeführt. Dies war eine besondere Methode der Kurzarbeit. Dadurch sank der Lebensstandard der Kumpel rapide. 1933 lag der Lohn nur wenig über der Arbeitslosenunterstützung. In den Jahren von 1932 bis 1937 sank der Nettorealohn weiter, „und zwar um 50/0. Es ist das erste Mal in der Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland, daß während der Aufschwungssphase eines Zyklus bei Verlängerung der Arbeitszeit und bedeutender Erhöhung der Intensität der Reallohn sinkt“ (S. 337). Das ist eine Erscheinung, die J. Kuczynski für den Durchschnitt aller Arbeiter in Deutschland in dieser Zeit feststellte.

Da, wie schon für die Zeit der Weimarer Republik vom Autor nachgewiesen wurde, die Löhne bei der Mansfeld besonders niedrig waren, setzte in den dreißiger Jahren eine starke Abwanderung von Arbeitskräften in besserbezahlte Industrien ein. Die Arbeiter dichteten:

„Alles haut vom Schacht ab,  
das Schichtgeld ist ja auch zu knapp.  
Wenn hier nicht bald wird was geschehn,  
Muß selbst der Obersteiger stempeln gehn!“

Besonders die DAF zeigte, wie J. überzeugend nachweist, bei dieser Gelegenheit einmal mehr ihr wahres Gesicht als faschistische Zwangsorganisation.

Im weiteren Verlauf der faschistischen Ära verringert sich die Bedeutung des Lohnes zur Bestimmung der Lage der Arbeiterklasse. Der Autor schreibt: „Der Lohn verlor in dem Maße an Bedeutung, wie für den Arbeiter die Möglichkeit der Reproduktion seiner Arbeitskraft und der Gestaltung seiner Lage nicht von der Höhe seines Lohnes, sondern immer stärker von der Rationierung der Lebensmittel und der Einschränkung der Konsumgüterindustrie bestimmt wurde“ (S. 352).

Verbunden mit dem Terror des faschistischen Staates und der schier grenzenlosen Ausbeutung durch die Konzernleitung wurde die Abhängigkeit der Arbeiter vom Betrieb selbst immer größer. Die Arbeiter wurden fast zu Leibeigenen. „In dem Maße aber, in dem sich das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt, insbesondere dem der Rüstungsindustrieweige, immer günstiger für die Arbeiter entwickelte, griffen die Unternehmer und in ihrem Auftrag der faschistische Staatsapparat zu außerökonomischen Zwangsmaßnahmen, um die freie Konkurrenz, um den günstigsten Verkauf der Arbeitskraft auszuschalten“ (S. 362). Besonders günstig war die Situation für die Zechenherren durch die Monopolstellung, die der Betrieb in der ganzen Umgegend einnahm. Das faschistische Arbeitsamt unterstützte die Bestrebungen des Konzernes willig. Während des Krieges drohten Konzernleitung und Arbeitsamt den Arbeitern nicht selten mit Verhaftung durch die Gestapo, wenn er seinen Arbeitsplatz verlassen würde (S. 371). Das Bestreben, aus den Fängen der Mansfeld zu entinnen, war sehr stark. Doch unerbittlich holte die Konzernleitung die ihr entlaufenen Ausbeutungsobjekte zurück, selbst wenn es sich um Westwallerbauer handelte (S. 372).

Das ganze Kapitel, das J. mit der Überschrift: „Die Leibeigenschaft der Kumpel“ versehen hat, gehört zweifellos zu den stärksten des ganzen Buches.

Einen weiteren Teil seiner Ausführungen verwendet J. auf die Darstellung der Methoden, durch die in der Zeit des Faschismus der Terror und die ideologische Verwirrung gegen die Arbeiterklasse gesteigert wurden.

Die speziell im Interesse der faschistischen Machthaber in Clausthal gegründete und mit der Bergakademie in engem Kontakt stehende „Hochschule für Menschenführung“ und das in Düsseldorf geschaffene deutsche Institut für technische Arbeitsschulung gingen der Mansfeld AG dabei rühlig zur Hand.

Die Arbeitszeit wurde verlängert, die Zuschläge für Sonntags- und Überschichten gestrichen. Seinen Höhepunkt erreichte dieser Prozeß während des Krieges. Die Mansfeld AG war einer derjenigen Betriebe in Deutschland, die besonders hartnäckig versuchten, die am Anfang des Krieges verhängte Urlaubssperre beizubehalten. Die Not und das Elend der Arbeiterklasse wurden immer drückender. Der Gesundheitszustand der Belegschaften der einzelnen Schächte verschlimmerte sich ständig. J. sieht mit Recht die sogenannten „Bummelschichten“ als Ausdruck der Verschlechterung des Gesundheitszustandes und eine Form des Widerstandes der Arbeiterklasse. Mit Hilfe der Gestapo ging der Mansfeld-Konzern dagegen vor.

Bei der Darstellung des Verlaufs und der Entwicklung der Produktion und der Arbeitsleistung geht J. wiederum von den technologischen und ökonomischen Besonderheiten des Betriebes aus. Im Jahre 1937 erreichte die Minenproduktion ihren Höchststand. Später fährt der Autor fort: „Diese Eigenart der Situation berechtigt uns zu der Feststellung, daß die Entwicklung der Schichtleistung im Mansfelder Bergbau das feinste Barometer für die politische Haltung und Stimmung der Mansfelder Kumpel und damit auch der Wirksamkeit des Kampfes der führenden Antifaschisten im Mansfelder Gebiet war“ (S. 400). Der Verfasser weist überzeugend nach, daß das Ansteigen der Produktion von 1933 bis 1937 parallel mit einer Abnahme des antifaschistischen Widerstandes läuft. Für die Jahre nach 1937, die durch ein Absinken der Produktion gekennzeichnet sind, ist dagegen die Zunahme des antifaschistischen Widerstandes offensichtlich.

In den ersten Kriegsjahren bis 1941 ist ein erneuter Anstieg der Produktion zu verzeichnen, während nach 1941 der Rückgang wiederum parallel läuft mit einer Zunahme des Widerstandes (S. 401).

Die Darstellung erhebt nicht den Anspruch darauf, die Dynamik und Problematik des antifaschistischen Widerstandskampfes umfassend zu schildern. Vielmehr bringt uns J. diese Ergebnisse seiner Forschungen als Tatsachen, die oftmals andere Arbeiten, die sich speziell mit dem Widerstand in Nazideutschland beschäftigen, vernachlässigten. J. gibt damit vor allem vielen Historikern, die sich mit Lokal- und Betriebsgeschichte beschäftigen, ein gutes Beispiel. Auch auf der Basis derartiger Untersuchungen muß die breite Erforschung des antifaschistischen Widerstandskampfes in seinen vielfältigen Erscheinungsformen vorangetrieben werden.

Die Darstellung in diesem Kapitel klingt aus mit einem Ausblick auf die Solidarität der Arbeiter vieler Nationen im Kampf gegen den Faschismus innerhalb der Betriebe des Mansfeld-Konzerns.

Die grausame Ausbeutung hatte eine hohe Unfallrate zur Folge. „Der faschistische Terror gegenüber der Arbeiterklasse und die Zerschlagung ihres führenden Vortrupps entthob die Konzernherren des Zwanges, sich ernsthaft mit den Unfallverhältnissen auseinanderzusetzen“ (S. 418). J. bringt in diesem Teil seiner Darstellung ausgezeichnetes Material, das seine Thesen untermauert.

Die Silikosebekämpfung blieb weiterhin vollkommen ungenügend. Der Mansfeld-Konzern weigerte sich, seine Gesteinsarbeiter ärztlich untersuchen zu lassen. Eine ab 1937 durchgeführte medizinische Betreuung blieb vollkommen ungenügend. Sie beschränkte sich lediglich auf eine „Betreuung“ der Erkrankten. „Damit war es den Konzernherren wiederum gelungen, die Wirksamkeit einer der wichtigsten Seiten der Silikosebekämpfung im Interesse des Betriebes abzuschwächen. Das geschah auf Kosten der größeren Gefahren für die Gesundheit der Kumpels“ (S. 424). J. weist mit Recht darauf hin, daß auch die Höhe des Krankenstandes ein Gradmesser des Bewußtseins der Arbeiterklasse sein kann. Mit brutalem Terror gelang es der Direktion, eine zeitweise rückläufige Entwicklung durchzusetzen.

Die barbarischsten Züge zeigte der Faschismus bei der Ausbeutung der Arbeiter in dem Moment, als er im großen Ausmaß dazu überging, Ausländer nach Deutschland zu verschleppen. J. zitiert einen Brief, den Sauckel an Rosenberg schrieb, in dem es u. a. heißt: „Alle diese Menschen müssen so ernährt, untergebracht und behandelt werden, daß sie bei denkbar sparsamsten Einsatz die größtmögliche Leistung hervorbringen. . .“ (S. 441). Der Verfasser kommentiert richtig, daß das „in Wirklichkeit absoluten Verbrauch der Menschen in kürzester Zeit“ bedeutete (S. 441). Aus Dokumenten, die der Feder von Bewohnern besetzter Gebiete entstammen, klingt es erschütternd: „Man fängt jetzt Menschen, wie die Schinder früher Hunde gefangen haben“ (S. 442/443). Die Mansfeld AG wurde auf Grund ihrer Wichtigkeit für die Rüstung und ihrer Verbindung zum faschistischen Staat bevorzugt mit Fremdarbeitern beliefert; Angehörige von 18 Nationalitäten waren hier den schwersten Bedingungen ausgesetzt.

Besonders hart wurden von der Grausamkeit der Direktion die sowjetischen Kriegsgefangenen betroffen. Die Unterbringung der Arbeiter und Kriegsgefangenen war so miserabel, daß sich selbst Nazifunktionäre hin und wieder gezwungen sahen, den unhaltbaren Zustand der Lager zu bemängeln. Krankheiten und Epidemien waren in diesen nicht mehr als menschenwürdig zu bezeichnenden Behausungen an der Tagesordnung.

Das Buch von Wolfgang Jonas ist eine Anklage gegen den Kapitalismus. Es ist gut geeignet, breiten Kreisen den wirklichen Charakter der Konzernherren in Deutschland zu veranschaulichen; eben derjenigen Herrschaften, die in Westdeutschland wieder die Macht in den Händen halten. Es erzieht die Menschen zum Abscheu und Haß gegenüber dem Kapital und zwingt zum Nachdenken. Als lokalgeschichtliche bzw. betriebsgeschichtliche Darstellung kommt ihm insofern eine große Bedeutung zu, als es nicht bei der Geschichte der Lage der Arbeiter des einen Betriebes haltmacht, sondern in gut gelungenen Partien den Bogen zur deutschen Geschichte überhaupt spannt. Am konkretesten beweist J. den Verlauf des allgemein Typischen. Die Reihe „Geschichte der Fabriken und Werke“ wurde mit dieser Arbeit würdig begonnen.

Es ist ein schönes Zeichen für die Verlagsarbeit der Gewerkschaften in unserer Republik, daß der Tribüneverlag wissenschaftliche Literatur, denen

Dissertationen zugrunde liegen, verlegt. Doch sollte man in Zukunft darauf achten, daß der Haupttitel mehr der eigentlichen Arbeitsthematik Rechnung trägt. Dieses Buch ist eine Spezialdarstellung der Geschichte der Lage der Bergarbeiter. Bei voller Berücksichtigung des Klassenkampfes stellt es doch die Problematik der Entwicklung der Lage in den Vordergrund und berücksichtigt – wissenschaftlich völlig berechtigt – vor allem diese Seite des Lebens der Arbeiterklasse. Bei weiteren derartigen Veröffentlichungen sollte das der Verlag beachten.

*Eberhard Wächtler*

HANS RADANDT

KRIEGSVERBRECHERKONZERN MANSFELD  
GESCHICHTE DER FABRIKEN UND WERKE BD. III

*Verlag Tribüne, Berlin 1957, 292 Seiten, Preis 5,50 DM*

Abhandlungen über die Geschichte einzelner Betriebe hat es auch schon früher gegeben und gibt es in dieser Form heute noch in Westdeutschland. Aber diese Schriften, meist Chroniken, Jubiläumsschriften u. ä. stimmen, so unterschiedlich der Betrieb auch sein mag, in der Grundkonzeption alle überein. Ob es eine Gesamtgeschichte oder nur ein Ausschnitt aus ihr ist, ob sie sich mehr mit der technischen oder mehr mit der „sozialen“ Seite befaßt, immer ist das „Werk“ im Interesse der Kapitalisten, in ihrem mehr oder weniger direkten Auftrag (oder zumindest unter ihrer Aufsicht, mit ihrer Billigung) entstanden. So bietet sich dem Beschauer solcher Bände ein Bild der fleißigen, sparsamen und gesetzestreuen Fabrikherren, die mit viel Geschick und Mühe ihr Werk von den kleinsten Anfängen zu dem machten, was es gegenwärtig ist. Und eine solche Darstellung der Verhältnisse in der Industrie, im Handel und Bankwesen, kurz überall, wo die Kapitalisten herrschten, kann unter ihrer Aufsicht auch nur so aussehen. Das ist ein Teil des großen Komplexes der ideologischen Beeinflussung der Massen, das ist eine Methode, ihre Herrschaft zu rechtfertigen und „wissenschaftlich“ als ewig darzustellen. Alles, was irgendwie ihrem Renommee als „Wirtschaftsführer“ schaden könnte, wird peinlich vertuscht oder völlig entstellt wiedergegeben.

Schon darin, daß er mit dieser verlogenen Darstellung der Geschichte abrechnet, daß er die Konzernherren schonungslos in ihrer Brutalität und Machtgier zeigt, schon darin liegt ein Verdienst des Buches von Dr. Hans Radandt – „Kriegsverbrecherkonzern Mansfeld“. Aber darin erschöpft sich seine Be-

deutung nicht. Das Buch hat eine große Bedeutung für die Forschung über den Imperialismus schlechthin, besonders über den deutschen Imperialismus. Gab Lenin in seinem Werk „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ „... den Zusammenhang und die Wechselbeziehungen der *grundlegenden* ökonomischen Besonderheiten des Imperialismus in aller Kürze und in möglichst gemeinverständlicher Form. . .“<sup>1)</sup>, so finden wir bei Radandt eine bis ins einzelne gehende konkrete Darstellung der Züge des deutschen Imperialismus, verbunden mit einer Fülle neuer Einzelheiten – das alles dargestellt am Beispiel des Mansfeldkonzerns, eines exponierten Vertreters des reaktionärsten Teils des deutschen Monopolkapitals.

Der erste Teil gibt die Grundlage für das Verstehen der Stellung Mansfelds und für die expansionistische Rolle, die dieser Konzern spielte: Mansfeld-Konzern – Rohstoffreserve der Kriegsbrandstifter.

Aus dem allgemeinen Zusammenhang der Entwicklung des Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Imperialismus, aus der durch die Beendigung der Aufteilung der Welt sich ergebenden Notwendigkeit kriegerischer Auseinandersetzung der imperialistischen Mächte und aus der dafür notwendigen Vorbereitung, dem Ausbau der Rüstungsindustrie, zeigt R. sehr anschaulich und überzeugend die Rolle, die Kupfer und Kupfererz für den Imperialismus gewinnt. Und da Mansfeld über 90% des inländischen Kupfers erzeugte (was zwar nur 10% des Verbrauches war), erkennt jeder daraus die wichtige Bedeutung, die Mansfeld für die chauvinistischen Kreise des deutschen Monopolkapitals hatte.

Geschoßbänder, Zinkdraht und Zinkminenbänder, Platinen für Kartuschen, Zündhütchen, Messingnäpfchen, Patronenmessing, dazu (1914)  $\frac{2}{3}$  der deutschen Silberproduktion, Schwefelsäure für Sprengstoffe – diese Produktion machte Mansfeld zu einem Reservoir für den Krieg (S. 6/7).

In großen Zügen, um den allgemeinen Zusammenhang des Konzerns mit der Entwicklung des deutschen Imperialismus vor 1918, mit der Lage in und vor der Novemberrevolution zu zeigen, entwirft R. ein Bild der Kräfte, die zwar untereinander in hartem Konkurrenzkampf standen, aber einig waren im Grundziel – dem Ausbau der Kriegsrüstung: die einzelnen Finanzgruppen, an ihrer Spitze die Deutsche Bank, deren Rolle im Verlauf des ganzen Buches als eine der treibendsten Kräfte der verhängnisvollen Entwicklung Deutschlands bis zum Sturz des Faschismus durch den Sieg der Sowjetarmee 1945 sehr klar zum Ausdruck kommt. An Hand von Zitaten und Protokollen – also stets ganz nüchternem und sachlich unbestechlichem Material – charakterisiert R. die Beteiligten an den Machtgruppierungen, die in dem Buch auftauchen, um dem Leser gleich am Anfang ein Bild ihres Einwirkens auf Wirtschaft und Politik, ihrer Aktionen, um den Nazis zur Macht zu verhelfen und ihrer von Anfang an sowjetfeindlichen Handlungen zu geben.

<sup>1)</sup> Lenin, W. I., Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. Berlin 1951, S. 17.

Die Zielsetzung dessen, was in dem Buch dargestellt werden soll, gibt R. so (Seite 16 f.): „Die vorliegende Untersuchung zeigt . . .“ 1. „Ausschnitte aus dem Konkurrenzkampf, den die Beteiligten verschiedener Finanzgruppen um die Herrschaft in Mansfeld führten, sie zeigt . . .“ 2. „ . . . die gemeinsamen Interessen dieser Angehörigen des Finanzkapitals an der Erhaltung und Modernisierung von Mansfeld, die sie mit allen Mitteln unterstützten, um eine Kupferbasis für einen künftigen, mit von ihnen anzuzettelnden Krieg zu haben, sie zeigt schließlich . . .“ 3. „wie unter der Herrschaft der Finanzgruppe der Deutschen Bank Mansfeld zu einem der Polypenarme dieser Kriegsbrandstifter wird, mit deren Hilfe sie die Menschheit in einen neuen Krieg stürzten und die Versklavung und systematische Ausplünderung der Völker anderer Länder betrieben.“<sup>2)</sup>

Dieser Aufgabe unterzieht sich R. im Hauptteil seines Buches, das – historisch-chronologisch – in drei Abschnitte gegliedert ist. Die sehr instruktiven Überschriften (auch die der Kapitel und Abschnitte) zeigen dem Leser stets den Schwerpunkt, auf den es ankommt und erleichtern so besonders dem wissenschaftlich weniger geübten Leser eine gründliche Durchdringung des Stoffes. Sie zeigen gleichzeitig die Zeitabschnitte, die in den einzelnen Abschnitten besprochen werden: „Kupfer für den Ausbau der Rüstungsindustrie“ die Zeit vom ersten Weltkrieg bis 1933, „Kupfer für den Tod – Millionen für Monopole“ die Zeit der direkten Vorbereitung und Durchführung des faschistischen Raubkrieges und „Mansfeld-Direktoren ohne Macht“ bringt den Ausblick nach dem Sieg über den Faschismus.

Der Teil B „Kupfer für den Ausbau der Rüstungsindustrie“ mit den Kapiteln „Mansfeld wird ein Nest der Kriegstreiber“, „Mansfelds Teilnahme am Kapitalexport“, „Mansfeld nimmt Kurs auf neuen Krieg“ und „Finanzierung der Mansfeld-Rüstung“ birgt neben einer Fülle dokumentarisch belegter Einzelheiten eine Anzahl wesentlicher Probleme, Besonderheiten, die den deutschen Imperialismus oder zumindest wichtige Teile von ihm auszeichnen. Hier zeigt der Verfasser, wie der Mansfeld-Konzern – der schon seit Mitte des 19. Jahrhunderts faktisch ein Kupfermonopolist in Deutschland war und erst 1921 aus einer Gewerkschaft in eine AG umgewandelt wurde – von der vormonopolistischen Form der Gewerkschaft zu einem Teil der Deutschen Bank wurde. Die noch bis 1920/21 konservative Auffassung der Leitung der Gewerkschaft (Deputation) äußerte sich z. B. in ihrem Sträuben, Anfang 1921 der Übernahme der Mansfeld in den AEG-Konzern zuzustimmen. Ihre Begründung zitiert R.: „ . . . durch eine solche Umwandlung würde der Weg ermöglicht werden, unerfreulichen Börsenelementen maßgebenden Einfluß und damit das ehrwürdige alte Mansfeld, das so eng mit der Entwicklung der deutschen Industrie verbunden ist, zum Spielball spekulativer Interessen zu machen, wozu man seine Hand nicht hergeben soll.“<sup>3)</sup>

<sup>2)</sup> Radandt, Hans, *Kriegsverbrecher-Konzern Mansfeld*. Berlin 1957, S. 16/17.

<sup>3)</sup> Ebenda, S. 26.

Diese Haltung erklärt auch, wie im gleichen Teil etwas später gezeigt wird, die späte Beteiligung Mansfelds am Kapitalexport. Aber die Zeit war über die Mitglieder der Gewerkschaftlichen Deputation hinweggegangen. Die Zusammensetzung der Gewerke hatte sich wesentlich zugunsten der Banken geändert – neue Namen tauchen auf: die ADCA (Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt) und die Dresdner Bank (hauptsächlich als Vertreter der Kuxen-Besitzer!). Um 1920/21 ist die Mansfeld-Gewerkschaft voll und ganz in den Wirbel der Kuxenspekulation mit einbezogen, als deren Ergebnis die Konzentration einer großen Anzahl Mansfeld-Kuxe in einer Hand steht. R. zeigt an Hand dieses Beispiels, daß und wie es vergeblich war, durch die Beibehaltung der Form der Gewerkschaft der „Überfremdung“ Einhalt zu gebieten.

Der zweite Teil dieses Kapitels läßt den Leser in den im ersten Moment unentwirrbaren Knäuel von offenen und versteckten Beziehungen, von Verbindungen und Unterverbindungen innerhalb des deutschen Finanzkapitals einen Einblick nehmen. Der Kampf der einzelnen Gruppen und Interessensphären um die Kriegsrohstoffbasis Mansfeld, das Bestreben der AEG, Mansfeld zu schlucken, das Auftreten Hugo J. Herzfelds und die Rolle Otto Wolffs werden vom Verfasser beleuchtet und entwirrt. Er bleibt nicht bei den Personen, die im Vordergrund standen, stehen, er begnügt sich nicht mit einer Charakteristik des ersten Großgewerkes, der entscheidenden Einfluß auf die Umwandlung Mansfelds in eine AG hatte, Hugo J. Herzfeld, Kriegsgewinnler und Aktien-spekulant. Er begnügt sich nicht mit der Beschreibung des zweiten großen Kriegsgewinners, Otto Wolff, des Großaktionärs der Mansfeld nach Herzfelds Tod, der durch seine „rege Tätigkeit“ im 1. Weltkrieg ein Riesenvermögen zusammengegaunert hatte, dazu zu allen wichtigen Kreisen seine Beziehungen hergestellt hatte und der nun zum Initiator aller wichtigen Entscheidungen bei der Mansfeld AG wurde, da er faktisch über die Mehrheit aller Aktien verfügen konnte. Der Verfasser leuchtet hinter diese Gestalten und läßt die Rolle, die die Deutsche Bank als Dirigent aller Entscheidungen im Hintergrund spielte, sichtbar werden. Die Deutsche Bank, anfangs nur ganz versteckt und lose mit den stärksten Kräften in Mansfeld (Herzfeld) verbunden, dann schon offener hinter Wolff stehend, setzte sich schließlich offen für die Herrschaft in Mansfeld ein und errang den Sieg über die anderen Kräftegruppen, die Mansfeld ebenfalls unter ihre alleinige Herrschaft bringen wollten. Neben der Deutschen Bank und ihren Vertretern waren es zwei große Gruppen, in denen Kupferinteressenten, mit ihnen verbundene Privatbanken und die Großbanken dieser beiden Finanzgruppen zusammengefaßt waren, die im Aufsichtsrat der Mansfeld AG vertreten waren: 1. war es die Discontogesellschaft, verbunden mit der Metallbank (Merton), der ADCA, Delbrück, Schickler & Co., Delbrück, v. d. Heydt & Co. und 2. war es die Dresdner Bank, die AEG, die Darmstädter & Nationalbank, Hardy & Co. und die Commerz & Privatbank. Die Vertreter der Gewerkschaftlichen Deputation, einschließlich des Oberbürgermeisters der Stadt Leipzig (Leipzig hatte einen relativ hohen Kux- bzw. Aktienanteil), fielen nicht mehr ins Gewicht. Der Verfasser zeigt die per-

sonellen Verflechtungen der Gruppen, die die kapitalmäßigen Beziehungen widerspiegeln, zeigt die Querverbindungen zwischen diesen Gruppen und ihren Kampf um die besten Positionen im Rüstungsvorbereitungsgeschäft. Am vorläufigen Ende dieses Kampfes stand der Sieg der Gruppe der Deutschen Bank über die der Commerz-Bank. Die Etappen dieses Sieges sind gleichzeitig Etappen der Machtkonzentration und des Ausbaus Mansfelds. Sie beginnen mit der Ausnutzung der Majorität Herzfelds bei Mansfeld und Salzdetfurth, gehen über die Bildung des Großaktionärkonsortiums durch Wolff und den Aufkauf weiterer Mansfeld-Aktien durch ihn, die Fusion mit der Disconto-Gesellschaft, die Ernst Schoen in führende Position im Aufsichtsrat brachte, bis zur Einstellung eines neuen Generaldirektors, Rudolf Stahl, der den bisherigen Generaldirektor Heinhold, der auf eigene Rechnung unsaubere Geschäfte gemacht hatte und deshalb als unwillkommener Vertreter einer anderen Kräftegruppe (Commerzbank) abgeschoben wurde, abgelöst (1929). Besonders lebendig ist die Rolle des „Pressebüros Wenkel“ gezeigt. Der Leser erkennt dabei nicht nur die Methoden, die die Konzerne, in diesem Falle Mansfeld, benutzten, um die Meinungsbildung in ihrem Interesse zu beeinflussen bzw. als Spionage- und Erpressungszentrale die schmutzigsten Geschäfte für den Konzern zu erledigen. Er findet dabei auch größeres Verständnis für Vorgänge in den Westzonen, wo derartige Konzernagenten heute noch ihre schmutzige Arbeit zur Verdummung der Massen betreiben. Das Kapitel „Mansfelds Teilnahme am Kapitalexport“ ist eines der interessantesten des ganzen Buches. Hier untersucht der Vf., ausgehend von der allgemeinen Notwendigkeit des Kapitalexports im Imperialismus zur Sicherung der Maximalprofite, die Besonderheiten, die sich dabei durch verschiedene Umstände ergeben, da sich Mansfeld relativ spät dem Kapitalexport zuwandte. Eine nochmalige gedrängte Darstellung dieses Problems im Zusammenhang mit den direkten Kriegsvorbereitungen und Raubvorbereitungen (Kap. III/1) wäre – um den Zusammenhang besser sichtbar werden zu lassen –, günstiger mit diesem Kapitel zusammen dargestellt worden. Die Ursachen für das späte „Einsteigen“ Mansfelds in den Kapitalexport im großen Stile ergaben sich zuerst aus den schon erwähnten „rückschrittlichen“ Anschauungen der Gewerkschaftlichen Deputation, dann, in den zwanziger Jahren, aus der Möglichkeit, durch die Vorbereitung des großen Rüstungsgeschäfts im Inland genügend hohe Profite zu machen. Die Periode bis Mitte der dreißiger Jahre kann als eine Zeit der Vorbereitung und Sammlung der Kräfte angesehen werden, in der zwar kleinere Auslandsgeschäfte getätigt wurden (Handelsgesellschaften, um das Vertreternetz Mansfelds im Ausland zu stärken), die sich aber doch hauptsächlich auf Sammlung von Nachrichten über Erzvorkommen und -verarbeitung beschränkt. Die „große Zeit“ beginnt später, als Mansfeld von den ganz großen Konzernen (IG, Krupp, AEG, D-Banken) nicht mehr beiseite geschoben werden konnte.

Die Kapitel III und IV sind eng miteinander verbunden. Sie beschäftigen sich mit dem systematischen Ausbau der Rüstungsbasis und der Quellen der

Finanzierung. Hier werden zum ersten die Rolle, die das USA-Kapital bei der „Stabilisierung“ der Wirtschaft spielt, gezeigt, zum zweiten die Unterstützung der Reaktion durch die Industrie – speziell Mansfeld – und das Einwirken auf den Staat bis 1933.

1926 schloß die Montan GmbH, eine Tochtergesellschaft der Mansfeld, „... einen Vertrag mit der Bergwerksgesellschaft Giesches Erben, durch den sie sich den Alleinverkauf aller Zinkerze des bedeutendsten Zinkproduzenten Deutschlands sicherte. Dies war die erste Beziehung, die Mansfeld zu dem amerikanischen Harriman-Trust, zu dem Giesche bekanntlich gehörte, herstellte. Später sollten weitere folgen. Als Mansfeld ein Jahr später eine Dollaranleihe aufnahm, war es das Bankhaus der Harrimangruppe, das diesen Kredit gab. Ferner schloß Mansfeld Anfang der dreißiger Jahre einen Lizenzvertrag mit der Anaconda Mining Company (Harriman), durch den sie ein neues Verfahren zur Herstellung von Kupferblech erhielt, von Kupferblech für die Rüstung.“<sup>4)</sup>

Daß diese Hilfe des USA-Imperialismus für den wiedererstarkenden deutschen Imperialismus zwar ohne irgendwelche knechtenden Nebenbedingungen, aber doch nicht aus „reiner Menschlichkeit“ erfolgte, untersucht der Vf. am Beispiel der Dollaranleihe 1926. Das Ziel ihrer Unterstützung war es nicht, Mansfeld, das im Kriegsfall für den großen USA-Konzern keine Konkurrenz darstellte, unter ihre Herrschaft zu bringen, sondern einfach Profite zu machen und – das ist der Hauptgrund – „... dem deutschen Imperialismus für einen Kampf gegen die Sowjetunion auf die Beine zu helfen“.<sup>5)</sup>

„Man brauchte ihm nur eine gewisse materielle Basis zu geben, dann würde er aufrüsten und einen zweiten Weltkrieg entfesseln. Das aber war es, was Harriman für den größten Kupferkonzern Amerikas brauchte.“<sup>6)</sup> – Ganz den gleichen Weg ging der USA-Imperialismus nach 1945, nur noch offener und verstärkter und unter wahrhaft knechtenden Bedingungen! An diesem Beispiel der Geschichte zu lernen und die Fortsetzung des Weges zu verhindern, das ist eine der Lehren, die der Leser aus diesem Buche ziehen muß!

Aber diese Anleihen genügten nicht, um die Rüstungsbasis für den Zweiten Weltkrieg, mit der schon Ende des Ersten Weltkrieges begonnen wurde, voll auszubauen. Da die Konzernherren von dem großen Interesse der Reichswehr und anderer Regierungskreise am Ausbau der Rüstung wußten, nutzten sie dieses Interesse auch voll aus. Staatssubventionen, also Steuergroschen der Arbeiter, werden in diese Betriebe gepumpt, um Mittel zur Vernichtung der Menschen zu produzieren. Diesem Kampf um die Subventionen, den besonders Mansfeld durch seine Stellung als Kupferproduzent mit besonderem Nachdruck die ganze Zeit seit dem Ersten Weltkrieg führte, ist breiter Raum in dem Buch gewidmet, denn dieser Kampf ist gleichzeitig ein Zeichen der Verstärkung der

4) Radandt, Hans, *Kriegsverbrecher-Konzern Mansfeld*. Berlin 1957, S. 104.

5) Ebenda, S. 111.

6) Ebenda, S. 113.

Macht der Monopole über den Staatsapparat. Hier zeigt der Vf. an Hand konkreter Untersuchungen die Methoden, die zur Erlangung der Subventionen führten, die in den einzelnen Perioden verschiedene Formen annehmen mußten und die ihre Krönung in der völligen Beherrschung des Staates unter dem Faschismus fanden. Gleichzeitig zeigt er das Eindringen der Kräfte des Monopolkapitals in den Staat, die Übernahme immer wichtigerer Funktionen (Wolff, Stahl) und die verschiedensten Methoden der Beeinflussung von Abgeordneten, wenn es darum ging, im Reichs- oder Landtag etwas für sich zu erreichen. Das ist ein treffendes Bild des Schmutzes und der Korruption, wie es auch heute noch in verstärktem Maße in den westlichen Ländern als Scheindemokratie im alleinigen Interesse der Monopole praktiziert wird. Um diese willfährigen Elemente immer bei der Hand zu haben, um ihnen noch mehr Einfluß einzuräumen, unterstützten die Monopole, natürlich auch Mansfeld, alle nur möglichen reaktionären Verbände und Vereinigungen, an ihrer Spitze die Nazipartei. Mansfeld-Konzernherren halfen mit, Hitler an die Macht zu bringen, denn das Ziel Mansfelds, wie der anderen Konzerne war es, im Staatsapparat ein Mittel in der Hand zu haben, das sie bedenkenlos in ihrem Sinne einsetzen konnten, ohne auf Parlamente u. a. Rücksicht nehmen zu müssen. Damit widerlegt der Vf. auch klar die in der Westzone offen vertretene Meinung, daß Hitler allein am Kriege die Schuld habe und daß die Kräfte der Industrie und der Banken keinen Anteil an dem Verhängnis des deutschen Volkes haben, eine Meinung, die ganz offensichtlich der Rehabilitierung der Monopolverherren dienen soll.

Der Teil C „Kupfer für den Tod – Millionen für die Monopole“ mit den Kapiteln „Mansfeld-Konzernherren wählen Hitler“, „Die Deutsche Bank schluckt Mansfeld“ und „Mansfeld raubt in Europa“, befaßt sich, wie der Titel nicht ganz konkret aussagt, mit der Zeit der direkten Vorbereitung (ab 1933) und Durchführung des großen Raubzuges. Hier schildert der Vf. zuerst die weitere Entwicklung der Vormachtstellung der Deutschen Bank bei Mansfeld bis zu ihrer endgültigen Herrschaft. Mansfeld und der Salzedturfth-Konzern werden im Rahmen der Machtkonzentration miteinander vereinigt und so verschachtelt, daß Mansfeld zu einer Tochtergesellschaft eines von der Deutschen Bank beherrschten Konzerns wird. Diese Vereinigung unter der Herrschaft der Deutschen Bank ging aber erst dann vor sich, als durch die Garantie staatlicher Subventionen ein Risiko völlig ausgeschlossen war – soweit es im Bereich der Kalkulationsmöglichkeiten lag. Die Subventionen und ihre Erlangung bereiteten nach 1933 nicht mehr die Schwierigkeiten wie früher. Ausführlich begründet das der Vf. durch die an das Kapitel B IV anknüpfende Darstellung der Art und Weise und der Höhe der Subventionen. Jetzt gingen derartige Geschäfte unter Ausschluß der Öffentlichkeit vor sich; die Presse war gleichgeschaltet, und der direkte Kurs auf den Krieg sicherte dem wichtigen Rohstoff Kupfer = Mansfeld seinen gehörigen Anteil an den Staatsmitteln, auf die natürlich auch die anderen Kapitalgruppen spekulierten. Denn auch unter den neuen Bedingungen der Herrschaft, die eine Zeit der Blüte für die führenden

Monopole darstellt, war der Konkurrenzkampf keineswegs aufgehoben. Er spielte sich nur in anderen Formen in den Wirtschaftsgruppen usw. ab. Sehr gut kommt heraus, wie durch den Einfluß der Gruppe der Deutschen Bank, die immer stärker wurde, und durch den direkten Einfluß Mansfelds auf den Staat ihre Interessen voll und ganz vertreten wurden. Das reiche Material über die Verbindungen mit dem Staatsapparat und führenden Nazigrößen, das erstmalig veröffentlicht wurde, bietet für weitere Spezialuntersuchungen noch große Möglichkeiten.

Der Vf. zeigt aber auch, wie neben der direkten Besetzung hoher und höchster Staatstellen (so war z. B. der Generaldirektor Stahl ab 1940 Stellvertretender Vorsitzender der Reichsgruppe Industrie) und der damit völligen Ausnutzung dieser Stellen für die eigenen Interessen, der Staatsapparat bewußt und offen belogen und betrogen wurde und staatlichen Stellen der Einblick in die inneren Angelegenheiten des Konzerns – selbst in kleinen Dingen – verwehrt wurde.

So bekommt der Leser einen Einblick in den Mechanismus der Beziehungen zwischen Staat und Monopolkapital unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus, wie er nicht besser und plastischer gezeigt werden kann. In diesem Zusammenhang klärt R. auch die Rolle der Reichswerke und der mit staatlicher Beteiligung gegründeten Gesellschaften, die nur bestimmte Formen der besten Ausnutzung der finanziellen Mittel und der Macht des Staatsapparates darstellten, stets aber den Monopolen Millionenprofite brachten.

In den letzten Jahren vor dem Kriege konnten Mansfeld und die dahinterstehende Deutsche Bank ihre Besitzungen wesentlich erweitern. Durch die „Arisierung“ – die Enteignung des Petschek-Konzerns – konnte Salzdettfurth eine bedeutende Position in der Braunkohlenindustrie erringen. Dazu kam durch einen Vertrag mit der Deutschen Petroleum AG, einer Tochtergesellschaft der DEA, die Verbindung von Kali und Erdöl, von Kupfer und Kohle, so daß die Deutsche Bank in ihren Händen eine ungeheure Macht konzentriert hatte. Im Rahmen dieser großen Gruppe entwickelt sich Mansfeld auch weiter, will es doch das Kupfermonopol erreichen. Der Weg dazu führt über ein allseitiges Vortasten, bis 1940 mit der Metallgesellschaft ein Abkommen über die Aufteilung der Welt geschlossen wurde – die Basis war gegeben, die Teilnahme an der Rüstung und am Kriegsgeschäft war wesentlich höher als im ersten Weltkrieg, wie der Vf. an Hand einer eingehenden Darstellung nachweist. Der letzte Teilabschnitt des 2. Kapitels nimmt eine besondere Stellung ein. Der Vf. entlarvt hier die Wissenschaftler aller Gebiete, die ihre ganze Kraft in den Dienst der Erhaltung und Mehrung des Konzernreichtums, in den Dienst des Krieges stellten. Er schreibt über sie:

„Nicht wenige von ihnen waren später in den von Mansfeld in Besitz genommenen Werken der okkupierten Länder tätig, nahmen teil im Dienste des Konzerns an der Ausbeutung, Unterdrückung und Ausplünderung fremder Völker. Denkende Menschen ließen sich zu willigen Werkzeugen für Militarisation und Krieg machen. Manchen mag das klargeworden sein, aber sie

haben damals keine Konsequenzen gezogen, manche waren allerdings auch bewußte Faschisten. Viele aber dachten nicht einmal darüber nach oder bemühten sich nicht, darüber nachzudenken, um auf der kleinen Insel ihres Spezialistentums ein eingebildetes Robinsonleben zu führen, um sich zu sagen, ... ich erfülle nur meine Aufgaben, aber ‚damit‘ habe ich nichts zu tun. Dieses ‚damit‘ aber umfaßte die ganze Sphäre von unmenschlicher Grausamkeit und faschistischem Terror, die sie umgab. Alle Wissenschaftler aber, die nichts gegen den Faschismus getan haben, unterstützten ihn ... Denn sie können nur für die einen oder die anderen schaffen, ein Drittes gibt es nicht.“<sup>7)</sup> Wir sehen – das ist nicht nur eine Abrechnung mit den Wissenschaftlern, die sich den Nazis verkauften, das ist eine Analyse der Rolle der Wissenschaftler schlechthin, das ist gleichzeitig eine Mahnung und Warnung an die Wissenschaftler in den westlichen Ländern, von denen ein Teil heute wie damals nur seinen engen Horizont sieht und im Sinne der Atomstrategen seine Kraft für die Vernichtung des Lebens einsetzt.

Im Kapitel III „Mansfeld raubt Europa“ entwirft R. ein bis in alle Einzelheiten gehendes Bild der Vorbereitung und Durchführung des großen Raubzuges, der den deutschen Imperialisten die Weltherrschaft und der Mansfeld die Herrschaft über Kupfer und andere Erze bringen sollte. Von den ersten Anfängen in Österreich, die noch verhältnismäßig legal vor sich gingen, über den Raub von Bodenschätzen in der ČSR, in Polen (gemeinsam mit Giesche), Bulgarien, Norwegen, Jugoslawien, bis zum Raub von Buntmetall in der Sowjetunion, immer in enger Verbindung mit den leitenden Stellen in Staat und Wehrmacht – dieser bis ins einzelne gezeigte Weg mutet wie eine Schilderung aus der Zeit der ursprünglichen Akkumulation an. Jeder Maßstab war verloren, immer unersättlicher wurden die Mansfeldherren, immer größere Brocken schluckten sie. Ihre Spezialisten, in der Ausbeutung fremder Bodenschätze im ersten und zweiten Weltkrieg trefflich ausgebildet, standen bereit, noch weiter vorzudringen, um sich die restlichen Gebiete anzueignen. Aber die Sowjetarmee zerschlug die Weltherrschaftspläne – die Konzernherren der Mansfeld flohen oder verkrochen sich in ihre Mauselöcher. Der Teil D „Mansfeld-Direktoren ohne Macht“ gibt – leider nur auf die erste Zeit nach dem Sieg über den Faschismus beschränkt – eine Darstellung der ersten Bestrebungen, die zerrissenen Fäden neu zu knüpfen, um die alten Positionen zu halten und auszubauen. Aber die Arbeiterklasse machte in einem Teil Deutschlands ihrem Treiben für immer ein Ende – so sehr sie sich wehrten, ihnen wurde die Macht entzogen. In dem anderen Teil Deutschlands sind sie aber noch an der Macht, solange bis die geeinte Arbeiterklasse auch dort einen Schlußstrich unter die Vergangenheit zieht. Das vorliegende Buch kann ihr dabei eine wertvolle Hilfe sein, genauso wie es den Arbeitern der DDR Aufklärung über viele noch unklare Zusammenhänge gibt. Es entlarvt das Märchen von Humanität der Imperialisten, beseitigt dabei die Illusion einer Klassenharmonie, denn es zeigt

<sup>7)</sup> Radandt, Hans, *Kriegsverbrecher-Konzern Mansfeld*. Berlin 1957. S. 215.

die Triebkräfte der Entwicklung zum Kriege, es zeigt die Rolle des Staates als bewußtes Instrument im Interesse einer kleinen Gruppe der Imperialisten, und es lüftet das Geheimnis, wie Kriege gemacht werden. Es erzieht die Menschen zum Haß gegen die von Vaterlandsliebe redenden Imperialisten, die ihre Profite in den Kriegen auch aus Lieferungen an die gegnerischen Mächte schöpfen. Leider wird fast immer nur die eine Seite, wird nur die Handlung der Imperialisten behandelt. Zieht man auch das in enger Verbindung mit der Problematik stehende Buch von Dr. W. Jonas „Das Leben der Mansfeld-Arbeiter“ in Betracht, das sich hauptsächlich auf die zweite Seite, auf die Arbeiter konzentriert, so hätten zum besseren Verständnis der Lage zumindest in den wichtigsten Zeitabschnitten (1919/23 und 1929/33) etwas über die Aktionen der Arbeiter, über die Stellung des Betriebsrates gesagt werden können; dies nicht allgemein, sondern direkt auf Mansfeld bezogen.

Aber auch so ist das Buch ein wichtiges Lehrmittel für die Arbeiterklasse Deutschlands. Den Arbeitern in den Westzonen gibt es direkte Hilfe bei ihrem Kampf gegen die in dem Buch entlarvte Gruppe von Imperialisten, den Arbeitern in der DDR ist es eine Hilfe, aus der Vergangenheit zu lernen und unsere volksdemokratische Ordnung zu festigen.

Ebenso wichtig ist die Bedeutung des Buches als Beitrag zur Erforschung der Rolle des deutschen Imperialismus. Es gibt Klarheit über Besonderheiten und Formen der allgemeinen Gesetzmäßigkeit in Deutschland, was wiederum zum richtigen Verstehen gewisser Probleme der Geschichte führt, denn obwohl es eine Einzeluntersuchung ist, hat der Vf. stets darauf geachtet, Mansfeld in der Entwicklung der wichtigsten Perioden im Rahmen der Gesamtentwicklung zu sehen. So entstand eine lebendige Verbindung von Ökonomie und Politik.

*Hans Czihak*

WERNER IMIG

## STREIK BEI MANSFELD 1930

DER STREIK DER MANSFELD-ARBEITER IM JAHRE 1930 UND  
SEINE UNTERDRÜCKUNG MIT HILFE DES STAATSAPPARATES  
DER WEIMARER REPUBLIK  
GESCHICHTE DER FABRIKEN UND WERKE, BD. V

*Verlag Tribüne, Berlin 1958, 261 Seiten, Preis 6,00 DM<sup>1)</sup>*

Die Geschichte der Fabriken und Werke ist vor allem eine Geschichte der Arbeit und des Kampfes der Arbeiterklasse in den großen und ausschlaggebenden Industriebetrieben unserer Republik. Der Kampf der Arbeiterklasse gegen Imperialismus und Militarismus für die nationale und soziale Befreiung des Volkes, für den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaftsordnung hat insbesondere seine Basis in den entscheidenden Großbetrieben. Hier schmieden die Arbeiter die Einheitsfront und schaffen aus ihrem Fleisch und Blut die revolutionäre Partei von leninschem Typus.

Die Arbeit des Verfassers ist eine wertvolle Ergänzung der bisher in der Schriftenreihe „Geschichte der Fabriken und Werke“ erschienenen Monographien, insbesondere des ersten und dritten Bandes.<sup>2)</sup>

I. untersucht mit umfassender Gründlichkeit eine der wichtigsten Aktionen der deutschen Arbeiterklasse während der Weltwirtschaftskrise 1929–1932. Gleichzeitig kommt es ihm darauf an, am Beispiel des heldenhaften Streiks der Mansfelder Kumpel im Juni/Juli 1930 die Rolle des bürgerlichen Staates im Imperialismus zu charakterisieren. Damit leistet er auch einen wertvollen Beitrag zur deutschen Staatsgeschichte. Imig stützt sich hierbei auf umfangreiches Quellenmaterial (S. 6), und seine Beweisführung läßt an Eindeutigkeit nichts zu wünschen übrig.

Der achtwöchige, einheitlich und entschlossen geführte Streik der Mansfelder Kumpel gegen einen beabsichtigten 15prozentigen Lohnraub, gegen drohende

<sup>1)</sup> Der vorliegenden Arbeit liegt die in der Deutschen Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft „Walter Ulbricht“ 1956 vorgelegte Dissertation des Verfassers unter dem Titel „Die Bereicherung des Mansfeld-Konzerns und die Unterdrückung des Streiks seiner Arbeiter im Jahre 1930 mit Hilfe des Staatsapparates der Weimarer Republik“ zugrunde.

<sup>2)</sup> Jonas, Wolfgang, Das Leben der Mansfeld-Arbeiter 1924–1945. (Geschichte der Fabriken und Werke, Bd. 1). Berlin 1947, 480 S.  
Radandt, Hans, Kriegsverbrecher-Konzern Mansfeld. (Geschichte der Fabriken und Werke, Bd. III), Berlin 1957, 290 S.

Arbeitslosigkeit und die weitere Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse in den Schächten und Hütten gehört zu den ruhmreichsten Ereignissen in der Geschichte der Arbeiterbewegung des Mansfelder Landes. Er war der erste große Streik der deutschen Arbeiterklasse unter den schweren Bedingungen der Weltwirtschaftskrise, als es darauf ankam, den Großangriff des Monopolkapitals auf die elementarsten Lebensrechte und die demokratischen Erungenschaften des werktätigen Volkes<sup>3)</sup> durch die Aktionseinheit zurückzuschlagen.

Der im Frühjahr 1930 im Zusammenhang mit einer plötzlichen und starken Senkung des Kupferpreises auf dem Weltmarkt eingeleitete Angriff der Mansfeld-Aktionäre auf die Löhne der Kumpel erhielt prinzipielle Bedeutung sowohl für das gesamte deutsche Monopolkapital als auch für die gesamte deutsche Arbeiterklasse. Mansfeld sollte gewissermaßen ein erstes Exempel statuieren, d. h. die Lohnabbauoffensive der deutschen Großbourgeoisie einleiten. Die generelle Senkung der Löhne aller Arbeiter und Angestellten war bekanntlich ein wesentlicher Teil der Maßnahmen der Imperialisten zur Abwälzung der Krisenlasten und der Lasten des Youngplanes auf das werktätige Volk. Deshalb kam der mit allem Nachdruck erfolgte Vorstoß des Mansfeld-Konzerns der gesamten deutschen Großbourgeoisie zustatten. Andererseits mußten sich aus der Art und Weise, wie dieser erste große Vorstoß der Imperialisten von der Mansfelder Arbeiterschaft abgewehrt wurde, wichtige Lehren für andere bevorstehende Kämpfe der deutschen Arbeiterklasse ergeben.

Unter den Bedingungen der schweren Weltwirtschaftskrise und der immer stärkeren Polarisierung der Klassenkräfte mußten große Streikkämpfe zwangsläufig höhere Formen des proletarischen Klassenkampfes hervorbringen, als das beispielsweise während der relativen Stabilisierung des Kapitalismus der Fall war. Es war nicht mehr möglich, mit den Mitteln und nach den Bestimmungen der von den opportunistischen Führern beeinflussten Gewerkschaften Kämpfe für vorwiegend wirtschaftliche Forderungen zu führen. Der Vf. verweist in diesem Zusammenhange auf die Tatsache, daß die rechten SPD- und Gewerkschaftsführer alles unternahmen, um Streikkämpfe zu sabotieren, wobei sie demagogisch die Massenarbeitslosigkeit und die ständig drohenden Massenentlassungen ausnutzten (S. 27). Angesichts der wachsenden Kampfbereitschaft der Werktätigen bedeutete ein solches Verhalten direkten Verrat an den Interessen der Arbeiterklasse und eine unmittelbare Unterstützung der Ausbeuteroffensive.

Es war also ganz offensichtlich, daß nur unter Führung der KPD und der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO) die Ausbeuteroffensive ge-

<sup>3)</sup> Der Vf. verweist in diesem Zusammenhang auf die Denkschrift des Präsidiums des Reichsverbandes der deutschen Industrie „Aufstieg oder Niedergang?“ v. Dezember 1929, in der reaktionärste Kräfte des deutschen Finanzkapitals das Programm ihrer Ausbeuteroffensive niederlegten (S. 21 ff.).

stoppt werden konnte. Hier verweist der Vf. auf die bedeutsamen Beschlüsse des 12. Parteitages der KPD über die Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse durch die selbständige Vorbereitung und Führung der Kämpfe (S. 26). Unter diesen Umständen mußten die großen und bedeutenden Streikkämpfe während der Weltwirtschaftskrise in erster Linie politische Streiks sein, die sich in dem Maße, wie sich die Klassengegensätze zuspitzten, immer bewußter gegen das kapitalistische System überhaupt richteten. Der Vf. betont, daß deshalb die Monopolherren außerordentlich empfindlich auf Streiks reagierten. „Schon bei den geringsten Anzeichen eines Streiks oder selbst der Vorbereitung eines Streiks schalteten sie sofort den Staatsapparat in Form der Zwangsschlichtung und des blutigen Polizeiterrors ein“ (S. 27). So ist erklärlich, daß in den Monaten April bis Juli 1930 Mansfeld ins Blickfeld der Ereignisse geriet.

Man kann dem Vf. wohl nicht zustimmen, wenn er die Gründe dafür, warum zuerst die Mansfeld AG den großen Vorstoß im Interesse der gesamten Großbourgeoisie unternahm, darin sieht, daß die Monopolherren glaubten, dort „eine besonders leicht zu überwindende Arbeiterklasse zu haben“ (S. 5), daß sie mit einer „ideologischen Verwirrung“ der Mansfeld-Arbeiter, resultierend aus der „Niederlage im Jahre 1921“ (S. 43), gerechnet haben sollten. Natürlich bauten sie auf den „Einfluß der rechten SPD- und Gewerkschaftsführer und auf den Einfluß der faschistischen Organisationen (insbesondere des ‚Stahlhelms‘ – G. J.) im Mansfelder Gebiet“ (S. 43). Ein solcher Einfluß war zweifellos nicht unbedeutend, aber durchaus keine Besonderheit des Mansfelder Landes.<sup>4)</sup> Die Imperialisten waren sich m. E. durchaus im klaren, daß der Bezirk Halle/Merseburg einschließlich des Mansfelder Gebietes seit langem zu den stärksten Zentren der revolutionären Arbeiterbewegung in Deutschland gehörte und die KPD unter Thälmanns Führung im Vergleich zu 1921 einen großen Schritt auf dem Wege zu einer Partei von leninistischem Typus vorangekommen war. Vielmehr das Streben, den Monopolprofit unbedingt zu sichern, der durch den im April erfolgten erheblichen Sturz der Kupfer- und Silberpreise und durch die eingetretenen Absatzschwierigkeiten auch für die anderen Mansfeld-Produkte gefährdet schien, erklärt die hektische Eile der Mansfeld-Aktionäre, mit Hilfe des Staatsapparates ihr „Notprogramm“ durchzusetzen. Das „Notprogramm“ sah u. a. einen 15prozentigen Lohnraub und drastische Rationalisierungsmaßnahmen vor (S. 83). Der Vf. hat zweifellos recht, wenn er betont, daß die Imperialisten glaubten, besonders auf die Mansfeld-Kumpel einen Druck ausüben zu können, da es in diesem Gebiet

4) S. Koenen, Wilhelm, Einige Lehren des Mansfeld-Streiks für die Partei. In: „Die Internationale“, Heft 15/16/1930. W. K. betont sinngemäß, daß die politischen und organisatorischen Voraussetzungen im Mansfelder Gebiet für die Auslösung und Durchführung des Streiks unter Leitung der KPD und RGO keineswegs durchschnittlich besser oder schlechter gewesen seien als in anderen Revieren oder Organisationsteilen der Partei.

keine andere Arbeitsgelegenheit für eine zahlreiche Industriearbeiterschaft gab (S. 43). Doch hatten die Konzernherren ihre Rechnung ohne die kampfbereiten Arbeiter gemacht.

Ausgehend von den internationalen und nationalen Zusammenhängen bei Ausbruch der Weltwirtschaftskrise, behandelt I. in den ersten Kapiteln (der insgesamt zehn Kapitel umfassenden Arbeit) die Rolle der „Mansfeld-AG für Bergbau und Hüttenbetrieb“ als einen wichtigen Faktor im System der mächtigen deutschen Finanzgruppen und untersucht die damalige wirtschaftliche, soziale und politische Lage im Mansfelder Land.

Aufschlußreich sind die Hinweise des Vf. auf die Finanzmächte, die den Konzern beherrschten. Die großen D-Banken, insbesondere die Deutsche Bank, gehörten zu den Hauptaktionären. Entscheidenden Einfluß auf den Konzern hatte der Kriegs- und Inflationsgewinnler Otto Wolff, einer der mächtigsten deutschen Finanzkapitalisten. Auf S. 50 verweist der Vf. auf die engen Verbindungen der Gruppe Deutsche Bank – Otto Wolff zur Brüning-Regierung, der Regierung, die wesentlich die faschistische Diktatur vorbereitete.

Im Mansfelder Land hatte der Konzern eine geradezu unumschränkte Machtstellung, die sich aus der absoluten ökonomischen Vorherrschaft in diesem Gebiet ergab. Anschaulich zeigt der Vf., wie die Konzernherren diese Machtstellung rücksichtslos ausnützten. In den Schächten und Hütten des Mansfeld-Konzerns hatte die Ausbeutung besonders scharfe Formen angenommen.<sup>5)</sup> Für die ungewöhnlich schwere Bergarbeit erhielten die Kumpel fast die niedrigsten Löhne, die in der deutschen Montanindustrie gezahlt wurden. Die Kumpel waren deshalb gezwungen, noch weitere Arbeitsstunden gemeinsam mit ihren Familienangehörigen auf einem Fetzen Pachtland, das die Mansfeld-AG von ihrem riesigen Grundbesitz zur Verfügung stellte, für zusätzliche Nahrungsmittel zu schuften. Die elenden Wohnverhältnisse<sup>6)</sup>, die erschreckend hohe Sterblichkeit an Staublunge und Tuberkulose, alles in allem: damals sprachen die Arbeiter mit vollem Recht von „Hunger-Mansfeld“ (S. 57 ff.). Für unsere jungen Bergarbeiter ist ein solches Leben heute unvorstellbar, doch ist es wichtig, sie davon in Kenntnis zu setzen.

Nur dank der politischen Arbeit der Kommunistischen Partei war es möglich geworden, der Herrschaft der Aktionäre, die sich nicht zuletzt auf rechte

<sup>5)</sup> Vgl. *Jonas, Wolfgang*, a. a. O.

<sup>6)</sup> Die auf S. 65 erwähnten äußerst primitiven kasernenartigen „Schlafhäuser“ in zahlreichen Orten des Mansfelder Industriegebietes dienten zu dieser Zeit nicht mehr ledigen Arbeitern, sondern vorwiegend großen Arbeiterfamilien als Wohnstätte. Ende des 19. Jahrhunderts wurden sie tatsächlich z. T. als Ledigenhäuser für die zahlreich wegen der anwachsenden Industrie ins Mansfelder Land gekommenen Arbeiter gebaut. Zu diesen Arbeitern gehörten viele polnische und italienische Landarbeiter, die sich in der Industrie ein besseres Leben erhofften.

SPD- und Gewerkschaftsführer vom Schlag eines Martin Kiefner<sup>7)</sup> stützen konnten, entgegenzutreten.

In dem Kapitel über die Vorbereitung und Auslösung des Streikkampfes beweist der Vf., wie die Mansfelder Kommunisten und revolutionären Gewerkschaftler sich als die einzigen Kräfte erwiesen, die seit Ende April den Kampf gegen die mit Hilfe des Staatsapparates eingeleiteten Maßnahmen des Mansfeld-Konzerns zu organisieren begannen. Obwohl in Mansfeld der politisch-organisatorische Aufbau der KPD auf der Basis der Betriebszellen noch nicht vollendet war und es noch an einem gut arbeitenden Vertrauensmännersystem in den Schächten und Hütten mangelte, geht aus der Darstellung des Vf. klar hervor: Der Streik hätte nicht ausgelöst werden können, die Mansfelder Arbeiter wären führungslos geblieben, wenn die Kommunisten und die revolutionären Gewerkschaftler sich nicht an ihre Spitze gestellt hätten. Die kämpferische Entschlossenheit der KPD- und RGO-Mitglieder führte dazu, daß im Verlaufe der letzten Wochen vor Streikausbruch die Massenbewegung dem Einfluß der rechten SPD- und Gewerkschaftsführer mehr und mehr entglitt. Die Mansfeld-Kumpel zeigten keine Bereitschaft, auf ein Lohndiktat der Aktionäre einzugehen.

Die Erbitterung der Arbeiterschaft steigerte sich in einem bisher nicht gekannten Maße, als nach den gescheiterten Schlichtungsverhandlungen in Halle, zehn Tage vor Ausbruch des Streiks (S. 108), die Direktion nach alter „Herr im Hause“-Manier das unter den bisherigen Tarifsätzen geltende Lohnverhältnis kurzerhand zum 31. Mai kündigte und die Arbeiter aufforderte, ab 1. Juni unter den Bedingungen einer 15prozentigen Lohnsenkung weiterzuarbeiten (S. 110). Während die rechten SPD- und Gewerkschaftsführer insgeheim alles taten, doch noch einen staatlichen Schiedsspruch herbeizuführen, verwirklichten die Kommunisten und revolutionären Gewerkschaftler in Belegschaftsversammlungen und in zahlreichen „fliegenden Versammlungen“ (S. 119) auf den Straßen und Plätzen der Ortschaften wichtige organisierende Maßnahmen, die schließlich für die Auslösung des Streiks bestimmend waren: Es wurden konkrete Kampfforderungen formuliert und Streikbeschlüsse zur Verwirklichung dieser Forderungen gefaßt. Die Arbeiter bildeten Streikleitungen und andere Kampforgane für die einzelnen Betriebe und Ortschaften und wählten Delegierte zu einer Konferenz der Mansfeld-Arbeiter, aus deren Reihen eine zentrale Streikleitung geschaffen werden sollte. Bereits in diesen Tagen formierten die Kumpel die ersten proletarischen Selbstschutzgruppen. Bedeutende Hilfe, so betont der Vf., erhielten die Kumpel in ihrem Kampf gegen die Ausbeuter von den führenden Genossen der Bezirksleitung Halle/Merseburg der KPD und vom Bezirksausschuß Mitteldeutschland der RGO.<sup>8)</sup> Auch der Bezirksparteitag

<sup>7)</sup> Kiefner war Vorsitzender des Gesamtbetriebsrates und Beisitzer im Vorstand des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands (S. 230).

<sup>8)</sup> Hier sind vor allem zu nennen: Der Politleiter des Bezirks, Wilhelm Koenen; der Landtagsabgeordnete Otto Schlag und der Vorsitzende des Bezirkskomitees der RGO, Willi Dolgner. Letztere wurden von den Faschisten ermordet (S. 102).

in Halle, Ende April 1930, orientierte in der klaren Erkenntnis, daß Mansfeld zu einem Knotenpunkt des Kampfes geworden war, alle Kräfte der Partei des Bezirks, alle revolutionären bzw. mit den Kommunisten sympathisierenden Massenorganisationen auf die Streikvorbereitung (S. 101f.). Ein solch einheitliches und geschlossenes Handeln aller aktiven Kräfte innerhalb und außerhalb der Mansfelder Betriebe war entscheidend für den einheitlichen und kraftvollen Streikbeginn. „In geduldiger Arbeit“ hatten es die Mitglieder der KPD und der RGO verstanden, „die Aktionseinheit der kommunistischen und sozialdemokratischen, christlichen und parteilosen, der gewerkschaftlich organisierten und unorganisierten Arbeiter, der Erwerbslosen, der Arbeiterfrauen und der Jungarbeiter herzustellen“ (S. 131).

Insbesondere die im Verlaufe des Streiks im Kampf gegen die faschistischen Streikbrecher, der sogenannten „Stahlhelm-Selbsthilfe“, entstandenen Massenstreikposten, als deren Kern die proletarischen Selbstschutzgruppen auftraten, waren Ausdruck der festen Einheitsfront der Mansfelder Arbeiterschaft. Der regelmäßige und straff organisierte Massenstreikpostendienst förderte wesentlich die proletarische Disziplin und die Kampfbereitschaft. Diese „lebendige, kämpfende Einheitsfront“, wie Wilhelm Koenen schrieb (S. 258), war das bedeutsamste Ergebnis der Verwirklichung der Beschlüsse des Weddinger Parteitages der KPD in Mansfeld. Sie hatte große Auswirkungen auch auf andere nichtproletarische Schichten der werktätigen Bevölkerung. Bedeutungsvoll war das Mansfelder Beispiel für die Kämpfe der Arbeiterklasse der damaligen Zeit. Auch heutzutage noch ist ein solches Beispiel von größter Aktualität für die Arbeiter in Westdeutschland.

Hatten die rechten SPD- und Gewerkschaftsführer vorher alles getan, den Streikkampf zu verhindern, und zeigten sie bei den Verhandlungen mit den Vertretern der Mansfeld-AG stets größeres Verständnis für die „Nöte“ des Konzerns als für das maßlose Elend des Mansfelder Proletariats, so mußten sie sich nunmehr, um nicht auch den Einfluß bei den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern völlig zu verlieren, ebenfalls dazu bequemen, die Kumpels zur „Arbeitsniederlegung“ aufzufordern. Die Worte „Streik“ und „Kampf“ wurden peinlichst vermieden. Sie bildeten in aller Eile, nachdem der Streik bereits unter Führung der zentralen Streikleitung der Mansfelder Arbeiter ausgelöst worden war, eigene „Streikleitungen“ und eine eigene „zentrale Streikleitung“. I. charakterisiert sie jedoch treffend als Streikbruchleitungen (S. 134), denn sie richteten ihre ganze Tätigkeit darauf, die Einheitsfront der Mansfelder Arbeiter zu spalten.<sup>9)</sup>

<sup>9)</sup> Der Vf. spricht stets von der „Zentralstreikleitung der RGO“ und der „Streikleitung der Gewerkschaft“. Diese Bezeichnungen der beiden gegensätzlichen Leitungen sind m. E. nicht exakt. Die von den Arbeiterdelegierten gewählte Leitung hatte die offizielle und politisch auch völlig richtige Bezeichnung „Zentral-Streikleitung der Mansfelder Arbeiter“. Sie war ein Organ der Arbeiter-Einheitsfront. Auch die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter

Im Mittelteil seiner Arbeit berichtet I. über die Kraft und schöpferische Initiative der sich im Kampfe gegen die faschistischen Streikbrecher und die im Dienste der Mansfeld-Aktionäre stehende Staatsgewalt weiterhin gefestigten Arbeiter-Einheitsfront. Hier sind vor allem die harten Auseinandersetzungen vor der Krug-Hütte bei Eisleben<sup>10)</sup> und vor dem Kupfer- und Messingwerk bei Hettstedt<sup>11)</sup> zu erwähnen. In überheblicher Mißachtung der Kampfschlossenheit der Arbeiter versuchten die Konzernherren und ihre Büttel, Arbeiter gegen Arbeiter auszuspielen. Bei der Durchbrechung der Streikfront gedachten sie zuerst solche Arbeiten in Gang zu setzen, die entweder schnell und ohne technische Schwierigkeiten durchgeführt werden konnten, bzw. die besonders hohen Profit brachten (S. 147). So sollten z. B. die auf der Krughütte lagernden Schlackenpflastersteine verladen und abtransportiert werden.<sup>12)</sup> An der Inangsetzung des Kupfer- und Messingwerkes war man außerordentlich stark interessiert. Dieses moderne Werk für die Halb- und Fertigfabrikation war nicht unbedingt auf die Mansfelder Rohstoffe angewiesen (S. 173). Außerdem hätte man einen entscheidenden Einbruch in die gesamte Streikfront erreicht, denn Hettstedt war die eigentliche Hochburg der revolutionären Mansfelder Arbeiterschaft. Noch heute erinnern sich die Kumpel stolz an die „drei Roten Tage von Hettstedt“, die Tage vom 23. bis 25. Juni 1930. Unter großem persönlichen Einsatz haben die Streikposten und Mitglieder des proletarischen Selbstschutzes, unterstützt von breitesten Bevölkerungsschichten, drei Tage und Nächte den konzentrierten Angriff der Streikbrecher und der Polizeieinheiten zurückgeschlagen. In kritischen Situationen hatten sich mehr als 1000 aktive Streikposten vor dem Werk postiert.<sup>13)</sup>

standen zum großen Teil fest hinter ihr. Selbstverständlich hatten die Kommunisten und die Mitglieder der RGO in dieser Leitung die Führung.

Die „Streikleitung der Gewerkschaft“ war in Wirklichkeit die „Leitung“ der verräterischen rechten SPD- und Gewerkschaftsführer. Sie ist absolut ohne die geringste Einflußnahme von gewerkschaftlich organisierten Arbeitern zustande gekommen. Diese Leitung unternahm alle Anstrengungen, den großen Einfluß der wirklich führenden „Zentral-Streikleitung der Mansfelder Arbeiter“ zurückzudrängen. Dabei diente ihr u. a. die auch vom Vf. gebrauchte Bezeichnung.

<sup>10)</sup> Heute: „Karl-Liebknecht-Hütte“ des Mansfeld-Hüttenkombinats „Wilhelm Pieck“.

<sup>11)</sup> Heute: VEB Walzwerk Hettstedt.

<sup>12)</sup> Auf Seite 147 spricht der Vf. von „Herstellung und Verladung der Schlackenpflastersteine in der Schamottefabrik der Krug-Hütte“. Das ist unrichtig. Die in großen Mengen anfallende Schlacke im ersten Verhüttungsprozeß des Kupferschiefers wird zu den bekannten, würfelförmigen Pflastersteinen vergossen. Die Krug-Hütte wurde aber zu Beginn des Streiks stillgelegt. Es kann also von „Herstellung“ keine Rede sein und mit der Schamottefabrik hat das alles nichts zu tun (vgl. *Eisenhut u. Kautzsch*, Handbuch für den Kupferschieferbergbau. Leipzig 1954, S. 31).

<sup>13)</sup> Auf S. 176 muß es heißen: 1000 statt 100.

Höchst aktuelle Lehren ergeben sich aus der Art und Weise, wie die Mansfelder Kommunisten diesen hervorragenden Sieg zu nutzen verstanden. I. berichtet auf S. 178f. über den großen politischen Erfolg des „Tages der Partei“, der sofort nach den „drei Roten Tagen von Hettstedt“ durchgeführt wurde. In allen größeren Ortschaften des Streikgebietes wurden in Versammlungen der Bevölkerung die Politik der Partei und ihre Rolle als Führerin in den Tageskämpfen der Arbeiterklasse erläutert. Die Mansfelder Kommunisten verstanden es vorbildlich, ihren kompromißlosen Kampf für die Tagesinteressen des werktätigen Volkes mit dem Kampf um eine bessere Gesellschaftsordnung zu verbinden.

Nach ihrer eindeutigen Niederlage (und für die Büttel mitunter recht handgreiflichen Belehrung) griffen die Konzernherren erneut ihren alten „Feldzugsplan“ (S. 194) auf.<sup>14)</sup> Einerseits drohten sie mit dem Hunger, indem sie mit einer längeren Stilllegung der Betriebe blufften; andererseits sollte endlich ein definitives Übereinkommen mit den entsprechenden Stellen der Reichsregierung, der preußischen Staatsregierung und mit der rechten Gewerkschaftsführung erreicht werden. Es galt, den Streik so schnell wie möglich abzuwürgen und gleichzeitig riesige staatliche Subventionen auf Kosten der werktätigen Steuerzahler herauszuschlagen.

Dem Vf. gelingt es, das für den Ausgang des Streiks wichtigste Problem klar herauszuarbeiten: „Es war ganz offensichtlich, daß der Versuch, den Streik abzuwürgen, nur erfolgversprechend sein konnte, wenn es den rechten SPD- und Gewerkschaftsführern gelang, die Aktionseinheit zu zerstören und die organisierten Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen. Gerade darauf war auch die Taktik der Konzernleitung und der rechten Gewerkschaftsführer gerichtet“ (S. 223).

Der Vf. bestätigt, daß der größte Teil der Gewerkschaftsmitglieder ehrlich und aufopferungsvoll in der gemeinsamen Streikfront gekämpft hatte, doch es gelang den Kommunisten und revolutionären Gewerkschaftlern nicht, den Einfluß der rechten SPD- und Gewerkschaftsführer auf die Arbeiter völlig zu überwinden. Der Tempoverlust, der sich aus der jahrelangen Unterschätzung der innergewerkschaftlichen Arbeit ergab, konnte nicht aufgeholt werden. Vom Kampf um die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter hing also der Ausgang des Streiks ab (S. 233).

Es charakterisiert die Härte des Kampfes, wenn es die Ausbeuter mit Hilfe des Staatsapparates und im Verein mit den rechten Gewerkschaftsführern nach sechs Wochen nicht wagen konnten, die Forderung nach 15prozentiger Senkung der Tariflöhne offiziell aufrecht zu erhalten. Der Vf. versäumt es auch nicht, auf die hinterhältigen Absichten des ausgehandelten „nur“  $9\frac{1}{2}$ prozentigen Lohnabbaus aufmerksam zu machen (S. 208f.). Doch abermals erwies sich die Einheitsfront als stark genug, den mit aller Kraftanstrengung und Demagogie

<sup>14)</sup> Es ist m. E. nicht gerechtfertigt, von einer neuen Taktik des Konzerns nach den „drei roten Tagen von Hettstedt“ zu sprechen (S. 182).

(S. 227; 230) unternommenen erneuten großen Durchbruchversuch zu verhindern.

Nach achtwöchigem heldenhaften Kampf der Mansfeld-Kumpel, nachdem die Subventionsverhandlungen<sup>15)</sup> zwischen dem Konzern und den Regierungen<sup>16)</sup> ihren Abschluß gefunden hatten, der Polizeiterror maßlos gesteigert und eine dem Ausnahmezustand ähnliche Lage geschaffen wurde (S. 233; 235 f.), sahen sich die rechten SPD- und Gewerkschaftsfunktionäre gezwungen, aus ihren eigenen Reihen, aus den Reihen der ihnen untergeordneten Funktionäre und aus Gruppen irreführender SPD- und Gewerkschaftsmitglieder, die Streikbrechergarde zu formieren. Zusammen mit den bisher bekannten faschistischen Streikbrechern und unterstützt durch wüste Gummiknüppelattacken der Polizei konnten die Massenstreikposten zurückgedrängt werden. Unsicher gewordene Gewerkschaftsmitglieder folgten schließlich dem schändlichen Beispiel der rechten Gewerkschaftsführer (S. 236).

Der Vf. würdigt das richtige Verhalten der Zentralstreikleitung der Mansfelder Arbeiter. Diese faßte unverzüglich den Beschluß, den Streik abzubrechen, nachdem es den verräterischen Führern gelungen war, die Einheitsfront zu sprengen (S. 236 f.).

Die Frage, warum es den rechten Führern gelingen konnte, den Einbruch in die Einheitsfront der Arbeiter zu erzielen, beantwortet I. folgendermaßen: „Die Kampffront war noch nicht stark genug, um den letzten entscheidenden Angriff aller gemeinsam vorgehenden reaktionären Kräfte standzuhalten. Doch offenbarte dieser Streik, welche gewaltige Kraft, welche schöpferische Initiative in der Arbeiterklasse steckt. Er zeigte, was die Arbeiter zu leisten vermögen, wenn sie ihren eigenen Kräften vertrauen und wenn sie sich die richtige Führung geben“ (S. 244).

In bezug auf die Lehren des Mansfelder Streiks (auch für unsere heutige Zeit) sollen auch die vom Vf. geschilderten Beweise echter Solidarität der Werktätigen des In- und Auslandes mit den Mansfelder Kumpeln nicht unerwähnt bleiben. Vor allem durch die bedeutsame Unterstützung seitens der Internationalen Arbeiterhilfe (IAH) und der oppositionellen Konsumgenossenschaften Halle und Merseburg (S. 143 f.)<sup>17)</sup> wurde die Einheitsfrontpolitik der

<sup>15)</sup> Mit der Subventionsfrage trieben die rechten SPD- und Gewerkschaftsführer von Anfang an ein demagogisches Spiel. Sie betonten nicht, daß die Subventionierung der Konzerne eine indirekte Ausbeutung der Werktätigen durch die Monopolherren mittels des Staatsapparates bedeutet, sondern erklärten die Subventionen im Sinne einer Entlastung für die Arbeiter.

<sup>16)</sup> Die Reichsregierung und preußische Staatsregierung.

<sup>17)</sup> Der Verfasser geht leider nur sehr kurz auf dieses wichtige Problem ein. Auf dem Verbandstag 1929 in Bad Lauterberg wurde die Konsumgenossenschaft Merseburg aus dem Verband der mitteldeutschen Konsumvereine ausgeschlossen, weil sie die Ruhrbergarbeiter 1928 in ihrem Kampfe unterstützt hatte. Auf dem Verbandstag Anfang Juni 1930 in Goslar stand der Ausschluß des Konsumvereins Halle wegen „Verletzung genossenschaftlicher Grund-

KPD wesentlich unterstützt. Auch die briefliche Verbindung mit den Arbeitern einzelner Betriebe in der Sowjetunion bedeuteten eine große moralische und ideologische Hilfe (140f.; 164). All das waren „unvergeßliche Erlebnisse der Solidarität, die den Streikenden Kraft und Zuversicht gaben“ (S. 163). Doch ausdrücklich hebt der Vf. hervor, daß die KPD in richtiger Einschätzung des Mansfelder Streiks als ersten Gegenstoß der deutschen Arbeiterklasse gegen die Ausbeuteroffensive der Imperialisten die Losung propagierte: „Kämpft für Euch, dann helft Ihr Mansfeld!“ (S. 144). Die Aufnahme des Kampfes auch in anderen Gebieten gegen den Raubzug der Monopole war die wichtigste Solidarität. In diesem Zusammenhang berichtet I. vom großen Streikkampf der rheinisch-westfälischen Metallarbeiter Anfang Juli 1930 und von den Landarbeiterstreiks im Torgauer Gebiet (S. 188ff.).

Für das ZK der KPD war der heldenhafte Mansfelder Streik Anlaß, die Lehren und Erfahrungen dieses Kampfes gründlich auszuwerten (S. 227f.). Auf dem Juli-Plenum 1930 fanden die Kampfbereitschaft und der Opfermut der Kumpel eine hohe Würdigung (S. 229).

I. hat mit seiner Arbeit einen wichtigen Beitrag zur Erforschung der Geschichte der Fabriken und Werke geleistet. Auch für unseren Kampf gegen den klerikal-militaristischen Westzonenstaat ist diese Arbeit von Nutzen, denn die Entlarvung der antinationalen und volksfeindlichen Politik der Monopolherren, der Junker und Militaristen in der Geschichte Deutschlands richtet sich gleichzeitig gegen das Bonner Regime, das die verderbliche Vergangenheit fortsetzt. Noch in viel stärkerem Maße sollte die Erarbeitung der Geschichte der Fabriken und Werke zur ureigensten Angelegenheit der Arbeiter selbst gemacht werden.<sup>18)</sup> „Um die Gegenwart richtig zu schätzen, muß man die Vergangenheit kennen“, sagt Maxim Gorki.<sup>19)</sup> Das trifft besonders auf unsere Arbeiterjugend zu, die die „Schinderei der Vergangenheit“<sup>20)</sup> nicht kennengelernt hat. In diesem Zusammenhang erwachsen den Wissenschaftlern verantwortungsvolle Aufgaben. In der engen Gemeinschaftsarbeit mit Betriebsarbeitern, Arbeiterveteranen und Funktionären werden sie ein dankbares Betätigungsfeld und beste Möglichkeiten für die Erarbeitung einer Geschichte der Fabriken und Werke finden.

*Günter John*

sätze“ auf der Tagesordnung. In Wirklichkeit aber paßte den rechten Sozialdemokraten in den zentralen Leitungen die proletarische Genossenschaftspolitik in einigen Konsumvereinen nicht. (Vgl. „Klassenkampf“, Organ d. Bezirks Mitteldeutschland der KPD v. 5. 6. 1930).

<sup>18)</sup> Vgl. Die Kumpel schreiben ihre Geschichte. „Neues Deutschland“ v. 4. Aug. 1959.

<sup>19)</sup> Zur Begründung der Schriftenreihe „Geschichte der Fabriken und Werke“ wurden dem Band I dieser Schriftenreihe zwei in der „Prawda“ v. 7. Sept. 1931 und vom 28. Nov. 1931 veröffentlichte Artikel Maxim Gorkis über die Notwendigkeit einer Geschichte der Fabriken und Werke vorangestellt.

<sup>20)</sup> Ebenda.

KARL LÄRMER

## GESCHICHTE DER ARBEITSORDNUNGEN IM MANSFELDER KUPFERSCHIEFERBERGBAU VOM FEUDALEN 18. JAHRHUNDERT BIS ZUM JAHRE 1945

*Dissertation, Humboldt-Universität Berlin, 1958 (ungedruckt; erscheint 1961 im Verlag Tribüne)*

Mit der Dissertation Lärmers werden die Arbeiten zur Untersuchung der Geschichte des Mansfelder Kupferschieferbergbaus und der Lage seiner Arbeiter fortgesetzt und um einen wichtigen Beitrag erweitert. Aus der Vielzahl der die Lage der Arbeiter bestimmenden und charakterisierenden Faktoren wird ein Moment – die Arbeitsordnung – herausgegriffen und in ihrer Bedeutung für die Herausbildung des Proletariats und für die Entwicklung der Lage der Bergarbeiter untersucht.

Die aktuelle Bedeutung der Arbeit steht außer Zweifel, wenn man sich vergegenwärtigt, daß heute in Westdeutschland der Kampf um die Arbeitsordnung die gleiche wichtige Rolle im Kampf der Arbeiter spielt, die er vor 1945 zum Beispiel auch im Mansfelder Kupferschieferbergbau zu erfüllen hatte. Sehr richtig weist daher der Vf. einleitend auf diesen Zusammenhang zwischen der Problematik seiner Arbeit und den Verhältnissen und dem Kampf der westdeutschen Arbeiterklasse hin.

Die Arbeitsordnungen sind ein Mittel der einzelnen Unternehmer bzw. Monopole, den Arbeitern die Bedingungen für ihre Ausbeutung vorzuschreiben und die Proletarier zur entsprechenden Disziplin zu zwingen. Der Vf. definiert daher auch in den Vorbemerkungen seiner Arbeit, in denen er sich in gedrängter Form mit dem Inhalt und der Bedeutung der Arbeitsordnungen auseinandersetzt:

„Diese Arbeitsordnungen dienen zur Festlegung der Bedingungen – nicht des Preises – unter denen die Ware Arbeitskraft ausgebeutet wird und zur Aufrechterhaltung der Arbeitsdisziplin in den Betrieben“ (S. 1).<sup>1)</sup>

Die Bestimmungen der Arbeitsordnung gingen dabei in vielen Fällen so weit, daß für den einzelnen Betrieb bzw. Konzern Reichs- und Landesgesetze unwirksam gemacht wurden. So wurde in vielen Fällen das von den Arbeitern erkämpfte Koalitionsrecht durch Bestimmungen der Arbeitsordnung aufgehoben oder stark eingeschränkt. Um eine solche Ausbeutungsordnung durchsetzen und die ihr entsprechende Arbeitsdisziplin erzwingen zu können, mußte sich der Kapitalist einer Reihe Zwangsmaßnahmen bedienen, die ebenfalls in der Arbeitsordnung festgelegt waren. Als Hauptmittel zur Durchsetzung der

<sup>1)</sup> Alle Seitenangaben beziehen sich auf die besprochene Arbeit von Karl Lärmer:

Arbeitsordnungen charakterisiert Lärmer die Drohung, „... den Arbeiter auf die Straße zu werfen und ihn zum Hungerleben des Arbeitslosen zu verurteilen“ (S. 1). Neben Entlassungen spielten Geldstrafen bzw. Lohnabzüge eine wichtige Rolle.

Im System der Zwangsmaßnahmen nahm vor allem in der Zeit des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus der außerökonomische Zwang einen breiten Raum ein. Im Imperialismus stieg die Bedeutung des außerökonomischen Zwangs wieder, und in bestimmten Phasen der monopolkapitalistischen Entwicklung wird er zur entscheidenden Methode, die Ausbeutung der Arbeiterklasse zu garantieren. Auf diese wichtige Frage weist Lärmer schon in der Einleitung seiner Arbeit hin, und im Verlaufe der Arbeit untersucht er dieses wichtige und interessante Problem näher.

Die Arbeitsordnungen berühren die Interessen der Ausbeuter ebenso wie die der Arbeiter. Daher vollzieht sich die Ausarbeitung und Durchsetzung der Arbeitsordnungen in einem Prozeß scharfen Klassenkampfes. Die Geschichte der Arbeitsordnungen kann daher nur untersucht werden, wenn gleichzeitig der Kampf um die Veränderungen der Arbeitsordnungen seine Darstellung findet. Mehr noch, der Kampf des Proletariats um seine Arbeitsbedingungen ist ein wichtiger Bestandteil der Geschichte der Arbeitsordnungen. Beide Probleme können daher nur als eine Einheit behandelt werden. Dem entspricht im wesentlichen auch Lärmers Untersuchung.

Die Arbeitsordnung hilft in erster Linie den einzelnen Kapitalisten, die Arbeiter ihrer Betriebe auszubeuten. Damit dienen die Arbeitsordnungen aber gleichzeitig auch der gesamten herrschenden Klasse, ihre Interessen in der jeweiligen Phase der gesellschaftlichen Entwicklung durchzusetzen. In den einzelnen Abschnitten seiner Arbeit untersucht Lärmer dieses Problem.

Der erste Abschnitt gibt einen Überblick über die Verhältnisse im Mansfelder Kupferschieferbergbau nach dem Dreißigjährigen Kriege. Als Folge dieses Krieges war der Bergbau völlig zum Erliegen gekommen.

Im zweiten Abschnitt folgt eine Untersuchung der Entwicklung der tariflichen und disziplinarischen Bestimmungen von der Bergordnung des Jahres 1673 – die im Zusammenhang mit dem Bestreben, den Mansfelder Bergbau wieder in Gang zu bringen, erlassen wurde – bis zur Aufhebung des Direktionsprinzips im Jahre 1860.

In dieser Zeit war das schwache Kommando des Kapitals und die große Rolle feudaler Kräfte ein bestimmender Faktor für die Gestaltung der tariflichen und disziplinarischen Bestimmungen für die Bergleute. Dieser Problematik sucht Lärmer in seiner Arbeit gerecht zu werden. Wenn auch die einzelnen Kreise der herrschenden Klasse ihre bestimmten Ziele mit der Neubelebung des Mansfelder Kupferschieferbergbaus verbanden, so bestand doch letzten Endes eine Interessengemeinschaft aller von der Ausbeutung der Bergleute lebenden Kräfte, des sächsischen Kurfürsten, der Mansfelder Grafen und der Stadt Leipzig. Das fand, wie der Vf. nachweist, auch in den tariflichen und disziplinarischen Bestimmungen der Bergordnung von 1673 seinen Ausdruck.

Diese Interessengemeinschaft zeigte sich vor allem darin, daß das Hauptanliegen der Bergordnung – und damit aller Ausbeuter – die Sicherung der Ausbeutungsobjekte für den Mansfelder Bergbau war. Dabei spielte der außerökonomische Zwang eine wesentliche Rolle. Zum Beispiel wurde bei Abkehr ohne Kündigung – die Möglichkeit der Kündigung bestand also – nicht nur der Lohn einbehalten, sondern der betreffende Bergmann durfte auch im Bergbau nicht mehr beschäftigt werden und wurde darüber hinaus noch vom Bergvogt bestraft.

Für den gesamten Zeitabschnitt ab 1673 ist die Frage nach der Herausbildung des freien Lohnarbeiters im Mansfelder Bergbau das entscheidende Problem. Auch bei der vorliegenden Untersuchung rückt diese Frage in den Mittelpunkt. Die Problematik wird für die einzelnen Etappen der Entwicklung des Kupferschieferbergbaus, für die Zeit von 1673 bis zum Übergang der Nutznießung des Mansfelder Bergregals von den Mansfelder Grafen an Kursachsen, dann für die Zeit der kursächsischen Herrschaft (1780–1807), später für die Herrschaftsperiode des Bruders Napoleons, Jérôme, als König von Westfalen (1807–1813) und schließlich für die entscheidende Periode der deutschen Bergbaugeschichte im 19. Jahrhundert bis zur Aufhebung des Direktionsprinzips an Hand der tariflichen und disziplinarischen Bestimmungen für die Bergleute erforscht.

Die Untersuchung im Zusammenhang mit der Bergordnung von 1673 ergibt:

„Der Bergmann ist weiter vom freien Lohnarbeiter entfernt, als seine Vorfahren im 15. und 16. Jahrhundert“ (S. 71). Die Arbeit der Bergleute erfolgt unter der strengen Leitung des feudalen Staates, dem der Bergbau als wichtige Einnahmequelle dient. Die Bergmänner sind von den Produktionsmitteln getrennt und gezwungen, ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Nachdem sie aber ihre Arbeitskraft an den Bergbau verkauft haben, können sie nicht mehr völlig frei – und wenn – dann nur unter großen Schwierigkeiten darüber verfügen (S. 69). Der außerökonomische Zwang ist ein wichtiges Mittel, die Lösung des Arbeitsverhältnisses zu verhindern.

Durch diese Untersuchung leistet Lärmer einen wichtigen Beitrag zur Diskussion über die Herausbildung der Klasse der freien Lohnarbeiter und der Stellung der Mansfelder Bergleute und trägt zur Bereicherung der bisherigen Erkenntnisse bei.

Die Entwicklung des Bergmanns zum freien Lohnarbeiter erreichte in der Zeit der Herrschaft Napoleons bzw. der westfälischen Herrschaft ihren Höhepunkt. In dieser Zeit wird die Bergrichterbarkeit abgeschafft, werden einzelne Schutzmaßnahmen für Jugendliche, Bildungs- und Ausbildungswesen eingeführt, und in den Vorschriften über die Beziehungen zwischen den Bergbeamten und den Bergleuten fehlen alle Formulierungen, die auf das Vorhandensein patriarchalischer Beziehungen schließen lassen könnten (S. 129). Der Mansfelder Bergarbeiter hat sich in dieser Zeit zum freien Lohnarbeiter entwickelt.

Der Vf. behandelt in diesem Zusammenhang auch die während der westfälischen Herrschaft zwischen den nationalen Interessen des deutschen Volkes und den progressiven Maßnahmen zur Überwindung der feudalen Verhältnisse in Deutschland bestehenden Widersprüche, untersucht aber, entsprechend der Thematik seiner Arbeit, vor allem die Momente der sozialökonomischen Entwicklung.

Im Zusammenhang mit der Herausbildung der Klasse der freien Lohnarbeiter im Mansfelder Bergbau zeigt sich eine interessante Entwicklungstendenz:

„In dem Maße, wie die kapitalistischen Produktionsverhältnisse wuchsen und damit die Möglichkeiten, den Arbeiter durch ökonomische Mittel in die kapitalistische Arbeitsdisziplin hineinzupressen, wuchs gleichzeitig auch diese Art (gemeint ist die militärische Disziplin, die eingeführt wurde – H. S.) des außerökonomischen Zwanges, dem die Bergleute mit der gleichen Zielsetzung ausgesetzt wurden“ (S. 125).

Diese Erscheinung wird damit begründet, daß die Mittel des ökonomischen Zwanges noch nicht ausreichten, um die Arbeitsdisziplin aufrecht zu erhalten und die Disziplin immer mehr nachließ, als sich die Bergknappen bewußtseinsmäßig zum Industriearbeiter hin entwickelten.

Ein wichtiges Problem für die Untersuchung der Zeit nach 1813 besteht in der Frage, inwieweit es dem preußischen Staate gelang, die alten Verhältnisse wieder herzustellen. Die Wiedereinführung der aus der Feudalzeit übernommenen Bergrichterbarkeit bedeutete einen Rückschritt, allerdings war es nicht mehr möglich, die Bergrichterbarkeit in dem Umfange wieder einzuführen, den sie vor 1807 hatte. Der Bergmann blieb der freie Lohnarbeiter, der er unter der westfälischen Herrschaft geworden war. Von den feudalen Privilegien, die er früher besaß, behielt er nur das Recht, verbilligtes Magazingetreide zu beziehen.

Der nach der Revolution 1848 einsetzende Abbau des Direktionsprinzips führte schließlich 1860 zur endgültigen Aufhebung dieses feudalen Überrestes und zur Einführung des freien Arbeitsvertrages. Die erste Arbeitsordnung für den Mansfelder Bergbau unter den neuen Verhältnissen erschien im Jahre 1862. Mit der Behandlung dieser Ordnung beginnt das Kapitel III der Arbeit von Lärmer, das die Untersuchung der Arbeitsordnungen in der Zeit des vormonopolistischen Kapitalismus beinhaltet.

Nach der Aufhebung des Direktionsprinzips ergab sich für das Kapital die Möglichkeit, frei von feudalen Hemmnissen die Lohnarbeiter im Bergbau auszubeuten. Es kam jetzt darauf an, die Bergleute in dieses System der kapitalistischen Ausbeutung hineinzupressen. Diesem Ziel diente die Arbeitsordnung von 1862, die Einstellung, Kündigung, Lohnzahlung u. a. regelte und den Arbeiter völlig dem Kommando des Kapitals unterstellte. Die Einhaltung der kapitalistischen Arbeitsdisziplin wurde durch typisch kapitalistische Strafen – Geldstrafe, Entlassung, Kündigung, Degradation und Verlegung – erzwungen. Freiheitsstrafen, also typisch feudale Überreste, gab es nicht mehr

und waren unter den jetzigen Verhältnissen auch überflüssig geworden. Das Kapital erzwang seine Arbeitsdisziplin auf seine Art.

Sehr gut zeigt Lärmer auch, wie die Arbeiter unter den neuen Verhältnissen einiger Vorteile des Direktionsprinzips verlustig gingen (z. B. des bezahlten freien Arbeitstages), sich der Kampf der Arbeiter dagegen richtete, aber letztlich dieser Widerstand der Bergleute erfolglos sein mußte, da der sich durchsetzende historische Fortschritt nicht aufzuhalten war.

Mit der Entwicklung der Arbeiterklasse wurde ihr Kampf in immer stärkerem Maße zum bestimmenden Faktor bei der Gestaltung der Arbeitsordnungen. Es ist daher notwendig und richtig, wenn der Vf. diesem Problem in seinen Untersuchungen einen breiten Raum gibt. Die Bedeutung des Kampfes der Bergleute zeigt sich z. B. bei einem Vergleich der Arbeitsordnungen von 1885 und 1893. Den Bergarbeitern gelang es u. a. die Einführung der Achtstundenschicht durchzusetzen.

Die Herrschaft des Imperialismus und die daraus resultierende verschärfte Ausbeutung der Arbeiterklasse, die im vierten Kapitel behandelt wird, kam auch in den Arbeitsordnungen zum Ausdruck. In der Arbeitsordnung von 1904 wurde das System der Lohnfestsetzung geändert. Legte bisher die Direktion die Nominallöhne fest, so fiel diese Aufgabe jetzt den einzelnen Werksdirigenten zu, die die Löhne halbjährlich bestimmten. Damit wurde die Lohnfestsetzung zersplittert und bessere Möglichkeiten des Lohnabbaus geschaffen.

Der Vf. gibt einen guten Überblick über die Auswirkungen der imperialistischen Herrschaft für die Gestaltung der Arbeitsordnungen und untersucht auch deren Bedeutung für die Herausbildung der Arbeiteraristokratie.

Der Kampf der Arbeiter für die Gestaltung der Arbeitsbedingungen gewann in dieser Zeit noch weiter an Bedeutung. Es ist völlig richtig, daß auch für diesen Zeitabschnitt der Kampf um die Arbeitsordnungen im Mittelpunkt der Untersuchungen steht. Für die Mansfelder Kumpel ergab sich die Schwierigkeit, daß der wirtschaftliche Kampf bei schwacher gewerkschaftlicher Organisation geführt werden mußte. W. Robbe hat in ihrer Arbeit „Die Knappschaftsfessel von Mansfeld“<sup>2)</sup> die Entwicklung des Bergarbeiterverbands und ihre Ursachen untersucht, und Lärmer verweist auf diese Darstellung, behandelt aber nicht selbst die Frage, ob und in welchem Umfang vom Bergarbeiterverband Versuche zur Organisierung des Kampfes für bessere Arbeitsbedingungen im Mansfelder Bergbau unternommen wurden. Die bisherigen Untersuchungen der Bergarbeiterbewegung zeigen, daß die reformistische Führung des Bergarbeiterverbandes auch vor 1914 den wirtschaftlichen Kampf – damit also auch den Kampf um die Arbeitsordnungen – wesentlich hemmte, indem sie die Bewegung bremste oder gar nicht den Versuch unternahm, die Bewegung zu organisieren. Trotz der erwähnten Bemerkungen bleibt diese Frage in Lärners Arbeit offen.

<sup>2)</sup> *Robbe, Waltraud*, „Die Knappschaftsfessel von Mansfeld“. Verlag Tribüne Berlin 1958.

Sehr wichtig ist, daß mit dem Beginn der imperialistischen Herrschaft der außerökonomische Zwang wieder erheblich an Bedeutung gewann. Eine Methode war dabei die Möglichkeit der Mansfelder Unternehmer, Bergleute nach eigenem Ermessen vom Kriegsdienst zu reklamieren. „Eine derartige Erscheinung aber unter den Bedingungen des absterbenden Kapitalismus bedeutet, daß die herrschende Klasse im Kapitalismus den außerökonomischen Zwang besonders dann einsetzt, wenn dieses Wirtschaftssystem in Schwierigkeiten gerät bzw. zu scheitern beginnt“ (S. 291). Damit nennt der Vf. die wichtigste Ursache für die zunehmende Bedeutung des außerökonomischen Zwanges.

Die Novemberrevolution von 1918 brachte den Arbeitern einige wichtige Ergebnisse, die nicht zuletzt in den Arbeitsordnungen ihren Ausdruck fanden, aber mit Hilfe des Verrats der rechten Führer der Arbeiterbewegung konnte das Kapital seine gesellschaftliche Position behalten. Die Erfolge der Arbeiter fanden auch in der Mansfelder Arbeitsordnung von 1921 ihren Niederschlag. So wurden in diese Arbeitsordnung die Rechte der Betriebsräte aufgenommen und der Achtstundentag festgelegt. Der Kampf der Arbeiter mußte sich dann – vor allem seit der Periode der relativen Stabilisierung des Kapitalismus – auf die Sicherung der errungenen Rechte richten. Im Gegensatz zur Zeit vor 1918 besaß aber jetzt das deutsche Proletariat eine revolutionäre Partei, die KPD, die diesen Kampf organisierte und leitete und, im Gegensatz zu den Reformisten, die Interessen der Arbeiterklasse auch im Kampf um die Arbeitsordnungen wahrnahm. Lärmer nennt zahlreiche Beispiele, wie die KPD mit Hilfe ihrer Presse, vor allen Dingen des „Klassenkampfes“, den Kampf der Mansfelder Kumpel für bessere Arbeitsbedingungen unterstützte.

In der Periode des Faschismus wurden die von den Arbeitern erkämpften und in den Arbeitsordnungen fixierten Rechte abgebaut, und die Arbeits-, jetzt Betriebsordnung genannt, war zu einem Mittel der Terrorisierung der Arbeiterklasse im Interesse der Monopolbourgeoisie und ihrer Kriegswirtschaft geworden. Der faschistische Staat mit seinen Terrormitteln wurde für die Aufrechterhaltung der faschistischen Arbeitsdisziplin benutzt. Die staatlichen Gesetze und Verordnungen wurden zum entscheidenden Mittel, die Arbeiter zur Disziplin zu zwingen. Der außerökonomische Zwang wurde die entscheidende Methode. Die Arbeitsordnungen verloren an Bedeutung. „Damit schuf das Naziregime dem Finanzkapital eine bisher in solchem Ausmaß unbekannte Möglichkeit zur Ausbeutung der Arbeiter, die durch Verbote nicht mehr in der Lage waren, ihre Arbeitskraft dort zu verkaufen, wo sie die dafür günstigsten Bedingungen vorfanden“, stellt der Vf. dazu fest (S. 428/429).

Die gesamte Entwicklung des außerökonomischen Zwangs unter den Verhältnissen des Imperialismus zeigt, daß mit der zunehmenden Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus auch diese Form zur Unterdrückung der Arbeiter mehr und mehr an Bedeutung gewinnt und im Faschismus, in dem die staatsmonopolistische Entwicklung des Kapitalismus ihre bisher ausgeprägteste Form erlangt, zum entscheidenden Moment wird.

Lärmer gibt eine sehr gute Untersuchung der Entwicklung und der Bedeutung des außerökonomischen Zwangs in den einzelnen Perioden der kapitalistischen Entwicklung und eine gute Darstellung dieses Problems für die Zeit des Faschismus. Er hätte aber noch stärker den Zusammenhang zwischen der staatsmonopolistischen Entwicklung und einer ihrer wichtigsten Auswirkungen für die Arbeiterklasse, nämlich der Zunahme des außerökonomischen Zwanges, herausarbeiten müssen. Ebenso hätte die geringe Bedeutung der Arbeitsordnungen im Vergleich zu den gesetzlichen Regelungen, die mit der völligen Unterstellung eines Teils der Arbeiter – der Fremdarbeiter – unter die staatliche Festlegung der Arbeitsbedingungen ihren Höhepunkt erreichte, stärker betont werden müssen.

Insgesamt kann man feststellen, daß die Arbeit Lärmers ein wertvoller Beitrag zur Erforschung der Geschichte des Mansfelder Kupferschieferbergbaus ist und einige wichtige Probleme der Entwicklung der Arbeiterklasse und ihrer Lage untersucht werden.

*Helmut Seidl*

RUDOLF FORBERGER

DIE MANUFAKTUR IN SACHSEN VOM ENDE DES 16. BIS ZUM ANFANG DES 19. JAHRHUNDERTS

*Schriften des Instituts für Geschichte an der DAdW, Reihe I, Bd. 3  
Akademie-Verlag, Berlin 1958, 456 Seiten, Preis 46,— DM*

HORST KRÜGER

ZUR GESCHICHTE DER MANUFAKTUREN UND DER MANUFAKTURARBEITER IN PREUSSEN. DIE MITTLEREN PROVINZEN IN DER ZWEITEN HÄLFTE DES 18. JAHRHUNDERTS

*Rütten & Loening, Berlin 1958, 796 Seiten, Preis 29,30 DM*

Mit diesen beiden Arbeiten hat die Erforschung der Geschichte der Manufaktur in Deutschland einen großen Schritt vorwärts getan. Forberger und Krüger zeigen, wie weit wir als Marxisten-Leninisten über die bürgerliche Forschung auch in ihren besten Erscheinungen hinauskommen, wenn sich unsere Theorie mit großem Fleiß und genauem Aktenstudium verbindet. Bedenken wir weiter, daß es sich bei der einen um eine Habilitations-, bei der anderen um eine Doktorarbeit handelt, dann können wir mit wahrem Stolz von diesen Werken sprechen.

Forbergers Arbeit ist in gewisser Weise vollständiger als die Krügers. Man hat den Eindruck, daß er das Quellenmaterial im Landeshauptarchiv in Dresden „bis zur letzten Akte“ durchgearbeitet hat. Er ist in der Lage, uns in einem Tabellarium eine Gesamtübersicht über die Manufakturen, die in Sachsen existieren, zu geben. So etwas besitzen wir bisher noch für kein Land – mit Ausnahme von Rußland für bestimmte Zeiten.

Die Arbeit gliedert sich in drei Hauptteile: Die Produktivkräfte und Produktionsmittel – Die Produktionsverhältnisse – Der Widerspruch zwischen den Produktivkräften und den Produktionsverhältnissen in der Manufakturperiode und der Verfall der Manufakturen.

Forberger findet, daß sich die Geschichte der Manufaktur Sachsens in drei Perioden gliedert: „Die Entwicklung der Manufaktur in Sachsen weist drei deutlich voneinander geschiedene Perioden auf. Die erste reichte bis zur letzten Hälfte des 16. Jahrhunderts, die zweite begann nach der Massenvernichtung von Produktivkräften jeder Art durch den Dreißigjährigen Krieg und erfuhr eine besondere Steigerung nach der Beendigung des Siebenjährigen Krieges, und die dritte stellt die Periode der ‚modernen‘ Manufaktur dar. Die nachstehende Untersuchung wird sich nicht ausschließlich, aber hauptsächlich mit der Manufaktur des 18. und beginnenden 19. Jahrhunderts befassen“ (S. 11).

Wir werden noch ausführlicher auf die Frage der Produktionsverhältnisse im Zusammenhang mit den Ausführungen Krügers zurückkommen. Schon hier aber sei eine Warnung angebracht. Die wirklichen, realen Produktionsverhältnisse lassen sich zumeist auf Grund allein zentraler Akten, im Falle Sachsens der Akten des Landeshauptarchivs, nicht so zufriedenstellend untersuchen, wie es das zusätzliche Studium lokaler Akten erlaubt. Die Bedeutung des Lokalstudiums kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden und gilt gleichermaßen für die Gegenwart wie die Vergangenheit. So kann man z. B. die National Archives in Washington jahrelang vergeblich durchsuchen, ohne je auf die Erscheinung dessen, was wir den Fabrikenfeudalismus in einzelnen Südstaaten nennen, zu stoßen: die Einrichtung, die den Arbeiter und seine Familie mit jedem Mittel außerökonomischen Zwanges an „die Fabrik im Dorfe“ fesselt; so fesselt, daß keiner der Arbeiter in der Fabrik zu niedrigstem Lohne entgehen kann.

Insbesondere verdient in diesem Zusammenhang die zerstreute Manufaktur bis ins einzelne gehendes Studium lokaler Akten.

Von speziellem Interesse sind die Ausführungen Forbergers zur ursprünglichen Akkumulation. Bekanntlich spielte die ursprüngliche Akkumulation in England eine sehr große Rolle für die Entwicklung sowohl des Manufakturkapitalismus wie auch natürlich der Landwirtschaft. Marx hat sie im „Kapital“ im einzelnen untersucht und analysiert. Nun besteht kein Zweifel, daß sie auch in Deutschland für die Landwirtschaft eine große Bedeutung hatte. Die Feststellungen Forbergers für die Manufaktur Sachsens zeigen jedoch, und das ist im Grunde nur natürlich bei der Langsamkeit der Entwicklung in Deutschland, daß die ursprüngliche Akkumulation für die Manufaktur keine sehr umfang-

reiche war. Wir müssen erkennen lernen – und ein vergleichendes Studium der Behandlung der Geschichte der Entwicklung des Kapitalismus in England durch Marx und in Rußland durch Lenin wird uns dabei viel helfen –, daß das Gewicht einzelner Faktoren, wie z. B. der ursprünglichen Akkumulation, ein recht verschiedenes unter verschiedenen historischen Bedingungen auch beim Entstehen der gleichen Gesellschaftsordnung, also der kapitalistischen in unserem Fall, sein kann.

Forberger schließt sein Buch mit der Feststellung: „Die sächsische Manufaktur wuchs in einer feudalen Umwelt heran. Ihrer Entwicklung stellten sich deshalb zahlreiche, dem Feudalismus entspringende Hemmnisse in den Weg, wie sie andererseits von dieser Seite her starke fördernde Impulse erfuhr. Sie war in Sachsen mit wenigen Ausnahmen rein kapitalistisch und trug so dazu bei, daß die bereits in der Auflösung begriffene feudale Gesellschaftsordnung für ihren Untergang reif wurde. Der Fabrik als höchster Form der gewerblichen kapitalistischen Produktionsweise fiel es zu, den von der Manufaktur eingeleiteten Prozeß zu Ende zu führen“ (S. 302).

Beide Seiten dieses Prozesses, die Hemmung durch die feudale Umgebung wie auch die Förderung der Manufaktur durch den feudalen Staat zeigt Forberger an zahlreichen Beispielen, vor allem auf Grund gedruckter Literatur und zentralen Archivmaterials. Man fragt sich jedoch, welche Fülle weiteren Materials, und zwar ziemlich einseitig an Beispielen von feudalen Hemmnissen, Lokalstudien geliefert hätten.

Manche Probleme lassen sich wirklich gründlich überhaupt nur an Hand von Lokalakten studieren. Sowohl Forberger wie Krüger geben Lohndaten, mit Eifer in den Zentralakten zusammengesucht. Sie besagen wenig, trotz aller Mühe, die sich beide, insbesondere Krüger, geben, etwas damit anzufangen. Die Arbeiten nicht nur zahlreicher ausländischer Forscher, sondern auch von Elsas für Deutschland zeigen, daß man bis in den Anfang des 19. Jahrhunderts hinein befriedigende und zusammenhängende Lohndaten nur in Lokalarchiven findet; dort zu suchen, sich aber reichlich lohnt.

\*

Krüger beginnt seine Untersuchungen mit einem Abschnitt „Die sozial-ökonomischen und politischen Bedingungen für die Entwicklung kapitalistischer Manufakturen in Brandenburg-Preußen“ und setzt sie in gleicher Richtung im folgenden Abschnitt fort: „Die verstärkte Herausbildung kapitalistischer Produktionsformen in Brandenburg-Preußen“. Der nächste Abschnitt analysiert „Die Lage der Manufakturarbeiter“. Zwischen diesen und dem folgenden „Der Kampf der Manufakturarbeiter gegen Ausbeutung und Unterdrückung“ ist ein kleiner nur zwölf Seiten umfassender Abschnitt „Zur ideologischen Haltung des Bürgertums und der Manufakturarbeiter in Berlin“ eingeschaltet. Ein Dokumentenanhang von rund 250 Seiten ergänzt die Ausführungen.

Wenn man von der grotesken Tatsache absieht, daß der Ideologie der Klasse, die in dieser Zeit der Bannerträger des Fortschritts war, nämlich des Bürgertums, kümmerlichster Raum gewidmet wird, erlaubt die Anlage des Buches eine umfassende und eingehende Behandlung der wichtigsten Probleme.

Gründlicher noch als Forberger beschäftigt sich Krüger mit der Frage der Produktionsverhältnisse, geht noch tiefer auf die Problematik insbesondere des Arbeitsverhältnisses ein.

Allgemein stellt Krüger fest: „Der sowjetische Historiker S. B. Kan weist auf den Zusammenhang zwischen der Negierung der Manufakturperiode und der verbreiteten Auffassung hin, daß Deutschland in seiner wirtschaftlichen Entwicklung um zwei, ja sogar drei Jahrhunderte hinter England zurückgeblieben sei. Der führende englische Wirtschaftshistoriker J. N. Clapham behauptete sogar, daß die deutsche Industrie zu Beginn des 19. Jahrhunderts ‚could in no sense be called capitalistic‘. Nach seiner Meinung befand sich das Wirtschaftsleben im damaligen Deutschland auf einem tieferen Niveau als z. Z. Dürers und Sachs‘. Eine ähnliche Auffassung findet man noch bei Kuczynski, der über die gewerbliche Produktion in Deutschland während des 18. Jahrhunderts sagt, ‚daß sie eine geringere Rolle spielte als in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts‘. Diese allgemeine Behauptung für das territorial zersplitterte Deutschland trifft zumindest für Preußen nicht zu (Völlig richtig! und darum habe ich sie auch nicht für Preußen, sondern für Deutschland allgemein gemacht, für das sie zutrifft – J. K.). Natürlich kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die kapitalistische Entwicklung im politisch und ökonomisch zersplitterten Deutschland langsamer voranschritt als in England und Frankreich. Doch erscheint dieser historische Rückstand am Ende des 18. Jh. von S. B. Kan mit etwa 50 Jahren richtig bemessen“ (S. 191).

Hier gehen ganz offenbar mehrere Fragen durcheinander. Während man der Problematik wie auch den Tatsachen nach mit vollem Recht feststellen kann, daß die gewerbliche Produktion in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts im Gesamtrahmen der deutschen Wirtschaft eine größere Rolle spielte als im 18. Jahrhundert, läßt sich ein „historischer Rückstand“ bei zwei verschiedenen Gesellschaftsordnungen nicht in Jahren messen. Wieviele Jahre war denn die Sowjetunion 1918 den USA voraus? Und die feudale Gesellschaft Deutschlands soll hinter dem seit der Mitte des 16. Jahrhunderts auf vorwiegend kapitalistischer Basis wirtschaftenden England, seit der Mitte des 17. Jahrhunderts über einen fest und unabirrbar bürgerlichen Interessen dienenden kapitalistischen Staat verfügenden England um 1800 nur um 50 Jahre „historischen Rückstand“ haben?

Speziell, konkret zu den Produktionsverhältnissen der außerhalb der Landwirtschaft Ausgebeuteten bemerkt Krüger: „Kuczynski schätzt die Gesamtzahl der kapitalistisch ausgebeuteten Industriearbeiter in Deutschland um 1800 unter 50000. Außerdem errechnet er noch ‚vielleicht‘ 25000 Berg- und Steinbrucharbeiter. Im Handwerk schätzt er maximal 10000 freie Arbeiter. Kuczynski geht davon aus, daß die meisten ‚Arbeiter‘ noch ‚in feudalen

Zünften' beschäftigt wurden. Dabei mißt er offenbar der formalen Zugehörigkeit zur Zunft eine übertriebene Bedeutung bei. Das führt dann auch dazu, daß er die offizielle Aufhebung des Zunftzwanges in Preußen zu hoch einschätzt. Er sagt, daß erst durch die preußische Gewerbegesetzgebung ‚wenigstens ein gewisser Einbruch in das feudale Zunftsystern‘ erfolgt sei. Praktisch geschah jedoch dieser ‚Einbruch‘ schon einige Jahrzehnte vorher, als sich in Preußen kapitalistische Produktionsformen in beträchtlicher Zahl entwickelten und der absolutistische Staat gezwungen wurde, zahlreiche Ausnahmen zugunsten der Manufakturen zu gestatten. Der Zunftzwang war in der Praxis schon weitgehend ‚durchlöchert‘, ehe er endlich aufgehoben wurde. Diesen untersucht Kuczynski nicht.

Wenn man daher die übrigen preußischen Provinzen, die rheinischen und nicht zuletzt Schlesien, berücksichtigt, so dürften wahrscheinlich in ganz Preußen wenigstens 50000 kapitalistisch ausgebeutete Industriearbeiter nachzuweisen sein. In ganz Deutschland aber, zu dem ein so entwickeltes Territorium wie Sachsen gehört, wird man wenigstens mit 100000 kapitalistisch ausgebeuteten Industriearbeitern rechnen können“ (S. 275).

Das Hervorragende an der Arbeit Krügers ist nun, daß er so reichliches Material zusammenbringt und so korrekt berichtet, daß jeder Leser seines Buches in der Lage ist, sich ein eigenes Urteil zu bilden, von dem ich glaube, daß es mir und nicht Krüger recht gibt.

Man braucht nur bei Krüger nachzulesen, welche Rolle die Manufaktur in Zucht-, Armen-, Waisen-, Irrenhäusern und ähnlichen Anstalten spielt, ein wie großer Teil der zerstreuten Manufaktur von Leibeignen betrieben wird, um zu erkennen, eine wie geringe Rolle freie Lohnarbeiter in den preußischen Manufakturen gespielt haben.

Krüger möchte allein in Preußen von 50000 freien Industriearbeitern sprechen. Kurz vorher (S. 273) erklärt er, was er unter kapitalistisch ausgebeuteten Lohnarbeitern versteht: „Der Begriff ‚freier Lohnarbeiter‘ wird hier etwas großzügiger gefaßt, d. h., es sind auch solche Arbeiter einbezogen, denen noch Reste feudaler Bindungen wie z. B. Einschränkung der Freizügigkeit anhafteten oder die noch einzelne Produktionsinstrumente, wie z. B. den Webstuhl, besaßen.“ Sehen wir uns nun solche in ihrer „Freizügigkeit eingeschränkten“ Arbeiter an. Die größte Industrie Preußens in dieser Zeit war die Wollmanufaktur, deren drei größte Betriebe das Lagerhaus sowie die Firmen Wegely und Lange waren; sie beschäftigten allein rund 7000 Spinner. Ein Teil dieser Spinner lebte in Buckow; über die Buckower Spinner berichtet Krüger: „Im Jahre 1794 versuchte der Unternehmer Schmitz vom Lagerhaus, die Wegelysche und die Hessesche (ehemals Langesche – J. K.) Wollzeugmanufaktur aus Buckow zu verdrängen. Interessant ist hierbei, daß Schmitz mit dem Junker v. Flemming einen Vertrag abschloß, der ihm allein das Recht sicherte, in Buckow und in den anderen zur Herrschaft gehörenden Dörfern spinnen zu lassen. Der Gutsbesitzer v. Flemming maßte sich das Recht an, die von den anderen beiden Manufakturen an die Spinner aus-

geteilte Wolle zu konfiszieren. Es entstand die Streitfrage, ob die Herrschaft berechtigt sei, ihre Untertanen zum privaten Spinnen für diese oder jene Fabrique zu zwingen. Flemming ließ den Magistrat von Buckow und die Dorfgerichte, also völlig von ihm abhängige Institutionen, schriftlich bezeugen, daß seine Untertanen freiwillig zugestimmt hätten“ (S. 203). Ich bin der Meinung, daß man diese Spinner unmöglich als freie Industriearbeiter charakterisieren kann. Oder nehmen wir Krügers Mitteilung über zentralisierte Manufaktur für Tuche in Breslau: „Völlig zentralisiert war die ‚feine Tuchfabrik‘ in Breslau. Seit 1763 wurden in den Räumen des Zuchthauses sämtliche Teilarbeiten durchgeführt. Als Spinner beschäftigte man Häftlinge. 1766 waren 13 Webstühle im Betrieb. Einschließlich der Spinner wurden im Jahre 1766 135 Personen beschäftigt. Natürlich darf hier nicht von einem rein kapitalistischen Unternehmen gesprochen werden. Die Häftlinge sind keine freien Lohnarbeiter“ (S. 209). Es ist wahrlich eine Untertreibung, wenn Krüger meint, daß man hier nicht von einem „rein kapitalistischen Unternehmen“ sprechen könne. Eine solche Manufaktur ist weder „rein“ noch „unrein“ kapitalistisch; es hat sie in allen Gesellschaftsformationen, die ausbeuten, gegeben, sogar in den nordafrikanischen „Piratenstaaten“ des 16. Jahrhunderts, und sie haben mit Kapitalismus nichts zu tun.

Ein besonderer Verdienst Krügers ist die gründliche Durcharbeitung der bürgerlichen Literatur und die Auseinandersetzung mit ihr. Wann immer wir so, nach dem Beispiel von Marx und Engels und Lenin, vorgehen, ist es uns möglich, nicht nur die historische Einschätzung oder die Auswertung des Quellenmaterials durch bürgerliche Wissenschaftler richtig zu stellen, sondern auch die objektiven, klassenmäßigen Schranken der bürgerlichen Wissenschaft und die subjektiven, zumeist den Bedürfnissen der Apologetik entspringenden, Vor- und Fehlurteile, ja bewußten Verfälschungen von Tatbeständen und Beziehungen auf seiten der bürgerlichen Wissenschaftler aufzudecken.

Beide Bände verfügen über ein gründliches Literaturverzeichnis und ausführliche Register; die Register in Krügers Buch lassen die notwendige Sorgfalt vermissen.

Forberger setzt gegenwärtig seine Arbeit für Sachsen fort und untersucht den Übergang von der Manufaktur zur Fabrik. Krügers Arbeit sollte ebenfalls in dieser Richtung ergänzt werden.

Man spricht häufig heute davon, daß unsere Arbeiten auf diesem oder jenem Gebiet mehr oder weniger noch nicht das Weltniveau erreicht haben. Diese beiden Arbeiten haben zweifellos wirklich wissenschaftliches Format von hohem Niveau. Das soll man Forberger und Krüger mit all der Freude, die ein Wissenschaftler darüber empfindet, bezeugen.

*Jürgen Kuczynski*

GILBERT BURCK

## DER SINGER-KONZERN

*„FORTUNE“ Januar/Februar 1959*

In den beiden Nummern vom Januar und Februar 1959 erschien in der amerikanischen Zeitschrift „FORTUNE“ ein ausführlicher Artikel von Gilbert Burck über den amerikanischen Singer-Konzern. Er gibt – halb Firmengeschichte, halb Geschäftsbericht – in groben Zügen eine Darstellung der Entwicklung des Konzerns von den ersten Anfängen bis in die Gegenwart. Der Singer-Konzern stellt Nähmaschinen her, gehört also zu den vielen großen Konzernen und Trusts der amerikanischen Konsumgüterindustrie.

Eine Konsumgüterindustrie stellt das Ende einer langen Kette von Produktionsvorgängen dar. Ihre Produkte werden zum größten Teil nicht weiterverarbeitet, sondern gelangen direkt zum Verbraucher, wobei der Profit letztlich realisiert wird. Hier zeigt sich daher, ob die gesamte vorhergegangene Produktion gesellschaftlich notwendig war oder nicht, ob die Nachfrage stark genug ist, die Zufuhr zum Markt zu absorbieren, ob die Kaufkraft der Bevölkerung ausreicht, die hergestellten Produkte zu kaufen.

Da die Verbindung dieser Produktionssphäre mit den Verbrauchern viel unmittelbarer ist als bei den Konzernen der Grundstoff- und Schwerindustrie – abgesehen von Haushaltskohle u. ä., die jedoch kaum ins Gewicht fallen –, kann man die Beziehungen zwischen Monopolkapital und werktätigen Massen in Hinsicht auf den Absatz hier besonders gut untersuchen. Die Winkelzüge, die die Monopolisten unternehmen, um trotz ständig sinkender Kaufkraft ihren Profit zu realisieren, welche Methoden und Kniffe sie dabei anwenden, all das läßt sich an den Zweigen der Konsumgüterindustrie nachweisen. Eben deshalb ist es so wichtig für Politökonomien und Wirtschaftshistoriker, diese Industriezweige zu erforschen.

Bei der Nähmaschine, wie auch bei einigen anderen Haushaltsmaschinen, kommt noch ein anderer wichtiger Faktor hinzu. Burck schreibt, daß ein Luis Antoine Godey die Nähmaschine als „nächst dem Pflug das segensreichste Instrument der Menschheit“ bezeichnet. Godey folgend, singt Burck nun ein Loblied auf die Singer-Gesellschaft, die diese Maschine hergestellt und in der ganzen Welt verbreitet hat.

Solche Loblieder in Form von kapitalistischen Firmengeschichten sind für die Entwicklung des Bewußtseins der Arbeiter so gefährlich, weil vieles in ihnen „an sich“ richtig scheint, so daß der apologetische Kern überdeckt wird und ein großer Teil der Leser ihn schluckt, ohne es gemerkt zu haben.

So heißt es z. B. bei Burck eingangs: „Keine internationale Gesellschaft kann eine so lange, nutzbringende und glänzende Geschichte aufweisen, wie die Singer Manufacturing Co., die nunmehr seit 108 Jahren die meisten Nähmaschinen hergestellt und verkauft hat . . . Zehntausende von Singers Verkäufern“ steigerten „in allen Ecken der Welt den Lebensstandard, indem sie die Massenproduktion von Kleidung einführten, die Frauen von der Plackerei befreiten und dem realen Reichtum und Einkommen Millionen hinzufügten, die niemals von irgendeiner Nationalstatistik erfaßt wurden“.

Wie steht es faktisch damit?

Marx lehrt, daß die Verwohlfelerung der Arbeitskraft durch bloße stärkere Anspannung der einzelnen Menschen zuletzt auf gewisse unüberschreitbare Naturschranken stößt und daß an diesem Punkt die Stunde schlägt für die Einführung der Maschinerie und den Übergang zur Fabrikarbeit.<sup>1)</sup> Und als „kolossalstes Beispiel“ dieser Bewegung zur Maschine gibt er die Einführung der Nähmaschine in die Produktion von „Wearing Apparel“.<sup>2)</sup> Die Nähmaschine nennt Marx hier die „entscheidend revolutionäre Maschine“ für die Putzmacherei, Schneiderei, Schusterei, Näherei, Hutmacherei usw. Je mehr sie sich durchsetzt und je stärker sie sich technisch entwickelt, um so überflüssiger wird das Handnähen. Die Arbeit von Stunden wird auf Minuten zusammengedrängt. In der gleichen Arbeitszeit wird von weniger Menschen mehr geschafft. „An sich“ heißt das, daß die Arbeiter Zeit für sich gewinnen, daß mehr Kleidung vorhanden ist, daß das Leben schöner wird, so wie „FORTUNE“ und Mr. Burck es uns glauben machen möchten.

Es gibt aber keine Erfindungen „an sich“. Im Kapitalismus dienen nun einmal Erfindungen nicht dazu, das Leben der Arbeiter zu erleichtern und zu verschönen, sondern sie sollen den Profit erhöhen. Auf den größten Teil der Arbeiterklasse, die diese Maschinen nicht für den eigenen Gebrauch besaßen, sondern die damit in Hausarbeit und Fabriken arbeiten mußten, wirkte daher die Nähmaschine wie die Einführung jeder anderen Maschine im Kapitalismus: Eine große Zahl von Arbeitern wird freigesetzt; durch die höhere Arbeitsproduktivität verschönt sich nicht ihr Leben, sondern ihre Lage verschlechtert sich, weil sie ihre Arbeit verlieren; Kinder, alte Frauen und auch Männer werden von jungen Mädchen und Frauen abgelöst; die Handwerker, die die Handarbeit der Nähmaschine entgegensetzen, werden ruiniert. Marx schreibt: „Das greuliche Wachstum des Hungertods (death from starvation) in London während des letzten Dezenniums läuft parallel mit der Ausdehnung der Maschinennäherei.“<sup>3)</sup>

Natürlich hatte die Arbeiterklasse im Laufe der Zeit auch einigen Nutzen von der Nähmaschine – jedoch wiederum nicht „an sich“. Als die Nähmaschine

<sup>1)</sup> Marx, Karl, Das Kapital, Berlin 1957, Bd. I, S. 494.

<sup>2)</sup> Von Marx übersetzt als „zum Anzug gehörige Artikel“. (Marx, Karl, a. a. O., Bd. I., S. 495).

<sup>3)</sup> Marx, Karl, a. a. O., S. 496f.

in Serienproduktion relativ billig – gegenüber der völlig mit der Hand hergestellten – verkauft werden konnte und als der Kampf der Arbeiterklasse für Lebensbedingungen gesorgt hatte, die es möglich machten, Geld auszugeben für Waren, die nicht nur dazu dienen, die nackte Existenz zu erhalten, als sich im Klassenkampf das moralisch-gesellschaftliche Element der Lebenshaltung erhöhte, da kann man auch davon sprechen, daß die Nähmaschine auf den Lebensstandard der Arbeiter auch günstig einwirkt. Burcks „Erhöhung des Lebensstandards“ wird also zu einer Sache des Klassenkampfes, und selbst so: wieviel Not und Entbehrungen waren nötig, bevor eine Arbeiterfamilie in der Lage war, eine Nähmaschine anzuschaffen! In 99 von 100 Fällen wurde die Maschine gekauft, um der Frau die Möglichkeit zu geben, etwas zum Unterhalt der Familie beizutragen oder als Heimarbeiterin die Familie überhaupt zu ernähren, indem sie für andere nähte oder Wäsche flickte. All diese Dinge verschweigen natürlich „FORTUNE“ und Mr. Burck.

Wie anders sah die Sache vom Standpunkt der Herrn Singer und der Singergesellschaft aus. Betrachten wir für die Jahre 1887–1929 das Wachstum des Kapitals und die jährlich ausgeschüttete Dividende (siehe S. 346).<sup>4)</sup>

Der Profit wird auf dem Markt realisiert – im Falle von Konsumgüterartikeln nicht zum wenigsten dank der Gerissenheit der Verkäufer und der Reklame, die sie zu machen verstehen. Daher schreibt, dem „kleinen Mann“ des Konzerns freundlich auf die Schulter klopfend, Mr. Burck auch den Verkäufern des Konzerns den größten Anteil an der „Steigerung des Lebensstandards“ durch die Nähmaschine zu. In dem ganzen, sich durch zwei Nummern von „FORTUNE“ hindurchziehenden Artikel wird man jedoch nicht ein einziges Wort über die Arbeiter finden, die den Singer-Reichtum geschaffen haben. Wie anders sehen doch unsere Betriebschroniken aus. Sie gehen von Darstellungen der Arbeit und des Kampfes der Arbeiter aus, die die Arbeit bei der Produktion leisten. Mr. Burck aber sieht nur den Profit. Was kümmert ihn die Lage der Arbeiter in den Fabriken! Er schreibt weder über die, die die Maschinen herstellen, noch über diejenigen, die mit ihnen arbeiten müssen.

Hinter den von Burck so gerühmten Verkäufern steht natürlich die Singerleitung, insbesondere das „Genie“ der Herren Singer selbst: „Singer machte die Nähmaschine zu dem bestbekanntesten und weitestverbreiteten Fabrikationserzeugnis. Denn Singer war der erste große Vertreter der Verkaufskunst nach amerikanischem Stil. Indem er nach dem Grundsatz arbeitete, daß die Nähmaschine etwas darstellt, was jeder benötigt und wünscht, zu dessen Kauf aber jeder überzeugt werden muß, wurde er zum Pionier sowohl in der Überredung als auch im Teilzahlungsverkauf.“

Die einfachen Menschen begriffen also offenbar nicht, welche großartige Erfindung die Nähmaschine darstellt, und die Singergesellschaft mußte große Überredungskunst aufwenden, um ihnen das begreiflich zu machen. Und um sie den Segen dieser Erfindung schnell spüren zu lassen, wurde das Teil-

<sup>4)</sup> DZA Merseburg, Rep. 120 C VIII 1, Nr. 102, Ahd. 1, Bd. 3, Bl. 184.

Jahr	%	Kapital in Dollar	Gezahlte Dividende in Dollar
1887	20	10 000 000	2 000 000
1888	15	10 000 000	1 500 000
1889	20	10 000 000	2 000 000
1890	12 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	10 000 000	1 250 000
1891	20	10 000 000	2 000 000
1892	15	1 000 000	1 500 000
1893	17 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	10 000 000	1 750 000
1894	10	10 000 000	1 000 000
1895	20	10 000 000	2 000 000
1896	30	10 000 000	3 000 000
1897	30	10 000 000	3 000 000
1898	30	10 000 000	3 000 000
1899	100	10 000 000	10 000 000
1900	20	10 000 000	2 000 000
1901	7	30 000 000	2 100 000
1902	9 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	30 000 000	2 850 000
1903	12	30 000 000	3 600 000
1904	31	30 000 000	9 300 000
1905	13	30 000 000	3 900 000
1906	8	30 000 000	2 400 000
1907	11	30 000 000	3 300 000
1908	15	30 000 000	4 500 000
1909	30	30 000 000	9 000 000
1910	19	60 000 000	11 400 000
1911	12	60 000 000	7 200 000
1912	13	60 000 000	7 800 000
1913	16	60 000 000	9 600 000
1914	12	60 000 000	7 200 000
1915	8	60 000 000	4 800 000
1916	9	60 000 000	5 400 000
1917	23	60 000 000	13 800 000
1918	10	60 000 000	6 000 000
1919	10	60 000 000	6 000 000
1920	8	60 000 000	4 812 000
1921	5 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	90 000 000	5 130 000
1922	5 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	90 000 000	4 950 000
1923	7	90 000 000	6 300 000
1924	9	90 000 000	8 100 000
1925	20	90 000 000	18 000 000
1926	48	90 000 000	43 000 000
1927	28	90 000 000	25 200 000
1928	28	90 000 000	25 200 000

aufgestockte Dividende

1900	200	20 000 000
1910	100	30 000 000
1925	50	30 000 000

zahlungssystem erfunden. Auf solche Weise erscheint bei Burck, bei dem schon der Klassenkampf keine Rolle spielen durfte, der erbitterte Konkurrenzkampf um den inländischen und ausländischen Markt edel verkleidet und der Singer-Konzern als Wohlfahrtsinstitut für die Werkstätigen in aller Welt, die ohne das Singersche Abzahlungssystem nicht in der Lage waren, sich eine Nähmaschine zu kaufen.

Ohne die Einführung des Ratenzahlungssystems wäre Singer nie in der Lage gewesen, eine so große Anzahl von Nähmaschinen zu verkaufen und so schnell zur mächtigen Monopolorganisation der Nähmaschinenindustrie zu werden. Dieses System ermöglichte einen Vorgriff auf künftige Kaufkraft der Bevölkerung. Singer wußte relativ genau, wenn die erste Rate bezahlt war, daß dann der Konzern einen Teil des künftigen Lohnes der Käufer erhielt. Wie die Arbeiter diesen Teil sparten, kümmerte die Gesellschaft nicht. Sie schaltete sich erst dann ein, wenn die Käufer ihre Raten nicht bezahlen konnten. Für sie entstand dabei kein finanzieller Verlust. Die bezahlten Raten behielt sie ein und die Maschine bekam sie ebenfalls zurück. Die Arbeiterfamilie, die trotz größter Entbehrungen die Raten nicht mehr bezahlen konnte, verlor beides, die Maschine und die bezahlten Raten. Was kümmerte das den Konzern, und was kümmert das Mr. Burck, wenn er von der Erhöhung des Lebensstandards durch die Nähmaschinen und durch den Singerkonzern schreibt?

Apologetik und Demagogie ziehen sich durch den gesamten Artikel. Besonders stark kommt das auch zum Ausdruck, wenn Burck über die Gründer des Konzerns spricht. Greifen wir nur ein Beispiel, Isaak Merrit Singer, heraus. Burck beschreibt zunächst Singers Kindheit und Jugend, erzählt unter anderem, wie Singer vierzig Jahre seines Lebens als Hafenarbeiter und Schmierenskomödiant verbrachte und dann eine brauchbare Nähmaschine entwickelte, deren Herstellung ihn zum reichen Mann machte. Das alte Märchen also, daß im Kapitalismus und besonders in den USA, dem Land der unbegrenzten Möglichkeiten, jeder, sogar auch noch im späteren Alter, Millionär werden kann. Um diese Geschichte noch glaubhafter zu machen, werden diejenigen von Singers Charaktereigenschaften, die keineswegs zu einem Klosterfräulein gepaßt hätten, stark betont. Die praktische Schlußfolgerung: Wenn selbst solch ein Mann, der jeden Tag in einen neuen Skandal verwickelt ist, sein Glück machen kann, um wieviel mehr muß es dann einem rechtschaffenen und ordentlichen Menschen gelingen, wenn er nur Talent und Glück hat. Daß Singer die Nähmaschine des amerikanischen Erfinders Howe einfach nachgebaut hat, jenem also seine Erfindung gestohlen hat, davon weiß Mr. Burck natürlich nichts. Auch bei der Darstellung der übrigen Spitzen der Singergesellschaft zeigt sich klar die Linie, daß jede Weiterentwicklung des Betriebes vom Wirken einzelner Menschen bestimmt wird. Man will glauben machen, daß einzelne Personen den Verlauf der Geschichte bestimmen. Mr. Burck versucht, dem Leser weiszumachen, daß es völlig unwichtig sei, in welcher Gesellschaftsordnung sie leben, daß es nur auf den einzelnen ankomme, ob er sein Leben als Arbeiter oder als Generaldirektor verbringt.

Gehen wir noch kurz auf Burcks Darstellung der Schwierigkeiten ein, die nach dem zweiten Weltkrieg die glänzende und „nutzbringende“ Geschichte des Konzerns „so stark beeinträchtigen“.

Burck schreibt: „Singers erste 100 Jahre werden sich vermutlich als die leichtesten erweisen.“ Und hierin muß man ihm unbedingt recht geben. Die ersten hundert Jahre des Kapitalismus nach seinem Sieg über den Feudalismus sind wirklich seine leichtesten. Das ist nicht nur beim Singerkonzern so, sondern das gilt für das gesamte kapitalistische System. In dieser Zeit stieg der mengenmäßige Umsatz des Singer-Konzerns wie folgt:

1875	250 000
1880	539 000
1889	1 000 000
1903	1 350 000
1913	2 500 000

Nach dem ersten Weltkrieg büßte Singer durch das Herausbrechen der Sowjetunion aus dem kapitalistischen Weltsystem ein Viertel seines Umsatzes ein. Nach dem zweiten Weltkrieg verschärfte sich die allgemeine Krise. Burck gibt zu, daß die Singer-Gesellschaft im letzten Jahrzehnt auf die meisten Schwierigkeiten gestoßen sei. Als Hauptgründe dafür nennt er das Festfrieren des Singerschen Vermögens und die billigen japanischen Importe. Der Singer-Konzern hat nämlich, wie manche anderen imperialistischen Monopole, überinvestiert. Dadurch kam das Verhältnis von Investition und Gewinn ins Rutschen, und entsprechend werden auf dem Kapitalmarkt die Singerwerte relativ niedrig notiert.<sup>5)</sup> Burck schreibt dieses relative Anwachsen der Investitionen gegenüber den flüssigen Mitteln des Konzerns in erster Linie der Tatsache zu, daß die noch einzufordernden Ratenzahlungsbeträge so enorm gestiegen sind. Hier fängt das Problem auch wirklich an. Aber da wir es nicht mit einer marxistischen, sondern mit einer kapitalistischen Firmengeschichte zu tun haben, hört Burck hier auch mit seinen Betrachtungen auf und geht zu anderen Fragen über.

Ebenso steht es mit der japanischen Konkurrenz, die als so beunruhigend dargestellt wird. Auch hier wird nur die Tatsache dargestellt und nicht gezeigt, daß es sich dabei um ein internationales Problem des Monopolkapitalismus handelt.

Singer hat vor allem auch große Schwierigkeiten, seine Maschinen in den USA abzusetzen. Suchen wir die wirklichen Gründe dafür, so stoßen wir auf das Problem der Beschränktheit des Marktes unter den Bedingungen steigenden Angebots von Haushaltsartikeln immer neuer Art.

<sup>5)</sup> Allerdings gibt Burck selbst zu, daß man diese Angaben kapitalistischer Statistiken nicht allzu tragisch zu nehmen hat. Diese Werte sind so willkürlich fixiert, daß 1954 ein Wallstreet-Finanzier bemerkte, „ich würde 100 \$ pro Aktie für Singers Vermögen zahlen, wenn ich ihn kontrollieren könnte. Aber ich würde keine 30 \$ pro Aktie für sein Stammkapital zahlen.“

Ein weiterer Grund für Singers Absatzschwierigkeiten liegt nach Burck darin, daß sich eine Reihe von Ländern gegen Importe wehrt bzw. nicht importieren kann. Burck stellt das folgendermaßen dar: „Das Geschäft wird gestört durch die beklagenswerte Neigung neuer und wirtschaftlich ehrgeiziger Länder, die auftreten, als wenn die internationale Teilung der Arbeit die internationale Zerstückelung der Industrie bedeute, und die so den Nähmaschinenimport niederhalten und Singer zwingen, in anderen Ländern Fabriken zu bauen.“

Diesem Zwang beugt sich aber Singer gar nicht so ungern. Singer baut jetzt Fabriken im Ausland, wo niedrigere Löhne gezahlt werden, und vermindert so die Herstellungskosten, während die Profitrate steigt. Die Direktoren und Mr. Burck halten das für eine erzwungene aber doch geniale Lösung des Problems. Wenn durch die Verlegung der Produktion ins Ausland weniger Arbeiter im Inland Beschäftigung finden und die Zahl der Arbeitslosen in den USA wächst, so stört das den Singer-Konzern natürlich nicht.

Es wäre nach all dem Gesagten jedoch falsch zu glauben, daß kapitalistische Firmengeschichten für den marxistischen Wirtschaftshistoriker ohne jeden Nutzen seien. Vor allem in Beschreibungen der Frühzeit des Kapitalismus finden wir oft Dokumente und Darstellungen, von fleißigen Archivaren zusammengetragen, die es wert sind, untersucht zu werden. Natürlich muß man bedenken, daß auch diese Beschreibungen, wenn sie heute veröffentlicht werden, durch das Netz der kapitalistischen Zensur gegangen sind, und sie daher sehr kritisch behandeln. Noch notwendiger ist das bei den Darstellungen der heutigen Zeit. Das zeigt der vorliegende Artikel sehr deutlich. Trotzdem gibt auch diese Arbeit Zahlen und Materialien, die – ihrer apologetischen Hülle entkleidet – wichtige Hinweise liefern, wichtig schon deshalb, weil man mit den Originalakten heute noch nicht arbeiten kann.

Aber noch aus einem anderen Grund ist es unbedingt notwendig, daß wir uns mit solchen Firmengeschichten beschäftigen. Sie sind ein Teil der ideologischen Beeinflussung der Bevölkerung durch das Monopolkapital. Es muß daher die Aufgabe der Wirtschaftshistoriker sein, den Werktätigen zu helfen, die richtigen Zusammenhänge zu erkennen, um so zur Bewußtseinsbildung der Werktätigen bei uns und in den kapitalistischen Ländern beizutragen.

VII.

BIBLIOGRAPHIE

# BIBLIOGRAPHIE SELBSTÄNDIGER SCHRIFTEN ZUR GESCHICHTE DER FABRIKEN UND WERKE, DIE NACH 1945 IM GEBIET DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK ERSCHIENEN SIND

VON HANS RADANDT

Das vorliegende Verzeichnis erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Es ist ein erster Versuch, die Titel der Druckschriften, welche unter den oben näher bezeichneten Kreis fallen, zusammengefaßt zur Kenntnis der sich dafür interessierenden Kollegen aus Wissenschaft und Praxis zu bringen. Aufgenommen wurden alle uns bis 1959 zur Kenntnis gelangten Titel von Druckschriften, gleichgültig, ob es sich um Schriften handelt, die nur wenige Seiten umfassen, oder um Bücher von mehreren hundert Seiten, ungeachtet dessen, ob es Repräsentationsschriften, Agitations- und Propaganda-Broschüren oder wissenschaftliche Studien sind.

Die Zusammenstellung basiert auf einer Sammlung von Schriften zur Geschichte der Fabriken und Werke, welche die Abteilung Wirtschaftsgeschichte des Instituts für Geschichte angelegt hat und berücksichtigt auch die Schriften, welche in den Katalogen der Deutschen Bücherei in Leipzig verzeichnet sind.

Neben diesen Schriften gibt es eine Reihe von anderen Veröffentlichungen zur Geschichte der Fabriken und Werke in Zeitungen und Zeitschriften. Kürzere und längere Artikel, zum Teil auch in vielen Fortsetzungen sind besonders in Betriebszeitungen erschienen. Ferner sind in den letzten Jahren viele Staatsexamensarbeiten zur Geschichte der Fabriken und Werke geschrieben worden, die nicht veröffentlicht worden sind. Schließlich sind in der erwähnten Sammlung der Abteilung Wirtschaftsgeschichte rund 90 unveröffentlichte Manuskripte enthalten, welche von volkseigenen Betrieben zu ihrer Geschichte zusammengestellt wurden. All diese in der vorliegenden Zusammenstellung nicht berücksichtigten Schriften mit ihren Titeln ebenfalls zur Kenntnis zu bringen sowie eine Vervollständigung der vorliegenden Bibliographie selbständiger Schriften soll Aufgabe eines weiteren Beitrages sein, der in der übernächsten Ausgabe des Jahrbuches erscheinen wird.

A. EINZELNE FABRIKEN, WERKE UND EHEMALIGE  
KONZERNE BETREFFENDE DARSTELLUNGEN

*Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft*

Eberhard Koebel-Tusk, AEG – Energie – Profit – Verbrechen, bearbeitet von  
Dr. Peter Heß, Berlin 1958

*Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft*

Hans Radandt, AEG – ein typischer Konzern, Berlin 1958

*VEB Automobilwerk Eisenach*

VEB Automobilwerk Eisenach, Zehn Jahre VEB, Eisenach 1956

*VEB Baumwollspinnerei Zschopautal*

Günter Loose, Dipl.-Wirtschaftler, Betriebs-Chronik VEB Baumwollspinnerei  
Zschopautal, Zschopau Erzgebirge 1956

*VEB Bergmann-Borsig*

Ein Betrieb erzählt, Herausgeber: Ausschuß der Nationalen Front des demo-  
kratischen Deutschland der Hauptstadt Berlin, Berlin 1958

*VEB Berliner Glühlampenwerk*

Unsere „Glühlampe“, ein Blick in das Leben des volkseigenen Berliner Glüh-  
lampen-Werkes. Herausgegeben von der Werksdirektion auf Empfehlung der  
SED-Betriebsparteiorganisation des VEB Berliner Glühlampen-Werk, Berlin  
1957

*Bewag, Berliner Städtische Elektrizitätswerke AG*

Martin Schmidt, Die Bewag-Transaktion im Jahre 1931. Eine Studie zur Ge-  
schichte des deutschen Finanzkapitals. Mit einem Nachtrag von Friedrich  
Crantz: 25 Jahre später, Berlin 1957

*Braunkohlengrube Vereinigter Carl-Ernst*

Hans Runde, Chronik der Braunkohlengrube Vereinigter Carl-Ernst 1849–1949.  
Eine kurzgefaßte Entwicklungsgeschichte zusammengestellt mit Hilfe vor-  
handener Zechenbücher, Halle Mitteldeutsche Verlags-Gesellschaft 1949

*VEB Braunkohlenwerk „Erich Weinert“*

Entwicklung des Bergbaues und der Arbeiterbewegung im Grubenrevier  
Deuben, Herausgeber: Betriebsparteioorganisation VEB Braunkohlenwerk  
„Erich Weinert“ Deuben, Deuben 1956

*VEB Braunkohlenwerk Nachterstedt*

Gerhard Pollin, Von Kumpels und Kohle, Herausgeber: VEB Braunkohlenwerk  
Nachterstedt 1958

*Briefumschlag und Papierausstattungsfabrik August Müller*

Kleine Jubiläumspost zum 75jährigen Bestehen der Briefumschlag- und Papier-  
ausstattungsfabrik August Müller, Leipzig 1875–1950. Herausgeber: August  
Müller, Leipzig 1950

*VEB Buchbindereimaschinenwerk Leipzig*

Ein Jahrhundert Buchbindereimaschinenbau 1855–1955, Herausgeber: VEB Buchbindereimaschinenwerk Leipzig, Leipzig 1955

*Buchdruckerei Arthur Goehring Nachf. Franz Wirth*

(Robert Hänsel), Zur Erinnerung an das 90jährige Geschäftsjubiläum am 3. Oktober 1947 Lobenstein-Thüringen, Wirth 1948

*VEB Chemische Fabrik Miltitz*

VEB Chemische Fabrik Miltitz, Miltitz 1956

*Friedrich Dalleske KG*

50 Jahre im Dienste der Mode und Bekleidung 1899–1949, Leipzig 1949

*VEB Dampfkesselbau Hohenthurm*

10 Jahre Deutsche Demokratische Republik – 10 Jahre sozialistischer Aufbau, Herausgeber: Betriebszeitung der Betriebsparteiorganisation des VEB Dampfkesselbau Hohenthurm, 1959

*VEB Dieselmotorenwerk Rostock*

10 Jahre VEB Dieselmotorenwerk Rostock, Rostock 1957

*VEB Druckmaschinenwerk VICTORIA*

Goldene Hände, Herausgeber: Kammer für Außenhandel der Deutschen Demokratischen Republik, Text: Ursula Beurton, Berlin 1954

*Elektrizitätswerk Riesa*

50 Jahre Elektrizitätswerk Riesa, Herausgeber: Energiebezirk Ost VVB (Z) Betriebsdirektion Radebeul 1948

*Elektrizitätswerke Großröhrsdorf*

(1899–1949) Fünfzig Jahre Licht und Kraft durch Großröhrsdorfer Elektrizitätswerk, Herausgeber: Energiebezirk Ost/VEB (Z) Betrieb Großröhrsdorf 1949

*VEB Elektro-Apparate-Werke „J. W. Stalin“*

Rudolf Hoppe und Hans Assmann, Wie geschah es? Berlin Tribüne 1957

*VEB Elektro-Apparate-Werke „J. W. Stalin“*

Die AEG ein Kriegsverbrecherkonzern, Sonderausgabe des Kontakt, Betriebszeitung des VEB Elektro-Apparate-Werke J. W. Stalin zum 1. Mai 1958, Original-Dokumente und Materialien zur Praxis der AEG, Berlin 1958

*VEB Elektromaschinenbau Sachsenwerk*

(Dr. Johannes Thamen), Unser Werk von uns geleitet, Herausgeber: VEB Elektromaschinenbau Sachsenwerk 1958

*VEB Elektroschaltgeräte Grimma*

60 Jahre Schaltgeräte 1897–1957, zum 60jährigen Bestehen unseres Werkes, Grimma 1957

*VEB Falz- und Heftmaschinenwerk*

(Wilhelm Euele), 75 Jahre Falz- und Heftmaschinen, Herausgeber: VEB Falz- und Heftmaschinenwerk, Leipzig 1954

*VEB Feinoptisches Werk Görlitz*

Sechzig Jahre Meyer-Optik, Festschrift des VEB Feinoptisches Werk Görlitz, Text: Werner Wurst, Görlitz 1956

*VEB (B) Fleischkombinat Ludwigslust*

10 Jahre Deutsche Demokratische Republik und die Entwicklung der Fleischwarenfabrik zum VEB (B) Fleischkombinat Ludwigslust, 1959

*August Fromm*

Hundert Jahre August Fromm 1858/1958, Herausgeber: A. Fromm, Leipzig 1958

*VEB Gährungschemie*

10 Jahre volkseigener Betrieb, Festschrift der Betriebszeitung des VEB Gährungschemie Dessau, Dessau 1958

*Gasversorgung Ostsachsen AG*

25 Jahre Gasversorgung Ostsachsen AG 1922–1947, Daten und Taten, Heidenau Sa. 1947

*Gaswerk Gera*

25 Jahre Gaswerk Gera-Tinz, Festschrift. Herausgegeben vom Städtischen Gaswerk Gera im August 1948

*VEB Gelatinewerk Calbe*

50 Jahre Kalbe-Erzeugnisse – 50 Jahre Qualitätserzeugnisse, Calbe (Saale) am 2. Mai 1955

*VEB Görlitzer Maschinenbau*

Betriebs-Chronik volkseigener Betrieb Görlitzer Maschinenbau, Görlitz 1957

*VEB Großdrehmaschinenbau „7. Oktober“*

(Heinz Knobloch), Ein Vater erzählt – und ein Sohn stellt Fragen, Herausgeber: Zentrale Wahlkommission beim Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, Berlin 1958

*VEB Groß-Berliner Vieh- und Schlachthöfe*

75 Jahre Vieh- und Schlachthöfe Berlin 1881–1956, Herausgeber: Betriebsleitung des VEB Groß-Berliner Vieh- und Schlachthöfe, Berlin 1956

*VEB Gummiwerk „John Schehr“*

Gummiwerk – gestern und heute, zusammengestellt von Heinz Döschner und Horst Howald, Schönebeck 1959

*Hoh & Hahne, Leipzig*

Reproduktionsapparate Maschinen und Geräte, Jubiläums-Katalog. Herausgegeben zum fünfzigjährigen Firmenbestehen am 21. Oktober 1949

*Wilhelm Horn, Leipzig, Branntwein und Likörfabrik*

(Dr. Alfred Lehmann), 25 Jahre Wilhelm Horn, Leipzig, Prellerstr. 54 (früher Wilhelmstr.) Branntwein und Likörfabrik, Weinbrennerei. Weingroß- und Wermutkellerei, Mineralwasserfabrik, Herausgeber: W. Horn, Leipzig 1948

*VEB Hydrierwerk Zeitz*

Unser Werk, Zeitz 1955

*IG Farbenindustrie AG*

Richard Sasuly, IG Farben, Berlin 1952

*IG Farbenindustrie AG*

Willi Kling, Kleine Geschichte der IG Farben der Großfabrikanten des Todes, Berlin 1957

*VEB Jenaer Glaswerk Schott & Genossen*

Herbert Kühnert, Briefe und Dokumente zur Geschichte des VEB Jenaer Glaswerk Schott & Genossen, I. Teil Jena 1953, II. Teil Jena 1957, (Bd. III und VI der Veröffentlichungen der Thüringischen Historischen Kommission)

*VEB Jenapharm*

Fünf Jahre VEB Jenapharm, fünf Jahre Friedensarbeit für die Volksgesundheit. Ein Rückblick auf Ergebnisse und ein Ausblick. Herausgegeben von der Betriebsparteiorganisation der SED des VEB Jenapharm, Jena 1954

*VEB Kalibergwerk Volkenroda*

50 Jahre Kalibergwerk Volkenroda 1906–1956, Chronik des VEB Kalibergwerk Volkenroda, Volkenroda 1956

*VEB Kaliwerk „Deutschland“*

Festschrift 50 Jahre Kali-Bergbau im VEB Kaliwerk „Deutschland“, Teutschenthal 1907–1957, Teutschenthal 1957

*Kaliwerk Kaiseroda*

1925–1950 25 Jahre Kaliwerk Kaiseroda, Festschrift zum fünfundzwanzigjährigen Bestehen des Kombinats Kaiseroda mit seinen Schächten Kaiseroda II und III und seinen Fabriken in Merkers, Herausgeber: Staatliche Aktiengesellschaft für Kali-Düngemittel „Kali“, Zweigniederlassung Erfurt, Kombinat Kaiseroda in Merkers/Rhön, Merkers 1950

*VEB Kaliwerk Staßfurt*

Hundert Jahre Staßfurter Salzbergbau 1852–1952, Herausgeber: Kaliwerk Staßfurt (VEB), Staßfurt 1952

*VEB Kaliwerke Roßleben*

Festschrift zur 50-Jahr-Feier des Kaliwerkes Roßleben (VEB). Am Tage des deutschen Bergmannes, Roßleben 1953

*VEB Kaltwalzwerk Salzung*

Festschrift zur 50-Jahr-Feier des Kaliwerkes Roßleben (VEB). Am Tage des deutschen Bergmannes, Roßleben 1953

*VEB Kaltwalzwerk Salzung*

10 Jahre volkseigener Betrieb – 10 Jahre Aufbau aus eigener Kraft, Herausgeber: VEB Kaltwalzwerk Salzung, Bad Salzung/Thür. 1956

*Kemat-Werk, vorm. W. Hromadka & Jäger Nachf.*

Hundert Jahre Waffelfabrik 1848–1948, Herausgeber: Kemat-Werk, vorm. W. Hromadka & Jäger Nachf., Dresden 1948

*Koenig & Bauer, Druckmaschinenfabrik*

Friedrich Koenig in Leipzig (Hrsg. als Erinnerung an Friedrich Koenig und als Rückblick auf 5 Jahre Aufbau von Dezember 1943 bis Dezember 1948), Herausgeber: Koenig & Bauer, Leipzig 1948

*VEB Kombinat „Otto Grotewohl“*

5 Jahre Aufbau VEB Kombinat „Otto Grotewohl“, Böhlen, Herausgeber: VEB Kombinat „Otto Grotewohl“, Böhlen 1954

*VEB Kraftfahrzeugwerk „Ernst Grube“*

Wir schreiben unsere Geschichte. Fahrzeugproduktion in 6 Jahrzehnten (Gesamtleitung: Walter Schmidt), Herausgeber: VEB Kraftfahrzeug „Ernst Grube“, Werdau 1958

*Adolf G. Langer*

50 Jahre Adolf G. Langer, Dresden 1950

*VEB Leipziger Eisen- und Stahlwerke*

40 Jahre Novemberrevolution und Gründung der KPD 1918–1958, Zusammengefaßte Materialien zur Chronik über die Entwicklung des Betriebes und die revolutionären Traditionen des VEB Leipziger Eisen- und Stahlwerke. Herausgegeben von der Leitung der Betriebsparteiorganisation der SED, Bildungsstätte Leipzig 1958

*VEB Leuna-Werke „Walter Ulbricht“*

Leuna-Werke – Gigant der Republik, Herausgeber: Kreisleitung der SED, Verantwortl. Redakteur Paul Schirdewan, Leuna 1954

*VEB Lokomotivbau „Karl Marx“*

Fahrt frei! Zu neuen Erfolgen bei Aufbau des Sozialismus, Herausgeber: VEB Lokomotivbau „Karl Marx“, Babelsberg 1957. Anlässlich des 40. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution – aus: Die Friedenslok

*Mansfeld AG für Bergbau und Hüttenbetrieb*

Dr. Wolfgang Jonas, Das Leben der Mansfeld-Arbeiter 1924 bis 1945, Berlin Tribüne 1957

*Mansfeld AG für Bergbau und Hüttenbetrieb*

Dr. Hans Radandt, Kriegsverbrecher-Konzern Mansfeld, Die Rolle des Mansfeld-Konzerns bei der Vorbereitung und während des zweiten Weltkrieges, Berlin Tribüne 1957

*Mansfeld AG für Bergbau und Hüttenbetrieb*

Dr. Werner Imig, Streik bei Mansfeld, Der Streik der Mansfeld-Arbeiter im Jahre 1930 und seine Unterdrückung mit Hilfe des Staatsapparates der Weimarer Republik, Berlin Tribüne 1958

*Mansfeldsche kupferschieferbauende Gewerkschaft*

Dr. Waltraud Robbe, Die Knappschaftsfessel von Mansfeld. Ein Beitrag zur Geschichte der Lage und des Kampfes der deutschen Arbeiterklasse in der Zeit von 1850 bis 1900, Berlin Tribüne 1958

*Karl-Marx-Werk Graphischer Großbetrieb Pößneck*

... ohne Herrn Vogel geht es besser, Herausgeber: Karl-Marx-Werk Graphischer Großbetrieb Pößneck, Pößneck 1957

*VEB Maxhütte*

Der Max singt das Lied unserer Zeit, Herausgeber: Zentralkomitee der SED, Abteilung Agitation und Presse/Rundfunk, Berlin 1956

*VEB Metall- und Kunststoffbeschläge*

Geschichte der Arbeiterbewegung des VEB Metall- und Kunststoffbeschläge. Herausgegeben von der Betriebsparteiorganisation der SED, Döbeln 1956

*VEB Mimosa*

Dipl.-Wirtschaftler Helmut Humann, Chronik des VEB Mimosa, Dresden 1956

*Nähmaschinenfabrik Hermann Köhler AG*

1871–1946 Gedenkschrift anlässlich des 75jährigen Bestehens der Nähmaschinenfabrik Hermann Köhler AG, Herausgeber: Thüringer Volksverlag, Altenburg, Thüringen

*VEB Nahrungsmittelkombinat „Albert Kuntz“*

Zehn Jahre VEB Nahrungsmittelkombinat „Albert Kuntz“, Wurzen, Verfaßt von Diplom-Wirtschaftler G. Matschke, Werkleiter im VEB Nahrungsmittelkombinat „Albert Kuntz“, Wurzen, Wurzen 1956

*Nossener Papierfabrik*

Alfred Berger und Eduard Sieber, 100 Jahre Nossener Papierfabrik 1858–1958, Eine Festschrift, Herausgeber: A. Berger (Nossen Bezirk Dresden 1958)

*VEB Optima Büromaschinenwerk*

Unser Werk Optima, Kleine Chronik. Bearbeitet und zusammengestellt von Horst H. Müller, Erfurt 1956

*VEB Papierfabrik Greiz*

10 Jahre VEB Papierfabrik Greiz (Verantw. Dr. Wisso Weiß, als Manuskript gedruckt). Herausgeber: Deutsches Papiermuseum und VEB Papierfabrik Greiz 1958

*VEB Papierfabrik Greiz*

Die Greizer Papiermacher einst und jetzt (zusammengestellt von einem Kollektiv unter Leitung von Dr. Wisso Weiß, Herausgeber: VEB Papierfabrik Greiz 1958)

*VEB Porzellanwerk Lettin*

100 Jahre Porzellanwerk Lettin 1858–1958, Lettin 1958

*VEB Rafena-Werke*

Chronik des VEB Rafena-Werke, Fernseh- und Nachrichtentechnik, Radeberg vormals Sachsenwerk 1915–1957. Herausgegeben von der SED-Betriebsparteiorganisation, Radeberg 1957

*VEB Ratsdruckerei Dresden*

10 Jahre VEB Ratsdruckerei Dresden 1945–1955, Dresden 1955

*Reichsbahnausbesserungswerk Berlin, Warschauer Straße*

Festschrift zum neunzigjährigen Bestehen des Reichsbahnausbesserungswerkes Berlin, Warschauer Straße am 1. Oktober 1957, zusammengestellt von dem Kollektiv: Alfred Bräutigam, Walter Rothweiler, Willi Töpfer und Fritz Wichmann, Berlin 1957

*VEB Reifenwerk Riesa*

10 Jahre Riesa-Reifen, Festschrift des VEB Reifenwerk Riesa, Riesa 1958

*Riebeck-Konzern*

Nie wieder zu Riebeck, Herausgeber: Industriegewerkschaft Bergbau (1958)

*VEB Rohr- und Kaltwalzwerk*

Wo lebt es sich besser? – Herausgeber: VEB Rohr- und Kaltwalzwerk, Reichenhain 1957

*VEB Sächsische Granitwerke Demitz-Thumitz*

Betriebschronik, 1956

*VEB Saline Schönebeck/Elbe*

Stadtarchivar Wilhelm Schulze, 250 Jahre Schönebecker Saline, Festschrift zur Jubiläumsfeier am Tage des Bergmannes 1955, Schönebeck (Elbe) 1955

*Schwarze Pumpe*

Heinrich Goeres, Entdeckungsreise Schwarze Pumpe, Fotogr. v. Erich Rinka, Berlin, Kongreß-Verlag 1958

*VEB Schwermaschinenbau S. M. Kirow*

VEB Schwermaschinenbau S. M. Kirow, Unseren sowjetischen Freunden gewidmet, Leipzig Jahreswende 1953/1954

*VEB Schwermaschinenbau „Heinrich Rau“*

Fritz Noack, Horst Rosenthal, Auftrag 006 erfüllt, Zur Geschichte des VEB Schwermaschinenbau Heinrich Rau, Wildau. Eine Reportage, Verlag Die Wirtschaft, Berlin 1956

*VEB Schwermaschinenbau „Ernst Thälmann“*

Schwermaschinenbau „Ernst Thälmann“ 1945–1953, Herausgeber: Zentralvorstand der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, Abteilung Agitation, Berlin 1953

*VEB Stahl- und Walzwerk Brandenburg*

Alexander Ott, Freimut Kessner, Die Stärkeren, Berlin 1957

*VEB Stahl- und Walzwerk Gröditz*

30. Juni 1956 10 Jahre volkseigene Betriebe, Herausgeber: VEB Stahl- und Walzwerk Gröditz, Gröditz 1956

*VEB Stahl- und Walzwerk Riesa*

10 Jahre arbeiten wir ohne Flick, Herausgeber: SED Betriebsparteiorganisation VEB Stahl- und Walzwerk Riesa, Riesa 1955

*Steingutfabrik Colditz AG*

Jubiläumsausgabe zum 40jährigen Bestehen der Steingutfabrik Colditz Aktiengesellschaft 1907–1947, Colditz i. Sa. 1947

*VEB Steinkohlenwerk „Deutschland“**VEB Steinkohlenwerk „Karl Liebknecht“*

Engelberg, Rössler, Wächtler, Zur Geschichte der Sächsischen Bergarbeiterbewegung, Berlin Tribüne 1954

*VEB Steinkohlenwerk „Deutschland“**VEB Steinkohlenwerk „Karl Liebknecht“*

Eberhard Wächtler, Zur Geschichte des Kampfes des Bergarbeiterverbandes in Sachsen, Evangelische Arbeitervereine und Gelbe Gewerkschaften als Instrumente der Zechenherren. Herausgegeben von der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Schriften des Instituts für Geschichte, Reihe III Vorträge und Tagungen des Instituts für Geschichte, Bd. 3, Akademie-Verlag, Berlin 1959

*VEB Ernst-Thälmann-Werk*

10 Jahre volkseigene Betriebe, Herausgeber: VEB Ernst-Thälmann-Werk, Suhl 1956

*VEB Textilwerke Hartha*

Uns gehören die Betriebe, Herausgeber: Bundesvorstand des FDGB, Verwaltung der Sozialversicherung, Berlin Tribüne 1958

*Kurt Thiele KG*

Unternehmer Kurt Thiele KG auf neuen Wegen. Herausgeber: Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, Zentrale Wahlkommission 1958

*VEB Traktorenwerk Schönebeck/Elbe*

Unser Traktorenwerk. Herausgegeben anlässlich der Unterzeichnung des Betriebskollektivvertrages für das Jahr 1955, Schönebeck/Elbe

*VEB Volkswerft Stralsund*

Zehn Jahre Volkswerft Stralsund, Stralsund (1958)

*Überlandkraftwerke Pulsnitz AG*

50 Jahre Überlandkraftwerke Pulsnitz AG, Herausgeber: Betriebsdirektion Energiebezirk Ost VVB (Z) Großröhrsdorf 1948

*VEB Waggonbau Gotha*

Zur Geschichte unseres Betriebes VEB Waggonbau Gotha. Herausgegeben von der Betriebsparteiorganisation anlässlich des internationalen Feiertages der Werktätigen am 1. Mai 1950, Gotha

*VEB Waggonbau Niesky*

Zur Geschichte des Betriebes VEB Waggonbau Niesky. Herausgegeben im Auftrag der Betriebsparteiorganisation der SED und der Werkleitung von Martin Böhmer, Martin Unglaub und Ingeborg Kracht, Niesky 1957

*VEB Carl Zeiss*

Mit klarer Sicht. Das Ende der Zeiß-Legende. Herausgeber: Zentralkomitee der SED Abt. Propaganda/Agitation, Bezirksleitung der SED Gera Abteilung Propaganda/Agitation (Berlin) Gera 1958

*VEB Carl Zeiss*

Dr. Rudolf Jobst, Das Lebende Herz des Werkes. Soziale und kulturelle Arbeit im VEB Carl Zeiß Jena. Bericht von den Einrichtungen für betriebl. Gesundheitsfürsorge, für Sozialwesen und Kulturarbeit, Herausgeber: VEB Carl Zeiß, Jena 1954

*VEB Carl Zeiß*

110 Jahre Carl Zeiß, Jena, Tradition und Fortschritt des Jenaer Zeiß Geräteschaffens, Bericht aus dem VEB Carl Zeiß, Jena. Herausgegeben von der Werkleitung des VEB Carl Zeiß, Jena, Literarisches Büro, Text: Dr. Rudolf Jobst, Jena 1956

*VEB Zellstoff- und Zellwollewerke*

Zehn Jahre VEB Zellstoff- und Zellwollewerke Wittenberge 1946–1956, Herausgeber: VEB Zellstoff- und Zellwollewerke, Betriebsparteiorganisation „Karl Liebknecht“, Wittenberge 1956

*VEB Zittauer Kunstseiden- und Baumwollweberei*

Unser Betrieb einst und jetzt, Festschrift zum 10jährigen Bestehen der volkseigenen Betriebe, Sonderausgabe des „Fadenwächters“, Organ der SED-Betriebsparteiorganisation VEB Zittauer Kunstseiden- und Baumwollweberei, Zittau 1956

## B. SAMMELDARSTELLUNGEN

*Volkseigene Betriebe*

Volksbetriebe im Aufbau, 1948

*10 Jahre in Volkeshand*

Herausgeber: Zentralkomitee der SED Abt. Agitation und Presse/Rundfunk Berlin 1956

*Werften des Volkes*

Herausgeber: Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, Bezirksleitung Rostock Abteilung Agitation und Propaganda (Rostock 1956)

*Fritz Selbmann*

Befreite Arbeit. 10 Jahre volkseigene Betriebe

*Zur technisch-industriellen Entwicklung Dresdens*

Herausgeber: Kammer der Technik Bezirk Dresden (Dresden 1956)

*Menschen und Werke unserer Heimat*

10 Jahre volkseigene, sozialistische Industrie im Kreis Ilmenau. Aus den ersten Chroniken der volkseigenen Betriebe. Herausgeber: Rat des Kreises Ilmenau, Ilmenau 1956

*10 Jahre volkseigene Betriebe im Kreis Quedlinburg*

Herausgeber: Rat des Kreises Quedlinburg, Quedlinburg 1956

*Wolf D. Brennecke*

Die große Kraft – Zum 10. Jahrestag der volkseigenen Betriebe. Herausgegeben von der Bezirksleitung Magdeburg der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands Abteilung Propaganda/Agitation

*Aus dem Chemieprogramm unseres Zittauer Kreises*

Herausgeber: Gemeinsame Kommission „10 Jahre DDR“, Zittau, Arbeitsgruppe

## AUTORENVERZEICHNIS

- Robbe, Waltraud*, Dr. rer. oec., Wahrnehmender Direktor des Instituts für Wirtschaftsgeschichte der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin und wahrnehmender Dozent.
- Kuczynski, Jürgen*, Professor Dr. phil., Ordentliches Mitglied der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.
- Radandt, Hans*, Dr. rer. oec., Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abt. Wirtschaftsgeschichte des Instituts für Geschichte an der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.
- Lösche, Dietrich*, Wissenschaftlicher Assistent der Abt. Wirtschaftsgeschichte des Instituts für Geschichte an der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.
- Jonas, Wolfgang*, Dr. rer. oec., Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abt. Wirtschaftsgeschichte des Instituts für Geschichte an der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.
- Lärmer, Karl*, Dr. rer. oec., Wissenschaftlicher Assistent der Abt. Wirtschaftsgeschichte des Instituts für Geschichte an der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.
- Baudis, Dieter*, Wissenschaftlicher Assistent der Abt. Wirtschaftsgeschichte des Instituts für Geschichte an der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.
- Wächtler, Eberhard*, Dr. phil., Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abt. Wirtschaftsgeschichte des Instituts für Geschichte an der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.
- Bartl, Willy*, Zentralvorstand der IG Bergbau beim FDGB, Abteilungsleiter für Agitation, Propaganda und Sport.
- Giersiepen, Elisabeth*, Professor Dr. rer. pol., Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abt. Wirtschaftsgeschichte des Instituts für Geschichte an der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.
- Forberger, Rudolf*, Dr. phil. habil., Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abt. Wirtschaftsgeschichte des Instituts für Geschichte an der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.
- Czihak, Hans*, Wissenschaftlicher Assistent der Abt. Wirtschaftsgeschichte des Instituts für Geschichte an der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.
- Seidl, Helmut*, Wissenschaftlicher Assistent der Abt. Wirtschaftsgeschichte des Instituts für Geschichte an der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.
- John Günter*, Diplom-Historiker im VEB Leunawerk „Walter Ulbricht“, Leipzig.
- Günther, Renate*, Wissenschaftlicher Assistent der Abt. Wirtschaftsgeschichte des Instituts für Geschichte an der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.